

Frauenstreik in den Niederlanden Seite 26

C 21734 D

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 200 28.4.81

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,–



Lohnkampf ist Klassenkampf

„Nicht einmal Abschlüsse von sieben Prozent sind ausreichend, um den Status quo zu erhalten" – dies ist nicht die Aussage eines besonders radikalen Gewerkschafters zur diesjährigen Lohntarifrunde, sondern es ist die sachlich-zufriedene Feststellung des die Kapitalisten mit Informationen versorgenden Blattes „Wirtschaftswoche" in Erwartung eines niedrigen Lohnabschlusses. Der derzeitige harte Tarifkonflikt in der Metallindustrie muß in Relation hierzu gesehen werden: Seit nunmehr über drei Monaten wird verhandelt, seit fast vier Monaten sind die alten Tarifverträge gekündigt. In dieser Zeit haben über drei Millionen Metallarbeiter zum Teil mehrfach an Warnstreiks und Demonstrationen teilgenommen. Sie haben für ihre Forderungen von 7,5% bis 8% gestreikt und sie fordern seit Wochen, daß angesichts der Haltung der Kapitalisten die Urabstimmung für Streik und wirksame Kampfmaßnahmen durchgeführt wird. Denn 4,5% mehr Brutto-Lohn sind bei 5,6% Netto-Preissteigerungen im ersten Quartal 1981, bei steigenden Benzinpreisen, bei gestiegenen Sozialabgaben um 1% und bei der bevorstehenden Anhebung der Krankenkassenabgaben ein Hohn. Sie sind der in der Geschichte der Bundesrepublik bisher schärfste Angriff auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten.

Um was aber wird aktuell verhandelt und bei den bekannten nächtlichen Sitzungen der Tarifpartner gerungen? Es geht um Zehntel-Prozente. „5%" heißt die magische Grenze, die übersprungen werden soll. Nicht mehr die Abwehr des Angriffs auf den Lohn, nicht mehr die Durchsetzung der Ausgangsforderung der IG Metall steht zur Verhandlung, sondern die Kosmetik eines Abschlusses, der am Ende wesentlich weniger in den Lohntüten bedeutet. Dafür lohnt es nicht zu streiken, dafür wird auch nicht gestreikt. Es ist eine Lüge, was sämtliche Medien uns Tag für Tag wieder einzureden bemüht sind, daß die Metallarbeiter für 5% kämpfen.

Weiter auf Seite 3



Marsch für ein atomwaffenfreies Europa!

Die diesjährigen antimilitaristischen Osteraktionen standen ganz im Zeichen der wachsenden Atomkriegsgefahr. Während in den letzten Jahren vor allem Osteraktionen an Standorten von Atomkraftwerken stattgefunden hatten, haben die geplante Stationierung neuer Atomwaffen und Atomraketen in Europa und die kriegstreiberischen Ankündigungen der Reagan-Regierung eine Rückbesinnung auf die Ostermarschbewegung der 60er Jahre herbeigeführt. Die größte Aktion fand in Brüssel vor dem NATO-Hauptquartier statt, wo aus verschiedenen europäischen Ländern nahezu 10.000 Demonstranten zusammengekommen waren. Die Demonstration geht auf eine Initiative der Russel-Peace-Foundation zurück, die für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa eintritt. In der BRD fanden Aktionen an verschiedenen Atomwaffenstützpunkten statt, über einige finden sich Berichte in dieser Ausgabe des ARBEITERKAMPF. Die Entwicklung einer breiteren Friedensbewegung im letzten Jahr hat auch verstärkt dazu geführt, daß Sozialdemokraten sich in dieser Friedensbewegung engagieren. In Hamburg fand ein Atomforum vor 2.500 Besuchern statt, wozu unter anderem 22 Bürgerschaftsabgeordnete der SPD aufgerufen hatten. Damit sollte ein Dialog aller Friedenskräfte eingeleitet werden.

Ziemlich genau ein Jahr ist es her, daß die sogenannten Bremer Krawalle den Militaristen in die Glieder gefahren waren. Wen wundert es, wenn jetzt ein Jahr danach auf einem Beratungstreffen auf der Bonner Hardthöhe Verteidigungsminister Apel versprach, den Traditionserlaß der Bundeswehr in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Siehe auch die Seiten 4 und 5

Sigurd Debus: Tod durch Zwangsernährung

Den Tod von Sigurd Debus hat dieser Staat zu verantworten. Nicht das abstrakte Gebilde, sondern die Bundesregierung mit Justizminister Schmude, das BKA und sein Chef Rebmann, die Länderjustizminister und ihre Behörden, insbesondere der Hamburger Senat mit Eva Leithäuser als Justizsenatorin.

Zu verantworten, weil sie alle die identitäts- und letztlich lebensvernichtenden Haftbedingungen der hungerstreikenden RAF-Gefangenen afrecht erhalten haben. Ganz zu schweigen von ihrem Wissen und auch ihrer direkten Beteiligung an der Einrichtung, Erprobung, Perfektionierung von Isolationshaft, totem Trakt bis hin zu den Hochsicherheitstrakten.

Zu verantworten, weil sie das Instrumentarium der Zwangsernährung eingesetzt haben, um die Hungerstreikenden zu brechen.

Nach den Angaben von seinem Anwalt und seinem Bruder ist Sigurd nicht an den Folgen des Hungerstreiks, sondern durch die ihm bereits seit dem 19. März zwangsweise verabreichten Fusionen gestorben. Wir sehen keinen Grund, diese Aussagen anzuzweifenln.

Wir trauern um unseren Genossen Sigurd und wir werden seinen und unseren Feinden nicht den Gefallen tun, in Mutlosigkeit, Hilflosigkeit und Apathie zu verfallen.

siehe auch Artikel Seite 34

ob man unter bestimmten Um-

Info-Verbot — Was stört's uns?

Am Samstag, den 28.3., erlebten 3.000 Menschen in Niebüll das „Superding 3", die „größte Schülerfete Norddeutschlands". Geboten wurde ihnen ein rundes Kulturprogramm. Als Neuheit gegenüber den beiden vorigen „Superdingern" hatte die Schulleitung dieses Mal die Informationsstände von allerlei politischen Gruppen und Initiativen (BI, JZ, Kriegsdienstgegnern, Grüne, AI, etc.) verbieten lassen und für die Durchsetzung des Verbots eine Eingreiftruppe aus kräftigen Schülern und Lehrern zusammengestellt. Als Begründung für diesen Traditionsbruch auf dem Schulfest wurde die Nichteinhaltung von Auflagen bei den letzten Feten erfunden, sowie ein Flugblatt und eine Wandzeitung herangezogen, deren Inhalt nicht gefallen, oder nicht auf dem Boden der FDGO gestanden habe. Der reale Beweggrund für das Verbot dürfte darin bestanden haben, daß die Infostände die letzten Male allerlei Lasterhaftes angeboten hatten (Gedanken gegen AKWs, gegen den Kriegsdienst, zum Thema Faschismus etc.) und damit bei den Besuchern sehr gut ankamen. Das sollte dieses Mal nicht wieder möglich sein.

Ohne Widerstand ist dieses Verbot jedoch nicht hingenommen worden. Es wurde eine Aktionsgruppe aus 15 örtlichen Initiativen, von den Grünen über die KDVler bis zum BWK (eine KBW-Abspaltung) gebildet, die in einem offenen Brief gegen diese Zensurmaßnahme der Schulleitung protestierten und auch sonst für die nötige Öffentlichkeit sorgten. Die an dieser Gruppe anfangs beteiligten Jusos zogen sich leider sehr schnell, wegen der Teilnahme des BWK, zurück, da sie sonst mit dem Parteiausschluß zu rechnen gehabt hätten. Trotz abseits zuschauender Jusos war bis zum Tag des Festes für die nötige Spannung gesorgt worden, so daß der Ablauf der Fete ständig von argwöhnisch dreinschauenden Lehrern verfolgt wurde. Und letztlich konnten Infoverbot, Hausrecht der Pauker, Eingreiftruppe und etliche Drohungen den Aufbau der Infotische nicht verhindern. Nach dem Auftritt einer
hindern. Nach dem Auftritt einer
Theatergruppe, deren Stück die Inforeinheit beim „Superding" zum Inhalt hatte und mit dem Aufruf, sich am Aufstellen der illegalen Stände aktiv zu beteiligen, endete, machten sich ca. 50 Menschen, gegen die herbeieilenden Lehrkörper- und Aufsichtspersonen, an der Aufrichtung von allerlei aufrührerischen Infoständen zu schaffen. Die Masse der aktiven und mit ihnen sympathisierenden Informanten gab dieser Aktion dann wohl letztlich den verdient ruhigen Ausklang. Die Erfahrung, daß Mensch die für diesen Staat nicht gedeihlichen Schriften auch gegen dessen Verbote und Verordnungen etc. verbreiten muß und kann, dürfte vielen in guter Erinnerung bleiben.

Ein Genosse aus Niebüll

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Stimmung im Streik (bei AEG Nürnberg)

Metalltarifrunde: Chronologie des Versuchs, ein beschissenes Ergebnis „demokratisch" abzusegnen

Kaum in einer anderen Tarifrunde sind Willkür und mangelndes Demokratieverständnis der IGM-Führung so deutlich zutage getreten. Nicht nur die Gewerkschafts b a s i s, auch ihre gewählten F u n k t i o n ä r e in den Großen Tarifkommissionen werden von ihr seit Wochen verarscht und verschaukelt:

– Am 11. 4. brach die IG Metall-Tarifkommission des „Nordverbundes" ihre Verhandlungen nach der sechsten Runde ergebnislos ab und beantragte zwei Tage später beim Vorstand das Scheitern der Verhandlungen und die Aufforderung nach Vorbereitung und Durchführung der Urabstimmung als ersten Schritt zu einem unbefristeten Arbeitskampf in diesem Tarifgebiet. 350 Mitglieder faßten diesen Beschluß e i n s t i m m i g ! Nun besagt die undemokratische Satzung der IG Metall, daß nicht den Tarifkommissionen, sondern allein dem Vorstand das Recht zusteht, zu entscheiden, wann und wo eine Urabstimmung durchzuführen ist. Und dieser beschloß am 13.4., die Entscheidung darüber auf den 23.4. zu verschieben.

– Den nächsten Coup versuchte die IGM-Führung in NRW zu landen. Eine von ihr persönlich geleitete Verhandlungsführung war als erste von der ursprünglichen Acht-Prozent-Forderung abgerückt. Dem angestrebten Kuhhandel von 5,2% wurde anschließend durch eine klare Abstimmung in der Großen Tarifkommission eine Abfuhr erteilt. Die zweite Quittung folgte auf dem Fuß: Nach kurzer Diskussion beantragten 178 Vertreter der Tarifkommission am 21.4. in Mühlheim ebenfalls die Streik-Urabstimmung. Abermals vertagte der Vorstand eine Entscheidung darüber, da „die letzte Hoffnung nach einem Abschluß auf dem Verhandlungswege" noch nicht ausgeschlossen sei.

Durchbruch in Hessen?

Diesen „Durchbruch" versuchte die IGM-Führung nun in Hessen zu erzielen.

Fernsehen und Medien, die fast „vergaßen", daß an diesem Tag über eine Million Metaller/innen bundesweit streikten, machten sich umso mehr wie die Geier über die Verhandlungen her.

Alles war so schön inszeniert worden. Die Kapitalistendelegation hatte ihre Verhandlungsvollmacht bereits an Gesamtmetall übergeben; parallel zu den Gesprächen tagte ständig der IGM-Vorstand, der auch personell in der Verhandlungskommission vertreten war. Der Mittwoch aber verlief ergebnislos. Am Donnerstag wollte man testen, wie es mit einer Verlängerung der Laufzeit auf 13 Monate für die Tarifverträge aussieht, obwohl die Große Tarifkommission dies bereits eine Woche vorher abgelehnt hatte. Das kratzte die Verhandlungsführung aber nicht. Am folgenden Freitagmorgen legte sie erneut einen Kompromiß"-Vorschlag zur Entscheidung vor. der 13 Monate Laufzeit vorsah und eine Anhebung der Löhne um ganze 4,7 Prozent sowie eine Einmal-Zahlung für die unteren Lohngruppen zwischen 42 und 125 Mark. Umgerechnet hatte hier die Verhandlungskommission der IGM also einem Abschluß zugestimmt, der auf 12 Monate Laufzeit ganze 4,2 bis 4,3 % (plus der Einmalzahlung) bedeutet hätte. Sang- und klanglos war mit dem Akzeptieren der Einmalzahlung ohne Anrechnung auf die Lohnhöhe auch die vorher so betonte erhebliche Anhebung der unteren Lohngruppen fallengelassen worden. Auch die Vorstandsmitglieder der Kommission stimmten diesem zu.

Am Freitagmorgen sollte nun über diesen Lohnraub entschieden werden. Nach all den schlechten Erfahrungen mit den Großen Tarifkommissionen wollte man diese jetzt übertölpeln: Zuerst sollte der in Frankfurt tagende Vorstand seine Empfehlung abgeben, bevor die Große Tarifkommission entscheidet. Diese aber wehrte sich dagegen entschieden und protestierte gegen den Versuch, sie zum Statisten zu degradieren.

Alle Tricks der Vorstandsvertreter, das Ergebnis zu verkaufen, zogen nicht: Da wurde zur Verlängerung der Laufzeit gesagt, daß man damit wieder zu den Bayern aufschließen könne (deren Verträge einen Monat später auslaufen). Die Verhandlungskommission berichtete, daß die Kapitalisten „unkalkulierbare Schadensersatzansprüche" geltend machen wollen. Um dieser Gefahr zu entgehen, sollte die Tarifkommission der niedrigen Lohnerhöhung zustimmen, aber zusätzlich eine „Anti-Maßregelungs-Klausel" fordern.
Doch mit klarer Mehrheit von 43 zu 18 Stimmen lehnte dieGroße Tarifkommission ab und beantragte das Scheitern der Verhandlungen für Hessen.

Urabstimmung oder Vorstandsdiktat?

Kurz zuvor war dem Vorstand aus Niedersachsen mitgeteilt worden, daß auch hier ein Antrag auf Urabstimmung besteht.

Nun konnte der IGM-Vorstand nicht mehr umhin, noch am Freitag das Scheitern der Verhandlungen für die vier Tarifbezirke Hessen, den „Nordverbund", NRW und Niedersachsen zu erklären. **Ein Beschluß über Urabstimmung wurde abermals** vertagt. Man wolle erst einmal noch das Ergebnis der letzten ausstehenden Verhandlungen im Bezirk Nordwürttemberg-Nordbaden abwarten; deren für Freitag vorgesehene Sitzung wurde auf Antrag der Kapitalisten abgebrochen und auf Dienstag verschoben – mit dem Einverständnis Steinkühlers (IGM). Steinkühler „entschuldigte" seine Zustimmung damit, daß der Stuttgarter Kapitalistenführer Stihl ihm und einer kleinen Tarifkommission angekündigt hätte, *„ein über Hessen hinausgehendes Angebot"* zu machen. Ein Sprecher des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg hingegen bestätigte lediglich, Stihl habe einen *„a n d e r e n Lösungsvorschlag* (von einem Angebot war also nicht die Rede) *als in Hessen"* gemacht.

Hiermit dürfte also klargestellt sein, daß von den Kapitalisten keine „Annäherung" mehr zu erwarten ist. Klar dürfte genauso sein, daß die Große Tarifkommission des kampfstärksten Tarifgebiets einem Hessenähnlichen Kompromiß die Zustimmung n i c h t geben würde. Die letzte Chance für die IGM zur Abwendung des Streiks kann also nur noch darin bestehen, daß die IGM-Führung selbst die Verhandlung übernimmt. Sie ist laut Satzung nicht an Beschlüsse der Tarifkommissionen gebunden! Meinte das auch Steinkühler, als er von einer „kleinen IGM-Kommission" sprach, mit der Stihl sprechen wolle?

Dahinter steckt immer ein „kluger Kopf"

Es ist eine alte bittere Lehre der Tarifpolitik: Eine Gewerkschaftsführung kann den Geist des Radikalismus als Druckmittel in eine Lohnrunde einbringen. Sie hat es dann aber nicht mehr in der Hand, ihn beliebig wieder zu entfernen. Die Gewerkschaftsführung wollte auf alle Fälle wohl einen großen Streik vermeiden. Radikale Zirkel, nicht zuletzt die in jedem Zwielicht ihre Suppe kochenden Kommunisten, haben anderes im Sinn. Unmerklich nehmen sie das Heft in die Hand und bestimmen Geist und Ablauf einer Auseinandersetzung. Wenn jetzt eine offenbar von allen guten Geistern verlassene Tarifkommission einen Einigungsvorschlag ablehnt, der für die Gewerkschaft sehr wohl als guter Erfolg darstellbar gewesen wäre, dann ist die erste Rechnung der Radikalen aufgegangen. Urabstimmung und Streiks wären die zweite Etappe. Wo soll dann diese Lohnrunde enden? Der Unvernunft scheinen keine Grenzen mehr gesetzt zu sein. Der Vorstand kann jetzt die Entwicklung nicht weiter treiben lassen. Er muß sich aufraffen und in schwieriger lohnpolitischer Lage seiner Organisation die Richtung weisen.

(Auszug aus einem Kommentar von Ernst Günter Vetter in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 25.4.81).
Der drohende Streik und der kommunistische Buhmann sollen dem Gewerkschaftsvorstand sein Diktat erleichtern.

Fortsetzung von Seite 1

Lohnkampf ist Klassenkampf

Die Verhandlungsführung wird gleichgesetzt mit den Forderungen der Streikenden. Wenn das so wäre, dann hätte es schon längst einen Tarifabschluß gegeben. Stattdessen erleben wir ein entwürdigendes Beispiel bundesdeutscher Wirklichkeit in den Gewerkschaften: Diejenigen, die in den Verhandlungen als Arbeitervertreter mit den Kapitalisten an einem Tisch sitzen, kämpfen nämlich gar nicht mehr um einen ausreichenden Lohnabschluß. Sie ringen stattdessen um ‚Kompromisse', die es den Führungen der Gewerkschaften ermöglichen, einem Reallohnabbau zuzustimmen, ohne daß dabei das Vertrauen in den Betrieben in die Gewerkschaft flöten geht. Die Verhandelnden kämpfen nicht mehr um Lohn, sie ringen um die eigene Basis. Ihr Spielraum ist fast Null. Wer sich der vom Kapital diktierten wirtschaftlichen Vernunft beugt, kann nicht gleichzeitig die eigene Basis zufriedenstellen, der muß einem Lohnraubabschluß zustimmen. Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, das führt uns die Lohnrunde in der heutigen wirtschaftlichen Situation vor Augen, läßt nun mal einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen nicht zu.

Alle Versuche, den Arbeitern ein schlechtes Ergebnis zu verkaufen, sind bislang sowohl beim Bau, als auch in der IG Metall, zuletzt bei den Verhandlungen in Hessen gescheitert. Die Tarifkommission hat 4,7% für 13 Monate abgelehnt, nicht weil dort die besonders kämpferischen Gewerkschafter sitzen, sondern weil die Kollegen dort wie derzeit in allen Tarifbezirken zu spüren bekommen, daß sie mit einem solchen Ergebnis nicht an die drei Millionen streikenden Metaller rantreten können. Unterstützung haben die verhandelnden Gewerkschaftsführer der IG Metall von anderen DGB-Führern bekommen. Die Führer der IG Bau Steine Erden versuchen jetzt zum zweitenmal ein als „Schlichtung" getarntes Ergebnis von 4% mehr Lohn an der Basis durchzusetzen, nachdem dies vor einigen Wochen schon einmal gescheitert ist. Auch die IG Bergbau, Musterknabe für ‚Sozialpartnerschaft' in der BRD, beteiligt sich am großen Durchbruch für das Kapital. Während die IGM schon über drei Monate verhandelt, reichten den Bergbau-Führern knapp drei Wochen, um am 25.4. einen Abschluß von 4,6% ab 1. Mai vorzulegen, der nach Worten des stellvertretenden Gewerkschaftsvorsitzenden Alker *„ein gutes Zeichen für die gegenwärtige Tarifsituation geschaffen"* hat.

Die streikenden Metaller haben also nicht nur das kompromißlose Kapital zum Gegner, ihnen werden aus den eigenen Reihen genügend Knüppel zwischen die Beine geworfen. Dies um so mehr, als nicht sie selbst es heute sind, die über die Durchsetzung ihrer Forderungen bestimmen. Die Führung der IG Metall ist mit ihren Versuchen, ein schlechtes Ergebnis ‚demokratisch' absegnen zu lassen, vermutlich am Ende. Es liegt jetzt a l l e i n in der Hand des Vorstands, welcher Weg gegangen wird, denn er hat laut Satzung die alleinige Entscheidungsgewalt. Er kann jetzt entweder auf Spitzenebene einen Lohnraubabschluß mit den Kapitalisten aushandeln, dann allerdings legt er innergewerkschaftlich Sprengstoff aus – oder aber er ruft zu Urabstimmung und Streik auf, wie von bereits vier Tarifbezirken gefordert, dann allerdings ist der „soziale Frieden" in der Bundesrepublik gefährdet, denn die Metaller werden nicht für 5%, sondern für 8% streiken!

Wie auch immer die Entscheidung in diesen Tagen fällt: es gibt am 1. Mai genügend Gründe, in kämpferischer Solidarität mit den Metallern auf die Straße zu gehen – gegen Lohnraub, und falls so entschieden wird – für die Unterstützung der Metaller-Streiks.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

scheitert. Die Tarifkommission hat 4,7% für 13 Monate abgelehnt, nicht weil dort die besonders kämpferischen Gewerkschafter sitzen, sondern weil die Kollegen dort wie derzeit in allen Tarifbezirken zu spüren bekommen, daß sie mit einem solchen Ergebnis nicht an die drei Millionen streikenden Metaller rantreten können. Unterstützung haben die verhandelnden Gewerkschaftsführer der IG Metall von anderen DGB-Führern bekommen. Die Führer der IG Bau Steine Erden versuchen jetzt zum zweitenmal ein als „Schlichtung"

fordert, dann allerdings ist der „soziale Frieden" in der Bundesrepublik gefährdet, denn die Metaller werden nicht für 5%, sondern für 8% streiken!

Wie auch immer die Entscheidung in diesen Tagen fällt: es gibt am 1. Mai genügend Gründe, in kämpferischer Solidarität mit den Metallern auf die Straße zu gehen – gegen Lohnraub, und falls so entschieden wird – für die Unterstützung der Metaller-Streiks.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Mit viel Freude und großer Anteilnahme wurde von den Reynolds-Kollegen der bundesweite Warnstreik-Aufruf vom IG Metall-Vorstand aufgenommen. Bis auf wenige Ausnahmen folgten alle Arbeiter dem Aufruf, so daß sämtliche Produktionsanlagen stillstanden. Auch die Beteiligung von Angestellten war erstaunlich gut.
Die Streikenden zogen in einem kämpferischen Demonstrationszug durchs Werksgelände und brachten auf Transparenten und in Sprechparolen zum Ausdruck, daß sie nicht zwei oder vier, sondern acht Prozent mehr Lohn wollen, und daß Warnstreiks zur Vorbereitung von Kampfmaßnahmen sinnvoll und nützlich sind, jetzt aber Urabstimmung und Streik folgen müssen.
Auf helle Empörung stieß die Information, daß der amerikanische Manager mal wieder einen kräftigen Griff in die Kasse getan hat, und für mal eben 4.500 Mark seinen Garten auf Firmenkosten hat herrichten lassen.
Am Ende wurde noch eine Resolution an die Tarifkommission verabschiedet, in der noch einmal deutlich gemacht wird, daß der in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit gehandelte faule Kompromiß nicht akzeptabel ist. Weiter heißt es in der Erklärung, daß mehr drin ist, wenn der in den vielzähligen Protestaktionen signalisierte Kampfeswille voll eingesetzt wird.

Schon über 3 Mio. Metaller/innen an Kampfmaßnahmen beteiligt

Als Begleitmusik zu dem Treffen des Kapitalistenverbandes von Gesamtmetall am 22.4. rief die IGM ihre Mitglieder zu bundesweiten Protestaktionen auf. Nach eigenen Angaben legten

Hier streikten an diesem Tag allein 500.000 Menschen:
– Im Raum Stuttgart waren es 65.000 aus 70 Betrieben. Hervorzuheben sind erneut die Automobilindustriebe-

Die Zahlen in Westberlin liegen bei 40.000.
Bayern meldet insgesamt 100.000 Streikende. Allein in München streikten 20.000 in acht Betrieben und in

Schon über 3 Mio. Metaller/innen an Kampfmaßnahmen beteiligt

Als Begleitmusik zu dem Treffen des Kapitalistenverbandes von Gesamtmetall am 22.4. rief die IGM ihre Mitglieder zu bundesweiten Protestaktionen auf. Nach eigenen Angaben legten weit über eine Million (von insgesamt 3,7 Mio.) Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte der metallverarbeitenden Industrie die Arbeit für ein bis zwei Stunden nieder, beteiligten sich massenhaft an Demonstrationen, Kundgebungen und anderen gewerkschaftlichen Protestaktionen. Zur diesjährigen Tarifrunde haben somit bereits über 3 Mio. Menschen die Arbeit kurzzeitig niedergelegt. Überzeugender als durch dieses für bundesrepublikanische Verhältnisse wohl einmalige Mobilisierungsergebnis kann eine Streikbereitschaft eines ganzen Industriebereiches für den Erhalt des Lebensstandards kaum mehr unter Beweis gestellt werden. Die Tatsache, daß die Kolleg/inn/en die damit verbundenen Ausfallstunden aus eigener Tasche zu zahlen bereit sind, unterstreicht einmal mehr das Bewußtsein über ihre Lage. Der Schwerpunkt der bundesweiten Aktionen am 22. April lag in Baden-Württemberg, der schon traditionell kampfstärksten Region.

Hier streikten an diesem Tag allein 500.000 Menschen:

— Im Raum Stuttgart waren es 65.000 aus 70 Betrieben. Hervorzuheben sind erneut die Automobilindustriebetriebe. Daimler-Benz in Sindelfingen und Untertürkheim waren mal wieder an der Reihe; 16.000 bzw. 15.000 streikten hier, bei Porsche waren es 3.500. Wiedermal waren auch Klein- und Mittelbetriebe miteinbezogen:
— So streikten 9.000 Beschäftigte aus 42 Betrieben in Aalen oder 9.000 aus 22 Betrieben Offenbachs.

In **Nordrhein-Westfalen** streikten nach IGM-Angaben 250.000 Kolleg/inn/en:
— Bei Ford in Köln strteikten 12.000, in Bochum wieder mal über 20.000.
In Gelsenkirchen gab es eine Demo mit 2.500, in Mühlheim/Ruhr streikten 5.580 aus neun Betrieben, und in Oberhausen waren es 2.500, in Essen 10.000.

In **Hessen** lag der Schwerpunkt bei den Opel-Werken in Rüsselsheim wo 10.000 bis 20.000 die Produktion für Stunden lahmlegten.

Die **Bezirksstelle Hannover** meldete 17.000 Streikende, 7.000 allein bei VW-Hannover.

Die Zahlen in **Westberlin** liegen bei 40.000.

Bayern meldet insgesamt 100.000 Streikende. Allein in München streikten 20.000 in acht Betrieben und in Nürnberg gab es eine Demo von wiederum fast 6.000 Beschäftigten.

Für den **„Nordverbund"** gab die IGM eine Streikbeteiligung von 90 % der insgesamt 260.000 Beschäftigten bekannt. Die Verwaltungsstelle Hamburg meldete 25.000.

Für die Frauen ist der diesjährige Abschluß von besonderer Bedeutung. In den untersten oder Leichtlohngruppen eingestuft, müssen sie zumeist die nervigste und anstrengenste Arbeit leisten. Die Tatsache, daß die IGM-Führung bereits Abschied von der Streichung bzw. der überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen zuungunsten einmaliger Almosenbeträge genommen hat, ist ein besonderer Schlag gegen die Frauen. So ist es auch bezeichnend, daß die IGM-Führung über den Kampf der Frauen in der Tarifrunde nicht mehr zu sagen weiß, als daß sie „stark beteiligt" waren.



Viele Arbeiterinnen beteiligten sich an den Demonstrationen

IG-Bau-Führung: Im zweiten Anlauf nun doch 4 Prozent?

Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen kann kaum mehr überraschen, mit welcher Dummdreistigkeit Entscheidungen in den oberen Gewerkschaftsetagen gegen die Mitgliederschaft getroffen werden. Den Vogel scheint erneut die Gewerkschaftsführung der IG Bau-Steine-Erden abschießen zu wollen.

Nachdem am 25. März auf massiven Druck der Gewerkschaftsmitglieder der bekanntlich der 4 Prozent-Lohnraub-Abschluß rückgängig gemacht werden mußte, wollen Sperner und seine Vorstandsriege nun zum zweiten Mal zeigen, daß die Kapitalisten auf ihre Mithilfe als Lohnbrecher an der Tariffront auch weiterhin rechnen können:

Der Bankier und „unabhängige Schlichter" Helselbach legte nach der zweiten Verhandlung am 22. März einen „Schlichtungsspruch" vor, den sowohl die Kapitalisten- als auch die Gewerkschaftsvertreter „schweren Herzens" akzeptieren und ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen. Auch die Große Tarifkommission der IG BSE folgte mit Mehrheit der Vorstandempfehlung.

Der „Schlichtungsspruch" kann kaum provozierender sein: Er sieht Lohnerhöhungen von – wie gehabt – 4 % und geringfügige Verbesserungen in der Regelung des 13. Monatsgehalts vor, wonach sich rein rechnerisch ein Gesamtvolumen von 4,8 Prozent ergeben soll. Selbst Hesselbach *„gestand ein, daß der materielle Inhalt der Tarifvereinbarung vom Februar in der Schlichtung nicht wesentlich verändert worden sei"* (zitiert nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.4.). Sperner hatte bereits nach seiner Schlappe signalisiert, daß er die Prozentforderung – entgegen dem Votum der Gewerkschaftsbasis – nicht als das Problem sah, sondern die Regelung des 13. Monatsgehalts. Angeblich habe man sich jetzt beim zweiten Punkt durchsetzen können.

Im abgelehnten Beschluß vom Februar war vorgesehen, das 13. Monatsgehalt in zwei Stufen von 76 für das Jahr 1981 auf 90 Arbeitsstunden für 1982 zu erhöhen. Der Schiedsspruch sieht nun vor, diesen von 78 auf 102 Arbeitsstunden zu erhöhen. Das entspricht 60 % eines Monatsgehalts. Die Kapitalisten wollten ursprünglich eine „leistungsbezogene Staffelung", d.h. eine Berechnung auf Grundlage der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, erreichen. Danach wären Kollegen mit hohen Ausfallzeiten (Ausfall durch Schlechtwetter, Krankheit etc.) erheblich benachteiligt. Der „Schlichtungsspruch" sieht demgegenüber die alte Berechnungsgrundlage vor – hier also weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" stellt fest: *„In der Bauindustrie wurden bisher weniger als bei Metall bezahlt. Es bestand also ein Nachholbedarf."* Hinzuzufügen bleibt, daß in anderen Branchen bereits um ein 14. oder 15. Monatsgehalt gestritten wird ...

Unterm Strich bleiben also die vier Prozent übrig! Zu dem Ergebnis sollen die Mitglieder erneut befragt werden. Dabei ist die Einspruchsfrist so elegant angelegt (mit Beendigung der Friedenspflicht am 5. Mai), daß den Mitgliedern kaum die Zeit bleiben soll, diesem Abschlußvorschlag erneut zu widersprechen. So wird hier Politik gemacht.

Ostermärsche

BRÜSSEL

8 - 10.000 Teilnehmer aus zahlreichen westeuropäischen Ländern zählte der Ostermarsch zum Nato-Hauptquartier am Ostersonnabend in Brüssel, mit dem die Tradition der internationalen Ostermarschbewegung der 60er Jahre wieder aufgenommen werden sollte. Das stärkste Kontingent stellten die Holländer, Engländer und Belgier mobilisierten jeweils etwa 2000 Teilnahmer, aus der BRD nahm nur eine kleine Delegation teil. Die Demonstration ging auf eine Initiative der Russel-Peace-Foundation zurück, die damit ihre END-Kampagne (END steht für European Nuclear Disarmament) zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa einleitete. Die belgische Friedenskoordination CNAPD hatte die Organisierung unterstützt.

In einer Erklärung hieß es in Bezug auf die wesentlichen Forderungen der Aktion:

- Kompromißlose Opposition gegen die Stationierung jeglicher Atomwaffen in Europa, sowohl gegen Cruise Missiles und Pershing 2 als auch gegen die SS 20.
- Unterstützung der Friedensbewegung Belgiens und der Niederlande bei ihren Bemühungen, die Stationierung der neuen Raketen in ihren Ländern zu verhindern.
- Sofortiger Baustopp für alle Atomanlagen in Europa.
- Atomwaffenfreie Zone in Europa von Polen bis Portugal.

Eine entsprechende Erklärung wurde vor dem von starken Polizeikräften abgeriegelten Hauptquartier übergeben. Am Ostersonntag fand dann die nach der Konferenz Anfang März in Frankfurt zweite Tagung der an der END-Kampagne beteiligten Gruppen statt. Im ersten Teil dieser Konferenz ging es im wesentlichen um die Möglichkeiten zur Verbesserung des Informationsaustausches und der Koordination zwischen den Beteiligten. Beschlossen wurde, am Wochenende des 24./25. Oktober in mehreren westeuropäischen Hauptstädten Großdemonstrationen gegen die „Nachrüstung“ durchzuführen. Anlaß für dieses Datum sind die für diesen Zeitraum vorgesehenen endgültigen Entscheidungen in Belgien und den Niederlanden über die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in diesen Ländern.

Eine weitere Aktion im Rahmen der END-Kampagne hat am 21.4. bereits begonnen: in Kopenhagen startete der Frauenmarsch, der in zahlreichen Etappen bis nach Paris führen wird.

Der zweite Teil der Konferenz beschäftigte sich dann mit Strategien und Aktionsformen, wie sie etwa von der Anti-AKW-Bewegung oder der Frauenbewegung entwickelt worden
und Aktionsformen, wie sie etwa von der Anti-AKW-Bewegung oder der Frauenbewegung entwickelt worden
sind und der Möglichkeit ihrer Nutzbarmachung und Übertragung auf die Friedensbewegung.

Belgien-Kommission

RODENKIRCHEN

„Sofortige Stillegung aller Atomanlagen“ und „Abrüstung in Ost und West“ – das waren die Hauptlosungen, unter denen Bürgerinitiativen aus Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Oldenburg, Nordenham und anderen Orten zum Aktionstag am Ostermontag aufgerufen hatten. Neben den genannten BI's hatten zahlreiche weitere Organisationen, von Friedensinitiativen bis hin zu linken Gruppen einschließlich der DKP, den Aufruf unterstützt. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: An die 1000 waren gekommen, trotz der gleichzeitig stattfindenden Demonstration zur nur wenige Kilometer entfernt auf der anderen Weserseite gelegenen US-Garnison Garlstedt. Hauptaktivität dieses Aktionstages, der mittags durch „Katastrophenschutz-Übungen“ an den Weserfähren und Straßenknotenpunkten eingeleitet wurde, bildete die Demonstration zur Raketenstellung Rodenkirchen. Die Stellung, die mit amerikanischen Nike-Herkules-Raketen ausgestattet sind, die taktische Atomsprengköpfe tragen können, war von Bundeswehr und Polizei hermetisch abgeriegelt worden; je ein Hubschrauber der Bundeswehr und der Polizei sowie Wasserwerfer, Hundestaffeln usw. sollten die Demonstraten auf Distanz halten.

Die Kundgebungen – außer der am Raketengelände fand eine weitere in Rodenkirchen selbst statt – wurden von einigen recht interessanten Rednern bestritten, unter ihnen der Betriebsratsvorsitzende der Schweers-Werft in Bardenfleth und Anni Ahrens, speziell im Kampf gegen das AKW Esenshamm bekannt gewordene Umweltschützerin aus Bremen. In allen Beiträgen wurde die notwendige Zusammenarbeit von Umweltschutz-Initiativen und Friedensbewegung hervorgehoben und der Auftakt-Charakter dieses Aktionstages betont. Eine Erklärung zum Tod von Sigurd Debus und zur Unterstützung der Forderungen gegen die Isolationshaft war ebenfalls Bestandteil der Abschlußkundgebung. Ein Fest in der Nordenhammer „Friedeburg“ beschloß diesen insgesamt recht erfolgreichen Oster-Aktionstag.

KB/Gruppe Bremerhaven



BRITANIEN

Insgesamt über 13.000 Menschen beteiligten sich an Demonstrationen gegen die geplante nukleare NATO-Nachrüstung in Britannien. Während 3000 an einem Festival mit Kundgebung bei der 'Royal Air Force' Basis Greenham Common teilnahmen, wo die 'Missiles' stationiert werden sollen, kamen in Rugby mehr als 10.000 Menschen zusammen, um nachdrücklich ihren Widerstand zu demonstrieren.

Bremer Aktionswoche zum »6. Mai«

Ein Jahr ist es bald her, daß die Bremer Proteste von 15.000 Menschen gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im Weserstadion eine neue Phase des antimilitaristischen Widerstands einleiteten. Aus Anlaß dieses „Geburtstages“ wollen die verschiedensten politischen Organisationen und Initiativen eine Aktionswoche vom 2. - 9. Mai veranstalten. Ein reichhaltiges Programm zu den Schwerpunkten: internationale Lage, Solidarität mit den Angeklagten des 6. Mai, innere Aufrüstung steht bereits fest und kann auch noch erweitert werden. Für den 6. Mai hat sich die Aktionseinheit auf eine Demonstration geeinigt, die die dezentralen Aktivitäten zusammenfassen soll und unseren Protest gegen Kriegspolitik und staatliche Repression ausdrücken soll. An der AE sind u.a. beteiligt: Nicaragua/El Salvador-Komitee, Falken, Prozeßgruppe zum 6. Mai, Alternative Liste, Krieg dem Krieg, KB und Einzelmitglieder der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“.

Das Programm im einzelnen:

— 1., 2., 3. Mai im „Cinema“ der neueste Film über El Salvador
— 4.5., 19.30 Uhr im „Konsul-Hackfeld-Haus“: Veranstaltung der AL zum neuen Polizeigesetz
— 5.5., voraussichtlich in den „Weserterrassen“: Veranstaltung der Prozeßgruppe zum 6. Mai zur Solidarität mit den Angeklagten
— 6.5., 14 Uhr, Frauenaktion beim Kreiswehrersatzamt zur Totalverweigerung
Großdemonstration
— 7.5., 20 Uhr, in „Techno Coop“:
gerung
Großdemonstration
— 7.5., 20 Uhr, in „Techno Coop“:
Veranstaltung von „Krieg dem Krieg“ zu den Mittelstreckenraketen
— 8.5., 19.30 Uhr, in „Weserterrassen“: Veranstaltung des „Türkei-Arbeitskreises“ mit J. Roth zur BRD-Türkeihilfe — für was und wen?
— 9.5.: Abschlußfest auf den Osterdeichwiesen

KB/Gruppe Bremen

Der evangelische Kirchentag wird »ein erster Kulminationspunkt der Friedensbewegung im protestantischen Raum«

Parallel zu dem Anwachsen der Kriegsgefahr erstarkte auch die Friedensbewegung in der evangelischen Kirche in Westdeutschland. Es formierte sich eine breite Opposition, die auch sehr deutlich diejenigen benannt und benennt, von denen u.a. die Kriegsgefahr ausgeht: nämlich die Regierungskoalition aus FDP und SPD. Damit scheint auch endlich für die Sozialdemokratie die Zeit vorbei zu sein, in der sie sich relativ unkritischer Unterstützung aus der kirchlichen Basis versichert sah.

Während nun die CSU/CDU der kommenden Auseinandersetzung zwischen Kriegstreibern und -gegnern mit offenem Auge entgegensieht („*Das Thema Wehrdienst werde noch zu gewaltigen Auseinandersetzungen im deutschen Protestantismus führen*“, Roman Herzog, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, nach FR vom 23.12.80), beginnt die SPD, mit einer Art Doppelstrategie Einfluß auf die Oppositionsbewegungen zu gewinnen. Zu dieser Doppelstrategie gehören einmal die klaren Drohworte und Mahnungen sozialdemokratischer Anführer an ihre klerikalen Mitstreiter:

- Apel mahnte die evangelische Kirche, sie dürfe sich nicht aus der Geschichte „*ausklinken*“ und meint damit: pazifistisch sein (aus ev. information 6/81). Um auch Pastoren auf Linie zu bringen, empfiehlt er in Anspielung an das Gesetz, nach dem Pastoren vom Kriegsdienst befreit sind: „*Ich fände es sehr gut, wenn auch Pastoren mal den Fußschweiß anderer riechen müßten. Das würde ihr Verständnis für Soldaten schärfen*“ („Bild“, 3.2.81).
- Schmidt startete einen aggressiven Feldzug gegen pazifistische und neutralistische Tendenzen speziell im evangelischen Raum: diese entsprängen nämlich einer „*naiven Gesinnungsethik, die auf den Gebrauch der Vernunft und der Erfahrung verzichtet*“ (FR, 31.3.81). Die Kirche solle sich da aus der Politik raushalten.

Diese Worte haben in ihrem Charakter als Mahnungen und Drohungen keine berechtigte Grundlage in einem etwaigen Verhalten der Kirchenführer. Zu keiner Zeit haben maßgebliche klerikale Kreise seit der SPD-Regierungszeit die Aufrüstungs- und nun auch die Kriegspolitik überhaupt nur infrage gestellt. Und so sind diese starken Worte der SPD eher als Aufforderungen an die Kirche zu verstehen, in ihren eigenen Reihen die sog. „pazifistischen und neutralistischen Tendenzen“
stischen und neutralistischen Tendenzen“

„. . . den Fußschweiß anderer riechen“

stärker zurückzudrängen. Denn diese haben tatsächlich in den letzten Monaten beträchtlich an Boden gewonnen und bestimmen mancherorts schon stärker das Bild der Kirche als die kirchenoffizielle Friedhofspolitik. Und so hat's auch der EKD-Sprecher Dietrich Sattler richtig verstanden. Nachdem die Worte Schmidts mit „*kritischer Zurückhaltung*“ — was immer das auch sein mag — aufgenommen wurden, meint Sattler, „*der Kanzler bringe offenbar zweierlei durcheinander. Es sei zu unterscheiden zwischen Stellungnahmen, die nach gründlicher Diskussion in kirchlichen Gremien abgegeben würden, und politischen Diskussionsbeiträgen einzelner kirchlicher Gruppen*“ (FR, 1.4.81).

Der andere Flügel der Strategie wird z.Zt. repräsentiert von Koschnick, der Koordinator für die Kontakte der SPD zu den Kirchen ist, und Glotz (dem neuen Bundesgeschäftsführer der SPD). Letzterer schrieb im SPD-Pressedienst, die SPD bereite sich „*auf einen großen Dialog über eine alternative Sicherheitspolitik vor. Dabei sei es ihr Ziel, in der Friedensbewegung eine stärkere Rolle zu spielen als bisher*“ (FR, 13.4.81). Der Parteivorstand will auf einer sicherheitspolitischen Klausurtagung Mitte Mai „*die Prioritäten für die angestrebte Diskussion abstecken*“ (ebd). Diese Klausurtagung solle deswegen noch vor dem Kirchentag (Mitte Juni in Hamburg) stattfinden, weil dieser nach Glotz' Ansicht „*ein erster Kulminationspunkt der Friedensbewegung im protestantischen Raum*“ sein werde (ebd.). In dieser breiten Friedensbewegung will er auch schon die christlichen Gruppen ausgemacht haben, mit denen die SPD weitgehend einig sein könnte — jedenfalls was das Ziel anbetrifft. Nur das „Wie“ sei noch strittig.

Daß jedoch das „Wie“ auch das Ziel bedingt und daß es insgesamt doch recht wenig christliche Friedensgruppen gibt, die in der Kriegsfrage mit der SPD übereinstimmen, zeigen die Vorbereitungen auf den Kirchentag: Dort soll nämlich nach sozialdemokratischem und klerikalem Wunsch Apel unter dem Thema „Frieden schaffen“ auftreten

(19.6., 11 Uhr,
Ort wird noch bekanntgegeben!)

wogegen sich sehr breiter Widerstand aus der kirchlichen Basis formiert (Hier wird wohl auch spannend werden, wie sich die Jusos, die sich zum ersten Mal in der Geschichte des Kirchentages aktiv beteiligen wollen, verhalten).

Worum es der SPD wirklich auf ihrer sicherheitspolitischen Tagung geht, drückt viel klarer wahrscheinlich Genscher aus: „Wie Anfang der 60er Jahre die Ostermarschierer könnten demnächst Grüne, linke Frei-
60er Jahre die Ostermarschierer könnten demnächst Grüne, linke Frei-
demokraten, Sozialdemokraten, aber auch kirchliche Gruppen und Kommunisten gemeinsam auf die Straße gehen“. Was den einen ein Alptraum ist, wird unser Ziel sein; und die Zeichen für einen breiten Zusammenschluß aller antimilitaristischen Kräfte – auch auf dem Kirchentag – stehen nicht schlecht.

Kirchenkommission

REUTLINGEN

Über 2.000 Demonstranten folgten dem Aufruf der Friedenskomitees Reutlingen und Tübingen und kamen am Ostermontag nach Großengstingen.

Großengstingen, möglicher Standort für die neuen Mittelstreckenraketen, ist bereits jetzt Standort für Lance-Kurzstreckenraketen. Unterstützt wurde die Aktion u.a. von den Jusos, DKP, DFG/VK, BI gegen AKW, Frauen gegen Militär, KBW, Volksfront, Grüne etc.

Auf der Kundgebung wurde insbesondere auf die atomare Bedrohung und den Nachrüstungsbeschluß der NATO eingegangen. Hauptforderungen der Aktionseinheit waren: Keine Atomraketen in Großengstingen, keine Atomwaffen in Europa, sowie die Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses und die Auflösung der beiden Militärbündnisse. Carola Bloch sowie eine Vertreterin der Gruppe Frauen gegen Militär gingen auf die Rolle der Frau im Krieg ein (Zivilschutz, Kriegsproduktion etc.). Ein Vertreter der BI gegen AKW stellte den Zusammenhang zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie dar sowie das spezielle Interesse der BRD hieran. Ein Vertreter der IGM forderte die Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses sowie die Einstellung aller Waffenexporte. Hasenclever forderte schließlich: Schluß mit dem Rüstungswahnsinn, und bemerkte mehrmals, es gäbe genug Alternativen.

Ein Genosse aus Reutlingen

OPHERDICKE

2.500 bis 3.000 Menschen demonstrierten am Ostersonntag in Holzwickede und Opherdicke gegen die dort gelagerten Atomwaffen. Sie forderten:

- Keine weitere Stationierung von Atomsprengköpfen und Raketen im Ruhrtal und im Ruhrgebiet;
- Abbau der dort jetzt schon lagernden Atomsprengköpfe;
- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen und Neutronenwaffen in Europa;
- Für Abrüstungsschritte in Ost und West;
- Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa;
- Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.

Obwohl es unter Teilen der Demonstrationsteilnehmer einigen Unmut darüber gab, daß trotz Ankündigung im Aufruf nicht direkt zum Raketengelände demonstriert wurde, ist es doch insgesamt als positiv zu werten, daß auch im östlichen Ruhrgebiet Aktivitäten gegen die Atombedrohung entfaltet werden. Ein Anfang in diese Richtung ist gemacht.

Kümmern wir uns selber um unser Leben, um unsere Sicherheit, um den Frieden!

Ein Genosse aus Dortmund



Großengstingen Ostermontag 1981, aus „Südwestpresse“ 21.4.81

Schüsse auf Ostermarschdemonstranten!

Ein Zivilbulle feuerte auf eine Gruppe von Kriegsgegnern, nachdem er vorher einen von ihnen mit vorgehaltener Pistole festgenommen hatte. Diese kaltschnäuzige Anwendung der Schußwaffe ereignete sich während des Ostermarsches von rund 800 Demonstranten in der Garlstedter Heide (nahe Bremen), die trotz Verbotes durch die Bundesregierung zur US-Kaserne bei Garlstedt gezogen waren, um dort gegen den Bau einer Panzertrasse durch die Heide und gegen die Kriegspolitik der NATO zu demonstrieren.

Polizeiprovokateure bei der Arbeit!

Seitens der Demonstranten verlief die Kundgebung vor der Kaserne friedlich, obgleich es hier die erste Provokation durch zivile Polizeibeamte gab: Kurz hintereinander rasten die Bullen in einem roten Mercedes zweimal mit hoher Geschwindigkeit durch die Menge. Bereits bei diesem Vorgehen wurde zumindest die Gesundheit vieler Teilnehmer gefährdet. Dennoch zogen die Demonstranten nach dem Ende der Kundgebung geschlossen wieder ab. Erst als auf einem abseitigen Feldweg der rote PKW erneut gesichtet wurde, aus dem heraus die Polizisten den Demozug fotografierten, griffen Demonstranten ein. Sie liefen über den Acker, um das Treiben der Bullen zu beenden, doch der Mercedes fuhr schnellstens davon. Kurz darauf wurde er in einem unüberschaubaren Waldstück ein drittes Mal gesehen, und einige Demonstranten liefen hinüber. Ein anderer Zivi-Wagen bekam noch ein paar Farbeier ab. Der rote Mercedes war rechtzeitig angefahren, hielt jedoch in einiger Entfernung an. Als ein Demonstrant etwas vorgelaufen war, trat plötzlich aus einer Gruppe von Spaziergängern ein Zivilbeamter mit vorgehaltener Pistole auf ihn zu und nahm ihn fest. Die anderen Demonstranten liefen hinterher, während der Festgenommene in den Wagen gebracht wurde.

Daraufhin feuerte der festnehmende Beamte zunächst einen „Warnschuß" in die Luft ab und dann s o f o r t ungezielt auf die Demonstrantengruppe. Daß dabei niemand verletzt oder gar getötet wurde, war reiner Zufall. Der Festgenommene wurde nach diesem Vorfall auf das Gelände der US-Kaserne (!) gebracht und dort einer erkennungsdienstlichen Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke) unterzogen. Nach knapp zwei Stunden ließ die Polizei ihn frei.

Für den Gebrauch der Schußwaffe in der geschilderten Situation gibt es nicht die geringste Entschuldigung, geschweige denn Erklärung; weder das Verbrennen der US- und BRD-Flagge während der Kundgebung noch die reine Teilnahme an der verbotenen Demonstration könnten dazu herhalten. Die ganze Angelegenheit geht allein zu Lasten der Polizisten, die es mit ihrem provokatorischen Vorgehen darauf anlegten, die Möglichkeit zu wenigstens einer Festnahme zu erhalten.

DKP: Bier und Bratwurst ...

... bestimmten die Osteraktion der DKP-orientierten „Initiative Garlstedter Heide", die seit Jahren unter dem Slogan „Ostereier statt Atomraketen" zu Protesten am Ostermontag aufruft. Diesmal war es vorher zu Kontakten zwischen der „Initiative..." und der autonomen Bremer Gruppe „Krieg dem Krieg" gekommen. Auch die „Initiative..." wollte ursprünglich zum Marsch zur Kaserne aufrufen, den sie 1980 selbst veranstaltet hatte. Nachdem aber die Bundesregierung aus Gründen der „Sicherheitspolitik" der BRD die unmittelbaren Proteste vor der US-Kaserne verboten hatte, beschränkte sich die „Initiative..." auf eine Fahrradtour von Bremen in die Garlstedter Heide, wo DKP, DFU und andere Ableger für reichlich Bier und Bratwurst anstelle politischen Rückgrats sorgten. „Krieg dem Krieg" forderte demgegenüber die anwesenden Antimilitaristen auf, sich nicht das Demonstrationsrecht nehmen zu lassen und bis vor die Kaserne zu ziehen. Als jemand von „Krieg dem Krieg" dies über die eigens mitgebrachte Lautsprecheranlage, mit der vorher der „Initiative ..." bei Durchführung ihrer Kundgebung geholfen worden war, durchsagen wollte, fiel ihm sofort jemand ins Wort. Das nutzte nicht viel: als sich der autonome Zug in Bewegung setzte, folgte ihm die Mehrzahl der rund 1.300 Anwesenden, darunter so manches einfache Mitglied von SDAJ oder DFU. Für kommende Aktionen gegen den Krieg sollte die DKP sich was originelleres ausdenken.

KB/Gruppe Bremen

Hamburger Atomforum

Am 24./25.4. fand in Hamburg ein Atomforum gegen die geplante „Nach"-Rüstung in der BRD statt. Eine Podiumsdiskussion vor vollem Audimax (2500 bezahlten 5 Mark Eintritt) und 15 Arbeitsgruppen und ein Abschlußplenum mit 600 Teilnehmern waren das Ergebnis. Dieses Forum sollte einen Dialog aller Hamburger Friedenskräfte einleiten und war durch starke sozialdemokratische Teilnahme (22 SPD-Bürgerschaftsabgeordnete sowie der Juso-Landesverband gehörten zu den Erstunterzeichnern) gekennzeichnet, ebenso hatten zahlreiche Gewerkschafter und Initiativen den Aufruf für dieses Forum unterstützt.

Die Arbeitsgruppen am 2. Tag dienten vor allem dem Informationsaustausch. Auf dem Abschlußplenum kamen ein Gewerkschaftssprecher, der Friedensaktivitäten vor allem zum 1. September ankündigte, und ein Sprecher aus der Kirche, der über ihre Planungen zum Kirchentag berichtete, wo u.a. zum 20.6. eine große Demonstration geplant ist (s. diesen AK), zu Wort. Über die Frage, wie dieser Forumskreis weiterzuarbeiten gedenkt, soll auf einem Auswertungstreffen am 13.5. (20 Uhr im CVJM-Haus) beraten werden.

Am erfrischendsten waren im Rahmen der Podiumsdiskussion die Beiträge des Vertreters der Ärzteinitiative und eines Steilshoper Gemeindepfarrers, die – wenn auch beschränkt auf ihren speziellen Arbeitsschwerpunkt – auch nicht mit Kritik sparten.

So betreiben die Ärztevertreter das neue Notstandsgesetz, das Sicherstellungsgesetz im Gesundheitswesen und eine Pflichtausbildung im Katastrophenschutz, obwohl es gegen Strahlenfolgen keine medizinische Behandlung gibt. Die Angestellten im Gesundheitswesen können im Ernstfalle die Verseuchten waschen, sortieren bzw. Verbrannte auf die 300 Spezialbetten der BRD verteilen, die schon im Normalfalle nicht ausreichen.

In den Kirchen wird nach der zweimaligen Absegnung der Weltkriege erneut und immer noch die „Verteidigung" gefordert, nur übertreiben dürfe man dabei eben nicht ... Wenn hier die Verhältnisse wie in Holland wären, wo die Bischöfe eine einseitige atomare Abrüstung forderten, hätte man auch hier auf dem Forum einen Bischoff statt eines Gemeindepfarrers sprechen lassen können. An der Basis der Kirche allerdings wachse die Sorge um die Kriegsgefahr und sie würden sich auch nicht durch die Kampagne gegen den Pazifismus in den Kirchen einschüchtern lassen. Er hoffe, viele hier im Saal bei Aktionen und Blokkaden vor Atomwaffenstützpunkten wiederzusehen, erklärte der Pfarrer

kaden vor Atomwaffenstützpunkten wiederzusehen, erklärte der Pfarrer zum Schluß.

SPD'ler und die Friedensbewegung...

Sollte man der Presse glauben, so waren die beteiligten Hamburger Sozialdemokraten schon angetreten, um Helmut Schmidt zu stürzen. Ein Versuch Kloses, die gesamte Fraktion auf eine Erklärung einzuschwören, die den Doppelbeschluß verteidigen sollte, war gescheitert. Auf eine Gegenanzeige von 39 Bürgerschaftsabgeordneten wurde aber versichert (die Erklärung des Atomforum war mit den Unterschriften der 22 SPD-Abgeordneten in der „Hamburger Morgenpost" erschienen). Auf der anderen Seite war auf Intervention dieser Sozialdemokraten noch eigens der Schlußappell dahingehend verändert worden, daß ausdrücklich nur noch „einigen US-Strategen" nachgesagt wird, sie wollten den Atomkrieg führbar machen. Daß die Nachrüstung insgesamt auf einer derartigen Strategie beruht, wurde ebenso gestrichen. So blieb der schmale Konsens, daß man eben gegen n e u e Atomwaffen sei. In den Redebeiträgen wurde dann auch durch die Bank (und nicht nur von den Parteivertretern) die Bundesregierung als aktiver Teil dieser Strategie ausdrücklich ausgenommen. Recht kämpferisch klang es dann schon, als die Vertreterin der IGM Frauenausschüsse erklärte, daß sich die Bundesregierung wie beim Rapport von Unteroffizieren in den USA verhalte. Gösta von Uexküll, vieljähriger Erstunterzeichner von KOFAZ-Aufrufen, wandte sich gegen die betriebene Verteufelung des Pazifismus und fügte vorsichtig an, daß dies doch eher Anlaß sein sollte, über die weitere Nachrüstung hinaus über eine Welt ohne Waffen nachzudenken.

Die Verteufelung des Pazifismus sollte aber auf keinen Fall Anlaß sein, jetzt umgekehrt pauschal andere als „Militaristen" zu verteufeln, sondern im Gegenteil habe die neue Friedensbewegung die Absicht, der Bundesregierung den Rücken zu stärken, damit sie „standhaft" gegenüber den US-Anforderungen werde.

Oberst a.D. Weber, Erstunterzeichner des Krefelder Appells, kennzeichnete zwar den SPD-Doppelbeschluß als „Doppelbetrug", nannte dies aber gleichzeitig als eine „Aufgabe der nationalen Interessen". Für die Friedensbewegung gebe es nur ein klares Ja oder Nein zur „Nach"rüstung. Die Sozialdemokraten riefen mehr oder weniger stark zu Aktionen auf bzw. beteuerten die Größe der Friedensbewegung. Thüsing wollte Aktionen an Standorten von Atomwaffen, William Born von der FDP, den wir hier getrost mit einreihen können, bezeichnete die neue Massenbewegung als die „größte Bürgerinitiative" der BRD und erklärte sei-

senbewegung als die „größte Bürgerinitiative" der BRD und erklärte sei-ne Verwunderung, daß noch immer mehr Menschen Sorge vor AKWs hätten als vor dem atomaren Untergang.

Auf der anderen Seite waren die Schonung der Parteioberen bzw. die Hochjubelei dieser Parteien schon mehr als peinlich. Thüsing sprach von der „Legende", daß die SPD die Nachrüstung beschlossen habe. Karotka meinte, die Voraussetzung zur Zustimmung der Nachrüstung seien nicht mehr gegeben (Nichtverabschiedung von SALT II), er trete in dem von Eppler vorgeschlagenem Sinne für eine Revision des Parteibeschlusses ein.

Der Abgeordnete Hoffmann erklärte immerhin, daß man nicht erst aufrüsten könne, um dann abzurüsten. Das war aber auch schon das Optimum. Ansonsten wurde ständig die SPD als Ganzes der Friedensbewegung angedient, wobei sie betonten, wie sehr sie dafür kämpfen würden... Die große „Tradition" der SPD in der Friedensbewegung wurde beschworen, wobei Karotka bezeichnenderweise betonte, daß die SPD ihre größten Erfolge gehabt habe, als sie als Partei des Friedens g a l t. Ausdrücklich wurde dabei nur die Entspannungsphase gemeint. Die Zeit als die SPD noch gegen jegliche Atombewaffnung in der BRD agierte, wurde nicht einmal erwähnt. Denn gegen damalige Aussagen der SPD-Spitzen nehmen sich die der SPD-Vertreter heute geradezu kläglich aus. So forderte Leber z.B. noch Ende der 50er Jahre einen Generalstreik gegen die Atombewaffnung, was ihn allerdings nicht hinderte, später Kriegsminister einer mit Atomwaffen vollgestopften BRD zu werden. Ja selbst Strauß – so wird man sich erinnern – hatte sich lieber die „Hand verdorren" lassen wollen, ehe er zur Waffe greifen würde. Das allerdings ist inzwischen noch länger her und fällt in die unmittelbare Nachkriegszeit. Jedenfalls läßt das Verhalten der SPDler und anderen Parteienvertreter nur zwei Schlüsse zu: Entweder sind sie von der SPD-Spitze – für FDP und Gewerkschaften gilt das gleichermaßen – in die Bewegung geschickt, um entsprechende Integrationsarbeit zugunsten der SPD zu leisten bzw. deren Schonung zu betreiben; dies wäre ein Teil des von Glotz geforderten großen „Dialogs" mit der Friedensbewegung, eine Integrationsaufgabe, die laut Glotz größer sei als die Integration der Apo-Generation; oder diese Sozialdemokraten gehen davon aus, als Parteifunktionsträger nur dann überhaupt wagen können, in der Friedensbewegung zu arbeiten, wenn sie dabei trotz der Kriegstreiberrolle dieser Partei ständig lobende und verharmlosende Worte verlieren.

„MG"-Provokateure

Trotz Karteneinlaß schaffte es die MG, 150 - 200 Plätze mit offenbar bundesweit angereisten Mitgliedern und zwar in der Mitte, geschlossen zu besetzen. Schon bei der anfänglichen Musik wurde klar, daß sie schlicht stören wollten. Schon im Flugblatt der MG hieß es, *„gegen den Krieg zu sein ist etwas ganz anderes als vor einem Schlachtfeld BRD zu warnen"*. Sie unterstellten damit allen deutschnationale Vorstellungen. Andersherum müßten sie als US-Bürger dann konsequenterweise „geradezu ein Bekenntnis zur ‚Abschußrampe BRD' " fordern.

In diesem Sinne wurde dann auch konsequent verfahren: „Frieden hier – schafft den Krieg nur anderswo; hört doch mit dem Frieden auf, kommen doch nur Kriege raus; Kriegstreiber raus" (auf Thüsing bezogen). Wer gegen Atomwaffen sprach, war in ihren Augen dann für einen konventionellen Krieg. Ihre Störaktionen galten genauso dem dänischen Vertreter, der für seine Forderung einer nordischen atomfreien Zone, bei

dem dänischen Vertreter, der für seine Forderung einer nordischen atomfreien Zone, bei gleichzeitiger Abschaffung dort bestehender Abschußrampen, in die im Kriegsfalle Atomwaffen gebracht werden könnten, ebenfalls nur Hohngelächter ernteten.

Bei allen nationalen Tönen vom Podium wurde einmal mehr deutlich, daß es der MG um nichts anderes als um provokatorische Störaktionen ging. So endet ihr Flugblatt dann ganz „konstruktiv" mit der Frage: *„Warum stellt sich eigentlich niemand die Frage, wie wir den Friedenszeiten entgehen, in denen die Politiker die Kriegsgefahr produzieren."*

So trug ihre Störaktion neben längeren Zeitverlusten hauptsächlich dazu bei, daß das restliche Publikum auch jedem noch so nationalen Blödsinn erst einmal rythmisch Beifall klatschte, um die MG-Störaktionen zu übertönen. Die MG sei eine Gruppe, die sich „darauf spezialisiert hat, bundesweit herumzufahren, um Friedensveranstaltungen systematisch zu stören", erklärten die Veranstalter.



Totalverweigerer zur Abschreckung in den Knast

Am 28.4.81 beginnt am Landgericht Hannover die Berufungsverhandlung gegen den Totalverweigerer Götz Perle.

Götz Perle hatte nach seiner Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zunächst den Zivildienst angetreten, dann aber eine Weiterführung strickt abgelehnt. Im Dezember 80 — in der ersten Instanz — erhielt er dafür 6 Monate Gefängnis auf Bewährung, 500 DM Geldstrafe (an amnesty) und die Auflage, den Zivildienst anzutreten. Zusätzlich bekam er die Kosten des Verfahrens aufgebrummt. Da Götz den Zivildienst als Teil des Kriegsdienstes (wenn auch ohne Waffen) ablehnt, heißt das Urteil Teilnahme am Kriegsdienst oder Gefängnis und Geldstrafen. Wie der Zivildienst ins militärische Verteidigungskonzept eingebaut ist, hatte Götz an verschiedenen Punkten deutlich gemacht:

Im „Verteidigungs"fall haben KDV'ler unbegrenzt Zivildienst abzuleisten. Das Zivildienstgesetz ist für den Einsatz von ZDLern im Bereich der ‚zivilen Verteidigung' vom Wehrpflichtgesetz abgeschrieben. Obwohl die Behörden dazu inzwischen aus dem Verteidigungsministerium ausgegliedert wurden, sind die Zivildienstbeauftragten entsprechend ‚Altgediente' aus der Bundeswehr. Das Weißbuch der Bundesregierung zählt zur Aufgabe der „Verteidigungsgesetze" (das auch das Zivildienstgesetz einschließt), *„schon in Friedenszeiten ... Krisenbewältigung und bestimmte[n] vorbereitende[n] Maßnahmen für die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft.."* herzustellen. „Technischer Umweltschutz", Versorgung des Heeres sowie die der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser gehören beispielsweise dazu: *„.... auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft... die für Zwecke der Verteidigung erforderlichen Maßnahmen... treffen"*, heißt es dazu in einem Notstandsgesetz. Heute läuft das ganz „harmlos" als Modellversuch im Umweltschutz. Das Bundesministerium für Soziales (BMA), dem auch der Zivildienst untersteht, hat schon heute die Daten für die „Sicherstellung" des Personalbedarfes für die „Zivile Verteidigung" gesammelt. In der Datenbank mit 200 Rechenzentren sind heute 90 % der Bundesbürger mit ihren Daten erfaßt.

Götz errechnete, daß bis zu 70 % der heutigen Zivildienstplätze direkte militärische Bedeutung hätten.

Das Gericht erklärte in seinem Urteil in aller Offenheit dazu, daß auch KDVler die „Verteidigungswürde" der BRD anzuerkennen hätten: *„Die Einlassungen des Angeklagten ließen nicht erkennen, daß er sich mit dem Problem, daß die BRD verteidigungswürdig ist und wie dies seiner Meinung nach praktisch gehandhabt werden sollte, beschäftigt hat"*. Zusätzlich neben dieser Forderung — jeder ein kleiner Kriegsplaner — erklärte das Gericht ihn schlicht für blöd: Es sei der Ansicht, *„daß der Angeklagte sich nicht eingehend mit Argumenten für und gegen den Zivildienst und den Kriegsdienst auseinandergesetzt hat"*, er habe nach Argumenten für seine „Dienstflucht" gesucht, *„ohne sich ernsthaft mit den Gedanken des Gesetzgebers ... auseinanderzusetzen"*.

Als „Sprecher für seine Freunde" sei er ja *„gezwungen, im Rahmen der einmal festgelegten Argumentationsschablone aufzutreten"*.

Um möglichen Nachfolgern gleich Schranken zu setzen, reichte dem Gericht keine Geldstrafe sondern nur eine Freiheitsstrafe. *„Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Generalprävention war diese erforderlich, da einerseits in der Bevölkerung, und zwar dort insbesondere bei den Wehrdienstverpflichteten, kein Verständnis dafür aufgebracht werden könnte, daß sich der Zivildienstverweigerer möglicherweise mit einer sogenannten Verpflichtung freikaufen und damit Unbequemlichkeiten des Wehr- bzw. Zivildienstes entgehen könnte"*. Interessanterweise unterstellt das Gericht eine Welle von Zivildienstverweigerungen, weshalb eine Abschreckung notwendig sei. Insofern ist dieses Urteil das Eingeständnis, daß der Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen wachsen wird, und es ist ein Zeichen, daß die Herrschenden diesen schon in den Ansätzen brechen wollen.

Kommt zum Berufungsprozeß am 28.4.81 im Landgericht Hannover - Volgersweg 65, Eingang Roscherstrasse, 13 Uhr, Raum 29.

Der Vorsitzende Richter Täglichsbeck ist vielen durch die Grohnde-Prozesse in ‚einschlägiger' Erinnerung. Solidaritätsadressen bitte an das Landgericht Hannover, Abt. 114, 1s 12 js 590/80 - 46 b 29/81.

Spenden an Psch. Amt Hannover
Kto.-Nr. 33 77 49 – 306
BLZ 250 100 30
Infos über SOZDL Hannover
c/o Ralph Biehle, Engelbosteler Damm 120

Der Atomtod bedroht uns alle!

Keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik Deutschland!

Zu dem Hamburger Forum rufen auf: Erstunterzeichner:

G. v. Uexküll, Journalist – H. Pohlmann, Redakteur, Lt. d. R. – R. Behrendt, Vors. IGM-Frauenausschuß – U. Cremer, 1. Vors. der DFG-VK Hamburg – J. Thiem, IGM/Betriebsrat – K. Lemanski, IGM/Betriebsrat – W. Rath, Gewerkschafter, IGM – H. Gaßmann, Gewerkschaftssekretär – U. Janssen, HBV, Betriebsrat – K. Meyer, HBV, Gewerkschaftsjugend – K. Balzer, Bildungsreferent i. d. Kath. Kirche – H. Sassenscheidt, Schulpsychologe, GEW – Prof. Dr. N. Paech, Vors. Vereinigung demokr. Juristen – J. Naujoks, Vors. AStA Uni Hamburg – B. Schmidt, CVJM-Sekretär – W. Guhle, Mitgl. BI Uhlenhorst (BBU) – M. Bender, Für „Frieden schaffen", Arbeitskr. d. ev.-ref. Kirche – A. Beckmann, Mitgl. d. Landesleitung Kath. Jugend – G. Weber, Vors. d. Gesellschaft BDR-UdSSR Hbg. – Prof. I. Kurz – H. Bethge, Mitgl. d. GEW-Landesvorstandes – J. Trede, stellv. Vors. GEW, Landesverb. Hbg. – H. Meyer, Vorsitzender HBV, Ortsverein Hbg. – A. Kaestner, Stud.-Pfarrer – H. Zorn, Diplomvolkswirt – D. Garbe, Aktion Sühnezeichen – Prof. D. Sölle – Prof. Dr. G. Freise – G. Wiese, Pax Christi – Prof. M. Plesch, Bund demokr. Wissenschaftler – Th.-S. Kluth, Landesvorstand Deutsche Jungdemokraten – D. Klose, Betriebsratsmitglied – P. Bracker, 2. Vors. des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier/Betriebsratsmitglied – U. Pohl, Vors. F.D.P.-Frauengr., ÖTV-Vertrauensfrau – Dr. med. E. Scharpff, Fachärztin f. innere Medizin – B. Schmude, Schriftführerin d. Ortsvereins d. IG Druck u. Papier, Journalistin – M. Goll, Ortsvereinsvorsitzender IG Druck u. Papier Hamburg – W. Grell, Pastor Dr. H.-J. Benedict, Pastor – G. Fuchs, Schriftsteller, Vors. d. Hamburger Schriftstellerverb. – S. Kurzewitz, Pastor, Christen i. d. Verantwortung – T. Hachfeld, Pastor d. ev.-ref. Kirche – Dr. C. Friemert, Dozent – Prof. Dr. K.-J. Gantzel, Institut für Polit. Wissensch./Universität Hamburg – M. Engel, Schauspielerin – T. Bock, Dipl.-Psych., Mitgl. im Vorst. d. Hamburgisch/Deutschen Gesellschaft f. soziale Psychiatrie – H. Feddersen, Gewerkschaftssekretär – I. Börjes, Vorstandsmitgl. d. Landesjugendrings Hbg. – R. Schübel, Filmemacher – V. Hermstorf, 1. Vors. der dju-Hamburg i. d. IG Druck u. Papier – A. Hielscher, 2. Vors. der dju-Hbg. – E. Mathes, Schauspielerin – A. Kroll, Landesvorst. SHB – H. Ekelund – J. Kasiske – K. Wand, wiss. Angest. – D. Thiele – J. Krause, Lehrer – M. Calsow, ÖTV-Vertrauensmann – W. Killig, Angest. – K. Albers, Deputierter d. Kulturbeh. – A. Messerschmidt, Lehrerin, GEW-Vertrauensfrau – O. Scholz, Student – T. Müller, Sozialpäd. – M. Gnaß – Th. Uwis, Lehrer – M. Luttermann, ASF-Landesvorst. – H. Hermann, ASF-Kreisvorst. Nord – Dr. B. Leutner – H.-P. Dietrich – G. Sengpiel – A. Sellmer – P. Mordhorst – R. Winter – I. Schöne, MdBü – G. Frank, MdBü – E. Heuse, MdBü, Journalist – H. H. Paetz, MdBü – U. Riez, MdBü – B. Fischer, MdBü – H. Ibs, MdBü – K. Weiß, MdBü – H. Frahm, MdBü – W. Kieck, MdBü – Prof. W. Damkowski, MdBü – D. Iseler, MdBü – N. Springborn, MdBü – J. Deloffre, Juso-Landesvorstand Hamburg (LV) – H. Burmester, Juso-LV – K. Fieguth, Juso-LV – K. Olsson, Juso-LV – R. Köpke, Juso-LV – I. Scholz, Juso-LV – G. Beling, Juso-LV – D. Stapelfeldt, Juso-LV – U. Skirke, Juso-LV – U. Schütze, Juso-LV – M. Jung, Juso-LV – L. Rohs, Redakteurin – W. Hendriksen, Gewerkschaftssekretär – Dr. V. Berger, Soziologin – F. Teichmüller, Gewerkschaftssekretär – A. Buchsteiner, Gewerkschaftssekretär – W.-R. Felsch, Gewerkschaftssekretär – Ch. Albrecht, Mitgl. i. GEW-Landesvorst. – Prof. Dr. E. Grimmel, Geograph – R. Trampert, Betriebsrat – W. K. Goltermann, Journalist – Th. Langer, Journalist – R. Link, Sekretär – G. Caspersen, Betriebsratsvors. – Prof. Dr. H. Mattfeld – H. P. Koch, Betriebsratsvors. – H. Gremliza, konkret-Herausgeber – W. Perdelwitz, Redakteur – A. Colberg, IFFF – A. Bednarek, Arbeitskr. Abrüst. u. Sicherheitspol. – L. Doormann, Publizistin, DFI – H. Leps, Studienrat – Prof. Dr. N. Reich – Dr. P. Lock, wiss. Ass., Uni Hamburg – C. Randzio-Plath, Vors. ASF-Hambg. – R. Schmidt-Bott, Angest. – Ch. Schmidt, Lehrer – H. Scheunemann, MdBü – Dr. M. Sachs, MdBü – W. Loewe, MdBü – H. Frank, MdBü – F. Martin, MdBü – K. Riedemann, MdBü – W. Karotka, MdBü – J. Jalass, MdBü – Ch. Reuß, MdBü – G. Rohmer, IGM, Ortsjugendausschußvors. – R. Griep, 1. Vors. GEW, Lv Hamburg – G. Teckentrup, stellv. Vors. GEW, Lv. Hamburg – N. Aust, Präsident d. Hochschule f. Wirtschaft u. Politik – Prof. Dr. L. Zechlin – I. Ammon, geschäftsf. Vorstandsmitgl. d. BBU – H. Gieskes, Schauspieler – H. Baade, Vors. VVN-Bund der Antifaschisten, Hbg. – Ch. Mylius-Stumpff, Schauspielerin – M. Gabriel – F. Bahnweg – W. Buchholz – D. Bonk, IGM/Betriebsrat – I. Carlberg, IGM/Betriebsrat – Dr. R. Gidion, Kinderarzt, Personalratsmitglied – Dr. G. Limbrock, Vors. BGA i. d. ÖTV Hamburg, Psychologe – Dr. R. Pfeiffer, BGA-Vorst., Arzt – J. Kols, BGA-Vorst., Arzt – E. Weber, Hamb. Ärzteinitiative gegen Atomenergie – N. Neumann, Betriebsrats-Vors. – P. J. Kruse, Pastor, Arb.-Kreis ‚Streit um den Frieden', Norderstedt – A. Saubtheiß, Pastor, Chr. i. d. Verantw. – U. Sanneck, Erzieher, Chr. i. d. Verantw. – K.-P. Lehmann, Pastor, Chr. i. d. Verantw.

Aufruf zu einem Hamburger Forum:

Freitag, den 24. April 1981, 19.00 Uhr
Plenum im Auditorium Maximum der Universität Hamburg, Von-Melle-Park.

Sprecher:
Gösta von Uexküll, Journalist
Irene Börjes, Vorstandsmitgl. d. Hambg. Landesjugendringes
Prof. Missalla, kath. Religionspädagoge
Roland Voigt, BBU
Gerhard Weber
Regina Behrendt, Vors. IGM-Frauenausschuß
Werner Karotka, Mitgl. d. Hamburger Bürgerschaft
Eberhard Weber, Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie
Horst Meyer, Vors. d. HBV, Ortsverwaltung Hamburg
Josef Weber, Oberst a. D.
Klaus Thüsing, Mitgl. d. Bundestages
Dr. H.-J. Benedict, Pastor
Prof. Dr. Fried, USA, US-Vertreter im Nürnberger Prozeß
Martin Lund, Zusammenarbeitskomitee für Frieden und Abrüstung, Dänemark
Chor: Hamburger Sängerhaufen

Sonnabend, den 25. April 1981, 9.00 bis 14.00 Uhr
Ausstellungen, Info-Stände, Arbeitsgruppen und Werkstätten in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park und der Katholischen Studentengemeinde, Rentzelstraße 17.
Abschlußplenum: Großer Hörsaal HWP

Sonnabend, 17.00 Uhr: Stephanus-Kirche, an der Lutterothstraße, Ökumenischer Gottesdienst.

Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa erhöht die Kriegsgefahr. Das kommt auch zum Ausdruck in der Erklärung des US-Außenministers Haig: Es gäbe Schlimmeres als Krieg und Wichtigeres als den Frieden.

Auf dem Boden der Bundesrepublik sollen atomare US-Raketen, „Pershing-II" und „Cruise missile", stationiert werden. Damit würde die gesamte militär-strategische Situation dramatisch verändert. Ein Atomkrieg erscheint den Verfechtern dieser Politik auf Europa begrenzbar und damit auch gewinnbar. Unser Land würde mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, die bis weit in die UdSSR hineinreichen, zur Abschußrampe und damit auch zur Zielscheibe atomarer Gegenschläge.

Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 forciert das Wettrüsten, bewirkt die Militarisierung weiterer Lebensbereiche und die zunehmende Verschleuderung immer größerer Summen für Rüstungszwecke, obwohl die sozialen Gegensätze zwischen Europa und der Dritten Welt wachsen und auch in der Bundesrepublik Unsicherheit und Arbeitslosigkeit zunehmen. Der Abbau sozialer Leistungen schreitet rapide fort.

Anstatt die Entwicklung von neuen Waffensystemen zu fördern, sollte die Bundesregierung aufgrund gerade der deutschen Verantwortung für zwei Weltkriege durch konsequente Verfolgung der Entspannungspolitik, durch konstruktive Beiträge zu internationalen Verhandlungen dazu beitragen, den Frieden zu sichern.

Es ist höchste Zeit, daß alle, die sich bedroht fühlen, die die Sorge um den Frieden teilen, miteinander beraten und gemeinsam für folgende Forderung eintreten:

Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zum NATO-„Nach"-Rüstungsbeschluß und zur Stationierung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zurückziehen!

Klaus Tonner, wiss. Mit./HWP – Anna Sommermann, Textarbeiterin – Dr. Dieter Koch, wiss. Ang. – Prof. Dr. Herbert Schui, Doz./HWP – Dr. Martin Kutscha, RA, Lehrbeauftr./HWP – Klauswilhelm Müller, Ref. – Jürgen Hoyer, Jurist – Hans Deß, Jurist – Jens-Peter Hjort, RA – Volker Hemmrich, RA – Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback – Hartmut Wegener, ORRat – Georg Strohwald, RA – Ronald Westphal, RA – Wolfgang Winkler, Assessor – Annegret Döse, RA – Dorothea Goergens, RA – Günter Hörmann, wiss. Ref. – Christian Seegert, Doz./HWP – Sybille Raasch, wiss. Ang./HWP – Susanne Gube-Schindler, wiss. Ang./HWP – Lieselotte Rödele, PRat, BüroAss/HWP – Hans-W. Micklitz, wiss. Ang. – Dr. Hans-G. Burgbacher, Doz./HWP – Trudel Karcher, RA – Christa Janssen, ÖTV – Else Braden, PRat-Vors./HWP – Dr. Werner Goldschmidt, Doz./HWP – Dr. Heinrich Epskamp, Doz./HWP – Helga Milz, Doz./HWP – Silke Wittich-Neven, wiss. Ang./HWP – Prof. Eberhard Liebau, Doz./HWP – Gerd Callies, Lehrer – Burkhard Röschmann, Lehrer – Hiltrud Neumann-Burhase, Lehrerin – Anna Ammonn, Lehrerin – Jochen Kenad, Lehrer – Anna Zachariae, Stud.-Ref. – Harald Schendler, Lehrer – Heiko Weißmann, Lehrer – Gudrun Frevert-Behnar, Lehrerin – Angelika Jehmlich, Soz.-Päd., PRat – Wittich Fischer, Lehrer – Sigrid Stautz, Lehrerin – Eva Linehl, Rentnerin.

Peter Juhl, SozArb., – Michael Oesterheld, – Franzi Schubert, Stud., – Elisabeth Geilich, Soz.Päd., – Helga Opladen, Hausfrau, – Michael Obladen, – Elfriede Rieke, Verw.Ang., – Sönke Wandschneider, Pastor, – Heinz Grohn, Rentner, – Birgit Brauer, Psych.-Std., – Dr. Thomas Felten, Rechtsref., – Michael Alex, wiss. Ang., – Dr. Barbara Mathaeus, Zahnärztin, – Jürgen Buhk, Postbote, – Hans-Werner Polzin, Dipl.Kaufm., – Stefan Hotze, ZDL, – Rita Scholz-Bogatech, Soz.Päd, – Andreas Ernsting, Lehrer, – Inge Rögener, Lehrerin, – Evelin Wachler, Lehrerin, – Gabriele Kandzora, Lehrerin, – Ulla Drewes, Lehrerin, – Renate Kommert, Lehrerin, – Gertrud Lampe, Lehrerin, – Sigrid Behrmann, Lehrerin, – Ina Fuhrke, Lehrerin, – Heidi Reinicke, Lehrerin, – Margit Radtke, Lehrerin, – Holger Radtke, Lehrer, Fachgr. Vors. GEW, – Ingrid Hibbeler, Lehrerin, – Rudolf Demel, Lehrer, – Günther Henze, Lehrer, – Gertrud Kelb, VAe, – Volker Neumann, Lehrer, – Georg Wachsmann, Tennislehrer, – Sabine Harder, Lehrerin, – Erhard Bartels, Lehrer, – Jochen Wortelker, Mitgl. Bundesausschuß AjLE/GEW, – Wittich Fischer, Lehrer, – Martin Jacobsen, Lehrer, VVN, – Dr. Jochen Bergeest, Zahnarzt, – Ulrich Saint-Paul, Biologe, – Dr. Peter Schütt, Schriftst., – Lotte Ernst, Rentnerin, – Michael Wollburg, Ref., – Prof. Dr. Roland Mutschler, – Prof. Margret Wens, – Margita Borus, Lehrerin, – Detlef von Stürmer, Schriftsetzer, – Brigitte von Stürmer, Schülerin, – Kai v. App, Drucker, – Bernd Nordmeyer, Betriebswirt, – Jürgen Thiele, BRat., – Herbert Aselmann, Ref., – Michael Krause, DJD, – Ulf Gritzka, I.Vors. LHV, – Otto Pagel, – Eva Acél-Kania, – Dieter Spiegel, Grafiker, – Ute Dauge, Ang., BRat, – Klemens Wanke, Redakt., – Jürgen Zichnowitz, Ang., BRat, – Iris Bader-Jückstock, Redakt., – Martina Willeke, Stud.Soz.Päd., – Brigitte Kloevekorn, Stud.Soz.Päd., – Jens Feddersen, Lehrer, – Dr. Karl Pawek, Journ., – Angela Pawek, Lehrerin, – Uwe Koch, ÖTV-Abtl. VSt./BRat, – Monika Imme, Stud., Mitgl. ASTA-HWP, – Hartwig Zillmer, Lehrer, Del. GEW, – Helmut Spindler, Dipl. Biologe, – Eckhart Grulke, Vors. „Allerhand Verein", – Sybille Jacob, Lehrerin, – Tilman Kressel, St. R., – Dr. Heiner Zillmer, wiss. Ang., – Ernst-Ulrich Koch, – Werner Meyer, Beiratsmitgl. der NGG, – Rudolf Griebner, Verwaltungsstellenvorst., NGG , – Annette Bopp, Dipl.-Biol., – Irma Heinrichs, Ang., – Werner Saße, Dreher, BRat, – Heiner Ahrens, Lehrer, Dipl. Psych., – Helga Peters, Hausfr., – Curt Stemmler, Aufsichtsratsmitgl., – Thomas Felte, wiss. Ass., – Heike Schoop, Ang., – Dr. Dorothee Gremliza, Verlegerin, – Hans-Peter Reichelt, Schriftst., – Otto Köhler, Journ., – Lothar Grützner, Schausp., – Christa Laban, Ang., – Jutta Kosjek, Lehrerin, – Antje Tietjen, Redaktions-Sekr., – Rosmarie Pott, Lehrerin, – Wolfgang Kaven, Schausp., – Hannelore Dauer, Lehrerin, – Karin Wandrey, Lehrerin, – Ursel Hochmuth, Autorin, – Herbert Aselmann, Stud.Ref., – Gunter Bleyer, Lehrer, – Reinhard Hinrichs, Aufnahmeleiter, – Jürgen von Loosen, Lehrer, – Jens Schröter, Meteorologe, – Anne Dekkers, Sekr., – Christa Kolbling, Journ., – Sabine Kasiske-Krause, Hausfr., – Klaus Hüneke, Arch., – Alexander Wyke, Stud., – Rolf Kasiske, Wiss.Mit., – Dörte Maass-Rose, Stud., – Erich Schliephake, Stud., – Manfred Jobmann, wiss. Ang., – Christoph Störmer, Pastor, – Helmut Elliesen-Kliefoth, Pastor, – Matthias Schwabe, Vorst. ASTA HFMDK, – J.S. Hutzel, Fachschaftsrat Geographie, – Erich Soltwedel, Rentner, – Fred Harfst, – Gunnar Lund, RA, – Eva Lund, Ärztin, – Kornelia Block, Lehrerin, – Friedrich Block, Lehrer, GEW-Vertrm., – Hans Lübbecke, Lehrer, – Patrizia Westermann, Ref., – Nora Finkler, Lehrerin, – Dirk Steinbrinker, Lehrer, – Helmut Baake, Lehrer, – Sieghard Schulz, Lehrer, – Helge Brennecke, Lehrer, – Ilona Lottermoser, Lehrerin, – Martina Müller-Krätschmar, Lehrerin, – Dieter Handschuh, ÖTV-Abt. Vorstand Sozialarbeit, – Wolfram Dargel, Gerti Rothe, Stud., – Linde Jörck, Stud., – Susanne Prieß, Soz.Päd., – Albrecht Silers, Soz.- Päd., – Marianne Reichel, Angest., – Manfred Auerswald, Lehrer, – Peter Göbel, Gewerkschaftssekretär, – Jochen Amme, Rechtsanwalt, GEW, – Erik Amme, Kaufmann, – Lothar Hüneke, Gewerkschaftssekretär, – Helga Stoltenberg-Lerche, Lehrerin, – Petra Kues, Lehrerin, – Margret Grimm, Lehrerin, – Martina Heymann, Lehrerin, – Karin Kraupner, Lehrerin, – Wolfgang Rosenfeldt, Lehrer, – Ulrich Sabin, Lehrer, – Ann Fielding, Lehrerin, – Susanne Schmidtholz, Lehrerin, – Marianne Martens, Lehrerin, – Dagmar Steffen, Lehrerin, – Konstanze Freygang, Lehrerin, – Ulrich Loeffler, Kaufm., – Geert Gutgesell, Schornsteinfeger, – Cornelia Nahrstaedt, Industriekfm., – Horst Harder, Beamter, – Walter Kreck, Prof. em., – Frieder Schebesch, Lehrer, – Dieter Brumm, Stellv. Bundesvors. Deutsche Journalisten-Union, – Kalle Fabig, Arzt, – Doerte Hein, Angest., – Bernd Kröger, Angest., – Petra Bergerhoff, Angest., – Norbert Friedländer, Kameramann, – Donata Höffer, Schauspielerin, – Marlene Roehrich, Erzieherin, – Peter Schirrmeister, Lehrer, Mitgl. PRat, – Bernd Vahldieck, Dipl.-Psych., – Rosemarie Zahrndt, – Wolfgang Erdmann, Ing., IGM, BRat, – Petra Göben, Lehrerin, – Wolfgang Lorenz, Gewerkschaftssekretär, – Margit Knobel, Ärztin, – Knud Meschke, Referendar, – Volker Meier, Maler, – Beata v. Uexküll-Bieger, Hausfrau, – Hans-Jörg Bieger, Lehrer, – Helga v. Hoffmann, Sekretärin, MdBü, – Ingrid Fläschner, Angest., – Ingeborg Betzbach, Rentnerin, – Wolfgang Fläschner, Kaufmann, – Werner Schroeder, Hafenarbeiter, Vorst. VVN, – Rolf Herrmann, Mitgl. d. Präsidiums VVN-BdA, – Ille Wendt, Mitgl. d. Präs. VVN, – Lisbeth Möller, Mitgl. VVN, – Eckhard Hickstein, Lehrer, GEW, – Jens Waßmann, Student, – Eckhard Dörger, Lehrer, – Ursula Dörger, Lehrerin, – Jochen Engel, Lehrer, – Marlies Engel-Eske, Maskenbildnerin, – Bärbel Rautenberg, Lehrerin, – Antje Bergunde, Lehrerin, – Harald Wahrlich, Lehrer, – Axel Hasert, Arbeiter.

Monika Ebert, Lehrerin – Willi Zach, Dipl. Informatiker – Marianne Nehrkorn, Lehrerin, Mitgl. Fachgr. Vorst. GEW – Christian Rahn, RA – Dr. Klaus Dammann, RA – Michael Lemke, RA – Hermann Hinrichsen, Architekt – Maren Seibriger-Hellwig, Erzieherin – Petra Richter, Sekr. – Urte Zell, Lehrerin – Renate Ekkoldt, RA – Bettina v. Hauenschild, Lehrerin – Gretchen Schulz, Hausfrau – Karin von Borstel, Stud. – Brigitte Dehning, Erzieherin – Dieter Knodel, Erzieher – Heinrich Stephan, Arzt – Renate Hesterberg, Ärztin – Marlen Lorenzen, Arzthelferin – Knud Brinckmann, Fernmeldemonteur, Vertrauensm. d. IGM – Andrea Stephan, Lehrerin – Susanne Görs, Referendarin – Jens Lund, Lehrer – Irene Kalthoff, Lehrerin – Birgit Jöhnk, Lehrerin – Karin Menke, Lehrerin – Joachim Schoenknecht, Lehrer – Heinrich Friedler, Lehrer – Hartmut Drewes, Pastor – Fredeke Drewes, Lehrerin – Bärbel Sandberg, Soz. Päd. – Ulrike Steffen, Lehrerin – Heilwig Arndt, Stud. – Andrea Göhring, Stud. – Andreas Schäfer, Stud. – Dr. Albert Hecke, Dozent – Lillemor Mahlstedt-Hecke – Bärbel Runge – Christian Bock, Lehrer – Manfred Huth, Lehrer – Gaby Braun, Tanzpäd. – Hans-Jürgen Albrecht, Lehrer – Udo Gentzsch, Industriekaufmann – Else Werner, VVN/LV – Inge Mühlmann, Soz. Päd. – Michael Scheen, Soz. Arbeiter, Mitarb. Vertr. – Heinz-Günther Winkler, Sozialarb., Vertr. Mann ÖTV – Hans Schulze, Vors. d. Gustav-Radbruch-Gesellschaft – Karsten Huickeldeyn, Stud. – Ulla Ullmann, Lehrerin – Klaus Behn-v. Urban, Lehrer – Olaf Greve, Student – Margarete Hochgartz, Ärztin – Jörg Hochgartz, Arzt – Heike Sassenscheidt, Lehrerin – Adolf Hedrich, Schulpsychologe, Vertr. GEW – Hartmut Uhden, Schulpsychologe – Manfred Schiffel, Schulpsychologe – Peter May, Schulpsychologe, GEW-Deleg. – Götz Plantinko, Schulpsychologe – Erhard Dressel, Sozialpäd. – Anni Dudda, Rentnerin – Werner Pohlmann, kfm. Angest. – Irene Säbisch, Lehrerin – Ingrid Koesters, Schulpsychologin – Manfred v. Bargen, Bau-Ing. – Fritz Tiemann, Lehrer – Ingo Heitmann, Rentner – Christian Stawinsky, Ing. grad. – Thomas Wilken, Referendar – Ulrich Meinecke, Gewerksch.-Sekretär – Hendrikje Roesky, Soz. Päd. – Wulf-Uwe Belling, Tischler, stellv. Betriebsratsvors. – Alexander Weil, Vertrauensmann und Del.• GdED – Helmuth Schmidtke, Soz. Päd. – Dagmar Bach, Lehrerin – Marianne Ohmann, Dipl.-Päd. – Dr. Maria Beck, Kunsthistorikerin – Claus Stertz, HBV, Betriebsrat – Christine Wölfel, HBV, Betriebsrätin – Rüdiger Tölg, HBV, Vertrauensmann – Gabriele Montaldi-Seelhorst, Übersetzerin – Arne Winter, Disponent – Ewald Leppin, Lehrer, PersRat – Kurt Schweißhelm, Tischler – Günther Fessler, Hafenfacharbeiter, BRat – Karl-Heinz Möbius, Angest. – Karl-Heinz Landau – Hanna Stahlhuth, Studentin – Frederike Frei, Schreiberin – Uwe Lüdemann, Angst., BRat-Vors. – Klaus Dollmaier, Dipl. Mathm. Mitgl. BRat – Bernd Schulze, Angest., Betriebsgruppensprecher – Prof. Vilma Mönckeberg-Kollmar, Dozentin, Rezitatorin – Lotte Ernst, Rentnerin – Helga Marschke, Selbst. Kauffrau – Wulf-Dieter Struntz, Musiker – Nico Sproesser, Lehrer – Wolfgang Rohlfing, Schulpsych. – Marion Scheppelmann, Lehrerin – Kurt Wittenberg, Angest. – Steffi Wittenberg, kfm. Angest. – Manfred F. Schneider, Hochschullehrer – Dorothea Eichhorn, Studienrät. – Rudolf Menke, wiss. Angest. – Dr. Elsbeth Wolffheim, Publizistin – Harald Reetz, Filmemacher – Ulrike Reetz, Lehrerin – Christel Klett, Hausfrau – Gerhard Klett, Techniker – Nina Laatsch-Nikitin, wiss. Mitarbeiterin – Dr. Rolf-Dieter Wilken, Chemiker, wiss. Angest. – Hans Ziesemer, Rentner – Christa Rudolph, Hausfrau – Volker Erhardt, Lehrer, Schriftsteller – Dirk Sachse, Pastor – Eggert Rohwer, Lehrer – Erica Warncke, Sekretärin – Günther Chmilewski, Ing.-grad. – Wolf Warncke, BRat – Anita Ahrens, Rentnerin – Franz Ahrens, Journalist – Janette Reinken, Lehrerin – Renate Mayer-Wille, Lehrerin – Maria Jürgens, Lehrerin – Marion Rave, Lehrerin – Ulrich Fangohr, Lehrer – Armin Reuter, Referendar – Ilse Fangohr, Lehrerin – Marianne Haustein, Grafikerin – Doris Cantzler, Steuerbevollmächtigte – Horst Sting, Soz. Päd. – Georg Rehse, Pastor – Karin Mörseburg, Soz. Arbeiterin – W. Ahlers – M. Giersiepen – F. Heß – H. Steinfeld – Michael Wollburg., Ref. – Margitta Borus, Lehrerin – Prof. Margret Wens, Hochschullehr. – Prof. Dr. Roland Mutschler, Hochschull.

Weiter rufen auf:

Jochen Dühring, Lehrer – Rolf Semmelrock, Lehrer – Bernd Meding, Lehrer – Robert Gruber, Lehrer – Johannes Jürgensen, Tischlerm. – Doris Jungclaus, Lehrerin – Günter Griem, Lehrer – Wilfried Wild, Lehrer – Dr. Wilhelm Pagels, Lehrer – Monika Hoffmann, Lehrerin – Gerda Blocksdorf, Lehrerin – Magrete Wulf, Dipl. Psych. – Marianne Giern – Hert Viktor, Lehrer – Georg W. Kruse, Lehrer – Jens Homann, Bauing. – Karl-Heinz Körner, Doktorand – Thomas Schäfer, ZDL. – Inga Lembcke, Redakteurin – Waltraud Paasch, Ang. – Willi Paasch, Drucker – Wilhelm Paasch, Rentner – Michael Paasch, Drucker – Dr. Sara Stebbins, Stud. Ref. – Gertrud Finus, Ref. – Klaus Mohrmann, Ref. – Doris Ostendorf, Ref. – Michael Irle, Lehrer – Prof. Peter Kunkel – Peter Wolter, Betriebsleiter – Dr. Axel Hirsch, Ass. – Dr. Michael Krause, wiss. Ang. – Renate Spichal, Stud. Ref. – Irene Laur, Stud. Ref. – Petra Kiessel, Stud. Ref. – Christa Kersten, Ref. – Walburg Schwenke, Ref. – Wolfgang Heinemann, Ref. – Ove Hauswald, OStR. – Bruno Manthey, Lehrer – Renate Sielhorst, Lehrerin – Dr. Hans-Peter Beck, Biophysiker – Ulrich Undiek, Ang. – Stefan Romey, Lehrer – K. H. Huhneke – Thomas Schäfer – Uwe Lüdemann – U. Sumser-Altendorf – Lehrerin – Jens Schröter – Dörte Hein – Helmut Spintler – D. Hoffes – Regina Winkler, Lehrerin – Martina Zeitz, Studentin – Liesel Breckweg, Lehrerin – Henning Boddin, Architekt – Horst Woita, Lehrer – Cornelius Langanke, Lehrer – Regine Krause, Soz. Päd. – Ingrid Gundlach, Lehrerin – Volker Gundlach, Lehrer – Dr. Wolfgang Beutin, Doz., Schriftst. – Casper Fischer, Bild. Ref. – Bernd Schäfer, StR. – Fritjof Müller-Liebenau, Soz. Arb. – Jutta Aselmann-Gaede, StR. – Marei Obladen, Lektorin – Denis Masurel, Besch. Therap. – Duna Locher, Kinderkr.-Schw. – Dr. Ricardo Castroviejo, Bergbauing. – Jan Wellenkens, Arbeiter-Priester – Hannes Holländer, Ang. – Uwe Merz, Ang. – Nadja Kleinholz, Journalistin – Jürgen Stücken, Ang. – Wolfgang Gehrcke, Journalist – Jürgen Riech, Stud. – Stefan Jensen, Masch.-Schl. – Herbert Schulz, Lehrer – Tina Kern, Hausfr. – Thilo Holtz, Sbearb., IGM – Jörn Mistereck, Masch.-Schl. – Heiko Menz, Masch.-Schl. – Karlheinz Maas, Lehrer – Udo Wibben, Lehrer, Mitgl. GEW LV. – Jutta Kathöfer, Hausfr. – Margret Dieckvoß, Hausfr. – Margret Schilling, Kr.-Gymn. – Martin Klumbies, Beamter – Roswitha Heimann, Elternratsv. – Beate Filschen, Soz.-Arb. – Barbara Tscheslog, Lehrerin – Hildegard Petersen, Lehrerin – Dankwart Pankow, Soz.-Arb. – Monika Horstmann, Soz.-Arb. – Thorsten-Michael Wulff, Lehrer, Spr. d. In. „Altonaer gegen Atomraketen" – Sigrid Wulff, Hausfr. – Klaus Marcinczak, Bild. Ref. – Horst Weisser, ZDL. – Rui Plath, Stud. – Mathias Tödtmann, Geigenbauer – Maia Balzer, StR. – Lisa Jensen, Stud. – Dietrich Walch, Stud. – Ina Bunsmann, Stud. – Monika Pedrini, Bild. Ref. – Doris Lindenblatt, Dipl. Päd. – Frauke Svensson, Diakonin – Dieter Leitner-Svensson, Ref. i. d. Kath. K. – Helmuth Behrens, Gemeinderef. i. d. Kath. K. – Angelika Feltes, Soz. Päd. – Ingrid Belgart – Jürgen Belgart, kfm. Ang. – Frank Ladwig, Hafenarb. – Ingrid Ladwig, Phonotyp., BRätin – Uwe Wendt, Hafenarb. – Kristin Wendt, Erzieh. – Ulla Hansen, Ang. – Kurt Hoff, Hafenarb. – Horst Dieter Möller, Ang. – Jörg Haslbeck, Soz. Arb., BRATVS. – Peter Brückner, Buchhändler – Bernhard Kloss, Soz. Arb. – Einhart Klucke, Clown – Catherine Törsleff, Ang., BRätin – Bernd Galenschwege, Tischler – Michael Schulze, Soz. Arb., Vertrm. – Hannelore Furche, kfm. Ang. – Johanna Schulz, Buchh. – Ingo Böhle, Ang. Jug. V. – Rainer Utikal, RA – Prof. Dr. Dietrich Rabenstein – Prof. Gudrun Bischoff-Kümmel, – Prof. Wolfhart Glaser, – Dr. Sybille Rosenberg, wiss. Ang. – Inge Siebke, Hausfrau – Birgit Butenschön, PTA – Rosmarie Werder, Vers – Hermann Vinke, Redakteur – Clara Thomsen – Annemarie Norden, Schriftstell. – Rainer Freund, Stud. – Detlev Krömer, Lehrer – Karsten Weihe, Ref. – Prof. Dr. Jürgen Haarländer – Thorwald Meyer, Soz. Päd. – Horst Boje, Journalist – Peter Stange, Hafenarb. – Vors. D. F. V. – Volker Kaul-Petrasch, Theor. Phys., Wiss. Publ. – Helene Dietz, Hausfr. – Elisabeth Maetschke, Hausfr. – Wolfgang Rose, Soz. Päd., Vors. Jugendverb. „Evangelische Jugend Hamburg" – Joachim Holschroer. Ref. – Anneli Branskey, Ref. – Wally Schmidt-Rittel, Ref. – Dieter Philipp, Assessor – Willy Duggen, Rentner – Dr. Gerd Dieckvoß, Apoth. – Günter Mertens, wiss. Mit. – Hans-Martin Schrader, Arzt – Peter-Michael Wolfram, Arzt – Renate Sch.-Prüssner, Unterrichtsschw. – Betty Browers, Krankenschw. – Bernd Kalvelage, Arzt – Martin Kaltheuner, Soz. Arb. – Dr. Annette Walter-Pfeiffer, Ärztin – Dr. Ulrich Stuhr, Dipl.-Psych. – Erika Höhne, Ärztin – Jan de Vries, Bundesjugendsekretär, Naturfreundejgd. – Roland Jaeger, Journalist – Gerhard Kustrung, Lehrer.

Rosita Pedersen, Stud. – Uwe Meisenbacher, kfm. Ang. – Udo Kuberek, kfm. Ang. – Richard Schmidt, Dipl.-Soz.-Wirt – Anna Jensen, Hausfrau – Lutz van Dick, Sonderschullehrer – Siegfried Tonne, Ing. – Barbara Balfanz, Stud. – Glen Pate, Systemanalytiker – Elke Kaufner, Techn. – Antje Freese, Lehrerin, GEW-Vertrfr., SKK-Spr. – Peter Gohl, Lehrer, PRatMtgl. – Sabine Happ, Richterin – Dr. Ulrich Happ, Zahnarzt – Rainer Petersen, Lehrer – Peter Katzer, Lehrer, Vors. AILE GEW – Folkert von Osten, Lehrer, PRat – Artur Flemming, Lehrer, PRat – Armin Vetter, Lehrer – Martin Hennig, Pastor – Hartwig Hillers, Beamter – Helmut Borgert, Ang. – Klaus Förter, Stud. – Charlotte Pesch, Stud. – Norbert Kohlscheen, Jugendzentrum „Startloch" – Claus Hofmann, Vers.-Kaufmann – Werner Fleischer, Stud. – Thomas Licht, Stud. – Uwe Post, Lehrer – Christel Berger – Wiltrud Harter, Lehrerin – Wolfgang Brandt, Lehrer, SKK-Sprecher, GEW – Hilde Spier, Frauen-Friedens-Bew. – Heinr. van Bargen – Else Jahnke – Gerda Wöcken – Mia van Bargen – Dr. Albert Hecke – Hella Frielinghaus, Bibl. – H. Thyssen – Renate Grehl, Lehrerin – Jutta Wallmann-Jung, Lehrerin – Rolf Lübbers, Lehrer – Erik Elstermann, Lehrer – Holger Wagner, Lehrer – Heidrun Pfeiffer, Lehrerin – Barbara Wüstefeld, Lehrerin – Rainer Grüttner, Lehrer – Jürgen Wunder, Lehrer – Franz Michels, Lehrer – Herbert Bergmann, Stud., Mitgl. d. HR. HWP – Dr. Dieter Irmer, wiss. Ang. – Helmut Platow, RA – Gerd Muschner, Betriebswirt – Jutta Krellmann, Stud., HWP – Dieter Mordhorst, Stud. – Peter Fahse, Soziologe – Thea Fokken, Sozialarb. – Jochen Lübke, Erzieher – Suzanne Greeves, Lehrerin – Ulrich Gutschow, Lehrer – Dietmar Seele, Lehrer – Folkert Scholz, Lehrer – Rolf Kühl, Lehrer – Karl Fischer, Lehrer, Chefred. Hamb. Lehrerzeitung, GEW – Jan-Michael Mav, Vers.-Kfm., BRat – Gernot Storm, st. BRat-Vors. – Helga Reichow, Vers.-Kfm., BRat – Anna Petersen – Erich Kuby – Wolf-D. Stock, Maler, Verlag „Atelier im Bauernhaus" – Hans Weihsbrodt, BRat, ÖTV, Warenkontrolleur – Werner Wieprecht, Katechet, Gemeindehelfer – Dr. Uwe Wandrey, Lektor, Schriftst. – Gabriele Weckherlin, Lehrerin – Rainer Weckherlin, Lehrer, Mitgl. LV GEW – Rudolf Gronert, Lehrer – Peter Radatz, Lehrer – Mette Falk, Lehrerin – Hannelore Kiehl, Lehrerin – Jörg Czinczoll, Lehrer – Hanspeter Pepper, Lehrer – Gesine Brode, Lehrerin – Karen Lührs, Lehrerin – Stefanie Schlegel, Ref. – Peter Stein, Jurist, RFFU – Helga Rusch, Lehrerin – Almut Broer, Lehrerin – Dieter Busse, Lehrer – Bernd Möckel, Lehrer – Karl A. Böttger, Ang. – Dieter Krause, Ref. – Maren Ritscher, Lehrbe. – Gudrun Ueberhorst-MacDonald, Lehrerin – Maximilian Schäffler, Ref. – Christel Wittmann, Lehrerin – Gilda Schöttle, Lehrerin – Bernd Lange, Ref. – Siegrid Voigt, Lehrerin – Dieter Blank, Lehrer – Michael Brzoska, Dipl.-Volksw. – Thomas Mammitzsch, Vertrauensleutespr., ÖTV – Eveline von Hoffmann, ÖTV-Abteilungsvorst. Justiz – Eva Schmidtke, Dipl.-Soz.-Päd. – Friedrich Kaiser, Arzt – Wernfred Buhr, Arzt – Hans-Ulrich Neumann, Arzt – Joachim Wübbena, Arzt – Ursula Teichert, Ärztin – Renate Paetow-Lammers, Lehrerin – Heike Sandersen, Lehrerin – Dietlind Weckerle, Lehrerin – Regina Szabados, Lehrerin – Gerd Sauerwein, Lehrer – Jochen Schmidt, Lehrer – Sabine Pahl, Stud. – Volker Neitzel, Stud. – Gerhard Venske, Bärtner – Hartmut Peters, Buchhalter – Michael Stolle – Ute Arndt, Stud. – Werner Koll, Lehrer – Helga Koll, Erzieherin – Lutz Krätzschmar, Soz.-Päd. – Ingeborg Müller, Soz.-Päd.-Stud. – Karin Haas, Lehrerin – Uwe Gewecke, Lehrer – Hannelore Wurst, Lehrerin – Ingrid Eggert, Lehrerin – Günter Rose, Lehrer – Karin Hoffmann, Lehrerin – Arnold Brünger, Lehrer – Harro Petersen, Ref. – Beate Meyer, Ref. – Marion Spöring, Ref. – Angelika Birk, Ref. – Dr. Ulrich Bauche, PRat, Kulturbeh. – Hans-Jürgen Hansen, Stud.-Rat – Barbara Thamm, Ref. – Walter Brozzo, Stud.-Rat – John Hopp, OStRat i. R. – Wolfgang Vieweg, StRat – Dr. Joachim Timm, OStR – Wilfried Bähr, Lehrer – Burckhard Dormagen, StR – Hannelore Hoffmann-Bauch, StR – Hiltrud Krüger, StR – Axel Naumin, wiss. Ang. – Eleni Ernst, StR – Gundi D'Hargues, StR – Hilde Dietz, Lehrerin, GEW-LV-Mitgl. – Joachim Kroll, Lehrer, Mitgl. FGVorst. VR – Götz von Grone, Lehrer – Ingrid Budig, Soz.-Arb. – Michael Bartsch, Lehrer – Hans-Joachim Weidtmann, Lehrer – Martin Zielinski, Lehrer – Bettina Graef, Lehrerin – Ute Offermann, Ref. – Renate Müll, Lehrerin – Erika Schaar, Lehrerin – Gundula Pogade, Lehrerin – Willy Vollstedt, Lehrer – Hubert Fehr, Lehrer – Wolfgang Kühne, Lehrer – Jürgen Friesland, Stud.-Ref. – Theo Meyer, Lehrer – B. Martens, Lehrer – Ulrich Burbass, Lehrer – Ingrid Huth, Lehrerin – Eva Jacob, Lehrerin – Angelika Kuehaus, Lehrerin – Karl-Heinz Grötzner, Lehrer-PRat – Gert Gieleßen, Lehrer, Vertrm. – Peter Rakow, Lehrer, PRat – Birgit Harjes, Lehrerin, PRätin – Gerd Meyer, Lehrer – Barbara Kudte-Breitenmischer, Lehrerin – Renate Piecyk, Lehrerin – Albert Fritsche, Lehrer – Friedrich W. Kanne, Lehrer – Karin Ginhold, Dipl.-Psych. – Marita Berger, Lehrerin – Grit Klose, Lehrerin – Anke Duckstein, Lehrerin – Evelyne Schmidt, Lehrerin – Manfred Eichstedt, Lehrer – Gisela Pick, Lehrerin – Hans-Peter Wißkirchen, Lehrer – Dietrich Mahnkopf, Jurist – Stephan Albrecht, Ang. – Wolfgang Spindler, Journalist – Horst Stöterau, Lehrer, PRatsmitgl. – Hermann Kaienberg, Lehrer – Edzard Müller, Lehrer – Brigitte Schoene, Lehrerin – Ingrid Bartold-Wermann, Lehrerin – Eike Kuball, Lehrer – Anneke Bork-Conrades, Lehrerin – Wolfgang Lüth, Lehrer – Erika Neumann, Lehrerin – Dr. Christiane Pritzlaff, Lehrerin – Carlo Prell, Lehrer – Edeltraud Gerbrand, Lehrerin – Anne Schulz-Lenze, Lehrerin – Silvia Baedeker, Lehrerin – Ulla Harder, Lehrerin – Luise Burbass, Lehrerin – Elfriede Stüben, Soz.-Päd. – Angela Schumacher, Lehrerin – Margret Fimmen-Marquardt, Lehrerin – Reinald Bollhagen, Lehrer – Doris Moreira-Pimentel, Lehrerin – Martin Geist, StR – Brigitta Krause, Lehrerin – Gerda Blaschke, Lehrerin – Carola Schwarzkopf, Lehrerin – Heinrich Pawek, Lehrer – Norbert Reichmann, Lehrer – Hans-Joachim Haubold, Lehrer – Doris Fischer, Lehrer – Horst Krull, Lehrer – Irmhild Koch, Lehrerin – Bärbel Birr, Lehrerin – Frieder Heidmann, Lehrer – Wulf D. Hund, Doz. – Gerhard Brosius, wiss. Ang. – Dr. Udo Mayer, Doz./HWP – Dr. Helmut Fangmann, Doz./HWP – Dr. Ulrich Zachert, Doz./HWP – Dr.

Funktionsangaben dienen nur der persönlichen Information. Die Anzeige wurde von den Unterzeichnern finanziert. Verantwortlich: Ingrid Kurr, pr. Adr., Innocentiastr. 21, 2 Hamburg 13

Aus „Morgenpost", 21. April 1981



BRD will Großmacht am Golf werden

Wenn diese Zeitung erscheint, hat bereits der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Saudi-Arabien begonnen. Dabei geht es um die Lieferung von 300 Leopard-Panzern modernster Bauweise (für 1,2 Mrd. DM), weiterhin stehen 2.700 Schützen- und Flugabwehrpanzer der Typen Marder und Gepard auf der Wunschliste („Spiegel“, 5.1.), und es geht um die Lieferung von Handfeuerwaffen und 200 Tornados (die auch über Großbritannien geliefert werden könnten).

Angeblich reist der Kanzler, „*ohne Beschlüsse gefaßt zu haben*“. Der Besuch sei gar „*nicht zum Gespräch über Waffenverkäufe gedacht*“, erklärte Kanzler-Sprecher Becker (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“ vom 24.4.81). Vor einer endgültigen Entscheidung sollen erst noch neue Richtlinien für den Waffenexport erarbeitet werden, die das nationale Groß-
beitet werden, die das nationale Groß-
machtsinteresse am Golf und am Öl festschreiben. Doch schon längst geht es nur noch um die Form, wie dieses Geschäft verkauft werden soll. Die Kommission soll mit ihren Richtlinien lediglich dafür sorgen, daß damit kein „unkontrolliertes Eigenleben“ bei den Waffenexporten beginnt („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 23.4.81). Mit den Richtlinien soll das „Weltkriegstrauma“ (zwei verlorene Kriege) ein großes Stück weiter abgebaut werden, auch wenn n o c h die Präsenz von deutschen Kriegsschiffen am Golf abgelehnt wurde. Denn „*ohne die deutsche Katastrophe nach zwei Weltkriegen und die moralische Erschütterung von 1945 gäbe es die Richtlinien von 1971 vermutlich nicht*“ (die Bestimmung, keine Waffen in „Spannungsgebiete“ zu liefern). „*Ohne die Judenverfolgung durch das Nazi-Regime gäbe es nicht diese besondere deutsche Verpflichtung gegenüber Isreal*“, meint der Referent der SPD-Fraktion im Bundestag, G. v. Schenk. Als „Mittelmacht“ müsse die BRD „*Machtpolitik in einer der instabilsten Regionen*“ betreiben und könne nicht nur zusehen, „*wie die USA alles regeln*“ (nach „FR“, 6.4.). Parteisprecher aus allen drei Bundestagsparteien haben längst das Waffengeschäft gebilligt. CSU-Zimmermann meinte dazu, „*vernünftige Juden und Israelis*“ würden das ohne Emotionen einsehen („Welt“, 13.4.). Während Israel den Waffendeal an eine Beteiligung Saudi-Arabiens an dem Camp-David-Abkommen koppeln will, hat Kanzler Schmidt bereits kategorisch erklärt, der Waffenexport werde allein „*von den Interessen der Bundesrepublik bestimmt. Die Bundesregierung werde eine Einflußnahme Dritter nicht zulassen*“ („FAZ“, 21.4.). Dabei geht es ja keineswegs um einen freundlichen Akt gegenüber der PLO und den Palästinensern, mit denen Israel weiterhin im Kriegszustand ist und die auch von Saudi-Arabien unterstützt werden, sondern es geht darum, unabhängig vom „Trauma“ der Judenvernichtung im Dritten Reich wieder militärische Großmachtpolitik zu betreiben und sei es auch in Konfrontation zu den Juden und zu Israel.

BRD als Schutzmacht eines neuen Schahregimes

Bei dem Engagement am Golf geht es allerdings mehr als um Waffen. Insgesamt wird dort ein Geschäft vorbereitet, „*dessen Umfang die saudischen Waffenwünsche zu einer nachgeordneten Größe schrumpen*“ lassen („FAZ“, 24.4.). Der Umfang soll dazu angetan sein, daß „*es politisch nachgerade unmöglich werde, dieses ‚Paket' scheitern zu lassen*“ (ebenda). Bislang erhält die BRD 27 % ihres Ölbedarfs aus Saudi-Arabien; für
Ölbedarfs aus Saudi-Arabien; für
4 Mrd. DM werden dafür Waren geliefert, der Rest wird der BRD gestundet. 5,5 Mrd. pumpte sich die BRD 1980 auf diese Weise, ähnlich groß wird die Summe 1981 ausfallen („Wirtschaftswoche“, 6.2.). Insgesamt übernahm Saudi-Arabien 24 Mrd. DM Bürgschaften und gab 13,6 Mrd. DM Kredite. Zur Abstützung des Waffenhandels soll jetzt ein großes Geschäft gemacht werden: Saudi-Arabien soll 40 Prozent des Ölbedarfs der BRD vertraglich abdecken und dafür soll die BRD in den nächsten fünf Jahren 100 Mrd. DM in Saudi-Arabien investieren. Damit würde sie ein Fünftel des geplanten Investitionsprogramms in diesem Land tragen. Damit wird in Saudi-Arabien genau das geplant, was schon der Schah vorgeschlagen hatte, aber dann nicht mehr verwirklichen konnte. Bezeichnend ist, daß dieser Vorschlag von Betriebsräten und IG Metall-Mitgliedern aus der Waffenindustrie kommt. Namens mehrere Betriebsräte überreichte Peter Grahl, SPD-Mitglied und Betriebsrat bei Kraus-Maffai, Helmut Schmidt „streng vertraulich“ ein entsprechendes Papier. Angeblich würden dadurch 500.000 Arbeitsplätze in der BRD gesichert und man kann sich jetzt schon ausmalen, wozu diese „Arbeitervertreter“ bereit sind, um das Geschäft zu sichern. Denn natürlich soll das ganze nur laufen, wenn auch das Waffengeschäft gebilligt wird. Offen bleibt lediglich, über welche Tricks die Waffen geliefert werden sollen. Einige Schlichen bieten sich jetzt schon an: Die Schützenpanzer werden auch in anderen Ländern in Lizenz gebaut, der Tornado ist eine Gemeinschaftsproduktion mit Großbritannien, die Leo-Ausbilder sollen aus der Türkei kommen. Doch schon jetzt betonte Jamani, daß bei diesem Geschäft auch aus der BRD etwas „Einzigartiges“ geliefert werden müsse. Und man kann sicher sein, daß bei einem solchen Geschäft auch die letzten Skrupel fallen werden.

Die 3. UN-Seerechtskonferenz oder Krieg um die Weltmeere

1970 wurde auf der 25. UN Vollversammlung die Einberufung der 3. UN Seerechtskonferenz (SRK) beschlossen. Eine 1. und 2. SRK hatte es bereits 1958 und 1960 in Genf gegeben, jedoch ohne konkrete Ergebnisse. Auf der 3. UN SRK wird nun seit 1973 bis heute von über 140 Staaten in acht Verhandlungsrunden, drei Ausschüssen und sieben Verhandlungsgruppen diskutiert. Auch hier sind konkrete Ergebnisse wenig greifbar, kein Wunder, wenn über die Schätze verhandelt wird, die unter Wasser liegen. Über 70 % der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt, und was sich im Wasser befindet, besonders jedoch, was darunter ist, ist solch eine Verhandlungsrunde allemal wert, kann man doch getrost von den „Schätzen der Weltmeere“ sprechen, die (noch kaum jetzt, aber) in absehbarer Zukunft gehoben werden können.

Die „Schätze der Weltmeere“

Daß aus den Meeren mehr zu holen ist als Fische, ist seit langem bekannt. In einer Broschüre der Commerzbank über „Meeresnutzung“ werden folgende Punkte als für die Zukunft bedeutsam herausgestellt: Trinkwassergewinnung, Nahrungsmittelgewinnung, Energieerzeugung, Rohstoffgewinnung u.a. Die Rohstoffgewinnung wird als „... *das umfassendste und für die nahe Zukunft bedeutsamste ... Erforschungs- und Nutzungsgebiet...*“ herausgestellt (1). Diese Formulierung dürfte die tatsächliche Brisanz der zukünftigen Konflikte bei der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in der See eher noch herunterspielen.

• In sog. Seifen und Schlämmen, die besonders in küstennahen Gebieten zu finden sind, werden vor allem Schwermetalle wie Gold, Platin, Rutil, Zirkon, u.a.m. gefunden. Die Bedeutung dieser Rohstoffe beweist die Tatsache, daß bereits 1968 93 % der Weltproduktion von Rutil und 83 % der Weltproduktion von Zirkon aus Seifen und Schlämmen gewonnen wurden (2).



• Erdöl und Erdgas sind weitere „Schätze des Meeres“. Bereits 1953 wurde mit der Förderung von Erdöl und Erdgas aus dem Meer begonnen (3). Als dann der Ölpreis der OPEC eine bestimmte Grenze überschritten hatte, lief die Produktion in großem Maßstab an. Heute stammen ca. 20 % der Weltölförderung aus den Meeren, genauer gesagt, aus den Schelfgebieten (4). In der Tiefsee finden sich zwar auch noch Vorkommen, doch sind diese heute noch nicht profitträchtig erschließbar (dafür muß der Ölpreis noch höher gedrückt werden).

• In der Tiefsee finden sich in großer Menge Multimetall„kartoffeln“, die wegen ihres hohen Anteils an Mangan auch Manganknollen genannt werden. Zur Bedeutung dieser Knollen sei hier Herr Grasshoff, Chemie-Fachmann des Instituts für Meereskunde an der Universität Kiel zitiert: „*Allein im Pazifik liegt nach unseren heutigen Kenntnissen 4.000 mal mehr Mangan als in allen bekannten kontinentalen Lagerstätten zusammengenommen. Aber mehr noch als das: Der Gehalt der Knollen an Schwermetallen wie Kobalt, Nickel, Kupfer, Zink ist ganz beträchtlich. So sind in den Knollen 5.000 mal mehr Kobalt, 1.500 mal mehr Nickel, 150 mal mehr Kupfer und zehn mal mehr Zink enthalten, als in den gesamten bekannten kontinentalen Vorkommen zusammengenommen*“ (5). Alles klar?!

• Zur Fischerei sei noch kurz angemerkt, daß sich 90 % aller Fischvorkommen in Schelfgebieten befinden, d.h. daß diese Gebiete schon von daher umstritten sind (Krieg um Fischereizonen und Ausbeutungsrechte).

Diese Ausführungen sollten die Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes hinreichend verdeutlicht haben. Doch nun zu den Verhandlungen auf der 3. UN SRK.

Die Verhandlungen

Es geht auf dieser Konferenz im wesentlichen um drei Punkte: 1) die Ausdehnung der Hoheitsgewässer, 2) die wirtschaftliche Nutzung des Schelfgebietes und 3) die wirtschaftliche Nutzung der hohen See.

In den Hoheitsgewässern üben die Küstenstaaten dieselben Rechte wie an Land aus. Dies bedeutet z.B. für Kriegsschiffe oder U-Boote, daß diese nur mit gesetzter Flagge diese Gewässer durchqueren dürfen, U-Boote müssen also auftauchen und sind damit eigentlich keine U-Boote mehr. Insofern ist die Frage, wie weit die Hoheitsgewässer ausgedehnt werden auch von militärstrategischem Interesse. Die meisten Staaten haben eine 12 sm Hoheitszone, doch gibt es auch schon etliche Länder, die bis zu 200 sm Hoheitsgewässer beanspruchen. Auf der SRK scheinen sich die Flottenmächte durchgesetzt zu haben, soll doch die 12 sm Zone als internationales Recht festgeschrieben werden.

Die Einrichtung einer 200 sm Wirtschaftszone, in der der Küstenstaat die exklusiven Rechte der Ausbeutung der Fischvorkommen und Bodenschätze genießt, scheint das Zugeständnis für die Begrenzung der Hoheitsgewässer auf 12 sm zu sein. Betrachtet man sich die Regelung der Wirtschaftszone jedoch genauer, hat diese zwei Haken. Erstens sind nur relativ wenige Staaten bzw. Multis im Besitz der Technologie
bzw. Multis im Besitz der Technologie
und des Kapitals, die Bodenschätze in dieser Zone zu fördern, d.h. just die Staaten, die mit ihrer Flotte außerhalb der 12 sm Zone ihre Wirtschaftsinteressen militärisch absichern könnten und zum zweiten konnte man sich bisher noch auf keine Definition für die Begrenzung dieser Zone einigen. 1958 hatte man diese Zone als das Gebiet über dem Festlandssockel definiert, das „*an der seewärtigen Grenze des Küstenmeeres beginnt und sich bis zu einer Wassertiefe von 200 m erstreckt*“ (6). Im jetzigen Entwurf zum Vertragstext heißt es: „*Die Grenze soll sich seewärts verschieben, soweit die Tiefe des darüber befindlichen Wassers die Ausbeutung der Naturschätze dieser Zonen gestattet*“ (7). Sollte diese Definition bestehen bleiben, dürften die USA etwa den halben Atlantik für sich beanspruchen, da sie über die entsprechende Technik verfügen, Kuba beispielsweise jedoch nicht. Diese Formulierung trägt ganz eindeutig die Handschrift der Imperialisten.

In der Vergangenheit bezeichnete man die Meere als „freie Meere“. Damit war die Freiheit derjenigen gemeint, die die Möglichkeiten und Macht hatten, die Meere auch zu nutzen. Demgegenüber wurde 1967 von dem UN-Botschafter Maltas, Arvid Pardo, der Satz geprägt, die hohe See sei „das gemeinsame Erbe der Menschheit“. Damit sind auch die beiden wichtigsten Verhandlungspositionen auf der SRK umrissen. Die Industrienationen fordern, daß auch weiterhin die Meere für ihre Kapitale „frei“ zugänglich seien, wogegen die Staaten der „3. Welt“ eine gerechtere Aufteilung der Meeresschätze bzw. aus deren Gewinnen fordern. Als Lösungsvorschlag haben sie eine „internationale Meeresbergbaubehörde“ vorgeschlagen. Diese soll Förderkonzessionen verteilen und Gewinne „besteuern“. Damit hätte sie weitgehende Möglichkeiten auf dem Rohstoffmarkt „regulierend“ einzugreifen. Entscheidungen der Behörde sollen von einem Kontrollrat getroffen werden, der sich nach einem bestimmten Schlüssel zusammensetzt und alles einstimmig entscheiden muß. Dies würde jedoch in der Praxis bedeuten, daß eine praktische Arbeit der Behörde so gut wie unmöglich ist (vergleichbar etwa dem UN Sicherheitsrat, wo ja nur die Großmächte und nicht jeder Staat Vetorecht hat). Wie wenig die Imperialisten an einer Regelung interessiert sind, zeigt die Tatsache, daß schon vor Abschluß der internationalen Verhandlungen die USA ein Gesetz verabschiedet haben, das amerikanischen Firmen die Ausbeutung der Ozeane ab 1988 gestattet und dies unter (militärischen) Schutz stellt. In der BRD gibt es eine entsprechende Vorlage.

Nord-Süd-Konflikt?

An den meisten Punkten scheinen sich die Industrienationen und die Staaten der „3. Welt“ gegenüberzustehen. Dies gilt jedoch nur begrenzt. Am meisten trifft dies bei der Frage der Hoheitsgewässer zu. Hier stehen sich Flottenmächte und Nichtflottenmächte gegenüber. Bei der Frage der Wirtschaftszone wird die Phalanx der „Entwicklungsländer“ in den eigenen Reihen durch Nichtküstenstaaten, bzw. durch Staaten mit kleinen Küsten durchbrochen. Diese erhalten dann auch Unterstützung, etwa von Österreich oder der BRD, die die Wirtschaftszonen anderer Staaten gerne mitnutzen möchten.

Noch mehr tritt der Nord-Süd-Konflikt an der Frage der Nutzung der hohen See zurück, spielen hier doch die Interessen von rohstoffexportierenden Ländern der „3. Welt“, eine große Rolle. Denn diese müssen befürchten, daß die Meeresbergbaubehörde den ganzen Rohstoffmarkt durcheinanderbringen könnte.

Krieg um die Weltmeere?

Die Bedeutung der Rohstoffe und die Ergebnislosigkeit der Konferenz zeigen, wie konfliktträchtig dieses Thema ist, d.h. ein skrupelloser Konkurrenz- und Machtkampf diesen Verhandlungen folgen wird. Haben sich die USA bereits an den Punkten Wirtschaftszone und Hoheitsgewässer durchgesetzt, so schienen sie dies auch an dem Punkt Ausbeutung der Weltmeere vorzuhaben. Von Regierungssprechern wurde angekündigt: „*Die USA besitzen sowohl die Technologie, als auch die Kriegsmarine, um ihre Interessen wahrzunehmen und zu schützen*“ (8).
die Kriegsmarine, um ihre Interessen wahrzunehmen und zu schützen“ (8).
Offener kann das kaum noch gesagt werden. Doch es geht nicht nur gegen die Länder der „3. Welt“.

Auch innerimperialistische Gegensätze spielen eine große Rolle. So scheint der Juniorpartner BRD im großen und ganzen zu kurz gekommen zu sein. Trotz Kapital und Technologie sind die Möglichkeiten, diese innerhalb eigenen Hoheitsgebietes einsetzen zu können, sehr gering. Die Küstengewässer in Ost- und Nordsee sind etwas klein geraten und an den großen Kuchen Tiefsee will man sie auch nicht heranlassen. Jedenfalls nicht so, wie sie gerne möchten. Und die Möglichkeiten, zu einem Ausgleich innerhalb der EG zu kommen, scheinen auch nicht allzu groß. In diesem Zusammenhang ist die Äußerung von Herrn Westphal, Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister, doch recht eindeutig: „*Wenn die Freiheit der Meere beerdigt wird, erhöht sich die Gefahr von Konflikten*“ (9).

Sind die deutschen Kapitalisten doch schon bei der Aufteilung der Kolonien zu spät gekommen, so werden sie alles dransetzen, um bei der Aufteilung der Weltmeere nicht wieder das gleiche Schicksal zu erleiden. D.h., neben einem Raub dieser Schätze gegenüber Ländern der „3. Welt“ steht hier auch ein Machtkampf zwischen den Imperialisten ins Haus.

Anmerkungen

1. Hrsg. Commerzbank AG, Meeresnutzung, 1973, S. 10
2. W. Schott, Das Meer und der Meeresboden als mineralische Rohstoffquelle, in G. Dietrich (Hrsg.): Erforschung des Meeres, Umschau Verlag, Frankfurt, 1970, S. 167ff, zit. nach: M. Tomczak, Das Ende der imperialistischen Seeherrschaft naht, Sendler, Frankfurt, 1977, S. 94
3. M. Massarrat, Kampf um die Aufteilung der Weltmeere in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis 11, Suhrkamp, Frankfurt 1980, S. 36
4. Der Schelf, auch Kontinentalsockel genannt, ist „der unter dem Meeresspiegel liegende Rand der Kontinente, der sich von der Küste bis zum Beginn des stärker geneigten, nach der Tiefsee abfallenden Kontinentalhanges, d.h. etwa bis zu 200 m Tiefe erstreckt." In: Taschenbuch der Geologie, Hanau 1962, S. 699, zit. nach M. Massarrat, a.a.O. S. 54. Dies ist die geologische Definition des Schelfs.
5. zit. nach: M. Massarrat, a.a.O., S. 37
6. M. Massarrat, a.a.O., S. 40
7. zit. nach: M. Massarrat, a.a.O, S. 40f
8. zit. nach M. Massarrat, a.a.O., S. 50
9. zit. nach „Hamburger Abendblatt" vom 12.9.80

AKW-Nein-Kommission

Hamburg:

Ganze Schule beteiligt sich an Hausbesetzung





Eigentlich sollte Ostern ein Großteil unseres 80jährigen Jenckelhauses abgerissen werden. Das Jenckelhaus ist Teil des ehemaligen Altonaer Krankenhauskomplexes, in dem heute unsere Fachschule für Sozialpädagogik untergebracht ist. Dieser Komplex soll im Rahmen der Abrißpolitik im Raum Altona-Altstadt Neubauten weichen. Gleichzeitig verschwinden Pläne, längst überfällige Um- und Erweiterungsbauten an unserer Schule durchzuführen in den Schubladen der Hamburger Bürokraten. Stattdessen soll unsere Schule in ungefähr 5 - 6 Jahren in ein anderes Schulgebäude umziehen. Die Schließung dieser Schule soll dann laut Schulentwicklungsplan abgeschlossen sein.

Gegen diese Kahlschlagpolitik im Schulbereich und in der Stadtplanung richtete sich unsere Besetzung des Jenckelhauses am 14.4.81.

Auf einer Vollversammlung am selben Tag beschlossen über 200 Studierende eine Begehung des Gebäudes zu machen, da uns eine Besetzung angesichts bereits im Gebäude rumlungernder Bullen unrealistisch erschien. So betraten wir das Gebäude, während ein Hundeführer den falschen Aufgang bewachte. Daß wir dann nicht freiwillig wieder rausgingen, war klar. Bis abends harrten ca. 80 Besetzer drinnen aus, während die übrigen Studierenden draußen blieben.

Unsere Besetzung war von vornherein auf der Grundlage geplant worden, daß wir mit einer neuen Qualität von Besetzung politischen Druck ausüben. Wir waren sehr viele und hinter der Besetzung stand eine ganze Schule, die man nicht so leicht in die kriminelle Ecke drängen kann. Die Lehrerschaft solidarisierte sich auch spontan mit unseren Forderungen – was ihnen sofort eine Rüge vom Oberschulrat einhandelte. Der Schulleiter, der schon seit Jahren um Erweiterungsbauten verhandelt, setzte sich bei den Bullen und der Behörde für einen Verhandlungskurs ein. In Verhandlungen mit dem Oberschulrat, dem Bezirksamtsleiter, dem Baudirektor und dem Vorsitzenden der SPD-Bezirksparlamentsfraktion wurde ein Abrißaufschub von vier Wochen erreicht, in denen wir Gelegenheit haben, ein neues Gutachten zu erstellen. In einer Presseerklärung, die am darauffolgenden Tag verabschiedet wurde, heißt es dazu: Mit der nach sieben Stunden erfolgten Räumung des Hauses *„sind wir staatlicher Gewalt gewichen. Die mit behördlichen Vertretern ausgehandelten Positionen sind nicht unsere Positionen. ... (Sie) stellen für uns einen faulen Kompromiß dar. Unsere Forderungen:*

- *Erweiterungs- und Umbauten an der FSP,*
- *Prüfung der Bausubstanz durch einen unabhängigen, von der Behörde finanzierten Gutachter,*
- *sofortige Einrichtung eines Sport-Spiel-Tanzraumes im Jenckelhaus,*
- *eigene Kommunikationsräume für die Studierenden,*
- *Wohnraum für alle wohnungssuchenden Fachschüler und alle anderen,*
- *Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Instandbesetzer*

bleiben bestehen. Wir sehen aber auch unbestreitbare Erfolge unserer Besetzung. Sie sind der wesentliche Grund für das Verlassen des Hauses. ... Wir sind die ersten Hausbesetzer in Hamburg, die in der letzten Zeit nicht sofort geräumt worden sind...“

Wir werden die Zeit nutzen und alles daransetzen, das Haus zu erhalten. Dazu soll u.a. im Mai auf unserem Schulgelände „Rock gegen Abriß“ stattfinden.

FSP-Frauenzelle
KB/Gruppe Hamburg



Freiburg: Adelhauser Schule geräumt

Eineinhalb Jahre hatte die Adelhauser Schule leergestanden. Dann wurde sie im Anschluß an ein Straßenfest am Sonntag, dem 12.4., besetzt. Noch am Abend tauchte ein Typ vom Städtischen Hochbauamt mit einem Statik-Gutachten auf und erklärte, die Schule sei äußerst baufällig, und wir sollten sie doch „zu unserem eigenen Schutz" schnellstens wieder räumen. Aus dem Gutachten ging allerdings klar hervor, daß die Schule als Wohnraum durchaus nutzbar war , und schließlich hatten ja auch bis vor eineinhalb Jahren ganze Schulklassen darin getobt).

Am nächsten Morgen rückten dann um 10.00 Uhr die Bullen an. Über Nacht hatten über 100 Leute in dem Haus geschlafen, aber der Großteil mußte morgens aus dem Haus, so daß bei Eintreffen der Polizei nur 30 Leute da waren.

Angesichts des zu erwartenden Bulleneinsatzes entschloß man sich, „freiwillig" vor das Haus zu gehen. Wieder war es das SEK, das in einer Kommandoaktion die Schule stürmte, während zugleich Bullen das ganze Viertel abriegelten. Nachdem die Besetzer zunächst zwischen zwei Bullenketten eingekesselt worden waren, konnten sie später abziehen. Die Stadt sei nur ihrer „Fürsorgepflicht“ nachgekommen, hieß es später in der Presse, und aus reiner Fürsorge hat sie dann offenbar auch die Decken des Gebäudes durchstoßen und die Eingänge zumauern lassen.

Bullenterror gegen Hausbesetzer

Gegen die früheren Schwarzwaldhofbewohner toben sich immer mehr alle möglichen Sonderkommandos der Polizei aus. Am Tag nach der Räumung der Adelhauserschule wurde ein Auto von einem zivilen Bullenwagen zum Anhalten gezwungen. Als dann auch noch ein Typ mit Knarre in der Hand heraussprang und die beiden Leute im Auto bedrohte, kriegten diese Panik und fuhren weiter. Der Bulle, Angehöriger eines Stuttgarter Sonderkommandos, ballerte los und traf den Kotflügel (spätere Bullenversion: „Der Schuß löste sich, als der Beamte ins Stolpern geriet.“) Nach einer Verfolgungsjagd quer durch die Stadt wurde schließlich das Auto durch mehrere zivile Bullenwagen eingekreist und per Auffahrunfall zum Stehen gebracht. Die beiden Leute wurden herausgeholt, auf den Boden geworfen und gefesselt. Erst als Passanten die Polizei benachrichtigen wollten, hieß es, die sei „schon da“. Auf der Wache stellte sich heraus, daß einer der beiden mit einem gesuchten Hausbesetzer verwechselt worden war.

Überhaupt ist es in letzter Zeit in Freiburg recht gefährlich, wie ein potentieller Hausbesetzer auszusehen. So wurde einer Frau, die nach Einbruch der Dunkelheit an der Adelhauserschule vorbeiging, aus einer Hecke heraus Tränengas ins Gesicht gesprüht. Hinter der Hecke stand ein Trupp Bullen. Reiner Straßen-Terror: Anlaß hatte es nicht den geringsten gegeben.

Vor wenigen Tagen, am 23.4., wurde erneut ein Genosse unter der Anschuldigung des Paragrafen 129 („kriminelle Vereinigung“) verhaftet und sofort nach Baden-Baden verlegt. Damit sitzen nun drei Leute aus der Freiburger Häuserkampfbewegung im Knast.

Großveranstaltung in der Stadthalle

Unter dem Motto „Legal – illegal – scheißegal“ fand eine Kulturveranstaltung der „Aktionseinheit“ in der Freiburger Stadthalle statt, die von weit über 3000 Menschen besucht wurde. Am Nachmittag machten Liedermacher, Theater- und Kabarett-Gruppen, die auch im Schwarzwaldhof aufgetreten waren, ein Programm; am Abend spielten Rock- und Punk-Gruppen.

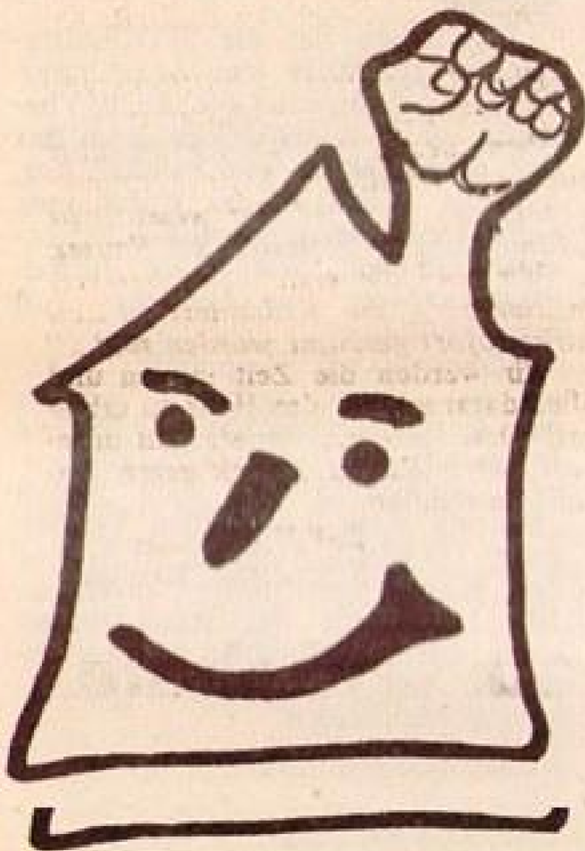
Ein Genosse aus Freiburg

Nürnberg:
Hausbesetzer über drei Wochen in Haft

Am 6.April um 5 Uhr früh wurde die seit drei Tagen besetzte Villa in der Roritzerstr. 5 gewaltsam von derPolizei und einer Einsatzgruppe des SEK/München unter Beihilfe der Berufsfeuerwehr geräumt.

Noch vor der endgültigen Räumung ließ der Einsatzleiter acht der umstehenden Zuschauer verhaften, weil sie angeblich mit Rufen wie „Weitermachen" u.ä. die Hausbesetzer unterstützt und zur „Gewalt aufgerufen" hätten. Diese hatten nämlich zu ihrer Verteidigung damit begonnen, verschiednenerlei Unrat aus den Fenstern zu werfen. Obwohl die erwähnten acht Leute innerhalb der nächsten zwei Tage wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, müssen sie mit schwerwiegenden Ermittlungen rechnen: so wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und schweren Landfriedensbruchs. Bezeichnenderweise wurde keiner der während des ganzen Vormittags umherstehenden „Bürger" wegen Aufruf zur Gewalt festgenommen, obwohl diese sich lautstark in die blutigsten Gewaltphantasien steigerten: „Schießt sie doch einfach vom Dach runter", schlugen sie vor, oder: „Alle Hausbesetzer auf dem Hauptmarkt zusammentreiben und mit der MP reinhalten !" – Wenn das kein Aufruf zur Gewalt ist?.....

Von den 18 festgenommenen Hausbesetzern wurden 15 in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wird eine geballte Ladung von Vergehen zum Vorwurf gemacht. Neben Hausfriedensbruch und Widerstand



gegen die Staatsgewalt werden sie des Besitzes und Einsatzes von Waffen beschuldigt. Propagandistisch ausgenutzt wurde der Fund von Bundeswehr-Übungshandgranaten im besetzten Haus, obwohl die keine andere Wirkung als normale Feuerwerkskörper haben.

Um den Gerichten die mühsame Arbeit des Einzelnachweises zu ersparen, werden a l l e der Mittäterschaft und Tatbeteiligung beschuldigt. Daraus folgt dann auch der gemeinschaftlich begangene schwere Landfriedensbruch. **Neu für Nürnberg ist der Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung.** Aus den – im übrigen mal wieder hektographierten – Haftbefehlen geht hervor, daß auch ermittelt wird, „ob ein versuchtes Tötungsdelikt in Betracht kommt". Das bezieht sich auf die Gegenstände, die ungezielt aus den Fenstern des Hauses geworfen worden waren. Selbst in der Presse wurde ein Polizeibeamter folgendermaßen zitiert: es sei „nicht ganz gezielt" geworfen worden („Nürnberger Nachrichten", 7.4.).

Der Justiz reicht es aber scheinbar nicht, die Leute „nur" im Knast schmoren zu lassen. Noch vor Ostern wurde eine Besuchssperre verhängt und die 15 auf verschiedene bayrische Knäste verteilt. Begründung: „aktuelle Verdunkelungsgefahr". Und zwar deshalb, weil *„eine ganze Menge von KOMM-Besuchern die Hausbesetzer besuchen wollten"* – so die Justiz-Pressestelle. Darunter seien auch Leute gewesen, die selbst unter dem Verdacht stehen, an der *„gewalttätigen Demonstration, die schließlich zur Massenverhaftung vom 5.3. geführt hat, beteiligt gewesen zu sein."*

Der Rechtsanwalt eines der Inhaftierten sieht allerdings einen anderen Grund für die Verschärfungen. Er sieht z.B. einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verteilen der Gefangenen auf verschiedene Gefängnisse und einer Hungerstreikerklärung, die die Hausbesetzer am Gründonnerstag abgegeben haben. Sie hatten damit gegen die Verhaftung, gegen die Unterbringung in Sicherheitszellen und gegen vorgefertigte, hektographierte Haftbefehle ohne Einzelprüfung protestiert. Gleichzeitig kündigten sie in der Erklärung einen Hungerstreik an. *„Eine viertel Stunde nach der Verlesung wurde mein Mandant nach Bayreuth verlegt"*, erklärte der Rechtsanwalt (nach NN, 23.4.). Er vermutet, daß die Inhaftierten mit diesen Mitteln „weichgekocht" werden sollen, weil sie bisher noch keine Aussagen gemacht hätten. *„Das sind jetzt schon übliche Methoden, hart an der Grenze der Rechtsstaatlichkeit"*, sagte der Anwalt.

Eine andere Nachwirkung der Massenverhaftung vom 5. März bekommen die 15 Hausbesetzer aus der Roritzerstr. auch zu spüren: Es bereitet erhebliche Schwierigkeiten, eine breitere Öffentlichkeit auf die Situation der Inhaftierten aufmerksam zu machen. Einschüchterung und Gewöhnung haben das Ihre getan.

KB/Gruppe Nürnberg



AM FRÜHEN MORGEN räumte die Polizei am Mittwoch ein seit anderthalb Wochen besetztes Haus in Elmshorn (Kreis Pinneberg). Die 24 Besetzer, die im Schlaf überrascht wurden, wehrten sich nicht. Sie wurden nach Angaben der Polizei festgenommen, um ihre Personalien festzustellen (unser Bild), und danach wieder freigelassen.

(aus „Frankfurter Rundschau")

»Gaswerk abgerissen, jetzt habt ihr verschissen«

Bremen Vegesack. Das leerstehende ehemalige Gaswerk der Bremer Stadtwerke haben am 11.4. rund 100 Leute besetzt. Bald waren es 200, die die Aktion unterstützten und mit der Renovierung bzw. der Einrichtung einer Teestube anfingen. Am Abend wurde gefeiert. Dann, nicht einmal zwei Tage später, kamen in aller Frühe die Bullen. 200 im Einsatz, 9 Hundeführer und MEK'ler, garniert mit 50 Stadtwerkern, die Abbruchgeräte mitgeschleppt hatten. Bald stürmten die MEK'ler das Dach, denn 18 Leute hatten sich dort verbarrikadiert. Dabei wurden einige Instandbesetzer/innen verletzt, darunter zwei 15jährige Mädchen. Inzwischen stand einer auf dem Dachfirst und verzögerte die endgültige Räumung noch um etwa eine halbe Stunde. Die Kommentare der Freunde und Helfer: „Spring doch, du Schwein"; „Um dich ist es nicht schade"; „Mit einer MP hol ich den schon runter". Erst in Begleitung eines Feuerwehrmannes ging der Hausbesetzer dann freiwillig vom Dach.

Gegen alle 18, die auf dem Dach waren, läuft jetzt ein Ermittlungverfahren wegen „Hausfriedensbruchs". Gleich nach der Räumung folgte der Abriß – natürlich mal wieder ohne Genehmigung ... . Währenddessen wurde ein Hausbesetzer von einem rabiaten Vorstandsmitglied der Stadtwerke geschlagen und dabei verletzt. Die Polizei schritt nicht ein.

Scherben über Scherben

Noch während des Abrisses zertrümmerten einige Leute die Scheibe eines nahegelegenen SPD-Büros. Am Abend zogen 100-200 wütende Leute durch Vegesack und durchlöcherten über 100 Scheiben von Banken und Kaufhäusern. Sämtliche Scheiben der Stadtwerke konnten den Druck nicht ertragen. Die Bullen schnallten erst später, was los war. Nach einer Stunde kamen sie mit Lalülala aus Bremen-Stadt angerauscht. Bis dahin hatten sich die meisten Leute in eine Kneipe begeben (vielleicht sollte der Bierdurst beim nächsten Mal auf mehr Kneipen verteilt werden ?...). **Jedenfalls hatten die Bullen laut Polizeifunk ursprünglich geplant, nach Nürnberger Modell alle Leute in der Kneipe festzunehmen.** Zwar wurde der Plan fallengelassen, aber drei Leute festgenommen, weil in einem Auto angeblich Mollies gefunden worden waren.

Aus ungeklärten Gründen zersplitterte noch in der Nacht die Scheibe einer Bank und ein Bauwagen der Stadtwerke ging in Flammen auf.

Verhandlungen und erneute Besetzung

Einige Tage später liefen Verhandlungen mit der Stadt. Am 16.4. bot die Bremische Gesellschaft für Stadtsanierung großzügig ein viel zu kleines und wirklich abbruchreifes Haus an. Wütend besetzten gleich im Anschluß an die Sitzung rund 100 Leute das nächste Haus, das der Bremer Vulkanwerft gehört und in dem Verwaltungsräume entstehen sollen. Die Herrschaften fürchteten um ihre Osterruhe und sagten zu, daß die Besetzer/innen bis nach Ostern drin bleiben dürften und dann ein neues, besseres Haus bekämen.

Um die Forderungen zu unterstreichen, war am Samstag Demo mit erst nur 200 Leuten; später sind es rund 400. Die Bullen hielten sich zurück, hatten aber mit starkem Kontingent die Nebenstraßen besetzt.

Nach einem Bericht aus Bremen

»Zwangsvermietungen ja — Zwangsräumung nein!«

Düsseldorf. Buchstäblich auf die Straße gesetzt werden sollte am 7.4. der 72-jährige Wilhelm P. bei der Zwangsräumung seiner Wohnung. Der Vermieter hatte erfolgreich bei Gericht eine Räumungsklage durchgesetzt.

Da das Sozialamt nicht in der Lage war, eine angemessene Ersatzwohnung zu beschaffen, sollte W.P. am 7.4. vom Gerichtsvollzieher zwangsgeräumt werden. Doch dem versperrten Mitglieder der „Selbsthilfe Düsseldorf", der „Aktion Wohnungsnot" und andere Häuserkämpfer/innen den Weg. Ein Transparent mit der Aufschrift „Zwangsvermietung ja – Zwangsräumung nein" wurde aus dem Fenster gehängt.

Der Gerichtsvollzieher holte Polizeiverstärkung, die sich aber erstmal abwartend verhielt. Zu guter Letzt bequemten sich drei Vertreter des Sozialamtes zu erscheinen. Sie boten W.P. zunächst einen Altenheimplatz an, den dieser aber ablehnte. Daraufhin boten sie ihm ein Zimmer in einem Ledigenheim an, das W.P. nach einer Besichtigung akzeptierte. Die Zwangsräumung wurde bis zum 8.4. ausgesetzt. Mit Hilfe der Unterstützer/innen zog W.P. um (RP, 8.4. 81).

Detlef/Düsseldorf

Düsseldorf. Offenkundig bekommen etliche Spekulanten angesichts der erfolgreichen Instandbesetzungen kalte Füße. An zahlreichen Fenstern leerstehender Häuser kann man/frau neuerdings Gardinen entdecken, viele Häuser werden zugemauert.

Besonderen Wert auf das weitere Leerstehen seiner Häuser scheint der stadtbekannte Spekulant **Wehrhahn** zu legen. Seit dem 1.4. läßt er zwei zum großen Teil seit Jahren leerstehende Häuserkomplexe in der Konkordiastraße in Düsseldorf-Bilk von 8 Privatpolizisten des „Westdeutschen Wach- und Schutzdienstes Fritz Kötter GmbH & Co KG" bewachen. Zusätzlich werden Türen und Fenster im Erdgeschoß zugemauert.

Detlef/Düsseldorf

AWN: Nicht Aktion »Wohnen ohne Not«, sondern Aktion gegen Wohnungsnot

Seitdem sich die Spekulanten und Stadt„sanierer" mit einer recht erfolgreichen Häuserkampf-Bewegung konfrontiert sehen, wird fast tagtäglich in der Lokalpresse von den Stadtgewaltigen die gute Zusammenarbeit mit der „Aktion Wohnungsnot" (AWN) gelobt. Im Rundfunk (WDR 3, SWF 3) wurde das „Modell Düsseldorf" angepriesen, andere Städte informieren sich bei der Düsseldorfer Stadtverwaltung über die AWN.

Die AWN entstand 1973 aus einer Hausbesetzung. Die Stadt war bereit, den Besetzer/inne/n das Haus zu überlassen, wenn diese einen Verein gründeten. Diesem Verein, der AWN, wurden in den folgenden Jahren städtische Häuser, deren Abriß nicht unmittelbar bevorstand, überlassen. Studenten, Schüler und Auszubildende (derzeit rund 300) konnten diese Häuser bis zu ihrem jeweiligen Abriß bewohnen.

Das hatte zwar den Vorteil, daß die Wohnungsnot etwas abgemildert wurde, aber auch den Nachteil, daß die Abrißpolitik weitgehend ungehemmt von Protesten durchgezogen werden konnte. Gegen die beständigen Versuche, die AWN gegen Instandbesetzer/innen auszuspielen, hat die AWN-Mitgliederversammlung Anfang April eine Erklärung verabschiedet.

fang April eine Erklärung verabschiedet.

„– AWN-Mitglieder sind an den Hausbesetzungen in der Volmerswerther Str.41, Benrather Schloßallee 97, Suitbertusstr. 122 beteiligt.

– Die AWN-Mitgliederversammlung stellt sich hinter alle Hausbesetzungen.

– Sie will in Zukunft auch wieder zu dem Mittel der Hausbesetzung greifen, um Wohnungsnot und Spekulation in Düsseldorf zu begegnen.

– Verhandeln soll die Stadt mit denen, die sich ihr als Verhandlungspartner vorstellen; nicht nur ein AWN-Vorstand ist befugter Verhandlungspartner.

SCHLUSS DAMIT:

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in der Zeitung auf die ach so gute Zusammenarbeit der Stadt mit der AWN hingewiesen wird. Wir werden uns nicht mehr für die städtische Politik mißbrauchen lassen. AWN als das liebe Kind, das den Unartigen als Beispiel vorgehalten wird. AWN wird als Modell in anderen Städten vorgestellt, um den dort tobenden Häuserkampf zu dämpfen und Teile der Bewegung abzukappen.

AWN ALS SPALTUNGSWERKZEUG IN DEN HÄNDEN DER STÄDTE!

Spätestens jetzt wird es Zeit, daß die AWN sich kritisch betrachtet und Stellung bezieht.

Die Praxis der AWN ist überholt!

Sie ist in den vergangenen Jahren zu einer Zimmerverteilungsstelle geworden, die man in Anspruch nimmt, wenn man kein Dach über'm Kopf hat. Da gibt's ein paar Bedingungen im Zuteilungsverfahren, durch die man sich durchschmuggeln kann; aber hat man erst einmal ein Zimmer, dann hat man auch Ruhe.

Vom Verein geht dann auch Ruhe aus, und zwar die Ruhe, die die Stadt auch will. Soll ein bewohntes Objekt abgerissen werden, dann zieht man in

auch will. Soll ein bewohntes Objekt abgerissen werden, dann zieht man in

ein Ersatzobjekt, – so die alte Vereinbarung, aber wie lange gilt die noch?

Wir werden nicht weiter in unseren Zimmern sitzen und tatenlos mitansehen, wie Menschen vertrieben und Städte zerstört werden!

Wir unterstützen alle Forderungen der Hausbesetzer in allen Städten.

Freilassung aller Hausbesetzer!

AWN in einer Reihe mit allen Hausbesetzern!"

Detlef/Düsseldorf

Stellungnahme der Grünen zur Instandbesetzung

Dieter Burgmann, Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, gibt folgende Erklärung ab:

Die Grünen sehen in der gewaltfreien Instandbesetzung von ungenutzten Häusern, die dem Verfall preisgegeben sind, eine Form des berechtigten Widerstandes gegen die Vernichtung von billigem Wohnraum, gegen die Zerstörung gewachsener Stadtteile durch Abriß und im weiteren Sinne auch gegen die Zersiedelung des Umlandes.

Nachdem Politiker, Parteien und Behörden gegen diese Entwicklung und den Mißbrauch des Eigentums (GG § 14 (2) Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen) nichts unternommen haben und damit der Zerstörung unseres Lebensraumes Vorschub leisten, müsse der Bürger sich dagegen mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstandes wehren!

Die Grünen bedauern, daß in dieser Auseinandersetzung sich einzelne haben provozieren lassen und Sachbeschädigung vorgekommen sei und dadurch von den eigentlichen Problemen abgelenkt würde. Es sei aber grundsätzlich abzulehnen, daß einzelne Ausschreitungen als Anlaß genommen werden, die ganze Bewegung zu kriminalisieren.

Besonders das jüngste Vorgehen von Polizei und Haftrichter in Nürnberg ließe jede Verhältnismäßigkeit der Mittel vermissen und vermittle den Eindruck, daß der Widerstand nicht nur gebrochen, sondern auch die politische Bewegung und ihre Ziele als kriminell hingestellt werden solle und in den Bereich des Terrorismus gerückt werde.

Die pauschale Inhaftierung zum Teil völlig unbeteiligter Jugendlicher und Minderjähriger werde nicht das Vertrauen der Jugend in diesen Staat bestärken, sondern vielmehr zur Verhärtung beitragen.

Wenn Herr Ministerpräsident Strauß in den Hausbesetzern die Keimzelle für den neuen Terrorismus sehe, dann leiste man mit den in Nürnberg eingeleiteten Maßnahmen eines willkürlichen Polizeieinsatzes solchen Entwicklungen sicherlich Vorschub!

Vor allem aber zeige sich auch besonders wieder an diesem Fall, daß Demokratie und Recht durch die Willkürmaßnahmen des Staates und der Polizei viel mehr bedroht sei als dadurch, daß einige junge Menschen in ihrer Verzweiflung gelegentlich zu ungeeigneten Mitteln greifen!

Die Grünen fordern die sofortige Freilassung aller willkürlich inhaftierten jungen Menschen!

Wohnungskampf

Stadt Frankfurt an Mietervertreibung beteiligt

Das Haus Oederweg 32 im Frankfurter Nordend ist ein Beispiel dafür, wie Kommunalpolitiker direkt an der Verschlechterung der Wohnsituation beteiligt sind. Der Altbau wurde vor 3 Jahren von der Stadt gekauft und ist in den letzten Jahren mit ca. 100.000 DM renoviert worden (neue Gas- und Elektroleitungen). Jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung (Mehrheit: CDU) beschlossen, das Haus zu verkaufen. Dem neuen Besitzer wird zur Auflage gemacht, das Haus abreißen zu lassen. An der gleichen Stelle soll dann ein um 6 m zurückgesetztes Haus mit Wohnungen entstehen. Diesen kaum zu begreifenden Wahnsinn „erklärt" die CDU so: Nach einem alten Verkehrsplan sollte der Oederweg um 6m verbreitert werden. Damals machte man allen Hausbesitzern die Auflage, um 6m zurückzubauen. Nach Aussage verantwortlicher Verkehrsplaner und von Stadtrat Gerhardt hat man die Verbreiterungsabsichten fallengelassen.

Um nun einem möglichen Prozeßrisiko bei Schadenersatzforderungen derjenigen Anwohner, die bereits zurückgebaut haben, aus dem Weg zu gehen, so behauptet die CDU, will sie auch dieses Haus abreißen lassen und dem neuen Besitzer die Auflage machen, um 6m zurückzubauen – obwohl der Oederweg überhaupt nicht mehr verbreitert werden soll. Schwachsinn in höchster Potenz!

Das Haus ist für die Stadt nicht mehr wirtschaftlich genug. Eine 5-Zimmer-Wohnung mit ca. 110 qm kostet rund 450 DM. Das ist für Frankfurter Verhältnisse preiswert und den städtischen Geldeintreibern offenbar zu wenig.

Die Folgen ihrer Politik interessieren die Stadt überhaupt nicht. Ersatzwohnraum für die Mieter soll der neue Besitzer beschaffen. Wo der sein wird (z.B. für ein alteingesessenes Lederwarengeschäft und ein älteres Ehepaar), ist völlig ungewiß; ebenso ungewiß ist, wie teuer die Ersatzwohnungen sein werden. Weiterhin ist es der Stadt völlig egal, wie teuer die neugebauten Wohnungen dann vermietet oder verkauft werden.

Alle bisher vorgebrachten Argumente fechten die CDU nicht an. Mehrere Artikel in der „Frankfurter Rundschau", Proteste der betroffenen Mieter, eine Sitzung der Stadtverordentenversammlung dazu usw. usf. – das alles läßt die Verantwortlichen kalt.

Einen ähnlichen Fall, allerdings noch größeren Ausmaßes, brachte jetzt eine Bornheimer Initiative (benachbarter Stadtteil in Frankfurt) an die Öffentlichkeit. Wegen einer Straßenverbreiterung auf dem Alleenring (von heute 22m auf 45m!) haben die städtischen Ämter in der Höhenstraße mindestens 8 Liegenschaften aufgekauft. Während in jüngster Zeit sogar noch munter weiter gekauft wurde, steht für andere Ämter der Stadt längst fest, daß die Höhenstraße gar nicht mehr verbreitert werden soll. Die Stadt hat indes zahlreichen Mietern gekündigt, läßt die Häuser verrotten und hat auch schon Abrißgenehmigungen in der Tasche (Angaben nach Frankfurter Rundschau v. 19.3.81).

Ob es sich bei der Höhenstraße nur um gigantische „Schildbürgerei" handelt, ist sehr zweifelhaft: genauso ist es möglich, daß die (unter der SPD eingeleiteten) größenwahnsinnigen Verbreiterungsprojekte nur zurückgestellt wurden, um eines Tages wieder hervorgeholt zu werden.

KB/ Gruppe Frankfurt

Interpretations-schwierigkeiten?

Am Abend des 19.3. brannte in der Frankfurter Innenstadt (Zeil) ein Hochhaus aus, in dessen Erdgeschoß sich ein Schuhgeschäft („Salamander") befindet. Zu diesem Zeitpunkt anwesende Menschen mußten in einer *„dramatischen Rettungsaktion"*, wie die Presse schrieb, in Sicherheit gebracht werden. Nach der „Frankfurter Rundschau" (Ausg. v. 26.3.) entstand der Brand *„aufgrund eines Defektes an einer technischen Anlage des Schuhgeschäfts ‚Salamander'"*. Das ZDF dagegen scheint sich eine andere Version zu eigen gemacht zu haben. So wurde in der Sendung „direkt kontrovers" (Abendprogramm des 24.3.) ein Film gezeigt, der sich auch mit Beispielen für „gewalttätige Ausschreitungen" von Hausbesetzern befaßte. Neben vielen zerbrochenen Schaufensterscheiben in Westberlin und anderswo wurde auch die ausgebrannte Fassade des „Salamander"-Geschäfts gezeigt, ganz kurz zwar nur, aber für Frankfurter doch eindeutig erkennbar. Für den unbefangenen Zuschauer mußte sich also der Eindruck eines wie immer gearteten „Zusammenhangs" zwischen diesem Hochhausbrand und den (in Frankfurt leider sehr wenigen) Hausbesetzungen einstellen. Lösen also besetzte Häuser „technische Defekte" aus, spirituell vielleicht, aufgrund des gebrochenen Hausfriedens? Oder erzählt Polizeipräsident Gemmer im vertrauten Journalistenkreis andere Versionen? Oder hat das ZDF – bei „direkt kontrovers" arbeiten, wie man hört, nur einwandfrei „fortschrittliche" Leute – auf eigene Faust „Kaunterinsörschenzi" gespielt? Auf eine Klärung harrt gespannt die

KB/Gruppe Frankfurt



Hausbesetzer werden vom Dach geholt

Hannover. Nach 30 Tagen wurde das letzte besetzte Haus am 15.4. geräumt. Zwei Hundertschaften sperrten den Block in der Velvetstraße ab, desses eines Hinterhaus besetzt war. Die 17 Besetzer zogen sich auf das Dach zurück, während ein Spezialkommando das Dach unter ihnen größtenteils abdeckte. Gleichzeitig wurde mit dem Abriß der beiden nebenanliegenden Hinterhäuser begonnen.

Vor dem Block versammelten sich ca. 3-400 Abrißgegner und versuchten, den Bullen bei ihrer schweren Arbeit etwas Abwechlsung zu verschaffen, konnten aber nicht viel ausrichten. Während ein Abrißgegner dem NDR ein Interview gab, wurde er von einem Bullen mit dem Stock geprügelt. Leute, die aus den Flurfenstern des Vorderhauses das Geschehen beobachteten, wurden von den Bullen herausgetrieben. Allerdings konnten andere auf dem Dach des Vorderhauses die Verbindung zwischen Besetzern und Sympathisanten auf dem Platz herstellen.

Obwohl Abrißgegner beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Räumung beantragt hatten, räumten die Bullen gegen Mittag das Dach. Es wurden so furchterregende Waffen wie eine „Steinschleuder" sichergestellt und stolz der Öffentlichkeit präsentiert. Peinlich nur, daß daß es sich dabei um eine Negerkußschleuder handelte, die bei einem Besetzerfest wenige Tage zuvor zum Einsatz gekommen war.

Nachdem die Personalien der Besetzer aufgenommen waren, konnten sie bis auf zwei Frauen, die mit zur Wache sollten, gehen. Als die Menge der Abrißgegner die Freilassung der Frauen forderte und die Bullenwagen durch eine Sitzblockade am Abfahren hindern wollte, nutzten die Bullen dies zu einer Knüppelei, wobei zwei Leute willkürlich festgenommen wurden. Ein weiterer wurde von einem Bullenwagen angefahren.

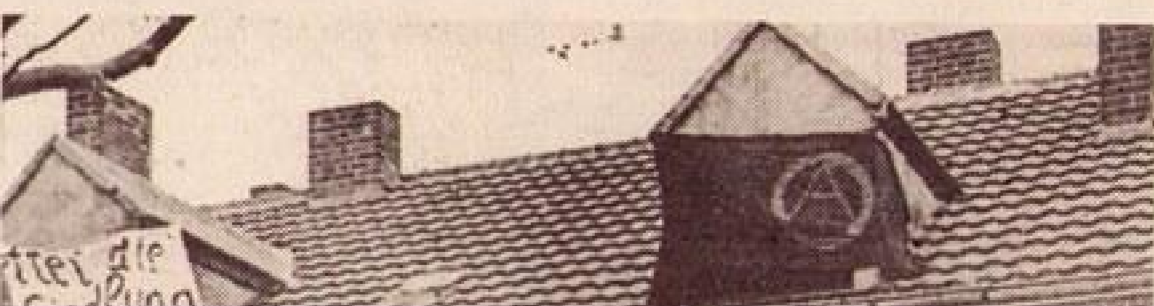
Eine abschließende Demo mit 300 Leuten führte zum Spar- und Bauverein, dem die Häuser gehörten, aber ca. 50 Bullen verhinderten eine Teilnahme an der Sprechstunde. Als die Demonstranten ihren Protest vor dem SPD-Büro ausdrücken wollten, gingen im ganzen Haus die Jalousien herunter.

Inzwischen hat die SPD-Stadtregierung tatsächlich eine Anzahl leerstehender städtischer Wohnungen benannt, über deren Belegung sie mit sich reden lassen will. Peinlich nur, daß der Standard der Wohnungen nicht einmal den von Obdachlosenasylen erreicht. Wieder ein Verwirrungsmanöver, das allerdings voll danebenging.

Hannovers Polizeipräsident, der bei der Aktion zeitweise zugegen war, sprach sich anschließend für eine Bestrafung der Hausbesetzer aus, wobei „Mehrfachtäter" auch wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" (!) verfolgt werden sollen. Zur Zeit laufen Ermittlungen gegen ca. 200 Leute aus der Hausbesetzerszene, deren Personalien bei den bisherigen vier Räumungen aufgenommen worden waren.

KB/Gruppe Hannover

BESETZT



Vier Familien zogen aus Furcht vor bevorstehenden Kündigungen aus, dreizehn Mietparteien hingegen setzten sich zusammen mit der BI „Rettet Bilk" zur Wehr. Sie stellten Zweckentfremdungsanzeige wegen der leerstehenden Wohnungen. Darin forderten sie, daß kein Zwangsgeld verhängt wird, sondern die Zwangsbele-

Obwohl Abrißgegner beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Räumung beantragt hatten, räumten die Bullen gegen Mittag das Dach. Es wurden so furchterregende Waffen wie eine „Steinschleuder" sichergestellt und stolz der Öffentlichkeit präsentiert. Peinlich nur, daß daß es sich dabei um eine Negerkußschleuder handelte, die bei einem Besetzerfest wenige Tage zuvor zum Einsatz gekommen war.

Nachdem die Personalien der Besetzer aufgenommen waren, konnten

danebenging.

Hannovers Polizeipräsident, der bei der Aktion zeitweise zugegen war, sprach sich anschließend für eine Bestrafung der Hausbesetzer aus, wobei „Mehrfachtäter" auch wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" (!) verfolgt werden sollen. Zur Zeit laufen Ermittlungen gegen ca. 200 Leute aus der Hausbesetzerszene, deren Personalien bei den bisherigen vier Räumungen aufgenommen worden waren.

KB/Gruppe Hannover

BESETZT



Vier Familien zogen aus Furcht vor bevorstehenden Kündigungen aus, dreizehn Mietparteien hingegen setzten sich zusammen mit der BI „Rettet Bilk" zur Wehr. Sie stellten Zweckentfremdungsanzeige wegen der leerstehenden Wohnungen. Darin forderten sie, daß kein Zwangsgeld verhängt wird, sondern die Zwangsbele-

gung der leerstehenden Wohnungen mit Wohnungssuchenden vollzogen wird (Anzeige wegen Zweckentfremdung vom 25.2.80). Das Amt für Wohnungswesen beschränkte sich aber darauf, eine lächerliche Geldstrafe von 1.500 DM zu verhängen. Um eventuellen weiteren Anzeigen wegen Zweckentfremdung zu entgehen, ließ Brune von einigen Scheinmietern Gardinen aufhängen und einige alte Möbel in die Wohnung stellen. Um diesem Spiel ein Ende zu bereiten, führten die Instandbesetzer/innen die Zwangsbelegung in Eigenregie durch.

Detlef/Düsseldorf

Oberhausen. Ein seit zwei Jahren leerstehendes Haus in einer alten Arbeitersiedlung haben 15 Leute (Arbeiter, Schüler, Studenten und Arbeitslose) besetzt. Die Eigentümerin der Siedlung, die Thyssen Bauen und Wohnen, läßt die Häuser langsam aber sicher verkommen. Mehr als 20 Wohnungen stehen leer, obwohl die Bausubstanz gut ist, so jedenfalls auch Oberbürgermeister Van den Mond.

Diese Wohnraumzerstörung dient dem Ziel, das Gebiet in Industriereservefläche zu verwandeln, obwohl kein aktueller Bedarf besteht und Oberhausen auf lange Sicht ausreichend mit Gewerbeansiedlungsfläche versorgt ist. Bei 6.500 amtlich registrierten Wohnungssuchenden in Oberhausen ist das ein handfester Skandal.

Nach einem Bericht aus Oberhausen

Düsseldorf. Am 14.4. wurde mit der Neußer Str.77 das nunmehr fünfte Haus instandbesetzt.
Im Oktober 1979 kaufte der Architekt Walter Brune die Häuser Neußer Str.71–81. Sie liegen in einem Gebiet, das im Rahmen der Stadtteil„sanierung" von der Stadt als Gewerbegebiet ausgewiesen wurde. An die Mieter der Wohnhäuser Neußer Str.75 und 77 schrieb er u.a.: *„Das Gelände habe ich gekauft, um die von der Stadt seit Jahren vorgeplante Sanierung durchzuführen. Insofern wird es unvermeidlich sein, nach einiger Zeit die beiden Wohnhäuser Neußer Str.75 und 77 abzureißen".*

Frankfurt. Das ehemalige Kasinogebäude des stillgelegten Bundesbahnausbesserungswerkes Nied wird seit dem 11. April besetzt gehalten.

Anfangs hatte die Oberpostdirektion als neue Eigentümerin abwartend reagiert und richtig erkannt, daß eine polizeiliche Räumung nur Ärger bringen würde. Nun aber hat sie die Forderung der Besetzer nach einem Nutzungsvertrag abgelehnt und stattdessen Schritte eingeleitet, einen „Räumungstitel" zu erwirken. Das Gebäude soll trotz bisher fehlender Genehmigung abgerissen werden, um trotz ebenfalls fehlendem Bebauungsplan mit dem Bau eines Fernmeldeamtes beginnen zu können. Die Besetzer halten an ihren Forderungen nach wie vor fest und lehnen einen freiwilligen Rückzug ab („FR", 23.4.81).

Westberlin. Die lt. Polizeiangaben 139. Hausbesetzung traf eine seit vier Jahren leerstehende Villa in Zehlendorf. Es handelt sich um ein historisch wertvolles und unter Denkmalschutz stehendes Gebäude, das sich im Besitz des Bundes befindet und seit dem 18. April von 30 Studenten bewohnt wird („FR", 21.4.81).

Wohnungskommission

Sommerlad und Magistrat sind ein Gangstersyndikat!

Gießen wurde bereits im 2.Weltkrieg zu über 3/4 zerstört. Die Stadt wurde dergestalt wiederaufgebaut, daß z.B. Darmstädter Architekturstudenten auf Exkursionen diese Stadt als abschreckendes Beispiel vorgeführt bekommen. Die Innenstadt wird unbewohnbar gemacht, für Kauf– und Parkhäuser wird guterhaltener Wohnraum vernichtet und eine Menge Altbauten, die den Krieg überstanden haben,werden zerstört. Stattdessen verunstalten großkotzige Bank– und Kaufhauspaläste das Stadtbild.

Schon seit Jahren kämpfen die letzten Mieter der Straße Flutgraben um ihre Häuser, die der Möbelkapitalist Sommerlad aufgekauft hat, um seine „Möbelstadt" zu erweitern, für die er einen Teil des Bahnhofviertels schon entmietet und zerstört hatte. Die hartnäckigsten Mieter waren die des Hauses Nr.4, die alle Räumungsklagen juristisch abschlagen konnten und sich auch nicht rausekeln ließen wie die Mieter von Nr.6 und 8.

Die Mafia schlägt zu

Daß diese Mieter Sommerlad ein Dorn im Auge waren, wußte jeder. Als die Gießener „Szene" jedoch am 23.3. aus undichten Magistratskreisen das Gerücht vernahm, es sei geplant, mit den (leeren) Häusern Flutgraben 6 und 8, auch gleich das (legal vermietete) Haus Nr.4 „versehentlich" mit abzureißen (1), so wird dies für zu abenteuerlich gehalten, um daran zu glauben.
Aber genau das passiert einen Tag später!
Nach dem Abbruch der Häuser Nr.6 und 8 setzt der Bagger an, das Haus Nr.4 zu zerstören. Rechtsanwalt Roth macht den Bauführer an Ort und Stelle auf die Rechtswidrigkeit des Abbruchs sowie auf den Umstand aufmerksam, daß sich Mietwohnungen im Haus befinden. Der Bauführer erwidert, *„er habe den Auftrag, das Haus bis zum Treppenhaus abzureißen"* (2). Eigentlich war der Termin für Sommerlads neue Räumungsklage für den 6.5.81 angesetzt, aber trotzdem läßt Sommerlad einen Teil des rechtmäßig vermieteten Hauses abreißen!

Die Anwälte der Mieter erwirken eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht, nach der der Abriß sofort zu stoppen und der Rest des Hauses abzustützen ist. Was geschieht?

Noch am selben Tag verfügt der CDU–Magistrat, eine Woche nach der Wahl, die Räumung und den sofortigen Abriß des Hauses.

Die Bewohner können unterdessen nur über Feuerleitern ihre Wohnungen betreten, da das Treppenhaus schon abgerissen ist. Die Räumung erfolgt unter dem Schutz starker Polizeikräfte, nachdem Hunderte empörter Gießener herbeigeeilt sind, um das Haus zu schützen. Die Mieter beantragen eine gerichtliche Entscheidung gegen den Abbruch. *„Zum Ortstermin der Kammer vor dem Haus Flutgraben 4 konnte der Prozeßbevollmächtigte der Mieter nicht erscheinen, da er auf höhere Weisung durch die Polizeiketten nicht durchgelassen wurde"* (2).

Nach dem Abbruch

Die Mieter waren ohne Wohnung. Es wurde kein zumutbarer Ersatz angeboten. Für eine Untermieterin wurde noch nicht einmal ein Abstellraum angeboten, *„so daß ihre Möbel beim Fuhramt untergestellt werden mußten. Ein weiterer Mieter befindet sich im Ausland und ist ohne Kenntnis,*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 10

daß seine Wohnung nicht mehr existiert. Wenn er in diesen Tagen zurückkehrt, wird er ein leeres Grundstück vorfinden und nicht wissen, wo sich seine Möbel befinden. Eine Ersatzwohnung fehlt" (2).

Ein Hauch von Zürich

Dieses Gangsterstück brachte eine nie gekannte Bewegung in das sonst so ruhige mittelhessische Kaff. Vom 24.3. an gab es jede Nacht Demos von vielen hundert Leuten. Sommerlad büßte einige Schaufenster ein, ein Novum für Gießen, ebenso wie die Stationierung einer Bullen–Hundertschaft in voller Ausrüstung. Dank der besseren Ortskenntnisse wurden diese jedoch in nächtlichen Verfolgungsjagden von den Demonstranten immer wieder abgehängt. Die Presse heulte auf, zugereiste Krawallmacher würden die Stadt verunsichern. Zugereist waren allerdings nur diejenigen Krawallinskis, die in den Wiesbadener Grünen Minnas saßen.

Am 1.April wurde – nicht nur zum Scherz – ein Haus in der Frankfurter Straße instandbesetzt. Das war das Dritte in Gießen.

Mit einer Nachtdemo von über 600 Leuten in der Nacht zum 2.4. hatten die Bullen nicht gerechnet und glänzten durch weitgehende Abwesenheit. Wohl alle Beteiligten wußten, daß es krachen wird, denn der Zug bewegte sich zum Bahnhofsviertel, und alle hatten Wut im Bauch. Unter den erstaunten wie hilflosen Blicken von drei oder vier Bullen, die inzwischen eine Filiale bei Sommerlad bezogen hatten, wurden sämtliche Schaufenster der „Möbelstadt" eingeschlagen, ca. 30 Stück.

Während im Polizeifunk zu hören war, daß aus der ganzen Region Verstärkung angefordert wurde, mußten noch einige Banken (die Sommerlad durch großzügige Kredite vor der sicheren Pleite bewahrt hatten) und Kaufhäuser dran glauben. Etwa 20 große Scheiben gingen im Bullenrevier (Stadthaus) zu Bruch. Bullen verhinderten, „*daß die Gießener CDU-Geschäftsstelle völlig verwüstet wurde. Eine der durch die Stadt hetzenden Gruppen hatte bereits die Scheiben eingeworfen und versuchte, in das Haus einzudringen* ..."(3).

Im Ganzen konnte ein Sachschaden von 300 000 Mark erreicht werden. Es gab – zu einem späteren Zeitpunkt – eine Festnahme.

„*In dieser schlimmsten Nacht der Gießener Krawalle*" kamen die „*Randalierer wie ein Heuschreckenschwarm, schlugen kaputt und verschwanden wieder. Die Polizei war weder auf das Einschwirren dieser wilden Horden vorbereitet, noch in der Lage, deren Vandalismus zu bremsen*" (3).

Als die Bullen aus dem Umland eintrafen, war es wieder ruhig in Gießen. Aber nur vorläufig. Am 11.4. gab es eine Großdemo gegen die Stadtzerstörung. Der nächste Konflikt ist bereits vorprogrammiert: Das Haus Westanlage 44 soll abgerissen werden, um einer Parkhauszufahrt Platz zu machen. Es ist aber bewohnt, und die Mieter lassen sich nicht vertreiben.

Anmerkung:
(1) Elefantenklo Nr.89
(2) Erklärung der Rechtsanwälte Schmitt, Gerth und Roth vom 24.3.
(3) Gießener Anzeiger, 3.4.81, S.4

Ein heimatverbundener Gießen–Emigrant aus dem Norden

Na, also:
1. Hausbesetzung in Flensburg!

Ob beim Einkauf beim Kaufmann, Schlachter, am Kiosk oder ob im Betrieb, in der Schule oder sonstwo – Flensburg hatte in diesen Tagen nur ein Gesprächsthema: Unser erstes besetztes Haus in der Straße Nordergraben 48. Nicht nur in der „Szene"

deutlich, was für Auseinandersetzungen auf diesem Sektor noch möglich sind – und nötig, wenn die „Sanierung" verhindert werden soll. Mit dieser Besetzung ist ein furioser Start gemacht worden (sieht man/frau einmal von der sehr informa-

Na, also:
1. Hausbesetzung in Flensburg!

Ob beim Einkauf beim Kaufmann, Schlachter, am Kiosk oder ob im Betrieb, in der Schule oder sonstwo – Flensburg hatte in diesen Tagen nur ein Gesprächsthema: Unser erstes besetztes Haus in der Straße Nordergraben 48. Nicht nur in der „Szene" herrschte eitel Freude darüber, beileibe nicht: Da waren die vielen älteren Mitbürger/innen, die voll des Lobes über die vielen „netten jungen Leute" das Haus besichtigten, und da waren die tollen Geld- und Sachspenden von Opa, Oma, Vadder und Mudder und all den vielen anderen – alles das dokumentiert die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung zu diesem „Angriff auf den Rechtsstaat", als auch den „sozialen Unmut" und die Empörung sehr vieler Flensburger/innen über die „Beton-Sanierung" der Flensburger Politiker und Geldsäcke.

Seit Jahren wird in den Innenstadtvierteln abgerissen, umgebaut und neugebaut und heute wird das unmenschliche und brutale Gesicht dieses Molochs „Stadtsanierung" immer sichtbarer. Einmal werden mit großzügigen Steuermitteln einige alte Vorzeigehöfe total renoviert. Die Bevölkerung wird dabei zum allergrößten Teil „umgruppiert" – sprich: in andere Stadtteile vertrieben, mit all den bekannten Folgeproblemen, weil die Mieten für sie unerschwinglich geworden sind. Oder – und das ist der „neue" Trend – weil die Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden sind. Hinzu kommt, daß durch diese „Stadtplanung" immer mehr Betonklötze im Stadtzentrum errichtet worden sind: Kaufhäuser, Parkhäuser, Verwaltungspaläste usw. Darüberhinaus stehen noch weitere einschneidende Veränderungen an: Die Hauptverkehrsader der Stadt – die alte „E 3" – soll verlegt werden, was weitere Häuserabrisse und eine Rennstrecke für die City zum Ergebnis haben wird. Und am Rande der Stadt werden einige schöne Naturflecken durch verschiedene geplante Zubringer- und Umgehungs-Autobahnen weggepflügt werden (u.a. „Osttangente") – so die Pläne von CDU, SPD und SSW! Ach – fast hätten wir's vergessen, es sind noch 7 wunderschöne Parkhäuser in Planung! Aber für ein Jugendzentrum oder Kommunikationszentrum ist selbstverständlich kein Geld da!

Das schöne Flensburg – das war einmal! Schon heute kann sich die Mietpreishöhe mit der der großen Städte allemal messen, und das bei einem erwiesenermaßen erheblich niedrigerem Lohnniveau in Flensburg samt Umgebung.

Von daher ist die Resonanz dieser ersten Hausbesetzung in Flensburg nicht verwunderlich. Sie macht auch deutlich, was für Auseinandersetzungen auf diesem Sektor noch möglich sind – und nötig, wenn die „Sanierung" verhindert werden soll. Mit dieser Besetzung ist ein furioser Start gemacht worden (sieht man/frau einmal von der sehr informativen und phantasievollen Arbeit der Flensburger „BI gegen Stadtzerstörung" ab, die es seit einigen Monaten gibt.) Zudem ist das Haus selbst ein Beweis für die Brutalität der Stadtplaner, da es vollständig in Ordnung ist. Zwei gekündigte Mietparteien bewohnen z.Zt. noch das Haus. Die drei anderen großen Wohnungen werden von den Besetzern „gehalten". Das solidarische Umgehen mit deren Problemen hat den Besetzern die Unterstützung der einen Familie eingebracht, die andere steht der Geschichte eher ablehnend gegenüber. Mittlerweile haben die Besetzer sich im Haus und der damit verbundenen Situation eingelebt: Anfangsschwierigkeiten (z.B.: Wie mit den so zahlreichen Besuchern und freiwilligen Helfern „umgehen"?) sind angepacht worden, genauso erste Sicherheitsvorkehrungen und Instandsetzungsarbeiten.

Verhandlungen mit dem Hausbesitzer, dem Allianz-Konzern, der auch für die geplante Verwüstung des Viertels um das besetzte Haus herum verantwortlich zeichnet, haben stattgefunden. Es ging wohl eher um ein „Abtasten", da konkrete Absprachen noch nicht getroffen worden sind. Zwar sind befristete Mietverträge als Möglichkeit auch von der Allianz ins Auge gefaßt worden, aber mehr nicht.

Sicher ist aber auch, daß die verantwortlichen Herren auch um den Symbolcharakter dieser Besetzung wissen und dementsprechend wohl auch Nachfolgebesetzungen befürchten, gerade weil schon heute mindestens 10 andere intakte Häuser leerstehen. Sicherlich sehen auch diese Herren die drohende Gefährdung bzw. Verzögerung ihrer gesamten „Kahlschlags-Sanierungs-Pläne". Von daher ist es sicherlich angebracht, mit dem Schlimmsten zu rechnen.

Aber wir sollten ihnen ihre Angst deshalb nicht nehmen, denn:

Eins, zwei, drei vier –
viele Häuser besetzen wir!

KB'ler/innen in Flensburg

Letzte Meldung:

Gerade erreicht uns die Meldung, daß die Allianz den Besetzern bis Sonntagabend einen freiwilligen Rückzug ohne Strafverfolgung ihrerseits ermöglicht, danach aber bei der Polizei Strafanzeige erstatten wird – im Klartext also: Ab Sonntagabend ist mit Räumung zu rechnen!

Gewerkschaften und Wohnungskampf

Zwei Ereignisse der letzten Wochen machten Schlagzeilen: In einem „Bild"-Interview antwortete der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günter Döding, auf die Frage, was denn die Gewerkschaftsmitglieder über Instandbesetzer denken: **„Die haben Wut im Bauch. Wenn sie nicht so friedlich veranlagt wären, dann würden sie auf die Straße gehen und diese gewalttätigen Besetzer aus den Häusern hinwegfegen".** Da ja die Arbeiter so friedlich sind, empfahl Döding der Polizei, **„hart und energisch"** vorzugehen, **„sonst glauben bald manche, daß man sich mit unserem Staat alles erlauben kann"** („Bild", 10.3.). Der „Bild"-Zeitung verhalf diese Äußerung zu der Schlagzeile: **„Hausbesetzung – Arbeiter haben Wut im Bauch".**

Derweil erschien das DGB-Funktionärsorgan „Die Quelle" (3/81) mit der Überschrift: *„Berlin: NEUE HEIMAT gibt den Instandbesetzern eine Chance".* Es wurde berichtet, daß das gewerkschaftseigene Wohnungsbau-Unternehmen Neue Heimat das Haus Seelingstraße 32 den Instandbesetzern zur Verfügung gestellt habe, die jetzt einen Nutzungsvertrag erhalten. Das Beispiel lobte die Gewerkschaftszeitung „Metall", die die Hausbesetzer in Schutz nahm: *„Bei den ‚Instandbesetzern' handelt es sich überwiegend um Schüler, Lehrlinge, arbeitslose Jugendliche. Aufgestaute Wut und Zorn explodieren dann in unkontrollierter Gewalt, wenn die ‚Staatsgewalt' gegen sie vorgeht oder wenn die Justiz, wie in West-Berlin, glaubt, eigenmächtig Politik machen zu können"* („Metall" 3/81).

Zwischen den Äußerungen Dödings und der „Metall" liegen Welten; als Verbindendes zwischen den Äußerungen der Gewerkschaftsführer verschiedenster Couleur ist jedoch gegenwärtig das Bestreben zu erkennen, die gewerkschaftseigene Neue Heimat aus der Schußlinie zu bekommen und Wege zur Befriedung der Jugendbewegung zu suchen (die einen setzen auf den Polizeiknüppel, die anderen auf den Dialog mit der Jugend).

Neue Heimat dick im Geschäft

Die Hausbesetzungen und die sich ten; als Verbindendes zwischen den Äußerungen der Gewerkschaftsführer verschiedenster Couleur ist jedoch gegenwärtig das Bestreben zu erkennen, die gewerkschaftseigene Neue Heimat aus der Schußlinie zu bekommen und Wege zur Befriedung der Jugendbewegung zu suchen (die einen setzen auf den Polizeiknüppel, die anderen auf den Dialog mit der Jugend).

Neue Heimat dick im Geschäft

Die Hausbesetzungen und die sich verschärfende Wohnungsnot haben in den letzten Monaten zu einer Fülle von Artikeln in der Gewerkschaftspresse geführt (z.B. „Das Geschäft mit der Not geht weiter", Metall 3/81; „Preiswerte Wohnung gesucht", Gewerkschaftspost 3/81; „Hunderttausende sind auf der Jagd nach einer menschenwürdigen Unterkunft", Einigkeit 3/81; siehe auch Druck und Papier 2/81), in denen sich kritisch mit den Praktiken des Staates und der Wohnungsgesellschaften auseinandergesetzt wird: *„Viele Stadtverwaltungen haben über Jahre zuwenig oder nichts dagegen unternommen, daß Eigentümer, oft große Wohnungsbaugesellschaften, ihre Häuser aus voller Absicht leerstehen und verfallen ließen, um eine Abrißgenehmigung zu bekommen, um dann – gar noch mit Hilfe öffentlicher Gelder – neue Betonbunker aus dem Boden zu stampfen, die ihnen höhere Mieteinnahmen garantieren"* („Gewerkschaftspost" 3/81).

So richtig diese Beschreibung auch ist, so sehr fällt es doch auf, daß der Name Neue Heimat in diesem Zusammenhang nicht fällt. Immerhin ist die gewerkschaftseigene Neue Heimat mit einem Umsatz von jährlich 5 Mrd. DM und einem Bestand von 320 000 Wohnungen mit einem Wert von 12 Mrd. DM absoluter Branchenriese.

Die Größe kommt nicht von ungefähr. Als unter dem damaligen SPD-Wohnungsbauminister und heutigem Lobbyisten der Neuen Heimat, Lauritz Lauritzen, 1971 das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet wurde, kam es in den Städten der BRD und in Westberlin zu einer gewaltigen Sanierungswelle. Nach diesem Gesetz wurde nicht nur der soziale Wohnungsbau, sondern jetzt auch die Stadtsanierung aus Steuergeldern subventioniert. Als „Planierraupe-Sanierer" („Angeklagt: die Neue Heimat", „Stern" 11/80; siehe auch „Neues von der Neuen Heimat", „Stern" 17/80) machte sich die Neue Heimat einen Namen; teure Wohnungen wurden in Trabantenstädten hochgezogen.

Inzwischen ist diese Art der Wohnraumvernichtung kein Geschäft mehr: *„Steigende Baulandpreise und Baukosten haben den sozialen Wohnungsbau zum Faß ohne Boden gemacht"* („Metall", 3/81). Völlig richtig stellt der Vorstandschef der Neuen Heimat, Albert Vietor, fest: *„Unter heutigen Bedingungen bekommen wir bis 1985 ein Defizit von einer Million Wohnungen"* (ebd.).

Nur zieht Vietor eben nicht den Schluß daraus, die Vernichtung billigen Wohnraums endlich zu stoppen, sondern er setzt weiter auf gigantische Neubauprogramme. Zur Ankurbelung des Wohnungsbaus hat Vietor jetzt einen steuerfreien Sozialpfandbrief vorgeschlagen. So sollen von privaten Kapitalgebern die für den Wohnungsbau nötigen Gelder beschafft werden („Die Quelle", 3/81). Um weitere Gelder hereinzubekommen, befürwortet die Neue Heimat auch die Staffelmiete, also eine fest vereinbarte regelmäßige Steigerung der Miete. Denn: **„Die Neue Heimat befürwortet einen stärkeren Einbau marktwirtschaftlicher Elemente in die Wohnungsbaupolitik"** („Einigkeit" 3/81).

Den Widerspruch, einerseits der Neuen Heimat neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten zu eröffnen und andererseits die Wohnungsnot zu berücksichtigen, kennzeichnet auch das neue DGB-Grundsatzprogramm. Obwohl gerade die Wohnraumvernichtung in den letzten Jahren gigantische Ausmaße angenommen hat, findet sich dazu im Grundsatzprogramm nichts. Es werden weiterhin „Wohnungsneubauprogramme" gefordert, wobei allerdings pikanterweise der Zusatz *„zu tragbaren Mieten"* (der sowohl im Programm von 1963 als auch im Entwurf von 1979 noch enthalten war) fallengelassen wurde. Neu aufgenommen wurde hingegen der Absatz: *„Als Grundvoraussetzung zur Verbesserung der Baulandsituation ist die verstärkte Ausweisung von Grund und Boden zu vertretbaren Preisen zu sehen. Dabei tragen die öffentlichen Hände wegen ihres umfangreichen Grundbesitzes eine besondere Verantwortung".* Auch diese Forderung ist auf den Wohnungsneubau ausgerichtet.

Anträge der Gewerkschaften HBV und der Postgewerkschaft zum Grundsatzprogramm, daß Spekulationsgewinne aus dem Mangel an Wohnraum zu verhindern seien, konnten sich nicht durchsetzen. Es wurde lediglich eine allgemeine Passage gegen Mietwucher übernommen.

„Auf die Jugend zugehen"

Die Debatte um das DGB-Grundsatzprogramm charakterisiert auch die Probleme im DGB mit dem anderen Aspekt des Wohnungskampfes: der neuen Jugendbewegung. Hier hatte der Bundesjugendausschuß einen Ergänzungsantrag vorgeschlagen, der abgelehnt wurde: *„Die Unterstützung der Jugend muß alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen".* In seiner Abschlußrede auf dem Programmkongreß sagte DGB-Chef Vetter: *„Die Vorfälle in Nürnberg zeigen aber, wie notwendig unsere Feststellung ist, daß ein offener Dialog – ich wiederhole: wenn es sein muß, auch Streit – mit der Jugend geführt werden muß. Auch wenn der Antrag des Bundesjugendausschusses auf diesem Kongreß keine Mehrheit gefunden hat: Ich bekräftige die Unterstützung für unsere Gewerkschaftsjugend. Sie muß ein glaubwürdiger Gesprächspartner für die Jugend insgesamt sein"* („Welt der Arbeit", 19.3.).

Der Vorgang – Ablehnung des Antrags des Bundesjugendausschusses bei gleichzeitiger verbaler Unterstützung der Gewerkschaftsjugend – kennzeichnet den Widerspruch, in dem die Gewerkschaftsführer sich bewegen. Einerseits soll die Gewerkschaftsjugend in die Jugendbewegung hineinwirken, um diese zu integrieren, andererseits soll sie nicht zu viel Eigenständigkeit erhalten und sich nicht von der politischen Linie der DGB-Führung entfernen. Das wurde auch in der Rede Vetters deutlich, als er einerseits forderte, *„daß wir Raum geben für die Phantasie, für Experimente, für eigenverantwortliche Tätigkeit, ja sogar für Irrtümer"*, aber andererseits darauf hinwies, daß die Gewerkschaften einen *„wichtigen gesellschaftlichen Auftrag"* hätten, der es nicht zulasse, daß sie zur *„Spielwiese"* würden („Einheit", 1.4.).

In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch die gewerkschaftsoffiziellen Äußerungen zu den Hausbesetzungen. Auf der einen Seite gibt es die knallharten Vertreter der Staatsraison wie Döding und den Westberliner IG-Metall-Bevollmächtigten Wagner, der gegen den *„harten Kern der Chaoten"* wetterte, die *„das Feuer nur noch weiter schüren"* wollen: *„Seine Stadtguerilla arbeitet geplant und zielstrebig. Es ist zu fürchten, daß es den Initiatoren dabei auf ein Menschenleben nicht ankommt"* („FR", 20.3.).

Auf der anderen Seite bemühen sich andere Gewerkschaftsführer um eine etwas differenziertere Sicht der Dinge, wie der IG-Metall-Vorsitzende Loderer, der der Jugendbewegung witzigerweise die Orientierung an der derzeitigen Tarifpolitik der IGM empfahl: *„Wenn Objekte aus Spekulationszwecken seit Jahren leer stehen, ist das nicht verantwortbar den Menschen gegenüber, die Wohnungen suchen. Wenn sie dann zur Selbsthilfe greifen, haben sie mein Verständnis. Nach dem geltenden Recht ist aber das Eigentum zu schützen. Die Politik muß dafür sorgen, daß es nicht mehr nötig ist, auf diese Art zu demonstrieren. Das Recht zu demonstrieren ist kein Recht zu demolieren. Die Arbeitnehmer zeigen in der jetzigen Lohnrunde gerade, wie man es richtig macht"* („Vorwärts", 26.3.).

Noch etwas weiter ging der Bundesjugendausschuß des DGB in seiner Stellungnahme zu den Ereignissen in Nürnberg. Nach einer Aufzählung über die Wohnungsmisere heißt es dort: *„Aus diesen Gründen werden die Aktionen von großen Teilen der Jugend mit Sympathie verfolgt. Statt wirksam gegen die aufgezeigten sozialen Mißstände anzugehen, werden Hausbesetzer und Demonstranten als Kern eines neuen Terrorismus bezeichnet, wird versucht, ihren Protest zu kriminalisieren und das Demonstrationsrecht einzuschränken."*

Allerdings darf auch in dieser Stellungnahme eine Distanzierung nicht fehlen, indem Spekulanten und bayerische Justiz mit Hausbesetzern gleichgesetzt werden: *„Der DGB-Bundes-Jugendausschuß bekräftigt seine des öfteren erklärte Auffassung, daß Recht nicht durch Rechtsbruch durchgesetzt werden kann. Er verurteilt solche Versuche, ganz gleich, ob sie von Spekulanten, einigen Demonstranten und Hausbesetzern, staatlichen Organen oder der Justiz unternommen werden."*

Es gibt im DGB allerdings auch Unterstützer von Hausbesetzungen, die sich artikulieren. So gab der AKL (Aktionskreis Leben) anläßlich der skandalösen Wagner-Äußerungen eine Erklärung heraus, in der es heißt: *„Wenn die Vernichtung von Lebens- und Wohnraum zu Recht wird, dann wird Hausbesetzung zur Pflicht".* Und aus Protest gegen das Döding-Interview in der „Bild"-Zeitung sammelt eine Stuttgarter Gruppe **„Gewerkschafter für Hausbesetzungen"** (c/o U. Austel, Staffelstraße 1, 7000 Stuttgart 1) Unterschriften unter eine Erklärung, in der es heißt: *„Wir müßten eigentlich hart und energisch vorgehen, sonst glauben bald manche, daß man sich mit uns alles erlauben kann".*

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Solidarität macht stark: 1971 setzte der damalige Wohnungsbauminister Lauritzen das Städtebauförderungsgesetz durch, das als „Lex Neue Heimat" in die Geschichte einging.
1972 überreichte Lauritzen dem Chef der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat Vietor das Große Bundesverdienstkreuz (Foto). Heute arbeitet Lauritzen als Chef-Lobbyist der Neuen Heimat in Bonn.



Solidarität macht stark: 1971 setzte der damalige Wohnungsbauminister Lauritzen das Städtebauförderungsgesetz durch, das als „Lex Neue Heimat" in die Geschichte einging.
1972 überreichte Lauritzen dem Chef der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat Vietor das Große Bundesverdienstkreuz (Foto). Heute arbeitet Lauritzen als Chef-Lobbyist der Neuen Heimat in Bonn.







Neulich in BERLIN [WEST]







Alle Fotos von Peter Homann (Westberlin) aufgenommen bei der Instandbesetzer/Hungerstreik-Demo am 11.4.81



Hamburg: Räumung des besetzten Hauses in der Amandastraße

Die Antwort der Herrschenden auf die Protestbewegungen

Zwei Taktiken – ein Ziel

Aus Anlaß der 1980 begonnen neuen Welle von Jugendprotesten und in Erwartung kommender, noch größerer politischer und sozialer Unruhen diskutieren die Ideologen, „Sicherheitsexperten" und Politiker der Kapitalistenklasse schon seit längerem – ähnlich wie zur APO-Zeit 1967-1969 – verstärkt über Konzepte zur Krisenbewältigung. Damit sollen die „Innere Sicherheit" und der „soziale Frieden" auch für den Fall aufrechterhalten werden können, daß die Methoden der letzten zehn Jahre sozialdemokratischer „Befriedungspolitik" nicht mehr funktionieren sollten.

Nach der Massendemonstration von Brokdorf, angesichts der Ausbreitung der Hausbesetzer- Bewegung, besonders nach den Massenverhaftungen in Nürnberg, nahm der Streit um die zweckmäßigste Gegenstrategie Züge einer harten Konfrontation zwischen SPD/FDP einerseits und CDU/CSU andererseits an. „Berliner Modell" und „Nürnberger Modell", „Nordschiene" und „Südschiene" werden von SPD/FDP und CDU/CSU wechselseitig als einander ausschließende Alternativen zur Rettung des bedrohten „Rechtsstaats" angepriesen. Bundeskanzler Schmidt nannte das Nürnberger Vorgehen einen „Exzess". Strauß, Tandler und Co. bezichtigten ihrerseits die SPD des Opportunismus gegenüber Rechtsbrechern und Terroristen.

Im Kern gibt es freilich zwischen allen Vertretern der etablierten Parteien, einschließlich ihrer „Experten"-Freunde, kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, d a ß die Protestbewegungen gestoppt und vernichtet werden müssen; gestritten wird lediglich darüber, w i e das am z w e c k m ä ß i g s t e n geschehen könnte.

„Modell Berlin": Worte ..

SPD und FDP versuchen, die angeblich „weiche Linie" des „Berliner Modells" als zeitgemäße Aktualisierung der klassischen Methode sozialdemokratischer Befriedungspolitik anzubieten. Damit hatte sich die sozialliberale Koalition 1968/69 angesichts der APO-Unruhen und in Ablösung der krisenverbrauchten CDU/CSU für die Übernahme der Regierung empfohlen. Es folgte eine Kombination von Reformgeschwätz und rasantem Ausbau des Polizeistaates.

Damals formulierte das Bundesinnenministerium sein Rezept im Umgang mit der APO in einem Vorläufer der heutigen VS-Berichte so: *„Werden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens des herrschenden Regimes fällige Reformen in vorausschauender und breitenwirksamer Weise durchgesetzt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn es gelingt, die extremsten und aktivsten Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren"* („Zum Thema: hier – die Studentenunruhen", S. 27; 1969).

Ausdruck dieser Politik waren die Reformversprechen der SPD und der bekannte Spruch von Brandt: „Mehr Demokratie wagen", die zeitweise Liberalisierung des politischen Strafrechts, eine Amnestie für „Demonstrationstäter", die kurzfristige Öffnung der Jugendorganisationen von SPD und FDP zwecks Integration des Protestpotentials, die Legalisierung der DKP, die Duldung der neuen kommunistischen Gruppen – bei gleichzeitiger Entfesselung der das politische Klima der BRD verändernden, sich von Mal zu Mal steigernden „Terrorismus"-Kampagne und, dadurch legitimiert, einer in der Geschichte der BRD beispiellosen Aufrüstung der „Sicherheitskräfte".

Heute spricht Westberlins Bürgermeister Jochen Vogel von „politischer Lösung" des Wohnungsproblems und der Jugendunruhen. Auf der Grundlage der ersten bisher vorliegenden offiziellen Untersuchung der Jugendproteste, den „Thesen" der Schweizer Kommission für Jugendfragen, spricht Vogel vom „Dialog", vom „Gespräch zwischen den Generationen" statt gewaltsamer Unterdrückung der Proteste; er wolle eine „Eskalation vermeiden" und auf dem Verhandlungsweg den „Rechtsfrieden wiederherstellen". Seine Politik stellt er so dar: *„Es geht also nicht um 'hart' oder 'weich', sondern darum, Fehlentwicklungen zu korrigieren, mit dem Problem fertig zu werden und auch eine nicht ganz unwesentliche Anzahl von jungen Menschen nicht endgültig abzuschreiben und aufzugeben oder dem Staat endgültig zu entfremden. Sicher sind Kriminelle darunter und einige, die dieses Gemeinwesen kaputtmachen wollen. Aber es gibt eine Menge junger Leute, bei denen man nachdenken muß, wie man sie halten kann"* („Zeit", 13.3.81).

Vogels Innensenator Frank Dahrendorf, wegen des Stoltzenberg-Giftmüllskandals als Justizsenator in Hamburg gefeuert, anwortete dem „Spiegel" auf die Frage, ob der Häuserleerstand in Westberlin *„eine Art übergesetzlicher Notstand (sei), der Rechtsbruch rechtfertigt"*: **„Ja. Wer den Finger auf eine solche Wunde legt, muß in seinem Wollen anders gesehen werden, als irgendein sonstiger Straftäter".** Zudem sei es „sinnlos, ein Haus zu räumen, wenn zwei daneben leer stehen". Gleichzeitig hat die hier verkündete Großzügigkeit natürlich ihre Grenzen: *„Und unsere Linie ist, auf das politische Anliegen politisch zu reagieren, gleichzeitig aber Grenzen zu ziehen. Straftaten, die aus den besetzten Häusern heraus begangen werden, akzeptieren wir nicht, Krawalle akzeptieren wir nicht, da reagieren wir deutlich und konsequent"* („Spiegel" 13/81).

Westberlins Polizeipräsident Hübner hat sich schon zu APO-Zeiten mit Methode der Zersetzung von Protestbewegungen beschäftigt. Bereits vor der jetzigen Zuspitzung der Auseinandersetzungen war er im Rahmen der Innenministerkonferenz der Länder und in Polizei-Fachzeitungen mit seinem „Berliner Modell" der „differenzierten" Polizeitaktik zur Demonstrationsbekämpfung hervorgetreten. Hübner spricht von einem *„notwendigen 'Differenzierungs- und Geduldungsprozeß' mit dem Ziel, zwischen jungen Leuten mit wohnungspolitischen Absichten und 'reinen Krawallmachern' zu unterscheiden"*.

Anfang März verschaffte er der „weichen Welle" sensationelle Publizität, als er sich weigerte, eine staatsanwaltlich angeordnete Durchsuchung/Räumung eines besetzten Hauses vorzunehmen. Zur Begründung sagte er, er halte es mit Blick auf den „Differenzierungsprozeß" nicht für opportun, *„stur und sofort nach dem Legalitätsprinzip zu handeln"*; andernfalls befürchte er, *„Krawalle und Ausschreitungen würden explosionsartig zunehmen"* („Frankf. Rundschau", 7.3.81).

Einen Monat später machte Westberlins Justizsenator Meyer erstmals von seinem Weisungsrecht gegenüber der Staatanwaltschaft Gebrauch. Er ordnete an, daß auf eine von der Staatsanwaltschaft verfügte „Durchsuchung" eines besetzten Hauses in Kreuzberg „vorerst" verzichtet werde.

In der Debatte des Bundestages über das Demonstrationsrecht (21.3.) trat Jochen Vogel als Sprecher einer „gemäßigten und „verständnisvollen" Politik gegenüber den Jugendprotesten auf. Inzwischen übernahm die Bundesregierung den von Vogel initiierten Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion zur Einsetzung einer „Enquete-Kommission" über „Jugendprotest und demokratischen Staat" nach Schweizer Vorbild.

Führende Sozialdemokraten und Liberale versuchen durch entsprechende Kommentare den Eindruck zu erwecken, als sei die „weiche Welle" des „Berliner Modells" allgemeingültige sozial-liberale Grundlinie: Bundeskanzler Schmidt befürwortete auf einem „philosophisch-politischen" Kongreß 'Kant in unserer Zeit' der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung, ebenfalls das *„Gespräch mit der Jugend"* und warnte davor, daß *„politisch Andersdenkende an den Rand gedrängt"* werden könnten. Die *„Kriminalisierung einer Minderheit"* sei *„kein geeignetes Mittel, Bürgergesinnung zu erwecken"*.

Bundesinnenminister Baum, schon seit längerem wegen des von ihm propagierten „Dialogs" mit den reumütigen Ex-Terroristen und mit der „staatsverdrossenen Jugend" von der CDU/CSU als „Sicherheitsrisiko" angegriffen, bekräftigte seine Position: **„Die Hinnahme formeller Rechtsverstöße ist in dieser Situation notwendig"** („Spiegel", 12/81).

Bundesjustizminister Schmude: *„Es zählt nicht die Härte des Durchgeifens".* InnensenatorPawelczyk, Hamburg: *„Mit einer Gesetzesverschärfung würde der 'Dialog mit der kritischen Jugend verbaut' "* („Welt", 12.2.).

Der Chor der Politiker wird begleitet von „besorgten Stimmen" wie z.B. der des DGB-Vorsitzenden Vetter, der über „Abwendung" der Jugend „auch von den Gewerkschaften besorgt" ist, der meint, *„auf die Jugend zugehen", „(den) Kern der Ideale sehen"* zu müssen (FR, 13.3.), oder ähnliche Äußerungen Loderers (IG Metall).

An Versprechungen auf „politische Lösungen" und rasche Schönheitsreparaturen fehlt es nicht: Der Bundeswohnungsbauminister äußert – ausgerechnet in der CSU-nahen „Quick" – sein „Verständnis" für die Hausbesetzer: *„Es ist richtig, auf Mißstände hinzuweisen, man kann dies aber nicht mit Rechtsbrüchen tun"* und philosophiert Kopf an Kopf mit der CDU über die Notwendigkeit einer veränderten Wohnungsbau-Politik. Sein Rezept: „Mehr Marktwirtschaft". Sein Bundesbildungsminister Björn Enghom hat schnell ein Berufsausbildungsprogramm für Sonderschüler und Ausländerkinder aus der Tasche gezogen, ohne daß er allerdings *„der Wirtschaft ... Konkurrenz machen wolle und könne"* (FR, 27.3.). Das Bundesfamilienministerium hat inzwischen eine Studie „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland" erstellt, wo „gefordert" wird, *„mit allen Kräften müßten die Probleme Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot behandelt werden, weil sie bei den aktuellen Unruhen eine sehr große Rolle spielten"* (FR, 6.4.).

... und Taten

Tatsächlich ist in Westberlin von „Dialog" und von „politischer Lösung" nicht die Rede – bzw. eben n u r die Rede. Zwar hat der Senat dem Besetzerrat Verhandlungen über mögliche abzuschließende langfristige Nutzungsverträge angeboten, zwar wurde auf die Schnelle die sagenhafte Summe von 20.000 DM aus dem Stadtsäckel locker gemacht, um städtische Sanierungsvorhaben zu beschleunigen, zwar wurde auf eine sofortige Räumung besetzter Häuser anders als in anderen Städten der BRD vorerst verzichtet, so daß die Zahl der besetzten Häuser bis heute auf etwa 150 ansteigen konnte ... – aber von Anfang an stellte Jochen Vogel klar: **„Die Umstände können sich ändern"** („Zeit", 13.3.), und zwar in demselben Interview, in dem er den „Dialog" anbot. *„Aber es ist schon denkbar, daß wir unterhalb dieser Schwelle* (der Nichträumung aus Opportunitätserwägungen –AK) *Entscheidungen durchsetzen müssen, die unsere Gesprächsansätze verschütten und uns in die fatale Ausgangslage zurückwerfen können".*

Bereits in der „Welt" vom 14.2. hatte Dahrendorf (offenbar allzu vorschnell) gesagt: *„Wir werden noch eine Phase von zwei, drei Wochen abwarten. Dann wird sich entscheiden: Geht's oder geht's nicht!" Bis dahin müsse sich in der Hausbesetzerszene die ‚Spreu vom Weizen trennen"*. Und ein paar Tage später: **„Aber im Endergebnis können wir nicht akzeptieren – selbst wenn es auch immer weniger Straftaten sind –, daß es immer mehr besetzte Häuser werden"** („Welt", 18.2.). Hier liegt klar auf der Hand: Wenn die SPD in Westberlin könnte, wie sie wollte ..., dann würde sie dem Häuserbesetzen sehr rasch ein Ende zu machen versuchen. Sie kann aber nicht, wie sie will, da sie die Konkursmasse mindestens zehnjähriger verfehlter SPD-Wohnungs- sowie auch der übrigen gescheiterten SPD-Politik als Hypothek mit sich trägt, insbesondere den Skandal um den mit der SPD verfilzten Millionenbetrüger Garski. Und am 10. Mai sind Neuwahlen ... Wie in keiner anderen Stadt schreit der Wohnungsmißstand gerade in Westberlin zum Himmel. Mehr als 10.000 Wohnungen stehen leer. Außerdem ist in Westberlin die ‚Szene', die die Hausbesetzer-Bewegung trägt, ungleich stärker als in anderen westdeutschen Großstädten.

Vor d i e s e m Hintergrund erweist sich Vogels „Dialogbereitschaft" als weniger von demokrati-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

schen oder sonstwelchen edlen Motiven, sondern vielmehr von ganz pragmatischen und wahltaktischen Erwägungen bestimmt. Er zieht in der gegebenen Situation den Versuch vor, die Bewegung Stück für Stück nach der Salami-Taktik zu zerschlagen, statt sich durch eine Massenkonfrontation weitere Randale und evtl. Solidarisierung seitens breiterer Bevölkerungskreise einzuhandeln. Daß er diesen Versuch aber auch wieder nicht konsequent betreibt, sondern durch Polizei-Einsätze seine eigene Taktik Lügen straft, ist Vogels Dilemma.

Von einer Legalisierung, d.h. Anerkennung der Ziele des Häuserkampfes, ist heute und von Anfang an nicht die Rede. Im Gegenteil. Obwohl die Besetzer die Freilassung der nach Hausbesetzungs-Unruhen Inhaftierten fordern und das zur Voraussetzung einer möglichen Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Senat machen, sagt Vogel stur: *„Was nicht geht ... ist ein Amnestie-Gesetz"* („Zeit", 13.3.). Dahrendorf wurde noch etwas deutlicher: *„Amnestie ist überhaupt nicht verhandelbar. Etwas ganz anderes ist die Tatsache, daß unsere Rechtsordnung eine Fülle von Reaktionsmöglichkeiten zuläßt, wenn die Lage erst einmal entspannt ist"* („Spiegel", 13/81), d.h. wenn die Bewegung genügend „differenziert" und aufgesplittert ist ... Amnestie also allenfalls „differenziert" und auch so nur als e v e n t u e l l e Belohnung für eine Kampfeinstellung seitens der Bewegung.

Darüber hinaus hat Westberlins Justiz inzwischen in drei Schnellverfahren mehrjährigen Haftstrafen gegen jugendliche „Krawallanten" verhängt – ohne Bewährung: wahre Terror- und Abschreckungsurteile. Außerdem wurden in den letzten Monaten Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen Besetzer eingeleitet. Nach den Massenfestnahmen Anfang April, bei denen der gesamte Besetzerrat zur erkennunsdienstlichen Behandlung festgenommen wurde, laufen gegen mindestens Aktion Festgenommenen, **Ermittlungsverfahren wegen „Zugehörigkeit** zu einer kriminellen Vereinigung". Damit ist faktisch der gesamte Besetzerrat, der ansonsten vom Senat als Gesprächspartner umworben wird, zur „kriminellen Vereinigung" erklärt worden. Daß so eher Solidarisierung statt Spaltung der Bewegung produziert wird, liegt auf der Hand. Linke Sozialdemokraten (z. B. in der „Neuen") reagieren entsprechend betroffen auf soviel staatliches „Ungeschick". – Insgesamt sind in Westberlin bisher *„weit über 1000"* Ermittlungsverfahren gegen *„Mitglieder der Hausbesetzerszene"* eingeleitet worden, darunter in über 220 Fällen wegen *„krimineller Vereinigung"* (lt. FR, 18.4.). 27 Häuser wurden von der Polizei geräumt. 27 Menschen befinden sich derzeit wegen Hausbesetzer-Demonstrationen in Westberlin in Haft („Welt", 22.4.).



Westberlin: Verhaftung und ed-Behandlung im Schnellverfahren

Auch die Formel des Senats, Häuser würden nur geräumt, wenn aus dem Haus heraus „Straftaten begangen wurden", erweist sich bei näherer Betrachtung als Gummiformel, deren Zweck die gezielte Isolierung und Kriminalisierung des „radikalen Kerns" der Besetzer ist. Polizeipräsident Hübner äußerte sich Anfang März befriedigt zum Ergebnis dieses Vorgehens: Inzwischen hätten viele Instandbesetzer *„begriffen, daß die Polizei zumindest vorläufig nicht räumen wird, wenn sie strafbare Handlungen vermeiden und Straftäter nicht schützen"* (FR, 7.3.). In einigen Fällen habe die Polizei ohne Widerstand „Straftäter" aus besetzten Häusern herausholen können.

Darüber hinaus dient diese Formel (entgegen allen Beteuerungen, die Rechtslage für die besetzten Häuser stabilisieren zu wollen) der gezielten Verunsicherung des Besetzer-Alltags: Polizeiliche Maßnahmen sind j e d e r z e i t möglich. Die willkürliche Handhabung der Formel seitens Polizei und Innensenator macht die Einsätze vom Wohlverhalten der Besetzer abhängig und ist damit ein weiteres Mittel der politischen Erpressung und „Differenzierung". Die konkrete Entwicklung macht deutlich: Anfang März lehnte Hübner eine staatsanwaltschaftlich angeordnete Durchsuchung ab, aber wenig später ließ er drei Häuser am Fränkelufer mit 850 Bullen räumen, nachdem hier bereits ein halbes Jahr wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung ermittelt worden war. 25 Menschen wurden festgenommen. Einer ist noch in Haft.

Eine Woche darauf die Weisung Meyers an die Staatsanwaltschaft, „vorerst" auf eine Räumung zu verzichten, die dann wenige Tage später doch durchgeführt wurde – diesmal mit den bekannten Massenfestnahmen des ganzen Besetzerrates in Kreuzberg. Bei diesem „Dialog" war Bürgermeister Vogel persönlich anwesend, um sich der Überzeugungskraft seiner weiß behelmten „Argumente" zu vergewissern.

Am Wochenende darauf demonstrierten zwischen 30.000 - 40.000 Menschen. An der FU fand ein Streik zur Unterstützung der Instandbesetzer statt, Es wird sich zeigen, was die SPD in Westberlin angesichts des Zustands der Bewegung und vor der Wahl – und vor allem: was n a c h der Wahl kommt – glaubt machen zu k ö n n e n. Daß sie auf Terror gegen die M a s s e der Bewegung bisher aus taktischen Erwägungen weitgehend „verzichtet" hat, dazu aber unter veränderten Bedingungen b e r e i t ist, hat sich in den Räumungen, Durchsuchungen und Massenfestnahmen schon angedeutet. Immerhin hat Westberlin aber bisher als Ort einer r e l a t i v „weichen Linie" noch einen besonderen – auch experimentellen! – Charakter.

Überhaupt nicht repräsentativ ist das „Berliner Modell" jedoch für die tatsächliche Politik der SPD/FDP in anderen Bundesländern und in der Bundesregierung. So ließ Bundeskanzler Schmidt bei seinem „Dialog"angebot bereits deutlich genug erkennen, daß zu einem „Gespräch mit der Jugend" vor allem die *„Festigkeit"* gehöre, ‚Nein' zu sagen ... Die Springer-Presse will wissen, daß Schmidt *„im kleinen Kreis die Frage aufgeworfen habe, ob die Zurückhaltung der Polizei* (in Westberlin – AK) *wirklich zuende gedacht sei"* („Hamb. Abendblatt"/HA, 26.3.).

Bundesinnenminister Baum traf sich am 5.3. mit dem badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth und Justizminister Eyrich in Stuttgart, wo man sich auf eine Räumung des Freiburger Schwarzwaldhofes einigte, d.h. wo die Stuttgarter Linie festgelegt wurde, *„mit harter Welle gegen illegale jugendliche Hausbesetzer vorzugehen"* (lt. „taz", 9.3.). Ein Dementi von Baum gegenüber dieser Meldung ist ebensowenig bekannt wie eine Kritik Baums an den Freiburger Polizeieinsätzen.

Besonders prägnant führt die Hamburger SPD vor, wie wenig sie sich in der praktischen Realität vom „bayerischen Modell" unterscheidet. In Hamburg fand in den letzten Monaten k e i n e Demonstration mehr statt, wo nicht f a k t i s c h durch überstarke Polizeipräsenz in Form eines bewaffeten Kordons um die Demo und brutale Einsätze die Demonstrationsfreiheit eingeschränkt worden wäre – auch bei legalen, genehmigten Demonstrationen. Bei der letzten, einer Mieterdemonstration auf der Grundlage eines die ganze Linke, einschließlich Jusos, umfassenden Aktionsbündnisses, wurde das von der SPD scheinheilig abgelehnte „Vermummungs- und Bewaffnungsverbot" p r a k t i s c h durchgezogen, indem an U-Bahnhöfen und sogar in einem gestoppten Bus Demonstrationsverdächtige „durchsucht" und Helme etc. einkassiert wurden.

In Hamburg konnte trotz zahlreicher Versuche bisher kein Haus besetzt werden, das nicht innerhalb weniger Stunden von der Polizei wieder geräumt worden wäre, teilweise durch Sonderkommandos (MEK) und Hundestaffeln. Innensenator Pawelczyks Kommentar: man müsse *„bei Gewalttätigkeiten die Rädelsführer greifen. Die müssen dann schnell und konsequent bestraft werden"* (FR, 25.3.).

Trommelfeuer der Rechten

Ungeachtet der Tatsache, daß die SPD/FDP nach besten Kräften versucht, die Unruhen einzudämmen und – wo möglich – die Bewegungen sucht, die Unruhen einzudämmen und – wo möglich – die Bewegungen zu zerschlagen, wirft die BRD-Rechte der SPD/FDP-Koalition *„gefährliches Opportunitätsdenken"* vor.

Der Westberliner Generalstaatsanwalt Schultz (SPD!) schoß Polizeipräsident Hübner wegen Mißachtung des Legalitätsprinzips an. *„Ein ‚Totalverzicht' auf ein Rechtsprinzip dürfe nicht erfolgen"* („Welt", 4.3.). Er lasse prüfen, ob Hübner sich einer „Strafvereitelung im Amt" schuldig gemacht habe.

Die Anweisung Justizsenator Meyers auf vorläufigen Durchsuchungsverzicht wurde vom Fraktionsvorsitzenden der Westberliner CDU, Diepgen als *„Freibrief für Bandenkriminalität und Amnestie auf kaltem Wege"* bezeichnet. Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund sprach von *„Bankrotterklärung für die innere Sicherheit"* FDP-Rechtsaußen und Ex-Justizsenator Oxford sieht *„Rechtlosigkeit und Anarchie"*. Vogels Wahlgegner Richard v. Weizsäcker (CDU) erhob in der Bundestags-Debatte zum Demonstrationsrecht am 20.2. den Vorwurf: *„Was in Wahrheit unter Ihrer Verantwortung, Herr Vogel, in Berlin geschieht, ist, daß sie vor Gewalt zurückweichen. Sie verbreiten Unsicherheit über den Auftrag staatlichen Handelns. Sie lassen den rechtsfreien Raum anwachsen. Sie entmutigen die Treue zum Recht. Sie gefährden mit ihrer Politik den liberalen Rechtsstaat"*. Es sei der Eindruck entstanden, *„daß der Staat sich bei Gewalttätern nicht zu wehren wisse"*, daß *„Führungslosigkeit"* bestehe, usw. („Welt", 21.2.).

Helmut Kohl „appellierte" vor der CDU/CSU-Fraktion an die *„unbeirrte Wahrung des Rechtsfriedens"*; es dürfe kein *„opportunistisches Zurückweichen"* vor der „Gewalt" geben; es dürfe nicht der Eindruck entstehen, *„daß in der Politik erst derjenige wirklich Gehör findet, dessen Forderungen durch Gewaltaktionen von Chaoten begleitet werden"* (FR, 18.3.). Dregger: *„Der Staat dürfe sich nicht seines ‚Gewaltmonopols' berauben lassen"* (FR, 13.3.). Albrecht: *„Die Erfahrungen in Niedersachsen zeigten, daß ‚Zuwarten' gegenüber Hausbesetzungen nichts nütze, da es unter den Besetzern viele organisierte Gewalttäter gebe"* (FR, 24.3.). Albert Vietor, Chef der DGB-Baugesellschaft „Neue Heimat", klagte in „Bild" (3.2.). *„Ich vermisse den Staat"*. Das sei doch „Anarchie", wenn der Staat sich in eine solche Situation bringen lasse und *„ein Verfall seiner Autorität"*. –

Tandler ließ vernehmen:
„Wer, wie der Berliner Senat, mit Rechtsbrechern dieser Art laufend konferiert, muß sich nicht wundern, daß ihnen allmählich das Bewußtsein verlorengeht, etwas Unrechtes zu tun" („Bild", 9.3.). Und schließlich als Krönung aus der bayerischen Staatskanzlei die Behauptung: *„ ... daß der Verdacht gerechtfertigt sei, Teile der SPD stünden nicht mehr auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaats und arbeiten damit an dessen Demontage"* („Welt", 20.3.).

Die Rechtfertigung Vogels gegenüber dieser Kritik besteht regelmäßig darin, durch Aufzählung der Zahl der geräumten Häuser, Festgenommenen und Verhafteten seine Repressions-Effektivität unter Beweis zu stellen und dann die Frage anzuschließen: *„Wo sind da die rechtsfreien Räume?"* Daß er aber (vorläufig) eine hohe Zahl „rechtswidriger" Hausbesetzungen duldet, kann er nicht bestreiten, denn über die „Rechtswidrigkeit" ist er sich mit der CDU ganz einig.

Das „Nürnberger Modell"

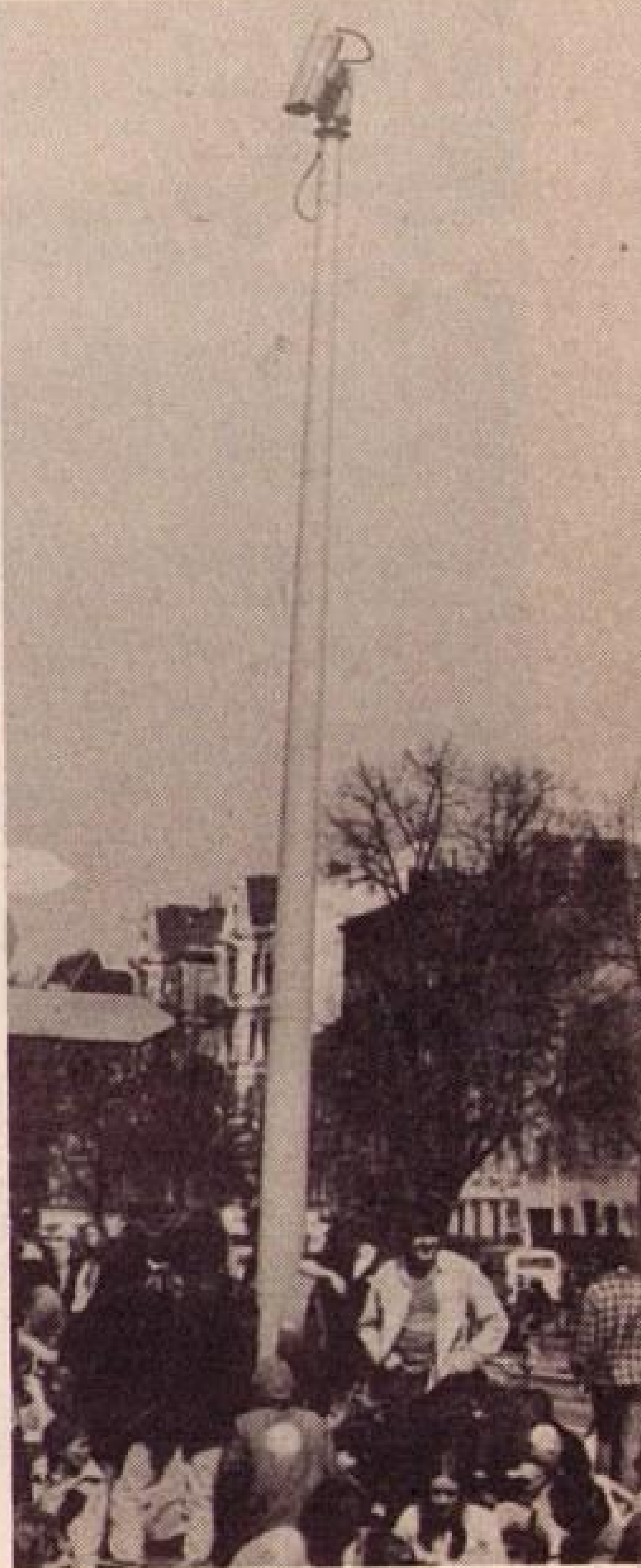
Wie in der gegebenen Situation wirkungsvolles staatliches „Durchgreifen" Effektivität gegenüber den Hausbesetzungen und anderen Protesten aussehen sollte, demonstrierte die CDU/CSU (bzw. auch der rechte Rand der SPD) in der SPD – Stadt Nürnberg, in München und im baden-württembergischen Freiburg.

Selbstverständlich bekennt sich auch die CDU/CSU zum *„Dialog der Generationen"*. So Vogels Gegenkandidat Weizsäcker auf dem Westberliner CDU-Parteitag im März. Es könnten einem die Tränen kommen: *„Wir Älteren haben heute viel zu lernen. Ja, wird man sagen müssen, wir haben dafür abzubüßen, daß unter unserer Mitverantwortung viel menschliche und gefühlsmäßige Armut entstanden ist, viel Vereinsamung und manche tiefen Gräben der Fremdheit unter den Generationen"* („Welt", 24.3.). Die Reihe ähnlich nichtssagender Äußerungen anderer CDU/CSU – Größen ließe sich beliebig verlängern. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, z.B. *„forderte, die Beseitigung von Mißständen, die junge Menschen in die Distanz zur Gesellschaft treiben. . .* *ständen, die junge Menschen in die Distanz zur Gesellschaft treiben. . .* *Es könne nicht akzeptiert werden, daß in Berlin tausende Wohnungen leer stehen. . ."* („FR", 16.3.). Unmißverständlicher sind da schon die Ausführungen, die der CDU-Innenminister von Niedersachsen zur „zunahme der Gewaltbereitschaft" unter den Jugendlichen machte: *„Die anhaltende Periode des Friedens bringt Teile unserer Jugend dazu, bei Meinungsverschiedenheiten die Lösung mit der Faust zu suchen. Die Aggressivität nimmt zu"* („FR", 4.2.). Da wäre wohl mal wieder ein Krieg fällig, oder ?. . .

Genauso unmißverständlich sind auch die „Dialog"-Vorstellungen, die der baden-württembergische Ministerpräsident Roman Herzog (CDU) anläßlich der Vorlage von „Leitsätzen für Großeinsätze der Polizei" vortrug: *„Mit Sicherheit würde unsere Polizei mit einer Straßenschlacht schneller fertig als in Berlin, und mit Sicherheit hätten wir auch eine ausreichende Zahl von Festnahmen"*. Es müsse wieder deutlich gemacht werden, *„daß bei aller Toleranz der Rechtsstaat den permanenten Rechtsbruch nicht dulden kann"*. Massive Polizei-Einsätze müßten zeigen, *„daß die Demokratie keine schwache Staatsform ist"*. Vorreiter ist selbstverständlich Bayern: Bereits vom 5.2. ist ein Brief von F.J.Strauß an seinen Innenminister Tandler bekannt: *„Die schweren Ausschreitungen randalierender brutaler Chaoten in Berlin, Frankfurt, Göttingen und Hamburg sind Anlaß zu ernster Sorge. Wie nahe wir ähnlichen Zuständen in Bayern schon sind, zeigen die kürzlich erfolgten Hausbesetzungen in Erlangen und Nürnberg. Ich halte es daher für notwendig, daß Sie schon jetzt alle Maßnahmen ergreifen, damit sich solche Vorgänge nicht ereignen können"* („Neue", 26.2.). Bei seinem berüchtigten Aschermittwoch – Auftritt trompetete er: *„Die Hausbesetzer sind heute der Kern neuer terroristischer Aktionen"* und mit klarer Drohgebärde: *„Die großen Lumpen muß man schwerer aufs Hirn hauen"*.

Von Tandler schallte es zurück: *„Der Eskalation des Straßenterrors gilt unsere besondere Wachsamkeit. Wir werden es auch künftig nicht zulassen, daß sich Rechtsbrecher einen rechtsfreien Raum erkämpfen. Auch darf die Polizei nicht zum Freiwild brutaler Chaoten und Krawallmacher werden. Eine Demonstration der Stärke soll den Krawallverursachern von vorneherein zeigen, was ihnen blüht"* (zit. nach „AK" 197).

Diesen Politiker-Sprüchen stehen polizeistrategische Äusserungen zur Seite, die schon seit längerem von be-



Hamburg: Big Brother is watching you. Kameras zur Verkehrsüberwachung werden eingesetzt, um die Teilnehmer der Häuser- und Mietkampfdemo am 11. April 1981 auf Videoband festzuhalten.

kannten Scharfmachern wie Polizeipräsident Schreiber in München oder Polizeipräsident Stümper in Stutt- präsident Schreiber in München oder Polizeipräsident Stümper in Stutt- gart vorgetragen werden. So hielt Schreiber (bekannt durch seine persönliche Legitimation des Schießbefehls gegen den Bankräuber Rammelmayer 1971) erst kürzlich ein Referat auf einer „Arbeitstagung von Polizeipräsidenten und Leitern von Polizeibehörden in Großstädten" an der Polizei-Akademie Hiltrup („Die Polizei", 1/81). Dabei polemisierte er mit Bezug auf *„Nicht-Einsätze in Bremen, Berlin, Gorleben, Freiburg und München . . .in jüngster Zeit . . . aus Zweckmäßigkeitserwägungen"* gegen *„Opportunitätserwägungen"* und forderte schnelles und hartes Durchgreifen mit dem Ziel sofortiger lokaler Eindämmung der Proteste im Keim. „In München bleibt kein Haus länger als 24 Stunden besetzt", heißt seine Parole. Entsprechende Strafverfolgungsanträge seitens der Besitzer leerstehender Häuser besorgt Schreiber sich präventiv.

Stuttgarts Polizeipräsident Stümper hat sich besonders hervorgetan mit seiner immer wieder vorgetragenen Forderung nach einer „Generaldirektion Innere Sicherheit", die das „organisierte Verbrechen" im Zuge eines „operativen Gesamtkonzepts" bekämpfen soll. Dabei geht es ihm besonders darum, das „Verbrechen" an der „Basis" zu *„neutralisieren, auszuheben und zu beseitigen"*. *„Wir befinden uns bereits im Krieg, es kommt jetzt darauf an, seine weitere Ausbreitung zu verhindern"* („Kriminalistik" 2,6,8/8o). Ähnliche Äußerungen sind von Ministerpräsident Stoltenberg, seinem Innenminister Barschel und den Brokdorf-Einsatzleiter Fleischfresser bekannt, die ebenfalls „Stärke zeigen" für die adäquate Antwort auf Proteste halten.

Auf dieser Linie erfolgten die ersten Einsätze in Freiburg: Räumung des Dreisamecks Ende letzten Jahres, Räumung des Schwarzwaldhofes Anfang März. Die vorübergehende Festnahme von über 7o Leuten erregte in der Szene und in der liberalen Öffentlichkeit ziemlichen Protest.

Die CDU/CSU setzt neue Maßstäbe

Mit der Massenverhaftungsaktion im Nürnberger KOMM am 5.3., in deren Verlauf 141 Haftbefehle pauschal, ohne Angabe konkreter Gründe und Beweismittel ausgestellt und die Inhaftierten ohne Kontakt zu Angehörigen oder Anwälten auf die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 14

bayrischen Haftanstalten verteilt und dort nach Terroristenart behandelt wurden sowie mit den anschließenden Rechtfertigungen der Aktion durch Tandler, der Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, nach Aufrüstung der Polizei mit Gummigeschossen und mit Tandlers Drohung, eventuell *„werde er auch schießen lassen"*, wurden von der CSU neue Maßstäbe für die „Sicherheitspolitik" nach innen gesetzt. Dahinter schrumpft der angebliche Grundsatzstreit um Einhaltung oder Nicht-Einhaltung des „Legalitäts-Prinzips" auf sein eigentliches Maß einer taktischen Meinungsverschiedenheit zusammen. Das bayerische Innenministerium und die Nürnberger Polizeiführung samt Justiz kümmerten sich jedenfalls einen Dreck um die Einhaltung des „Legalitäts-Prinzips": Die Steinwürfe während der der Verhaftungsaktion vorausgegangenen Demonstration wurden von der begleitenden Polizei „geduldet" – man hatte Größeres im Sinn. Die Verhaftungen erfolgten mit widerrechtlichen Methoden, die Behandlung der Verhafteten ebenfalls; die Behandlung der Entlassenen im Zuge der gegen sie auf grund der z.T. erpreßten Aussagen zustandegekommenen Ermittlungsverfahren setzt die Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien fort, wenn z.B. Leute zu Zeugenaussagen gezwungen werden sollen, gegen sie selbst in derselben Sache ermittelt wird. Die Justiz behauptet, etwa der Hälfte der Festgenommenen eine Beteiligung an der Demonstration beweisen zu können. Der anderen Hälfte kann nicht einmal dies nachgewiesen werden. Ihre Inhaftierung war also ein totaler krimineller Akt. Das Nürnberger Vorgehen war so maßlos in Umfang und Qualität, so offensichtlich staatsterroristisch und kriminell, so kackfrech und scheinbar ungeschickt, daß eine Distanzierung von diesem konkreten Fall billig zu haben ist. So bewegt sich die Kritik von seiten der offiziellen SPD/FDP am Nürnberger Vorgehen und Tandlers Forderungen zur Polizei-Bewaffnung auf der Ebene, von *„Exzessen"*

am Nürnberger Vorgehen und Tandlers Forderungen zur Polizei-Bewaffnung auf der Ebene, von *„Exzessen"*

zu reden wie Schmidt, oder von *„hektisch und unvernünftig"* („FR", 16.3.) wie Brandt. Baum findet, *„Bayern macht die Glaubwürdigkeit von uns kaputt"* („Spiegel", 12/81), Pawelczyk sagt scheinheilig: *„Um Gottes Willen, wir sind doch nicht im Krieg. Solche Drohungen führen doch nur zu einer Eskalation"* („Bild", 13.3.).*„Eine Verschärfung des Demonstrationsrechts kann Jugendliche, die bisher nur Mitläufer waren, in die Arme der Gewalttäter treiben. . . Zwischen Gewalttätern und radikalen Kritikern müsse unterschieden werden"* („Welt", 1o.2.) *„Dieses ist nicht die Stunde härterer Gesetze. In dieser Stunde muß der Staat mit Maßnahmen der De-Eskalation vorangehen"* („FR", 25.3.). Im Kern ist man sich allerdings durchaus einig über die Notwendigkeit, die Protestbewegungen zu unterdrücken. So stellte die „Welt" (2o.3.) in ihrer Berichterstattung zur Bundestagsdebatte genüßlich fest: *„Übereinstimmend haben Bundesregierung, Koalition und Opposition die Hausbesetzungen und gewalttätigen Demonstrationen der letzten Zeit verurteilt"* (2o.3.). Bundesjustizminister Schmude erklärte, der Staat mache sich *„unglaubwürdig, . . . wenn er die Zonen der Illegalität dulde"*. Mit Blick auf das Durchbrechen von Demonstrationsverboten wie in Brokdorf sprach er von *„Geschwätz vom bürgerlichen Ungehorsam"*. Der „Spiegel" brachte die SPD-Kritik am Nürnberger Vorgehen markant auf den Punkt: *„Allerorten störte die Nürnberger Justizaktion, wie Kommunalpolitiker beobachteten, jenen Differenzierungsprozess unter den Hausbesetzern, den Politiker außerhalb Bayerns mit geduldigen Verhandlungen zu beschleunigen versuchen"* (12/81).

Aus der Ecke der linken SPD klingt 's im Prinzip nicht anders. Auch ihre Sorge gilt in erster Linie der Aufrechterhaltung und Glaubwürdigkeit des „staatlichen Gewaltmonopols". So Freimut Duve in der „Hamb.Morgenpost" (mopo) vom 23.3.: *„Das Gewaltmonopol des Staates kann nur durchgehalten werden, wenn wieder Verhältnisse einkehren, in denen die jungen und die alten Bürger dieses Landes dieses staatliche Monopol auch durch und durch akzeptieren"*. Und das geschehe am besten, indem damit *„sorgsamer und sensibler"* umgegangen wird. *„Es gibt gewaltbereite Gruppen. Sie müssen bekämpft werden. Es gibt viel größere gewaltfreie Gruppen. Sie müssen bestärkt werden"*.

Die SPD/FDP-Politiker kritisieren im Grunde nicht die Unterdrückung der Proteste in Nürnberg (oder anderswo), sondern sie bezweifeln die Zweckmäßigkeit der von der CSU dort angewendeten konkreten Methode; sie bieten stattdessen ihre in Westberlin praktizierte Methode der „differenzierten", d.h. verschleierten Unterdrückung als die effektivere an. Den Beweis dafür muß die SPD/FDP allerdings erst noch erbringen.



... auch für die SPD

Tatsache ist, daß seit den Massenverhaftungen von Nürnberg kein Haus in Bayern „länger als 24 Stunden" besetzt werden konnte. Triumphierend stellte Tandler nach der Aktion fest: *„Krawallmacher wissen jedenfalls, woran sie in Bayern sind"* („Spiegel", 12/81). Die Entstehung einer Besetzerbewegung in Bayern wurde im Keim erstickt. Auch die Solidarisierung mit den Betroffenen hielt sich trotz aller Proteste in Grenzen. Auch ist bisher keineswegs ausgemacht, daß der CSU/CDU in Nürnberg (und anderswo) nicht nach ihrer Einschüchterungsaktion der „Differenzierungsprozesse " zwischen „unschuldig" und „schuldig" Inhaftierten gelingt, den im Prinzip auch die SPD an-

und „schuldig" Inhaftierten gelingt, den im Prinzip auch die SPD an-

strebt. Tatsache ist ferner, daß es der CSU/CDU mit ihrem provokatorischen Vorgehen in Nürnberg gelungen ist, rechtes bis faschistisches Potential zu mobilisieren, das der CSU/CDU mit Leserbriefen in der Lokalpresse, aber auch mit aktiver Bereitschaft zur Bildung von „Bürgerwehren" in anderen Teilen der BRD ihre Sympathie bekundet. Auch NPD und Co. wittern Morgenluft: In der rechtsradikalen „Deutschen Wochenzeitung" wurden die Nürnberger Ereignisse als *„Maßnahmen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung"* abgefeiert; es sei *„mit den gebotenen Mitteln durchgegriffen"* worden.

Mit Genugtuung holten Leute wie Stoltenberg die Ernte ein: *„Seit über zehn Jahren werden militante marxistische Parolen verbreitet, die das Rechtsbewußtsein geschwächt und die sittlichen Grundlagen der Friedfertigkeit und Toleranz beschädigt haben. Aber ich bin sicher, daß es eine große Gegenbewegung gibt"*. („FR", 9.3.). Ministerpräsident Späth „appellierte" an die *„schweigende Mehrheit"*, die sich *„deutlicher zu Wort melden"* müsse, *„um dem Prinzip des Rechtsstaates wieder zu jener Geltung zu verhelfen, die unabdingbar sei"* („FR", 5.3.). Innenminister Tandler nutzt die Geister, die man selber rief, zu demagogischen Drohungen: *„Wenn die Sicherheits- und Ordnungskräfte des Staates nicht mehr bereit und in der Lage sind, für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen, dann darf man sich nicht wundern, wenn es Leute gibt die zur Selbsthilfe greifen, und private Ordnungstrupps etablieren. Und von denen sind wir mit Sicherheit nicht begeistert"* („Zeit", 13.3.). Tatsache ist weiter, daß die Nürnberger Massenverhaftungen die Hemmschwelle gegenüber der Anwendung offen terroristischer Maßnahmen insgesamt gesenkt haben. Gegen die Nürnberger Aktion konnte sich neben Springers Boehnisch (*„Bitte nicht auf diese altfränkische Art"*, „Spiegel", 12/81) sogar Späth distanzieren: *„Wir können die große Zahl von idealistischen Mitläufern nicht pauschal als Straftäter behandeln"* („MoPo", 16.3.), um gleichzeitig die von ihm selbst befohlene unglaubliche Polizeistaats-Eskalation in Freiburg als „gemäßigte" Linie zu verkaufen. Die CSU hat mit ihrem Nürnberger Vorgehen dem Staatsterrorismus eine wichtige Bresche geschlagen. Seither sind M a s s e n festnahmen in westdeutschen Städten an der Tagesordnung, in Freiburg, Westberlin und in Hamburg, ebenso wie in kleineren Städten – gleich ob CSU/CDU oder SPD/FDP regiert. Proteste a u ß e r h a l b der linken Szene gab es kaum noch. Selbst willkürliche Inhaftierungen nach Nürnberger Vorbild (so z.B. in München) lassen inzwischen unsere liberalen und linken Spezialdemokraten ziemlich kalt. Man gewöhnt sich halt daran, nicht wahr. . .

Auch die anfängliche Empörung über Tandlers Ankündigung, notfalls „werde er schießen lassen", über seine Forderung nach Aufrüstung der Polizei mit „Distanzwaffen" (Gummigeschosse) sowie seine Ankündigung, Bayern werde das notfalls „im Alleingang" durchführen, falls andere Bundesländer nicht mitziehen wollen, hat sich inzwischen gelegt. Nachdem man sich auf der Innenministerkonferenz am 13.3. über die Notwendigkeit und die Art der weiteren Polizei-Aufrüstung nicht einigen konnte, soll das nun in aller Ruhe und Kollegialität auf einer Klausurtagung der Innenminister am 6.5. „beraten" werden. Gegen Äußerungen Möcklingshoffs (Innenminister von Niedersachsen), der Tandlers Forderungen mit der Ankündigung eines weiteren möglichen „Alleingangs" unterstützte und der meint, *„der Staat müsse sich auf terroristische Angriffe vorbereiten"*, erhob sich schon keine Gegenstimme mehr. Im Vorfeld der bevorstehenden Innenministerberatung wird länderweise bereits jetzt die Polizei „nachgerüstet". Da das letzte Aufrüstungsprogramm der SPD, das „Ausbauprogramm Innere Sicherheit 1978 - 81" ausgelaufen ist, war ohnehin zu erwarten, daß ein „Nachrüstungsprogramm" jetzt fällig ist. Die polternden Forderungen Tandlers, Möcklinghoffs (der für die Polizei sogar Granatwerfer fordert!) und der Polizeigewerkschaft dürften u.a. auch den schlichten Sinn haben, wieder einmal die notwendige Legitimation für so ein Programm zu liefern.

Warum das „Modell Nürnberg" das „Modell Westberlin" schlagen wird

Der Methodenstreit zwischen CDU/CSU und SPD/FDP um die wirksamste Reaktion auf die neue Pro-

CSU und SPD/FDP um die wirksamste Reaktion auf die neue Pro-

testwelle ist in allererster Linie eine Schmierenkomödie; erst an zweiter Stelle geht es auch um eine Konkurrenz (geringfügig) unterschiedlicher Konzepte.

Außer in dem extremen Sonderfall Westberlin handelt die SPD/FDP genau nach den von CDU/CSU vertretenen Maximen: Hausbesetzung ist Rechtsbruch. Rechtsbrüche darf der Staat nicht dulden, sondern muß sie im ersten Ansatz bekämpfen und bestrafen. Andernfalls riskiert der Staat und die von ihm vertretene herrschende Klasse, daß sich Rechtsbrüche ausbreiten und das „allgemeine Rechtsbewußtsein" (vor allem der Respekt vorm kapitalistischen Eigentum) schwindet. Daher darf man von Anfang an keine einzige Hausbesetzung dulden, sondern muß sie in den allerersten Stunden von der Polizei liquidieren lassen. – Nach dieser Maxime handelt Klose (SPD) in Hamburg exakt so wie Strauß (CSU) in Bayern – nur daß Kloses Polizei noch ein bißchen schneller und schlagkräftiger als die bayerische ist. In anderen SPD-regierten Städten ist das nicht wesentlich anders. Es kann auch gar nicht anders sein: Da die SPD das kapitalistische Eigentum verteidigt, kann so etwas wie eine Hausbesetzer-Bewegung (die letztlich das kapitalistische Eigentum insgesamt praktisch in Frage stellt) überhaupt nicht hingenommen werden. Wenn das nun so ist, tut der Staat in der Tat am klügsten, solche entstehenden Bewegungen so früh wie möglich zu zerstören, statt es wie in Westberlin zu weit über 100 besetzten Häusern kommen zu lassen, deren Räumung relativ problematisch wäre.

Westberlin bildet aus einer Reihe von Gründen eine extreme Ausnahme von der allgemein akzeptierten polizeipolitischen Faustregel. So, wie die Dinge heute liegen, hat Westberlin damit einen bundesweit beachteten Experiment-Charakter für den Methodenstreit zwischen mehr „harten" und mehr „weichen" Polizeistrategien und konkurrierenden Konzepten zur Erhaltung der herrschenden Besitz- und Machtverhältnisse. **Der Ausgang dieses Experiments ist jedoch jetzt schon eindeutig**: Das in Westberlin von der SPD vorgeführte „Modell" könnte allenfalls l a n g f r i s t i g seine Effektivität zur Integration von Unruhepotentialen unter Beweis stellen. Die dafür nötige Zeit wird dem Experiment von den Herrschenden aber überhaupt nicht eingeräumt. Stattdessen soll es reichlich k u r z f r i s t i g seine Wirksamkeit bei der Zähmung der akuten Hausbesetzer-Bewegung zeigen. An d i e s e r Aufgabe m u ß das „Westberliner Modell" selbstverständlich versagen. **Daraus wird sich ergeben, daß das Scheitern des „Westberliner Modells" an dieser konkreten Aufgabe ein mächtiges Argument für die Befürworter der „hartenLinie" sein wird. So oder so dürfte gleich nach den Wahlen (10. Mai) das Finale des „Westberliner Modells" beginnen.**

Die Alternative wäre, auf unabsehbare Zeit weit über 100 besetzte Häuser in Westberlin zu haben – mit einer starken Wirkung auf alle anderen Städte, wo sämtliche etablierten Parteien nach dem Motto „besetzte Häuser sofort räumen!" handeln. Dieser Alternative werden sämtliche etablierten Parteien ein möglichst rasches „Ende mit Schrecken" in Westberlin vorziehen. Wenn das die SPD dann nicht mehr als Westberliner Regierungspartei zu verantworten braucht, wird man in der Parteispitze nicht allzu traurig sein.

An diesem Punkt wird nochmals deutlich, daß der Methodenstreit zwischen SPD/FDP und CDU/CSU eben wirklich nicht viel mehr als ein Theater ist. Was die SPD als ihre angebliche Linie darstellt („Dialog mit der Jugend", Integration statt Repression), kann und will sie überhaupt nicht praktisch durchführen. Sie k a n n es gar nicht, weil die Bewegungen vor allem materielle Mißstände und eine volksfeindliche Gesamtpolitik zur Grundlage haben. Diese Bewegungen kann man deshalb nicht durch ein paar alberne Sprüche und Mätzchen (Marke „Generationenkonflikt") für dumm verkaufen, sondern man müßte ihnen zumindest materiell etwas anbieten. Wirklich etwas bieten will die SPD aber schon längst nicht mehr, weder auf dem Gebiet sozialer Investitionen noch auf dem Gebiet der (kostenlosen) demokratischen Reformen. Wer den Protestpotentialen buchstäblich nichts anzubieten hat, um sie wenigstens zu korrumpieren, der wird zwangsläufig früher oder später zum Staatsterror auf breiter Front greifen „müssen", um den „Rechtsfrieden" und das „Rechtsbewußtsein" wieder herzustellen.

Vorerst e r g ä n z e n sich die SPD und die CDU/CSU bei diesem Spiel vorzüglich. Wie mit den Nürnberger Massenverhaftungen übernimmt die CSU häufig die Rolle des Elefanten, der erst einmal einen Pfad freitrampelt. Über die Grobheit und mangelnde Geschicklichkeit des Dickhäuters läßt sich dann noch gut schimpfen, während man ihm auf der freigemachten Schneise gerne nachfolgt. Und wenn Möcklinghoff Granatwerfer für die Polizei fordert, dann werden Tandlers Hartgummi-Geschosse am Ende geradezu als eine maßvolle Lösung erscheinen können.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß „Führungskräfte der Wirtschaft" sich neuerdings wieder vermehrt Gedanken über die „unternehmerische Selbstbehauptung" in den 80er Jahren machen. Unter der Überschrift *„Gesellschaftlicher Wandel, Untergang, Krise, Widersprüche"* war kürzlich in „der arbeitgeber" (22/32 – 1980), Zeitung des BDA, zu lesen: *„Der moderne gesellschaftliche Konsens, wie Dahrendorf ihn nennt, verliert an Problemlösungskapazität ... Seine allmähliche Ablösung scheint daher notwendig zu werden"*. In einem späteren Aufsatz heißt es zum „Ausländerproblem": *„Die soziale Marktwirtschaft wird schicksalhaft in Frage gestellt werden ... Das könnte eine ernsthaftere Bedrohung des sozialen Friedens, der betrieblichen Funktionsfähigkeit und damit der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedeuten, als es die alten und ‚neuen' Linken der 60er und 70er Jahre waren"* („der arbeitgeber", Nr. 24/32 – 1980).

In dieser Besorgnis scheinen sich diese Herren mit den Herren und ggf. auch Damen der Parteien aller Couleur einig.

Jochen Vogel verwies zur Begründung, warum eine Eskalation in Westberlin vermieden werden müsse, u.a. auf die explosive Entwicklung der Lage der Ausländer in der Stadt. Heinz Kühn, Ex-Ministerpräsident von NRW (SPD), meint, daß *„wir wirtschaftlich am Ende der Fahnenstange angekommen"* sind; die *„Jungen verlieren den Glauben an die Zukunft"* („Bild", 3.3.). Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD): *„Es wird Konflikte geben, und niemand sollte so tun, als hätte er das Rezept, sie zu verhindern"* (FR, 2.4.). Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, erwartet *„schwere soziale Konflikte"* in den 80er Jahren. Roman Herzog, Innenminister von Baden-Württemberg, meinte einen Monat vor der Demonstration von Brokdorf: *„In den Achziger Jahren wird der demokratische Rechtsstaat vor schweren Bewährungsproben stehen"*. Die Auseinandersetzungen um die zweckmäßigste „Befriedungsmethode" gegenüber der neuen Jugendrevolte und um die Weiterentwicklung der „Inneren Sicherheit" müssen vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Krisenerwartungen ebenso wie im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen gesehen werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Bürgerwehren« formieren sich

»Bürgerwehren« formieren sich gegen Hausbesetzer

Wenn „Bild" in einer Riesenschlagzeile danach fragt, wann denn die „Chaoten" nun auch bewohnte Häuser besetzen, wenn Hausbesetzer in die Nähe von Terroristen gerückt werden und in Nürnberg ein Stück Faschismus der Öffentlichkeit als Lösung des Problems angeboten wird, wundert es nicht, daß sich reaktionäre und faschistische Teile der Bevölkerung ermutigt fühlen, selbst in das Geschehen einzugreifen. Eine aufgebrachte Volksseele gegen die Krawallmacher – das wäre so recht nach dem Geschmack der Tandler, Hillermeiers und Co.

Bisher blieb es meist noch bei solchen verbalen Äußerungen wie z. B. in den Leserzuschriften in den „Nürnberger Nachrichten" nach den Massenverhaftungen: „Blockwarte" als *„Tip gegen Hausbesetzungen"* werden da vorgeschlagen. Das sei ein *„probates Mittel, um Ausschreitungen zu verhindern"*. – *„Ich schlage vor, den Leopard 2 ... auch an die Nürnberger Polizei auszuliefern!"*. Die „Frankfurter Rundschau" nennt solche Mentalität beim Namen: Hier *„artikuliert sich wieder stärker blanker Faschismus in Straßendiskussionen, Leserzuschriften und zahllosen Briefen an liberale und sozialdemokratische Politiker"*.

Das brutale Vorgehen der Polizei außerhalb Bayerns ist diesen Leuten noch viel zu lau. Hingegen gebührt Lob und Dank der vorbildlichen Nürnberger Polizei für ihren Einsatz *„gegenüber dem gesteuerten roten Pöbel"*, denn sie hat *„gegen dieses Rowdytum die Bandbreite des Gesetzes etwas besser ausgeschöpft als die Verantwortlichen in Berlin und Bremen"*.

Von diesen verbalen Äußerungen bis zur Selbstjustiz einzelner oder organisierter Reaktionäre und Faschisten ist es nicht weit. Beispiele dafür mehren sich:

- In Göttingen wurden die Scheiben eines besetzten Hauses mit Steinen eingeschlagen und Molotowcocktails hineingeworfen.
- Eine sogenannte „Vereinigung Nationaler Berliner" drohte der Westberliner BI „SO 36", besetzte Häuser in Brand zu setzen.
- In die von einer Knastgruppe besetzte Kreuzberger SPD-Geschäftsstelle wurde von der Straße aus ein Schuß abgefeuert.
- „Bauarbeiter" und diverse „Freiwillige" versuchten, „Restmieter" in einem besetzten Haus in Westberlin zu „befreien".
- In einem anderen besetzten Haus in Westberlin schlugen „Handwerker" mit Spitzhacke und Brechstange eine verrammelte Tür ein – ihr Auftraggeber mußte sie zurückpfeifen.
- Rollkommandos bieten sich per Anzeige in der „Berliner Morgenpost" an, Instandbesetzer aus besetzten Häusern „herauszuholen". Da wird um „diskrete Kontaktaufnahme" gebeten zwecks *„privater Freimachung Ihres Grundbesitzes bei rechtswidriger Besetzung"*.
- Die 1976 gebildete „Arbeitsgemeinschaft – City e.V." – ein Zusammenschluß von ca. 130 Hotels, Banken, Versicherungsunternehmen, Läden, Restaurants usw. – fordern die Beseitigung „unerwünschter Elemente" im Gebiet um den Kurfürstendamm.
- Einige Ladenbesitzer bereiten sich schon auf ihre Art vor: Gegen Angriffe auf ihr Eigentum rüsten sie sich mit Schußwaffen aus.

Widerstand im ganzen Land

Vorschlag für bundesweiten Aktionstag gerät in die Diskussion

Das letzte Unterelbetreffen hatte mit dem Vorschlag für einen bundesweiten Aktionstag zu einer Beratung am 25.4. nach Marburg eingeladen (Zum Vorschlag: siehe nebenstehenden Auszug aus dem Brokdorf-Info 6 und den Bericht im AK 199).

Es waren unerwartet wenig Leute erschienen (aus Marburg, Braunschweig, Hamburg, Itzehoe, Hannover, Friedberg, Westerwald, Fallingbostel, Göttingen, Düsseldorf, Neuwied, Fulda und Wuppertal), obwohl die Treffen (zwar relativ kurzfristig) durch eine bundesweit verschickte Einladung und zwei Hinweise bzw. Artikel in der „taz" und der „Neuen" bekannt gemacht worden waren. Neben der kurzfristigen Einladung mag auch ein Grund gewesen sein, daß gleichzeitig in vielen Städten Demonstrationen zum Tod von Sigurd Debus stattgefunden haben, an denen sich auch viele AKW-Gegner beteiligten.

Der Vorschlag für den bundesweiten Aktionstag wurde in der Diskussion klar abgegrenzt von den in der Vergangenheit im Zusammenhang mit Gorleben praktizierten Aktionstagen. Diese hatten seinerzeit den Zweck, die Bewegung von einer zentralen Aktion im Landkreis Lüchow-Dannenberg abzuhalten. Bei dem jetzigen Vorschlag geht es vielmehr darum, aus den Schwierigkeiten und Mängeln aber auch Erfogen der Brokdorf-Demo vom 28.2. zu lernen. **Dabei ist es das politische Ziel, wirkungsvollen Widerstand dadurch zu leisten, indem gleichzeitig an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Aktionen vielfältigster Art laufen.**

Auf dem Treffen in Marburg kam es darauf an, neben der Diskussion über die politische Stoßrichtung des Vorschlags auch einzuschätzen, ob diese neue Form politischen Protestes in den verschiedenen Protestbewegungen die nötige Bereitschaft und Kraft vorfindet. Angesichts der geringen Teilnahme und weil der Vorschlag bisher auch nur in Anti-AKW-BIs bekannt ist, war eine Einschätzung nicht möglich. Es bestand Übereinstimmung darin, daß es besser ist, die Aktion gründlich vorzubereiten, als zu versuchen, sie schnell über die Bühne zu bringen. Insofern wird sich vermutlich das Vorhaben, den Aktionstag bereits im Juni zu veranstalten, wohl nicht verwirklichen lassen. Möglicherweise kann der Aktionstag Auftakt für den Herbst 81 sein.

Betont wurde auf dem Treffen, daß mit einer Verschiebung keineswegs gemeint sein kann, Aktionen überhaupt aufzuschieben. Im Gegenteil sollte regional keine Gelegenheit für Protest und Widerstand versäumt werten. So bieten sich an: der bundesweite Hausbesetzer Tag Ende Mai, das Rock gegen Rechts-Konzert, die Verhinderung einer möglicherweise von den Nazis geplanten Provokation zum 17. Juni, die große Öffentlichkeit während des ev. Kirchentages in Hamburg Mitte Juni, die Standortentscheidung über eine hessische Wideraufbereitungsanlage, die für den Sommer geplante Inbetriebnahme des AKW Grafenrheinfeld und nicht zuletzt die Tatsache, daß AKW-Gegner, Hausbesetzer und andere politische Gefangene nach wie vor in den Knästen sitzen. Ein heißer Sommer in dieser Beziehung ist mit die beste Vorbereitung für einen konzentrierten bundesweiten Aktionstag, wie er in dem Vorschlag gemeint ist.

Wie soll es mit dem Vorschlag weiter gehen? Die BIs sollen aufgefordert werden, über den Plan zu sprechen und auf regionalen Zusammenschlüssen (Landeskonferenzen usw.) zu diskutieren. Außerdem soll der Vorschlag in anderen politischen „Szenen" bekannt gemacht werden. Am 30.Mai wird in Marburg (11 Uhr, Mensa, Clubraum 9, Kontakt: Umweltladen, Am Grün 40a, 3550 Marburg, Tel.: 06421/12533 oder BUU-Hamburg, 040/4398671 (Bartelsstr.) oder 040/432364 (AK Ökologie)) ein weiteres Treffen stattfinden, auf dem der aktuelle Diskussionsstand einzuschätzen ist. Dort wird dann eine Bundeskonferenz für den bundesweiten Aktionstag vorbereitet werden.

1. Machen wir das nächste Mal Aktionen da, wo sie uns diesmal nicht haben wollten! Nicht nur an den Bauplätzen sitzt die Atomindustrie. In den Städten und Orten sind die Zentren, an denen AKWs geplant, finanziert und Teile gefertigt werden. Der Kampf gegen die Kriminalisierung und für die Freilassung der gefangenen AKW-Gegner wird sicher bei allen Aktionen eine Rolle spielen. Nicht zuletzt ist die Verstärkung und Ausbreitung des Kampfs gegen das Atomprogramm ein Beitrag dazu, die Kriminalisierung wirkungslos zu machen.

2. Wir weichen der an einem Punkt geballten Polizeimacht aus und demonstrieren an vielen verschiedenen Orten gleichzeitig. Je mehr Aktionen wir ankündigen, desto besser. Jede Gruppe kann Ort und Form selbst bestimmen. Es kommt nicht zu der fruchtlosen Diskussion darüber, ob eine Aktion auf eine bestimmte Form festgelegt werden soll. Es kann auf bewährte Aktionen zurückgegriffen werden: Es lassen sich Kirchen besetzen oder anderes, Blockaden und Boykott durchführen, Kundgebungen, Öffentlichkeitsarbeit welcher Art auch immer. Aktionen können von kleinen Gruppen gemacht werden oder es wird eine große Öffentlichkeit mobilisiert. Sie können sich über mehrere Tage erstrecken – der Phantasie sind sicher keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist nur, daß alles, was gleichzeitig passiert, auch möglichst schnell bekannt wird, um deutlich zu machen, daß es sich um e i n e Aktivität handelt. Auf die Presse werden wir uns hierbei nicht verlassen können. Mit einem eigenen Informationssystem kann versucht werden, sich bereits während der Aktion gegenseitig zu unterrichten. Dadurch wird der Eindruck der gemeinsamen massenhaften Aktion verstärkt, was nicht zu unterschätzen ist, wie die Demonstration vom 28.2. gezeigt hat.

3. Die Brokdorf-Demonstration hat davon profitiert, daß sich im letzten Jahr an verschiedenen Fronten Widerstand entwickelt hat: Gegen Wohnungsnot und Spekulation, gegen Atomraketen und militaristisches Säbelgerassel, gegen Umweltzerstörung durch Verkehrsanlagen und Vergiftung und gegen Entmenschlichung von Wohnen und Arbeiten. Auch wenn sich der Widerstand an verschiedenen Fronten äußert, so richtet er sich doch insgesamt gegen eine Politik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die Schraube enger zieht und in einigen überzogen wurde. **Die BIs gegen Atomanlagen sollten versuchen, auch die anderen Bereiche für den Aktionstag zu gewinnen.** Es widerspricht sich nicht, wenn sich der Widerstand nicht nur an verschiedenen Orten, sondern auch zu verschiedenen Themen gleichzeitig äußert.

Brokdorf-Ermittlungsbericht

In Brokdorf, am 28.2., exerzierte die Polizei bis zum Nachmittag die „flexible" Polizeitaktik vor. Sie „beschränkte" sich bis dahin um Brokdorf herum weitgehend darauf, durch mehrere Ausfälle und Wasserwerfereinsätze die Demonstranten direkt am Baugelände in Schach zu halten. Auf der Pressekonferenz am Nachmittag des 28.2. in Itzehoe kündigte Innenminister Barschel an, daß von nun an „qualifizierte Festnahmen" von der Polizei getätigt würden. Kurze Zeit später – so gegen 17 Uhr – kam über den Polizeifunk, daß a l l e s verhaftet werden sollte, was zu verhaften sei.

Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. 65 Menschen festgenommen, 3 bei der Abfahrt in Hamburg mit gezogener Dienstpistole und ungefähr 10 auf dem Lautsprecherwagen des AKL. Alle anderen wurden bei Polizeiüberfällen auf die abziehenden Demonstranten festgenommen.

Diese Auswertung wurde vom Ermittlungsausschuß auf der Grundlage von 50 eingegangenen Augenzeugenberichten erstellt, davon ungefähr die Hälfte Berichte von Festgenommenen.

Festnahmen

Die Polizei trieb die abziehenden Demonstranten mit Wasserwerfer- und Hubschraubereinsätzen vor sich her. Auf die letzten Reihen wurde eingeprügelt. Wer dadurch auf der Strecke blieb, den Anschluß an die Demonstration verlor oder anderen, die gefallen waren, wieder aufhelfen wollte, wurde verprügelt und festgenommen.

„Wir wurden dann von Hubschraubern angeflogen, die sehr tief über uns flogen; viele Leute wurden durch den Luftwirbel und die Wasserwerfer zu Fall gebracht. Wir fingen an zu laufen. Ich fiel ein paarmal hin, als mich ein harter Wasserstrahl direkt an den Beinen und den Rücken traf. Das war offenbar gezielt, denn ich versuchte auszuweichen, und der Wasserstrahl folgte meinen Bewegungen. Ich hatte Angst, überrannt zu werden und ließ mich in einen Wassergraben fallen. Sofort stürzte sich ein Polizist auf mich. Der Polizist, der mich festnahm, hat mich geschlagen, aber als er mich abführte, schlugen mich andere Polizisten, die mir entgegenkamen, gezielt mit Gummiknüppeln auf den Kopf und in die Seite und beschimpften mich."

Mehrere Demonstranten wurden vor ihrer Festnahme in Wassergräben gestoßen. Beispielhaft für das Verhalten der Polizei bei den Festnahmen ist folgende Schilderung:

„Als ungefähr auf meiner Höhe ein einzelner Demonstrant zu Boden stürzte und sofort von mehreren Polizisten angegriffen und zusammengeschlagen wurde, lief ich über eine kleine Holzbrücke auf die Wiese und brüllte die 'Beamten' an: 'Laßt ihn los! Ihr schlagt ihn noch tot!' Daraufhin lief einer der prügelnden 'Beamten' knüppelschwingend auf mich los, zog mir ein paar Schläge über Kopf und Rücken und trieb mich auf die Holzbrücke zurück. Ich stand dann auf der Brücke mit dem Rücken zur B 431, da der eine Polizist mich immer noch mit seinem Knüppel bedrohte. Plötzlich bekam ich von hinten derart brutale Schläge auf meinen Kopf und auf Arme und Schultern, daß ich durch die Wucht der Schläge regelrecht von der Brücke abhob und kopfüber in den Wassergraben stürzte. Als ich völlig benommen wieder auftauchte, sah ich ringsherum am Ufer und auf der Brücke nur noch bewaffnete und behelmte Polizisten. Mein erster Gedanke war: 'Oh, Scheiße! Das war's dann wohl! Das überlebst du nicht!'"



Von mehreren Augenzeugen hörten wir, daß sich bei den Festnahmen Zivilpolizisten hervortaten, die – als Demonstranten verkleidet, mit Anti-AKW-Plakette u.ä. – aus den Reihen der Demonstranten heraus entweder selbst Demonstranten festnahmen oder sie ihren „Kollegen" in die Arme trieben.

Nach der Festnahme

Viele Festgenommene berichten, daß sie nach ihrer Festnahme durch ein Spalier von Polizisten laufen mußten. Dazu der Bericht einer Festgenommenen:

„Ich ging zu meiner Freundin, die auch festgenommen worden war. Einige Polizisten, die uns entgegenkamen, bildeten ein Spalier, trommelten auf ihre Schilde und schlugen gezielt auf uns ein, meist auf Kopf und Oberkörper." Neben den Knüppelschlägen wurden sie gleichzeitig verhöhnt oder mit Sprüchen bedacht wie „Sag ein Wort und ich schlag dich tot!".

Einige festgenommene Demonstrantinnen und Demonstranten wurden von Polizisten aufgefordert, angebliche „Waffen", z.B. ein mehrpoliges Kabel, das auf der Straße lag, aufzuheben, sprich anzufassen (siehe auch Augenzeugenbericht im Kasten).

Auf dem Bauplatz

Auf dem Bauplatz erwartete die Festgenommenen entweder ein neuerliches Spießrutenlaufen, oder sie mußten bis zu einer dreiviertel Stunde lang in nassen Kleidern in der Kälte auf ihre Vernehmung warten. Mehrere Berichte sprechen von einer solchen Warterei:

„Die Beamten des Grenzschutzes untersuchten meine Kleidungsstücke sowie meinen Rucksack im Freien bei Taschenlampenbeleuchtung. Ich wurde auch einer Leibesvisitation unterzogen, in deren Verlauf ich zu Boden geschleudert wurde. Sodann mußte ich Schuhe, Strümpfe, Anorak und Pullover trotz extremer Kälte ausziehen und durfte mich erst nach langen und schärfsten Protesten wieder anziehen." Ähnlich ein weiterer Betroffener: *„Wir mußten dann – die zwei Frauen und ich – ca. eine dreiviertel Stunde mit unserer nassen Bekleidung, bewacht von den Polizisten, neben den Wagen stehen. Es wurden Fotos von uns zusammen mit den Polizisten gemacht, die für uns zuständig waren, und wir wurden gewaltsam dazu gezwungen, in die Filmkameras des NDR zu gucken."*

Andere wurden zu dem von Polizisten so genannten „Konzentrationslager" gebracht – zwei Buden mit NATO-Draht umgeben – und mußten dort im Freien warten.

Andere mußten sich im Freien durchsuchen lassen, ohne Schuhe und Mantel, die Beine gespreizt, mit an die Wand erhobenen Händen.

Von weiteren Schikanen berichtet eine andere Demonstrantin: *„Wir wurden dann zu einem Polizeiwagen geführt und zum Polizeilager gebracht. Dort wurden wir wiederholt angeschrien. Ein Beamter verbot mir, mit einem anderen Demonstranten zu reden. Ein anderer nutzte die Situation, mich mit obszönen Gesten anzumachen."*

Vernehmung

Nach unsererm Informationen erhielt nach der Festnahme niemand Rechtsmittelbelehrung, ebenso erhielt niemand vom Bauplatz aus die Möglichkeit, einen Anwalt anzurufen. Zur Vernehmung hier ein Betroffenenbericht:

„Der eine Polizist – schwarze Cordhose, Ballermann auf der Hüfte, kariertes Hemd, blondes kurzes Haar – schrie: 'Komm rein, du Arschficker!' ... 'Setz dich dahin, du schwule Sau!', und deutete auf einen Stuhl. Er schrieb das Protokoll und führte auch das Verhör, unter Weiterverwendung o.a. Titel. Der andere war ruhiger. Er hatte dunkles kurzes Haar und trug einen grauen Pullover. Der blonde Beamte hat mich bedroht, als ich zur Sache nichts aussagen wollte. 'Paß auf! Gleich schick ich meinen Kollegen raus. Dann woll'n wir mal sehen, was du aussagst!' Als er in meiner Sani-Tasche eine Flasche mit isotonischer Kochsalzlösung fand, schrie er: 'Das Schwein hat 'nen Molli in der Tasche!' Er machte Anstalten, als wolle er sich auf mich stürzen ... . Das Protokoll war ein roter Fragebogen. Ich konnte an Beschuldigungen lesen: Teilnahme ..., Widerstand ..., Gewaltanwendung ... . Ich verlangte einen Anwalt und gab auch Adresse und Telefonnummer an. Erst hieß es: 'Erst Mollies werfen, und dann noch 'nen Anwalt verlangen!' Als ich darauf hinwies, daß dies mein Recht sei, meinte der Beamte: 'Später'. Ich wurde nicht über meine Rechte aufgeklärt und auch nicht über die weitere Vorgehensweise."

Von einem weiteren Fall ist uns bekannt, daß einem Festgenommenen bei Aussageverweigerung Prügel angedroht wurden.

Unseres Wissens wurden alle festgenommenen Demonstrantinnen und Demonstranten ED-behandelt, z.T. gegen ihren Widerspruch.

Die Vorwürfe, die gegen die Festgenommenen erhoben wurden, reichten von „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" über „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Gewaltanwendung" bis „Landfriedensbruch".

Im „Konzentrationslager"

Zwischen 4 und 7 Stunden wurden die Festgenommenen auf dem Bauplatz völlig isoliert von der Außenwelt festgehalten, den größten Teil der Zeit in eiskalten, dunklen Gefangenencontainern, von einigen Polizisten auch „Konzentrationslager" genannt. Erst nach dieser Zeit wurden sie entweder freigelassen oder in die Itzehoer Kriminaldirektion West geflogen, wo sie zum Teil erst am nächsten Tag freikamen. Dazu einige Betroffene:

„Jetzt wurde ich zum sogenannten 'Gefangenenlager' (so der Ausdruck

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 16

der Polizei) gebracht. Das waren von Stacheldraht eingefaßte Kästen aus Wellblech. Die Fenster waren von außen zugenagelt, so daß es in der Hütte stockdunkel war. Mit mir waren in der Hütte weitere 7 Frauen. Der Kasten war ungeheizt, und es herrschte eine Temperatur unter Null. Ich befand mich in diesem Gehäuse ca. 3 Stunden."

Auch Verletzte wurden in diese Gefangenencontainer gesperrt: *„Danach kam ich in einen dunklen, kalten Bauwagen. Ich verlangte nach einem Arzt. Bald nach mir kam auch B. in die Zelle. Er besorgte mir dann, als er in den Sani-Raum verlegt wurde, einen Arzt, da die Beamten nicht reagierten. Der Doc ließ mich trotz meiner Verletzungen im 'schwarzen Loch'. Erst gegen 22 Uhr erreichten die Mitgefangenen, daß ich zum Doc geschleppt wurde. Jetzt legte er eine Infusion an, spritzte Valium und flog mich mit dem Hubschrauber nach Itzehoe ins Krankenhaus. Verdacht auf Schädeltrauma, Fraktion der LS."*

Ein weiterer Verletzter mußte zwar nur für kurze Zeit im Container liegen, seine Situation war aber kaum besser: *„Nach ca. 2 Stunden wurde ich dann nochmals verlegt, diesmal auf den Flur, direkt gegenüber dem Haupteingang. Da war's erstens natürlich saukalt und zugig, und zweitens bekam ich dadurch das zweifelhafte Vergnügen, von jedem Polizisten, der hereinkam, dumm angemacht zu werden. Es war verdammt erniedrigend, mehr oder weniger nackt und völlig ausgeliefert* (der Festgenommene hatte nur eine Decke um, Anm. EA) *diese Prozedur über sich ergehen zu lassen."*

Am Sonntag saßen noch 6 Demonstranten im Knast in Itzehoe. Erst nachdem die Rechtsanwälte gegen die verantwortlichen Staatsanwälte Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt hatten, wurden 5 Demonstranten gegen 13 Uhr entlassen. Sie waren am Samstag um 22 Uhr in einer Straßensperre in Itzehoe nach der Durchsuchung ihres Autos festgesetzt worden. Der letzte Festgenommene wurde am Sonntag um 15 Uhr aus der Haft entlassen.

Unsere Rechte

Bei den Festnahmen am 28.2. gab es von Seiten der Polizei keinerlei Rechtsmittelbelehrung. Umso wichtiger ist es, daß die Demonstranten selbst ihre Rechte kennen und darauf bestehen, selbst oder gerade wenn ihre Situation ausweglos erscheint.

Obwohl die Isolation und Einschüchterung auf dem Bauplatz erdrückend war, hat nach unserem Wissen keine Festgenommene/kein Festgenommener Aussagen zur Sache gemacht, sondern im wesentlichen nur zur Person. Angaben zum Verdienst der Eltern o.ä. brauchen nicht gemacht zu werden!

Inwieweit darauf bestanden wurde, Rechtsmittelbelehrung zu erhalten, können wir anhand der Berichte nicht feststellen. Wir wissen auch nicht, ob in jedem Fall darauf bestanden wurde, eine Rechtsanwältin/einen Rechtsanwalt anzurufen. Das ist unbedingt wichtig.

Gegen ED-Behandlung muß in jedem Fall schriftlich, d.h. im Polizeiprotokoll Widerspruch eingelegt werden. Außerdem sollte man/frau darauf bestehen, die Dienstnummer des festnehmenden und/oder prügelnden Polizisten zu erhalten. Auf diesen Rechten bestehen heißt in den Fällen, wo sie von der Polizei mißachtet werden, zumindest darauf zu bestehen, daß der Protest bzw. Widerspruch ins Polizeiprotokoll aufgenommen werden. Das ist v.a. für ein späteres Verfahren wichtig, kann aber auch für die Festgenommene/den Festgenommenen wichtig sein, um sich nicht völlig ausgeliefert zu fühlen. Übrigens: Polizeiprotokolle dürfen nicht unterschrieben werden!

Gerade in dieser Situation des sich ausgeliefert Fühlens gab es vielen Festgenommenen Mut, daß andere Demonstrant/inn/en, die ebenfalls auf dem Bauplatz festgehalten wurden, sich um Verletzte kümmerten, forderten, daß sie nur gemeinsam freigelassen werden wollten, oder daß sich Festgenommene einfach in den Arm genommen haben.



Verfahren

Auf dem letzten Betroffenen-Treff haben wir von sechs Festgenommenen erfahren, daß gegen sie „nur" noch wegen Ordnungswidrigkeiten (Teilnahme an einer verbotenen Demonstration) ermittelt wird. (Auch Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis 5.000 DM belegt werden.) In den anderen Fällen wissen die Festgenommenen und wir noch nichts Genaues vom Stand der Ermittlungen.

Von mindestens einer Festgenommenen wissen wir, daß sie selbst inzwischen einen Polizisten wegen Körperverletzung angezeigt hat.

Solidaritätsarbeit vor Ort

Als positives Beispiel für eine örtliche Solidaritätsaktion ist uns vor allem Osnabrück bekannt. Schon wenige Tage nach der Brokdorf-Demonstration erschien in Osnabrück das erste Flugblatt, worin der Verlauf der Demonstration geschildert wurde sowie Zeugen für zwei Festgenommene gesucht wurden, deren Fälle genau beschrieben waren. Außerdem wurde ein Spendenkonto eingerichtet für spätere Prozesse. Mit Bildtafeln wurden Info-Stände in der Osnabrücker Innenstadt gemacht, um die Bevölkerung zu informieren. Darüber hinaus fand eine Demonstration mit 500-1.000 Teilnehmern statt zum Protest gegen Brokdorf-Verfahren.

Ermittlungsausschuß zum 28.2.81

Noch als ich blutüberströmt dalag, trat ein Mann in meine Nähe und rief den Bullen zu, er habe gesehen, was mit mir gemacht worden sei und er wolle sehen, wie ich zugerichtet wäre. Näheres ist mir über diesen Zeugen nicht bekannt.

Ich wurde dann hochgerissen und mit Handfesseln belegt. Das bereitete außerordentliche Schmerzen, weil meine Hände zerknüppelt waren. Ein jungscher Bulle wurde beauftragt mich festzunehmen. Er führte mich dann ab Richtung Wassergraben, B 431. Ich sollte, trotz gefesselter Hände, über eine bereits im Wasser liegende Enterbrücke gehen. Als ich protestierte, stieß er mich die Böschung hinunter.

Auf der Straße wurde ich in einen Bulli verfrachtet. Hier warf ich dem Bullen die maßlose Gewaltanwendung - ohne daß ich mich gewehrt hätte - vor. Daraufhin kam, ich solle froh sein, daß ich einen Helm auf hatte, sonst wäre ich jetzt nicht mehr. Außerdem habe ich Glück, mit ihm hier im Wagen zu sein, bei seinen Kollegen ginge es jetzt anders rund. Daraufhin war ich gleich erheblich eingeschüchtert für die folgenden polizeilichen Behandlungen.

Wir kamen dann in eine hauptquartierähnliche Baracke. Hier mußte ich meine Taschen ausräumen. Ich protestierte dagegen, weil ich mit meinen dick angeschwollenen Händen nicht in die Taschen kam. Rund-um-stehende höhnende Bullen (Recht geschieht dir, viel mehr brauchste, totschlagen sollte man euch alle) schüchterten micht so ein, daß ich mich fügte. Dann wurde ein Polizeiarzt herbeigerufen, der meine Gesichtsverletzungen betrachten sollte. Er riß mir brutal die Platzwunde an der Stirn auseinander und meinte, ich sei vernehmungsfähig, müsse aber nach spätestens 6 Stunden einem Arzt vorgeführt werden.

Dann kam ich zu den Bürocontainern. Hier fing die übliche Prozedur an. Bei der ED-Behandlung wurden mir die Fingerabdrücke trotz meiner verletzten Finger abgenommen (Verdacht auf Zeigefingerfraktur). Als ich vor Schmerz jaulte, ließ mich der Beamte die Abdrücke selbst machen. Später bei der Vernehmung mußte ich mich zunächst entkleiden und mir wurden alle meine Habseligkeiten abgenommen (Ausweis, Führerschein, Blutspenderausweis, Tetanusausweis, Geld, Autoschlüssel, Feuerzeug, Taschenmesser). Inzwischen ging es mir so dreckig, daß ich mehrfach vom Stuhl rutschte und meine Umgebung nur schwer wahrnehmen konnte. Es wurden daraufhin zwei Sanitäter gerufen.

Noch als ich im Container saß, nachdem mein festnehmender Bulle seine Aussage bereits zu Protokoll gegeben hatte, und zwar, er habe sich von mir bedroht gefühlt und daraufhin vom Schlagstock Gebrauch gemacht, und mich der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration beschuldigt, kam ein Bulle herein, schaute mich an und fing an rumzubrüllen, ich sei das, ich sei der Rädelsführer, ich habe ganz vorne Steine gegen den Wasserwerfer geworfen. Ich wies ihn darauf hin, daß er sich täusche, worauf er mir antwortete: "Na klar täusche ich mich. Aber ich werde das beeiden und da kannste gar nichts machen." Daraufhin holte er einen weiteren Bullen, den er suggestiv fragte, ob er mich auch erkennen würde. Der bejahte es natürlich und beide ließen ihre Aussage protokollieren

Ein Bulle schrie mich an "Helm ab! Helm ab!". Ich war völlig in Panik und Angst und aufgelöst, konnte nicht mehr denken, sah nur noch Bullen um mich und eine menschenleere Straße und auf der anderen Seite des Grabens meine Leute, daß ich nicht fassen konnte, nicht mehr zu denen zu gehören. Die Bullen schrien mich an "Erst den Helden markieren und dann Angst haben". Derjenige, der darauf bestand, daß ich den Helm abnahm, war selber total fertig und aufgelöst. Er brachte mich die Straße zurück Richtung Einsatzkommando und wir mußten an den entgegenkommenden Bullen vorbei. Dabei mußte ich durch ihre Schilder Spießrutenlaufen und ein Typ schlug mich in die Seite. Ich hatte Angst, sie könnten mich zu Tode prügeln oder -treten, da, alleine. Den Helm hatte ich inzwischen ab, obwohl ich nicht wußte, ob ich so erst recht verprügelt werden sollte ....

Ein Polizist fand auf der Straße ein dickes weißes Kabel - 5 cm dick - und zeigte das einem Journalisten, der vorbeikam "Sehen Sie, damit schlagen die Demonstranten auf die Polizisten", dann zu einem Kollegen "Der hier könnte das gut gewesen sein" (über A.), "aber das wird man ja an den Fingerabdrücken sehen, ob er das gewesen ist." verheißungsvoll drohend! ......

Wichtig war, daß der Kommandeur uns befahl, Fundsachen wie Helme, Knüppel, Taschen etc. mit in die "Gefangenensammelstelle" zu schleppen. Dabei dachte ich an die Bemerkung mit den Fingerabdrücken vorher. Wollten sie nachträglich Beweise schaffen? Der Kommandeur demütigte uns und bestand darauf, daß wir die Sachen schleppten. Ich war zu eingeschüchtert, um mich zu wehren. Die anderen beiden auch. Wir nahmen uns unverfängliche Teile wie Helme mit. ......

Sie versuchten uns moraliscn fertigzumachen. Wir konnten nicht telefonieren, nein. Sie könnten ja auch nicht telefonieren. Wenn wir nach Brokdorf gekommen wären, müßten wir ja damit rechnen, daß wir verhaftet werden und unsere Angehörigen auch. Also kein Anlaß zum Telefonieren! Seine arme Frau dagegen wüßte ja auch nicht, wo er sei und ob er verletzt sei und überhaupt, er wäre gerade eingeflogen worden ... (das erzählten mehrere Verwaltungstypen) und wir seien an allem schuld. etc. .....

In dem Raum lag ein junger Mann auf 'ner Bahre, nur mit einer Decke bekleidet. Er war fertig. Er hieß B. aus O. Sie hatten ihn verprügelt und in den Graben geschmissen und er hatte keine Kleider mehr. Sie ließen ihn auch nicht anrufen. Ich ging zu ihm und er erzählte mir, was passiert war und daß ich für ihn telefonieren sollte, falls ich herrauskäme. weil er auf Kleider warten mußte. Ich hatte den Eindruck, daß er außer seinen Verletzungen einen Schock hatte und sie ließen ihn in dem Büro unter einer Neonröhre stundenlang liegen, später im Flur. Der Kieler Bulle, ein altes Sadisten..... meinte höhnisch "Guck mal, gibt er nicht ein schönes Bild ab, wie er so schläft"!!! zu seinem Kollegen (das war so gegen 19.3o Uhr). Später gegen 23.oo Uhr, als ich aus dem Knast-Bauwagen, in dem wir festgehalten waren aufs Klo mußte und wieder in die Nähe des Raumes kam, lag der B. immer noch da!!! ......

Bauwagen der Firma Heitkamp, ohne Licht, ohne Heizung, so kalt, daß du den Hauch vor dem Gesicht sehen konntest. Um reinzukommen Zickzacklauf durch Nato-Draht-Sperren. Das ist unsere Staatsgewalt Bis gegen Mitternacht 1o - 14 Frauen zum Schluß, kalt, fertig, verzweifelt. Sie ließen uns nicht telefonieren. Brachten uns später eine Taschenlampe und Butterbrote, die uns vor Kotzen im Hals stecken blieben. Über uns ständiges Auf- und Abfliegen der Hubschrauber, Dunkelheit, Kälte und Ungewißheit. Sie ließen stundenweise einzelne Frauen raus und brachten neue rein. Bis wir sagten, wir wollten zusammen raus. Sie hielten uns hin mit Informationen, in .... Std., Min., würden sie wiederkommen, bis .... würde entschieden, wait and see. Die Situation war unerträglich, ich weiß keine Worte. Gegen 24.oo Uhr wurden wir freigelassen. Ein Bullenauto brachte uns zum Ausgang der Baustelle, wo eine Telefonzelle stand.

Brokdorf-Solidaritätsaktionen in Esslingen

Am 28.3. fand in Esslingen eine bunte Straßenaktion statt, die von AKW-Nein-Gruppe, Strobos, den Grünen, Ohne Rüstung leben, DFG/VK und den Bund für Umwelt und Naturschutz getragen wurde. Circa 100 Menschen, viel Musik, Infostände, Luftballons, Stelltafeln etc. sorgten für eine tolle Stimmung in der Fußgängerzone. Auf Stelltafeln und Flugblättern wurde gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern protestiert, über die Brokdorf-Demonstration (an der 130 Leute aus Esslingen teilgenommen hatten) berichtet und allgemeine Informationen über Atomanlagen unter die Leute gebracht. Ein Flugblatt erinnerte speziell an den vor genau zwei Jahren stattgefundenen Unfall in Harrisburg. „Vertreter der Atomindustrie", die an der Endlagerfrage resigniert waren, verteilten den Atommüll in kleinen Dosen (etwa Coladosengröße) unter die Leute.

Auf der Verpackung wurden die Empfänger darum gebeten, den Inhalt über den Zeitraum von einigen Jahrzehntausenden sicher zu lagern. Um ein Restrisiko zu vermeiden, wurden zusätzlich Jodtabletten verteilt, während ein Strahlenmeßtrupp in der Fußgängerzone erste Untersuchungen vornahm.

Im Flugblatt zur Kriminalisierung erklärten AKW-Nein-Gruppe, Strobos und B.U.N.D.: *„Wir sind der Ansicht, kriminell sind nicht diejenigen, die sich gegen Atomkraftwerke zur Wehr setzen, sondern diejenigen, die den Bau von Atomkraftwerken zu verantworten haben. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!"*

Fürs erste wurden 60 DM an den Ermittlungsausschuß der BUU überwiesen.

Für die nächsten Wochen ist eine Aktionseinheit gegen eine Militärausstellung in Leonberg geplant. Die AKW-Nein-Gruppe Esslingen wird sich daran beteiligen, da auch für uns der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen einen immer größeren Stellenwert annehmen muß.

Ein AKW-Gegner aus Esslingen

Feuer im Besetzerdorf

Drei Hütten brannten in der Nacht zum 22.4. im Dorf der Dammbesetzer zwischen Königstein und Kelkheim im hessischen Taunus ab. Seit zwei Jahren ist dieses Dorf, das derzeit von etwa 25 Leuten ständig bewohnt wird, gegen den Bau der Schnellstraße B8 errichtet worden, womit dieses umweltzerstörerische Projekt bislang erfolgreich verhindert werden konnte. Wie stark sich die Dammbesetzer dabei in der Bevölkerung verankern konnten, zeigt beispielsweise das Abschneiden zweier alternativer Listen in Kelkheim (über 10%) und in Königstein (über 20%), die diesen Kampf unterstützen. In einer ersten Stellungnahme haben die Besetzer erklärt, daß sie sich nicht entmutigen lassen und ihren Kampf gegen die B8 fortsetzen werden. So findet am 9./10. Mai ein großes Fest auf dem Damm statt.

Zur vermeintlichen Ursache des Brandes erklärte die Polizei, Brandstiftung könne *„mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit"* ausgeschlossen werden. Woher sie so rasch diese „Sicherheit" gewonnen hat, ist freilich unklar, zumal im Vordertaunus eine gewalttätige Nazi-Bande ihr Unwesen treibt, die vor nicht allzu langer Zeit einen Überfall auf das Dorf versucht hatte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß vor kurzem zwei Häuser in Bad Homburg, die von türkischen Familien bewohnt waren, abgebrannt sind, wodurch zwölf Familien obdachlos wurden. Nach einem dieser Brände fanden sich einschlägige ausländerfeindliche Parolen in der Stadt!

KB/Gruppe Frankfurt

Baden-Baden: Landesgartenschau – dann Uranabbau!

Mit einer eindrucksvollen Aktion gegen den geplanten Uranabbau in Baden-Baden bereicherten einige AKW-Gegner am 10.4. den eintönigen Propagandarummel zur Eröffnung der Landesgartenschau. Dem Zug von allerlei Ehrengästen, dem Ministerpräsidenten und anderen Auserwählten stellten sich plötzlich vier in Katastrophenschutzanzügen und Gasmasken gekleidete Personen mit Flugblättern bewaffnet entgegen. Auf dem mitgebrachten Transparent war zu lesen: 1981 Landesgartenschau – 1982 Uranabbau.
war zu lesen: 1981 Landesgartenschau – 1982 Uranabbau.

Daß dieser Hinweis auf die gefährlichen Bestrebungen von Bund, Land und der Uranfirma Saarberg Interplan nicht gerne gesehen waren, zeigte sich nicht nur an dem recht aggressiven Ton der Koordinatoren, die um den reibungslosen Ablauf ihrer Veranstaltung fürchteten, sondern auch an einer aufgedrehten Gartenschau-Offiziellen, die sich in ihrer Erregung am Transparent der Urangegner vergriff. Lebhafte Diskussion unter den Passanten und Bürgern zeigte, daß der Uranabbau in Baden-Baden als Bedrohung empfunden wird.

Am Datum der Eröffnung der Landesgartenschau lief gleichzeitig ein Ultimatum der Uranabbaugesellschaft Saarberg-Interplan ab , die, Bund und Land im Rücken, per Zwangseinweisung einen Abbau notfalls gegen den Willen der Gemeinde erzwingen möchte.

Zwei Probestellen im Gebiet Sauersbosch und Müllenbach haben bereits schon einschneidende Folgen für Mensch und Natur. So enthalten bereits die Abraumhalden Uran und alle seine radioaktiven Zerfallsprodukte, die über das Grundwasser leicht in die Nahrungskette gelangen. Das radioaktive Edelgas Radon entweicht aus dem Stollen in die Atmosphäre, und das, obwohl sich z.B. in unmittelbarer Nähe des Stollens am Sauersbosch Wohnsiedlungen befinden. Für die Umweltschutz-Bürgerinitiative in Baden-Baden wird die Aktion am 10.4. auf jeden Fall nicht die letzte gegen das lebensbedrohende Teufelswerk sein. Aufgrund der großen Gegnerschaft in der Baden-Badener Bevölkerung dürfte es der Uran-Mafia schwerfallen, an die heißen Steine zu gelangen, nach denen sie schon seit Jahren geiern. In einem der nächsten AK's werden wir etwas ausführlicher über den Uranabbau und seine Folgen berichten.

KB-Sympathisanten Baden-Baden

Japan: Atomverseuchung wochenlang verheimlicht

Bei dem neuesten Unfall im japanischen AKW Tsuruga waren nach offiziellen Meldungen mindestens 56 Arbeiter einer intensiven radioaktiven Strahlung ausgesetzt gewesen. Gleichzeitig wurde die Meeresbucht von Tsuruga radioaktiv verseucht, wobei das Ausmaß und die Folgen noch unüberschaubar sind. Sechs Wochen lang konnte dieser verheerende Vorfall verheimlicht werden. Die Reaktion der japanischen Regierung, nämlich strafrechtliche Ermittlungen, disziplinarische Maßnahmen gegen Verantwortliche und scharfe Sicherheitsüberprüfungen bei allen Reaktoren im Lande, sind aber offensichtlich nur gegen den Vertuschungsskandal gerichtet. Trotz der unüberhörbaren Empörung und der zunehmenden Verunsicherung der Bevölkerung ist die japanische Regierung gewillt, ihr Atomprogramm der 80er Jahre zügig durchzusetzen.

Der Unfall

Am 8. März 1981 war – nach den offiziellen Angaben – ein Abwassertank des 357 Megawatt AKWs Tsuruga übergelaufen. Dabei sollen insgesamt etwa 40 Kubikmeter stark radioaktiv verseuchtes Kühlwasser über die normalen Abflußkanäle ins Meer geleitet worden sein. Erst am 8. April stellte das Gesundheitsamt von der Präfektur Fukui, in der das AKW Tsuruga liegt, aufgrund einer anonymen Information eines AKW-Angestellten eine übermäßig starke Verseuchung in der Bucht von Tsuruga fest. Vor allem wurden im Seetang, einem wichtigen Nahrungsmittel in Japan, starke Spuren von Kobalt 60, Magnesium 54 und weitere radioaktive Substanzen entdeckt. *„Die Intensität der Radioaktivität des Wassers soll nach ersten Messungen die zulässigen Toleranzschwelle um ein Millionenfaches überschritten haben"* („FR", 22.4.81). *„Weitere Nachforschungen ergaben eine um mehr als das Tausendfache angestiegene Radioaktivität auf dem Meeresboden. In den Abwasserrohren des Reaktors wurden bis zu 10.000 picocurie Radioaktivität pro Gramm festgestellt"* („taz", 22.4.81). *„Die radioaktive Konzentration der in diesen Gewässern gefangenen Schell- und anderen Fischen betrug das 50- bis 60fache der offiziell als harmlos bezeichneten Menge"* („Die Neue", 21.4.81).

Trotz dieses verheerenden Ausmasses der radioaktiven Verseuchung wurde der Unfall von den AKW-Betreibern erst am 18.4. den zuständigen Behörden gemeldet. Nach den offiziellen Verlautbarungen wird die Zahl der Arbeiter, die bei den geheimgehaltenen Reinigungsarbeiten den tödlichen Strahlen ausgesetzt waren, mit 56 angegeben, nachdem die AKW-Betreiber zunächst nur von weniger als 20 Personen gesprochen hatten.
Betreiber zunächst nur von weniger als 20 Personen gesprochen hatten.
Strahlenmessungen außerhalb des Reaktors ergaben, daß die betroffenen Arbeiter einer Belastung von 3.600 Milirem pro Stunde ausgesetzt gewesen waren, während die Toleranzschwelle bei 3.000 Milirem in drei Monaten beträgt!

Die Vertuschungspolitik

In dieser Situation versuchen die japanische Regierung und andere Akteure der AKW-Politik, jede weitere enthüllende Information über die Vorfälle möglichst zu unterdrücken, die Gefahren herunter zu spielen und die empörten Gemüter der Bevölkerung zu beschwichtigen. Im Grunde ist diese Politik nichts Neues, sie wird aber am Beispiel Tsuruga besonders deutlich.

Dabei ist sie nicht nur an der anmaßenden Erklärung der Präfekturbehörden von Fukui festzustellen, wonach die Fischverseuchung als harmlos dargestellt wird, obwohl die Großmärkte in Japan den Verkauf von Fischen aus den betroffenen Gewässern bereits untersagt hatten. Vielmehr ergaben die Untersuchungen in der Meeresbucht von Tsuruga, daß *„radioaktive Substanzen von erheblich höherer Gefährlichkeit entdeckt (wurden), deren Vorhandensein in der Umgebung der Abwässerkanäle aus dem bisher bekannten Verlauf des Zwischenfalles vom 8. März kaum erklärt werden kann"* („SZ", 22.4.81). Es liegt nahe, daß weitere Pannen bewußt verheimlicht worden sind. Schon am 1. April wurde die Stillegung des AKW Tsuruga angeordnet. Denn es war bekannt geworden, daß ein radioaktives Leck im Primärkreislauf, das sich bereits im Januar entwickelt hatte und ohne Reaktorabschaltung notdürftig repariert worden war, nicht gemeldet wurde. Der aktive AKW-Gegner und Atomphysiker J. Takagi (ehemals Professor an einer großen Tokyoter Universität) führt den jetzigen Unfall auf dieses Leck zurück (vgl. „taz" vom 22.4.81). Dies verwundert nicht angesichts der Tatsache, daß es nunmehr der 32. bekanntgewordene Zwischenfall in der elfjährigen Betriebsgeschichte des AKW Tsuruga ist. In der offiziellen Version wird hingegen als Unfallursache „eine unverantwortlich schlampige Wartung" angeführt. Ein AKW-Angestellter habe vergessen, ein Ventil zu schließen, was zum Überlaufen des Abwassertanks geführt habe („FR", 21.4.81). Nicht die Technik, sondern der Mensch hat demnach also versagt. Und da dieses (und nicht etwa all die anderen) folgenschwere Mißgeschick solange vor den aufsichtsführenden Behörden geheimgehalten wurde – besser gesagt: nunmehr doch an die Öffentlichkeit gelangt ist – muß nach den Worten des japanischen Handels- und Industrieministers Tanaka das Spitzenmanagment des AKW Tsuruga mit seiner Entlassung rechnen. Oder es wird, wie es bei Skandalen üblich ist, zu „ehrenvollen Rücktritten" kommen. Schließlich sind diese Figuren austauschbar.

Hinsichtlich der betroffenen Arbeiter wird von offizieller Seite nur die übliche Erklärung abgegeben, daß gesundheitliche Schäden nicht zu erwarten sind. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß die angegebene Zahl weit unter der tatsächlichen liegt. So waren allein bei der Beseitigung des radioaktiven Abwassers weit mehr als 100 Arbeiter eingesetzt („SZ", 22.4.81). Für solche Arbeiten werden immer Tagelöhner von außerhalb angeheuert, die über die Gefahren nicht bzw. nur unzureichend aufgeklärt werden und für die eine gesundheitliche Versorgung kaum vorhanden ist. Von den 56 offiziell angegebenen Personen waren 48 Tagelöhner.



Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß die japanische Regierung „verschärfte Sicherheitsüberprüfungen" auch in den übrigen 21 AKWs des Landes angeordnet hat, keinesfalls aber ihre Stillegung. Zur Einschätzung dieser Politik schreibt die „FR" 4.81): *„Nur vier Monate nach dem Vorfall in ,Three Miles Island' hatten sich in Japan trotz der amtlich verordneten Sicherheitsüberprüfung in drei Kernkraftwerken fünf vergleichbare Unfälle ereignet, von denen drei zunächst verheimlicht wurden. Beim schwersten dieser Vorfälle, in Tsakahama unweit von Tsuruga, traten 80 Tonnen primäres Kühlwasser aus."*

Auf dem Weg zur führenden Atommacht

Unmittelbar nach Bekanntwerden des AKW-Unfalls in Tsuruga machte der Generalsekretär der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) Sakarauchi deutlich, daß das Kabinett weiterhin an dem Kurs des forcierten Ausbaus der Kernenergie festhalten wird. Bis 1990 plant die japanische Regierung die Fertigstellung von 34 neuen AKWs, um die gesamte Kernkraftwerkskapazität von gegenwärtig ca. 15.000 auf 50.000 Megawatt zu erhöhen.

Nach Aussagen des bereits erwähnten Atomphysikers J. Takagi will Japan in diesem Jahrzehnt im Alleingang den Durchbruch bei der Entwicklung der atomaren Technologie schaffen (vgl. „Rodo Joho", Nr. 89). Im Mittelpunkt dieser Strategie steht die Errichtung eines nuklearen Kreislaufs, der sich durch die Entwicklung und den Ausbau von eigenen Urananreicherungsanlagen, Leichtwasserreaktoren, Wiederaufbereitungsanlagen, Schnellen Brütern und Atommülldepots auszeichnet. Mit dem vollständigen nuklearen Kreislauf verspricht sich die japanische Regierung nicht nur eine vollkommene Autarkie bei der Energieversorgung und eine weitere Expansion der wirtschaftlichen Macht, sondern gleichzeitig auch durch die Plutoniumproduktion eine ständige Ausweitung ihrer militärischen Rolle.

Diese bevorstehende Entwicklung Japans zum Atomstaat und zu einer führenden Atommacht findet ihren Ausdruck beispielsweise in der gemeinsamen Forderung der LDP und ebenfalls rechten DSP (Demokratische Sozialisten) nach einem „wissenschaftlich und technologisch selbständigen Japan" oder auch in der Konzeption von der „umfassenden Sicherheit", die das Kernstück der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Suzuki im Januar dieses Jahres bildete. Seit Dezember 1980 gibt es eine Ministerkonferenz zum Komplex „Gesamtsicherheit". In der Regierungserklärung heißt es einerseits, daß Japans Frieden und Sicherheit nicht allein über eine Erweiterung seiner Verteidigungskapazität erreicht werden könne, und zwar wegen der hohen Roh- und Brennstoffimporte, die derzeit durch internationale Spannungen gefährdet seien. Andererseits stellt Suzuki fest, daß Japans internationale Position sich stark verbessert habe und die gleichzeitig die weltweite Verantwortung Japans deutlich gestiegen ist. Daraus folgert Suzuki: *„Ich bin mit meiner ganzen Kraft fest entschlossen, die 80er Jahre zu einer Grundlage des 21. Jahrhunderts zu machen. ... Unter diesen Umständen* (vermehrter internationaler Krisen, Anm. AK) *muß Japan seinen eigenen Frieden und Sicherheit suchen und derweil zum globalen Frieden und zur globalen Stabilität beitragen"* („Japan Times", 27.1. 81).

Diese Politik Japans hängt eng mit seinem Atomprogramm zusammen und wird derzeit durch die unaufhörliche Rechtsentwicklung der Regierung sowie durch die verstärkten Aufforderungen der Westmächte wie auch der VR China zur beschleunigten Aufrüstung Japans begünstigt. Gleichzeitig werden Japan größere „Verteidigungsregionen" eingeräumt. Das Atomprogramm paßt auch in das wirtschaftspolitische Konzept der Industrie, wonach sich ein Wandel hin zu den technologieintensiven Bereichen vollzieht, wobei ein Schwerpunkt die Rüstungsindustrie ist. Durch umfangreiche und langfristig angelegte Investitionen in diesen Sektoren und im Energiesektor soll die Anfälligkeit der japanischen Industrie gegenüber Krisen von innen und außen minimiert werden. Somit fällt dem japanischen Atomprogramm eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung wirtschaftlicher, militärischer und weltpolitischer Interessen zu.

Mit „Hearings" und „Bürgerdialog" in den Atomstaat

Bedenkt man, daß für die Realisierung eines AKW-Projekts ein Zeitraum von etwa 10 Jahren in Rechnung gestellt werden muß, so müssen die japanischen AKW-Betreiber in den nächsten zwei bis drei Jahren ihre Baupläne umsetzen, um den nuklearen Kreislauf in den 90er Jahren zu schließen (so J. Takagi, in „Rodo Joho", Nr. 89). Die japanische Atomindustrie spricht von einem Zeithorizont von 5 – 6 Jahren („Japan Times", 11.3.81). Wichtig sind aber hierbei nicht nur die zeitlichen Zielvorstellungen, sondern es geht um die Durchsetzung des Atomprogramms und der damit verbundenen imperialistischen Ziele überhaupt.

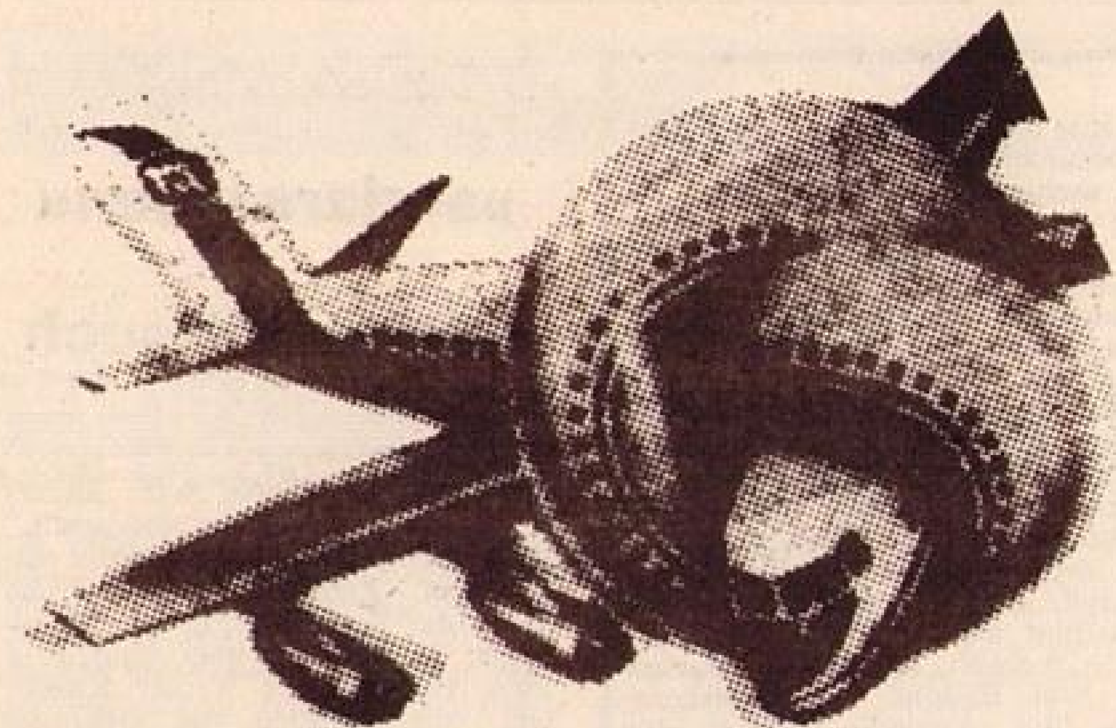
Der Unfall im AKW Harrisburg und die anschließenden Vorfälle in verschiedenen japanischen AKWs hatten auch in Japan die Diskussion um die Sicherheit von AKWs entfacht. Örtliche Bürgerproteste erreichten, daß in den Jahren 1979&1980 keine neuen Baugenehmigungen mehr erteilt wurden. Erst im März dieses Jahres wurden gleich drei Bauvorhaben genehmigt. Die japanische Regierung versucht, auch angesichts des örtlich sehr starken Widerstandes der Bevölkerung, den Bürgerdialog bzw. „öffentliche Hearings" unter Ausschluß der Öffentlichkeit, mit starkem Polizeischutz und mit ausgewählten Befragern zu inszenieren. Beispiele dafür sind das Kashiwazaki Hearing am 3.12. 1980, bei dem es um den Bau von zwei Reaktoren mit je 1.100 Megawatt Leistung ging: 8.000 Demonstranten, 2.300 Bullen; Shimane Hearing am 28.1. 1981, bei dem es um den Bau von einem zweiten Reaktor mit 820 Megawatt Leistung ging: 6.000 Demonstranten, 1.200 Bullen; Hamaoka Hearing am 19.3. 1981, bei dem es um einen dritten Reaktor mit 1.100 Megawatt Leistung ging: 7.000 Demonstranten, 1.500 Bullen. Bezeichnend beim AKW Hamaoka ist dabei, daß es in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet liegt, und zwar lediglich 30 km von einem voraussichtlichen Epizentrum eines Erdbebens entfernt. Dies wird auch von der japanischen Regierung offiziell zugegeben!

Die örtlichen AKW-Hearings sind aber nur eine Methode der AKW-Betreiber, um die Unterstützung und das Verständnis der Bevölkerung zu erlangen und den Bau von AKWs zu erleichtern, wie es in der Regierungserklärung von Suzuki heißt. Weitere Methoden sind beispielsweise die Senkung der Stromtarife in den betroffenen Gegenden, die regionale Organisierung von AKW-Befürwortern, was vor allem durch die Parteien LDP und DSP vorangetrieben wird. Zielgruppen sind insbesondere die Domei-Gewerkschaften, die diesen Parteien nahestehen und das Atomprogramm unterstützen, sowie die Verbraucherschutzverbände, die auch über eine relativ breite Basis verfügen. Schließlich sind auch massive Bestechungen von betroffenen Bauern und Fischern an der Tagesordnung. Interessant ist hierbei, daß in dem Atomenergiebudget des japanischen Staatshaushaltes die Zuweisungen für „örtliche Durchführungskosten" in den letzten Jahren wesentlich schneller gewachsen sind als die Entwicklungskosten.
schneller gewachsen sind als die Entwicklungskosten.

Aufgrund des wachsenden Widerstands in der Bevölkerung, der zusätzlich durch die neuesten Enthüllungen über das AKW Tsuruga gestärkt werden dürfte, wird wohl das japanische Krisenmanagement immer konkretere Formen der obrigkeitsstaatlichen Gewalt annehmen. Schließlich steht hier ein Milliarden-Projekt auf dem Spiel, hinter dem nicht nur die Regierung, sondern auch die gesamte japanische Großindustrie steht. Ein Beispiel hierfür ist die z.Z. mit 700 Milliarden Yen (ca. 7 Mrd. DM) veranschlagte Wiederaufbereitungsanlage, die 1990 in Betrieb gehen soll und ein Kernstück des nuklearen Kreislaufs bildet. An diesem WAA-Projekt sind außer der staatlichen Japan Atomic Power Company weitere neun Elektrizitätsgesellschaften, fünf Stahlfirmen, sechs Handelshäuser, 23 Banken, acht Versicherungsunternehmen, vier Bergbaugesellschaften, sechs Zementwerke, acht Chemieunternehmen und 12 Bauunternehmen, insgesamt 95 Gesellschaften beteiligt („Sekai kakumei", Nr. 675).

Mit dem Ausbau der Leichtwasserreaktorkapazitäten, der Inbetriebnahme des WAA-Prototyps in Tokaimura, dem Testlauf des experimentellen Schnellen Brüters Joyo und der Baugenehmigung für die Urananreicherungs-Testanlage in Hyuga sind die ersten Bausteine für den tödlichen nuklearen Kreislauf in Japan gelegt. Angesichts der massiven kapitalistischen und imperialistischen Interessen, die hinter dem japanischen Atomprogramm stehen, gibt es für die japanischen AKW-Gegner noch viel zu tun, wobei aber zumindest die Erfahrungen beispielsweise aus dem langjährigen Flughafenkampf von Sanrizuka ein Grund zum Optimismus sind.

Asien-Australien-Kommission



Baustopp für den Großflughafen München

Eine recht überraschende Entscheidung fällte der oberste Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) am GRÜNdonnerstag in München. Er beschloß die unverzügliche Einstellung der seit dem 3. November vergangenen Jahres laufenden Bauarbeiten im Erdinger Moos. Er hob damit die erstinstanzliche Eilentscheidung vom 31. Oktober 1980 auf, die die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses noch vor Abschluß des Hauptsacheverfahrens beinhaltete (siehe AK 191, 197). Die Anwälte der Flughafengegner hatten sich an den VGH gewendet, um die Schaffung vollendeter Tatsachen im Erdinger Moos zu stoppen.

Die 13-seitige Kurzbegründung..

...beinhaltet drei Punkte, die dieser Entscheidung zugrunde liegen:

— Die Größenordnung des Flughafens sei überdimensional und nicht gerechtfertigt. Angesichts des *„in der Bundesrepublik immer knapper werdenden Naturraumes bedarf der Geländeverbrauch eines solchen Vorhabens einer sorgfältigen Betrachtung“* („SZ“, 18.4.).

— Der Achsabstand von Start- und Landebahn liege 800 Meter über den internationalen Vorschriften. Jeder Meter Achsabstand bedeute jedoch letztendlich einen Geländeverbrauch von 6.000 Quadratmetern (bei 6 km Bahnlänge).

— Im Planfeststellungsverfahren sei ein Formfehler begangen worden. Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann und sein ehemaliger Ministerialdirigent Johann Ringelmann hätten unzulässigerweise in die Planfeststellung mit eingegriffen, obwohl sie Jaumann und sein ehemaliger Ministerialdirigent Johann Ringelmann hätten unzulässigerweise in die Planfeststellung mit eingegriffen, obwohl sie gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder in der Flughafen München Gesellschaft (FMG) seien. Bis Mitte 1977 hätten sie an zahlreichen Besprechungen teilgenommen und an behördlichen Schreiben mitgewirkt (es ging um Lärmschutz, Nachtflugverbot, Notwendigkeit einer dritten und vierten Start- und Landebahn, Durchführung eines Verwaltungsverfahrens). Beide seien auch beteiligt gewesen, als das Wirtschaftsministerium die Landesregierung davon abgehalten habe, das Verfahren wegen Mängeln bei der lufttechnischen Genehmigung neu aufzurollen. Durch die Verquickung von Flughafengesellschaft und Behörde sei das Rechtsstaatsprinzip verletzt worden.

In der Urteilszusammenfassung heißt es, bei der Planung zeige sich *„eine Summe von Großzügigkeiten, die kompromißlos den Belangen des Flughafenbetriebes Rechnung tragen und entgegenstehende Belange nicht genügend berücksichtigen“* („SZ“, 18.4.).

Die Urteilsbegründung kam überraschend für die Flughafengegner selbst, die ebendiese Argumente auch im Verfahren immer wieder eingebracht hatten — ohne Erfolg. Die Anwälte hatten schon den Eindruck gewonnen, daß „die Würfel längst gefallen“ seien und aus diesem Grund aus Protest auf ihre Schlußplädoyers verzichtet. Sie wollten *„nicht den Eindruck erwecken, irgendeine akzeptable Entscheidung von diesem Gericht zu erwarten“* („NN“, 25.3.81).

Wer hätte dies auch gedacht, nachdem im Erdinger Moos schon mehr als 100 Millionen Mark teure vollendete Tatsachen geschaffen wurden, Bäume gefällt und die Landschaft plattgewalzt wurde.

Wir leben ja schließlich in einem Rechtsstaat

Recht aufschlußreich ist hierzu ein Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“, wo es heißt:

„Man könnte also fast beruhigt sein, weil es noch Richter gibt, die den Mut haben, dem Druck vollendeter Tatsachen zu widerstehen ... und die einen Spruch nicht scheuen, der gewaltige finanzielle Auswirkungen haben kann“ („SZ“, 18.4.).

Soll nach dem Justizskandal bei den Nürnberger Massenverhaftungen das Image von den „unabhängigen Richtern“ wieder etwas aufgebessert werden?

Weiter heißt es: *„Innenminister Gerold Tandler* (hätte) *mit gefährlicher Leichtfertigkeit die Flughafengegner in die Nähe von Randalierern und Chaoten gerückt, obwohl sie der Gewalt abgeschworen und nur auf dem Weg über die Gerichte ihr Recht gesucht haben.“*

Auf diesen Weg waren sie auch jahrelang immer dann verwiesen worden, wenn sie ihren Protest laut werden ließen. Doch ließ der Prozeßverlauf und die sofortige Baugenehmigung im November vergangenen Jahres den Glauben in den Rechtsstaat immer weiter dahinschwinden. Gleichzeitig verstärkte sich angesichts der „neuen Jugendbewegung“ der Eindruck, man könne sich in diesem Staat nur durch militante Aktionen Gehör verschaffen.

So konnte nun nach der Entscheidung des VGH der Freisinger OB Schäfer, der sich auch zu den Flughafengegnern zählt, in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk seine tiefe Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, *„daß unsere Einstellung, in aller Ruhe die Frage der Rechtmäßigkeit der ergangenen Entscheidungen vor Gericht prüfen zu lassen, doch jetzt von einem Erfolg nach vielen vielen Mißerfolgen gekrönt worden ist, und daß auch die von allen Freisinger Mandatsträgern verfolgte Richtung des gewaltfreien Widerstands hier zu einem Erfolg geführt hat.“*

Freisinger Mandatsträgern verfolgte Richtung des gewaltfreien Widerstands hier zu einem Erfolg geführt hat.“

Worauf sich diese Behauptung stützt, führt er nicht aus. Daß man daran seine Zweifel haben kann, zeigt die Fortführung des „SZ“-Kommentars:

„Man lege einen neuen, einwandfrei zustande gekommenen Planfeststellungsbeschluß vor, man gestalte die Planung flexibel. Daß die Flughafen München GmbH dazu imstande ist, das hat sie jüngst bewiesen, als es galt, 350 Millionen Mark einzusparen ... (Hauff-Episode, Anm.AK) ... *und man gehe den Weg durch die Instanzen möglichst rasch...“*

Weiter heißt es: *„....Jaumann muß den Aufsichtsrat verlassen, soll nicht jedes Gericht bei den folgenden Prozessen mit der Anschuldigung konfrontiert werden, der Staatsregierung in der Person des Wirtschaftsministers gehe es nicht um die Vertretung der Bürgerinteressen, sondern um die Wohlfahrt eines Wirtschaftsunternehmens, an dem sie beteiligt ist.“*

Doch zunächst einmal ist die Urteilsverkündung im Hauptsacheverfahren der 40 Musterkläger abzuwarten. Reichart, Hauptgeschäftsführer der FMG, der den Baustopp als „völlig unverständliche Entscheidung“ empfand, sieht dem Urteilsspruch am 27. Mai recht optimistisch entgegen. Er ist davon überzeugt, daß die 17. Kammer den Baustoppbeschluß *„in einen vernünftigen Kompromiß“* umarbeitet („NN“, 18.4.).

Dennoch, halten sich die drei Richter an das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes, wird die Fertigstellung des Flughafens nicht wie vorgesehen 1985/86 erfolgen, sondern sich um mindestens zwei Jahre verzögern, da erst einmal ein neues Planfeststellungsverfahren abgewickelt werden müßte. Das bedeutet, will frau/man den Angaben der FMG Glauben schenken, eine jährliche Kostensteigerung von 150 Millionen Mark. Die Flughafengesellschaft wird deshalb nichts unversucht lassen, die weitere Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Als nächsten Schritt wird sie das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anrufen.

Eine Genossin aus Nürnberg

Wahlen in Westberlin:

Gibt es die CDU-FDP-Koalition?

Auch in der letzten Zeit sind die Stimmen aus dem Lager der drei bürgerlichen Parteien nicht verstummt, sich über mögliche Koalitionen bei Einzug der Alternativen Liste ins Abgeordnetenhaus den Kopf zu zerbrechen. Auf einer Klausurtagung der CDU rechnete der CDU Spitzenkandidat nicht mit der absoluten Mehrheit der CDU, sondern baut vielmehr auf ein „Umfallen“ der FDP (TAZ, 13.4.81).

Willy Brandt mischte ebenfalls mit und schloß Neuwahlen nach dem 10. Mai für den Fall nicht aus, daß die FDP rausfliegt und CDU, SPD und AL übrig bleiben, Koalitionen seien ohnehin ausgeschlossen: sowohl mit der AL als auch mit der CDU, da dies die AL in ihrer Rolle in der Opposition nur stärken würde. Brandt machte in seinem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ (12. 4.) keinen Hehl daraus, daß ihm erneute Neuwahlen nicht ungelegen kämen, da der wichtigste Faktor für die SPD der Zeitgewinn für den neuen Spitzenkandidaten Vogel sei („TAZ“, 13.4.).

Die FDP – zumindest deren Führungsspitze – scheint indes einen Koalitionswechsel zugunsten der CDU bei entsprechender Konstellation (SPD-FDP-Minderheit, mehr auszuschließen, sondern bereitet sich offenbar darauf vor. Der Westberliner Spitzenkandidat der FDP, Brunner, schließt jedenfalls eine von der AL tolerierte Minderheitsregierung aus SPD und FDP völlig aus („WamS“, 12.4.81). Genau eine Woche später stieß Genscher nach. In der „Berliner Morgenpost“ nannte er Gedankenspiele über ein Arrangement mit der Alternativen Liste *„eine Gefahr für die Lebensfähigkeit Berlins“* (nach „WamS“, 20.4.81). Und Alt- Bundespräsident Scheel sagte in einem Interview mit der „Bild“: *„wenn die Regierung außerstande sein sollte, die wichtigen politischen Aufgaben ... zu bewältigen, dann suchen diese Aufgaben zu ihrer Lösung eine neue Mehrheit“* (nach „WamS“, 20.4.81). Auch die „FAZ“ orakelte, daß es nunmehr in *„Berlin ... nicht ausgeschlossen“* wird, daß die FDP *„trotz gegenteiliger Bekundungen eine Koalition mit der CDU eingehen könnte“* (13.4.81). Die AL selbst hat diese Fragen zunächst zurückgestellt, nachdem eine Diskussion im Delegiertenrat über einen Vorschlag aus dem Bereich Naturschutz unter Federführung von Ernst Hoplitschek über eine mögliche Tolerierung eines SPD-Bürgermeisters (wir stellten die Thesen in AK 199 vor) überwiegend auf Ablehnung stieß. Berichte aus den Bereichen und Bezirken der AL erbrachten eine relevante Minderheit für die o.a. Position.

Reaktionäre „Grüne“ kandidieren

Insgesamt 8 Parteien kandidieren zu den Westberliner Wahlen am 10. Mai. Neben CDU, SPD, FDP, AL, der SEW, der DVP, einer rechten „Partei Freies Berlin“ hat auch die reaktionäre „Grüne Liste Berlin“ - die nichts mit dem Westberliner Landesverband der „Grünen“ zu tun hat - ihre Kandidatur angemeldet. In 10 der 12 Bezirke wird sie sich aufstellen lassen. Zu hören und zu sehen war von diesen Braun-Grünen, deren Programm stark gefärbt ist von faschistischem Gedankengut der „Nationalrevolutionäre“, bislang nichts. Die Zehlendorfer „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ (WUB) wird - wie berichtet - im Bezirk nicht mit der AL zusammen kandidieren.

Neben den Parteien stellten sich insgesamt 9 Einzelpersonen als Direktkandidaten zur Wahl , darunter Walter Grunwald (WUB) sowie mindestens 4 weitere Kandidaten, die der AL nahestehen. In diesem Zusammenhang machte der Westberliner LV der „Grünen“ auf sich aufmerksam und erklärte in einer Stellungnahme, daß er in *„sehr engem und freundschaftlichen Kontakt mit der AL“* stehe. Die „Grünen“ distanzieren sich erneut von der „Grünen Liste Berlin“, die eine politische Zielsetzung vertrete, die *„wir für gefährlich halten“*.



Foto: Peter Homann

Peinliche Szene: Juso am SPD-Tropf

Einen „Kongreß Berlin am Tropf?“ organisierten Westberlins Jusos und SPD-Linke wenige Tage vor den am 10. Mai anstehenden Wahlen. Daß der e i n z i g e Zweck des von der SPD „wohlwollend unterstützten“ und liebevoll subventionierten Spektakels darin besteht, von links noch ein paar allerletzte Stimmen für das Kleinere Übel abzustauben, ist auch für ganz Dumme offensichtlich. Daß an diese Stimmen nur heranzukommen sein könnte, wenn man sie der AL wegnimmt, ist gleichfalls sonnenklar. Polemik gegen die AL steht daher im Mittelpunkt der Juso-Propaganda. Die seit 15 Jahren heruntergebeteten Argumente für das Kleinere Übel klingen allerdings mittlerweile reichlich abgewetzt und roboterhaft.

Da ist zunächst mal natürlich das Argument Nr. 1, Juso-intern zärtlich „der Holzhammer“ genannt: Wer die SPD nicht wählt, *„hilft der Reaktion in den Sattel“*. Es sei gerade in Westberlin doch überhaupt nicht zu verantworten, *„der CDU durch Verweigerung einer Stimmabgabe für die SPD indirekte Wahlhilfe zu leisten und einen Senat der Konfrontation und des Rückschritts in den Sattel zu heben“*. In diesem Sinne appellieren die Jusos an die AL-Anhänger: *„Erspart dieser wichtigen Kraft unserer Stadt* (gemeint ist die AL – Anm. AK) *das traurige Schicksal, als ein Wahlverein zur unfreiwilligen Unterstützung der CDU-'Säuberungsaktionen' gegen die Instandbesetzer in die Geschichte einzugehen!“* Ihren „Holzhammer“ unterstützen die Jusos durch ein Zahlenspiel, das leider ihre eigene Argumentation als schwachsinnig entlarvt: Danach sei mit 46 % CDU-Stimmen, 41 % SPD-Stimmen, 7 % FDP-Stimmen und 5 % AL-Stimmen zu rechnen. An diese (übrigens recht fragwürdige) Schätzung schließen die Jusos eine ganz skurile These an: *„Wenn also die AL mit knapp über 5 % ins Abgeordnetenhaus einzieht, verliert die SPD/FDP-Koalition ihre Mehrheit und wird eine Regierung unter CDU-Führung unvermeidlich“*. Nur wenn die AL u n t e r 5 % bleibt, könne der SPD/FDP-Senat weiterregieren. Diese These setzt voraus, daß die CDU mit 46 % der Stimmen (s.o.) regierungsfähig sein könnte – und wie sie d a s machen soll, müßten die Jusos ersteinmal erklären.

Und noch etwas wird aus den von den Jusos zugrunde gelegten Zahlen deutlich: Angenommen, die Jusos k ö n n t e n der AL kurzfristig doch noch soviel Stimmen wegfangen, daß die AL unter 5 % bleibt (was aber wohl nicht einmal die Jusos selbst glauben), so wären die für die AL abgegebenen linken Stimmen schlichtweg verloren. **Daß die AL den „Sprung“ ins Abgeordnetenhaus schafft und nicht etwa knapp unter der „5 %-Hürde“ bleibt, liegt demnach sogar im wohlverstandenen Interesse der SPD-Linken.**

Das zweite Argument der Jusos für ihre Partei ist berlin-spezifisch: Der umgebildete Senat sei so toll, daß man ihm am 10. Mai unbedingt den Rücken stärken muß. Die SPD unter Vogel und Glotz habe *„plötzlich wieder Ideen“*, öffne sich für *„Impule aus der Bevölkerung“. „Das politische Klima dieser Stadt hat sich grundsätzlich verändert ... Bürgerinitiativen gehen bei den zuständigen Senatoren ein und aus. Senatoren*

Fortsetzung nächste Seite



Quelle: Aus „Kongreßzeitung der Jungsozialisten“

Fortsetzung von Seite 19

suchen das Gespräch mit Projekten und Initiativen". Alles ist ganz paradiesisch. Nur gelegentlich werden mal Häuser durchsucht, geräumt, gibt es Massenverhaftungen ... 1000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen laufen in Westberlin, darunter sind über 200 wegen „krimineller Vereinigung" (u.a. gegen den gesamten Besetzerrat); 14 Prozesse sind bisher gelaufen, 27 Leute sitzen in diesem Zusammenhang z.Zt. in Westberlin im Knast. Es ist also jetzt schon schlimm genug in diesem Vogel-Glotz-Paradies. Und nur ganz **Naive sehen nicht, daß die Repression nach dem 10. Mai erst richtig losgehen wird.**

Das dritte Argument der Jusos für die Wahl der SPD ist das allerschönste: Die Jusos machen sich Sorgen um die Zukunft der AL! *„Wäre ihrem kleinen Kreis von Aktivisten nicht sogar ein Bärendienst geleistet, wenn die begrenzten Kräfte künftig durch Parlamentsarbeit absorbiert würden? Die Attraktivität des 'alternativen' Konzepts wäre dadurch leicht verspielt"*. Eine parlamentarische Rolle als 'Zünglein an der Waage' wäre *„für die wenigen hundert aktiven AL-Mitglieder einfach eine Nummer zu groß und für die vielen zehntausend Anhänger in der Stadt eine Zumutung, sich durch 'Stellvertreterpolitik' entmündigen zu lassen."* – Und diese Warnung vor „Stellvertreterpolitik" kommt ausgerechnet von Leuten, die nichts anderes als Stimmenfang für die SPD im Sinne haben. Also für eine Partei, von der die Jusos selbst zugeben müssen: *„In kaum einer anderen Region ist der sozialdemokratische Parteiapparat stärker verkrustet, das Bewußtsein altgedienter Funktionäre erstarrter und die Verfilzung mit Karriereinteressen in Verwaltung und Wirtschaft korrumpierender als gerade in Berlin".*

Faßt man diese geballte Ladung von Dummheiten und Frechheiten zusammen, so ergibt sich: Westberlins Jusos machen nicht nur bedingungslosen Wahlkampf für die SPD, sondern sie führen diesen zudem a u s s c h l i e ß l i c h als Kampf gegen die AL. Die Jusos wollen nicht bloß die Stimmenzahl der AL zugunsten der eigenen Partei reduzieren, sondern **sie erklären ausdrücklich und unmißverständlich, daß sie die AL nicht ins Abgeordnetenhaus haben wollen.**

Das wird sie aber höchstwahrscheinlich nicht hindern, nach der Wahl, wenn der „Einzug" der AL ins Abgeordnetenhaus feststeht, mit genau gezielten Anbiederungen und Umarmungen zu beginnen, um einzelne Abgeordnete für die SPD-Politik zu instrumentalisieren.

(Alle Zitate sind aus der „Kongreßzeitung" der Jusos)



Frankfurt. Das erste Zusammentreffen der neugewählten Stadtverordnetenversammlung nutzten die grünen Abgeordneten zu einer Aktion gegen die Umweltzerstörung im Rhein-Main-Gebiet: Sie erschienen in weißen Kitteln, Schutzbrillen und Gasmasken und gaben die folgende Erklärung ab.

Heute konstituiert sich die Stadtverordnetenversammlung: Man gibt sich sachlich, feierlich und offen. Es geht vorwärts. 1984 ist nahe. Die drohende Katastrophe? So lange die Maschinen laufen und die Straßenbeleuchtung funktioniert, ist doch alles in Ordnung? Die Katastrophe steht vor der Tür. Biblis, Höchst, Volkmarsen, Mainhausen, Radioaktivität, Giftchemie, Atomanlagen, Giftmülldeponien.

Frankfurt hat schon heute seine alltäglichen Katastrophen, unter denen Menschen leiden: Im Flughafenumland sterben doppelt so viele Menschen an Lungenerkrankungen als in weniger belasteten Gebieten wie zum Beispiel im Vogelsberg. Smog und chemische Gifte in der Stadt. Jedes Jahr erkranken in Frankfurt immer mehr Menschen an Atemwegserkrankungen, anderen chronischen Krankheiten und Krebs. Frankfurter Stidtteile verslumen.

Das „neue Frankfurt" ist eine chronisch kranke Stadt. Die Drogentoten werden nur noch gezählt. Frankfurt ist keine Stadt mehr für Menschen, sondern für den sogenannten wirtschaftlichen Fortschritt. Jeder erfährt es täglich: In Frankfurt wird man besser als Auto geboren, denn als Kind. Flughafen und Stadtautobahnen: In Frankfurt sollen wir die Freiheit haben, uns fortzubewegen, aber nicht die Freiheit, zu leben.

Wir Grünen wollen das Leben. Unser „Katastrophenschutz" heißt, daß wir die Fragen nach den Grundlagen des Lebens stellen, zu denen bisher geschwiegen wurde, auch im Römer. Wir tun das, indem wir an Alternativen arbeiten, zusammen mit den betroffenen Menschen.

„Auszüge aus einem sehr interessanten Gespräch"

Kollege Braun von den Grünen zu Gast bei der Polizeigewerkschaft

Axel Braun, im Dezember in den Landesvorstand NRW der Grünen gewählter Polizeibeamter, hat der von ihm bei seiner Kandidatur gemachten Ankündigung, im neuen Landesvorstand vor allem im Sinne der Aussöhnung des Bürgers mit „seiner" Polizei wirken zu wollen, erste Taten folgen lassen. Am 24.3. traf Braun sich in Düsseldorf mit Vertretern der Polizeigewerkschaft (GdP) zu einem Gespräch, über das er in einem Kurzprotokoll für den Landesvorstand u.a. folgendes berichtet:

„Als bisher einzige Gewerkschaft erklärte sich die GdP bereit, zu einem Gespräch mit einem Mitglied des Landesvorstandes der Grünen zusammenzukommen. In dem bereits erwähnten Gespräch konnte man trotz einiger Meinungsverschiedenheiten sehr viele Übereinstimmungen feststellen. Zu einzelnen Punkten, die von mir angesprochen wurden, möchte ich in diesem Bericht Stellung nehmen: Tragen von Namensschildern: Daß Polizeibeamte Namensschilder tragen, würde für den Einzeldienstbereich auch von den Vertretern der GdP befürwortet. Nur lehnt man dies bei Großeinsätzen der Polizei wie z. B. Brokdorf, Gorleben etc ab (...). Demonstrationen: Nochmals wurde verdeutlicht, daß die Polizeibeamten bei Demonstrationen die Rechtsgüter der Allgemeinheit und des Einzelnen zu schützen und gleichzeitig das Grundrecht der Demonstrationfreiheit zu gewährleisten hätten. Es sollten all diejenigen unter uns, die es mit der Gewaltfreiheit ernst meinen, gewalttätige Demonstranten ausschließen! Dem Ziel, dem Bürger die Ziele der Atomkraftgegner verständlicher zu machen, stehen oft militante Schlägergruppen im Wege. Gerade die Grünen (eine Säule unseres Programms ist die Gewaltfreiheit) sollten intern Anstrengungen unternehmen, um ein Einschreiten von Polizeibeamten auszuschließen. Ich muß diese Forderung eindeutig unterstützen und herausstellen. Wir alle wirken unglaubwürdig, wenn wir neben uns irgendwelche Gewalttätigen dulden, die nur der Auseinandersetzungen mit dem Staat und nicht der Sache wegen an einer Demonstration teilnehmen ..."

Das Protokoll der Landesvorstandssitzung, auf der Brauns Bericht diskutiert wurde, vermerkt über das Gespräch zusammenfassend: *„Bei der Polizei gäbe es vielfach Sympathie für die Grünen wegen der Bereitschaft zu Gewaltfreiheit bei Demos."* Einstimmig wurde die von der GdP angebotene Fortsetzung der Gespräche, das nächste Mal mit dem gesamten Landesvorstand, für gut befunden. Irgendwelche kritischen Anmerkungen sind im Protokoll nicht festgehalten. Uneinigkeit gab es nur bei der Frage, *„ob die Grünen sich für eine bessere Besoldung der unteren Polizeichargen aussprechen sollten ..."*

Bahro an Uta Wilke [„Gruppe Z"]

Rudolf Bahro war in der (vorübergehend ausgesetzten) grünen Ausgrenzungskampagen gegen die Gruppe Z nicht öffentlich in Erscheinung getreten. In einem Brief an Uta Wilke, Verfasserin der Stellungnahme der Gruppe Z zur Arbeit ihrer Mitglieder in der Grünen Partei („z„ Nr. 8, S. 36), hat er aber aus seiner Sympathie für die Z-Kritiker kein Hehl gemacht. Da dieser Brief in der April-Nummer von „anders leben" (Auflage: 5.000) nachgedruckt und damit dem Grünen-internen Arsenal von jederzeit verfügbaren Argumenten gegen die Gruppe Z eingegliedert worden ist, wollen wir kurz den Inhalt zusammenfassen.

Bahro beginnt mit dem Kompliment an die Genossinnen und Genossen der Gruppe Z: Anläßlich der Kieler Veranstaltung über Ressourcen-Frage (13.12.80) habe er sie als „aktive und integre Leute" kennengelernt und in ihrem Kreis „gute und freundschaftliche Diskussionen" geführt. Dabei habe er auch den Eindruck gewonnen, *„daß sich die meisten von Euch politisch anders verhalten würden, wenn sie auf eigene Rechnung und nicht – sei's nun eher seelisch, sei's eher disziplinarisch – gebunden an eine letzten Endes von außerhalb in Euren grünen Arbeitszusammenhang hineinwirkende Organisation."* Damit ist Bahro beim Thema der Auflösung der Gruppe Z als eigenständiger Organisation: *„Die Existenz der Z, Euer Kräfteansatz als Organ dieser Sekte stört – und nun sage ich nicht einfach: die Grünen, nein, Ihr stört den Gestaltungsprozeß einer Gesamtalternative in diesem Lande."* Zwar gibt Bahro sein Nicht-Wissen über die konkrete Arbeit der Gruppe Z bei den Grünen zu: *„Ich habe ja Euer praktisches Agieren in Hamburg und Schleswig-Holstein nie aus der Nähe miterlebt. Aus unseren Kieler Gesprächen weiß ich einfach nicht, wie Ihr es anstellt, dieses Maß an Ablehnung hervorzurufen."* Das hindert ihn aber nicht, eindeutig für die „Grüne Mitte" und ihren Einpeitscher Georg Otto Partei zu ergreifen: *„Ich möchte Euch sagen, ich habe jenen umlaufenden „Aufruf an die Grüne Mitte" bisher nicht unterschrieben und den Ausschlußantrag gegen führende Z-Mitglieder von Georg Otto bisher nicht unterstützt, obwohl ich, unbeschadet der oder jener Formulierung, die Argumente unabweisbar finde, die in diesen Papieren erscheinen. Aus einem einzigen Grund nicht: Ich habe immer noch die Hoffnung, daß Ihr nahe an dem Punkt des Umschlags seid und sowohl in Eurem Verband als auch persönlich in eigener Initiative den notwendigen Bruch mit dem Alp der Tradition vollzieht."*

Die hier von Bahro geäußerte „Hoffnung" ist unterm Strich natürlich eine Drohung (und mit Sicherheit auch als solche gemeint): Wenn die Gruppe Z in einigen Monaten den „Bruch mit dem Alp der Tradition (d.h. ihre Selbstauflösung) immer noch nicht vollzogen haben wird und Bahros letzte Hoffnung enttäuscht ist, dann kann sich die Gruppe Z auf einiges gefaßt machen. Vermutlich wird Bahro sein zeitlich nicht genau festgelegtes Ultimatum an die Gruppe Z noch vor dem nächsten Bundesparteitag der Grünen im Oktober für abgelaufen erklären.

Erneute UVB-Debatte bei den Grünen

"Auf Grund der Lektüre von Zeitungen und programmatischen Aussagen des Kommunistischen Bund (KB) ist der Landersvorstand - Niedersachsen zu der Auffassung gelangt, das die Mitarbeit im KB sich mit einer Mitgliedschaft bei den Grünen nicht vereinbaren läßt".

Dieser Antrag wurde auf der Sitzung des Landesvorstands Niedersachsen am 27.3. diskutiert (auf Antrag von Manon Maren-Grisebach), seine Verabschiedung jedoch zunächst vertagt.

Hintergrund dürften die Auseinandersetzungen im Kreisverband-Göttingen über die Beteiligung an einem Bündnis zu den Kommunalwahlen sein (siehe AK's).

Eine Mehrheit im Kreisverband hatte sich für so ein Bündnis und ausgesprochen, und auch ein Antrag, der eine prinzipielle Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zur Vorraussetzung gemacht hätte, war mehrheitlich abgelehnt worden.

Der Landesvorstand ist anscheinend der Meinung, daß die Mehrheit der Göttinger Grünen keine "echten" Grünen sind. Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 27.3.: *"An die Teilnehmer der MV* (in Göttingen, d. Verf.) *wird ein Brief geschrieben, in dem sie zur Stellungnahme* (zur Gewaltfreiheit, der Verf.) *aufgefordert werden. Es wird in dem Brief weiterhin zum Ausdruck gebracht, daß der Landesvorstand festentschlossen ist, Maßnahmen zur Durchsetzung von grünen Prinzipien zu ergreifen."*

Die Diskussion im Landesvorstand fußte im wesentlichen auf dem Bericht von Rolf Grösch (seinerzeit mal als Vertreter der „linken" Strömung gewählt) über die Göttinger Mitgliederversammlung. Schlußfolgerung dieses Berichts, auf den demnächst genauer einzugehen sein wird: *"Zu einem Eingreifen des Landesvorstands in Göttingen liegt kein formeller Grund vor, begleitende Beobachtung... sollte auf den nächsten MV's erfolgen."* Entsprechendes wurde auch vom Landesvorstand beschlossen. Da kann man nur noch sagen: **Beobachtende Fahndung bei den Grünen? – Nein Danke!**

Am Wochenende wurde in Göttingen die 'Alternativ Göttinger Initiativen Liste' (AGIL) gegründet. Zunächst 80, später 50 Leute aus einem recht breiten Spektrum einschließlich von Mitgliedern der Grünen verabschiedeten eine Gründungserklärung, wählten einen 11-köpfigen Arbeitsausschuß und beschlossen ein vorläufiges Strukturkonzept. Hiermit ist ein weiterer Schritt hin zu einem Bündnis aller oppositionellen Kräfte zu den Kommunalwahlen getan. Ein wesentlicher Streitpunkt war die Forderung der Frauengruppen nach Autonomie der Frauen in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Hierüber und über das endgültige Programm soll auf der nächsten Mitgliederversammlung diskutiert werden.

(Genauerer Bericht folgt)

KB Göttingen

»anders leben« zweiter Versuch

Mitte letzten Jahres war „anders leben – das Grüne Monatsmagazin" nach nur fünf Nummern wieder eingegangen. Zwar hatte die Grüne Partei der Zeitschrift, die nie Parteiorgan sondern immer Sprachrohr ihres Herausgebers Werner Knecht war, mit Spenden von mehr als 12.000 DM unter die Arme gegriffen; die Pleite war damit nicht abzuwenden. Inzwischen sind zwei neue Nummern von „anders leben" erschienen, die zweite im April als Doppelnummer 2/3. Als Herausgeber fungiert jetzt Georg Otto, Sprecher der „Grünen Mitte" und des „Arbeitskreises Dritter Weg"; Werner Knecht nennt sich jetzt Chefredakteur. Die Wiederbelebung von „anders leben" erfolgte mit der Begründung, daß *„die grüne Bewegung ein grünes Forum der geistigen Auseinandersetzung braucht... Heute, da Die Grünen nach der Bundestagswahl weiter schweren Spannungen ausgesetzt sind und die Gefahr von zwei oder mehreren grünen Parteien keineswegs gebannt ist, brauchen wir erst recht ein solches Organ, über das wir untereinander im Gespräch bleiben und unsere Gedanken austauschen können... („anders leben") steht allen Strömungen offen."*

Dieses Editorial stammt übrigens von Georg Otto, dem Verfasser des berüchtigten Antrags auf Kollektivausschluß „führender Mitglieder" der „Gruppe Z" aus der Grünen Partei.

Grüne Mischung

Dennoch ist „anders leben" keineswegs so stramm auf mittelgrünem und antikommunistischem Kurs wie der bestimmende Einfluß von Georg Otto und Werner Knecht vermuten lassen könnte (auch Knecht ist ein berüchtigter „K-Gruppen-Fresser" und seinerzeit mit einem üblen „Schmeißfliegen"-Zitat aufgefallen; vgl. AK 173, S.8). Der Anspruch, die Zeitung allen grünen Strömungen als Diskussionsforum zur Verfügung zu stellen, ist immerhin teilweise schon eingelöst worden. Zur Lage der Grünen Partei wurden neben Stellungnahmen von Lukas Beckmann, Klaus Wolschner, Bahro und Otto auch zwei Seiten aus der „Z" nachgedruckt – was im offiziellen Zentralorgan „Die Grünen" ein Ding der Unmöglichkeit wäre (allerdings werden dort entsprechend der Redaktionsrichtlinie grünen-interne Streitigkeiten völlig totzuschweigen und auch keine „Z"-kritischen Artikel ge-
ten völlig totzuschweigen und auch keine „Z"-kritischen Artikel ge-
bracht). Diskussionsbeiträge von Mitgliedern und Freunden der Redaktion werden in „anders leben" selbstredend bevorzugt berücksichtigt: Da findet sich dann etwa ein vierseitiger Artikel „Schluß mit Tierversuchen" des „Arbeitskreises Tierschutz", in dem die Verankerung von „Tierschutz als dritter, mittlerer Bereich grüner Zielsetzung" gefordert wird; oder ein ebenfalls vierseitiges „liberalsoziales Grundsatzprogramm" von Ottos „Arbeitskreis Dritter Weg".

Überraschend radikal sind die aktuellen Leitartikel zu Fragen wie Aufrüstung, „Schneller Wohnen" und den „Jugendkrawallen". Besonders Werner Knecht hat sich da in seinem Artikel „81er Winterreise oder Aufstand? Ja bitte!" geradzu als Bürgerschreck gebärdet. Von *„dreinknüppelnden Bullen"*, *„Giftpfeilen aus dem Köcher der bourgeoisen Öffentlichkeitsbearbeiter"* ist da die Rede; unverhohlen wird zur Begehung von Straftaten aufgefordert": *„Wir sollten diesen Kampf (die Instandbesetzungen; Anm. AK) nicht als symbolhaft heroisieren. Wir müssen ihn als den daily terror unserer Gegenwart aufnehmen und ihn latent führen, d.h. trotz und aufgrund der Angst geht mensch in die Häuser, um sie zu schützen"*. Dieser Artikel, abgedruckt in Nr.1, hat eine Vielzahl empörter Leserbriefe hervorgerufen: Er liege *„nicht auf der Linie einer grünen Mitte, sondern bezieht unzweifelhaft Position für die Roten, Bunten und Alternativen innerhalb der Grünen"*. Ein anderer Leserbriefschreiber versteigt sich gar zu dem Vorwurf: *„'anders leben' und 'Arbeiterkampf' unterscheiden sich wohl im ideologischen Überbau, kaum aber im Haß und Gewalt säenden Unterton".*

Die Entwicklung der Zeitung dürfte interessant werden.

Betriebsrätewahlen 1981

Erdrutsch bei HDW-Hamburg: Die Opposition hat die Mehrheit

Die Gesichter der rechten IGM-Betriebsräte wurden bei der Stimmauszählung lang und länger: die oppositionelle Gruppe „Aktive Metaller" gewann die Betriebsrätewahlen, die alte IGM-Clique um den Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters wurde klar und von vielen erhofft abserviert. Das Ergebnis:

14 Sitze „Aktive Metaller"
11 Sitze IGM
1 Sitz RGO
1 Sitz DAG

Absolute Mehrheit für die Opposition!

Das Auszählen der Stimmen war außerordentlich dramatisch. Bei den Angestellten erreichten die oppositionellen „Aktiven Metaller" mit 305 Stimmen nur 2 von 6 Sitzen (3 IGM, 1 DAG).

Aber bereits die erste Wahlurne der Arbeiter wendete das Blatt: 57% für die „Aktiven Metaller". Im Stammwerk Holger Mahlers (Listenführer der „Aktiven Metaller"), der Bordmontage, bekam die rechte IGM-Liste nur etwa 21 Prozent. **Das Ergebnis bei den Arbeitern ist vernichtend für die rechten Betriebsräte: 56 % für „Aktive Metaller", 39 % IGM, 5 % „RGO" (12 Sitze „Aktive", 8 IGM, 1 „RGO").**

Die „RGO" hat bei dieser Wahl erwartungsgemäß einen Großteil ihrer Stimmen an die „Aktiven Metaller" verloren, bleibt aber vor allem auf Grund des guten Ergebnisses im Werk Reiherstieg (15%) – ihrem Haupttätigkeitsfeld – mit einem Sitz im Betriebsrat vertreten (bei der letzten Wahl hatte sie 3 Sitze erreicht).

Die im Betrieb heiß diskutierteste Frage nach der Wahl war: Was wird aus den alten freigestellten Betriebsräten? Müssen die wieder arbeiten? Oder stellen ihnen ihre Freunde in der Geschäftsleitung jetzt lukrative Posten? Der Vorstand läßt doch die Peters-Clique nicht hängen, oder?

Die zweite Frage ist, wie sich jetzt die IGM-Ortsverwaltung verhält. Sie hatte im Konflikt um die demokratische Listenaufstellung eindeutig Stellung für die rechte Betriebsratsführung bezogen: Sie hatte deren undemokratische Praxis gerechtfertigt, sie hatte damit Leute vor den Kopf gestoßen, die auch in ihrem Sinne langjährige Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit gemacht hatten, und sie hatte diese damit regelrecht in die Opposition getrieben. Sie hat gegen mittlerweile 37 Vertrauensleute der IGM Ausschlußverfahren eingeleitet – genützt hat es, wie das Wahlergebnis zeigt, alles nichts. Jetzt stehen die Hamburger IGM-Führer zunächst einmal vor einem Scherbenhaufen, gehörte die rechte HDW-Mafia doch bisher zu einer ihrer Machtbastionen.

Die Führer der rechten Betriebsratsliste Kock und Peters haben am Tag nach der Wahl auf einer Vertrauensleutesitzung bereits die Richtung abgesteckt. Sie sind zu keiner Zusammenarbeit bereit, Peters: *„Anbiederungsversuche sind nicht mehr möglich"*. Der IGM-Ortsverwaltungssekretär Peter Melzer argumentiert weiter mit Satzung und Richtlinien: *„Das Verfahren zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens wird durchgeführt."* Ob die Ortsverwaltung es wagt, 1.882 Wähler der „Aktiven Metaller" zu ignorieren, bleibt abzuwarten.



LISTE 1
AKTIVE METALLER

DAS WOLLEN WIR!

WIE STELLEN WIR UNS DIE KONKRETE BETRIEBSRATSARBEIT IN DEN NÄCHSTEN 3 JAHREN VOR:

- WIR WOLLEN DIE GEWERKSCHAFTLICHEN ZIELVORSTELLUNGEN IN UNSERE KONKRETE BETRIEBSRATSARBEIT EINBAUEN.
- WIR SIND UND VERSTEHEN UNS NICHT ALS PUFFER ZWISCHEN BELEGSCHAFT UND HDW-UNTERNEHMENSLEITUNG, SONDERN BEZIEHEN EINDEUTIG POSITION FÜR DIE INTERESSEN DER HDW-ARBEITER UND ANGESTELLTEN.
- BETRIEBSRATSARBEIT MUSS VON "ALLEN" DURCHSCHAUBAR SEIN.
- JEDES BETRIEBSRATSMITGLIED IST VERPFLICHTET IN SEINEM BEREICH STÄNDIG ZU INFORMIEREN, MEINUNGEN EINZUHOLEN UND DARAUF ZU ACHTEN DAS RECHTE UND TARIFVERTRÄGE EINGEHALTEN WERDEN.
- EINEN TAG IN DER WOCHE SOLLTEN ALLE FREIGESTELLTEN BETRIEBSRATSMITGLIEDER MINDESTENS VOR ORT IM BETRIEB SEIN, UM DEN DIREKTEN KONTAKT ZU DEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN ZU ERHALTEN.
- DER SOGENANNTE MONTAGSMALERCLUB- DER BETRIEBSAUSSCHUSS - SOLLTE NICHT WEITER PERSONELLE FRAGEN, WIE ENTLASSUNGEN, EINSTELLUNGEN, USW. ALLEINE BEHANDELN, SONDERN DER GESAMMTE BETRIEBSRAT SOLLTE DARÜBER ENTSCHEIDEN.
- DAS BETRIEBSRATSBÜRO MUSS VOM 3. STOCK INS ERDGESCHOSS VERLEGT WERDEN, DAMIT ALLE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN, WIE AUCH UNSERE BEHINDERTEN-KOLLEGEN, ES OHNE MÜHE ERREICHEN KÖNNEN.
- IM BETRIEBSRATSBÜRO SOLLTE ES KEINE GLASKÄSTEN FÜR DEN BR-VORSITZENDEN UND DEN STELLVERTRETER MEHR GEBEN. WIR SIND KEINE GEHEIMRÄTE !
- FREIGESTELLTE BETRIEBSRATSMITGLIEDER HABEN NICHT DAS RECHT FINANZIELLE VORTEILE ZU GENIESSEN.
- DER INFORMATIONSFLUSS MUSS ÜBER BRANCHENVERSAMMLUNGEN IN DEN GEWERKEN UND ABTEILUNGEN BESSER UND INTENSIVER LAUFEN.
- VERHANDLUNGEN MIT DEM HDW-VORSTAND WERDEN ZUKÜNFTIG NUR MIT EINER VERHANDLUNGSKOMMISSION, BESTEHEND AUS MINDESTENS 3 BETRIEBSRÄTEN GEFÜHRT. VORHER MUSS KLAR SEIN, WELCHE FORDERUNGEN UND POSITIONEN DER BETRIEBSRAT BEZIEHT.
- DER BETRIEBSRAT SOLLTE IN DER ZUKUNFT, UM STÄRKER WIRKSAM WERDEN ZU KÖNNEN, AN DIE ÖFFENTLICHKEIT GEHEN. WIR WERDEN UNS, UM FORDERUNGEN DURCHZUSETZEN AN POLITIKER, AN PARTEIEN, AN DIE BÜRGERSCHAFT, AN DIE PRESSE WENDEN.
- ABSCHLIESSEND SEI NOCH EINMAL DEUTLICH GEMACHT, DASS AUCH DER BESTE BETRIEBSRAT NICHT VORANKOMMT, SOLANGE ER SICH NICHT AUF DIE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM BETRIEB UND DEREN AKTIVE UNTERSTÜTZUNG VERLASSEN KANN.

Ergebnisse

Siemens-Bosch Hausgerätewerk/ Westberlin:

51,5% für die „RGO"!

Auch hier verhinderten die alten IGM-Betriebsräte eine Persönlichkeitswahl. *„Die RGO-Liste erhielt 763 Stimmen, das sind 51,48 Prozent. Damit hätten sie eigentlich acht Betriebsratssitze zu beanspruchen. Sieben Kandidaten waren jedoch nur aufgestellt. Von diesen sieben Kandidaten sind zwei Kollegen momentan keine Belegschaftsmitglieder, da sie von den Bossen mit Unterstützung der IGM-Bonzen fristlos entlassen wurden. Beide klagen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Die IGM-Liste bekam 719 Stimmen, das sind 48,41 Prozent. Auch die IGM-Liste hat mit diesem Ergebnis acht Sitze zu beanspruchen. Aus den oben genannten Umständen kann sie jedoch gegenwärtig elf Betriebsratssitze übernehmen gegenüber momentan nur fünf der RGO"* (aus „Roter Morgen", 17.4.81).

***

HHLA: 30% — ALTERNATIVE stabil

Bei der am 13./14. April bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG stattgefundenen Betriebsratswahl hatten sich sechs Listen für die 23 Betriebsratsmandate zur Wahl gestellt (siehe auch AK 198). Auf die oppositionelle Liste „ÖTV-Kandidaten der Alternative" entfielen 29.7% gleich acht Sitze (1978: 32 % gleich acht Sitze) und auf die ÖTV-Liste 56,6 % gleich 15 Sitze (1978: 61 % gleich 18 Sitze). Das 1978 in den Betriebsrat gewählte RGO-Mitglied
56,6 % gleich 15 Sitze (1978: 61 % gleich 18 Sitze). Das 1978 in den Betriebsrat gewählte RGO-Mitglied
Wolfgang W. erhielt für seine Liste „Einigkeit" nur 3,8 % der Stimmen (1978: 5 %) und kam damit nicht wieder in den Betriebsrat.

Alle drei seit 1978 im Betriebsrat vertretenen Listen mußten somit aufgrund der Zersplitterung in sechs Listen Verluste hinnehmen. Im neuen Betriebsrat sind jetzt nur noch die Listen der ÖTV und der „Alternative" vertreten. Ebenso wie die Liste „Einigkeit" erreichten die beiden rechten Spalterlisten sowie die Liste von zwei Vertrauensleuten vom Betriebsteil Überseezentrum nur zwischen 1,2 bis 3,7 % der Stimmen und konnten somit kein einziges Mandat erringen.

Die oppositionelle Liste „Alternative" verlor trotz des von 27 auf 23 verringerten Betriebsrats und trotz des leichten Verlustes von 2,3 % keinen ihrer bisherigen acht Sitze, die ÖTV dagegen hat jetzt drei Sitze weniger. Die oppositionelle Fraktion im Betriebsrat geht also gestärkt aus dieser Wahl hervor.

Trotzdem wurde das gesteckte Ziel nicht erreicht. Mit Stimmenverlusten hatte niemand aus der „Alternative" gerechnet, obwohl die Zersplitterung durch die sechs Listen einkalkuliert worden war. Aufgrund der Arbeit der „Alternative" in den vergangenen sechs Jahren und der vorangegangenen heißen Auseinandersetzungen im Betrieb (u. a. wegen der geplanten Einführung einer kontischichtähnlichen Arbeitszeit und auch aufgrund des Einsatzes der „Alternative" für eine von der Mehrheit der Belegschaft geforderten Persönlichkeitswahl) hofften sowohl die Gruppe „Alternative" wie auch viele Kollegen, daß die Liste in etwa die gleichen Prozente wie die ÖTV-Liste bekommen würde. Selbst die ÖTV und ihre Kandidaten hatten vor der Wahl um ihre Mehrheit im Betriebsrat gebangt.

Der Verlust von 2,3 % anstatt der erwarteten Zugewinne für die „Alternative" hat mehrere Gründe: Zum einen die Stimmenzersplitterung, am deutlichsten am Überseezentrum. Statt der 1978 erreichten 30 % erhielt die „Alternative" hier nur knapp 9 %, dafür die Liste der zwei Vertrauensleute 30 %. Zum anderen gelang der „Alternative" diesmal bei der Mehrheit der Kollegen noch nicht der Sprung weg von der Rolle der gewünschten starken Opposition hin zur verantwortungsvollen Mehrheit im Betriebsrat. Für viele Kollegen, vor allem in den Betriebsteilen, wo die „Alternative" nicht persönlich vertreten ist, wurde die Entscheidung gegen die „große ÖTV" und gegen die SPD, die im Wahlkampf kräftig zugunsten der ÖTV-Liste eingegriffen hatte, diesmal noch nicht als notwendig begriffen. Die Unzufriedenheit der überwiegenden Mehrheit der Kollegen mit den alten, etablierten Betriebsräten ist allerdings weitaus größer, als es die knapp 30 % für die „Alternative" zeigen.

Daß die „Alternative" dort, wo ihre Arbeit für alle Kollegen persönlich nachvollziehbar ist und wo es die heißesten betrieblichen Auseinandersetzungen gegeben hatte, das Vertrauen der Mehrheit der Kollegen hat, zeigt sich am deutlichsten am Burchardkai, der Abteilung, in der die meisten Kollegen konzentriert sind und die sowohl von der Technisierung als auch der Umschlagsmenge her die bedeutendste ist. Von dieser Abteilung kommen allein neun der 14 Kandiaten der „Alternative" und hier erreichte die Gruppe 50 %, die ÖTV dagegen nur 38 % der abgegebenen Stimmen. Dazu kommen noch 6 % für die Liste „Einigkeit" des RGO'lers, der auch in dieser Abteilung arbeitet, do daß hier insgesamt 56% der Kollegen fortschrittliche Listen gewählt haben.
samt 56% der Kollegen fortschrittliche Listen gewählt haben.

Als Bilanz der diesjährigen Wahl ist zu sagen, daß die Gruppe „Alternative" ihre Position als starke Opposition bei der HHLA halten konnte, während die SPD-bestimmte Betriebsratsmehrheit nur noch von 56 % der Kollegen gewählt wurde.

Auf der Konstituierenden Sitzung des Betriebsrates hatte die „Alternative" gemäß ihrem Stimmenanteil eine Drittelbeteiligung an den Freistellungen gefordert. Wie 1978 auch hatte sich die ÖTV allerdings keinen Deut um Demokratie gekümmert und der „Alternative" keine einzige Freistellung zugestanden. Bei der anstehenden Besetzung der Ausschüsse wird die „Alternative" ebenfalls eine Drittelbeteiligung fordern, aber mit der Einschätzung, daß die Betriebsratsmehrheit sich hierbei genausowenig an demokratische Spielregeln halten wird.

***

HDW Kiel: 5 Sitze für die „RGO"

Bei einer Wahlbeteiligung von nur 57 % konnte die Liste der „RGO" ihren Stimmenanteil um drei Prozent steigern. Sie ist zukünftig mit fünf Mitgliedern (20,5 %) im Betriebsrat (bisher drei); die übrigen Sitze hält die IGM.

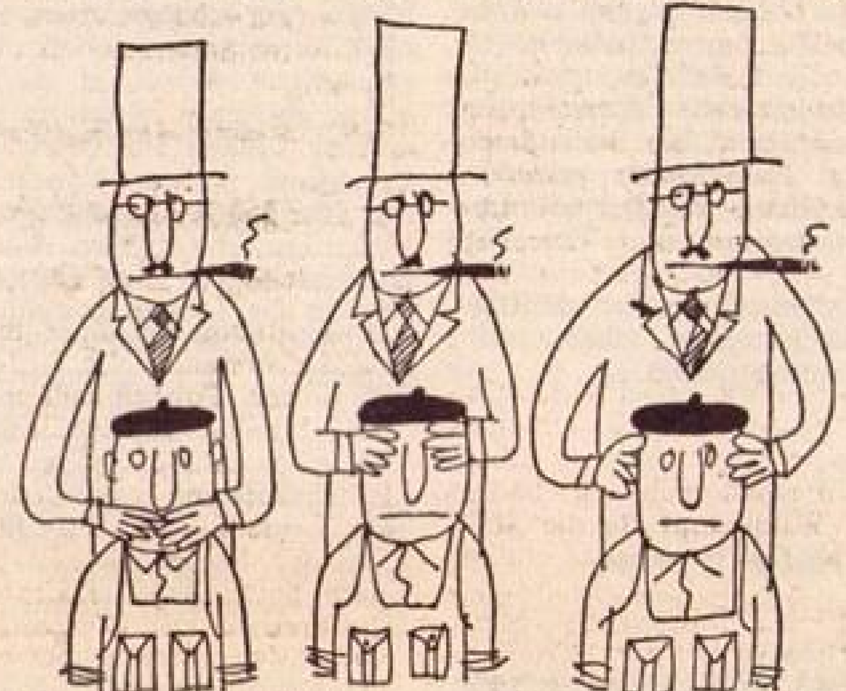
Schon im Sommer vergangenen Jahres hatten sich die drei „RGO"-Betriebsräte mit einem Offenen Brief an die gewerkschaftlichen Gremien gewandt, mit dem Vorschlag einer offenen Liste in alphabetischer Reihenfolge. Die verantwortlichen IGM-Funktionäre konterten jedoch mit Sprüchen wie: *„Wir gehen nicht mit Chaoten auf eine Liste"* oder *„Wir haben es bei unserer Stärke im Betrieb nicht nötig, Trittbrettfahrer auf unsere Liste zu lassen"*. Offensichtlich hatten die IGM-Betriebsräte ein starkes Interesse an der Listenwahl bzw. ihren Posten. Denn als sich ein 18-köpfiges Gremium, bestehend aus der VK-Leitung und weiteren neun Vertrauensleuten, daran machte, die Kandidatenreihenfolge auf der IGM-Liste festzulegen, waren bis auf einen Neuling nur die alten Betriebsräte wieder auf sicheren Plätzen („RGO"-Nachrichten, 4/81).

„Mit einer Serie von Hetzflugblättern, in denen die RGO als Fälscher, Spalter und dergleichen mehr beschimpft wurde, versuchten die IGM-Bonzen zu verhindern, daß die RGO-Liste genügend Stützunterschriften erhielt" („Roter Morgen", 17.4.). Trotz all dieser Bemühungen zogen jedoch nur zwei Kollegen ihre Unterschrift zurück.

***

BMW/Westberlin: Mehrheit für Linke im Betriebsrat

In der Motorradfabrik von BMW in Westberlin kam es zu einer Listenwahl mit vier Listen. Eine oppositionelle Liste, die unter dem Kennwort „Metaller für eine demokratische Betriebsratsarbeit" kandidierte, wurde von 23 % der Kollegen im Arbeiterbereich gewählt. Die offizielle Liste der IGM wurde vom Vertrauensleute-Vorsitzenden der IGM bei BMW angeführt. Dieser ist als konsequenter Gewerkschafter bekannt. Diese Liste erhielt mit 38 % den größten Stimmenanteil. Schließlich kandiderte noch eine reaktionäre Liste von Vorarbeitern, die bezeichnenderweise von den IGM-Führern inoffiziell unterstützt wurde. Diese Liste erhielt ebenfalls 23 % der Stimmen.



Eine vierte Liste, die von einem Jugoslawen aufgestellt wurde, erhielt
Eine vierte Liste, die von einem Jugoslawen aufgestellt wurde, erhielt
15 % der Stimmen und entsendet einen Kandidaten in den Betriebsrat.

Insgesamt läßt sich sagen, daß es im Betriebsrat nun eine Mehrheit von aktiven Gewerkschaftern gibt. Das hinderte die Rechten jedoch nicht daran, dem VK-Vorsitzenden den Betriebsratsvorsitz streitig zu machen. Als Antwort auf diesen Angriff der Rechten kam es in der Produktionshalle zu einer Unterschriftensammlung mit 250 Unterschriften für den VK-Vorsitzenden und IGM-Listenführer. Als es jedoch im Betriebsrat bei einer Kampfabstimmung eine Pattsituation gab, verzichtete der IGM-Listenführer freiwillig (nach „Roter Morgen", 17.4.81).

***

Röhm Darmstadt/ Weiterstadt: 499 Stimmen für die Opposition

Wie schon in den beiden Chemie-Großbetrieben Hoechst Frankfurt und Kalle Wiesbaden, hat nun auch bei dem Chemiegroßbetrieb Röhm in Darmstadt und Werk Weiterstadt eine oppositionelle Liste „Interessenvertretung für die Belegschaft" mit großem Erfolg kandidiert. Bei den Arbeitern wählten 1.003 (936) die IG Chemie-Liste. 499 stimmten für die oppositionelle Liste, die zum ersten Mal kandidierte. 1978 hatte eine Betriebsrätin kandidiert, die wegen Mitgliedschaft im KBW 1975 aus der IG Chemie ausgeschlossen wurde. Für die Kollegin wurden 1978 294 Stimmen abgegeben.

Um ein erfolgreiches Abschneiden der neuen Liste dieses Jahr zu verhindern, sind die rechten Betriebsräte zusammen mit den Kapitalisten mit scharfen Geschützen gegen die Oppositionellen aufgefahren. So wurden Kandidaten verfolgt, die Unterschriften für die Kandidatur sammelten, die Personalabteilung sprach Verwarnungen aus, ein Kandidat wurde fristlos gekündigt. Der Clou ist jedoch, daß hundert Briefwahlumschläge vorzeitig in die Urnen eingeworfen wur-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21

den und die Betriebsöffentlichkeit bei der Auszählung der Stimmen nicht zugelassen wurde. Falls die Wahl wie vor drei Jahren bei Daimler/Untertürkheim angefochten wird, werden die Rechten wohl ihr blaues Wunder erleben ... (nach „KVZ", 30.3.81).

***

Ford-Werke, Köln

Die Liste der „RGO"-Betriebsgruppe „Arbeitereinheit" erreichte 533 Stimmen und damit einen Betriebsratssitz. Bei Ford/Köln hatten zwei reaktionäre Listen eine Persönlichkeitswahl verhindert. Es kandidierten schließlich sieben Listen. *„Die Liste der IG Metall erhielt 7.388 Stimmen und gewann die meisten Sitze. Eine weitere Liste, die als ‚Linke Alternative' auftrat, ... erhielt 2.469 Stimmen. Auf ihr kandidierte ein ehemaliger Betriebsratsvorsitzender von Ford"* („Roter Morgen", 17.4.81).

***

Reynolds-Aluminium, Hamburg

Die Wahl verlief erwartungsgemäß. Der bisherige Vorsitzende Wöckner (1976 aus der IG Metall ausgeschlossen) erhielt 65 % der Stimmen und erreichte das beste Ergebnis für den neunköpfigen Betriebsrat, der in Persönlichkeitswahl bei alphabetischer Reihenfolge der Kandidaten gewählt wurde. Die meisten alten Betriebsräte wurden wiedergewählt. Erfreuliche Veränderung: In das mittlerweile reine Männergremium wurden auf Anhieb zwei Frauen mit gutem Ergebnis neu gewählt.

Eine Fortführung der fortschrittlichen Betriebsratsarbeit scheint mit diesem Ergebnis gesichert.

***

Klöckner-Hütte, Bremen

Die Belegschaft hat diesmal, gegen die Bestrebungen der SPD-Betriebsgruppe, eine Persönlichkeitswahl durchsetzen können. So standen 129 Arbeiter- und 28 Angestellten-Kandidaten auf einer betrieblichen Ein-
gruppe, eine Persönlichkeitswahl durchsetzen können. So standen 129 Arbeiter- und 28 Angestellten-Kandidaten auf einer betrieblichen Ein-
heitsliste zur Wahl. Es gab vier Wahlvorschläge von den unterschiedlichen politischen Strömungen (SPD, linke Sozialdemokraten /DKP/Arbeiterpolitik und „RGO"-Leute).

Die fortschrittliche Gruppe um den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden G. Ziemann, die im alten Betriebsrat eine knappe Mehrheit hatte, hatte 25 Kandidaten vorgeschlagen. In ihrem Wahlprogramm finden sich u. a. Forderungen wie *„Kein Kollege darf durch Rationalisierungsinvestitionen seinen Arbeitsplatz verlieren"* oder *„Der gewerkschaftliche Kampf um die 35–Stundenwoche bleibt auf der Tagesordnung!"*. Die Gruppe ist bis auf drei Kandidaten, die als Ersatz-Betriebsräte gewählt wurden, mit 22 Sitzen in den neuen Betriebsrat gewählt worden.

Die zweite Gruppe um W. Kintrup, die sich zum Teil aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammensetzt, und die in der Vergangenheit die Politik der Betriebsratsmehrheit von rechts angegriffen hatte, hatte in ihr Wahlprogramm u. a. geschrieben: *„Für Berufsanerkennung der Werksfeuerwehr und Kranführer – Betriebsinteressen statt Parteiinteressen – Gegen öffentliche Panikmache, dafür Sicherung der Arbeitsplätze"* usw. Diese Gruppe stellt nur einen Arbeiterbetriebsrat, dafür aber drei der sechs Angestelltenbetriebsräte.

Auch der dritte Wahlvorschlag setzt sich zum Teil aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammen. Ihre Aussagen beziehen sich neben Angriffen auf die Politik der ehemaligen Betriebsratsmehrheit vor allem auf die Form der Betriebsratsarbeit. Zwei ihrer Kandidaten sind von den Arbeitern in den Betriebsrat gewählt worden und einer von den Angestellten.

Der vierte Wahlvorschlag um den „Volksfront"-Vorsitzenden Eike Hemmer trat mit Forderungen wie voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, gesetzliches Verbot der Aussperrung usw. an. Sie konnte sich gegen die starke Konkurrenz nicht durchsetzen. Die *„Kandidaten* (der Gruppe um Hemmer, Anm. AK) *folgten erst ab Platz 44 in der Rangfolge der Stimmenzahl, wohl auch deshalb, weil ... (ihre) Forderungen auch von der Gruppe um G. Ziemann (der bisherige Betriebsratsvorsitzende) – wenn auch jetzt nicht ausdrücklich im Wahlprogramm – vertreten werden"* („KVZ", 23.3.81).

BASF Ludwigshafen

Bei der BASF Ludwigshafen ist es dieses Jahr zu keiner oppositionellen Kandidatur gekommen. Stattdessen hat es im Angestelltenbereich und auch innerhalb der IG Chemie heftige Auseinandersetzungen gegeben. Die langjährige Betriebsrätin U. Drever, Mitglied der Tarifkommission Rheinland-Pfalz und des Bundesfrauenausschusses, hat sämtliche gewerkschaftlichen Ämter niedergelegt. Sie ist mit der Begründung, in einem solchen „Intrigen- und Manipulationsverein" keine Basisarbeit mehr leisten zu können, aus der IG Chemie ausgetreten. Dieser Schritt wurde von 197 Vertrauensleuten unterstützt; der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Ludwigshafen wurde als „Napoleon" bezeichnet (nach „Politische Berichte", 11.4.81).

***

Broschek-Druck, Hamburg

Erstmals seit vielen Jahren gab es wieder eine Persönlichkeitswahl, weil es im alten Betriebsrat gelungen war durchzusetzen, daß sich der Betriebsrat insgesamt und nicht wie 1978, auf den Listen zur Wahl stellt.

Die Tatsache, daß fast alle Betriebsratsmitglieder mit großen Stimmenanteilen wiedergewählt wurden, muß als Bestätigung der bisherigen fortschrittlichen Betriebsratspolitik gewertet werden. Sie dürfte Fortsetzung finden, weil auch die durch Verzicht auf Wiederwahl neu besetzten Plätze von Kolleg/inn/en eingenommen werden, die sich für eine fortschrittliche Arbeit in diesem Gremium einsetzen. Während die exponierten Linken im Betriebsrat gute Ergebnisse erzielen konnten, konnten auch einige „gemäßigte Kräfte" gute Resultate erzielen. Was wohl so zu verstehen ist, daß die Belegschaft bewußt die Linken gewählt hat, auf der anderen Seite aber auch die „Gemäßigten" als Gegengewicht dazu ansieht, daß die Linken nicht die ganze „Macht" im Betriebsrat haben.

Erfreulich: Die wegen eines Artikels über Sexismus im Betrieb in der Zeitschrift „Konkret" vorübergehend gekündigte Betriebsrätin F. erhielt die zweitmeisten Stimmen bei der Wahl.

***

***

Texaco, Hamburg

Die 37 Kandidaten bei den Angestellten hatten sich auf eine Persönlichkeitswahl geeinigt. Der Betriebsrat setzt sich aus 14 Angestellten – Verwaltung und Labor – und einem Arbeiter zusammen. Wie vor drei Jahren stellten bei den Angestellten IG Chemie, DAG und die Betriebsgruppe Texaco Kandidatengruppen auf. Für die Betriebsgruppe kandidierten sowohl IG Chemie-Mitglieder, darunter zwei Vertrauensleute, als auch ehemals von der IG Chemie ausgeschlossene Gewerkschafter, *„um den Wunsch nach einer Zusammenarbeit von Mitgliedern und Ausgeschlossenen allen sichtbar zu machen"* (Flugblatt Februar 1981).

Das Wahlergebnis brachte keine wesentlichen Veränderungen. Die DAG wird wie vor drei Jahren mit sechs Leuten im Betriebsrat sein, die IG Chemie ebenfalls unverändert mit fünf Angestellten. Die Betriebsgruppe gewann einen Angestelltensitz hinzu und ist jetzt mit drei Angestelltenbetriebsräten vertreten; davon sind zwei Kollegen aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Unter den 15 Betriebsräten sind lediglich zwei neue Gesichter. Das Festhalten an den „alten" Betriebsräten liegt vermutlich darin begründet, daß die Kolleg/inn/en die Arbeit des bisherigen Betriebsrates, die gemeinsam von den Betriebsräten der IG Chemie und der Betriebsgruppe getragen war, anerkannten. U. a. führt der Betriebsrat einen Prozeß um eine Mitbestimmung bei der Einführung und Anwendung von Bildschirmtechniken, der inzwischen beim Bundesarbeitsgericht angekommen ist. Die Prozesse vor dem Arbeitsgericht und dem Landesarbeitsgericht konnte der Betriebsrat gewinnen.

Wegen dieser gemeinsamen Arbeit von IG Chemie-Mitgliedern und Ausgeschlossenen kam es auch im Betriebsratswahlkampf zu keinen scharfen Kontroversen zwischen beiden Gruppen. Lediglich die DAG war bemüht, ihre Fraktion im Betriebsrat zu erweitern, in dem sie pauschal die beiden anderen Gruppen diffamierte. Aus einem Flugblatt: *„Drängt den Einfluß außerbetrieblicher Gruppen zurück"*. Es gelang ihr nicht – wie es allerdings der IG Chemie und der Betriebsgruppe nicht gelang, die DAG zurückzudrängen.

(R.T.)



Loderer und Wehner: Kumpel oder Kontrahenten?

Mitbestimmungs»auslauf«gesetz verabschiedet

Als der Mannesmann-Konzernchef Overbeck im Sommer vergangenen Jahres ankündigte, sein Unternehmen wolle sich durch eine Umstrukturierung dem Geltungsbereich der Montanmitbestimmung entziehen, erhob sich bei Gewerkschaftsführung und SPD großes Protestgeschrei. Im Bundestagswahlkampf brillierte Herbert Wehner mit einem Gesetzentwurf, der die Absichten des Mannesmann-Konzerns vereitelt hätte.

Am 8.4. hat nun der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das *„den Weg für eine Neuordnung des Mannesmann-Konzerns freigibt"* („FAZ", 1o.4.). Das Gesetz sieht vor, daß ein Unternehmen, das sich durch Umstrukturierung oder Produktionsverlagerung dem Geltungsbereich der Montanmitbestimmung entzieht, noch sechs Jahre diese Mitbestimmungsform beibehalten muß. Von den Gewerkschaften wurde dies völlig richtig als ‚Auslaufgesetz' bezeichnet. Ferner sieht das Gesetz vor, daß die unternehmensfremden Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nicht mehr von den Gewerkschaf-
vor, daß die unternehmensfremden Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nicht mehr von den Gewerkschaf-
ten entsandt, sondern von den Betriebsräten gewählt werden; eine Änderung, die auf Drängen der FDP und unter Protest der Gewerkschaften aufgenommen wurde.

Das jetzt verabschiedete Gesetz wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Das hinderte führende Gewerkschafter, die im Bundestag sitzen, aber nicht daran, sich für das Gesetz der Koalition auszusprechen.

Unter ihnen sind der Vorsitzende der IG Bergbau, Schmidt, der 2. Vorsitzende der IG Chemie, Rappe, der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Haar, sowie die IG Metall-Funktionäre Buschfort und Urbaniak (Vorsitzender der SPD-AfA).

Die Verfilzung der Gewerkschaftsführung mit der SPD ist die Ursache dafür, daß sich die Gewerkschaften zu keinem wirkungsvollen Protest gegen das Gesetz aufraffen konnten. So hatte die Zeitung „Metall" der IGM im Januar bei Herbert Wehner angefragt, ob er denn noch zu seinem Gesetzentwurf aus der Wahlkampfzeit stünde. Wehner polterte daraufhin gegen die *„Gewissensschnüffelei der Gewerkschaftszeitung"* und fragte, *„ob die IG Metall die sozialliberale Koalition kaputtmachen wolle. Es gebe nun einmal in dieser Legislaturperiode keine Mehrheit für eine dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung"* („Spiegel", 2.2.). Fortan wurde die Kritik reduziert.

CDU als konsequenterer Vertreter der Gewerkschaftsinteressen?

Unter dem Motto ‚Rettet die Montanmitbestimmung' führten die CDU-Sozialausschüsse vor der Verabschiedung des Gesetzes eine Kundgebung durch, auf der sie Kanzler Schmidt als ‚Mitbestimmungskaputtmacher' angriffen. Eingängige Parole: *„Mitbestimmung – geboren unter Adenauer, gestorben unter Schmidt"* („Welt", 21.3.).

In den Bundestag brachte die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag ein, der sich für die Montanmitbestimmung ausspricht: *„Die Montanmitbestimmung hat dazu beigetragen, im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmern die vielschichtigen Probleme der Nachkriegszeit zu bewältigen, strukturelle Anpassungsprozesse bei Kohle und Stahl zu erleichtern und damit dem sozialen Frieden zu dienen"* (Drucksache 9/241). In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Gesetzesentwurf zurückzuziehen und ein neues Gesetz vorzulegen, nach dem die Montanmitbestimmung erhalten bleibt, wenn mindestens 30% des Umsatzes auf Kohleförderung oder Eisen- und Stahlerzeugung entfallen. Nach dem Montan-Gesetz von 1951, das in diesem Punkt nicht geändert wurde, liegt die Marke bei 50%. Das Zahlenspiel klingt einleuchtend. Norbert Blüm (CDU): *„Die Kumpel an der Ruhr würden schon den Unterschied zwischen 50 und 30 Prozent begreifen"* („Welt", 21.3.).

Tatsächlich hat der CDU-Vorschlag mehrere Pferdefüße:

1. Auch die Festlegung, daß 30% des Umsatzes auf den montanmitbestimmten Bereich entfallen müßten, würde die Mitbestimmung nicht dauerhaft sichern. Die Mannesmann AG könnte schon in Kürze durch den Kauf der Firmen Hartmann & Braun und Kienzle diese Marke unterschrei-
könnte schon in Kürze durch den Kauf der Firmen Hartmann & Braun und Kienzle diese Marke unterschrei-
ten. Insgesamt ist in der Stahlindustrie die Tendenz zu beobachten, die Rohstahl e r z e u g u n g (die allein der Montan-Regelung unterliegt) als eine Art ‚Nebengeschäft' zu betreiben.

2. Der CDU-Vorschlag beinhaltet nicht die sechsjährige Übergangsregelung. Konkret auf den Mannesmann-Konzern bezogen bedeutet dies, daß sich der Konzern nicht erst in sechs Jahren (so das jetzt verabschiedete Gesetz), sondern durch Zukauf von Firmen schon in zwei bis drei Jahren aus der Montanmitbestimmung herausstehlen könnte.

3. Die CDU verzichtete darauf, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, der dann mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten hätte verabschiedet werden können. Sie forderte lediglich die Koalition auf, einen neuen Gesetzentwurf zu erarbeiten, obwohl klar war, daß dies von der SPD abgelehnt werden würde, denn Overbeck hatte seine Umstrukturierungsabsichten nur bis zum 1.7. zurückgestellt. Ein neues Gesetz hätte bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in Kraft treten können.

Bemerkenswert ist auch, daß der Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Scharrenbroich, noch vor einem Monat erklärte, die Sozialausschüsse würden für den Entwurf der Koalition stimmen, wenn die CDU/CSU keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen würde („FR", 9.3.). An diese Aussage haben sich die Sozialausschüsse nicht gehalten, und somit ist festzustellen, daß sie mal wieder vor dem Wirtschaftsrat ihrer Partei, dem jegliche Mitbestimmung zuwider ist, gekuscht haben.

Diese Kräfte beurteilen nämlich das *„partnerschaftliche Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmern"*, von dem die Sozialausschüsse so schwärmen, etwas pessimistischer. Overbeck, einer der Wortführer dieser Kräfte, begründete inzwischen seine Ablehnung der Montanmitbestimmung mit dem Argument, *„der Streik in der ausschließlich montanmitbestimmten Stahlindustrie 1978/79 sei ein Zeichen gewesen, daß diese Art der Mitbestimmung auf Unternehmensstufe nur wenig zur Sicherung des sozialen Friedens beitragen könne"* („FAZ", 28.3.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Erste greifbare Ergebnisse dieser Debatte sind Funktionsverbote für

Hamburg: Hermann Gassmann –

Opfer der Rüstungshysterie?

Nach wie vor sitzt der Hamburger IG-Metall-Sekretär Hermann Gassmann nahezu völlig abgeschirmt in Bonn in Untersuchungshaft. Vorgeworfen werden ihm pauschal Kontakte zu östlichen Geheimdiensten und Einflußnahme im Sinne der DKP. Bis heute hat weder die Bundesanwaltschaft noch Gassmanns Anwalt verlauten lassen, was dem Inhaftierten k o n k r e t zur Last gelegt wird.

Inzwischen wird immer deutlicher, daß außer den staatlichen Behörden auch die Hamburger IG-Metall-Ortsverwaltung aktiv an der Abschottung des Kollegen Gassmann beteiligt ist. Alle Funktionäre der Hamburger Verwaltungsstelle haben inzwischen einen bemerkenswerten Brief erhalten (siehe Faksimile), der zwar in Worten Solidarität bekundet, ansonsten aber eine ganz klare Linie erkennen läßt: nach Ansicht der Ortsverwaltung sollten Gewerkschafter am besten dadurch Solidarität beweisen, daß sie k e i n e Solidarität üben.

Eine zentrale Rolle spielt dabei offenbar das Anwaltsbüro, das die Ortsverwaltung im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes mit der Betreuung Gassmanns beauftragt hat. Es handelt sich um den Staranwalt der Kanalarbeiter aus der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Gerd Weiland bzw. seinen Sozi R.D. Klooß. Es gilt als offenes Geheimnis, daß diese Advokaten mehr die Rolle des Aufpassers denn der Rechtsvertretung wahrnehmen. Die in dem Ortsverwaltungsbrief auffällige Betonung, daß *„Hermann diese Anwälte zu seinen Verteidigern bestellt hat"* und er *„vollstes Vertrauen zu seinen Anwälten und seiner Organisation"* habe, macht ein interessantes Absicherungsbedürfnis der Ortsverwaltung in dieser Frage augenfällig. Wir können gegenwärtig nicht überprüfen, ob auf den Kollegen Gassmann Druck ausgeübt worden ist, gerade diese Anwälte zu akzeptieren. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang nur, daß es bislang gängige Praxis bei der Gewährung von Rechtsschutz war, daß das betreffende Gewerkschaftsmitglied den jeweils von der Ortsverwaltung angebotenen Anwalt akzeptiert.

Vollends ins Zwielicht gerät besagte Anwaltskanzlei aber durch einen Vorgang, der durch den Kernsatz des Ortsverwaltungsbriefes angerissen wird: Hermann *„bittet sehr darum, von öffentlichkeitswirksamen Aktionen abzusehen."* Diese angebliche Willenserklärung des Inhaftierten stieß bei vielen seiner Mitarbeiter auf Mißtrauen und Ungläubigkeit. Als aus der Umgebung von Hermanns Freunden bekannt wurde, daß er durchaus Gegenteiliges erwarte, kam die Ortsverwaltung zunächst einmal in Verlegenheit. Sie löste dieses Problem allerdings dadurch, daß sie über die Anwälte wenige Tage später eine schriftliche Erklärung mit dem gewünschten Inhalt beibrachte.

Der Brief der Ortsverwaltung hat indes nicht allein die Aufgabe, die Hamburger IGM-Funktionäre über die Meinung der führenden Spitzenfunktionäre zu unterrichten. Seine politische Bedeutung liegt vor allem darin, daß er den Versuch darstellt, allen Funktionsträgern und Mitgliedern einen Maulkorb zu verpassen. Jeder IG-Metaller, der sich mit dem faktischen Solidaritätsverbot nicht abfinden will, läuft gegenwärtig Gefahr, sich viel Ärger mit den Gewerkschaftsführern einzuhandeln; jede öffentliche Erklärung etwa wäre formal ein Verstoß gegen einen bindenden Beschluß eines nach der Satzung zuständigen Gremiums, nämlich der Ortsverwaltung, die sich zudem noch *„mit der Bezirksleitung und dem Vorstand abgestimmt"* hat.

Dieser Versuch der Ortsverwaltung, Maulkörbe zu verteilen, bestätigt unsere in AK 199 geäußerte Vermutung, daß die Verhaftung von Hermann Gassmann ein gezielter Schlag gegen fortschrittliche Ansätze in der Hamburger IGM ist, die sich nicht zuletzt in der von Gassmann bislang betreuten Bildungsarbeit gesammelt hatten. Die Ortsverwaltung, die bislang von der Hausmacht aus den vier oder fünf größten Hamburger Metallbetrieben dominiert wird, hofft, sich in diesem Konflikt administrativ des Stillschweigens zu versichern.

Es besteht die große Gefahr, daß Hermann Gassmann genauso sang- und klanglos im Knast verschwunden bleibt wie vor ihm schon viele Opfer des „Spionageverdachts", ohne daß in der Öffentlichkeit auch nur Notiz von seinem weiteren Schicksal genommen wird.

Das „Hamburger Forum"

Bis ins amerikanische Außenministerium ist die Sorge über „pazifistische und neutralistische Strömungen in der Bundesrepublik" gedrungen – so war es während des Genscher-Besuchs in den USA zu vernehmen.

Was alle westdeutschen Friedenskämpfer – von den Bremer „Krawallanten" bis zu den christlichen Bergpredigt-Rezitanten – mit Stolz erfüllen kann: endlich wieder etwas Einfluß auf die Weltpolitik zu nehmen, scheint Hermann Gassmann zum Verhängnis geworden zu sein.

Er gehört zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs zum „Hamburger Forum gegen den Atomtod". Diese Veranstaltung hat in der alleinregierenden Hamburger SPD zu einer schweren Krise geführt. Die Härte der Auseinandersetzung, die in allen Medien breit gewürdigt wurde, macht aufs Neue deutlich, daß es sich um einen zentralen Punkt der imperialistischen Politik dreht. Gut zwanzig SPD-Bürgerschaftsabgeordnete hatten den Aufruf auch unterzeichnet, woraufhin die Rechten prompt zur Krisen-Fraktionssitzung läuteten. Immerhin hat das „Hamburger Forum" als zentrale Parole die Forderung erhoben: **„Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß und zur Stationierung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zurückziehen!"**

Damit ist ein zentraler Nerv der Schmidt/Genscher'schen Regierungspolitik getroffen. Es fehlte denn auch nicht an Versuchen, die Veranstaltung als „von Kommunisten unterwandert" zu diffamieren. Besondere Sorge dürfte dabei den Herrschenden die Vielzahl von Unterzeichnern aus den Gewerkschaften bereitet haben: gelten die Betriebe doch bislang als sicheres Hinterland der Rüstungsstrategen, die im Zweifelsfall nur allzu gern mit „totsicheren" Arbeitsplätzen winken.

Rüstung ohne Alternativen?

Rüstung ohne Alternativen?

In der linken und linksliberalen Presse, aber auch in der IGM-Mitglieder-Zeitung „metall" hat in der jüngeren Vergangenheit der „Arbeitskreis alternative Produktion" Furore gemacht, der sich mittlerweile auf der Schiffswerft und Rüstungsfabrik Blohm & Voss konstituiert hat. Wenn sich auch bislang noch nicht klar absehen läßt, in welche Richtung sich dieser Arbeitskreis entwickeln wird, so dürfte er doch schon wegen seiner Gründung einer Reihe von Rüstungslobbyisten auch in den Gewerkschaften einige Kopfschmerzen bereiten. Dieser Arbeitskreis wird im Rahmen der betrieblichen Bildungsarbeit indirekt von Hermann Gassmann – über die örtliche Innovationsberatungsstelle – angeleitet. In anderen Rüstungsbetrieben und Metallfirmen haben sich nach diesem Vorbild inzwischen ähnliche Arbeitskreise gebildet, u.a. bei MAK in Kiel und bei Mannesmann in Duisburg.

Diese Entwicklung, die auf jeden Fall in eine völlig andere Richtung zielt, als etwa der Streik für die Chile-U-Boote bei HDW in Kiel, liegt den rechtssozialdemokratischen Kreisen, die auch die Hamburger IGM-Ortsverwaltung bisher beherrschten, mit Sicherheit schwer auf dem Magen. Immerhin handelt es sich dabei um so rüstungs- (und Atom-)potente Firmen wie HDW, Blohm & Voss, MBB, Daimler-Benz und Hamburgische Electricitätswerke.

Hamburger IGM: Bislang gute Kontakte zum Verfassungsschutz

Nicht umsonst waren hiesige Betriebe für ihre guten Kontakte zum Verfassungsschutz bekannt. Anläßlich des Schnüffelskandals bei den Hamburger Stahlwerken war bekannt geworden, daß es enge Verbindungen zwischen den Gewerkschaften und den örtlichen Verfassungsschutz-Behörden gibt. Sowohl die Hamburger Innenbehörde, zu der auch das Landesamt für Verfassungsschutz gehört, als auch die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) wurden jahrelang in Personalunion von dem inzwischen zum Hamburger SPD-Vorsitzenden avancierten Werner Staak geführt. Bislang ist nichts bekannt geworden, was auf ein Abreißen dieser engen Verbindungen schließen ließe. Das Sagen haben jeweils rechte Sozialdemokraten. Und auch im Fall Gassmann konnten sich die örtlichen Presseorgane in ihrer rufmörderischen Berichterstattung auf Informationen der „Hamburger Sicherheitsbehörden" beziehen, die bis zum März in der Sache aktiv waren. Die Verbindungswege sind kurz – nach wie vor.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsstelle Hamburg



STELLUNGNAHME UND INFORMATION DER ORTSVERWALTUNG ZU DER FESTNAHME UNSERES KOLLEGEN HERMANN GASSMANN

Am 7.4.81 hat die Ortsverwaltung über alle, aus der Festnahme unseres Kollegen Hermann Gaßmann sich ergebenen Fragen eingehend beraten und dazu grundsätzlich festgestellt:

- Alle Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise der IG-Metall trifft nach Abstimmung mit dem Vorstand und der Bezirksleitung die Ortsverwaltung.
- In dieser schwierigen, die Organisation, den Kollegen Hermann Gaßmann und seine Familie stark belastenden Angelegenheit ist eine Koordinierung der verantwortlichen Gremien dringend erforderlich. Jede Maßnahme und Erklärung muß ausschließlich das Ziel haben, eine sehr schnelle und gründliche Klärung zu erreichen, damit unser Kollege Hermann Gaßmann so schnell wie möglich frei kommt und seine Unschuld sich erweisen kann.

Die Ortsverwaltung hat großes Verständnis für die vielen drängenden Fragen und Solidaritätsvorschläge aus den Reihen der Hamburger Metaller. Daher möchte sie mit diesem Schreiben alle Funktionsträger in der Verwaltungsstelle über den Sachverhalt informieren:

- Am 28.3.81 ist unser Kollege Hermann Gaßmann in Hamburg festgenommen worden. Der zuständige Staatsanwalt teilte den Kollegen Otto vom Steeg und Johannes Müllner mit, es bestünde der Verdacht, Hermann Gaßmann unterhalte Verbindungen zu einem östlichen Nachrichtendienst.

  Die Kollegen vom Steeg und Müllner bestellten unverzüglich einen Anwalt, der sofort tätig wurde. Außerdem wurde der Vorstand der IG-Metall in Frankfurt unterrichtet.
- Am 29.3.81 wurde Hermann dem Ermittlungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft, inzwischen in Bonn.
- Am 30.3.81 unterrichtete die Geschäftsführung der Ortsverwaltung die Hauptamtlichen und alle in der Verwaltungsstelle beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Danach trat die Ortsverwaltung zusammen und beschloß, eine kurze Sachstandsinformation an dpa herauszugeben, um allen Spekulationen vorzubeugen.
- In Abstimmung mit der Bezirksleitung wurden bekannte Hamburger Rechtsanwälte mit der Rechtsvertretung unseres Kollegen Hermann Gaßmann beauftragt. Hermann hat diese Anwälte zu seinen Verteidigern bestellt.
- Es besteht engster Kontakt zu Hermanns Anwälten, zu seiner Familie und - den Möglichkeiten entsprechend - zu ihm selbst.
- Hermann hat uns ausdrücklich darüber unterrichtet, daß er vollstes Vertrauen zu seinen Anwälten und zu seiner Organisation hat.
- Er bittet sehr darum, von öffentlichkeitswirksamen Aktionen abzusehen. Ihm sei sehr daran gelegen, daß die "journalistische Phase" abklinge und sich alle Verantwortlichen und Beteiligten ausschließlich der zügigen Aufklärung widmen können.
- Die Ortsverwaltung teilt und respektiert diese Haltung von Hermann und bittet alle Funktionsträger, Metaller und die übrigen Gewerkschafter im DGB dies ebenfalls zu tun.
- Einige Zeitungen haben in unverantwortlicher Weise Unterstellungen und Pseudo-Informationen verbreitet. Derartigen journalistischen Kampagnen, die bewußt gegen die IG-Metall gerichtet sind, begegnen wir am wirkungsvollsten, wenn wir uns direkt mit den verantwortlichen Redakteuren auseinandersetzen. Die Ortsverwaltung hat dies in scharfer Form bereits getan.

Die Ortsverwaltung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, damit unser Kollege Hermann Gaßmann bald wieder frei bei seiner Familie sein und mit uns arbeiten kann.

Hamburg, den 8.4.1981
Mül/Ist

IG - METALL - ORTSVERWALTUNG HAMBURG

i.A. J.Müllner W.A. Engelmann O. Mohr

DGB

Nach dem Ausschluß aus der DruPa:

Die Entlassung!

Nachdem der Hauptvorstand der Dru Pa nun den Hilfsarbeiter Harald Schöpfer aus Stuttgart endgültig aus der Gewerkschaft rausgeschmissen hat, rücken die geheimen Ausschlußrichtlinien des Hauptvorstandes immer mehr in die bundesweite Diskussion der DruPa-Linken. Formal hat die DruPa seit dem Gewerkschaftstag 1977 keinen Radikalenerlaß mehr, allerdings hatte der Hauptvorstand geheime Richtlinien durch seine Rechtsabteilung erstellen lassen, die vorsahen, Mitglieder sogenannter K-Gruppen auszuschießen. Diese geheimen Richtlinien waren nun mit dem Ausschluß von H. S. bekanntgeworden, allerdings auf den massiven Protest des Stuttgarter Ortsvereins gestoßen, indem der Genosse organisiert gewesen ist, bevor er wegen seiner Kandidatur für den KBW ausgeschlossen wurde.

Mittlerweile hat der Hauptausschuß, die sogenannte „letzte Instanz", den Ausschluß bestätigt. Daraufhin hat die Vertrauensleute-Leitung der Stuttgarter Betriebe sich in einem Brief direkt an a l l e Ortsvereine innerhalb der DruPa gewandt und auch bundesweit die geheimen Richtlinien verschickt.

Außerdem hatte die Mitgliederversammlung in Stuttgart beschlossen, daß der ausgeschlossene Kollege weiterhin an allen Sitzungen als Gast teilnehmen dürfte (der Ausgeschlossene war Mitglied des Vorstandes und hatte noch andere wichtige gewerkschaftliche Funktionen im Vorstand). Auf der dann folgenden Mitgliederversammlung ließ der Ortsvereinsvorsitzende die Versammlung platzen,
versammlung ließ der Ortsvereinsvorsitzende die Versammlung platzen,
gegen den Willen der meisten Anwesenden, weil H. S. als Gast anwesend war. *„Auch der Hauptvorstand hat sich in den Streit eingeschaltet. In einem Gutachten betont er inzwischen, daß S. an keiner Veranstaltung der DruPa als Gast teilnehmen dürfte. Der Hauptvorstand versucht zur Zeit, die Vertrauensleute in Stuttgart einzuschüchtern. Mahlein persönlich hat in einem Brief den Ortsverein aufgefordert, gegen angeblich satzungswidrige Aktivitäten der Vertrauensleuteleitung vorzugehen ..."* („TAZ", 21.4.81).

Doch die Auseinandersetzung in der Stuttgarter DruPa hatte sich noch weiter zugespitzt, als bekannt wurde, daß H. S. nun auch noch fristlos von der Südwestdeutschen Rollenoffset GmbH gekündigt worden ist und einen Tag später Hausverbot bekam. Der Betriebsobmann im Betrieb hatte seiner Kündigung (H. S. ist sein Stellvertreter) widersprochen und die Geschäftsleitung muß nun vor das Arbeitsgericht gehen, um H. S. endgültig loszuwerden.

Aus dem Grunde wurde auf der Mitgliederversammlung der Hauptvorstand einstimmig aufgefordert, H. S. Rechtsschutz zu geben. Bei wenigen Enthaltungen wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: *„Die Mitglieder und Delegiertenversammlung des OV Stuttgart hatten sich seit Bekanntwerden dieses Verfahrens gegen einen Ausschluß ausgesprochen – nicht zuletzt wegen der Befürchtung, ein aus der Gewerkschaft ausgeschlossenes Mitglied werde zum Freiwild der Unternehmer ... es ist von allen Haupt- und Landesbezirksvorstandsmitgliedern, die für den Ausschluß votiert haben, ausgeführt worden, daß ein Gewerkschaftsausschluß nicht mit einem ‚Berufsverbot' verglichen werden könne – die Gewerkschaft nehme niemandem seinen Arbeitsplatz ... wir fordern hiermit den Hauptvorstand auf, H. S. Rechtsschutz in der gleichen Qualität zu gewähren, wie dies im Falle seiner weiterbestehenden Mitgliedschaft der Fall gewesen wäre".* Eine Stellungnahme des DruPa-Vorstandes dazu liegt noch nicht vor, aber sicher ist, daß der Hauptvorstand sich dem nicht fügen wird.

Mittlerweile ziehen der Fall des Ausschlusses und die geheimen Richtlinien aber größere Kreise in der DruPa. Einzelne Ortsvereine haben die Diskussion um den Ausschluß und die Richtlinien auf die Tagesordnung ihrer Mitgliederversammlung genommen und selbst die bürgerliche Presse hat über den Fall berichtet. Es ist zu hoffen, daß noch einiges gegen den Ausschluß und die Richtlinien innerhalb der DruPa ingange kommt. Die Möglichkeiten sind gegeben und sollten genutzt werden.

Ein Drucker-Genosse

„Weltmacht Droge"

— Ein Buch und seine Folgen —

"Ich werde mir durch dieses Buch nicht nur Freunde schaffen. Ich werde beispielsweise in der Stadt, in der ich gerade lebe, sehr vorsichtig sein müssen, denn gewisse Kreise sehen ihre Geschäfte nicht gern in der Öffentlichkeit erzählt, und auf den Schutz der Polizei möchte ich mich nicht verlassen müssen".

Die Vorsicht war begründet: drei Monate, nachdem er diese Bemerkung im Nachwort seines Buches "Weltmacht Droge" (Econ-Verlag, Düsseldorf) geschrieben hatte, splitterte im Juni 1980 beim Autor Hans-Georg Behr die Wohnungstür und zwei Zivilpolizisten verschafften sich mit gezogener Pistole Einlaß. Acht Wochen hatte Behr in ihrem Revier, dem Hamburger Bahnhofsviertel, recherchiert und war auf allerlei Merkwürdigkeiten gestoßen, die er später als "Personalunion von Räuber und Gendarm" beschrieb. Gerade diese beiden Beamten zeichneten sich dabei durch besondere Vielfältigkeit aus: sie sollen im Sperrgebiet "Strichlizenzen" an unregistrierte, meist heroinabhängige Prostituierte vergeben haben, sie gelegentlich auch mit Heroin aus vorangegangenen, nicht gemeldeten Beschlagnahmungen versorgt haben und am Hauptbahnhof (ebenfalls Sperrgebiet!) nur Stricher geduldet haben, die gleichzeitig für sie als Informanten arbeiteten. An einen dieser ihm als Spitzel bekannten Stricher, einen gewissen Didi, geriet Behr im Laufe der Recherchen und beging die Unvorsichtigkeit, ihm etwas zu gezielte Fragen zu stellen. Ein paar Tage darauf stand Didi wieder vor der Tür, wirkte sichtlich nervös und verhielt sich so auffallend neugierig, daß er nach kurzer Zeit wieder hinauskomplimentiert wurde. Wiederum eine viertel Stunde später standen dann plötzlich die beiden Polizeiobermeister (POM'se) Schmidt und Toebben im Flur und nahmen Behr und seinen Mitbewohner Eckhard D. fest. Bei einer Durchsuchung in zeitweiliger Abwesenheit der Bewohner wurden ein paar Gramm Haschisch, einige Hanfpflanzen und 0,8 g Opium gefunden, von denen letzteres mit Sicherheit vor Didis Besuch nicht in der Wohnung war. Das Haschisch bezeichnete Eckhard als seinen Besitz und wurde dafür im November '80 zu 10 Monaten auf Bewährung und 2000,- DM Geldstrafe verurteilt (siehe AK 189, „Hanseatische Kukuckseier").

Erst durch die nachgereichte Aussage Didis, Behr habe ihm bei seinem Besuch ein Stück Haschisch als Probe für einen größeren Deal mitgegeben, und er habe vorher schon eine große Platte Haschisch in der Wohnung gesehen, konnte das Verfahren auch auf Behr ausgeweitet werden. Seit nunmehr 11 Prozeßtagen wird gegen ihn wegen Handels mit 0,328 g (in Worten Nullkommadreizwoachtgramm) Haschisch und „Mitbesitz" des übrigen beschlagnahmten Hanfes verhandelt. Das Opium ist zwischenzeitlich aus der Anklage gestrichen worden.

Hans-Georg Behr hatte mit Schwierigkeiten gerechnet. Seine Recherchen über das Geschäft mit der Sucht führten ihn in den letzten Jahren durch viele Länder Asiens und häufig genug in brenzlige Situationen. Bei afghanischen Rebellen und pakistanischen Mohnbauern, bei Heroinfabrikanten und Schmugglern, bei Rauschgiftpolizei-Agenten und Waffenschiebern hatte er sich aufgehalten, je näher er an die Verursacher in Europa herankam, desto gefährlicher wurde es – der Treppenwitz wollte es, daß er auf einer der untersten Etagen des staatlichen Zusammenspiels mit dem Heroinhandel im Hamburger Bahnhofsviertel auflief. Dabei hatte er eigentlich nur ein Sachbuch über Opiate schreiben wollen.

Die helle Seite des Mohns – eine Droge mit Tradition

"Weltmacht Droge" faßt sehr verschiedene Aspekte des Opiums zusammen. Im Mittelpunkt steht die Droge, von der Kulturpflanze bis zur illegalen Ware heutzutage. Sorgfältig räumt Behr im ersten Teil des Buches mit der "Dämonisierung" der "Todesdroge" Opium auf. Wir erfahren von der Jahrtausende alten Verwendung aller Bestandteile des Mohns bei den Bauern Asiens, lesen von der medizinischen Anwendung als Schmerzmittel, Psychopharmakon (*"das Valium des Frühkapitalismus"*) und Allheilmittel und werden vertraut gemacht mit der Kulturgeschichte, die sich von altgriechischen Skulpturen über die literarischen Erzeugnisse der Romantik bis zu Bekenntnissen Opiatsüchtiger in der Neuzeit fortsetzt. Vor dem Hintergrund des massenhaften Opiumverbrauchs im 19.Jahrhundert – berichtet wird von den Säuglingen englischer Arbeiterinnen, die mit Opiaten von ihren ebenfalls süchtigen Müttern ruhiggehalten wurden, während diese zur Arbeit gehen mußten – verlieren die "modernen" Heroinwellen vieles von ihrem exotischen Schrecken. Wer wußte schon, daß Laudanum (Opiumtinktur) in den Hausapotheken unserer Urgroßeltern den Platz einnahm, den heute Valium in jedem dritten Haushalt der BRD hat, und daß zur gleichen Zeit in den Salons der Gründerzeit von den Damen der feineren Gesellschaft regelrechte Morphium-Injektionskränzchen veranstaltet wurden?

"Mäßiger, wenn auch regelmäßiger Genuß war sozial durchaus respektiert und nur Ekzesse wurden naserümpfend vermerkt", schreibt Behr über die Drogenmoral des 18.Jahrhunderts. Er zitiert einen islamischen Gelehrten aus dem Jahre 750, der berichtete, daß *"nur die Deklassierten sich dem Opium hingeben, die Besitzlosen und die ohne Recht. Sie suchen in ihm Medizin gegen ihre Unterlegenheit. Für ehrbare und geachtete Bürger bleibt es Medizin bei Krankheiten"* . Dieser Satz sollte – mit vielen prominenten Ausnahmen allerdings – bis weit in unsere Zeit hinein seine Gültigkeit behalten, und in Bezug auf die Verbreitung von Alkohol, Tabletten und Heroin gilt er ja auch heute noch.

Daß Opiate auch suchterzeugend wirken, gehörte zu den Tabus der damaligen Zeit. *„Den hervorragenden Charakter von Opium erkennt man daran, daß, wer diese Medizin nicht mehr nimmt, alsbald ernsthaft erkrankt"*, schrieb der Erfinder des Laudanum in einer Werbeschrift des 17.Jahrhunderts. Auch die modernen Erzeugnisse aus Opium – Morphium und Heroin – wurden anfangs als nicht suchterzeugend betrachtet, da man meinte, durch die chemischen Prozesse die zur Gewöhnung führenden Stoffe ausgeschlossen zu haben. Bei Morphium dauerte es nach der Entdeckung immerhin 70 Jahre, bis nach dem deutsch-französischen

Entdeckung immerhin 70 Jahre, bis nach dem deutsch-französischen

Krieg 1870/71 bei Heimkehrern *"merkwürdige Fälle von Morphiumhunger "* beobachtet wurden und von da an noch ein paar weitere Jahre, bis der Begriff Morphiumsucht wissenschaftlich anerkannt war. Der nächste folgenschwere, dafür aber um so lukrativere Irrtum war die Einführung des Markenartikels "Heroin", den seine Herstellerfirma Bayer der Fachwelt mit dem Satz vorstellte, er sei ein Stoff, *"dessen Eigenschaften nicht zur Gewöhnung führen, der sehr einfach anzuwenden ist und der vor allem als einziger die Fähigkeit hat, Morphiumsüchtige schnellstens zu heilen"*. Das Produkt wurde ein Verkaufsschlager.

Erst 1931 wurde die Opiate-Produktion international unter Kontrolle gestellt – das illegale Geschäft im Untergrund konnte beginnen.

Die dunkle Seite des Mohns – ein Geschäft mit vielen Nutznießern

Von Anfang an war der illegale Opiatehandel nur durch ein Zusammenspiel seiner Vertriebsorganisationen mit staatlichen Stellen möglich. Detailliert beschreibt Behr jene Interessenverquickung zwischen organisierter Unter- und Oberwelt, aus denen sich zwangsläufig Freiräume für illegale Geschäfte ergeben mußten. Die "French Connection", die in Marseille angesiedelte Unterwelt, arbeitete beispielsweise nacheinander mit französischen Faschisten, der GeStaPo und den Gaullisten bzw. Sozialisten im Rathaus zusammen. Den beiden letzten war sie Ende der 40er Jahre mit Schlägertrupps bei der Niederschlagung kommunistischer Hafenarbeiterstreiks behilflich und brach auch den Boykott der Ladung von Kriegsmaterial für Indochina. Für diese "Dienstleistungen" mußten der Organisation illegale Geschäfte zugebilligt werden, die – waren sie erstmal angelaufen – schon aus Angst vor Enthüllungen nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Sie etablierte sich als bedeutendster Heroin-Lieferant der Mafia/Cosa Nostra und wurde erst Ende der 60er Jahre von der südostasiatischen Konkurrenz aus dem Markt gedrängt.

In Indochina waren inzwischen die USA eingefallen, die den wachsenden Einfluß der Befreiungsbewegungen niederzubomben versuchten. Als Verbündete hatten sie sich u.a. die antikommunistischen (Untergrund-) Armeen Thailands, Laos und Burmas verpflichtet, die Anbau und Verarbeitung von Opiaten im "Goldenen Dreieck" kontrollierten. Wollte man sie weiterhin zur Seite haben, mußte man ihre illegalen Geschäfte in Kauf nehmen oder sogar decken, zumal sie ihre Waffenkäufe nur mit Heroingewinnen bezahlen konnten. So kam es, daß zeitweilig Maschinen der CIA-Luftlinien Heroin aus dem "Goldenen Dreieck" ausflogen und am anderen Ende der Handelskette Tausende von Farbigen in den Slums amerikanischer Großstädte an der Nadel verreckten. Die Vereinigten Staaten hatten die "Heroinwelle" selbst verursacht und wurden erst aufmerksam, als die Kampfkraft der Armee durch Heroinabhängige GI's litt, während daheim auch die ersten weißen Jugendlichen an die Nadel gerieten..

Der neue Opiumkrieg – Sackgasse BRD

Nach dem Ende des Vietnamkrieges verlagerten sich die Hauptanbaugebiete für Mohn an andere (Bürger-) Kriegsschauplätze. Heute befindet sich die größte zusammenhängende Anbauregion in Nord-West-Pakistan, dem Land der Pathanen an der Grenze zu Afghanistan. Hans-Georg Behr kennt diese Ecken Asiens von vielen Reisen und hat in den letzten Jahren die stetige Ausbreitung der Mohnfelder vor Ort beobachten können. Er hat 1978 – 80 von dort aus die Handelswege verfolgt. Nach seiner Beobachtung stehen beispielsweise die Heroin-Raffinerien Pakistans unter direkter Kontrolle des Generalstabes, der den Profit von 355 Mio.DM (1979) u.a. zum Kauf bestimmter sensitiver Geräte aus der Bundesrepublik für den Bau der pakistanischen A-Bombe verwendete. Als Lieferanten der Chemikalien für die Heroin-Raffinierung nennt er die Firmen Merck und Hoechst, und einen Teil des Opiums lieferten noch 1980 afghanische Rebellengruppen, die damit Waffen für den Bürgerkrieg bezahlten. Auch sie bevorzugen nach Behrs Angaben bundesdeutsche Wertarbeit in Form des Heckler & Koch Gewehres G3. Für die Pächter und Kleinbauern der pathanischen Fürsten ist Mohn die landwirtschaftliche Nutzpflanze mit dem höchsten Ertrag, für ihre Herren eine Quelle des Reichtums.

Ertrag, für ihre Herren eine Quelle des Reichtums.

Von Pakistan aus gelangte nach Behrs Recherchen ein Teil der 1979 produzierten 40 Tonnen Heroin über verschiedene kleine Handelshäuser im "Ameisenverkehr" nach Europa und den USA. Der weitaus größere Teil kam auf vielfältigen Wegen über den Persischen Golf oder den Iran in den Libanon und von dort aus weiter nach Westen. In den Libanon waren auch jene bei den afghanischen Rebellen entdeckten G3 geliefert worden. Eine Hamburger Waffenexportfirma hatte sie ordnungsgemäß an eine Firma in Mailand ausgeführt, von wo aus sie auf "dunklen" Kanälen nach Beirut gelangten.

Behr fragt, inwieweit dieser Mechanismus dem zur Kontrolle von Waffenexporten verpflichteten Bundesnachrichtendienst bekannt ist und läßt das Puzzle der nebeneinanderstehenden Informationen von einem amerikanischen Rauschgiftagenten in einem Nahostland zusammenfügen: **"Die Verbindung von Waffenschiebereien und Heroin ist keineswegs neu. (...) Wenn Sie jemanden mit Waffen beliefern und der mit Heroin bezahlt, müssen Sie entscheiden, was für Sie wichtiger ist: die politische Macht, die Sie mit Waffengeschäften gewinnen, oder das Rauschgiftproblem, daß Sie sich damit einhandeln. (...) Spätestens seit Vietnam beobachten alle wichtigen Geheimdienste und alle entscheidenden Polizeistellen sehr genau auch alle größeren Bewegungen auf dem Drogenmarkt (...) Heroin wird heute nur aus Wirtschaftsinteressen hergestellt. Wer viel einkaufen will, muß viel zahlen, und für arme Länder ist das billigste Zahlungsmittel Heroin. Es ist eine harte Währung, die im eigenen Land hergestellt werden kann. (...) Es ist kein Zufall, daß die wirtschaftlich stärksten Länder auch die mit den größten Heroinproblemen sind. Ein Grund dafür mag sein, daß bestimmte Gesellschaftsformen zur Sucht verlocken. In diesem Zusammenhang kommt es aber auf einen anderen Punkt an: Kein Land möchte den Preis für die Geschäfte eines anderen zahlen. Und da passen alle auf. Und so landet das Heroin in der Regel dort, wo das Geschäft gemacht wurde. (...) Es gibt nur einen Wirtschaftszweig, der in weiten Bereichen mit Heroin bezahlt wird. Volkswirtschaftlich ist er kaum von Bedeutung, aber er hat die beste Lobby, und das ist eben die Waffenindustrie. Da die Bundesrepublik auch auf diesem Gebiet die führende Industrienation sein möchte, dürfen sich die Deutschen über manche Folgen nicht wundern. (...) Man kann einem Bettler nicht etwas verkaufen wollen und verhindern, daß er sich das Geld auf eine unschöne Weise beschafft."**

Der Autor verzichtet bei der Schilderung dieser Marktmechanismen auf jeden Anflug von Verschwörungstheorie: distanziert, aber mit Liebe zum Detail zeigt er die Nutznießer und Opfer des Geschäfts auf. Einige historische Abschnitte gerieten ihm dabei leicht anekdotenhaft, und die Auswirkungen der BKA-Aufrüstungsprogramme hat er vor einem Jahr noch weit unterschätzt – aber in jedem Abschnitt ist "Weltmacht Droge" lesenswert und höchst spannend geschrieben.

Mit den Behörden der Bundesrepublik hat Behr es sich gründlichst verscherzt, mit Unterstützung von dort konnte er nach Erscheinen seines Buches jedenfalls nicht länger rechnen. Die Einleitung des Verfahrens gegen ihn war eine der Möglichkeiten, seine Glaubwürdigkeit als Drogenfachmann zu untergraben – und sie war durchaus erfolgreich.

Operation Mundtot

Seit dem 6.März, an bisher 11 Prozeßtagen, wird gegen Hans-Georg Behr verhandelt. In sämtlichen entscheidenden Aussagen bestehen gravierende Widersprüche zwischen den POM'sen und ihrem Spitzel. Mal wollen sie schon seit eineinhalb Jahren mit ihm zusammengearbeitet haben, während Didi noch nie vorher Kontakt zu ihnen gehabt haben will; mal sollen 3 – 4 Haschisch-Platten in Behrs Wohnung gewesen sein, doch Didi hat dann plötzlich überhaupt keine mehr gesehen; mal wollen die POM'se nach Erhalt des Tips sofort losgefahren sein, bei Didi war es einen ganzen Tag später, und mehrere Male rochen die Aussagen arg nach Meineid, zumindest aber nach gezielter "Zeugenbetreuung". *"Die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen brach in sich zusammen wie ein Kartenhaus"*, hieß es in einem Bericht des NDR, doch Richter Soltmann kümmerte das wenig: *"Der kann in allen Dingen die Unwahrheit gesagt haben, wenn er nur dabei* (der Aussage über Behrs angeblichen Handel, Anm.AK) *bleibt, wird das schon*

Aussage über Behrs angeblichen Handel, Anm.AK) bleibt, wird das schon

stimmen". Über das Urteil war er so freundlich, sich schon im voraus zu äußern: *"Wegen fahrlässigen Mitbesitzes von Rauschgift durch Anmieten einer Wohnung, in der ja der Mitbewohner nach eigenem Eingeständnis Haschisch besessen hat. Das gibt bis zu einem Jahr"*. Sicher scheint er sich seiner Sache aber nicht mehr zu sein, da nach der Zerbröselung der Belastungszeugen der Staatsanwalt mit einem Nervenzusammenbruch vorzeitig aus dem Verfahren schied und er auch schon viel von seiner Frische verloren hat. Erstmal hat er jedoch sechs weitere Termine ansetzen lassen, immer schön kurz und zu ungünstigen Zeiten.

Sollte es zu einer Verurteilung kommen, droht Hans-Georg Behr die Ausweisung – er ist Österreicher und hat in Hamburg nur seinen derzeitigen Wohnsitz. In Wien läuft demnächst ein Prozeß, den ein österreichischer Waffenschieber wegen angeblicher Verleumdung als Besitzer einer Bordell-Kette gegen Behr angestrengt hat; die EAP mußte eine ihrer Verleumdungsbroschüren mit einer Buchbesprechung über "Weltmacht Droge" aus dem Verkehr ziehen, und ein weiteres Presseverfahren mit einem Bild-Redakteur steht auch demnächst ins Haus. In seinem Heimatland geriet er überdies auch kurzfristig auf die Fahndungsliste "Rauschgift", da er ja laut Buch einen Opiumtransport von Pakistan in den Iran begleitet hatte.

Nebeneffekt dieses Treibens: das bisher einzig lesenswerte Buch über das Geschäft mit der Opiate-Sucht hat in seiner Glaubwürdigkeit vor der Öffentlichkeit arg gelitten. Es fällt schwer, dabei noch an Zufälle zu glauben.

Drogenkommission

PS. Die nächsten Prozeßtermine: jeweils Mittwochs

6.5.81,	13.30 – 15.00 Uhr
13.5.81	9.00 – 15.00 Uhr
20.5.81	13.30 – 15.00 Uhr
27.5.81	13.30 – 15.00 Uhr

Ort: Raum 405, Amtsgericht Hamburg, Karl-Muck-Platz (DAG – Haus)

Wir verdienen direkt oder indirekt am Heroin.

Als Produzenten:
Gen. Zia ul Haq, Staatschef, Pakistan
Gen. Fazl Haq, Gouverneur, Pakistan
Gen. Prem, Staatschef, Thailand
Necmettin Erbakan, ex-Parteichef, Türkei
Arparslan Türkes, ex-Parteichef, Türkei
Heroinwerke Zahedan, Iran
Korsische Vereinigung e.V., Marseille
Mafia, Industrieabteilung, Italien
Guo Min Dang, chemische Abteilung, Thailand/Taiwan

Als Zulieferer:
Hoechst AG, Chemiefabriken, Frankfurt/M.
Merck AG, Chemiefabriken, Darmstadt
Nationalchinesische 5.Armee in Thailand, Opiumproduzenten
Afghanische Rebellengruppen, Opiumproduzenten
Pathanische Großgrundbesitzer in Nordwest-Pakistan, Opiumproduzenten
Kurdische Großgrundbesitzer, Iran–Irak–Syrien–Türkei
im Namen hunderttausender ausgebeuteter Bauern

Als Handelsorganisationen:
Christliche Falange, Libanon
Christliche Milizen "Freier Libanon", Libanon
Nationale Heilspartei, Türkei und BRD
Nationale Erweckungspartei, Türkei und BRD
Guo Min Dang, Südostasien und Europa
Mafia, Handels - und Dienstleistungsgesellschaft, Italien mit ihrer Tochtergesellschaft Cosa Nostra, USA
Die organisierte Unterwelt der bundesdeutschen Großstädte
im Namen vieler anderer, ungenannt sein Wollender

Als weitere Nutznießer:
Heckler & Koch, Waffenfabriken, BRD
Walther & Co., Waffenfabriken, BRD
Bundeskriminalamt, Abteilung Rauschgift, BRD
im Namen ungenannt bleiben wollender Waffenfirmen und Geheimdienste

Zwei Tote pro Tag sind doch nur ein bescheidener Beitrag zu unserem Wohlstand!

Lauter ehrenwerte Gesellschaften ...

»Courage«-Sonderheft »Alltag im 2. Weltkrieg«

Bereits seit einigen Monaten befindet sich ein „Courage"-Sonderheft zum „Alltag im 2.Weltkrieg" im Handel. Die „Courage", die schon lange Zeit engagiert gegen die wachsende Kriegsgefahr Stellung bezieht – erinnert sei hier nur an den Frauenkongreß gegen Atom und Militär – will auch mit den in diesem Heft veröffentlichten Tagebucheintragungen und Erinnerungen von Frauen einen Beitrag gegen den Krieg leisten: „ ... *die Erfahrungen der hier schreibenden Frauen, die nicht eingestandenen Schrecknisse, die nicht vergeßbar waren, haben uns entschiedener begreifen lassen, was wir verhindern wollen*" (S.6).

Wir wollen hier nicht auf die Berichte im Einzelnen eingehen, die von der Schilderung einer Kriegshochzeit über verschiedene Fluchtberichte bis hin zu einem erschütternden Bericht über Vergewaltigungen reichen, sondern uns v.a. mit dem Gesamteindruck, den das Sonderheft u.E. vermittelt, auseinandersetzen. Dazu stützen wir uns v.a. auf das von „Courage"-Mitherausgeberin Sabine Zurmühl verfaßte Vorwort. Sie schreibt u.a.: „*Von den Kriegsjahren erfahren wir aus den Tagebüchern und Briefen, daß sie Jahre waren, die sich aus Kurzfristigem zusammensetzten, Hausarbeit: aus den täglichen Entscheidungen des Bleibens oder Flüchtens, der Essenbeschaffung, den Kindern, die zur Schule müssen, der Arbeitsstelle, die mit pünktlichem Erscheinen rechnet*".

Über die genannten Probleme, Sorgen und Nöte erfährt frau auf den folgenden 80 Seiten tatsächlich relativ viel. Selbst „Tips und Rezepte aus dem Jahre 1946" fehlen nicht.

Die „Courage" schlußfolgert daraus: „*Wer diese Texte liest, dem bleibt die schnelle Frage nach dem versäumten Widerstand, nach der zivilen Sabotage, nach der Verpflichtung zur politischen Information im Halse stecken*".

Uns ging es allerdings genau umgekehrt: Je mehr Berichte wir lasen, desto stärker drängte sich uns die „schnelle Frage nach dem versäumten Widerstand" auf. Haben die Frauen tatsächlich nur über die Organisierung ihres Haushaltes nachgedacht? Haben sie keine Zeitungen, Flugblätter etc. gelesen? Ist ihnen nie die Verlogenheit der Nazipropaganda aufgefallen?

Widerstand, zivile Sabotage, etc., das alles haben Frauen im 2.Weltkrieg und bereits vorher tatsächlich praktiziert, war Teil des Alltags vieler Frauen.

„*Kleidersammlungen werden sabotiert, Kindergärten bleiben leer stehen. Viele Urteile werden bekannt, in denen einfache menschliche Hilfe zu Akten der Opposition bzw. Sabotage bzw. Hochverrat usw. gestempelt wird, indem Frauen mit Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern gesprochen haben, ihnen ein Kleidungsstück oder etwas zu essen gegeben haben.*



Im Frühjahr 1942 sammeln sich Frauen vor dem Braunen Haus in Dresden und fordern Brot für ihre Kinder. Der Polizei gelingt es nicht, die Demonstration aufzulösen. (...) Bäuerinnen sabotieren Lebensmittelablieferungen, indem sie einen Nachrichtendienst von Dorf zu Dorf über die Ankunft der Lebensmittelkontrolleure einrichten. (...) Textilarbeiterinnen in Essen zwingen zu Tariferhöhungen, weil sie 60 anstatt 20 Minuten an einem Mantel bügeln..." (A.Reuter, B.Poneleit, „Seit 1948, Frauen im Widerstand, Frauen im Faschismus, 1933 - 1945", S.165f).

Diese Beispiele zeigen, daß doch recht viele Frauen bereit und in der Lage waren, sich nicht von den alltäglichen Schwierigkeiten und Nöten des Alltags zu willenlosen Opfern der Nazis machen zu lassen. Sie haben sich gewehrt – viele in ihrem Alltag und am Arbeitsplatz, viele auch organisiert in Widerstandsgruppen. Tausende von Frauen wurden dafür in KZs umgebracht. Warum sollen wir das alles vergessen, soll uns „die Frage im Halse stecken bleiben"? Wo wir es doch heute nötiger denn je haben, uns verstärkt Gedanken über die Möglichkeiten des Widerstands gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen zu machen und aus den Erfahrungen der Frauen im 2.Weltkrieg zu lernen. Warum kommen diese Frauen mit ihrem Alltag in der „Courage" nicht zu Wort? **Ist es Zufall, daß sämtliche abgedruckten Berichte von Frauen verfaßt wurden, die einerseits offensichtlich nicht gerade zu den ärmsten Bevölkerungskreisen zählten und andererseits den Nazis kritiklos bis wohlwollend gesonnen waren?** Sicher haben auch diese Frauen unter den Entbehrungen und Nöten der Kriegsjahre gelitten. Warum es für diese Erkenntnis 80 Seiten Erfahrungsberichte bedarf, bleibt uns allerdings unklar.

Für die „Courage" scheint es jedoch nicht nur darum zu gehen, aufzuzeigen, daß alle Frauen unter Kriegen zu leiden haben, sondern sie zieht daraus ziemlich fatale politische Schlußfolgerungen: „*In den hier veröffentlichten Texten wird auch zu prüfen sein, was an einer solchen eingeschliffenen Polarisierung eigentlich stimmt, die jeder armen Frau unser ganzes Mitgefühl sichert, die Frau des ostpreußischen Gutsbesitzers aber – sozusagen in Stellvertretung ihres Gatten – mit Häme versieht, wenn sie von ihrer Flucht erzählt. Wie übertragbar bleiben eigentlich die sozialen Einschätzungen, die wir noch viel zu selbstverständlich über die Stellung des Mannes vorzunehmen gewohnt sind?*" (S.6).

Für die „Courage" scheinen diese „sozialen Einschätzungen" – was wohl soviel heißen soll, daß auch Frauen Klassen angehören – schon länger ad acta gelegt zu sein. Weiter vorn weiß S.Zurmühl zu berichten: „*Als uns mit 20/25 durch die Arbeit in der Frauenbewegung endlich dämmerte, wie wenig die zuvor brav gelernten Kategorien der Politökonomie eigentlich mit unserem Leben zu tun haben, stieg auch die Ahnung dessen, wieviel gerade unsere Mütter uns verschwiegen hatten.*" (S.5)

Was bereits seit Jahren mehr oder minder nachdrücklich vertreten durch die Frauenbewegung geistert – „die bestehenden Klassendefinitionen treffen auf Frauen nicht zu " – wird hier von der „Courage" auf die Frage von Kriegen konkretisiert: Männer m a c h e n Kriege, alle Frauen sind in gleicher Weise die O p f e r von Kriegen.

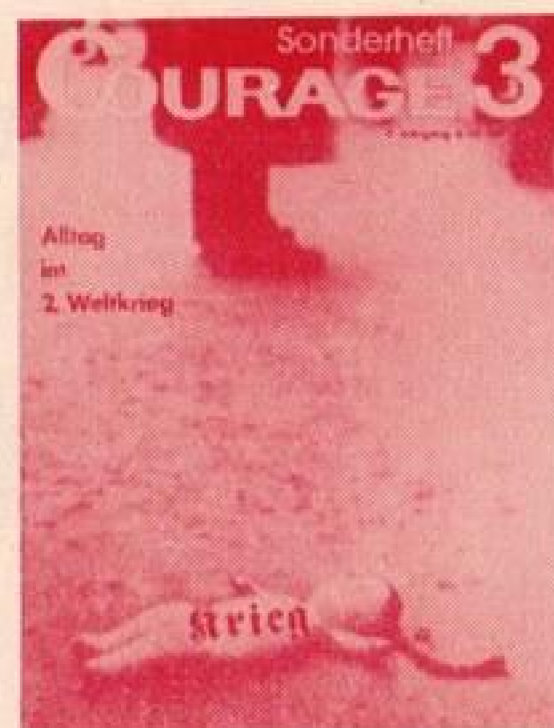
Die in der „Courage" zu Wort kommende Gutsbesitzerfrau, die ihre Flucht in einer mit echten Teppichen ausgelegten Kutsche antritt und diese von „polnischen Fremdarbeitern aus dem Schnee ziehen läßt" ebenso wie die Frau, die im KZ zu Tode gefoltert wird oder die in der Rüstungsindustrie bis ans Ende ihrer Kräfte schuften muß?

Die hier aufgestellten Thesen lassen völlig außer Acht, daß auch die Frauen aktiv am Krieg beteiligt waren. Bereits bei Kriegsbeginn waren im Heer ca. 140000 Frauen beschäftigt; vier Jahre später waren es schon mehr als doppelt soviel.

Auch wenn wir es nicht gerne hören, viele Frauen haben die Nazis direkt unterstützt: „*Ich weiß nicht, ob die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht für die deutsche Frau jetzt in Erwägung gezogen wird; vor einigen Jahren stand sie offenbar schon einmal bevor, und die Presse arbeitete daraufhin. (...) Ich meine, man sollte die 'öffentliche Meinung' bei der Truppe sowie auch in der Heimat davon überzeugen können, daß der Endsieg schneller und leichter errungen werden kann bei rückhaltloser Indienststellung der deutschen Frau in der Heimat. Und sollte eine allgemeine Frauenarbeitspflicht nicht eingeführt werden, so müßten die Behörden Anweisung zu schärfstem Durchgreifen bekommen in Fällen, in denen das Arbeitsamt aufgrund vorliegenden (? ... - Anm. AK) Frauen dienstverpflichtet hat. Eine solche Anweisung wäre unbedingt notwendig; es findet sich gegenwärtig kaum eine Behörde, die gegen arbeitsunwillige oder in der Arbeit passiven Widerstand leistende Frauen vorzugehen bereit ist*" (Schreiben einer Gutsfrau an den General der Infanterie v.Bühnau, 26.1.42; in: U.v.Gersdorff, „Frauen im Kriegsdienst 1914 - 45").

Diese Frauen verurteilen wir nicht aufgrund der Stellung ihres Mannes, sondern für das, was sie s e l b e r getan haben.

In einer Zeit, wo es für Haig „wichtigere Dinge als den Frieden" gibt, Weinberger die BRD auffordert, die sozialen Ausgaben um 25 Milliarden zugunsten des Rüstungsetats zu kürzen, Apel den Pazifismus bekämpfen und Schmidt Mittelstreckenraketen in der BRD stationieren will, scheint es uns immer noch angebrachter zu sein, mit Hilfe der „brav gelernten Kategorien der Politökonomie" die



Kriegsursachen im imperialistischen Machtstreben zu suchen, als in der allgemein männlichen Aggressivität, wie das Sympathisieren S.Zurmühls mit der These von Klaus Theweleit nahelegt. Theweleit geht von „*Zyklen männlicher Stärke- und Zusammenbruchsphasen*" aus, das „*männliche Ich*" suche „*seine kollektive Entladung ... in Kriegen, etwa alle 25 Jahre*" (S.6).

Und auch die „Courage" schreibt: „*Die Männer, die sich für ihr Töten auf einen Gehorsamszusammenhang berufen, den sie doch selbst geschaffen haben, ...*" (S.5).

Ist dies nicht nur reichlich zynisch gegenüber den Männern, die gegen die Kriegsgefahr kämpfen, so wird mit der These „Die Männer machen die Kriege – die Frauen sind die Leidtragenden" u.E. auch gleichzeitig ein Frauenbild suggeriert, gegen das sich die „Courage" ansonsten zur Wehr setzt: Die Frau an Heim und Herd, immer um das Wohl der Familie besorgt – Politik und Krieg sind Männersache.

Sicherlich richtig ist, daß Frauen auch im Krieg eine besondere Unterdrückung erfahren; frau denke nur an die sprunghaft ansteigende Vergewaltigungsrate! Daraus jedoch den Schluß zu ziehen, alle Männer profitieren von Kriegen, heißt schon, Ursache und Wirkung zu vertauschen.

Wenn auch einzelne Berichte in dem „Courage"-Sonderheft sehr eindrucksvoll sind, so bleibt doch festzustellen, daß das Bemühen, keine „*geglätteten Berichte abzudrucken, die vielleicht manchen von uns leichter fielen, weil in ihnen keine 'Feind'-Bilder zu finden wären, keine polnischen 'Fremdarbeiter' ...*" (S.6), gerade dazu führt, den „geglätteten" Eindruck zu hinterlassen, daß frau auch unter den ungünstigsten Bedingungen noch um eine heimelige Atmosphäre bemüht ist, darüber überhaupt nicht dazu kommt, sich die Frage des Kampfes gegen den Krieg zu stellen, und wir Frauen alle gleichermaßen die Angeschissenen sind.

Ob darüber mehr Frauen aufgerüttelt werden, sich gegen die Kriegstreiberei zur Wehr zu setzen?

AG Frauen/KB Göttingen

Sind alle Hetero-Frauen HETERROR-Frauen?

Langsam bekomme ich wirklich den Eindruck, daß die bzw. einige Genossinnen der Lesbengruppe in jeder Frau, die n i c h t lesbisch ist, von vornherein nur eine „HETERROR"-Frau sehen.

Zwei Genossinnen der Lesbengruppe schrieben in ihrem Bericht über die antimilitaristische Aktion verschiedener Frauengruppen vor der Hardthöhe: „Wenig Transparente trugen Aufschriften wie ‚Frauen militant für den Frieden'. Stattdessen orakelten z.B. heiratswillige Heterrorfrauen ‚Wir sind die Witwen des nächsten Krieges' und Massen von symbolträchtigem Sand steckten in Kinderpuppen, welche – an Wäscheleinen hängend – in der Demonstration hin- und hergezerrt wurden" (AK 199, S. 3).

Was ist daran eigentlich Heterror? Daß Frauen ein Transparent tragen, welches deutlich macht, daß sie Beziehungen zu Männern haben? Oder daß sie zum Ausdruck bringen, sie würden über im Krieg getötete Männer trauern? Gleichgültig, ob das Transparent wirklich von „heiratswilligen" Frauen getragen wurde – ich kann da absolut keinen Heterror drin entdecken.

Ich finde im Gegenteil solche Parolen völlig legitim, weil sie eine b e r e c h t i g t e Angst vieler Frauen äußern, nämlich die Angst, ihre Familie durch einen Krieg zu verlieren. Auch wer Heiraten oder Beziehungen zu Männern überhaupt ablehnt, muß doch Frauen gerade über diese Angst ansprechen, um sie für den Kampf gegen den drohenden Krieg zu gewinnen. Eine Friedensbewegung, die nicht alles versucht, die „ganz normale" Frau, die Menschen außerhalb der linken Szene anzusprechen, wird nicht die geringste Chance haben, einen 3. Weltkrieg zu verhindern.

Parolen, die unmittelbar an den Interessen bzw. Ängsten dieser Menschen anknüpfen, mit dem Stempel „Heterror" zu versehen, wird weder dazu beitragen, die Antikriegsbewegung zu verbreitern, noch wird das Frauen dazu bewegen, über ihre Sexualität, ihre Beziehungen zu Männern und Frauen nachzudenken.

Eine Hamburger Genossin



Aktion gegen Vergewaltiger

Düsseldorf. Um andere Frauen vor dem Vergewaltiger G.S. zu warnen, haben Frauen am 7.4. eine Aktion gemacht: Sie besprühten die Wand des Hauses, in dem er wohnt und sein Auto mit den Parolen: „Vergewaltigung ist seelischer Mord" und „Vergewaltiger G.S."

G.S. hat vor einigen Jahren (mindestens) zwei Frauen vergewaltigt.

Seit einiger Zeit wohnt er in einem Haus der „Aktion Wohnungsnot (AWN)". Als in der AWN bekannt wurde, daß es sich bei G.S. um einen Vergewaltiger handelt, stellten Frauen einen Ausschlußantrag.

Auf der Mitgliederversammlung, die ihn ausschloß, trat G.S. äußerst frech auf. Zu den Vorwürfen äußerte er nur, er könne sich nicht erinnern, weil das alles soweit zurückliege; oder, er sei möglicherweise betrunken gewesen.

Obwohl er aufgrund seines Ausschlusses aus der AWN schon längst hätte aus dem AWN-Haus ausziehen müssen, weigert er sich bis heute.

***

Frauennotruf: 48 89 42
Seit Anfang April gibt es auch in Düsseldorf einen Notruf für vergewaltigte Frauen. Er ist täglich von 17.00 bis 22.00 Uhr besetzt.

Eine Selbsthilfegruppe vergewaltigter Frauen trifft sich jeden Donnerstag.

Niederlande: Allgemeiner Frauenstreik

»Ich streike gegen das Abtreibungs gesetz«



(Foto: Eva Strausz)

(Foto: Eva Strausz)

„Es gibt seit zwölf Jahren eine Frauenbewegung. Aber sind wir unserem Ziel auch nur einen Schritt nähergekommen?" fragte eine der Rednerinnen auf der Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Amsterdam. Und antwortete: „Uns Frauen geht es immer schlechter. Der Ausbeutungsgrad wird erhöht, die Unterdrückung nimmt zu ... Frauen werden immer mutloser und machtloser. Wir haben in all den Jahren eine Frauenbewegung aufgebaut, müssen wir nun auf eine dritte feministische Welle warten? Müssen wir warten, bis die Rechtsentwicklung, der aufkommende Faschismus, die Wirtschaftskrise von selbst wieder aufhören? Die Geschichte lehrt uns, daß das nicht ‚von selbst' kommt, daß Wirtschaftskrise und Krieg oft zusammengehen.... Wir haben erst wirklich verstanden, daß wir nichts gewonnen, sondern nur verloren haben, als das Abtreibungsgesetz ... von der zweiten Kammer angenommen wurde ... ungeachtet all unserer Demonstrationen und Kundgebungen ... Wir werden endlich von der einzigen Waffe Gebrauch machen müssen, die denen zur Verfügung steht, die unterdrückt und ausgebeutet werden. Wie können wir jemals die Welt organisieren, wie wir sie haben wollen, als dadurch, daß wir n i c h t mehr tun, was von uns erwartet wird: als dadurch, jetzt zu streiken!"

Der Gedanke, einen allgemeinen Frauenstreik auszurufen, war an diesem 8. März gerade drei Tage alt und dennoch schon recht verbreitet.

Am 5. März war im Amsterdamer Frauenzentrum, dem „Vrouwenhuis", die Möglichkeit eines Frauenstreiks gegen die Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes, die am 31. März in der Ersten Kammer („Bundesrat") erfolgen sollte, erörtert worden. Über die schon seit Jahren bewährte Telefonkette „Frauen rufen Frauen an" („Vrouwen bellen Vrouwen") wurden alle Komitees der Bewegung für die Freigabe der Abtreibung („Wij Vrouwen Eisen"), die Häuser für mißhandelte Frauen, die Frauenzentren,-buchläden und-cafes informiert. Die Anregung zu einem allgemeinen Frauenstreik stieß in wenigen Tagen auf soviel Zustimmung, daß diese Aktion am 8. März auf der Kundgebung bekanntgegeben werden konnte.

In erster Linie richtete sich der Streik gegen das neue Abtreibungsgesetz, aber auch gegen die hohe Frauenarbeitslosigkeit und die unbezahlte Arbeit im Haus und im Sozialbereich, gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen, gegen eine ganze Reihe von Gesetzesinitiativen, die die soziale und rechtliche Stellung der Frau verschlechtern würden und gegen die Gefahr eines Atomkrieges.

Gewerkschaften

Erheblich geringere Begeisterung als der größte Teil der Frauenbewegung zeigten die Gewerkschaftsführungen.

Sowohl die Föderation niederländischer Gewerkschaften (FNV), in der der sozialdemokratische und der katholische Gewerkschaftsdachverband zusammenarbeiten wie auch die Christlich-Nationale Gewerkschaft (schon fast ein gelber Verein) stellten sich öffentlich gegen den Frauenstreik.

Elske ter Veld vom FNV-Frauen (!)-Sekretariat berief sich auf die Risiken, die streikende Frauen eingehen würden (Risiken übrigens, die größtenteils dem Umstand geschuldet sind, daß die Gewerkschaft den Streik nicht unterstützt!) und rüffelte dann die streikwilligen Kolleginnen: *„....ich bin ebensowenig einverstanden mit dem Aufruf, sich krankzumelden, wenn Streiken nicht möglich ist. Das Krankengesetz als verkapptes Mittel zum Streiken zu gebrauchen, das nenne ich Mißbrauch."*

Dennoch kam es am 16. März, in Amsterdam zu einer *„historischen Versammlung"* (Streikzeitung): Erstmals setzten sich Gewerkschafterinnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften an einen Tisch, um ihr Vorgehen zu beraten. Zur Haltung ihrer Gewerkschaftsoberen und -oberinnen schrieben sie in einer gemeinsamen Erklärung: *„Die Äußerungen des FNV-Frauensekretariats gegen den Streik sind keine Äußerungen im Namen der Gewerkschaftsfrauen. ...Eines der wichtigsten Argumente, das innerhalb des FNV (gegen den Streik) gebraucht wird, ist, daß sie keinen Standpunkt zur Abtreibung habe und daß es hier nicht um einen Konflikt zwischen Arbeitgeber/inne/n und Arbeitnehmer/inne/n geht. Innerhalb der verschiedenen Gewerkschaften sind Frauen schon seit Jahren tätig, einen Abtreibungsstandpunkt zu erzwingen, wobei das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper* *einen Abtreibungsstandpunkt zu erzwingen, wobei das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper* *für sie im Mittelpunkt steht. Dies ist eine der Voraussetzungen, um als Frau das eigenen Leben bestimmen zu können, also auch das Recht auf Arbeit für jeden zu realisieren."*

In gleichem Sinne wandten sich auch Gewerkschafterinnen aus anderen Städten an die FNV-Führung.

Angesichts der Proteste sah sich die FNV-Führung zwar nicht gehalten, ihre Position gegenüber dem Frauenstreik prinzipiell zu ändern, ließ aber gleichwohl durch den Mund von Elske ter Veld der Presse kundtun, daß *„naturgemäß die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auf Rechtsbeistand rechnen können, wenn sich durch den Arbeitsstreik Probleme ergeben."*

Ein anderes Bild als bei der FNV-Führung gab es bei einigen der im FNV organisierten Einzelgewerkschaften. Der FNV-Vrouwenbond (eine Gewerkschaft für *„nicht außerhalb des Hauses arbeitende Frauen"*) rief zum Streik auf. *„Die Wäsche bleibt liegen"*, meldete das FNV-Organ „Vakbondskrant", *„es kommt kein Essen auf den Tisch ... als Protest gegen die sich verschlechternde Position der Frau im allgemeinen."* – Der Streikaufruf der FNV-Frauengewerkschaft war allerdings recht unbedenklich für das FNV-Gesamtkonzept, da die in dieser Gewerkschaft organisierten (Haus)Frauen wohl schlecht den „Rechtsbeistand" der Gewerkschaft einfordern können, wenn sie mit ihrem „Arbeitgeber" Probleme bekommen.

Unterstützt wurde der Streik weiter von einer Lehrer/innen-Gewerkschaft (ABOP) und der Dienstleistungsgewerkschaft (Dienstenbonden), die – neben der Künstlergewerkschaft – auch die einzigen Gewerkschaften sind, die die Forderungen von „Wij Vrouwen Eisen" in ihre Programme aufgenommen haben, und von der Beamt/inn/en-Gewerkschaft ABVA.

Die ABOP-Führung erklärte kurz vor dem Streik per Anzeige in mehreren Tageszeitungen: *„Mitglieder der ABOP, die durch die Teilnahme an Aktivitäten am 30. März Probleme mit ihrem Arbeitgeber bekommen, werden so wie jederzeit auf individuellen Rechtsbeistand ihrer Gewerkschaft rechnen können."*

Parteien

Außer den Pazifisten-Sozialisten (PSP), den Radikaldemokraten (PPR) und der revisionistischen KP (CPN) lehnten alle im Parlament vertretenen Parteien den Frauenstreik ab. Bei den Regierungsparteien (CDA und VVD), die den Gesetzesentwurf eingebracht hatten, ist das nur logisch, aber auch die „oppositionellen" Sozialdemokraten (PvdA) und Liberalen (Demokraten '66) wandten sich gegen den Frauenstreik.

Führende Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenorganisation „Rooie Vrouwen" stimmten zwar dem Streik im allgemeinen zu, mäkelten dann aber heftig an der Form: *„.... wieviel ‚Hausfrauen' werden sich von einem Aufruf angesprochen fühlen, mit einem Schild um den Hals nach draußen zu gehen und Krach mit Töpfen und Pfannen zu machen?"* Eine PvdA-Bürgermeisterin fand das neue Gesetz *„zwar nicht ideal"*, empfahl den Frauen aber *„abzuwarten, wie es sich in der Praxis* machen?" Eine PvdA-Bürgermeisterin fand das neue Gesetz *„zwar nicht ideal"*, empfahl den Frauen aber *„abzuwarten, wie es sich in der Praxis* *auswirkt"*, dann könne man ja immer noch und dann würde gegeben Falles auch sie ... Eine PvdA-Parlamentarierin schließlich riet den Frauen, anstelle des Streiks *„eine große nationale Demonstration zu organisieren"*, was die Frauenbewegung seit gut zehn Jahren nun schon etliche Male, und – nicht zuletzt dank der Obstruktion der Sozialdemokratie – ohne durchschlagenden Erfolg, getan hat...

Von den 24 Frauen in der Zweiten Kammer, darunter dreizehn von den „progressiven" Parteien unterstützte nur eine einzige den Streik: Ria Beckers von den Radikaldemokraten nahm gemeinsam mit den Sekretärinnen ihrer Fraktion aktiv am Streik teil. Sie beteiligte sich am Streiktage auch nicht an einer politischen Parteienveranstaltung, während der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, Ex-Premier Den Uyl seine Sekretärin während des Frauenstreiks eine Rede für ihn abtippen ließ.

Viele „einfache" Sozialdemokratinnen scherten sich jedoch einen feuchten Kehricht um das, was ihre Oberinnen in den Wochen vor dem Streik unter sich gelassen hatten. „Wij Vrouwen Eisen", wo sehr viele dieser „einfachen" Sozialdemokratinnen mitarbeiten, hatte schon am 15. März einen Streikaufruf verabschiedet und viele PvdAlerinnen nahmen aktiv am Frauenstreik teil.

Die einzige Spitzen-Sozialdemokratin, die selbst am Streik teilnahm, war eine der zehn Frauen aus der Ersten Kammer, Hedy d'Ancona. Und das war schon eher skurril, erklärte sie doch: *„Ich bin Arbeitgeberin, Direktorin eines unabhängigen Forschungsbüros. Ich habe mir selbst und allen Frauen, die dort arbeiten, am Montag streikfrei gegeben."* (Nicht gesagt hatte sie allerdings, daß es ein verflixt schlechtes Bild abgegeben hätte, wenn sie sich gegen den Streik gestellt hätte, ist sie doch Endredakteurin einer der beiden überregionalen Frauenzeitungen ...!).

Mit bemerkenswertem Einsatz beteiligte sich übrigens die CPN (die keine weibliche Vertreterin im Parlament hat) am Frauenstreik: Ihr Organ, „De Waarheid", war die einzige Tageszeitung, die kontinuierlich und durchweg positiv über die Streikvorbereitung informierte, am 30. März selbst kam eine Frauen-Extraausgabe heraus. Der Streik machte auch vor den Türen der Partei selbst nicht halt: Die Frauen aus Redaktion und Parteibüros nahmen am Streik teil, CPN-Männer waren an der Kinderbetreuung beteiligt, CPN-Schwule sorgten für die Verpflegung der „kochstreikenden" Frauen, die am Streikabend im Amsterdamer Zentrum zusammenkamen.

Die einzige (größere) Gruppierung der außerparlamentarischen Linken, die den Streik unterstützte, war der Internationale Kommunistenbond (IV. Internationale), der sich u.a. in Rotterdam an der Agitation vor den Betrieben beteiligte und, über seine Jugendorganisation „Rebel", an der Mobilisierung der Mädchen in den Schulen für den Frauenstreik.

Hundert Blumen

Die zehn Tage vor dem Streik erschienene Zeitung „Vrouwenstaking" (mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren, was einer BRD-Auflage von einer Million etwa entsprä- schienene Zeitung „Vrouwenstaking" (mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren, was einer BRD-Auflage von einer Million etwa entsprä- che) brachte eine Liste von Streikkomitees in 102 Orten; die Komitees einzelner Städte waren wiederum Schaltstelle für kleinere Orte ohne eigenes Komitee. In einigen größeren Städten arbeiteten gleich mehrere Komitees. An der Spitze lag Amsterdam, wo 40 Streikkomitees in Frauenzentren, Frauenbuchläden, Stadtteilzentren usw. usf. gebildet worden waren, daneben wurden für Amsterdam 13 Adressen – häufig in öffentlichen Einrichtungen – bekanntgemacht, wo solidarische Männer die Kinderbetreuung übernehmen. Ebenfalls war eine nationale Unterstützungsgruppe für die Frauen gebildet worden, die im Streik mit ihrem betrieblichen oder



(Foto: Eva Strausz)

Frauenstreik in Amsterdam

häuslichen Bourgeois Probleme bekommen.

Der Frauenstreik war zwar von einer Gruppe im Amsterdamer Frauenhaus initiiert worden, im weiteren Verlauf war es aber den einzelnen Streikkomitees überlassen, mit welchen Inhalten und in welcher Form sie den Streik durchführen. Die Initiatorinnen des Frauenstreiks hofften, über diese dezentrale Organisierung auch einen Teil jener Frauen zu erreichen, die von den Frauengruppen und ihren bisherigen Aktionen nicht erreicht werden konnten.

„Der Streiktag,"heißt es in der Streikzeitung, „soll es allen Frauen ermöglichen, ihre Mitkämpferinnen zu entdecken: durch Umzüge, übers Anrufen und die Flugblattverteilung von Tür zu Tür ... Jede Untersuchung zeigt, daß die Hälfte der niederländischen Frauen hinter den Forderungen ‚der Feministinnen' steht. Aber all diese niederländischen Frauen wußten das noch kaum voneinander. Durch diesen Streiktag wird sichtbar werden, daß die Frauenbewegung viel größer ist als ‚die Gruppen von Feministinnen'."

Der Streik war also von vornherein darauf angelegt, über den bisherigen Kreis hinauszukommen. „Het Parool" hob hervor: *„Zum ersten Mal in der Geschichte richtet sich ein Streikaufruf auch an die rund drei Millionen Hausfrauen in unserem Land."*

Der spontane und dezentrale Charakter der Aktion hatte jedoch auch Kritik hervorgerufen: Die Vorbereitungszeit (ca. drei Wochen) sei zu kurz, die Organisation zu chaotisch, der Streik sei ohne vorherige Beratung mit den bestehenden Komitees und den Frauen aus den politischen Parteien und Gewerkschaften ausgerufen worden, für die außerhalb des Hauses arbeitenden Frauen sei die Teilnahme am Streik zu riskant. Mit Ausnahme des letzten Einwandes erwiesen sich diese Kritiken – sofern nicht ohnehin von ‚interessierter Seite' vorgebracht – letztendlich als unzutreffend.

Die Berichte in der Streikzeitung vom Stand der Vorbereitungen zeigten, mit wieviel Energie und Fantasie in den einzelnen Städten schon (vor) gearbeitet worden war:

In Assen wird debattiert, ob am 30. März besser das Bezirksgericht oder aber das Sozialamt gestürmt werden soll. – Die Alkmaarer Frauen werden Stricknadeln zum Verkauf anbieten als Ansatz zur Diskussion um das neue Abtreibungsgesetz. Eine Woche vor dem Streik wird vor Büros, Fabriken und Ämtern mit der Flugblattverteilung begonnen. – Die Frauen in Utrecht werden die Schulen und Einkaufszentren heimsuchen. – Die Enschederinnen wollen am 30. März von fünf Punkten aus zugleich die Stadt erobern. Vor dem Streiktag wollen sie vor allem die Hausfrauen mit Informationen versorgen. – Die Frauen aus Castricum bemühen sich darum, auch die Frauen vom Land in den Streik einzubeziehen. – Die Frau-
den Streik einzubeziehen. – Die Frau-
en in Tilburg bereiten Aktionen gegen den Versuch vor, *„die Frauen als Puffer in der Wirtschaftskrise"* zu benutzen. – In Wageningen soll das Rathaus mit Transparenten be- oder sogar zugehängt werden, auf denen all die Tätigkeiten aufgeschrieben sind, die am 30. März von den Frauen nicht getan werden. – Groninger Frauen bilden zusammen mit den Frauen aus sechs umliegenden Dörfern ein Streikkomitee; da unmittelbare Streikteilnahme für die Bäuerinnen sich fast ausschließt, sollen Diskussionen über das Abtreibungsgesetz über das Telefon geführt werden. – In Apeldoorn haben Frauen unter der Parole *„Mutter ist nicht zuhaus, den ganzen Tag nicht"* vereinbart, schon am Vorabend des Streiks aus ihren Wohnungen auszuziehen. Sie wollen bei Freundinnen oder in den Frauenzentren schlafen, damit einmal ihre Männer und nicht sie von ihren Kindern geweckt werden. – In Amsterdam hat sich ein „Mädchenkomitee" aus gewerkschaftlichen und (linken) politischen Jugendorganisationen gebildet, die Verbindungen zu den Schulen und Betrieben schaffen wollen, wo besonders viele junge Frauen sind. – Allgemein wird angeregt, am 30. März ein Bettlaken mit der Aufschrift **„Ich streike gegen das Abtreibungsgesetz"** aus dem Fenster zu hängen und die Geschäfte mit dem Plakat **„Geschlossen wegen Frauenstreik"** zu versehen. (Was alles zusammen aber erst eine kleine Auswahl ist!).

Neben dieser von den Frauen selbst ausgehenden Streikmobilisierung spielte der größere Teil der bürgerlichen Presse eine recht positive Rolle. Auch wenn Zustimmung zum Streik nur selten formuliert wurde, berichteten die Zeitungen doch häufig und teilweise über ganze Seiten über die Lage der Frauen im Haus und in den Betrieben und den anstehenden Streik.

Wichtiger noch war die Rolle der zahlreichen kommunalen und „illegalen" Radiosender in den Niederlanden, die häufig einen beachtlichen Teil ihrer Sendezeit für die Berichterstattung und Diskussion über den Frauenstreik verwandten.

Die Breite, die die Streikvorbereitungen binnen kurzem erreicht hatten, ließen auch diversen Amtsvorständen und Gemeinderäten eine „flexible" Haltung gegenüber streikwilligen Frauen geraten erscheinen. Die Rotterdamer Obrigkeit beschloß, den bei ihr angestellten Frauen gegebenenfalls einen Tag vom Gehalt abzuziehen, ansonsten aber keinen Druck auszuüben (es sei denn: „dringende Geschäfte" bleiben liegen ...). Ähnlich äußerten sich die Stadtverwaltungen anderer Großstädte. – Der Utrechter Gemeinderat hingegen, in dem rechte Vögel das Sagen haben, hat die Chefs der Gemeindeeinrichtungen aufgefordert, alle streikenden Frauen, die sich nicht zuvor einen Urlaubstag genommen haben, zu registrieren.

Und die Direktrice eines Amsterdamer Krankenhauses teilte den weiblichen Angestellten per Rundschreiben vorsorglich mit, wenn sie beabsichtigten, am Streiktage Bettlaken mit der allseits empfohlenen Aufschrift *„Ich streike gegen das Abtreibungsgesetz"* aus den Krankenhausfenstern zu hängen, sie diese Laken von zu Hause mitzubringen hätten ...

Frauenstreik

„Der Arm war noch nicht stark genug," bedauert „Vrij Nederland", „um das von Männern geführte Räderwerk stillzulegen" – aber stark genug waren die Frauenarme allemal, um die ganzen Niederlande am 30. März nachhaltig in das Zeichen des Frauenstreiks zu stellen.

Amsterdam: Am Morgen gerät der Zugverkehr auf dem Hauptbahnhof gründlich durcheinander. Frauen ziehen die Notbremse in den Zügen und verteilen Flugblätter: *„Besser jetzt fünf Minuten warten, als bald fünf Tage"* (die zwischen Arztbesuch und Ausführung der Abtreibung nach dem neuen Gesetz vorgeschriebene „Bedenkzeit"). – Bei den (bürgerlichen) Frauenzeitungen „Viva" und „Margriet" Arbeitsunterbrechungen und Spendensammlung für die Frauen-Streikkasse. – Frauen eines Pressekonzerns senden ein Protesttelegramm an die Erste Kammer. – In der Reichspostsparbank findet für die 900 weiblichen Angestellten in der (spontan verlängerten) Mittagspause mit direktorialer Genehmigung eine Versammlung mit Vertreterinnen von „Wij Vrouwen Eisen" statt. – In etlichen Krankenhäusern werden kurze Arbeitsniederlegungen zu Diskussionen genutzt. – Die Frauen im städtischen Wohnungsamt streiken gemeinsam und machen einen Stand vor ihrem Arbeitsplatz. –
Stand vor ihrem Arbeitsplatz. –
Mehrere hundert Beamtinnen und städtische Angestellte kommen am Nachmittag (während der „Arbeitszeit") zu einer Streikversammlung zusammen. – In den Abendstunden veranstalten rund 30.000 Frauen im Amsterdamer Zentrum **„das größte Picknick aller Zeiten"** (siehe dazu den Bericht einer Streikteilnehmerin).

Den Haag: Mehrere tausend Frauen demonstrieren vor dem Parlament. *„Töpfe, Pfannen, Besteck, Laken und Handtücher"* wurden – wie zuvor angeraten – mitgebracht. – Im Kultus- und im Unterrichtsministerium wird in einigen Abteilungen gestreikt und werden Kantinendiskussionen geführt.

Arnhem: Rund 1.000 Frauen versammeln sich vor dem Rathaus.

Alkmaar: Eine zentrale Brücke wird dichtgemacht, viele Schülerinnen beteiligen sich.

Leeuwarden: Eine Kette von mehreren hundert Frauen zieht, sich an den Händen haltend, wie ein Lindwurm durch die Straßen und verursacht ein hübsches Verkehrschaos.

Groningen: Ein ähnlich frohes Spiel, hier jedoch mit Fahrrädern.

Rotterdam: 3.000 Frauen, viele Türkinnen darunter, demonstrieren.

Nijmegen: Zu den zahlreichen Punktaktionen des Tages gehört auch der Besuch einer Modenschau, am Nachmittag eine Demonstration mit 5.000 Teilnehmerinnen.

Leiden: Der Saal des Rathauses wird besetzt.

Zeist: Gewerkschafterinnen beschließen, einen Monat lang keinen Beitrag zu zahlen und das Geld in einer Frauen-Streikkasse zu deponieren.

Vlissingen: Die örtliche Bibliothek wird nach Büchern durchstöbert, in denen die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau einmal nicht dargestellt wird.

Oosterhout: Eine Versammlung der FNV-Führung wird heimgesucht. Dem FNV-Vorsitzenden (und zugleich Vorsitzenden des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften) Wim Kok wird ein Kartoffelschälmesser überreicht. (Dieses Gerätes unkundig soll er drei Wochen später versucht haben, damit ein Osterei zu pellen).

Eindhoven: Verkäuferinnen eines Kaufhauses treten zum Zeichen ihrer Solidarität und aus Protest dagegen, daß sie bei einer Streikteilnahme entlassen würden, ganz in Schwarz an.

Und am Abend des Frauenstreiks: Ein gutes Hundert Frauenfeste überall in den Niederlanden!

Mit Spannung erwartet und von Teilen der bürgerlichen Presse geradezu zum Gradmesser für den Erfolg des Frauenstreiks gemacht wurde die **Streikbeteiligung in den Betrieben.**

Die sozialdemokratisch orientierte „Volkskrant" meldete, daß zwar Frauen in den Schulen und bei Sozialeinrichtungen streikten, aber in Betrieben die Arbeit nur in einigen Fällen für kurze Zeit unterbrochen wurde. Die konservative „Parool" schlagzeilte: *„Streiktag findet wenig Anklang"* und brachte als wesentliche Nachricht, daß es in den Betrieben zu keinen größeren Streiks gekommen sei. – Das ebenfalls konservative „NRC Handelsblad" präzisiert: *„ ... in verschiedenen Betrieben* (wurden) *kurze Arbeitsunterbrechungen durchgeführt, um in der Kantine über den Streiktag und die Lage der Frau im Arbeitsprozeß zu sprechen"*. – Die christliche „Trouw" schließlich benennt auch den Grund dafür, weshalb Streiks (zumindest in der traditionellen Form) in den (Industrie-) Betrieben seltene Ausnahme waren: *„Gestreikt wurde wenig, weil viele Frauen Angst hatten, durch ihre Teilnahme an diesem nicht von der Gewerkschaft unterstützten Streik ihre Arbeit zu verlieren."*

Gestreikt wurde in den Betrieben wenig ... Daß es überhaupt – angesichts der hohen Gefährdung des Arbeitsplatzes! – zu einzelnen Streikaktionen, befristeten Arbeitsniederlegungen, Kantinendiskussionen und Pausenverlängerungen im Zusammenhang des allgemeinen Frauenstreiks gekommen ist, zeigt gerade nicht – wie von interessierter oder auch nur dummer Seite dargestellt –, daß „die" Frauen mit „den Feministinnen" nichts am Hute haben, sondern beweist im Gegenteil, welche ganz erhebliche Breite der Frauenstreik erreicht hat.

P.S.: Die Verabschiedung des neuen Abtreibungsgesetzes in der Ersten Kammer, die ursprünglich auf den 31. März angesetzt war, und wogegen sich der Frauenstreik in erster Linie richtete, ist auf Ende April verschoben. Ende April aber ist Wahlkrampfzeit in den Niederlanden angesagt, und es dürfte recht wenige Parlamentarier/innen geben, die sich gerade in dieser Zeit mit einer Zustimmung zum Abtreibungsgesetz um Amt und Einkünfte bringen möchten ...

(Quellen: „Vrouwenstaking", 21.3.; div. Flugblätter; „de Volkskrant", 18.-31.3.; „Trouw", „Het Parool", „NRC Handelsblad", „Algemeen Dagblad", „De Waarheid", 27.-31.3.; „De Groene Amsterdammer", 11.3., 18.3., 25.3., 1.4.; „Vrij Nederland", 28.3., 4.4.; „Klassenstrijd", 28.3., 11.4.)

Niederlande-Kommission



Die Frauen vom Internationalen Archiv der Frauenbewegung fuhren mit
Die Frauen vom Internationalen Archiv der Frauenbewegung fuhren mit ihrem transparentgeschmückten Boot während des Frauenstreiks über die Amsterdamer Grachten. (Foto: Eva Strausz).

Unser kommunaler Radio-Prachtsender, unser Radio STAD hats doch noch geschafft: Für die Berichte vom Frauenstreik wollten sie Extra-Sendezeit haben, die Kultusministerin wollte das aber nicht, das angerufene Gericht befand die Ministerin im Unrecht ... und nun höre ich mittags die ersten Streiknachrichten.

Es wird von den Aktivitäten der Frauen in den verschiedenen Stadtteilen berichtet, ich höre die ersten Reaktionen aus der Bevölkerung. Eine ältere Frau, die während des Krieges eine Abtreibung durchführen ließ, weil sie „ohne Mann" dastand, versteht das alles nicht mehr, weil es doch Verhütungsmittel gibt... Das Studio von Radio STAD wird von einer quietschfidelen Gruppe Mädchen besetzt, die gleich noch ihre solidarischen Mitschüler mitgebracht haben und anschließend zu einer Mädchenversammlung ins „Bolshuis" abtrudeln wollen (wo sich dann auch 200 Mädchen zusammenfanden), aber vorher noch über den Äther verbreiten wollen, daß auch Mädchen mitstreiken und daß auch sie sehr wohl von der Abtreibungsgesetzgebung – wenn sie durchgehen sollte – betroffen sind. Die Jungens, die sich solidarisiert haben und auch streiken, um die Mädchen zu unterstützen, regen sich darüber auf, daß die Mädchen so sehr „gegen Männer" sind (so in der Richtung: „Wir sind doch ganz anders" und „Wir sind doch solidarisch").

Am frühen Nachmittag habe ich mich zur Uni aufgemacht. Dort angekommen, fand ich nur einen einsamen Mann vor, der sich – leider vergeblich – bemühte, auf einen Jungen aufzupassen. Alle Frauen waren zum benachbarten Politologie-Institut gegangen, um die Frauen zu einem Umzug durch die Stadt abzuholen. Ein bunter Zug angemalter, absolut verrückt gekleideter Frauen kam mir singend entgegen. Über verschiedene große Kreuzungen, auf denen durch uns der Verkehr zum Stillstand gebracht wurde, die Herren in den Wagen ungeduldig wurden, weil das Essen, das wahrscheinlich zuhause doch auf sie wartete – leider! – nicht kalt werden sollte ... Es kamen immer mehr Frauen zusammen aus den Büros der Univerwaltung.

Im Zentralvorlesungsgebäude – mit Kinderversorgung – setzten die Frauen ihren Streik fort durch eine kurze Kundgebung, bei der auch eine Frau von STIMEZO (eine Stiftung für medizinisch betreute Abtreibung) einen Redebeitrag hielt. Danach ging es weiter in verschiedenen Gruppen zum Rathaus ...

Dort durften wir miterleben, wie ein frisch vermähltes Paar den Hochzeits-Rolls-Royce bestieg, von den eintrudelnden Frauen allerdings gehindert wurde, das Rathaus-Terrain zu verlassen.

Von den schon vor uns angekommenen Frauen wurden wir aufgefordert, doch wie sie einen Umzug durchs Rathaus zu machen, was wir dann auch taten. Bei unserem Besuch im Rathaus durften wir leider nicht in den Ratssaal, in dem gerade eine Sitzung stattfand (wär ja auch noch schöner, wenn Frauen am Frauenstreiktag das Rathaus besetzt hätten). Von einem vor Freundlichkeit mit den Zähnen knirschenden Beamten wurde uns mitgeteilt, daß Bürgermeister Polak nicht anwesend sei. Als wir uns doch lieber selbst von seiner Abwesenheit überzeugen wollten, wurde uns mit grober Gewalt der Zutritt verweigert und von einem der beiden dienstbeflissenen Nußknacker die Tür zum Sitzungssaal abgeschlossen (in der BRD wär allerdings schon längst das MEK angerückt ...!). Wir zogen durchs Rathaus, hinterließen eine Menge Aufkleber und Frauenzeichen.

Nach dem Zug durchs Rathaus gings weiter zum Dam. Ein Teil der Frauen zog durch ein großes Kaufhaus.

Auf dem Dam hatten die Revis, die sich auf den Frauenstreik geworfen hatten, einen Stand aufgebaut, an dem die Vorzeigeschwulen – oder tu ich der CPN Unrecht? – an einem Stand Brote, Getränke, heiße Suppe verkauften – und natürlich „De Waarheid"! In der Sendung von Radio STAD am Abend sagte einer der CPN-Schwulen, daß er mitgemacht hat, „in erster Linie, weil ich Kommunist bin, dann weil ich es wichtig finde, daß die Frauen über ihren Körper selbst bestimmen und weil ich schwul bin." Ob sie auch an Männer Essen und Getränke verkauft hätten? „Natürlich nicht" ist gelogen, ich hab mehrere Ekel-Kotz-Touristen mit Suppentassen rumlaufen sehn.

Auf dem Dam waren schon viele Gruppen von Frauen versammelt, die Musik machten, sangen, Schauspiele aufführten und mit den alten Herrschaften diskutierten, manchmal gings hoch her, wenn frau an einen Abtreibungsgegner geraten war, der dann noch womöglich von seiner Frau unterstützt wurde. Die Touristen amüsierten sich königlich über die fantasievoll geschminkten Frau-
en und wollten doch sooo gern ein
die fantasievoll geschminkten Frau-
en und wollten doch sooo gern ein schönes Urlaubsfoto machen.

In den Straßenbahnen und Bussen Richtung Zentrum waren überall Frauen, die an den Stationen ausstiegen, andere Frauen zum Mitmachen und Mitkommen bewegen wollten und zum Teil auch bewegen konnten. So kamen von allen Ecken und Kanten Frauen herandemonstriert. Bald war der Dam voll und die Frauen verteilten sich auf der Straße. Es kamen immer mehr Frauendemonstrationen aus allen Stadtteilen, singend, tanzend, mit Krankenhausbetten, auf denen Frauen lagen, die soeben eine Abtreibung, eine illegale, hinter sich gebracht hatten.

Die Kreuzungen waren blockiert, kein Wagen konnte vor oder zurück. Die Männer, die nach Hause wollten, kamen nicht durch, ein Typ in einem Straßenkreuzer hatte sich als „Wegzoll" eine Plakette „Vrouwen tegen seksueel geweld" (Frauen gegen sexuelle Gewalt) auf die Anzugjacke klebenlassen müssen und ein Schild „Ik staak tegen de abortuswet" (Ich streike gegen das Abtreibungsgesetz) untern Scheibenwischer, mit einem zu freundlichem Grinsen verzerrten Gesicht bat er um Durchlaß, der ihm dann auch nach einigem Zögern gewährt wurde. Ein Mofa-Jüngling wurde ruppig gegen die Frauen, die ihn nicht durchlassen wollten.

Eine Wahnsinnsstimmung, zuwenig Butterbrote für die kochstreikenden Frauen auf dem Dam.

Straßenbahnen von allen Seiten, die nach einigen vergeblichen Ansätzen durchzukommen, den Rückwärtsgang einlegen mußten.

Im ganzen ein Erfolg in Amsterdam, den sich auch die „Erfinderinnen" des Frauenstreiks, die Frauen vom Frauenhaus, nicht hätten träumen lassen.

Amsterdam, 31.3.1981
Re., Niederlande-Kommission

Kommunistische Frauenpolitik? - Ja bitte!

Die Auseinandersetzung in unserer Frauenpolitik hält weiter an. Ausgelöst wurde sie durch den Artikel „Aus alten Fehlern lernen" (AK 193), in dem die Jahre 1976/77 von den beiden Autorinnen als Frauenpolitik im „ML-Abseits" bezeichnet werden, während andererseits die sogenannte „Feminisierungs-Linie" 1979/80 als d i e erfolgversprechende und ausschließliche KB-Frauenpolitik festgeschrieben werden soll. Zum ersten Mal wurde in diesem Artikel von „zwei Linien" in der KB-Frauenpolitik gesprochen, die sich in der lila Schulungsbroschüre einerseits und in der Statutbroschüre andererseits widerspiegeln sollen. Wir hingegen kennzeichneten in unserer Entgegnung „Für eine ‚Linie' in der KB-Frauenpolitik" (AK 194) die Jahre 1976/77 als erste Gehversuche einer kommunistischen Frauenpolitik, während wir die Phase der „Feminisierung" wegen der fehlenden Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und anderen Strömungen in der Frauenpolitik als Zeit der Anpassung und Sprachlosigkeit charakterisierten. Umstritten sind vor allem Artikel, die sich gegen die damalige Entpolitisierungstendenz in der Frauenbewegung richteten, wie z.B. die Auseinandersetzung mit A. Schwarzer's Buch „Der kleine Unterschied", Verena Stefans „Häutungen", die Selbsthilfe-Lektüre „Hexen, Hebammen..." und unsere Position zur Walpurgisnacht '77.

Im AK 199 setzt Ulr., eine Autorin des ersten Artikels, die Auseinandersetzung fort. Dort versucht sie, ihre Parole „*Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien*" (im AK 193) zu „*entschärfen*". Diese Formulierung sei „*erst in letzter Minute*" von ihr „*ergänzt*" worden, um die Auseinandersetzung zu provozieren. „*Dieses Gedankenspiel verselbständigte sich dann leider derart, daß ich tatsächlich von einer ‚Widerspiegelung gegensätzlicher Konzeptionen' spreche. Stattdessen hätte es heißen müssen: ‚In den zwei Broschüren* (lila Schulungsbroschüre und Statutbroschüre, Anmerk. d. Verf.) *s c h e i n e n sich gegensätz-*
licher Konzeptionen sprechen. Statt-
dessen hätte es heißen müssen: ‚In den zwei Broschüren (lila Schulungsbroschüre und Statutbroschüre, Anmerk. d. Verf.) *s c h e i n e n sich gegensätz-*
liche Konzeptionen ... widerzuspiegeln' — ein nicht geringfügiger ‚kleiner Unterschied", das ist klar" (AK 199).

Frau darf diese nachgeschobene Interpretation von Ulr. wohl als freche Verarschung interpretieren, da der g e s a m t e erste Artikel von Ulr. („Aus alten Fehlern lernen") vom ersten bis zum letzten Satz auf der Behauptung aufbaute, unsere alte und unsere heutige Frauenpolitik stünden in einem antagonistischen Widerspruch zueinander: Damals die böse, sektiererische, durch „Ausrichtungskampagnen" KB-intern durchgepeitschte „ML-Linie". Heute hingegen die gute, erfolgreiche, massenfreundliche „Feminisierungs-Linie".

Ulr. legt auf die Verarschung noch einen drauf, indem sie nun u n s vorwirft, ihre Aussagen im ersten Artikel e r n s t g e n o m m e n zu haben. Wir hätten, schreibt Ulr. im zweiten Artikel, auf ihre Aussagen lieber „*mit Fragen statt mit Rundum-Einschätzungen*" reagieren sollen. Bisher waren wir eigentlich davon ausgegangen, daß frau auch das m e i n t, was sie sagt oder schreibt. Das dürfte vermutlich auch die e i n z i g mögliche Basis sein, um überhaupt noch in e i n e r Organisation ernsthafte Auseinandersetzungen miteinander führen zu können.

Daß es sowieso — trotz Ulr. ungeschicktem Rettungsversuch — immer noch um die Liquidierung unserer alten Frauenpolitik als angebliche „ML-Linie" geht, zeigt nicht zuletzt der (von Ulr. mitformulierte) Antrag der Lesbengruppe auf der letzten Frauen-Vollversammlung zum weiteren Verfahren mit den durch die Artikel aufgebrochenen Widersprüchen. In diesem Antrag werden Beschlüsse und Selbstkritiken verlangt: So soll der Boykottaufruf zur Walpurgisnacht (AK 103) weggestimmt werden, die immer wieder fälschlicherweise behauptete „generelle Absage" an die Selbsthilfe im Artikel „Hexen, Hebammen..." soll zurückgezogen werden und zum A. Schwarzer-Artikel wird gefordert: „*Die durchaus an einigen Stellen richtige Kritik an A.S.* (??) *wird in der lila Broschüre dazu benutzt, um sich mit a n d e r e n Aspekten des Buches nicht mehr auseinanderzusetzen, wird zu einem ‚R u n d u m s c h l a g' gegen A.S. und ihr Buch genutzt. Wichtige Ansätze zur weiblichen Sexualität werden nicht berücksichtigt, richtiges zur Zwangsheterosexualität wird in lesbenfeindlicher Manier zurückgewiesen. Auch hier fordern wir eine Selbstkritik und wünschen uns eine weitere Auseinandersetzung um die Sexualitätsthesen von A.S...*". Dieser Antrag ist auf der letzten Frauen-VV nicht zur Abstimmung gestellt worden, steht aber weiterhin zur Debatte bzw. zur Abstimmung. Frau mag denken was sie will zu diesen Artikeln — die Tatsache, daß hier mit allen Methoden versucht wird, ein Stück Geschichte der KB-Frauenpolitik per Abstimmung zu liquidieren, ist jedenfalls nur die konsequente Fortsetzung des Artikels „Aus alten Fehlern lernen" in der Praxis, samt seines letzten Absatzes „Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien".

Mal abgesehen von anderen weiteren „*unsauberen Formulierungen*", wie Ulr. sich im AK 199 ausdrückt, die „*jede Spekulation*" zulassen, ist das Fazit keineswegs selbstkritisch. Während Ulr. ein ganzes Feuerwerk von Beschuldigungen und Unterstellungen gegen die AG Frauen Hamburg abgebrannt hat und nicht die geringste Bereitschaft bestand, diese Kritik erstmal innerorganisatorisch zur Diskussion zu stellen, werden uns „Rundumschläge" vorgeworfen. Und weil wir einen winzigen Vergleich zur damaligen ZL-Fraktion gezogen haben (die im übrigen tatsächlich zum ersten Mal gegen die „Koexistenz zweier Linien im KB" wetterte), wird jetzt auf die Tränendrüse gedrückt: Dieser Vergleich wirke „einschüchternd", das sei „Stimmungsmache" usw. usf. Vielleicht empfinden einige Genossinnen das wirklich so. Aber solche Empfindlichkeit überrascht doch bei denjenigen, die selbst sehr grobschlächtig unsere alte Frauenpolitik mit dem „ML"-Etikett abstempeln möchten und das in mancherlei sprachlichen Variationen getan haben („ML-Patzer", „ML-Abseits", „ML-Klamotte" — vgl. AK 193). Frau verzeihe uns, aber auch die Scheinheiligkeit, mit der hier einige selbst recht derb auskeilende Genossinnen ihrerseits über „Stimmungsmache" klagen, erinnert uns reichlich an alte „ZL"-Methoden...

Vom „kleinen ABC einer KB-Genossin"

Vom „kleinen ABC einer KB-Genossin"

Im zweiten Artikel von Ulr. („Aus alten Fehlern lernen — was spricht eigentlich dagegen?") wird das „kleine ABC" einer KB-Genossin dargestellt, das wir hier noch einmal zitieren wollen: „ ...,*daß*

+ *das 'Hauptkettenglied' immer noch die aus dem Kapitalverhältnis resultierenden Widersprüche sind,*
+ *eine entsprechende Politik in Betrieb und Gewerkschaft, gegen §218, gegen AKWs und Kriegsgefahr, internationalistische Prinzipien usw. usf. u n v e r z i c h t b a r e r Bestandteil jeder ‚kommunistischen Frauenpolitik' sein muß,*
+ *diese nicht a l l e i n aus der „persönlichen Betroffenheit" zu entwickeln ist,*
+ *die von mir/uns* (*positiv hervorgehobene*) *'Feminisierung' notwendig, aber nicht hinreichend ist ...*".

Dieses „kleine ABC" hatten auch wir bislang im KB vorausgesetzt; es scheint uns allerdings in Widerspruch zu dem Artikel „Aus alten Fehlern lernen" (AK 193) und der tatsächlichen Praxis unserer „feministischen" Genossinnen zu stehen.

Gehen wir nochmal zurück in die Zeit 1976/77, in der die Frauenbewegung (nach der Niederlage mit der Forderung für die ersatzlose Streichung des §218) sich auf dem Rückzug befand. In dieser Zeit erschienen auch die Bücher von A. Schwarzer, erschienen „Häutungen", „Hexen, Hebammen ..." (Selbsthilfe) u.a. Ist es nicht im Sinne des oben zitierten „kleinen ABC", in Zeiten der Entpolitisierung verstärkt auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse (Hauptwiderspruch) zu orientieren? Stattdessen kritisiert der Artikel „Aus alten Fehlern lernen" diese Orientierung und moniert, daß unsere Politik „*möglichst wenig mit dem 'Bauchnabel' zu tun*" haben sollte: „*Wir machten damals vermutlich mehr Frauen-Agitation gegen AKWs* (...) *oder gegen Repression* (*im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal*) *als zu irgendeinem frauenspezifischen Thema*" (AK 193).

Weiter kritisierte Ulr. im ersten Artikel: „*Das Stichwort 'Männergewalt' blieb weiterhin der Propaganda vorbehalten — weitere Ansätze für konkrete Frauenpolitik b e s c h r ä n k t e n* (Hervorhebung durch uns — die Verf.) *sich auf die Klassenfront, insbesondere die Bereiche Betrieb und Gewerkschaft bzw. Internationalismus. So waren wir zwar um Aktionsvorschläge nie verlegen und durch die Umsetzung derselben auch ziemlich in Atem gehalten; eine konkrete Perspektive für unsere Emanzipation als F r a u e n oder gar für die Frauenbewegung konnten wir allerdings nicht vorweisen*". Daß das so platt eben nicht stimmt, zeigt schon ein Blick in das Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs '76 des AK (Seite 97 bis 104). Für viele Arbeitsbereiche haben wir damals (im Gegensatz zu heute!) Perspektiven zu erarbeiten begonnen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Viele Genossinnen in den Hamburger Frauengruppen waren an der Gründung der Frauen-Aktionseinheit beteiligt, die mehrere Jahre aktiv war; wir setzten uns mit den Programmen und der Politik der etablierten Parteien auseinander, der Bezahlung der Hausarbeit und vielen anderen gesellschaftlichen Problemen mehr.

Vergewaltigungen: Ursachen ... und Widerstand

Auch beim Thema Vergewaltigung bzw. Walpurgisnacht nimmt es Ulr. nicht so genau mit der Einhaltung des von ihr selbst in AK 199 formulierten „kleinen ABC". Zunächst geht Ulr. bei dieser Frage von dem theoretischen Ansatz aus: „*Im Gegensatz zu Dir* (gemeint ist Ul. — Anm. d. Verf.) *sehe ich die Ursache von Vergewaltigung jedoch nicht im Kapitalismus. Sicherlich sorgt die bürgerliche Gesellschaft dafür, daß die allermeisten Leite in irgendeiner Form sexuell verklemmt oder einfach 'kaputt' sind. Doch speziell Vergewaltigung: die hat es doch auch schon vor dem Kapitalismus gegeben! ... Und: Hast Du schon mal davon gehört, daß eine Frau einen Mann vergewaltigt hätte?! Deshalb muß die Ursache im Patriarchat liegen*" (aus Ulr.'s Buchbeitrag in „Frauen in linken Organisationen"). Diese Position ist uns auch bekannt aus der Frauenbewegung. Wir gehen davon aus, daß der Kampf gegen Vergewaltigungen für die KB-Genossin an zwei Fronten stattfindet. Vergewaltigungen und andere Gewalt gegen Frauen (Schlagen etc.) sind Ausdruck der herrschenden Verhält-
gegen Vergewaltigungen für die KB-Genossin an zwei Fronten stattfindet. Vergewaltigungen und andere Gewalt gegen Frauen (Schlagen etc.) sind Ausdruck der herrschenden Verhält-
nisse und spiegeln ein Verhältnis zwischen Unterdrückern und Unterdrückten wieder. Im Kampf gegen den einzelnen Vergewaltiger (den wir zweifellos für wichtig halten) z.B. vor Gericht, schlägt uns immer wieder die Gesetzgebung und die frauenverachtende Ideologie der Herrschenden entgegen. Der Kampf gegen den einzelnen Vergewaltiger kann in unserer Gesellschaft immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein; deshalb müssen wir unsere wesentliche Kraft darauf richten, die U r s a c h e n zu bekämpfen, die konkret nun einmal doch in erster Linie in der Klassengesellschaft liegen. Das bedeutet selbstverständlich n i c h t, daß „nach der Revolution" schlagartig keine Vergewaltigungen mehr vorkommen. Immerhin würden beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aber wesentliche soziale Bedingungen von Vergewaltigung abgebaut werden.

Das heißt aber nicht, daß wir nicht auch heute schon damit anfangen können, überall und in allen Fragen uns für die Emanzipation der Frauen einzusetzen; auch die propagandistische Seite unserer Arbeit z.B. bei Vergewaltigung mit der konkreten praktischen Komponente zu verknüpfen (z.B. die Unterstützung von Frauen im Prozeß o.ä.). Aber wir müssen uns über den Stellenwert dieser Arbeit im klaren sein, darüber, daß es auch hier Prioritäten oder, anders gesagt, Haupt- und Nebenseiten gibt.

Die Sache mit der Walpurgisnacht

Doch bleiben wir noch ein bißchen bei der Theorie von Ulr. und deren praktischen Konsequenzen, die wir an der Walpurgis-Nacht deutlich machen wollen. Unabhängig von Ort, Zeit und Bedingungen kommt Ulr. zu folgender Beurteilung der Walpurgisnacht '77: „*Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang allerdings die U r s a c h e n für die damaligen Fehler* (*was 'unsere' Walpurgisnacht betrifft, ist ganz klar: Es fehlte uns der Bezug zum 'Thema' — wir, die Genossinnen, fühlten uns einfach n i c h t b e t r o f f e n*)". Im Artikel von Ulr. findet die Walpurgisnacht ausschließlich positive Zustimmung: sie wird als die „*größte Anti-Vergewaltiger-Aktion*" hochgejubelt (würde uns Ulr. nicht zustimmen wollen, daß das Brüsseler Tribunal „Gewalt gegen Frauen" noch viel bedeutender und größer war — oder ist das wieder nur „*unsauber formuliert*"??), während die damalige Ausrichtung durch den Münchner Kongreß, d.h. die z.T. zweideutigen oder gar reaktionären Parolen, und unsere Auseinandersetzung damit durchweg als „ML-Linie" kritisiert werden. Kein Satz in Ulr.'s Ausführungen weist daraufhin, welchen Stellenwert s i e der Walpurgisnacht insgesamt beimißt. Anscheinend geht es Ulr. einzig und allein darum, die Walpurgisnacht als diejenige „Aktion" zu deklarieren, die gegen Gewalt an Frauen von allergrößter Bedeutung ist.

Wie aber sahen die Walpurgisnacht-Aktionen seit 1977 aus? Wir wollen hierzu noch einmal aus den Jahren '79/80 zitieren; bislang steht diese Einschätzung unwidersprochen im AK 177 (eine ausführliche Bilanz planen wir auch für dieses Jahr): „*Insgesamt betrachtet hat sich im Vergleich zu den Vorjahren am Charakter der Demonstrationen nichts geändert. Noch mehr als früher fanden Demos fast ausschließlich zum Gaudi der Teilnehmerinnen statt. In den Flugblättern — sofern sie überhaupt gemacht wurden — wird in der Regel nicht auf Hintergründe und gesellschaftliche Bedingungen von Vergewaltigung und anderen Formen körperlicher Gewalt gegen Frauen eingegangen*". Und zu 1980 schrieben wir: „*In allen Städten, aus denen uns Berichte vorliegen, stagnierten oder sanken die Teilnehmerinnenzahlen. Auf allen Demonstrationen waren kaum noch Transparente zu sehen oder Parolen zu hören, die Hexentänze, Gekreisch und Klamauk dominierten...*" (AK 177). Wenngleich wir nicht bestreiten wollen, daß in der praktischen Arbeit (und sicher auch in der Umsetzung des Boykottaufrufs) zur Walpurgisnacht 1977 sektiererische Fehler von uns gemacht worden sind, halten wir doch das Beispiel Aachen wie Ulr. es in AK 193 darstellt, für eine unzulässige Verallgemeinerung.

Die Bilanz der bisherigen Entwicklung der Walpurgisnacht bestätigt zudem doch wohl total unsere anfängliche Einschätzung dieses Unternehmens, oder? Die ausschließliche Kon-
Die Bilanz der bisherigen Entwicklung der Walpurgisnacht bestätigt zudem doch wohl total unsere anfängliche Einschätzung dieses Unternehmens, oder? Die ausschließliche Kon-
zentration auf den Kampf gegen den Mann als Vergewaltiger (ohne ein Wort zu den gesellschaftlichen Zusammenhängen und ohne ein Wort zu anderen Formen von Gewalt gegen Frauen) hat sich tatsächlich als unfruchtbar und perspektivlos erwiesen. Daß die Walpurgisnacht inzwischen zum zwar für die Teilnehmerinnen vielleicht noch heiteren, ansonsten aber nach außen nicht einmal mehr inhaltlich vermittelten Klamauk heruntergekommen ist, liegt in der inneren Logik dieses Konzepts selbst für das Anlagen im allerengsten Sinn (Kampf gegen Vergewaltiger) als nicht sehr nutzbringend. Und selbstverständlich ist es gar kein Zufall, daß sich inzwischen nicht die Walpurgisnacht, sondern der 8. März (mit einer viel breiter gefächerten „kopfpolitischen" Thematik) als Frauenaktionstag mit relativem „Masseneinfluß" durchgesetzt hat.

Unsere Frauenpolitik kann nur dann revolutionär und effektiv sein, wenn die Agitation und Propaganda mit dem Ziel geführt werden, eine Massenarbeit zu entwickeln (d.h. möglichst viele Frauen zu erreichen) und eine breit angelegte Aufklärungsarbeit zu betreiben, was natürlich auch bedeutet, die Ursachen zu benennen. Solange wir keine eigenen Aktivitäten und Aktionsformen gegen die Gewalt gegen Frauen entwickeln und darüber diskutieren, wie wir dies mit möglichst breiten Bündnissen zustande bringen, solange werden wir auf Aktionen anderer Gruppen schielen.

Noch einige Worte zu der Geschichte mit der angeblich fehlenden „persönlichen Betroffenheit", die insbesondere bei den Vergewaltigungen angeführt wird und sogar als „Ursache" für unsere Nichtbeteiligung an der Walpurgisnacht '77 herhalten muß. Ulr. behauptet, diese „Betroffenheit" sei bei uns erst mit der Diskussion um den „Schrei aus der Stille" entstanden. Wenngleich wir es peinlich finden, weil Du es besser weißt, wollen wir Dich darauf hinweisen, daß ausgerechnet eine von uns in dieser Zeit wesentlich die Leserbriefe mit verfaßt hat und ihre eigene Vergewaltigung öffentlich gemacht hat. Und wie aus dem Leserbrief zu erfahren ist, war nicht die „neue Betroffenheit" der Anlaß der Veröffentlichung, sondern bestimmte Verhaltensweisen gegenüber vergewaltigten Frauen, die kritisiert wurden. Nun mag es sein, daß Ulr. selbst erst zu diesem Zeitpunkt ihre Betroffenheit erkannt hat, wir halten allerdings ihre ständige Verallgemeinerung für anmaßend und unsolidarisch.

Das „kleine ABC" — für die Lesbenpolitik nicht verbindlich?

In unserem Artikel „Für eine 'Linie' in der KB-Frauenpolitik" kritisierten wir die letzten 1 1/2 Jahre, d.h. die Phase der von Ulr. gefeierten „Feminisierung" des KB; selbstkritisch nahmen wir zu der fehlenden Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und anderen Fragen Stellung. Daraus wird heute gerne gemacht, wir hätten Ulr. unterstellt, sie wolle gar keine Auseinandersetzung führen. Inzwischen sind wir etwas weiter und wissen, daß wir tatsächlich ein unterschiedliches Politikverständnis in Sachen Auseinandersetzung haben. Auf die Frage der fehlenden Auseinandersetzung auch auf den Lesbenseiten antwortet Ulr. uns folgendes: „*....doch von wem werden die denn gelesen? Leider müssen wir* (*noch*) *davon ausgehen, daß der AK zu ca. 95% von Hetero-Frauen* (*bzw. Männern*) *gekauft wird; folglich hat die Anklage des He-Terrors im allgemeinen, bzw. der Lesbenfeindlichkeit der Frauenbewegung im besonderen einen zentralen Stellenwert g e r a d e im Sinne der vielbeschworenen 'Auseinandersetzung*" (AK 199). Da stellt sich für uns die Frage, ob es heute tatsächlich zum „kleinen ABC" einer lesbischen Genossin gehört, daß der bestehende Widerspruch zwischen Lesben und Heteras zum H a u p t widerspruch auf den AK-Lesben-Seiten gemacht wird? Dieser Logik zufolge müßten wir beispielsweise die Seiten Betrieb und Gewerkschaft ausschließlich dem Fluchtproblem („Aussteigern") widmen, anstelle der Artikel gegen Lohnraub in den Tarifrunden oder zur kapitalistischen Rationalisierungspolitik. Dies könnten wir beliebig auf andere Fragen übertragen.

Von Ulr. wird gern hervorgehoben, daß es ausgerechnet die KB-Lesben seien, die in der autonomen Frauenbewegung offen als Kommunistinnen bzw. als KB-Frauen auftreten. Wo

Von Ulr. wird gern hervorgehoben, daß es ausgerechnet die KB-Lesben seien, die in der autonomen Frauenbewegung offen als Kommunistinnen bzw. als KB-Frauen auftreten. „*Wo dies* (*in den letzten zwei Jahren*) *trotz allem versucht wurde, waren die Erfahrungen überraschend gut; auch wir* (die Autorinnen) *haben uns möglichst offensiv mit den Ängsten der Bewegungsfrauen vor 'den Organisierten' auseinandergesetzt — mit Erfolg!*" Sicher kann das „Untertauchen" in bestimmte Bewegungen auch eine Erscheinung der Krise und Ausdruck der Entpolitisierung sein. Andererseits bringt aber auch die Politik der inhaltlichen A n p a s s u n g an bestimmte Bewegungen (was dann als „KB-Politik" verkauft wird) weniger Auseinandersetzung mit sich und ist ebenfalls Ausdruck von Entpolitisierung, was unserer Meinung nach auf die Lesbenseiten zutrifft. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Ulr. und andere Genossinen der Lesbengruppe in ihrem Rechenschaftsbericht oder anderen KB-internen Berichten kein Wort darüber verloren haben, daß in der „Lesbenstich"-Redaktion offensichtlich seit einigen Wochen die Widersprüche toben. Im „Lesbenstich" Nr. 1/81 jedenfalls sind 12 Seiten der Auseinandersetzung um die angebliche Dominanz der KB-Lesben gewidmet. Ebenso gibt es zwischen autonomen Lesben und den KB-Lesben auf den Vorbereitungstreffen zum Lesben-Tribunal Widersprüche, wozu im AK nichts zu lesen ist, sodaß die KB-Frauen eher von unorganisierten Lesben darüber informiert werden, als von den eigenen Genossinnen. Wie uns Ulr. mitteilte, ist die Auseinandersetzung um diese Fragen uninteressant für den KB. Ihrer Meinung nach sollen die Auseinandersetzungen dort geführt werden, wo sie auftreten, also ausschließlich in der Lesbenbewegung. Wir hingegen glauben, daß diese Auseinandersetzung deshalb nicht in den AK paßt, weil Ulr. eine andere Einschätzung zum Antikommunismus in der Frauenbewegung hat, fordert sie doch in dem Artikel „Aus alten Fehlern lernen": „*Wir können uns allerdings nicht der Version des 'Rechenschaftsberichts' anschließen, derzufolge wir die allerersten O p f e r waren, unsere Arbeit im wesentlichen torpediert wurde ... Wenn wir heute wieder daran erinnert werden* (...), *sollten wir endlich aufhören, uns in die Pose der diskriminierten K-Gruppe zu begeben*". Im „Lesbenstich"-Streit geht es jedoch aktuell genau um d i e s e Problematik: Die KB-Lesben würden zuviel Artikel schreiben, überhaupt sei der „Lesbenstich" zu links und zu „kopfpolitisch". In einer ersten Reaktion darauf bezichtigte sich der Rest der Redaktionsfrauen postwendend selbstkritisch einer übermä-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 28

ßigen „Männerfreundlichkeit" ... Und das alles soll die AK-Leserinnen nichts angehen?!...

Wie sagte doch schon Mao?: **„Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf, denn er ist die Waffe, mit der wir die Einheit innerhalb der Partei und innerhalb der revolutionären Organisationen im Interesse unseres Kampfes herbeiführen. Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen. Der Liberalismus aber verzichtet auf den ideologischen Kampf und tritt für einen prinzipienlosen Frieden ein; das Ergebnis sind ein modriges, spießbürgerliches Verhalten und die politische Entartung gewisser Einheiten und Mitglieder der Partei und der revolutionären Organisationen"** („Gegen den Liberalismus").

a. und Ul./Hamburg

Wer's nicht im Kopf hat, muß es im Bauch haben?

Weiblichkeitswahn – Nein danke!

Zuerst einmal: Ich teile Bx.'s Meinung, daß es für Frauen notwendig ist, über Sprachstil, Verhaltensweisen etc. von Typen zu diskutieren, erst einmal zu entdecken, welche diesbezüglichen Mechanismen in dieser Gesellschaft, incl. den politischen Gruppen, vorhanden sind und wie sie wirken. Diese Wirkung erzielen nun aber i.a. nicht die Typen durch ihr makker-, chauvi- oder sonstiges Verhalten a l l e i n, sondern das ganze funktioniert eben deshalb gut, weil auf der weiblichen Seite die passenden a n d e r e n Eigenschaften vertreten sind (wie Schüchternheit, mangelndes Selbstvertrauen u.a.), die dafür sorgen, daß die Männer ihren Stil – wenn schon nicht mehr im Glanz weiblicher Bewunderung, so doch zumindest unangefochten – durchziehen können. Indem frau aber diese Mechanismen durchschaut, gerät deren Wirksamkeit jedenfalls bei ihr selbst schon erheblich ins Wanken und es sind die Bedingungen geschaffen, auf deren Grundlage frau es möglich sein könnte (in Bezug auf die Sozialistische Konferenz und ähnliche Versammlungen), selbst in die Diskussion einzugreifen, die Diskussionsbeiträge auf das zu reduzieren, was wirklich an Inhalten drinsteckt (es muß sich ja nicht n u r um Schaumschlägerei handeln) und die hervorragendsten Schwätzer als solche bloßzustellen. Nicht zuletzt wären dadurch auch die Bedingungen besser, die eigenen politischen Ziele umzusetzen.

Das geht natürlich alles nicht so schnell und so einfach, soll aber deutlich machen, welchen Sinn ich in dieser Art von Diskussion sehe und daß ich in diesem Sinn solche Diskussionen weder für überflüssig noch für unpolitisch halte.

Es ist allerdings auch möglich, solche Diskussion mit einer anderen Tendenz zu führen, die m.M.n. Bx. eher im Sinn hat. Wenn Ul. kritisiert: *„ ... da haben wir nun w i e d e r e i n m a l zusammengesessen, um s t u n d e n l a n g den Sprachstil der Typen zu diskutieren und b e j a m m e r t, daß die Frauen sich nicht einbringen k ö n n e n."* (Hervorh. von mir), dann geht das m.E. dagegen, daß diese Diskussion in sich selbst stehenbleibt, daß es z.B. gar nicht mehr darum geht, w a s frau denn „einbringen" wollte, wenn sie sich „einbringen" könnte. Es wird eine „Unmöglichkeit" konstatiert, wo lediglich erschwerte Bedingungen vorliegen; was aber unmöglich ist, braucht frau erst gar nicht mehr anzugehen. Und wer macht es unmöglich? Die Männer. Jede Argumentation, daß auch die Frauen vielleicht nicht ganz optimal agieren, ist als „frauenfeindlich" tabuisiert. Dabei ist dieses „kann ich nicht" und „mann läßt mich nicht" weibliches Verhalten par excellence und gehört zu den Dingen, die von u n s e r e r Seite aus abgeschafft werden müssen. Nach Bx.'s Logik könnte eine Änderung eigentlich nur von den Männern selber ausgehen; diese Haltung wird bei ihr auch deutlich, wenn sie ihre Enttäuschung über den Stillstand der Geschichte ausdrückt: *„Was hat sich eigentlich seitdem (seit 68) bei den linken Kerlen geändert? (...) Und sie schämen sich nicht, gleiche Formen zu benutzen, gegen die sich schon '68 die SDS-Frauen wehrten. Formen, die es den meisten Genossinnen unmöglich machen, sich aktiv zu beteiligen".* Wieso versetzt es gerade Bx. als erklärte Feministin in Verwunderung, daß die Typen nicht inzwischen in sich gegangen sind und sich freiwillig gebessert haben?

Es hat natürlich eine gewisse Berechtigung, sich über den mangelhaften Bewußtseinsstand der linken Männer zu beklagen – es ist ja traurig genug –, aber es bringt uns letztlich über das Erkennen dieses Zustands hinaus nicht weiter. Frau kann schließlich nicht solange warten, bis mann sich grundlegend geändert hat und damit alle Steine, die ihrer aktiven politischen Mitarbeit (an Projekten bzw. in Gruppen, wo auch Männer arbeiten) im Wege liegen, aus diesem geräumt hat und sich währenddessen beruhigt sagen: Ich kann ja nichts dafür, daß ich nichts mache(n kann), die Chauvis machen es mir ja unmöglich. In diesem Sinn muß frau sich auch fragen, inwieweit die linken F r a u e n heute eigentlich wirklich weiter sind als die SDS-Genossinnen von '68.

Mit Bx.'s Antithese/Synthese-Modell stimme ich also insofern überein, als ich auch der Meinung bin, daß ein bestimmter Bewußtwerdungsprozeß über Unterdrückungsformen in Gruppen, Organisationen u.ä. die Vorstufe zu einer effektiveren, emanzipierteren (oder wie auch immer frau es bezeichnen will) politischen Arbeit sein kann und in diesem Sinn auch zeitweise einen relativen Schwerpunkt bilden kann. Allerdings halte ich es für gefährlich, wenn sich dieser Aspekt verselbständigt und das ursprüngliche Ziel der Arbeit aus dem Auge verloren wird. (Der Begriff „Vorstufe" ist dabei etwas mißverständlich; gemeint ist, daß die Bedeutung dieser Erfahrung mit der Zeit geringer, weil selbstverständlicher wird und daß eben der Prozeß insgesamt in die weitergehende politische Zielsetzung eingeordnet ist).

Bx.'s Verständnis von Synthese ist ein anderes und in gewisser Weise auch konsequent; da einerseits die Männer es den Frauen unmöglich machen, an ihrer Art von Politik teilzunehmen, sie sich andererseits auch nicht von selbst bessern, bleibt nur die Lösung, aus der Not eine Tugend zu machen und zu beschließen, daß frau das, was sie nicht kann, weil mann sie nicht läßt, ja auch gar nicht will. Die Synthese („zweiter Schritt") von Bx. ist („wäre!") dann „die Entwicklung einer Alternative" und zwar einer spezifisch weiblichen. Sehr schön. Nur leider wird über diese ominöse Alternative nicht viel mehr klar, als daß es etwas grundsätzlich anderes sein muß, als was die Männer machen. Denn nach Bx. kann „E-Mann-zipation" nicht heißen, sich die „Qualitäten" der Männer zuzulegen; und wenn die eine oder andere Frau das doch tut, so wie manche von uns „Polit-Frauen", dann ist sie nicht etwa emanzipiert, sondern patriarchal verseucht. Bx.'s Verständnis von „männlichen" und „weiblichen" Qualitäten geht dabei schon fast ins Biologistische: Was Männer tun und können, ist per se schlecht, während das „unverfälscht" (nicht durch „patriarchalische Strukturen verdorbene") Weibliche gut ist. Abgesehen davon, daß in unserer Gesellschaft kaum etwas denkbar ist, was n i c h t durch „patriarchalische Strukturen" geprägt ist, ist auch diese Bewertung der „Qualitäten" ganz unsinnig. Wenn z.B. Männer es in der Regel eher gelernt haben, ein Auto (bzw. für die Ökologen ein Fahrrad) zu reparieren, so halte ich das für eine durchaus nützliche Fähigkeit, die zu beherrschen auch für Frauen erstrebenswert ist, ganz unabhängig davon, ob sowas gemeinhin als „männlich" gilt. Oder, wenn Männer es eher gelernt haben, daß sie, wenn sie eine Meinung haben, diese auch sagen, dann ist nicht einzusehen, warum Frauen, die sich das nicht trauen, nicht versuchen sollten, da auch hinzukommen. Sollen sie stattdessen ihr Schweigen zu einer besonderen weiblichen Tugend und damit zur Ideologie erklären? Es ist falsch, Eigenschaften und Verhaltensweisen nach den Kriterien männlich/weiblich zu sortieren und dann nach demselben Schema auch zu bewerten; frau muß schon inhaltlich entscheiden, welche sie bekämpfen und welche sie sich aneignen will. Ansonsten liefe auch diese Position wieder darauf hinaus, daß frau – vorausgesetzt, sie hat sich ihre weibliche Ursprünglichkeit bewahrt – für sich jede Veränderung und Verantwortung ablehnt.

Bei Bx. ist die Frauenunterdrückung praktisch identisch mit Chauvi-Verhalten – und zwar bei Männern wie bei Frauen. Bei den Frauen (insbesondere den linken) reproduziert sich das „Patriarchat" demnach nicht in der Heranziehung sog. „weiblicher" Eigenschaften, sondern darin, daß sich auch Frauen mackerhaftes Verhalten aneignen, andere Frauen kleinhalten, überfordern, totreden. Sowas gibt's; Bx. weiß, wovon sie spricht. Da sie aber die Behinderung der Frauen durch ihre „traditionellen" Verhaltensweisen nicht sieht, gewinnt dieser Aspekt bei ihr ein unzulässiges Gewicht.

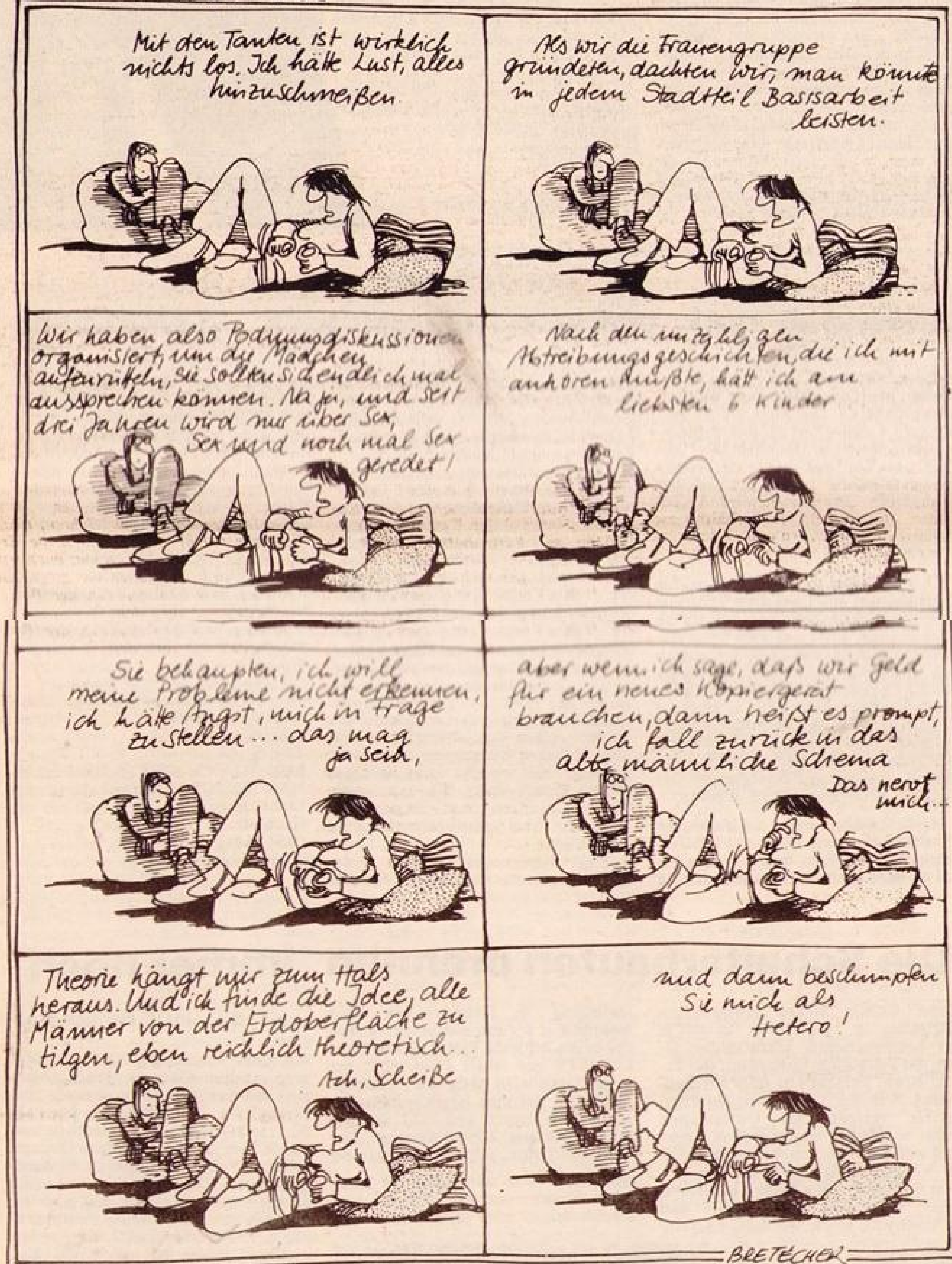
Obwohl Bx. meint, mit ihrem Artikel für die Bedürfnisse und Interessen der Nicht-KB-Frauen einzutreten, bin ich der Meinung, daß ihre Haltung diesen Frauen gegenüber im Grunde ziemlich arrogant ist. Nicht nur, daß sie als irgendwie ein bißchen zurückgeblieben dargestellt werden; sie geht anscheinend auch davon aus, daß jede „normale" Frau Selbsterfahrung und Betroffenheitsdiskussionen für den Gipfel politischer Aktivität hält und nur dadurch wirkliche Befriedigung erlangt; daß solche Frauen nur kurzen Terminen und kleinen Gruppen gewachsen sind und nicht vielleicht d e s w e g e n gefrustet sind, weil i n h a l t l i c h wenig dabei rausgekommen ist. Bx. selbst scheint es schon zu reichen, wenn Frauen sich zusammensetzen zu einem zwanglosen Erfahrungsausplausch; das ist dann „ein un heimlich toller Erfolg". Bx. schreibt, der erste Schritt sei die „Infragestellung des Chauviverhaltens", der zweite die „Entwicklung einer Alternative" bzw. der „Schritt zu einer Gegenstrategie". Über Inhalte und Ziele von „Alternative" bzw. „Gegenstrategie" wird jedoch bedauerlicherweise nicht viel mitgeteilt, aber das wäre auch vielleicht zuviel verlangt, weil wir ja das „Wesen der Frauenpolitik" noch gar nicht begriffen haben. Über dieses Wesen ist lediglich bekannt, daß es kein „Aufguß der Männerpolitik" ist, und zwar weder formal noch inhaltlich. Bevor wir aber loslegen können mit der Entwicklung linker Frauenstandpunkte (über das Infragestellen des Chauvi-Verhaltens h i n a u s), müssen wir dieses Wesen erstmal durchschaut haben, und dazu wiederum bedarf es der *„Verbindung zwischen den Erkenntnissen des Feminismus und offensichtlichen Lükken beim Marxismus".*

Es ist mir allerdings unverständlich, wie so eine Verbindung (von der ich mal gutwillig annehme, daß Bx. damit eine theoretische Einordnung der Frauenbewegung in den Marxismus-Leninismus meint) zustandekommen soll, wenn nicht auf dem Wege über Untersuchungsarbeit und die Entwicklung „linker Frauenstandpunkte" in einzelnen Fragen. Wollte frau ernsthaft mit der Entwicklung solcher Standpunkte solange warten, bis ein weiblicher Marx oder Lenin sein Lebenswerk abgeschlossen hat, würde das zwangsläufig die Blockierung jeder kommunistischen Frauenarbeit bedeuten. Besonders absurd – angesichts dieses Anspruchs – werden dabei Bx.'s Klagen über die Abgehobenheit der „Kopffrauen".

Eine Frage, die sich bei der Lektüre von Bx.'s Artikel stellt, ist die nach ihrem Verhältnis zum KB, den dort organisierten Männern einerseits und den Frauen andererseits (diese Fragestellung soll nicht bedeuten, daß ich ihr ein taktisches Verhältnis zum KB unterstelle). Die Aussagen in ihrem Artikel sind da ja durchaus widersprüchlich. Als besondere Vorzüge des KB gegenüber anderen Organisationen führt sie an: die innerorganisatorischen Frauenkämpfe, das Frauenstatut und die Krisendiskussion – alles Dinge, die für mich ihren Wert nicht aus sich selbst beziehen, sondern in Hinblick auf die KB-Politik insgesamt. Es wäre schließlich nicht sehr sinnig, wenn frau die Mitarbeit in einer Organisation i n e r s t e r L i n i e davon abhängig macht, wie gut dort die Kampfbedingungen gegen die Genossen sind. Wenn ich mich schon mit Männern zusammen organisiere, dann, weil ich mit ihnen zusammen P o l i t i k m a c h e n will. Und wenn ich dann was gegen die Chauvis in dieser Organisation unternehme, dann deshalb, weil ich mir davon im Endeffekt eine bessere Zusammenarbeit sowie eine bessere Arbeit insgesamt erhoffe.

Während die KB-Männer in Bx.'s Artikel nur als dankbares Kampfziel auftauchen, kommen die KB- (und andere Kopf-)F r a u e n noch schlechter weg (wobei offen bleibt, w e r da im KB eigentlich die gloriosen Frauenkämpfe inszeniert haben soll). Selbst der KB-Frauenkampf-Vorsprung gereicht uns im Grunde nicht zum Guten, denn so ein Vorsprung wirkt ja unterdrückerisch auf jene, die ihn noch nicht haben. „Männer-Macht-Strukturen" haben sich bei uns Frauen eingeschlichen; die organisierten und „Kopf-Frauen" dominierten voll den ersten Tag der Sozialistischen Frauenkonferenz, die Befürchtungen der anderen Frauen, daß das Frauentreffen genauso abgehoben wie die Sozialistische Konferenz ablaufen würde, waren demnach voll berechtigt gewesen; wir nehmen mit unseren (organisierten) Strukturen anderen Frauen den Atem und fördern dadurch (berechtigte?) Opposition; wir erschweren anderen die Mitarbeit; unser politisches Blickfeld ist eingeschränkt. Kurz: wir sind „durch patriarchalische Strukturen verdorben". Wäre es unter diesen Bedingungen nicht das Beste, die letzten unverdorbenen Reste zusammenzuraffen und dem Bannkreis dieser patriarchalischen Monster zu entfliehen?

Co., AG. Frauen Hamburg





Westberlin: Pädosexueller kandidert für die Alternative Liste

Für die Alternative Liste (AL) in Westberlin wird zum ersten Mal in der Geschichte der alternativen Wahlbewegung ein offen auftretender Pädosexueller kandidieren. Es ist Dieter F. Ullmann, Vorstandsmitglied der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP). Dieter ist vor kurzem wegen einvernehmlicher Sexualität mit Knaben zu 2 1/2 Jahren Knast ohne Bewährung nach den §§ 174, 175 und 176 Strafgesetzbuch verurteilt worden und sitzt zur Zeit seine Strafe in einer Westberliner Haftanstalt ab. Dieter wurde auf Vorschlag des Schwulenbereiches der AL auf Platz 6 in Neukölln für das Abgeordnetenhaus nominiert.

Ist Wahlbehinderung im „Vollzugsinteresse" der Justizverwaltung?

Zu einer Wahlveranstaltung der AL am 27.3. hatte Dieter Sonderausgang Zu einer Wahlveranstaltung der AL am 27.3. hatte Dieter Sonderausgang beantragt. Dieser wurde kurz vor der Veranstaltung ohne Begründung abgelehnt!

Eine schriftliche Begründung, die ihm 14 Tage n a c h der Veranstaltung zugehen sollte, liegt ihm bis h e u t e n i c h t vor.

Lediglich in einem Telefonat konnte sich die Teilanstaltsleitung zu einer mündlichen Begründung bewegen lassen: Laut § 35 Strafvollzugsgesetz sei Sonderausgang nur zu gewähren, wenn dieser im Vollzugsinteresse liege. Dies kann wohl nichts anderes heißen, als daß es nicht im „Vollzugsinteresse" ist, wenn ein Strafgefangener die ihm noch gebliebenen Rechte (in diesem Fall das aktive Wahlrecht) wahrnehmen will!

Auf der oben genannten Wahlveranstaltung der AL wurde ein Tonband mit einem Beitrag von Dieter abgespielt und eine entsprechende Protestresolution verabschiedet.

Desweiteren hat Dieter in einem ‚Offenen Brief' an die Justizverwaltung gegen diese Schikanen protestiert. Weitere Anträge auf Sonderausgang sind völlig ignoriert worden!

Heftige Diskussion über die ersatzlose Streichung der §§ 174 und 176

Eine heftige Diskussion über das Für und Wider der ersatzlosen Streichung der §§ 174 und 176, die einvernehmliche Sexualität zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unter Strafe stellen, entbrannte auf der Mitgliederversammlung der AL zur Wahlplattform am 19.3. Der Schwulenbereich hatte im schwulen Teil der Wahlplattform die ersatzlose Streichung dieser Paragraphen gefordert.

Von Ernst Hoplischek und anderen Gegnern dieser Forderung wurde eingewandt, daß die ersatzlose Streichung der Paragraphen in der AL nicht konsensfähig sei und es darum bereits 1979 heftige Diskussionen gegeben habe. Der AL-Schwulenbereich habe damals eine Abstimmung durchgepowert, die nicht von der ganzen AL getragen worden sei. Der Schwulenbereich versuche hier erneut die ersatzlose Streichung der Paragraphen durchzusetzen, obwohl ein Großteil der AL-Mitglieder über diese Thematik nicht genügend informiert sei.

Dem hielt ein Mitglied der DSAP entgegen, daß es schon merkwürdig sei, daß angesichts der Tatsache, daß der Schwulenbereich zum Thema Pädosexualität ein Seminar abgehalten und eine 68 Seiten starke Broschüre zu diesem Thema herausgegeben hat, von Uninformiertheit der AL-Mitglieder die Rede sei. Desweiteren würden die Paragraphen ja nicht nur gegen Erwachsene, sondern auch g e g e n Jugendliche angewandt, die mit Kindern unter 14 Jahren Sexualität praktizieren. Bei dem § 180 Abs. 1, dessen Abschaffung der Schwulenbereich ebenfalls fordere, ginge es darum, daß über diesen Paragraphen das Dulden (durch Erwachsene bzw. Erziehungsberechtigte) von sexuellen Spielen bei Kindern u n t e r e i n a n d e r unter Strafe gestellt werden könne.

In einer Steglitzer Kita wurden aus einem solchen Grund vor kurzem drei Erzieherinnen vom Dienst suspendiert und ein Ermittlungsverfahren nach § 180 Abs. 1 und § 176 eingeleitet.

In zwei weiteren Beiträgen wurde von Mitgliedern der DSAP auf die strafrechtliche Handhabung nach der französischen Revolution und dem heutigen Sexualstrafrecht eingegangen. Bei der anschließenden Abstimmung über diesen Teil der schwulen Wahlplattform gab es eine knappe Mehrheit g e g e n die ersatzlose Streichung der Paragraphen 174 und 176. Beim anschließenden Suchen nach einem konsensfähigen Passus gab es einen unschönen Zwischenfall: Nachdem der Kinderbereich der AL einen Passus vorgetragen hatte, der die Reformierung des Sexualstrafrechts, allerdings ohne Benennung der §§ 174 und 176, vorgetragen hatte, wollte die Diskussionsleitung hierüber möglichst schnell eine Abstim- te, wollte die Diskussionsleitung hierüber möglichst schnell eine Abstim-mung durchziehen. Erst auf Grund von heftigem Protest der AL-Schwulen konnte dann auch der Schwulenbereich seinen Kompromißvorschlag vortragen, der identisch ist mit dem Passus des Grünen Programms:„*Der § 175 muß ersatzlos gestrichen werden. Die §§ 174 und 176 sind dahingehend zu ändern, daß sexuelle Handlungen nur dann unter Strafe zu stellen sind, wenn bei deren Ausübung Gewaltanwendung oder Mißbrauch der Stellung vorliegt.*" Daraufhin zog der Kinderbereich seinen Vorschlag zurück und der Kompromißvorschlag des Schwulenbereichs fand bei der entsprechenden Abstimmung eine große Mehrheit.

F.D.P. buhlt wieder um homosexuelle Stimmen

Es ist wieder soweit! Es sind Wahlen und die F.D.P. entdeckt erneut die Homosexuellen. Schwuler/Lesbe wird dann wohl auch wieder mit dem einen oder anderen schwulen Jungdemokraten (Schwudos) konfrontiert werden, der dann wieder vehement vertreten wird, daß unsere Stimme nirgendwo besser aufgehoben ist, als bei der F.D.P. Im Bundestagswahlkampf hatte bereits die F.D.P. in Anzeigen, die fast in allen Homomagazinen und der Frauenzeitung „Emma" zu finden waren, u.a. die Abschaffung des § 175 versprochen. Geblieben ist von diesem Wahlversprechen bekanntlich nicht sehr viel, da diese Forderung bei den Koalitionsverhandlungen unter den berüchtigten Teppich gekehrt wurde, unter maßgeblicher Beteiligung der SPD versteht sich.

In dem Wahlprogramm der F.D.P. zu den Westberliner Abgeordnetenhauswahlen versucht sie ihre Liberalität gegenüber den Schwulen und Lesben damit unter Beweis zu stellen, daß sie es ja gewesen sei, die 1969 die Reformierung des § 175 durchgesetzt habe und damit „...*den größten Druck von unseren homosexuellen Mitbürgern genommen (habe). Dennoch werden sie im beruflichen und öffentlichen Leben nach wie vor diskriminiert. Deshalb fordert die F.D.P.:*

– Selbstverwaltete Informations- und Beratungsstellen für Homosexuelle sollen Hilfen für die Betroffenen bereitstellen und ein aufgeklärtes Verständnis in der Öffentlichkeit erzielen." Dies werden die Schwulen- und Lesbengruppen auch ohne die Forderung der F.D.P. tun. Viel interessanter wäre es da doch zu wissen, ob die F.D.P. sich auch für deren finanzielle Unterstützung im nächsten Abgeordnetenhaus einsetzen will? Davon steht allerdings nichts im Wahlprogramm. Desweiteren fordert die F.D.P.(wie schon bei den Bundestagswahlen) die Entschädigung schwuler KZ-Opfer und die Streichung des § 175.

Warten wir es ab, wie die F.D.P. nach den Wahlen in Westberlin diesmal das Nichteinhalten ihrer Wahlversprechen ihren homosexuellen Wählern verkaufen will.

Fr., Westberlin, Schwulengruppe des KB

Rosa Flieder



Im Gegensatz zu anderen kommerziellen und nichtkommerziellen Schwulenzeitungen, die mehr und mehr am Verwelken sind, blüht der ROSA FLIEDER üppiger denn je.

Die „e" (homosexuelle emanzipation), die „bsz" (berliner schwulenzeitung), die „rosa" und jetzt noch die „him applaus" haben das Zeitliche gesegnet. Auch mit dem ROSA FLIEDER stand es ein halbes Jahr nicht besonders gut, doch nun ist die neue Ausgabe (Nr. 19/20) mit 84 Seiten da...

In vollen rosaroten Tönen blüht da ein wahres Meer von ROSA FLIEDER: Der Schwerpunkt liegt diesmal auf der Kampagne gegen den § 175 und der (Kritik an der) Gruppe „RAUSS" (Recht auf unter sich selbst). Hier dürfte ROSA FLIEDER auch die einzige Zeitung sein, die sich ebenso eingehend wie kritisch mit der Politik dieser Gruppe beschäftigt. Sie versucht, die Dunkelheit, in der sich diese Gruppe immer noch bewegt, für die eigentliche Bewegung zu erhellen. Dabei werden provokative Standpunkte vertreten und konstruktive Konsequenzen vorgeschlagen (REIN IN DIE RAUSS!! für eine bundesweite Kampagne gegen den § 175!). Dieser Artikel ist ein MUSS für jeden Schwulen-Aktivisten! (Nicht zuletzt wegen der höchst interessanten, vollständigen Teilnehmerliste...)

Außerdem gibt es einen großen Repressionsteil, in dem u.a. die Schwulenberichterstattung der „taz" unter die Lupe genommen wird und vom Prozeß der vier „Fliederlinge" berichtet wird, die sich erlaubten, gegen die NPD zu demonstrieren, dabei zusammengeschlagen wurden (von Bullen und von Nazis) und dafür jetzt verurteilt wurden.

Schließlich gibt es noch reichlich literarisches, kulturelles, feuilletonistisches Zuckerwerk, z.B. Buchbesprechungen, Filmkritik „Taxi zum Klo", (Sch)Lyrik und Prosa. Dafür, daß die Zeitung trotz der unglaublichen Fülle noch lesbar geblieben ist, sorgen ein lockeres Layout und ungezählte Illustrationen. So ist für jeden etwas dabei.

Die Tatsache, daß es z.Z. nur noch eine Schwulenzeitung in dieser Art und von diesem Format gibt, spricht für sich – und für den ROSA FLIEDER!

ROSA FLIEDER Nr. 19/20 ist erschienen am 17.4.81 und kostet als Doppelnummer DM 4,–.

Bezugsadresse:
RF-Kollektiv
c/o Kaaden
Lobsingerstr. 14
8500 Nürnberg 90

Treffen von Schwulen- und Lesbenschülergruppen in Hannover

Ca. 30 schwule und lesbische Jugendliche und Schüler aus München, Westberlin, Stuttgart, Hannover und anderen Städten der BRD trafen sich vom 13.4. bis 17.4. zu einem Erfahrungsaustausch in Hannover. Der Ablauf des Treffens war nicht vorgeplant, sondern sollte der eigenen Spontanität überlassen werden, um auch Aktionen wie Picknicks, Schmusen, Tanzen etc. machen zu können.

Einen breiten Raum nahm die Organisation eines weiteren Informationsaustausches zwischen den einzelnen Schülergruppen ein, da dieses für die Gründung von weiteren Gruppen sehr wichtig ist. Denn es gibt nur in wenigen Städten schwule Schülergruppen ,und einzelne schwule Jugendliche, die aus kleineren Städten kamen, konnten so Anregungen finden, um neue Gruppen zu gründen.

Daß Lesben eine zahlenmäßige Minderheit innerhalb von Schülergruppen darstellen, zeigte sich auch auf diesem Treffen. Sie haben häufig Schwierigkeiten, ihre Probleme einzubringen, an denen die Schwulen wenig Interesse zeigen. Aus diesem Grunde haben sich vor zwei Wochen Lesben in Westberlin zu einer eigenen Gruppe zusammengeschlossen.

Im Zusammenhang von Aktionen an Schulen wurde u.a. über Erfahrungen beim Einbringen von Artikeln in Schülerzeitungen geredet; eine Diskussion über das Schulsystem und die Schulpflicht wurde bei diesem Treffen nur z.T. geführt. Denn nur die Hälfte der Teilnehmer waren Schüler, und es war von daher unklar, ob man sich eher als schwule Schülergruppe oder Gruppe schwuler Jugendlicher versteht. Eine der teilnehmenden Gruppen, die in einem Haus in Monzingen (bei Wiesbaden) frei von Zwängen zusammen leben und arbeiten will, wendet sich gegen das jetzige Schulsystem, d.h. u.a. gegen die Schulpflicht, und fordert das Recht auf freie Selbstbestimmung für Jugendliche.

Das Plenum des Treffens protestierte gegen die Verhaftung von Ulli aus der Indianerkommune Nürnberg und forderte seine sofotige Freilassung; außerdem wurde eine Resolution dazu verfaßt. In diesem Zusammenhang trat man auch für die Abschaffung der §§ 174–176 ein.

Wann und wo das nächste Treffen stattfindet, kann man über folgende Kontaktadressen erfahren:

Schwule und lesbische Schülergruppe Hannover
Tel.: 0511/88 48 29 (Andrea) und 0511/ 31 14 80 (Andreas)

Schwulen und Lesben-Schülergruppe Westberlin
c/o Kathi Achkar
Giesebrechtstr.4
Tel.: 030/883 75 14
Alex Rosenberg
Westfälische Str. 82
Tel.: 87 24 54

ZUM GLÜCK GEHTS DEM SOMMER ENTGEGEN (Schwulen- und Lesbenprojekt)
Hauptstr. 60
6551 Monzingen

A., Hannover

Die Scheiterhaufen brennen immer noch

Unter diesem Motto protestierten Karfreitag ca. 40 Schwule vor und in der hannoverschen Marktkirche gegen die endgültige Entlassung von Pastor Klaus Brinker aus dem Kirchendienst. Vor der Kirche wurden Flugblätter verteilt, am Gottesdienst selbst wurde mit einem großen Kreuz und auf dem Rücken befestigten Rosa Winkeln teilgenommen. Die Aktion wurde von den beiden hannoverschen Schwulengruppen HSH und Rotzschwul, sowie der ESG (Asternstr.) unterstützt. Auch die neugegründete Grüne-Alternative-Bürgerliste (GABL) meldete sich mit einer Resolution zu Wort. Was war passiert?



Der 1. Streich der Oberhirten...

Obwohl sich in der Gemeindeversammlung in Hannover-List eine Mehrheit f ü r ihn aussprach, wurde der offen schwule Pastor Klaus Brinker 1979 aus seiner Gemeinde, wo er als Geistlicher tätig war, entfernt und dann auf eine Krankenhausseelsorgestelle versetzt (AK156). Begründung der evang. Kirchenoberen:„*Das Versagen* (Anm. schwul zu sein) *darf nicht zur Norm werden. Junge Menschen können von dem Pastor unter Umständen in eine falsche Richtung gedrängt werden*". Danach wollten diese sauberen Kirchenfunktionäre erstmal in aller Ruhe beraten, was denn nun weiter zu tun sei. In der Zwischenzeit sollte sich Klaus Brinker doch noch einmal seine Veranlagung „überlegen"!

...und die einzig richtige Antwort

Auf dem Kirchentag 1979 in Nürnberg machte Klaus B. dann zusammen mit der AG „Homosexuelle und Kirche" (ca. 300 Mitglieder, darunter 60 Pfarrer) seinen Fall öffentlich und stellte ihn in den richtigen Zusammenhang mit der düsteren Kirchengeschichte:„*Die Scheiterhaufen brennen nicht mehr so hell, aber sie brennen noch. Wer heute Homosexuelle bestraft, macht dies morgen mit anderen Minderheiten*". 5000 Kirchentagsbesucher forderten in einer Resolution, daß die sexuelle Orientierung bei der Einstellung von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern keine Rolle mehr spielen solle und daß Pastor Brinker wieder die Möglichkeit gegeben wird, in einer Gemeinde als Pfarrer zu arbeiten.

Kirchenführung macht keine halben Sachen

Nachdem in der Kirchenführung nun fast 2 Jahre der Fall „beraten" wurde und Klaus B. auf den Druck auch nicht in der gewünschten Weise reagiert (wie soll er auch?), will man jetzt reinen Tisch machen. Die Bischofskonferenz selbst, sozusagen das leitende Gremium der evangelischen Kirche, legte eine 14seitige „Orientierungshilfe" für die Gefolgschaft vor. In ihr wird weniger (schein)liberales Eingehen auf Homosexuelle und stattdessen wieder schwulen/lesbenfeindliches „Flagge zeigen" verlangt.

Der Direktive folgend sprach die Kirchenführung in einem dreiseitigen Kündigungsschreiben am 19.3.81 das

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 30

endgültige Berufsverbot gegen Klaus B. aus. Und wieder ist die Begründung teils dümmlich, teils schlicht reaktionär: „Den Aussagen der Bibel über die als von Gott gewollt erkannte Gemeinschaft von Mann und Frau, die auf Nachkommenschaft angelegt ist, widerspricht eine öffentlich mit dem Anspruch auf Anerkennung gelebte, eheähnlich ausgeprägte homophile Partnerschaft". Daneben wird Klaus B. noch sein Auftreten auf dem Kirchentag vorgeworfen.

Trotz allem, gewissermaßen als Ausdruck ihrer christlichen Güte, deuten diese blitzblanken Moralisten an, wo es noch ein Hintertürchen für Klaus B. gäbe: Er sollte sich nicht mehr öffentlich zu seinem Schwulsein äußern und die „Anforderungen hinsichtlich seiner Lebensführung" (schwules Zölibat) erfüllen.

Und das genau ist die Güte und seelsorgerische Hilfe, die die Mehrheit katholischer wie evangelischer Pfaffen uns Schwulen nach wie vor entgegenbringt! Homosexualität an und für sich – da sieht der liebe Gott schon mal drüber hinweg, aber praktisch, öffentlich und ohne Scham – das geht zu weit! Mit dieser „Nächstenliebe" trägt heute die Kirche ihren Teil zur Isolation und Psychatrisierung von Schwulen/Lesben bei.

Trotzdem, Überredung zur Selbstverleugnung und Säuberungsaktionen wie in Hannover bringen uns nicht zum Schweigen. Der nächste Kirchentag ist dieses Jahr in Hamburg. Das sollte für unsere verkalkten Oberhirten so peinlich wie möglich werden!

Weg mit dem Berufsverbot für Klaus Brinker!

Di., Westberlin, Schwulengruppe des KB

Medizinische Versuche an Homosexuellen

Unter der Überschrift „Angewandte Immunologie" erschien in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Chemotherapie" (Informationen für Ärzte und Apotheker – 2/1981–2) ein Artikel, der sich mit einer medizinischen Versuchsreihe – durchgeführt an 1038 homosexuellen Männern – befaßte. „Getestet" wurde ein Impfstoff gegen Leberentzündung, sogenannte Hepatitis B. Weniger interessant dürfte der Vorgang des Versuches für uns sein, als vielmehr, daß wieder einmal gesellschaftliche Aussenseiter für einen von wissenschaftsgeilen und forschungssüchtigen Medizinern initiierten Versuch herhalten mußten. Das ist beileibe nicht das erste Mal. Schon häufiger wurden und werden immer wieder Versuche an Menschen durchgeführt, ohne daß diese darüber informiert werden, was tatsächlich mit ihnen geschieht. Bezeichnend ist dabei, daß fast nur Randgruppen in unserer Gesellschaft dazu „ausersehen" werden, wie in diesem Falle an Schwulen, aber auch an schwangeren Frauen, alten Menschen und Kindern. Diese Gruppen haben alle etwas gemeinsam; sie können sich nur schlecht in ihrer Position in den Krankenhäusern wehren und sind zum Teil total abhängig von der „medizinischen Versorgung". Denken wir nur an die Versuche mit Antibiotika an wehrlosen Kindern in der Kieler Universitätsklinik und natürlich an die frauenverachtenden Versuche mit Prostaglandinen an Frauen, die abtreiben wollten.

Nicht nur dieser Aspekt, daß der Versuch durchgeführt worden ist, ist interessant für uns, sondern auch, daß wieder einmal vorgefertigte Vorurteile über Schwule verbraten werden. So heißt es in dem Artikel:... *„Homosexuelle Männer stellen eine Gruppe mit hohem Risiko für eine Hepatitis B dar".* Das heißt nichts anderes, als daß bei Schwulen, die ja mit allem und jedem Mann, der ihnen nur zu Gesicht kommt, vögeln wollen, diese Krankheit einer besonderen Aufmerksamkeit vonseiten der Mediziner bedarf, die wiederum ihrerseits den sich ihnen anvertrauenden Schwulen, wenn sie eine solche Erkrankung einmal haben sollten, empfehlen werden, sich einer Impfung zu unterziehen, oder sie vor dem nächsten Mal ungefragt gleich impfen werden. Solchen Machenschaften müssen wir entschieden entgegentreten. Weder sind die Gerüchte über unsere angebliche Promiskuität ausschlaggebend für diese Erkrankung, noch irgend etwas anderes. Wir müssen uns dagegen wehren, daß unter dem Vorwand einer wissenschaftlichen Studie zum Segen der schwulen Menschheit Versuche an uns durchgeführt werden, oder überhaupt medizinische Versuche an Menschen durchgeführt werden, denn so können korrupte Mediziner nur noch mehr Macht über Patienten gewinnen; heißt es doch in der Schlußfolgerung der Autoren dieses Artikels: *„...Durch Massenimpfungen können das Auftreten der akuten Virushepatitis B und der Pool der chronischen Antigen-Träger gesenkt werden".*

Wir haben ein Recht auf unseren Körper und entscheiden selbst, was und wann etwas damit geschieht. Dieses Recht dürfen wir uns nicht nehmen lassen, deswegen fordern wir, daß mit den medizinischen Versuchen an Menschen jeglicher Gesellschaftsschicht sofort aufgehört wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

St., Westberlin,
Schwulengruppe des KB

»Wir brauchen keine Computermediziner, sondern Humanmediziner!«

Unter diesem Motto kämpfen zur Zeit Medizinstudenten an Universitäten in der Bundesrepublik und Westberlin für bessere Ausbildungsinhalte und -bedingungen. Konkreter Anlaß für die erneut entfachten Proteste der Studenten ist das Ergebnis des letzten Physikums (= ärztliche Vorprüfung, einer von vier Examen, denen sich Medizinstudenten im Laufe ihres Studiums unterziehen müssen), bei dem bundesweit 56,2% durchgefallen sind. Zusammen mit den Prüfungsabbrechern und den Nichtangetretenen sind in Frankfurt z.B. ca. 70% all derer, die sich zur Prüfung angemeldet haben, durchgefallen. Von den ausländischen Komiliton/inn/en hat in Frankfurt niemand die Prüfung bestehen können.

Verantwortlich für die Gestaltung und Durchführung der ärztlichen Prüfungen ist das Mainzer Institut für medizinische und pharmazeutische Fragen (IMPP), das seit Einführung dieser zentral gesteuerten Multiple-Choice-Prüfungen die Prüfungsfragen für alle Studenten ausarbeitet.

Die Art und Weise dieses Prüfungsverfahrens allein macht schon deutlich, worum es dabei geht: genau wie beim Numerus Clausus, der auch mit äußerst fadenscheinigen Kriterien selektiert, wer zum Medizinstudium zugelassen werden soll, soll mit dem Physikum ein zweites Mal ausgesondert werden. Dabei wird nicht gefragt, ob jemand inhaltliche Zusammenhänge versteht, geschweige denn kritikwürdige Zustände angreift, sondern gefragt wird damit der Typus „Computerarzt", der rein mechanisch und technisch an das Phänomen Krankheit herangeht und nicht den kranken Menschen in der Lage ist zu sehen.

Dieses letzte Prüfungsergebnis zeigt aber vor allem, daß es darum geht, die Ärztezahl bewußt und gezielt niedrig zu halten. Das wird nicht nur mit einer hohen Durchfallquote versucht zu erreichen. In der Öffentlichkeit wird das propagandistisch unterstützt mit dem Heraufbeschwören der angeblich auf uns zurollenden Ärzteschwemme.

So war es sicher kein Zufall, daß zwei Tage nach Bekanntgabe des katastrophalen Prüfungsergebnisses die Deutsche Ärzteschaft in Köln in die Presse lancierte, daß die Ärztezahlen ständig weiter steigen würden, ebenso die Zahl der arbeitslosen Mediziner. („FR", 6.4.81).

Was ist dran an der Ärzteschwemme?

Das Gespenst der Ärzteschwemme wird nicht erst heute an die Wand gemalt: schon 1949 forderten Ärzteverbände eine Beschränkung der Zulassung von Medizinstudenten. Der reaktionäre Hartmann-Bund begründete 1950 öffentlich seine Befürwortung einer Einführung des Numerus Clausus mit der Befürchtung, daß bei weiterhin ansteigender Zahl von Mediziner/inne/n das Einkommen von Ärzten zu stark sinken würde (1).

Zu beobachten ist, daß das Geschrei um die Ärzteschwemme immer dann besonders groß wird, wenn gleichzeitig von der Regierung Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich beschlossen werden (2).

Tatsache ist dagegen, daß von einer zu großen Zahl von Ärzten überhaupt keine Rede sein kann. So fehlen bis zum Jahr 2000 mindestens noch 4000 Nervenärzte, 7000 Arbeitsmediziner, 6000 Anästhesisten, einige Tausend Mediziner im Öffentlichen Gesundheitsdienst usw., wenn man die jetzigen Ausbildungszahlen zugrunde legt. Fehlen heißt in diesem Fall die Minderquote selbst nach den offiziell angestrebten Zahlen. Nach wie vor dauert die durchschnittliche Behandlung in Kassenpraxen nicht länger als 3-5 Minuten (3).

Tatsache ist ebenfalls, daß an dieser ärztlichen Unterversorgung in der BRD und Westberlin nicht gerüttelt werden soll, sondern im Gegenteil bis 1990 durch Sparprogramme und Bettenstreichungspläne im Krankenhaussektor mindestens 7000 ärztliche Arbeitsplätze verlorengehen (4).

Auf diesem Hintergrund kann die momentane medizinische Ausbildung mit ihren selektiven Einschränkungen und brutalen Prüfungen nur verstanden werden als Ausdruck von Regierungsinteressen, die ihre Ärztebedarfsberechnungen nicht an dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung an medizinischer Versorgung messen, sondern an ihren jeweiligen Sparprogrammen im Gesundheitssektor, und als Ausdruck von Standesinteressen der Ärzteschaft, die durch eine ärztliche Unterversorgung ihr Monopol in diesem Bereich und das lukrative Einkommen wenig gefährdet sehen (5).

Das letzte Prüfungsergebnis hat jetzt das Faß zum Überlaufen gebracht: zu offensichtlich kamen hier die eigentlichen Ziele dieser IMPP-Prüfungseinrichtung zum Ausdruck, vor allem auch für jene Student/inn/en, die sich im letzten Semester stark gemacht hatten für einen breiten Protest gegen die von den einzelnen Landesregierungen verabschiedeten Haushalte, die massive Kürzungen im Bildungs- und Sozialsektor beinhalteten. So betonte auch die Frankfurter Medizinerfachschaft in ihrer Presseerklärung kurz nach Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses: *„In diesem Zusammenhang scheint es noch interessant, daß diese enorm verschärfte Prüfung mit einer einschneidenden Kürzung der Mittel im Sozialbereich – für den Fachbereich Humanmedizin in Frankfurt allein über 100.000 DM weniger – zusammenfiel."*

Konkret heißt das u.a.: *„Dies geht mit weiteren beabsichtigten Verschärfungen unseres Studiums Hand in Hand: Geplant sind Kürzungen im sozialen Bereich (Bafög Novelle), Streichung der Tutoriate, Verlängerung des Praktischen Jahres auf 2 Jahre, Einführung der mündlichen Zusatzprüfung neben bestehender schriftlichen Prüfung im Zusammenhang mit der 3. AO-Novelle usw. usw."* (AO = Approbationsordnung für Ärzte)

Protest der Student/inn/en

In einigen Bundesländern fiel die Veröffentlichung des katastrophalen Prüfungsergebnisses zeitlich zusammen mit dem Semesterbeginn, sodaß erste Protestaktionen von Seiten der Studenten schon anliefen.

So führten die Mainzer Medizinstudent/inn/en am 7.4. eine Demonstration zum in Mainz ansässigen IMPP durch, drei Tage später demonstrierten ca. 1500 Medizinstudent/inn/en in Wiesbaden zum hessischen Sozialministerium um dort ihre Forderungen gleich an Ort und Stelle vorzubringen: gefordert wird einmal kurzfristig, daß dieses Physikum für die Durchgefallenen nicht als Versuch gewertet wird (was insofern Bedeutung hat, als man das Physikum höchstens dreimal machen kann), daß die vor 1 1/2 Jahren durchgesetzten Verschärfungen, nämlich die Einführung der 60% -Bestehensregel und die Abschaffung der 18% -Gleitklausel, wieder rückgängig gemacht werden. Langfristig werden *„uniinterne Prüfungen, bei denen Studenten im Prüfungsausschuß vertreten sind, unbegrenzte Wiederholungsmöglichkeit der Prüfungen und freie Wahl der Prüfer"* sowie *„für unsere ausländischen Kommilitonen die Einführung der Prüfung in ihrer Landessprache (bzw. Sprache ihrer Wahl)"* gefordert.

VDS-Fachtagung

Am 12.4. trafen sich in Frankfurt 100 Vertreter von Medizinfachschaften von 20 Hochschulen zu einer VDS-Fachtagung, um über die bisherigen und die weiteren Widerstandsmöglichkeiten zu diskutieren.

Einigkeit bestand darin, daß es jetzt äußerst wichtig und erfolgsversprechend ist, die Öffentlichkeit, die durch dieses Prüfungsergebnis schon geschaffen ist, zu nutzen, um „unsere Ausbildungssituation wieder zum Thema (zu) machen". In den konkreten Forderungen einigte man sich auf die kurzfristigsten und auf die Aufforderung, die bestehenden Prüfungsverfahren in Zusammenarbeit mit Studenten und Professoren neu zu überdenken. An die verantwortlichen Gremien wurde das Ultimatum gestellt, bis zum 24.4. diese Forderungen zu erfüllen.

Falls dieses Ultimatum ohne Erfolg abläuft, soll eine neue bundesweite VDS-Fachtagung über eine Urabstimmung und Streik beschließen.

Am 15.4. demonstrierten ca. 2000 Leute in Westberlin, wo an diesem Tag die Sozialminister der Länder zusammen mit IMPP-Vertretern tagten, um sich „Wege aus der Misere" zu überlegen. Obwohl sich durch dieses Prüfungsergebnis sogar diese offiziellen Gremien „alarmiert" sehen und deswegen zu einer Sondersitzung zusammentrafen, sind sie bisher zu nicht mehr bereit, als einige Fragen nachträglich aus dem Physikum herauszunehmen. An diese Tagung sollten die Forderungen mit besonderem Nachdruck herangetragen werden. Unterstützt wurde diese Demo durch Aktionen in den verschiedenen Städten. In Frankfurt wurden z.B. an diesem Tag bei einem Rundgang durch das Uniklinikum 300 Unterschriften von Bediensteten des Klinikums und des Lehrapparats gesammelt, die diese Forderungen unterstützen.

Wie geht es weiter?

Zur Zeit wird an den einzelnen Unis der Streik vorbereitet. Wichtig ist in dieser Phase, sich zu überlegen, welche Ziele man mit einem Streik verfolgt. Eine Protestbekundung gegen zentrale Prüfungen allein sagt noch nicht viel darüber aus, wie man sich eine Medizinerausbildung und damit auch einen Teil des Gesundheitssystems vorstellt. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch so reaktionäre Standesorganisationen der Ärzteschaft wie der Hartmannbund mit den Student/inn/en „solidarisiert", denn dem geht es darum, die Ausbildung und Prüfung allein in den Händen der Ordinarien zu belassen.

Deswegen ist es wichtig, die Zusammenhänge, wie sie hier geschildert wurden, in den Protestbekundungen gegen das diesjährige Physikumsergebnis darzustellen und sich dort Unterstützung zu holen, wo auch gegen die der Prüfungsmisere zugrundeliegenden Mißstände bekämpft wird!

KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkungen:

(1) „Die Medizinischen Fakultäten des Bundesgebietes einschließlich der Freien Universität Berlin mögen sich verpflichten, für die nächsten zwei Jahre nicht mehr als 30 Studenten im Jahr an jeder Universität zum Medizinstudium neu zuzulassen...

Die soziale Krankenversicherung ist heute schon nicht mehr in der Lage, aus ihren Mitteln eine gerechte und ausreichende Honorierung der Arbeit der Kassenärzte zu gewähren, geschweige denn, dem Drang und Recht jedes gut ausgebildeten Arztes zur freien Ausübung der ärztlichen Tätigkeit, auch in der Sozialversicherung, zu entsprechen."

„Denkschrift zur zeitweisen Beschränkung des medizinischen Studiums" des Hartmannbundes, in: Ärztliche Mitteilungen v. 15.2.50, zitiert nach „Gesundheitswesen im Klassenkampf", KSV-Zelle Medizin, Berlin

(2) In diesem Sinne schreibt das „Deutsche Ärzteblatt" in ihrer Ausgabe vom 13.4.68 ganz offen: „Ebenso ist nachhaltig davor zu warnen, Überlegungen zu folgen, die Zahl der Ärzte ohne Berücksichtigung der Frage zu betrachten, wieviel ein Volk bereit und in der Lage ist, für seine ärztliche Betreuung materiell aufzuwenden"

(3) Zahlen zusammengetragen aus verschiedenen öffentlichen Studien, zit. nach: Matthias Albrecht und Gregor Weinrich, „Stellungnahme zur Ärzteschwemme" in Argument-Sonderband 27

(4) wie (3)

(5) Das bestätigte auch der Leiter des IMPP, Hans-Joachim Kraemer, der öffentlich erklärte, daß die Prüfungsfragen dieses Physikums „nach den gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Erfordernissen unserer Zeit" zusammengetragen wurden („Spiegel", 20.4.).

Sozialdemokrat für »chemische Kastration« von »Abartigen«!

Protokoll eines Telefongespräches

Eine Meldung aus der „Frankfurter Rundschau" vom 22.6.77 (zitiert nach Alexander Zieglers Buch „Kein Recht auf Liebe"): „Für die chemische Kastration von Triebtätern mit Hilfe eines neuentwickelten Arzneimittels hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf-Müller-Emmert (Kaiserslautern) ausgesprochen. Mit dem Präparat könnten Personen mit abnormen sexuellen Neigungen oder krankhaft gesteigertem Geschlechtstrieb mit der Spritze behandelt werden".

Dr. Adolf Müller-Emmert ist Direktkandidat der SPD im Landkreis Kusel, in dem auch ich wohne. Ich war entsetzt, solches zu lesen, und wandte mich telefonisch an den Bundestagsabgeordneten.

Zu Anfang gab er sich kühl-forsch und fragte, worum es denn ginge. Ich erwähnte seine damaligen Äußerungen über chemische Kastration von „Triebtätern" und „sexuell abnormen" Personen sei; ferner, wie er den Begriff „sexuell abnorm" definiere.

Adolf Müller-Emmert (mit erhobener Stimme): Ziel seiner Eingabe sei gewesen, Triebtätern und der Gesellschaft zu HELFEN, weil während der medikamentösen Behandlung der Geschlechtstrieb gedämpft sei und keine Straftatgefahr „aus dem Täter herausströmt". Von Kastration könne gar keine Rede sein, weil das Mittel ja nur während der Behandlungs-
tel ja nur während der Behandlungs-
dauer wirke. Einwand von mir: Ob Androcur keinen Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Sphäre des Individuums bedeute?

Dr. Müller-Emmert: Das oberste Gericht in Karlsruhe habe festgestellt, daß dem nicht so sei. Zur Definitionsfrage: „Ich bin doch kein Mediziner". Ich wies darauf hin, daß er sich aber Fachwissen anmaße und im Bundestag an Gesetzen mitwirke, die schließlich Auswirkungen auf Menschen hätten. Dr. Müller-Emmert: Welchen Beruf ich eigentlich hätte? Ich: Was das mit diesem Thema zu tun habe? Müller-Emmert: Er könne daran den Grad meines Interesses ablesen. Ich zweifelte dies an, worauf er ausfällig wurde, wie ich überhaupt mit ihm reden würde ... Ich unterbrach ihn und fragte, wie e r denn mit m i r rede. Er weiter: Was mich das alles zu interessieren hätte, ich sei schwachsinnig (!) und „unfähig zur sachlichen Diskussion".

Er ließ mich nicht zu Wort kommen, ignorierte meine Einwürfe, wollte schließlich das Gespräch beenden und wurde noch rüder im Tonfall. Ich erwähnte, daß es in diesem Land auch noch eine Presse gibt, und fragte, wer eigentlich definiere, w e r „sexuell abnorm" und behandlungsbedürftig sei. Er verwies auf Richter und Gerichte, die den Einzelfall zu prüfen hätten. Und für Irrtümer der Richter gäbe es ja den Instanzenweg. Außerdem geschehe nichts ohne Einwilligung der Betroffenen, und er wisse von zahlreichen „Fällen", die dankbar gewesen seien...!

Ich fragte, ob man jemand nicht gefügig machen könne durch die Inaussichtstellung von Strafentlassung, worauf er schimpfend und brüllend erneut das Gespräch beenden wollte. Nachdem er sich obendrein auf einen Paragraphen „um den 70 herum, ich weiß das nicht so genau" (hier spricht der Experte!) berief und mir vorwarf, ich wisse nicht, wovon ich rede, sagte ich ihm, als Bundestagsabgeordneter wirke er mit an vom Bundestag erlassenen Gesetzen, und seine Wähler hätten ein Recht darauf, bei ihm wegen politischer Äußerungen und Aktivitäten nachzufragen.

Erneute Beschimpfungen seinerseits, drohender Tonfall. Schuldig blieb er mir bis zuletzt seine Definition von „sexuell abnorm".

Medikamentöse Kastration ist die „harmloseste" und selbstverständlichste Sache der Welt, ist ja auch liberaler als das Abhacken von Kopf oder Schwanz; Selektion ist billiger als Psychoanalyse oder als Gesellschaftskritik; über die Auslegung des Grundgesetzes befindet unser „oberstes Gericht". Nichtbetroffene haben zu schweigen; Betroffene haben einzuwilligen in Spritzen„behandlung"; Kritiker sind „unfähig zur sachlichen Diskussion" und „schwachsinnig" und kosten nur des S t a a t s a n w a l t e s Dr. Müller-Emmerts kostbare Zeit. Ich frage mich, ob das wirklich alles ist, was einem Sozialdemokraten in der CDU-regierten Pfalz einfallen kann. Ein eiskalter Schauer überlief mich nach diesem Gespräch.

Ein AK-Leser aus der Pfalz

Hamburg: Den NPD-Landesparteitag verhindern!

Ausgerechnet für den 36. Jahrestag der Niederschlagung des deutschen Faschismus, den 10. Mai 1981, hat die Hamburger NPD ihren diesjährigen Landesparteitag angekündigt.

Zentraler Gegenstand dieses Parteitages wird dabei sein, wie der Hamburger Landesverband die zentrale Kampagne der NPD nun auch hier öffentlichkeitswirksam zur Geltung bringen kann. Über eine Million Unterschriften hat sich dabei die NPD für ihre „Bürgerinitiative Ausländerstopp" in diesem Jahr zum Ziel gesetzt. Besonders pervers hierbei ist die Tatsache, daß im vergangenen Jahr in Hamburg zwei Vietnamesen durch einen Anschlag von Neonazis auf ein Ausländerheim ermordet wurden.

Zur Verhinderung dieser Nazi-Provokation haben sich nun auf Einladung der Initiative „Eppendorfer gegen Rechts" bisher die Grünen/Hamburg, der KB, die BuLi/Parlamentsfraktion, die Z sowie die Antifagruppe der „Schmuddelkinder" mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gewandt, in dem zur Verhinderung des NPD-Parteitags aufgerufen wird. Dieses Bündnis ist offen für alle Kräfte, die vor Ort eine Verhinderung des Parteitags durchsetzen wollen. Für die noch zur Verfügung stehende Zeit sind von diesem Bündnis insbesondere zum 1. Mai weitere Flugblätter geplant, die eine breitere Mobilisierung der antifaschistischen Öffentlichkeit zum Ziel haben.

Ebenfalls für das Wochenende vom 8.-10. Mai haben die „Antifaschistische Initiative Hamburg", die Jusos und der Landesjugendring aus Anlaß des 36. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein antifaschistisches Wochenende geplant. Wie Gespräche mit den in diesem Bündnis vertretenen Gruppen ergaben, ist auch von dieser Seite für den 10. Mai eine antifaschistische Aktion aus Anlaß des NPD-Parteitags geplant. Dabei scheint klar, daß die Jusos wohl in keinem Fall zu einer Verhinderung des NPD-Parteitags aufrufen werden und die Kräfte um DKP und VVN bereit sind, zugunsten eines „breiteren Bündnisses" auf jede Aktion vor Ort des Geschehens zu verzichten. Insbesondere pokert die DKP noch darauf, daß von Teilen des DGB für den Sonntag eine Kundgebung unterstützt/durchgeführt wird.

Immerhin sind für die nächste Zeit noch weitere Gespräche unter allen Initiativen verabredet, um zumindest eine Koordinierung der Aktivitäten zu erzielen, auch wenn ein gemeinsamer Aufruf bisher nicht möglich scheint.

Auch von seiten des Hamburger Senats hat es schon „offiziöse" Stellungnahmen zum NPD-Parteitag gegeben. Hintergrund dieser Äußerungen ist ein Beschluß des SPD-Landesparteitags von Anfang des Jahres, in Zukunft keine Nazi-Aktivitäten zuzulassen. Innensenator Pawelcyk ließ verlauten, ihm sei bisher nichts konkretes vom NPD-Landesparteitag bekannt. Er lasse aber prüfen, wie eine Verbotsverfügung möglich sei. Im Falle einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung würde er ein Verbot erlassen.

Mit dieser Äußerung im Rücken argumentieren insbesondere die Jusos gegen jede Mobilisierung vor Ort des Geschehens. Gezielt werden Gerüchte in Umlauf gebracht, denen zufolge der NPD-Parteitag auf jeden Fall verboten würde bzw. außerhalb der Hamburger Landesgrenzen stattfinden würde usw.

Besonders demagogisch wird dabei ins Feld geführt, daß sich Pawelcyk die Empörung über einen Schutz einer Nazi-Veranstaltung nach den Ereignissen der letzten Zeit nicht leisten wolle, und daß deshalb keine Mobilisierung nötig sei – als ob nicht die Mobilisierung erst den Skandal schaffen würde, den Pawelcyk angeblich verhindern will.

Erschwerend kommt allerdings hinzu, daß für den NPD-Landesparteitag der genaue Tagungsort bisher nicht bekannt ist. Selbst der Verfassungsschutz will angeblich den Ort des Geschehens nicht kennen.

Tatsächlich ist es in der Vergangenheit immer gelungen, den Tagungsort der Nazis noch rechtzeitig herauszubekommen und dies kann auf keinen Fall als Begründung herangezogen werden, jetzt etwa nicht mit der antifaschistischen Mobilisierung zu beginnen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



1978 ging der NPD-Parteitag in Hamburg kläglich baden

Nazi-Treffen in Hamburg verhindern

Der NPD-Parteitag darf nicht stattfinden!

Am 10. Mai 1981 will die neofaschistische NPD in Hamburg ihren Landesparteitag durchführen.
Wie immer bei solchen Gelegenheiten will die NPD diesen Anlaß dazu nutzen, ihre Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten für ihren neofaschistischen Kurs zu mobilisieren. Dieser Kurs wird heute zunehmend gekennzeichnet durch eine nationalistische und rassistisch-ausländerfeindliche Propaganda, die sich kaum mehr von der der Hitlerfaschisten unterscheidet:

- da ist die Rede von einem „lebensrichtigen Weltbild"; von einem „biologisch und geschichtlich gewachsenen Volk"; „Menschen und Völker (seien) entscheidend von ihrer Erbmasse geprägt"; Bezugspunkt für das NPD-Selbstverständnis ist die angebliche „Abstammungs- und Kulturgemeinschaft des Volkes".
- Speziell unsere ausländischen Kollegen werden zur Zielscheibe dieses aggressiven Nationalismus; die „Überfremdung" sei die „Überlebensfrage des deutschen Volkes" usw.

Das ist nur wenig geändert die „Blut- und Bodenideologie" des alten Faschismus. Hieß es damals „Juda verrecke" und „Ausländer raus", so schreibt heute die NPD „Rotfront verrecke" und „Ausländerstopp" auf ihre Fahnen. Über eine Million Unterschriften will sie in diesem Jahr für ihre rassistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp" sammeln, und dazu soll in Hamburg dieser Landesparteitag der Auftakt sein.
Wohin derartige Propaganda führt, haben die letzten Monate in aller Deutlichkeit bewiesen:
17 Menschen wurden seit dem Sommer letzten Jahres von westdeutschen Nazis ermordet:

- 13 wörden auf dem Münchner Oktoberfest von einer Bombe zerrissen;
- 2 Schweizer Grenzbeamte wurden am 24.12.1980 von dem Nazi Frank Schubert ermordet;
- Hier in Hamburg wurden zwei Vietnamesen durch einen Anschlag der neonazistischen „Deutschen Aktionsgruppen" auf ein Hamburger Ausländerwohnheim umgebracht.

Es war hier in Hamburg, wo jahrelang die „Hansa-Bande" – die mehrheitlich aus Mitgliedern und Anhängern der NPD bestand – in aller Öffentlichkeit die Wiederzulassung der NSDAP propagieren durfte. Diese „Hansa-Bande" war bundesweit das Vorbild für die übrigen neonazistisch auftretenden Nazi-Gruppen. Bis vor kurzem konnten sogar Spenden an diese Bande von der Steuer abgesetzt werden!

Vor dem Hintergrund dieser Attentate und den zunehmenden nazistischen Umtrieben ist ein Landesparteitag der NPD eine Provokation, die wir nicht widerstandslos hinnehmen werden!

Nur wenige Jahre nach der Gründung der NPD ließ der damalige Bundesinnenminister Benda (CDU) verlauten, das Material gegen die NPD reiche für ein Verbot aus. **Um wieviel mehr muß dann das heutige Material gegen die NPD ausreichen!**

Doch anstatt ihren verfassungsmäßigen Auftrag wahrzunehmen und jede faschistische Betätigung zu unterbinden, die NPD als die zentrale Organisation des Neofaschismus zu verbieten und jedes Aufkommen von Rassismus und Faschismus zu bekämpfen, haben alle Bundes- und Länderregierungen seitdem die NPD geschützt, den antifaschistischen Protest dagegen verfolgt, unterdrückt und behindert.

- So kann die NPD überhaupt nur noch existieren, weil sie ihre Schulden aus zuviel erhaltenen Wahlkampfkosten in Höhe von ca. 1 Millionen DM großzügig eins ums andere Mal „gestundet" bekommt.
- So erhält die NPD regelmäßig bereitwillig den Schutz der Polizei, wenn sie ihre Hetze betreiben will.
- Ihre Schläger und Einpeitscher werden – wenn überhaupt – äußerst milde – mit „Samthandschuhen" bestraft.

Antifaschisten dagegen, die sich gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen, müssen damit rechnen, kriminalisiert zu werden, werden angeklagt und häufig hart bestraft.
In jüngster Vergangenheit fanden in Hamburg 2 Prozesse gegen Antifaschisten statt, die gegen NPD-Veranstaltungen protestiert hatten. In beiden Fällen mußten die Antifaschisten dutzende von Verhandlungstagen wahrnehmen, ihren Urlaub opfern, in mehreren Fällen verloren sie sogar ihren Arbeitsplatz – bevor endlich auch das Gericht die Unschuld der Angeklagten einsah.
Wie wenig Interesse offizielle Stellen und etablierte Kräfte an einer effektiven Verfolgung der NPD und anderer Nazi-Gruppen haben, wird schlaglichtartig an zwei Beispielen deutlich:

- So trafen sich regelmäßig Bundestagsabgeordnete der CSU und Funktionäre der NPD in einem „Hilfskomitee Südliches Afrika", um ihre gemeinsamen Interessen abzustecken.
- Wie im Herbst bekannt wurde, war ein angeblich gegen die Nazis eingesetzter Agent des Verfassungsschutzes führend an der Herstellung und Verbreitung von Bomben beteiligt, von denen zwei für Anschläge gegen Justizgebäude benutzt worden sind.

Der zunehmende Neonazismus und insbesondere die Mordanschläge der letzten Monate lassen nur einen Schluß zu:

Verbot jeder neonazistischer Betätigung
Verbot aller faschistischen Organisationen
Verbot der NPD

In diesem Sinn fordern wir den Hamburger Senat und insbesondere den zuständigen Innensenator Pawelzik auf zu garantieren, daß der für den 10. Mai angekündigte NPD-Landesparteitag nicht stattfinden kann.
Die Unterzeichner rufen alle Hamburger antifaschistischen Personen und Gruppen auf, dazu beizutragen, daß dieser NPD-Parteitag verhindert wird.

Dieser Aufruf wird als Offener Brief den Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, dem Senat und der Presse zugeschickt.

Die Grünen Hamburg; Bunte Liste Parlamentsfraktion;
Gruppe Z; KB; Initiative Eppendorfer gegen Rechts;
Volksfront; Schmuddelkinder Antifa-Gruppe

V.i.S.P.: Lorenz Iversen, Hamburg 20

10.000 demonstrierten gegen NPD-Parteitag in Nürtingen

Am 12.4. hielten 75 NPD-Delegierte in der Nürtinger Stadthalle ihren Landesparteitag ab. Die Entscheidung, diesen Parteitag in Nürtingen abzuhalten, kommt nicht von ungefähr. In Nürtingen und Umgebung scheinen sich die Nazis einen bisher wenig beachteten Stützpunkt aufzubauen. So wurden in Kirchheim letztes Jahr 2 Nazis verhaftet, die an mehreren Anschlägen beteiligt waren. Einer der beiden, Raimund

ligt waren. Einer der beiden, Raimund
Hörnle, hatte neben Bomben auch Brandsätze hergestellt, durch die bei dem Anschlag auf ein Hamburger Asylantenwohnheim am 22.8.80 zwei Menschen ermordet wurden. Der Kirchheimer Arzt Heinz Colditz war Mitglied der faschistischen Terrorbande „Deutsche Aktionsgruppe", die unter Führung von Manfred Roeder mindestens ein halbes Dutzend Anschläge verübt hat. Unter anderem zeichnete sie verantwortlich für den Anschlag auf das Haus des Esslinger Landrates Braun. Außerdem läßt die Tatsache der Entbindung des Nürtinger NPD-Funktionärs *Kosiek* von seinem Posten an der Fachhochschule den Parteitag in Nürtingen als Solidaritätskundgebung der NPD für Kosiek erscheinen. Kosiek war bis 1972 Abgeordneter der NPD im baden-würt. Landtag und Mitglied im Landes- und Bundesvorstand der NPD.

In diesem Zusammenhang muß auch das Wirken eines Nürtinger Kommunalpolitikers erwähnt werden: *Dr. Walter Staffa,* Fraktionsvorsitzender der freien Wählervereinigung im Nürtinger Gemeinderat. Unter dem Deckmantel des demokratischen, bürgernahen, fortschrittlichen Politikers ist es ihm gelungen, bei der letzten Gemeinderatswahl die meisten Stimmen auf sich zu vereinigen. Seine Tätigkeit im *Witiko-Bund* jedoch, dessen politisches Wirken nach einem Urteil des Stuttgarter Landgerichts vom 19.12.78 als „*in gewisser Beziehung nazistisch*" bezeichnet werden darf, läßt Dr. Staffa in einem anderen Licht erscheinen. Als Bundesvorstandsmitglied des Witiko-Bundes und als Leiter des Redaktionsausschusses der vom Witiko-Bund herausgegebenen Zeitschrift „Politischer Zeitspiegel" ist er für die politische Haltung dieses Vereins, die eindeutig von demokratiefeindlichem, nazistischem Gedankengut getragen wird, mitverantwortlich.

Gegen den Nürtinger NPD-Parteitag hatte sich eine Aktionseinheit gebildet, an der sich verschiedene Antifa-Komitees aus der Umgebung, Mitarbeiter der Nürtinger alternativen Stadtzeitung, die Fachschaftsräte-VV der Uni Tübingen, der KABD, die Grünen, die „Volksfront", die DKP und die VVN beteiligten. Bereits die ganze Woche zuvor liefen Veranstaltungen und Filme in Schulen und Jugendhäusern, wurde die Bevölkerung über Flugblätter und Infostände informiert. Der DGB, der zu einer Demonstration und Kundgebung vor der Stadthalle aufrief, lehnte eine gemeinsame Aktion ab. Als Grund für seine Ablehnung sickerte durch, daß ja auch „K-Gruppen" im Bündnis seien... Der DGB ging sogar so weit, daß er dem Bündnis die Benutzung seiner Anlage zur Durchführung einer anschließenden Kundgebung untersagte.

Die Aktionseinheit rief trotzdem auf zur Beteiligung an der Demonstration und Kundgebung, auf der u.a. auch der DGB-Landesvorsitzende Zimmermann sprach, und hielt anschließend eine eigene Kundgebung ab. Die Beteiligung war überraschend hoch; die „Nürtinger Zeitung" schrieb tags drauf, daß es „die wohl größte politische Demonstration" in der Geschichte der Stadt Nürtingen gewesen sei.

sei.

Für den DGB war mit seiner Kundgebung die antifaschistische Aktion für diesen Tag beendet. Viele Antifaschisten blieben jedoch den ganzen Nachmittag über vor der Stadthalle, um den Nazis auch nach Beendigung ihres Kongresses keine Gelegenheit zum öffentlichen Auftreten zu geben.

Die Stadthalle, in der die NPD tagte, war seit dem frühen Morgen von Polizeikräften hermetisch abgeriegelt.

Während der DGB zu Anfang der Demonstration an die Teilnehmer appellierte, „*die Demo muß friedlich und sauber bleiben*", begnügte sich die Aktionseinheit mit dem fettgedruckten Hinweis auf ihrem Flugblatt „*der Charakter dieser Aktion ist defensiv und nicht militant*". Für die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses sorgte ein großes Ordneraufgebot, das auf ‚behelmte' und ‚maskierte' Demonstranten besonders sensibel reagierte und peinlichst darüber wachte, daß die leeren Bierflaschen wieder zurückgegeben wurden.

Trotz dieser Demonstration absoluter Gewaltfreiheit kam es am Spätnachmittag zu einer massiven Provokation seitens der Polizei, in deren Verlauf ein Demonstrant vorübergehend festgenommen, 2 Frauen verletzt und ein Ordner von einem Polizeihund gebissen wurde.

Weitgehend einig war man sich, wie sich in der Nachbesprechung herausstellte, in der Kritik, daß in der Zeit, die man/frau notwendigerweise vor der Stadthalle verbrachte, nichts lief. Die Aktion zog sich über den ganzen Sonntag hin. Ein Vertreter der Grünen führte dies auf einen Beschluß der Aktionseinheit zurück, der während der ganzen Aktion einheitliches Auftreten der verschiedenen, am Bündnis beteiligten Gruppen forderte und somit Aktivitäten dieser Gruppen (z.B. Infostände) und eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen blockierte.

Die Mehrheit der Anwesenden stimmte dem im nachhinein zu. Von verschiedenen Seiten wurde auch Kritik an der sensiblen Behandlung der mit Schutzhelmen ausgerüsteten Demonstranten laut, und viele Anwesende äußerten ihr Bedauern darüber, daß sie ohne solch einen Helm angetreten waren...

In diesem Zusammenhang wurde auch kritisiert, daß sich zum Abschluß der Aktion die Demo-Leitung nicht von den anbiedernden Äußerungen des Polizei-Einsatzleiters distanzierte (der angesichts der offensichtlichen Polizeiprovokation von einer „harmonischen Zusammenarbeit" mit der Demmo-Leitung sprach), wohl aber von einem Demonstranten, dem man angeblich eine Stahlkugel abgenommen hatte.

Sympathisanten aus Tübingen

Ein liberales Polizeigesetz?

In der Bürgerschaft wird zur Zeit über ein neues Polizeigesetz für das Land Bremen diskutiert. Diese Bürgerschaftsdebatte fällt in eine Zeit, in der mit Vehemenz die Aufrüstung der Polizei öffentlich diskutiert (z.B. Diskussion um die Anwendung von Gummigeschossen) und betrieben wird. Die Polizeipraxis der letzten Monate hat längst vorweggenommen, was jetzt an Veränderungen im Gesetzestext zur Diskussion steht. Dennoch sollten wir dieser Gesetzesänderung ein wenig Aufmerksamkeit widmen, weil es ein Unterschied ist, ob besondere „Ausfälle" der Polizei in der Öffentlichkeit „erläutert" oder gerechtfertigt werden müssen oder ob auf die gesetzliche Grundlage verwiesen werden kann und die Rechtsentwicklung legalisiert wird.

Eine Verschärfung des Polizeigesetzes ist schon lange in der Diskussion. Am 11. Juni 1976 verabschiedeten die Innenminister der Bundesländer einen Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz und empfahlen den Ländern, diesen zu übernehmen. Polizeigesetz ist Ländersache, aber im Rahmen der zunehmenden Zentralisierung der Polizei liegen die Bestrebungen, auch ein einheitliches Polizeigesetz zu schaffen, nahe. Der Musterentwurf, der inzwischen von einigen Bundesländern übernommen wurde, war umstritten. Einige Bundesländer, wie auch Bremen, erklärten ihre Gegnerschaft. Umstritten waren besonders die im Musterentwurf vorgesehene Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren, die Legalisierung des gezielten Todesschusses.

Da mußte Bremen als SPD-regiertes Bundesland mit „liberaler Tradition" sich schon etwas winden, aber nun hat die FDP die Initiative ergriffen, um den Anschluß an die Rechtsentwicklung nicht zu verpassen. Der Öffentlichkeit wird der FDP-Entwurf als liberale Alternative zum Musterentwurf verkauft. Und tatsächlich ist der

liberale Alternative zum Musterentwurf verkauft. Und tatsächlich ist der



Musterentwurf in einigen Punkten weitgehender; z.B. hat der FDP-Entwurf die Aufrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren nicht drin. Wesentlicher ist allerdings der Unterschied zum derzeit gültigen Bremer Polizeigesetz, das 1960 in Kraft trat. An einigen Punkten können wir beispielhaft deutlich machen, wie auch in Bremen die gesetzliche Anpassung an die gängige Polizeipraxis betrieben wird.

Gezielter Todesschuß

Während es im gültigen Bremer Polizeigesetz noch heißt (§ 48[2]): *„Der Zweck des Schußwaffengebrauchs darf nur sein, angriffs- oder fluchtunfähig zu machen . . ."* so geht der FDP-Entwurf weiter (§ 46[3]): *„Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Leben des*

Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Leben des

Störers (!) *gefährdet, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr für einen anderen ist".*

Damit wäre in Bremen der Todesschuß legalisiert. Für die Praxis heißt das, daß bisher *„Notwehr"*, *„Nothilfe"* oder *„übergesetzlicher Notstand"* geltend gemacht werden muß, wenn jemand durch eine Polizeikugel getötet wird, der Todesschuß zunächst als Straftat behandelt wird und vom Täter (Polizisten) vor Gericht als Notwehr bewiesen werden muß. Nun ist zwar noch kein Polizist schuldig gesprochen worden, weil er den Todesschuß ausgeführt hat, aber ideologisch ist es ein Unterschied, ob ein Täter vor Gericht zur „Rechenschaft" gezogen wird oder ob er gesetzlich die Erlaubnis erhält, den Todesschuß auszuführen.

Identitätsfeststellung

Identitätsfeststellung

Durch den Gesetzentwurf erhält die Polizei weitreichendere Möglichkeiten der Personenkontrolle als nach dem bestehenden Gesetz. Danch dürfen in Zukunft nicht nur Personen kontrolliert werden, gegen die ein konkreter Verdacht vorliegt, es können praktisch alle Menschen kontrolliert werden (§ 12[2]): *„. . . wenn sie sich an Orten aufhalten, von denen aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß dort erhebliche Straftaten verabredet, vorbereitet oder verübt werden oder sich Straftäter verbergen."*

Jede/r, der/die sich in der Nähe einer Demonstration aufhält oder sich daran beteiligt, kann danach durchsucht werden, da es bei jeder Demo möglich wäre, daß „Straftaten" verübt werden. Zu diesem Zweck können Kontrollstellen eingerichtet werden. *„Anhaltspunkte"* reichen aus, um Maßnahmen zur Verhinderung von Straftaten zu ergreifen (§ 12[3]). Einzige Einschränkung: Über die *„örtliche Bestimmung"* muß ein Richter entscheiden.

Zur Feststellung der Identität darf die Polizei u.a. (§ 12 [4])

- den Betroffenen festhalten
- ihn *„nach Gegenständen durchsuchen, die zur Identitätsfeststellung dienen"*
- ihn zur Dienststelle bringen
- ihn erkennungsdienstlich behandeln (Fingerabdrücke, Fotos, Messungen usw.),

wenn *„die Identität auf andere Weise nicht oder nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten festgestellt werden kann"*. Die beiden letzten Maßnahmen dürfen auch gegenüber *„Nichtstörern"* angewandt werden, wenn sie Angaben über die Identität verweigern oder *„bestimmte Tatsachen"* den *„Verdacht einer Täuschung"* begründen (§ 12[5]). Da kann sich jede/r die Chancen ausmalen, gegen Kontrollmaßnahmen und Identitätsfeststellungen durch die Polizei vorzugehen.

Neu aufgenommen werden im Gesetzentwurf der FDP die Datenspeicherung, die im bestehenden Gesetz gar nicht erwähnt wird. Allerdings bedeutet auch dies eine nachträgliche Legalisierung längst gängiger Praxis.

tet auch dies eine nachträgliche Legalisierung längst gängiger Praxis.

Neu ist auch, daß unter „Hilfsmittel des unmittelbaren Zwangs" neben Reiz- noch Betäubungsmittel vorgeschlagen werden, *„soweit sie keine dauernden Gesundheitsschäden hervorrufen"*. Bald laufen wir nicht mehr hustend mit tränenden Augen herum, wenn die Demo aufgelöst wird, sondern liegen alle auf dem Marktplatz.

Ein liberales Tüpfelchen haben wir allerdings noch gefunden im Entwurf der FDP: die Pflicht für Polizeibeamte, sich auf Verlangen von Betroffenen auszuweisen. Das ist neu, wird aber gleich wieder zurückgenommen, weil sie es nur dann zu tun haben, wenn nicht *„nach den Umständen hierdurch die Erfüllung ihrer Aufgaben unmöglich gemacht oder erheblich erschwert wird"* (§ 11 [1]).

Auch wenn das Polizeigesetz vorerst keine praktische Veränderungen mit sich bringen wird, sondern den bestehenden Zustand legalisiert und die Rechtsentwicklung ideologisch verankern soll, sollten wir uns mit derartigen Gesetzesveränderungen beschäftigen, Öffentlichkeit herstellen, an Hand der Bürgerschaftsdebatte die Diskussion um die Methoden und die Aufrüstung der Polizei führen.

Die „Alternative Liste" in Bremen führt im Rahmen der Aktionswoche zum „6. Mai" eine Veranstaltung zum neuen Polizeigesetz durch. Termin ist der 4. Mai, 19.30 Uhr im Konsul-Hackfeld-Haus.

KB/Gruppe Bremen

Waffenschieber beim Flughafen-Werkschutz

Eine feine Gesellschaft scheint sich die Frankfurter Flughafen AG für ihren „Werkschutz" zusammengesucht zu haben. Mitte April flog in Frankfurt eines der zahlreichen illegalen Waffengeschäfte am „Umschlagplatz

ren „Werkschutz" zusammengesucht zu haben. Mitte April flog in Frankfurt eines der zahlreichen illegalen

Waffengeschäfte am „Umschlagplatz Rhein-Main" auf. Demnach hat der einschlägig bekannte Händler Rolf Fischlein „einige hundert Waffen" an einen Werkschutz-Mann der FAG verkauft, die dieser an „Kunden" in Südafrika und Südamerika, also an Faschisten, weiter verschob. Dabei soll es sich um „Faustfeuerwaffen" gehandelt haben. Fischlein und der Werkschutzmann wurden zwar in Haft genommen, doch die Staatsanwaltschaft war sichtlich bemüht, die Angelegenheit herunterzuspielen. „Illegaler Waffenhandel" sei eine zu scharfe Kennzeichnung des Sachverhaltes, meinte Pressesprecher Hentschel. Als vor vier Jahren angeblich RAF-Mitglieder denselben Waffenhändler Fischlein niederschlugen, um mit 18 Waffen das Weite zu suchen, wurde allerdings erheblich mehr Aufsehen darum gemacht ...

KB/Gruppe Frankfurt

Frankfurt: Schußwaffengebrauch gegen türkische Antifaschisten

Ohne sonderlichen Protest der Öffentlichkeit zerschlug die Frankfurter Polizei mit maßloser Brutalität eine Kundgebung türkischer Antifaschisten, wobei ein Polizist von seiner Waffe Gebrauch machte. Festgenommene wurden auf der Wache schwer mißhandelt und sind aktuell von Abschiebung bedroht.

Am 11. April hatten in Frankfurt etwa 300 überwiegend türkische Antifaschisten gegen ein Treffen der „Grauen Wölfe" demonstriert, die sich laut Ankündigung in den Räumen des „Türkischen Kulturvereins" versammeln wollten. Vor dem Gebäude in der Gutleutstraße 173, das als europäisches Zentrum der „Grauen Wölfe" gilt, wurden Parolen gegen die Faschisten und die Militärjunta gerufen. Einige Demonstranten warfen die Scheibe der Eingangstür ein, hinter der sich bereits die „Hauswache" der Faschisten formiert hatte. *„Da erst rollten vereinzelte Polizeiwagen an, Beamte ohne Schutzkleidung versuchten unter Einsatz von Tränengas, die Türken abzudrängen. Sie ernteten einen Hagel von Steinen, Baumaterial flog auf die Beamten"*, heißt es in der Darstellung des offenbar direkt aus dem Polizeipräsidium übernommenen Berichtes der „Frankfurter Rundschau" (13.4.).

Glaubt man aber den Erzählungen von Zeugen, die auch ohne die tägliche Lektüre des Polizeiberichts ihren Lebensunterhalt verdienen können, dann sah die Sache ganz anders aus: Die Polizei begann mit einem Knüppeleinsatz gegen einen Demonstrationszug, der sich beim Eintreffen der ersten Polizeiwagen längst in eine Seitenstraße zurückgezogen hatte. Von dort wurden die Demonstranten unter Einsatz neu hinzukommender Polizeikräfte — mit „Schutzkleidung" — in Richtung Bahnhofsgebäude getrieben. Auf dem Wege dorthin entwickelte sich durch die ständigen Attacken der Polizei in der Tat *„eine Auseinandersetzung, wie sie an Härte in Frankfurt lange nicht mehr zu beobachten war"* („FR", 13.4.). Schließlich wurde der Demonstrationszug im Bereich des Bahnhofs eingekesselt. Und ein Körnchen Wahrheit findet sich — freilich jenseits aller journalistischen Sorgfaltspflicht — auch in der „FR": *„Blutüberströmte Türken wurden mit Handschellen in Polizeibusse geführt. Zehn Polizisten wurden ebenfalls verletzt"*. Die Polizei durchkämmte danach noch über eine Stunde lang den Bahnhof nach Türken.

Die deutsche Polizei machte insgesamt 18 türkische Gefangene. Und die Tatsache, daß ein Polizist in die Luft geballert hatte, war für die Presse Anlaß, die Auswahl ihrer Überschriften so zu treffen: *„Warnschüsse nach Hagel von Steinen"* („FR") und *„Warnschüsse retteten Polizisten das Leben"* („Abendpost/Nachtausgabe").

Für OB Wallmann war es nach solchen wahrheitsverzerrenden Vorgaben natürlich ein Leichtes, sich als Sprachrohr der eingestimmten Volksseele zu empfehlen: **Von seinem Urlaubsort aus wies er das Ordnungsamt an, gegen die in Frankfurt gemeldeten Festgenommenen Ausweisungsverfahren einzuleiten.**

Um die Sache rund zu machen, sollen die Behörden anderer Städte mit Materialien versorgt werden, um die gleichen Maßnahmen einleiten zu können.

Unter den Bedrohten ist z.B. ein 15jähriger Türke...

Wenige Tage nach der Demonstration wurden auf einer Pressekonferenz schwere Vorwürfe gegen die Polizei bekannt. Danach sind türkische Antifaschisten nach der Festnahme geschlagen worden. Fotos zeigten schrecklich zugerichtete Menschen; ein Türke zeigte 5 Tage nach der Demonstration Blutergüsse an Arm, Bein und in der Magengegend, die ihresgleichen suchen. Ein Anwalt berichtete, er sei aus dem Revier geworfen worden. Ein deutscher Zeuge, der in der Presse als Festgenommener total unterschlagen worden war, gab an, er habe auf dem 4. (Bahnhofs)Revier aus seiner Zelle heraus Schmerzensschreie gehört und den Eindruck gewonnen, daß Menschen geschlagen wurden. Er war festgenommen worden, als er einen Polizisten nach dessen Dienstnummer fragte. Rock gegen Rechts/Frankfurt und die Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen haben sich gegen das Vorgehen des Strauß-Freundes Wallmann gewandt: Sie fordern die Rücknahme der Ausweisungsverfahren, denn eine Ausweisung würde bedeuten: *„aus deutschen Polizeistuben direkt in die Kerker und Folterkammern der türkischen Militärjunta"* (RgR). Die BI fordert die Schließung des Zentrums der „Grauen Wölfe". Der „türkische Kulturverein" dagegen unterstützt Wallmanns Bemühungen und fordert die Abschiebung der 18 türkischen Genossen.

Keine Ausweisung der Antifaschisten! Verbot der „Grauen Wölfe"!

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Frankfurt

Rock gegen rechts: Öfter mal was Neues

Mit einem Schreiben an alle Bürger- und anderen Initiativen im Rhein-Main-Gebiet hat sich das Frankfurter Aktionsbündnis Rock gegen Rechts (RGR) zu Wort gemeldet. Nach langen und gründlichen Überlegungen habe man sich entschlossen, auch in diesem Jahr wieder aktiv zu werden – allerdings anders als mit den zentralen Demonstrationen und Festivals 1979 und 1980. Als Gründe für diesen Entschluß werden genannt:

- der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest, die Verharmlosung des rechtsradikalen Terrors durch die Politiker („Einzeltäter"-Theorie) und das Ausbleiben relevanter Reaktionen in der Bevölkerung
- die erschreckend hohe Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts (siehe „Sinus-Umfrage"), die sich in „Kopf ab"-Parolen gegenüber Hausbesetzern ebenso äußert wie in ausländerfeindlichen Stimmungen
- die NATO-Aufrüstung und Kriegstreiberei.

Das Aktionsbündnis stellt sich vor, daß RGR in Frankfurt dieses Jahr eine *„regionale Sache"* werden soll, und daß ein *„dezentrales Konzept"* sowohl am 17./18. Juni selbst (in diesem Jahr zwei Feiertage hintereinander) als auch in den Wochen zuvor versucht werden soll. Dieses Konzept könne aber nur dort erfolgreich sein, wo es von BIs, Stadtteilgruppen, Jugendzentren usw. mitgetragen wird. *„Rock gegen rechts – überall in der Stadt: als Fete in besetzten Häusern., im Kinderhaus, in der Batschkapp, als Straßenfeste von Bürgerinitiativen, als open-air-Rock in Parks, auf Plätzen, im Wald von Mörfelden-Walldorf oder auf dem Damm der B8 ... und als Sternmarsch, bei dem wir dem DGB am 17. Juni helfen, Leben in seine Kundgebung auf dem Römer zu bringen. Und alles 'live' in Radio Isnogud. So stellen wir's uns vor für dieses Jahr..."*

Im Sinn dieser Vielfalt an Aktivitäten hat RGR zunächst einen Aufruf herausgebracht, in dem dazu aufgefordert wird, sich mit Antikriegsparolen am 1. Mai an der Demonstration des Frankfurter DGB zu beteiligen. Darin heißt es: **„Krieg und Faschismus läuft nicht. Ohne uns! Kein Bock auf Pershing. Cruise Missiles? Das Letzte! Mehr SS 20? Abrüstung macht Laune, in Ost und West! Ohne Bomben – Bombenstimmung! Verschwindet Amis, nehmt die NATO mit. Neutralität? Das hätten wir schon lange machen sollen. Ohne Waffen. Hoffentlich ist es noch nicht zu spät!"**

Neue (alte) Kontaktadresse:
Aktionsbündnis RGR Frankfurt
Kleine Hochstr. 5
6000 Frankfurt a.M.1

Für Führer, Volk und Vaterland?

Als ich die nebenstehende Meldung („Frankfurter Rundschau", 18.4.) las, dachte ich zunächst an einen Irrtum oder Druckfehler. Es ist aber ganz offenbar bitterer Ernst. Die Dummheit unserer Politiker scheint mit ihrer Unverschämtheit Schritt zu halten.

Während Minister Apel den 3. Weltkrieg einzuleiten hilft, findet er Zeit und Lust, der jüdischen Gefallenen der vorigen zwei Weltkriege würdigend zu gedenken. Wohlgemerkt: jüdische Soldaten in d e u t s c h e n Uniformen. Mich hat das reichlich erstaunt. Daß Juden in Kaiser Wilhelm Armee gestorben sind – und einige wohl auch mit der gehörigen patriotischen Freudigkeit – war mir bekannt. Aber jüdische Soldaten in der Nazi-Armee? Davon hatte ich bisher nichts gehört – und das wird gewiß auch anderen so gehen. Mit gelbem Stern an der Wehrmachtsjacke, oder wie hat man sich das vorzustellen? Oder waren das Juden, die unter angstvoller, ständig gefährdeter Geheimhaltung ihrer nationalen und religiösen Identität in der Uniform der Schlächter ihres Volkes starben? Es muß wohl so sein. Wie mag denen zumute gewesen sein? „Loyalität" haben sie gezeigt, lobt Apel in seiner Schrift zur Eröffnung der Ausstellung. Loyalität mit wem? Mit ihrem gefangenen, gequälten und gemordeten Volk? Oder mit dem Nazi-Staat, dessen Uniform sie tragen mußten?

Eben d i e s e Loyalität meint Apel ihnen „würdigend" unterstellen zu müssen: **„In vorbildlicher Weise traten sie auch als Soldaten für den Staat ein"**. Also für den Nazi-Staat, der im Schutz seiner Wehrmacht die Deportationen, KZs und Massenmorde organisierte. Der vorbildliche Soldat, wie Apel ihn definiert, tritt also „für den Staat" ein. Und dabei ist es nach Ansicht Apels ziemlich gleichgültig, um was für einen Staat es sich konkret handelt. Staat ist Staat, ob kaiserliche Reaktion oder Nazi-Reich. Mit der makabren „Würdigung" jüdischer Männer, denen unterstellt wird, sie seien für den Nazi-Staat „eingetreten", hat diese Staatsverherrlichung einen zukünftig schwerlich zu überbietenden Höhepunkt der Perversion erreicht.

Kt., Hamburg

> **Jüdischer Soldaten gedacht**
>
> BONN, 17. April (AP). Bundesverteidigungsminister Hans Apel würdigte am Donnerstag die Verdienste der rund 100 000 deutschen Soldaten jüdischen Glaubens, die nach seinen Angaben „in den beiden Weltkriegen in deutschen Streitkräften gedient haben". Zur Eröffnung einer Sonderausstellung im wehrgeschichtlichen Museum Schloß Rastatt „Deutsche jüdische Soldaten 1914—1945" schrieb der Minister, die Ausstellung zeige in Bild- und Schriftdokumenten ihre Loyalität und Verdienste, aber auch Verleumdungen und Verfolgung, denen sie ausgesetzt gewesen seien.
>
> „In vorbildlicher Weise traten sie auch als Soldaten für den Staat ein", schrieb der Bundesverteidigungsminister. „Ihr Einsatz und ihr Schicksal sind für die Soldaten unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates eine Verpflichtung."
>
> FR 18. 4. 81

Sigurd Debus: Tod durch Zwangsernährung

Gemeinsam mit den Gefangenen aus der RAF, der Bewegung 2. Juni, den Amerikahausbesetzern, Gefangenen aus der Hausbesetzerbewegung und einigen sozialen Gefangenen begann Sigurd seinen Hungerstreik am 11.2. Die Forderungen der Gefangenen aus der RAF waren auch die seinen: Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention; Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen, aber nicht in schall-, licht- und luftkonditionierten Isolationseinheiten; eine internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolation in Westeuropa; für die Freilassung von Günther Sonnenberg und Verena Bekker.

Seit dem 19. März wurde er zwangsernährt. In der wieder einmal völlig gleichgeschalteten offiziellen Presse liest sich das so: *„Neun Tage nach Beginn des Hungerstreiks war der gelernte Industrie-Kaufmann Debus, der in Hamburg im normalen Strafvollzug einsaß und dort zeitweilig in der Druckerei beschäftigt wurde, zur ärztlichen Beobachtung und Behandlung in das Zentralkrankenhaus der Justizbehörde verlegt worden. Er lehnte zunächst jede Behandlung ab. Als sich sein Gesundheitszustand verschlechterte, wurde der 1,90 Meter große Strafgefangene seit dem 19. März intravenös ernährt. Diese Infusionsbehandlung wurde von Debus geduldet. Er war nach Angaben der staatlichen Pressestelle von den behandelnden Ärzten eindringlich darauf hingewiesen worden, daß für ihn Lebensgefahr bestehe... Die Hamburger Justizbehörde betonte, daß alles unternommen worden sei, um das Leben von Sigurd Debus zu erhalten. Dort jedoch, wo ein Mensch den eigenen Tod bewußt in Kauf nehme, stoße ärztliche Hilfe an ihre Grenzen. In einer persönlichen Erklärung zu seinem Hungerstreik hatte Debus ‚jede medizinische Behandlung' abgelehnt"* (SZ 19.4.).

Sigurd selbst hat am 19.3. in einem Brief an seinen Anwalt diese „Fürsorge" ganz anders beschrieben: *„Um 11.05 Uhr stürmen acht Mann in die Zelle, packten mich an Beinen, Armen und an der Hüfte, schleiften mich zu einer vor der Zelle stehenden fahrbaren Liege, warfen mich mit dem Bauch nach unten darauf, verdrehten mir die Arme und setzen sich auf die Beine, preßten den Kopf auf die Liege. So ging es ins Zentralkrankenhaus. Dort legten sie mich auf eine Liege. Sie schnallten mich fest, an den Beinen oberhalb der Füße und an den Oberschenkeln mit Lederfesseln, über den Unterleib mit einem Ledergurt und über die Brust mit einem Ledergurt, beide Unterarme mit Fesseln an die Liege. Nach dieser Tortur waren die Glieder völlig steif, ich konnte mich nur unter Schmerzen und sehr langsam bewegen"*. Und am 23.3.: *„An diesem Abend – nach der Infusion von Kohlehydraten – war ich nicht fähig, länger als fünf Minuten zu sitzen. Ich fiel auf das Bett und deckte mich mit allen verfügbaren Decken zu, zwei Pullover an. Gleichzeitig Schüttelfrost und Schweißausbrüche, stundenlang. Herzrasen und Reißen in der linken Brust. Mehrere Minuten Dauer, unperiodisch. Unfähig, mich schnell zu bewegen. Liegen auf der Seite unerträglich, liege auf dem Rücken, Kopf etwas hoch, völlig kraftlos, Ekelgefühl. Dann im Liegen Schwindelanfälle. Habe das Gefühl, als wenn die Wirbelsäule und die Beine sich immer schneller spiralförmig drehen und verliere zeitweise das Bewußtsein"* (Anwaltserklärung, TAZ, 21.4.).

Daß Sigurd täglich von acht Beamten zur Infusion gezwungen wurde, schrieb der „Spiegel" bereits am 13.4. In derselben „Spiegel"-Nummer betonen drei Westberliner Mediziner – die drei gefangene Frauen in kritischen Situationen mit Infusionen behandelt hatten – daß sie eine Infusionstherapie nur im äußersten Fall und nicht gegen den Willen der Gefangenen medizinisch für vertretbar halten.

Bereits am 2.4. traten u.a. diese drei Ärzte mit einem Appell an die verantwortlichen Politiker an die Öffentlichkeit: *„...angesichts der Möglichkeit, daß bei Fortsetzung des Hungerstreiks mit dem Tod eines Gefangenen gerechnet werden muß, richten die Ärzte nochmals den dringenden Appell an die politischen Verantwortlichen, ihre Haltung zu den Forderungen der Gefangenen nach Veränderung ihrer Haftbedingungen erneut zu überprüfen und zu den möglichen tragischen Folgen ins Verhältnis zu setzen"* (TAZ, 6.4.).

Zur Zwangsernährung als angebliche Hilfe bei Lebensgefahr heißt es im „Spiegel": *„Man kann sehr lange warten, bevor man die akute Lebensgefahr wirklich gegeben sieht. Wenn jemand – in derselben Situation wie die Berliner Häftlinge – andernorts schon seit vier Wochen zwangsernährt wird, dann ist die akute Lebensgefahr dort offenbar sehr früh angenommen worden. Bei tatsächlich akuter Lebensgefahr ist die Zwangsernährung doch gar nicht die Methode der Wahl. Vielmehr steht dann die medizinische Behandlung etwa der Infektion oder der aufgetretenen Komplikationen des Blutdruckabfalls im Vordergrund"*.

Die drei Ärzte lehnen eine Zwangsernährung prinzipiell ab, sind jedoch bereit – und haben das in ihrer Erklärung an den Westberliner Justizsenat auch betont – bei akuter Lebensgefahr zu helfen. *„Wir haben erklärt, daß wir uns nicht zurückziehen von der Behandlung, wenn jemand aus freiem Willen erklären sollte, daß er sie jetzt in einer akuten Situation haben will. Wir stehen ja auch – abwechselnd mit insgesamt 14 Berliner Krankenhäusern – in ständiger Einsatzbereitschaft... Wir haben ja eben die Erfahrung gemacht, daß im Notfall die Behandlung angenommen wurde. Ich gehe davon aus, daß das such so bleibt". „Das Risiko, daß wir dann eingehen können und müssen, bestimmt sich aus der jeweiligen Situation. Bei Schwerkranken haben alle diese Maßnahmen ein Eigenrisiko. Natürlich auch hier. Es ist durchaus denkbar, daß ein Patient dann auch an diesen Maßnahmen stirbt".*

Dieses ist nach Aussagen von Sigurds Anwalt und auch seinem Bruder geschehen: *„Der Tod Sigurd Debus' ist nach allen bisherigen Erkenntnissen insbesondere auch nach den ersten und vorläufigen Obduktionsergebnissen, durch die dreiwöchige Zwangsernährung ausgelöst worden. Damit hätte sich die klare Position zahlreicher Mediziner und ihrer Standesorganisation, die eine Zwangsernährung als medizinisch und ethisch verantwortungslos abgelehnt und verurteilt haben, bestätigt"* (Anwaltserklärung, TAZ, 21.4.).

„Debus war der erste Häftling, der gegen seinen Willen künstlich ernährt wurde. Sein Bruder glaubt, daß diese Zwangsinfusionen die Ursache für seinen Tod gewesen seien. Jürgen Debus: ‚Nach Ansicht der behandelnden Internisten ist Sigurd nicht verhungert. Sein Substanzverlust war nicht so groß, daß ein Hungertod zu diesen Zeitpunkt eintreten konnte'. Diese Einschätzung wurde auch durch die Obduktion bestätigt. Danach sei Sigurd Debus an den Folgen einer ‚Hirnmassenblutung' gestorben, zu der es kommen kann, wenn durch zu hohen Blutdruck Blutgefäße im Gehirn platzen. Doch Debus habe nie unter zu hohem Blutdruck gelitten!" (Stern, 23.4.).

Todeszeitpunkt manipuliert

Der Stern-Artikel vom 23.4. macht unmißverständlich deutlich, daß selbst der tote Sigurd Debus in das politische Kalkül der Regierenden eingebaut wurde. Am 7.4. wurde Sigurd todkrank ins Barmbeker Krankenhaus verlegt. Er erkannte weder Mutter noch Anwalt mehr und mußte künstlich beatmet werden. *„Am Mittwoch vor Ostern zeigt das Elektroenzephalogramm (EEG) die ‚Null-Linie', weitere Untersuchungen bestätigen: Das Gehirn ist tot. Herz und Kreislauf des künstlich Beatmeten funktionieren jedoch noch weiter".*

Erst Donnerstag Nachmittag wird Sigurds Tod bekannt gegeben. Alle Landeskriminalämter und Polizeichefs der BRD waren allerdings selbstverständlich umgehend unterrichtet und zu erhöhter Alarmbereitschaft aufgefordert worden.

Derartig vorbereitet, konnte Herr Schmude dann beruhigt am Donnerstag morgen das dringliche Fernschreiben von Amnesty International vom 8.4. beantworten. Ein Telex, das im übrigen Schmudes bis dahin ausgebliebene Antwort auf das Amnesty-Schreiben vom 13.3. anmahnt.

Um den Appell von ai mit dem vagen Hinweis auf die mögliche Verbesserung einzelnerHaftbedingungen zu beantworten, brauchte er mehr als einen Monat, einen unrettbar kranken Terroristen seit dem 9.4. und einen verschobenen Todeszeitpunkt. BRD-Realität 1981, freiheitlich-demokratisch und sozial.

Wundert es da noch, daß der Stern als erste Zeitung über eine Woche nach Sigurds Tod diesen Sachverhalt berichtet, selbstverständlich auch mit dem entsprechenden Verständnis für den „Sachzwang": *„Mit diesem Hinhaltemanöver wollte die Regierung den Eindruck vermeiden, man habe erst unter dem Eindruck der Todesmeldung nachgegeben".* So kann man die nackten Tatsachen auch werten! Dabei muß dem Stern für seine Berichterstattung nach Sigurds Tod ein Orden verliehen werden. Die ach so objektive Presse in diesem sozialliberalen Staat hatte am 16.4. eine Äußerung des Frankfurter Rechtsanwalts Koch, daß Sigurd bereits klinisch tot sei, unter der Rubrik „schon in der Vergangenheit Sprecher der Verteidiger der RAF-Gefangenen" abgehakt.

„Sigurd Debus hat im Gegensatz zu der Behauptung der Justizsenatorin Leithäuser, er habe sich ausschließlich aus Solidarität dem Hungerstreik anderer angeschlossen, aus eigener politischer Entscheidung mit dem Hungerstreik um seine Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen gekämpft. Sigurd Debus hat den Hungerstreik kollektiv mit den politischen Gefangenen aus der RAF aufgenommen, mit dem Ziel, Lebens- und Arbeitsbedingungen für sich und die anderen hungerstreikenden Gefangenen gemeinsam zu erkämpfen. Auch nach der Verlegung in den Normalvollzug, dem fünf Jahre Isolationshaft vorausgingen, hat er diese Forderung für sich ausdrücklich aufrechterhalten. Die Vollzugsbedingungen in Hamburg negierten den politischen Zusammenhang, in dem sich Sigurd Debus begriffen hat. Insoweit ist er auch hier isoliert worden. Der Versuch, Sigurd Debus zu vereinzeln und seinen Kampf ums Menschsein zu psychiatrisieren und ihm Selbstmordabsichten zu unterstellen, steht in einer Reihe der Denunziation jeglicher politischer Identität, die beim Tod von politischen Gefangenen immer wieder versucht worden ist" (TAZ, 21.4.).

Antirepressionskommission KB-Westberlin

Die letzten Tage des Hungerstreiks

Während die Presse am 10. April die akute Lebensgefahr von Sigurd Debus meldet, bekräftigt die Konferenz der Justizminister und -senatoren noch einmal ihre harte Linie gegen die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen. *„Eine solche Konzentrierung besonders gefährlicher und von außen unterstützter Gefangener (würde) den terroristischen Zusammenhalt stärken und Befreiungsaktionen erleichtern."* (TSP, 10.4.81) Daraufhin zieht der westberliner Justizsenator Meyer sein Angebot, daß er Hanna Krabbe nach Berlin verlegen wolle, wieder zurück – damit ist die harte Haltung vereinheitlicht, Verhandlungen scheinen nicht mehr möglich. Hinter den Kulissen aber verhandeln die Justizbehörden und die Gefangenen und ihre Anwälte weiter. Die Gefangenen aus der RAF hatten schon einige Zeit bevor Rechtsanwalt Koch dies auf einer Veranstaltung in Frankfurt am 15.4. bekannt gab, ihre Forderungen reduziert. *„Koch teilte mit, daß die seit zehn Wochen Hungerstreikenden nicht mehr die Anerkennung eines ‚Kriegsgefangenenstatus' verlangten. Die Forderungen gegenüber den Justizministern seien reduziert worden auf eine Zusammenlegung von sieben bis acht Häftlingen in vier Gruppen ohne jegliche ‚Isolationshaft."* (TSP, 16.4.81). Als Grund für diese Verhandlunstaktik nennt Michael Kern, der Verteidiger von Andreas Vogel:

„Damit sollte dem Staat die Möglichkeit gegeben werden, Zugeständnisse zu machen, ohne das Gesicht zu verlieren." (Stern, 23.4.81) Der Stern behauptet weiterhin: *„‚Auf höchster Ebene', so ein Teilnehmer der Verhandlungen, vereinbarten schließlich Justiz und Anwälte die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge in vier Gruppen. Als neutraler Garant dieser Vereinbarung, die nicht schriftlich niedergelegt wurde, fungiert eine Person des Öffentlichen Lebens. Dabei soll es sich um den ehemaligen Berliner Bürgermeister und heutigen Pfarrer Heinrich Albertz handeln."*

Amnesty international greift ein

Eine nicht unwesentliche Unterstützung in den Verhandlungen war für die Gefangenen offenbar das Eingreifen von Amnesty. Schon im März hatte ai sich an Justizminister Schmude gewandt und *„appellierte... nachdrücklich an die Behörden der BRD, Einzelhaft und Kleingruppenisolation als reguläre Haftbedingungen aufzuheben ..." „Die Delegierten glauben, daß es die Suche nach Alternativen zur Isolationshaft und Kleingruppenisolation als reguläre Haftformen erleichtern würde, wenn die Bundes- und Landesbehörden von einem Ausschuß beraten würden, der das Vertrauen sowohl der Häftlinge wie der Behörden besitzt."* (TAZ, 20.3.81)

Bei den Behörden tat sich nichts, Amnesty schickte am 8. April ein Fernschreiben – ebenfalls keine Reaktion. *„Der zuständige Sektionsleiter in London, Douwe Korff, erklärte am Dienstag gegenüber der ‚Frankfurter Rundschau', auch auf die Anmahnung einer Antwort beim Bonner Justizministerium vom 8. April wegen der offensichtlichen Dringlichkeit und bestehenden Lebensgefahr für die Gefangenen habe es bisher keine Reaktion gegeben. ... Nach Angaben des Bundesjustizministeriums ist das Schreiben von ai am 16. März in Bonn eingegangen. Der Appell werde sehr ernst genommen. Der Antwort-Entwurf sei fertiggestellt, aber noch nicht abgesandt, da Justizminister Schmude sich im Urlaub befunden habe."* (FR, 15.4.81) Wer dieser Erklärung des Justizministeriums Glauben schenken will, soll das tun.

Der Stern enthüllt in seiner Ausgabe vom 23. April 1981, daß der Todestag von Sigurd Debus nicht – wie offiziell bekannt gegeben – der 16. April war, sondern Mittwoch, der 15. April. *„Der Öffentlichkeit wird der Hirn-Tod verschwiegen."* Und zwar aus folgendem Grund: *„Es war vor allem die Sorge, daß der schon vor Wochen in aller Stille eingefädelte Kompromiß zwischen Regierenden und RAF-Häftlingen in letzter Minute platzen könnte: Am Donnerstag morgen unterschrieb Bundesjustizminister Jürgen Schmude einen Brief an die Gefangenen Hilfsorganisation, daß die Haftbedingungen verbessert werden könnten, sobald diese ihren Hungerstreik beendet hätten. ... Erst nachdem dieser Brief in Bonn abgeschickt worden war, wurde der Tod des Sigurd Debus offiziell bekannt gegeben. Mit diesem Hinhaltemanöver wollte die Regierung den Eindruck vermeiden, man habe erst unter dem Eindruck der Todesmeldung nachgegeben."* (Stern, 23.4.81) Nicht nur daß Schmude hier den toten Debus für seine miesen Verhandlungsmanöver benutzte, er riskierte damit auch, daß andere hungerstreikende Gefangene, deren Zustand zu diesem Zeitpunkt akut lebensbedrohlich wurde, wie bei Andreas Vogel, an dieser Hinhaltetaktik sterben.

Schmudes Brief an Amnesty

Lediglich eine Äußerung im Brief des Justizministeriums könnte als Signal für Verbesserungen der Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF gedeutet werden: *„Andere Maßnahmen (als die Zusammenlegung in größere Gruppen, Anm. AK) zur Veränderung der Haftsituation im Sinne der Gefangenen sind damit nicht ausgeschlossen."*

Irgendwelche konkrete Zusagen machte Schmude nicht, daß sei *„Sache der Justizminister und Strafvollzugsbehörden der Länder und falle nicht in die Kompetenz des Bundes."*

Ansonsten unterscheidet sich dieser Brief an Amnesty nicht wesentlich von der harten Linie der Justizministerkonferenz, die diese einige Tage zuvor ausgegeben hatte. Die Forderungen nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen wird kategorisch abgelehnt: Die zuständigen Stellen *„müssen alles tun, um zu verhindern, daß der Terrorismus weitere Opfer fordert. Sie haben deshalb die geforderte gemeinsame Unterbringung der Gefangenen aus dem Terrorismusbereich in großen Gruppen als unannehmbar bezeichnet."* Zur Äußerung von Amnesty, Einzelhaft und Kleingruppenisolation seien „reguläre Formen" der Haftbedingungen, antwortet Schmude: *„Die von den Terroristen behauptete Isolation ist meistens dadurch entstanden, daß sie sich selbst geweigert haben, mit Gefangenen, die nicht ihrer Vereinigung angehören, zusammenzukommen. Ich wäre dankbar, wenn Sie die in Ihrem Schreiben vom 13. März zum Ausdruck gekommene Auffassung überprüfen würden."* Zur Anregung Amnestys, die Gefangenen durch Ärzte ihres Vertrauens behandeln zu lassen, stellt Schmude ganz lakonisch fest, *„daß die Gefangenen ärztlich betreut werden."* (alle Zitate nach FR, 19.4.81)

Der Hungerstreik wird abgebrochen

Wenige Stunden nachdem Justizminister Schmude seinen Brief an Amnesty international abgeschickt hat, brechen die Gefangenen aus der RAF ihren Hungerstreik nach über 60 Tagen ab. In ihrer Erklärung heißt es: *„Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abzubrechen, nachdem wir nach zwei Interventionen von amnesty international davon ausgehen, daß kein Gefangener mehr einzeln isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden. Auch wenn es bereits in den letzten Tagen die Gewißheit gab, daß Sigurd Debus nach zehn Wochen Hungerstreik an den Folgen der mit brutalster Gewalt durchgeführten Zwangsinfusionen sterben wird, können wir unseren Schmerz über seinen Tod heute nur schwer vermitteln. Sein Wille konnte nicht gebrochen werden. ... Wenn es jetzt eine Lösung gibt, bedeutet das nicht, daß das Vernichtungsinteresse des Staates aufgehoben wäre. Aber wir meinen auch, daß wir nicht dieselben Erfahrungen wie die IRA im Dezember 1980 machen müssen – nicht zuletzt, weil wir Solidarität erfahren haben."* (zitiert nach FR, 19.4.81)

Bundesjustizminister Schmude hat die Verhandlungen über konkrete Regelungen an die Justizminister der Länder beziehungsweise an die Bundesanwaltschaft delegiert. Und da sind die Reaktionen doch sehr unterschiedlich. Schleswig-Holstein reagierte mit unnachgiebiger Härte: *„Der Sprecher des Kieler Justizministeriums erklärte ..., in Lübeck-Lauerhaf kämen Hafterleichterungen nicht in Frage".* (Volksblatt, 19.4.81). Ebenso steht in Hessen Zusammenlegung nicht zur Debatte; Justizminister Günther erklärte, *„daß die Terroristen in Hessen im Normalvollzug untergebracht seien"* (TSP, 22.4.81). Das kann für die in Hessen inhaftierte Verena Becker in der Konsequenz heißen, daß sie weiter als Schwerkranke unter den für sie unerträglichen Haftbedingungen inhaftiert bleibt (vgl. auch AK 196). In Niedersachsen, wo u.a. Heinz Herlitz und Karl-Heinz Dellwo im Celler Hochsicherheitstrakt einsitzen, heißt es: *„Niedersachsen sei bereit, zusätzliche inhaftierte Terroristen aufzunehmen, wenn es von anderen Bundesländern darum ersucht würde."* (TSP, 23.4.81) Einen entsprechenden Antrag haben bislang Andreas Vogel und Lutz Taufer gestellt; der niedersächsische Justizsprecher läßt aber keinen Zweifel daran, daß eine solche Kleingruppe im Hochsicherheitstrakt in Celle gebildet würde. Noch sehr unkonkret bleiben die Ankündigungen der Justizminister aus Bayern und Baden-Württemberg. Dort sollen die Haftbedingungen *„unvoreingenommen geprüft"* werden (TSP, 19.4.81).

Als Fakt ist festzuhalten: Zusagen gibt es für minimalste, wenn auch für die Gefangenen zweifellos wichtige Verbesserungen für einzelne von ihnen oder innerhalb des Hochsicherheitsverwahrsystems, wie z.B. das Anlegen einer Rasenfläche im Hof des HS-Trakts Westberlin.

K e i n e schriftlichen, d.h. keine konkreten Zusagen bestehen für die Zusammenlegung der Gefangenen in größere Gruppen (bis zu sechs) i m H o c h s i c h e r h e i t s t r a k t.

Forderungen, mit denen die Gefangenen in den Hungerstreik gegangen sind (Mindestgarantien der Genfer Konvention, Zusammenlegung in größere Gruppen, Abschaffung der HS-Trakte, Überwachung der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission, Freiheit für Günther Sonnenberg und Verena Becker), aber auch die während des Hungerstreiks reduzierte Forderung auf Zusammenlegung in Gruppen von sieben bis acht Gefangene ohne jegliche Isolation, stehen überhaupt nicht zur Diskussion.

Wie wirklich substantielle Verbesserungen der Haftbedingungen erreicht werden können – und eine Zusammenlegung von vier bis sechs Gefangenen im H o c h s i c h e r h e i t s t r a k t kann ein Ü b e r g a n g s s c h r i t t in diese Richtung sein – muß heute, nach fast 70 Tagen Hungerstreik und dem Tod von Sigurd Debus, ernsthaft und mit politischen Konsequenzen in der Linken, den Knastgruppen, den Gefangenen und mit den Gefangenen diskutiert werden..., damit politisches Handeln daraus wird und die in den letzten Wochen angelaufene Solidarität b r e i t e r und s t ä r k e r wird.

Die Gefangenen sind gerade jetzt und in absehbarer Zeit besonders auf intensive Solidarität angewiesen, um nicht wieder ihr Leben einsetzen zu müssen.

Antirepressionskommission KB/Westberlin

Demonstration in Hamburg



Am 25.4. fand in Hamburg eine Kundgebung und Demonstration zum Tod von Sigurd Debus statt. Es sprachen die Anwälte Michael Nitschke und Bernd Rosenkranz sowie der Arzt Karl Heinz Roth. Ungefähr 1500 Menschen waren dem Aufruf der Veranstalter gefolgt. Zu Übergriffen seitens der Polizei kam es nicht.

Im Folgenden dokumentieren wir die Rede von Karl Heinz Roth. Wir meinen, daß es notwendig ist, sich mit seiner Darstellung des Lebensweges von Sigurd Debus und mit dem von ihm angedeuteten Weg der weiteren politischen Orientierung auseinanderzusetzen. Wir stimmen in einer Reihe von Einzelheiten und in der politischen Schlußfolgerung nicht mit dem Beitrag überein. So nicht mit unkritischen Charakterisierungen wie „heroisch" für die RAF-Versuche des „bewaffneten Kampfes", so nicht mit der Reduzierung der politischen Differenzen zwischen RAF-Entwicklung und der übrigen Linken auf die „Mentalität der Entsolidarisierung". Unseres Erachtens fällt Karl Heinz Roth hier hinter seine bisherige differenziertere Betrachtungsweise der Geschichte zurück. Insbesondere scheint uns die in dem Beitrag vorgenommene Orientierung auf eine „militante Massenbewegung" („hartnäckiger" und „ausdauernder" als die Anti-AKW- und Häuserkampfbewegung) zum einen einiger Klärung, zum andern einer offenen Auseinandersetzung zu bedürfen. (Siehe zu dieser Auseinandersetzung auch die Artikel zum Hungerstreik sowie den Artikel „Zwei Taktiken – ein Ziel" in diesem AK).

AK-Redaktion

Karl-Heinz Roth zum Tode von Sigurd Debus

Über eine Woche ist Sigurd Debus jetzt tot. Nur allmählich wird das Ausmaß seines Sterbens faßbar. Langsam beginnt die Lähmung der letzten Tage zu weichen. Uns führen die Trauer und die Wut über den Tod eines Genossen zusammen, der sein Leben zuletzt im Kampf gegen die Isolationshaft einsetzte und verlor. Mögen die überlebenden Genossinnen und Genossen des Hungerstreiks, mit denen er in bedingungsloser Solidarität kämpfte, mögen aber auch wir selber dieser ungeheuren moralischen Größe würdig sein.

Viele von uns haben an der politischen Geschichte von Sigurd Debus teilgehabt, und manche der hier Anwesenden haben Passagen seines Lebensweges geteilt. Sigurd Debus hatte, aus der „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" kommend, seit Mitte der 60er Jahre an der außerparlamentarischen Massenbewegung in Hamburg teilgenommen. Alle Stärken und Schwächen dieser Bewegung, zu denen auch die späteren der RAF gehören, welcher Debus sich seit 1972/73 anzuschließen versuchte, sind in ihm wiederzuerkennen. Was ihn von uns allen unterscheidet, ist sein Schicksal. Es ist geprägt durch die eiskalte Härte, mit der die Machthaber dieser Stadt Sigurd Debus verfolgten und Schritt für Schritt an seiner Vernichtung arbeiteten.

Sigurd Debus war schon vor dem
ten.

Sigurd Debus war schon vor dem Ausbruch der Sozialrevolte der sechziger Jahre politisch aktiv. Als kleiner kaufmännischer Angestellter machte er seine ersten Erfahrungen in einem um die Zeitschrift „Neue Politik" gruppierten Zirkel, in dem sich undogmatische Strömungen der KPD- und FDJ-Umgebung vereinten. Schon damals wurde er, fast noch ein Jugendlicher, als überaus bescheiden, korrekt, zuverlässig und extrem wißbegierig erlebt. Sein Lesehunger war grenzenlos, sein Lebensstil asketisch. Das waren Verhaltensweisen, die mit dem Verschwinden der alten Arbeiterbewegung von der historischen Bühne weitgehend untergegangen sind. Sigurd Debus transportierte sie weiter. Aber in ihm war auch Neues spürbar, die Forderung nach einer Erneuerung der Arbeiterbewegung, nach einer neuen Offensive, die sie von der Kette der in den vergangenen Jahrzehnten erlittenen Niederlagen abschnitt. Von daher ist es verständlich, daß er sich zur Jugend- und Studentenrevolte, die im heißen Sommer 1966 mit der großen Vietnamdemonstration ihren ersten Durchbruch erlebte, kritisch verhielt. Er wurde Maoist, aber nicht aus der damals gängigen diffusen Begeisterung für die chinesische Kulturrevolution, sondern als Anhänger eines Versuchs, die marxistisch-leninistische Arbeiterbewegung von innen auf Weltebene zu erneuern. Hinter diesem Anspruch suchte Debus nach einem verbindlichen Verhältnis von Theorie und Praxis. Die politischen Auffassungen und Einsichten waren für ihn kein Etikett, sondern Anleitung zum organisierten Handeln, welche das persönliche Leben vollständig bestimmte. Eine politische Praxis, die unmittelbar-antiautoritäre Lebensbedürfnisse ausdrückte und die Ebene der revolutionären Klassenorganisation leugnete, galt ihm als kleinbürgerlich. Genauso leidenschaftlich wandte er sich aber gegen eine Neuauflage der alten Fehler im Gewande der kommunistischen Bewegung. Als sich die informellen Strukturen der Jugend- und Studentenrevolte auflösten, schrieb Debus seine ersten Artikel in der maoistischen Zeitschrift „Rote Briefe".

Mit Spott und Ironie kommentierte er die damaligen Versuche, die Krise der Sozialbewegung in die alten Schläuche revisionistischer Politik umzuleiten. Aber die Versuche, eine revolutionär- maoistische Organisationsstruktur mit aufzubauen, scheiterten einer nach dem anderen. Eine „Marxistische Studiengruppe", die sich regelmäßig bei Debus traf, und die mit ihr zusammengeschlossene Zeitung „Der Funke" versuchten in mehreren Anläufen auf die Strukturen der damals entstehenden marxistisch- leninistischen Organisationsansätze Einfluß zu nehmen. Aus der in Hamburg gegründeten KPD-ML trat Debus nach wenigen Monaten wieder aus, weil er ihre Hohlheit und interne Intrigenwirtschaft verabscheute. Mit einer späteren Abspaltung, der „Bochumer Linie" der KPD-ML, erging es ihm kaum besser. Der Hamburger Landesverband dieser Mehrheitsgruppe, in Debus' Wohnung gegründet, konnte sich nicht durchsetzen mit seiner Forderung, im Organisationsprozeß konkrete Schwerpunkte des antiimperialistischen Kampfs zu bestimmen. Nach wie vor

punkte des antiimperialistischen

Kampfs zu bestimmen. Nach wie vor ging es Debus um den Aufbau der Partei, aber mehr und mehr auf der Basis kämpferischer Aktivitäten. Er war beispielsweise einer der Aktivisten, die 1970 eine große Solidaritätsdemonstration für den wegen seiner Kampagne gegen die BRD-Entwicklungshilfe verbotenen SDS Heidelberg organisierten.

Die Jahre 1971/72 waren Krisenjahre der gesamten damaligen Sozialbewegung. In der Kopplung von gezielter Unterdrückung und sozialliberalen Reformen schien sie auf eine entscheidende Niederlage zuzusteuern. Alle, die damals aktiv waren, erlebten diesen Umschlag mit ungeheurer Intensität. Und alles, was damals geschah, stand unter dem Einfluß des heroischen Versuchs der Rote Armee – Fraktion, die Entwicklung durch den Übergang zum bewaffneten Kampf zu wenden. Die strategische Bestimmung des Verhältnisses der Metropole BRD zu den Befreiungsbewegungen der drei Kontinente wurde von einem breiten Sektor der damaligen Organisationsansätze geteilt. Um die praktischen Konsequenzen war es anders bestellt. Die Angst vor den Folgen bewaffneter Illegalität schuf eine Mentalität der Entsolidarisierung, die angesichts der gemeinsamen Geschichte und der weitgehenden Übereinstimmung in der Analyse von BRD– Metropole und antiimperialistischem Kampf groteske Züge annahm.

In dieser Situation traf die polizeiliche Hinrichtung von Petra Schelm, Thomas Weisbecker und Georg von Rauch Sigurd Debus wie ein Schock. Zum ersten Mal nahm er an spontanen Aktionen der Gegenwart teil. Schonungslos setzte er sich mit der Tatsache auseinander, daß alle Versuche, die Inhalte des Marxismus- Leninismus mit zu erneuern und ihnen eine aktuell-praktische Dimension zu geben, gescheitert waren. Auf der anderen Seite sah er, wie die Militanten der RAF von der Repression eingekreist und abgeschossen wurden. „Wir müssen etwas tun, die Genossen verbluten, wir dürfen sie nicht im Stich lassen", forderte Debus. In den folgenden Monaten des Jahres 1971 gehörte er zur immer kleiner werdenden Schar halb legaler Militanter aus den verschiedensten Organisationsansätzen, die bei aller Teil-Kritik an der RAF angesichts des aufmarschierenden Polizeistaats solidarisch mit ihr bleiben und verhindern wollten, daß sie innerhalb der linken Bewegung isoliert wurde. Aber der Handlungsspielraum wurde schmal. Bei den Aktionen dieser Monate schlug die Polizei immer härter zu. Die Demonstrationsgruppen wurden immer kleiner, und die damaligen kommunistischen Organisationsansätze reagierten gleichzeitig mit hysterischen Distanzierungsaktionen, um sich vom Vorwurf der psychologischen Kriegsführer des Regimes zu reinigen, sie gehörten zum Sympathisantensumpf der RAF. Sigurd Debus durchlebte diese Monate in höchster Aktivität und Angespanntheit. Er wurde zum Mitbegründer des 'Hamburger Aktionszentrums', eines Zusammenschlusses aus undogmatischen, anarchistischen und maoistischen Gruppen. Aus dessen Mani-

schen, anarchistischen und maoisti-
schen Gruppen. Aus dessen Mani-

festationen machte der Staatsschutz regelrechte Treibjagden. Eine der letzten größeren legalen Aktionen, an denen Sigurd teilnahm, war 1972 eine Demonstration mit 300 Teilnehmern am Bahnhof Sternschanze anläßlich des ersten Jahrestages der Hinrichtung von Petra Schelm. Sigurd Debus wurde dabei von der Polizei übel zusammengeschlagen.

Diese persönlichen Erfahrungen, aber auch die weitgehende Übereinstimmung zwischen der eigenen maoistischen Theorie und dem antiimperialistischen Konzept der RAF, führten Sigurd Debus nach der Festnahme von Ulrike Meinhof im Jahr 1972 zum Bruch auch mit dem „Hamburger Aktionszentrum": „Jetzt ist es Zeit, die RAF neu aufzubauen". Bezeichnend für Sigurd Debus ist, daß er unmittelbar aus dieser neu gewonnenen Überzeugung heraus handelte. Daß mit den ihm vertrauten illegalen Techniken der alten Arbeiterbewegung in dieser Situation nichts anzufangen war, bekam er zunächst nicht mit. Wahrscheinlich ist er unter den Augen des Staatsschutzes in den Untergrund gegangen, und wahrscheinlich ist das verständlicherweise der Grund dafür, daß Sigurd Debus vor seiner Verhaftung nicht in den damals vorhandenen Strukturen des bewaffneten Kampfs verankert war.

So wurde diese existentiell so aufrichtige Entscheidung für Sigurd Debus zum Verhängnis. Er tat sich mit Leuten zusammen, die seine politische und moralische Statur nicht teilten und mit denen zusammengearbeitet zu haben für viele bittere Folgen hatte – ich erinnere nur an Hochstein. Die wenigen Aktionen, die folgten, waren schlecht geplant und schlugen meistens fehl. Um ihr späteres Terror-Urteil gegen Sigurd Debus zu rechtfertigen, hat die Staatsschutz-Justiz sie maßlos aufgebauscht. Während eines schlecht vorbereiteten Bankraub-Versuchs in Wandsbek wurde Sigurd Debus festgenommen. Wahrscheinlich haben Staatsschutz und Justiz erst im Umgang mit dem politischen Gefangenen Debus bemerkt, wen sie vor sich hatten: eine aufrichtige und unbeugsame Persönlichkeit, die seit zehn Jahren auf der Suche nach den richtigen Hebeln zum revolutionären Umsturz der entmenschten herrschenden Verhältnisse war. Jedenfalls kamen die Tatgenossen von Debus rasch frei, denn das, was wirklich geschehen war, wird nach den Normen der Klassenjustiz mit allenfalls zwei bis drei Jahren Gefängnis, eventuell gar auf Bewährung, bestraft. Aber nicht so Debus. Gegen ihn wurde 1974 ein Terrorurteil verhängt: 12 Jahre. Wohlgemerkt war Debus damals kein Mitglied der RAF, er hatte auf eigene Faust und ohne jegliche angemessene illegale Erfahrung eine Initiative zum Neuaufbau der RAF gestartet, die keineswegs den Staatsschutznormen von einer 'kriminellen Vereinigung' entsprach. Nicht die Taten von Debus wurden abgeurteilt, sondern die Persönlichkeit Debus. Debus war nach Werner Hoppe der zweite, gegen den eine Staatsschutzjustiz zuschlug, welche sich nicht mehr als Justiz verstand, sondern als Teil der Bürgerkriegsmaschine gegen die RAF im besonderen und die Sozialbewegung im allgemeinen. Die ersten terroristi-

sonderen und die Sozialbewegung im
allgemeinen. Die ersten terroristi-

schen Gesinnungsurteile der Justiz sind von Hamburg ausgegangen.

Der skandalöse Gesinnungsprozeß gegen Debus war freilich nur der Anfang. Es folgten fünf bittere und düstere Jahre der Isolationshaft. Entleerung der Sinne durch Entzug aller sozialen Kontakte, durch schikanöse Sonderbehandlung, durch Schlafentzug. Sigurd Debus hat die Qualen des Trakts von Celle durchgemacht, er wurde zum Opfer und Objekt der ersten experimentellen Stadien westdeutscher Vernichtungshaft. Aber Sigurd Debus' Persönlichkeit blieb ungebrochen und unbeugsam. Er entwickelte eine persönliche Stärke, die es ihm gestattete, in den schrecklichen Jahren in Celle zu überleben, zu denken, analytisch zu arbeiten. Michael Nitschke hat schon berichtet, daß die schließliche Verlegung in den Normalvollzug von Fuhlsbüttel ein raffinierter Schachzug war. Wer fünf Jahre Trakthölle überstanden hat, durchzogen von den entnervenden Phasen der Hungerstreiks, kann seine Identität nur bewahren, wenn er auch unter verbesserten Haftbedingungen sich an den Genossen orientiert, von denen er abgetrennt wurde. Ob wir die Forderungen von Sigurd Debus nach Zusammenlegung richtig finden oder nicht, steht hier nicht zur Debatte. Ein Normalvollzug, der zynisch nur denen zugestanden wird, die ihn ablehnen, kann auch eine raffinierte Variante von Isolationshaft sein, die die gnadenlose Handschrift von Knastpsychologen verrät.

Es kam der letzte Hungerstreik. Sigurd Debus nahm an ihm nicht nur aus Solidarität mit denjenigen Gefangenen teil, die in den Trakten und der Einzelisolation schleichend vernichtet werden. Es ging ihm auch um die Erhaltung der eigenen Identität. Diese Identität war an den Zusammenhang mit den anderen Gefangenen aus der RAF gebunden, daran gibt es nichts zu deuteln. Wahrscheinlich war es gerade diese unbeugsame Ablehnung des Tauschgeschäfts von Haftverbesserung und Loslösung aus dem Zusammenhang der eigenen politischen Identität, die die Hamburger Justiz so wild gemacht hat. Die Zwangsinfusionen, denen er unterworfen wurde, waren ein letzter, medizinisch schlecht getarnter Gewaltakt. Sie wurden ohne Untersuchung durchgeführt, in einer Situation, wo Debus noch an keinerlei Mangelzuständen litt. Den Knastärzten, die sich dazu hergaben, fehlte jegliche Qualifikation, es fehlten alle Einrichtungen, die zu einem solchen Infusionsprogramm unter normalen Bedingungen Voraussetzung sind.

Von acht Beamten wurde Debus täglich überwältigt, gefesselt und festgeschnallt, über zehn Stunden liefen die Infusionen. So ging es den ganzen März hindurch. Der letzte Akt, die Hinrichtung, fand am ersten Aprilwochenende statt, bevor Sigurd nach Barmbek verlegt wurde. Bei Sigurd Debus trat eine Massenblutung im Gehirn auf, die unerkannt blieb. Die Ursachen sind im Einzelnen noch unklar, es waren wohl mehrere gleichzeitig:

– die unmittelbaren Auswirkungen der Folter: Bluthochdruck im Streß des Überwältigtwerdens von den Knastbeamten, vielleicht auch eine stumpfe Kopfverletzung durch die Knastbullen;

stumpfe Kopfverletzung durch die
Knastbullen;

– Gerinnungsstörungen, bedingt durch das Infusionsprogramm, zuletzt mit Zusatz von hochkalorischen Fettemulsionen, blieben unerkannt.

Festzuhalten bleibt schon jetzt: der Tod von Sigurd Debus war nicht Folge des Hungerstreiks, sondern der medizinisch schlecht getarnten Behandlungsfolter. Trotz der öffentlichen Proteste vieler Mediziner haben sich die Knastärzte des UG für die letzte Etappe der Hinrichtung von Sigurd Debus hergegeben. Die Kette der Henker ist lang:

– der terroristische Staatsschutzsenat, der gegen Sigurd Debus das Gesinnungsurteil von 12 Jahren verhängte;
– der Justizvollzug, der Sigurd jahrelang in der Isolationshaft folterte;
– die Knastärzte des UG, die sich als Handlanger der Justizsenatorin in der letzten Etapppe der Hinrichtung betätigten.

Für uns bleibt: was mit Sigurd Debus geschah, kann uns allen passieren. Die Techniken der Isolationshaft stehen erst am Anfang. Die Trakte wurden zunächst gebaut, um die politischen Gefangenen total von außen abzuschirmen. Jetzt wird an inneren Strukturen gearbeitet, um sie im Trakt selbst zu zerstören.

Dieser Zustand ist unerträglich. In diesem Land wird vor unseren Augen gefoltert. Wenn Sigurds Tod einen Sinn für uns hat, dann den, daß er uns verpflichtet, dem Regime eine militante Massenbewegung entgegenzusetzen, die ihm die Waffen aus der Hand schlägt, mit denen es Sigurd Debus vernichtete. Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Der Kampf gegen Trakte und Isolationshaft muß endlich in aller Härte anfangen! Er muß noch hartnäckiger und ausdauernder geführt werden als die Anti-AKW- und die Häuserkampf-Bewegung.

Aktionsberichte

Bremerhaven: Reaktionen auf den Tod von Sigurd Debus

Mit einem Flugblatt und einem Stand in der Fußgängerzone reagierten KB und unorganisierte Genossen auf die Todesnachricht. Trauer und Empörung über die Haltung der Regierung sowie die Berechtigung der Forderungen der Hungerstreikenden wurden mit Transparent, Stellschild und Flugblatt versucht zu vermitteln. Die Reaktion war größtenteils Gleichgültigkeit, der Prozentsatz der Pöbeleien auch nicht größer als bei anderen Agitationseinsätzen. Dies ist immerhin erstaunlich vor dem Hintergrund, daß in der Nacht zuvor in der Innenstadt zahlreiche Schaufensterscheiben (die Presse behauptet einen Schaden von 100.000 DM) zu Bruch gegangen waren.

Eine Woche zuvor war bei einem Mitglied der Bremerhavener Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) eine Hausdurchsuchung wegen Verdachts auf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" durchgeführt worden, ohne jedes Ergebnis übrigens.

KB/Gruppe Bremerhaven



Münster: Erfolgreiche Veranstaltung zum Hungerstreik

Am 16.4. fand in Münster eine mit über 150 Teilnehmern gut besuchte Veranstaltung zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen statt.

Nachdem der Film von der Spiegel-Besetzung gezeigt worden war, kamen Frau Kiepen, die Mutter der in Moabit inhaftierten Gudrun Stürmer, und ein Bochumer Rechtsanwalt von Angelika Speitel und Ali Jansen zu Wort. Ihre Schilderungen der Haftbedingungen der Gefangenen rief bei allen Anwesenden große Betroffenheit hervor.

Es wurde angeregt, in Kürze eine weitere Veranstaltung zu Isolationshaft und Hochsicherheitstrakten unter Einbeziehung der allgemein schlechten Haftbedingungen zu planen.

Darüberhinaus wurde beschlossen,

ter Einbeziehung der allgemein schlechten Haftbedingungen zu planen.

Darüberhinaus wurde beschlossen, am darauffolgenden Tag im interessierten Kreis Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit zum Tode von Sigurd Debus zu diskutieren. Am 18.4. gab es daraufhin eine kleine Demonstration durch Münsters Innenstadt. Dazu wurde ein Flugblatt zum Tod von Sigurd Debus verteilt.

KB/Gruppe Münster



Camera silence pulverisiert

In den frühen Morgenstunden des 15.4. also einen Tag vor dem Tod von Sigurd Debus, wurde durch einen Anschlag in einem Gebäude der Hamburger Universität der Ausbau einer „camera silens" vorläufig gestoppt.

Anfang der 70er Jahre gab es an der Hamburger Universität schon einmal eine Forschungsreihe, deren Ergebnisse der Konstruktion der heutigen Hochsicherheitstrakte und der „Verwissenschaftlichung der Deprivationsforschung " dienten. In dieser Forschungsreihe wurde u.a. eine „camera silens" benutzt, die in sich total schallisoliert und schwingungsfrei aufgehängt war. Versuchspersonen, die in dieser Kammer mehrere Stunden verbrachten, waren von allen Reizen und Sinneswahrnehmungen ausgeschlossen und klagten über Halluzinationen, Angstgefühle und Erstickungsanfälle. Die konkrete Auswirkung dieser „Forschung" bekommen jetzt die politischen Gefangenen in Celle, Hamburg, Westberlin und anderswo zu spüren.

In einem neuen Forschungsprojekt innerhalb des Fachbereichs Psychologie sollte in diesem Sommer ein Gebäude neu bezogen werden, in dem nach einem Umbau für mehrer Millionen DM auch eine „camera silens" eingebaut war. Diesem Objekt galt der Anschlag.

W., Hamburg



Berichtigung

In dem Artikel: „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen — sofort!" (AK 199) steht, daß die revolutionäre Organisation MLN aus Uruguay eine Solidaritätserklärung für die Gefangenen im Hungerstreik übersandt habe. Das ist falsch. Diese Solidaritätserklärung wurde von der (gleichnamigen) MLN, einer revolutionären Organisation von in den USA lebenden Puertoricanern und Chincanos-Mexicanos, verabschiedet. Die MLN wurde am 22.6.77 in Chicago gegründet. Als ihre Hauptaufgaben betrachtet sie die Unterstützung des bewaffneten Kampfes des puertoricanischen Volkes gegen den US-Kolonialismus und den Kampf für die Selbstbestimmung des Volkes der Chincanos-Mexicanos.

D., Düsseldorf



Hannover: 600 bei nichtangemeldeter Demo zum Hungerstreik

Für Samstag, den 25.4.81, riefen 15 hannoversche Gruppen (u.a. der AStA der TU, das SB, die Grünen, der KB ...) zu einer Demo gegen HS-Trakte und Isolation auf. 6 - 700 Leute demonstrierten unangemeldet durch die Innenstadt. Die Bullen, zunächst ungewohnt wenige, zeigten sich ziemlich verwirrt und suchten vergeblich die Verantwortlichen für den Aufzug, um ihnen mitzuteilen, daß ihr Tun verboten sei.

Sie schafften es nur zeitweise, sich vor die Spitze der Demo zu setzen. Als nicht mehr nur „Scheiben klirren, alles schreit; einer stirbt und alles schweigt!" gerufen wurde, sondern auch einige Scheiben zu Bruch gingen, waren die Bullen so zahlreich geworden, daß es ihnen gelang, den wenig geschlossenen Zug zu zerschlagen und mindestens vier Demonstrant/inn/en zu verhaften.



Gauner kokeln mit

Die 'Gunst der Stunde' nutzend hat ein „Ganoven-Trio" am 13. April, also wenige Tage vor Abbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen, im Frankfurter Kaufhof eine Bombe gelegt. Sie explodierte in einer Toilette, richtete einen Schaden von 30.000 DM an, verletzte aber glücklicherweise keine Menschen. Nur eine Woche zuvor, am 7.4., waren zwei Brandsätze in demselben Geschäft entflammt, wozu sich in einem Brief an die „FR" sogenannte „Revolutionäre Zellen" bekannt hatten. Entsprechend war die Presseberichterstattung am 14.4.. Zwar hieß es, auf die Urheber würden jegliche Hinweise fehlen („FR", 14.4.), doch wurde der RZ-Aktion erneut breiter Raum in der Berichterstattung gegeben, sodaß sich, wie man so schön sagt, „der Eindruck aufdrängen" mußte, als handle es sich auch in diesem Fall um eine „Solidaritätsaktion" mit dem Hungerstreik. Doch Polizei und/oder Presse hatten gelogen: Damals schon gab es sehr wohl „Hinweise" auf die Täter. Wie sich jetzt herausstellt, hatte das Ganoven-Trio bereits seit Dezember vergangenen Jahres versucht, den Kaufhof zur Zahlung von 6 Mio. DM zu erpressen. *„Mehrfach"* sollen entsprechende Briefe eingegangen sein. *„Immer wieder"* sei darin mit *„Anschlägen"* gedroht worden. Schließlich schrieben die Erpresser nach dem Anschlag vom 13.4.: *„Sie sehen, wir machen ernst"* (Zit. nach FR, 22.4.). Zum Beweis legten sie, wie die Polizei jetzt bekannt gab, *„einen Gegenstand bei, der vom Anschlag in Frankfurt stammte"*.

Es ist bezeichnend, daß alle diese Tatsachen erst mit deutlichem zeitlichen Abstand zum Abbruch des Hungerstreiks bekannt geworden sind. Dies hat offensichtlich etwas mit „Counterinsurgency" zu tun ...

Im übrigen hat es am selben 13. April wenige Stunden später (etwa

Dies hat offensichtlich etwas mit „Counterinsurgency" zu tun ...

Im übrigen hat es am selben 13. April wenige Stunden später (etwa bei Geschäftsschluß) noch zwei weitere Brandanschläge in Kaufhäusern der Frankfurter Nordweststadt gegeben, die nur geringen materiellen Schaden anrichteten und bislang nicht aufgeklärt werden konnten. Man darf gespannt sein, wer sich in diesem Fall ,animiert' fühlte, das Klima noch weiter anzuheizen.

Ein weiterer Kommentar zum politischen „Stellenwert" dieses Bomben- und Molli-Salats in Frankfurter Kaufhäusern dürfte sich erübrigen. Von den „Revolutionären Zellen" (falls es sie überhaupt noch gibt) erwarten wir eine eindeutige, gegebenenfalls selbstkritische Stellungnahme zu den ihnen zugerechneten Anschlägen.

KB/Gruppe Frankfurt

Schlechte Kopie eines schlechten Originals

Zwei Brandsätze verursachten am Abend des 7.4. nach Ladenschluß im Kaufhof an der Frankfurter Zeil einen Schaden von angeblich *„mehr als 300 000 DM"* (nach „FR", 9.4.). Wenige Stunden später, kurz nach 3 Uhr morgens, explodierten im Kölner U-Bahnhof Neumarkt angeblich mehrere Bomben, die erheblichen Sachschaden anrichteten und einen Aufsichtsbeamten (nach Rundfunkangaben: leicht; nach Pressemeldungen: schwer) verletzten. Kenner der Szene tippten gleich: Köln war eine Provokation von rechts (Geheimdienste?), weil ein Bahnhof ansich nichts bekämpfenswertes ist, weil sich Anschläge auf Bahnhöfe mithin nur gegen die Bevölkerung richten können, und weil es außerdem genügend Beispiele für derartige faschistische Provokationen gibt (Bologna!). Frankfurt hingegen war eine „linke Aktion" da Baader und Ensslin vor 13 Jahren mit einem Brandanschlag auf eben diesen Kaufhof ihre Karriere begonnen hatten und somit keine Provokation vorliegen konnte. Und in der Tat: Während es in Köln nur einen anonymen Anruf bei der Polizei gegeben haben soll, über dessen Inhalt nichts bekannt gegeben wurde, trudelte in Frankfurt am nächsten Morgen ein sog. „Bekennerbrief" bei der „FR" von den „Revolutionären Zellen" ein, an dessen Echtheit es zunächst keinen Anlaß zu zweifeln gab. Gemeinerweise werden in den Medien jedoch b e i d e Anschläge undifferenziert Terroristen in die Schuhe geschoben. Der Rundfunk ergänzte dies noch mit der Meldung, in einem Steinbruch seien in der gleichen Nacht drei (!) Zentner Sprengstoff gestohlen worden. Da kann einem ja angst und bange werden...

Doch zurück zu den RZ. Ihr Anliegen war es, *„Öffentlichkeit über den Hungerstreik zu erzwingen und der geplanten Liquidation der Gefangenen aus der RAF etwas entgegenzusetzen"*. Die *„revolutionäre Linke, die sich weder mit der Politik, noch mit der Hungerstreikforderung nach Anwendung der Genfer Konvention identifizieren kann und will"*, wird aufgefordert, *„endlich eigene Strategien gerade zur Isolationshaft zu entwickeln"*. Selbstkritisch bekennen die RZ, sich bislang mit Politik und Selbstverständnis der

„endlich eigene Strategien gerade zur Isolationshaft zu entwickeln". Selbstkritisch bekennen die RZ, sich bislang mit Politik und Selbstverständnis der

RAF kaum auseinandergesetzt zu haben, weil *„wir das Gefangenenproblem nicht annähernd in dem Ausmaß haben"* (alle Zitate nach „FR", 9.4.).

Was den KB als revolutionäre linke Organisation betrifft, hätte es dieser spezifischen Aktionsform nicht bedurft, um uns zur Auseinandersetzung mit dem Hungerstreik aufzufordern. Auch grübeln wir nicht erst seit einer Woche über „eigene Strategien" gegen die Hochsicherheitstrakte. Ein schlichter Diskussionsbeitrag für diese Zeitung hätte es auch getan und wäre im übrigen kommunikativer gewesen.

Bleibt das Problem der „Öffentlichkeit" in diesem Land. Was das Erreichen derselben angeht, gibt es bekanntlich eiserne Prinzipien des sog. „bewaffneten Kampfes", deren strikte Gültigkeit von den „Guerilla"-Genossen stets beschworen wird.

Eine Aktion der Guerilla, so heißt es, müsse jederzeit und unmißverständlich von den Aktionen des Feindes unterscheidbar sein; sie dürfe niemals auch nur den Anschein erwecken, gegen das Volk gerichtet zu sein. Diese Unterscheidungsmöglichkeit müsse, wenn wir das richtig verstanden haben , für die Massen (und nicht nur für Linke!) gegeben sein.

Fragen wir also anhand des gegebenen Beispiels, ob für die Massen erkennbar war, das der Kaufhausbrand in Frankfurt eine revolutionäre Aktion war, der Kölner Anschlag hingegen eine Counterinsurgency - Provokation?...

Doch wollen wir es nicht beim bequemen Formulieren von Fragen bewenden lassen, sondern einige unangenehme Thesen vorschlagen:

1. Nur Experten können noch den Charakter der genannten Aktionen richtig identifizieren, nicht aber irgendwelche Massen.
2. Diese Situation ist logischerweise ideal für Provokationen
3. Den Herrschenden fällt es somit leichter, für ihren brutalen Kurs gegenüber den Gefangenen Mehrheiten zu finden. Liberale und demokratische Kräfte halten eingeschüchtert den Mund (exemplarische Strafen wie am Frankfurter Schauspiel tun ein übriges). Nicht einmal die Linken finden zu gemeinsamen Aktionen zusammen.

Niemand anderes als die Herrschenden sind für die sich abzeichnende Eskalation der Gewalt verantwortlich. Die Massenverhaftungen in Nürnberg, die brutalen Aktionen gegen die Westberliner Hausbesetzer , die eiskalte Gleichgültigkeit, mit der die Regierungschefs, die Innen- und Justizminister den ersten Todesfall beim Hungerstreik abwarteten - all das muß geradezu zwangsläufig dazu führen, daß einer Reihe von Linken der bewaffnete Kampf als einzige effektive Widerstands-Möglichkeit , und zwar jetzt und sofort, erscheint. Wer immer der RAF und ähnlichen Gruppen in letzter Zeit moralische Vorhaltungen gemacht hat, daß sie die „gleiche Bullenmentalität wie der Staatsschutz" besäßen, der möge sein Augenmerk jetzt auf die Politik des Staatsapparats richten, um zukünftig Ursache und Wirkung besser unterscheiden zu können.

Dennoch muß eine Dummheit eine Dummheit genannt werden. Diese Dummheit begann am 2.4.1968, als Andreas Baader und Gudrun Ensslin Brandsätze im Kaufhof und einem anderen Zeil-Kaufhaus legten, um ein „ Fanal gegen den Konsumterror" zu setzen. Denn, ohne die Existenz von Konsumzwang in dieser Gesellschaft anzuzweifeln, es bedurfte und bedarf

anderen Zeil-Kaufhaus legten, um ein „ Fanal gegen den Konsumterror" zu setzen. Denn, ohne die Existenz von Konsumzwang in dieser Gesellschaft anzuzweifeln, es bedurfte und bedarf

nicht der „Guerilla", um sich gerade d i e s e s „Terrors" zu erwehren. Und es ist auch nicht begreiflich, weshalb nach 13 Jahren rundum negativer Erfahrungen ausgerechnet eine extrem kurzsichtige und gefährliche Parole wieder Anklang finden sollte: Jeder könne anfangen mit dem „bewaffneten Kampf". Die Person, die diese Parole damals formulierte, Horst Mahler, wird heute allgemein als Konterrevolutionär angesehen. Es lohnt sich aber auch, darüber nachzudenken, weshalb Mahler eine derart erstaunliche Wandlung durchgemacht hat.

Nahezu alle Fraktionen der Linken haben in den letzten Jahren einen schmerzlichen Prozeß der Trennung von sektiererischen Gewohnheiten durchmachen müssen. Selbst die ehemals verrücktesten „K-Gruppen" haben in dieser Hinsicht einiges dazugelernt.

Eine der einfachsten und einsichtigsten Lehren dabei ist es, daß eine revolutionäre Linke, die es nicht einmal geschafft hat, größere Arbeiterstreiks zu organisieren oder in ihnen wenigstens eine Rolle zu spielen, keinen bewaffneten Kampf führen kann - und damit auch nicht kokkettieren sollte.

de. Frankfurt

Solidarität mit den Gefangenen — ein schwieriges Kapitel!

Eigentlich ist es doch eine Binsenweisheit, daß es heute die Gefangenen der RAF sind, die in den Hochsicherheitstrakten vernichtet werden sollen und morgen wir 'dran sind. Trotzdem vergingen auch in Freiburg Wochen des untätigen Schweigens, bis sich die Linke zu Wort meldete.

Immerhin hatte die hiesige Knastgruppe nicht geschlafen und war bereits mit einigen Flugblättern an die Öffentlichkeit getreten, in denen sie über den Hungerstreik informierte. Auf einer großen Solidaritätsveranstaltung mit dem Schwarzwaldhof forderte sie die „Aktionseinheit für die Rückgabe des Schwarzwaldhofes", in der sich an die 40 Gruppen zusammengeschlossen hatten, auf, eine Demonstration zur Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks zu organisieren. „Die Gefangenen werden die ersten sein, die in den Hochsicherheitstraken sterben. Doch dann: dann kommen wir... Was muß noch alles passieren, bis wir uns endlich regen, bis wir unsere faulen Ärsche hochkriegen? Was muß noch alles passieren, bis wenigstens die Linke merkt, daß sie die nächsten sind, denen es an den Kragen geht?" (Aus der Rede auf der Veranstaltung).

Positiv muß bemerkt werden, daß der lange Beitrag der Knastgruppe ohne größere Schwierigkeiten gehalten werden konnte und auf großes Interesse stieß.

Trotz der – berechtigten – Angst, in die terroristische Ecke gedrückt zu werden, hat sich nun ein recht großer Kreis zusammengefunden, um die Demo zu organisieren. Sie wird am Donnerstag stattfinden und wird von der gesamten organisierten und unorganisierten Linken getragen: Knastgruppe, MRI, Bunte Liste, KBW, Initiative zur Rückgabe des Schwarzwaldhofes, BWK, KB, Schülerzusammenschluß, GIM, § 218 Gruppe im Frauenzentrum, Buchladen Jos Fritz, Medienwerkstatt, Stadtzeitung, Schwarzwaldhof im Exil/Mariengrab.

Die DKP mochte ihre Unterschrift nicht hergeben, will aber mit einem eigenen Flugblatt mobilisieren, der GIM fiel im entscheidenen Moment ein, daß sie sich unbedingt vom „individuellen Terror" distanzieren müsse und wollte dies zur Voraussetzung für die Unterstützung des gemeinsamen Flugblattes machen. Mit den bereits bekannten Bauchschmerzen unterschrieb sie dann doch...

Der Hungerstreik wurde abgebrochen – die Forderungen bleiben! „Gerade jetzt brauchen die Gefangenen unsere Solidarität im Kampf gegen die Vernichtungshaft. Sie kämpften mit dem Hungerstreik gegen ihre physische und psychische Vernichtung und für bessere Haftbedingungen. Dieses Ziel ist jetzt nur noch dadurch zu erreichen, daß wir und eine breite Öffentlichkeit sie bei ihrem Kampf gegen die Isolationshaft – unabhängig von der Einstellung zu ihrer Politik – dabei unterstützen" (Aus dem Aufrufflugblatt).

Geht es im Moment darum, konkrete Hafterleichterungen für die Gefangenen zu erreichen – das wird schon schwer genug sein – sollten wir für die Zukunft den Hungerstreik der Gefangenen als Anlaß nehmen, unseren Kampf gegen die Hochsicherheitstrakte zu verstärken (denn die Forderungen der Gefangenen sind Minimalforderungen, die ihnen nur ein Überleben i m Trakt erleichern) und die Diskussion um die Politik der RAF und der anderen bewaffneten Linken zu beginnen.

Eine Genossin aus Freiburg

Brief der KB/Gruppe Frankfurt zum Brandanschlag und seiner Bewertung in AK 199

Liebe Genoss(inn)en!

In AK 199 heißt es in einem Artikel „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen – sofort!" auf S. 22 unter der Zwischenüberschrift „Solidaritätsaktionen": „...Am 8. April brannte in Frankfurt ein Kaufhaus. In einem Brief der Revolutionären Zellen an die Frankfurter Rundschau heißt es dazu:,...'(es folgen Zitate aus „FR" v. 9.4.81) Neben diesen erfreulichen Zeichen der Solidarität...".

Gegen diese Einschätzung möchten wir scharfen Widerspruch einlegen. Die zitierte Aussage in diesem nicht-redaktionellen Artikel beruht offensichtlich weder auf einer fundierten Einschätzung noch auf irgendwelchen Diskussionen im KB (sonst hätte man doch mindestens uns als Frankfurter Ortsgruppe einmal befragt), sondern gibt einzig und allein eine höchst eigenwillige Auffassung auf Grundlage der Lektüre der Frankfurter Rundschau wieder.

Was unsere eigene Einschätzung dieser Angelegenheit angeht, kann man sie mit einem Satz zusammenfassen: „Schlechte Kopie eines schlechten Vorbilds".

Mit unserer Auffassung stehen wir in der Frankfurter Linken übrigens nicht alleine da. Auf einer Veranstaltung des Frankfurter AStA zum Hungerstreik am 14.4. erklärten die Frankfurter Gruppen, die in letzter Zeit die praktische Arbeit zum Hungerstreik geleistet haben, auf einem Schild an Ihrem Büchertisch, die Anschläge auf Frankfurter Kaufhäuser seien „volksfeindlich und reaktionär".

Solidarische Grüße

Wir und der Hungerstreik der politischen Gefangenen

Nach dem Tod von Sigurd Debus und nach dem Abbruch des Hungerstreiks nimmt die Auseinandersetzung um die Haltung der Linken gegenüber dem letzten Hungerstreik z.T. die unfruchtbare Form der allgemeinen Schuldzuweisungen und Rechtfertigungen an. Wir möchten uns daran nicht beteiligen. Wir sind betroffen vom Tode Sigurds, beunruhigt über die Lage der übrigen Gefangenen und mehr als empört über die eiskalte Vernichtungsbereitschaft, die Bundesregierung und Landesregierungen gegenüber den Hungerstreikenden gezeigt haben. Man/frau vergegenwärtige sich nur den „Stern"-Bericht (18/81), in dem dargestellt wird, daß Sigurds Tod von den „Sicherheitsbehörden" geheimgehalten wurde, um die Verhandlungen mit den anderen Gefangenen nicht zu stören ... Wir halten es aber bei aller Betroffenheit für notwendig, mit kühlem Kopf zu erörtern, was aus dem Ausgang des Hungerstreiks für die zukünftige Solidaritätsarbeit folgen müßte. Im Interesse einer solchen Versachlichung der Diskussion im folgenden zunächst Punkt für Punkt ein paar Anmerkungen zu den Artikeln einer Genossin der Westberliner Anti-Repressionskommission: „Drinnen und Draußen — ein Kampf" und „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen — sofort" (beide in AK 199), und anschließend Überlegungen zum Ausgang des Hungerstreiks. Eine gründlichere Analyse der Knast-Kämpfe der letzten Jahre kann und soll der folgende Artikel nicht ersetzen.

Zum Sinn von Aktionen

Die Genossin aus Westberlin vermißt ein „konkretes Eingehen" auf die Kritik der „Benutzer" (in AK 198) an unserer Nicht-Teilnahme an einer Hungerstreik-Demonstration in Hamburg. Da eine detailliertere Darstellung wahrscheinlich der Wahrheitsfindung dient, sei das hier nachgeholt: Besagte Demonstration sollte nach Übereinstimmung a l l e r an den Vorverhandlungen Beteiligten den Zweck haben, durch breite Mobilisierung die derzeitige Mediensperre zum Hungerstreik zu durchbrechen — nachdem in Hamburg eine Veranstaltung im Rahmen der engsten Szene mit ungefähr 100 Leuten sowie dann die „Spiegel"-
Hamburg eine Veranstaltung im Rahmen der engsten Szene mit ungefähr 100 Leuten sowie dann die „Spiegel"-
Besetzung (im selben Kreis plus Angehörige) bereits stattgefunden hatten. Eine Wiederholung im selben engen Rahmen eine Woche später wurde — nach Auseinandersetzungen — von niemandem für sinnvoll gehalten.

Daher wurde ein breiteres Bündnis angestrebt, das allein der Aktion eine neue Qualität hätte geben können. Dieses Bündnis kam — trotz Bemühungen — nicht zustande. Vielmehr war noch nicht einmal die „Szene" vollständig vertreten! Außerdem hatten einzelne Gruppen bereits öffentlich (mit Flugblättern) zur Demonstration aufgerufen — obwohl die geplanten Bündnisberatungen, mögliche gemeinsame Beschlußfassung über ein gemeinsames Flugblatt u.a.m. noch anstanden. Unter d i e s e n Umständen, die bedeutet hätten, daß der KB die „Massen" für die geplante Demonstration gestellt hätte, haben wir erklärt: erstens: eine Demo unter diesen Voraussetzungen hat keinen Sinn; zweitens: eine nochmalige Bemühung um Verbreiterung des Bündnisses ist nicht möglich, da durch die Flugblätter bereits vollendete Tatsachen geschaffen waren, die jede Bündnisverhandlung von vornherein zur Farce machten. Der Kreis, der später als „Benutzer/innen" bei uns erschienenen Genoss/inn/en machte die Demo dann mit ca. 200 Leuten. Dem KB wurde vorgehalten, wohl erst einen Toten zu brauchen, um in die Puschen zu kommen.

Hierzu ist zu sagen: Maßstab für politische Aktionen ist für uns neben der eigenen Betroffenheit auch ihre politische Nützlichkeit. **Und die Nützlichkeit einer Solidaritäts-Demonstration zum Hungerstreik m u ß sich daran messen lassen, ob und in wie weit es gelingt, die Ziele des Hungerstreiks selbst sowie die Lage der Hungerstreikenden den M a s s e n nahezubringen, der Bevölkerung zu e r k l ä r e n und zu v e r m i t t e l n.** Wenn es unter den gegebenen Umständen in der BRD schon als Tatsache einfach erst mal festgestellt werden muß, daß die politischen Ziele der RAF — anders beispielsweise als in Irland die der IRA — der Bevölkerung nicht vermittelbar sind, dann muß doch w e n i g s t e n s a l l e s Bemühen darauf verwendet werden, auf humanitärer Basis die Lage der Gefangenen einer möglichst breiten M a s s e von Menschen nahezubringen. — Eine Aktion, die sich darauf reduziert, sich selbst oder allerhöchstens noch der engsten Linken die eigene Betroffenheit zu beweisen, hatte unter den k o n k r e t e n Umständen wenig Sinn. Das heißt nicht, daß es nicht unter veränderten Umständen sinnvoll sein kann, auch mit geringen Kräften „Signale zu setzen", wie beim Putsch in El Salvador, wie beim Protest gegen die Verurteilung der chinesischen Kulturrevolutionäre, wie bei der Erschießung Petra Schelms 1971. Und eben auch, wenn der Staat uns, wie aktuell, Anlaß setzt, einen Toten zu betrauern und unsere Betroffenheit und Wut darüber zum Ausdruck zu bringen.

Für äußerst fragwürdig (wenn auch selbstverständlich niemandem vorschreibbar, sich anders zu verhalten) scheint mir der Rückgriff auf die Politik des „Fanals", wie sie Gudrun Ensslin und Andreas Baader 1968 durch ihren Brandanschlag in einem Frankfurter Kaufhaus einleiten wollten, die Politik der „bewaffneten Propaganda", der „beispielhaften Aktion", die im Zuge des letzten Hungerstreiks von einigen Gruppen für richtig gehalten wurde, um — wieder mal — „Bomben ins Bewußtsein" einer angeblich total „entsolidarisierten Linken" zu schmeißen, wenn man schon die M a s s e n nicht erreicht.

Bleibt noch anzumerken, daß Demonstrationen und Aktionen nur e i n Mittel der Propaganda sind. Entscheidend ist und bleibt die Öffentlichkeitsarbeit. Es dürfte kaum ernsthaft zu bestreiten sein, daß gerade der AK sowie — trotz aller sonstiger Ärgernisse — die „taz" zur Entwicklung einer Solidarität durch ihre Informationsarbeit w e s e n t l i c h mehr beigetragen haben als die auf Solidaritätsarbeit spezialisierten Gruppen mit ihren Demos und Sprühparolen.

Angesichts der begründeten Nicht-Teilnahme an e i n e r Aktion dem KB ein generelles „Nicht-Verhalten" vorzuwerfen, von Entsolidarisierung und „in den Rücken fallen" zu reden und uns dann noch „Zynismus", ein „taktisches Verhältnis", „mangelnde Betroffenheit", die erst „einen Toten braucht" u.a.m. vorzuwerfen, zeigt meines Erachtens, daß Genoss/inn/en, die so argumentieren, n i c h t e i n-
Betroffenheit", die erst „einen Toten braucht" u.a.m. vorzuwerfen, zeigt meines Erachtens, daß Genoss/inn/en, die so argumentieren, n i c h t e i n-
m a l der Logik der von ihnen angestaunten „Guerilla" treu bleiben, wonach die Aktionen der „Guerilla" den Massen verständlich sein müssen.

Es ist doch bezeichnend, daß bei jedem Hungerstreik von den Solidaritätsgruppen a u s s c h l i e ß l i c h ein Geschrei über die angeblich unsolidarische Linke angestimmt wird, aber überhaupt nicht über die Probleme einer „V e r m a s s u n g" der Solidarität diskutiert und nachgedacht wird. Das scheint schon weit jenseits des Horizonts dieser Genoss/inn/en zu liegen.

„Drinnen und draußen — ein Kampf" ...?

Weiterhin findet die Genossin es „peinlich" und „töricht", daß wir die Parole „Drinnen und draußen — ein Kampf" u.a. als Ausdruck davon anführen, daß einige Knastgruppen die *„Identifizierung mit den politischen Standpunkten der RAF zum Ausgangspunkt der Solidaritätsarbeit"* machen. Tatsächlich ist unser Hinweis nur eine sehr zahme Andeutung, nichtsdestoweniger stimmt's halt. So ist beispielsweise im selben AK, in dem unsere Antwort an die „Benutzer" steht (AK 198), in dem Artikel einer Genossin aus der Lesbengruppe ein Zitat der RAF-Gefangenen Gert Schneider und Christof Wackernagel zu lesen, das bezüglich der Parole „Drinnen und draußen — ein Kampf" nichts an Deutlichkeit zu wünschen läßt: *„Ebensowenig, wie die staatlich/justizielle Reaktion auf uns zu trennen ist von der gesamten Strategie gegen die Guerilla, ist umgekehrt die Politik der Gefangenen nicht zu trennen von der Politik der bewaffneten Gruppen"* — außerhalb des Knastes, versteht sich. Soweit das Verständnis von RAF-Genossen. Das Verständnis von Teilen der Szene „außerhalb" artikuliert denselben Zusammenhang in der Parole „Drinnen und draußen — ein Kampf!"

Teile der Szene machten die Forderungen der RAF-Gefangenen zur Grundlage der Solidaritätsarbeit, so u.a. der Artikel *„Zusammenlegung der RAF-Gefangenen — sofort"* in AK 199. Tenor: *„Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, d.h. Zusammenlegung..."*. Im großen Stammheim-Prozeß wurde diese Forderung erstmals aufgestellt. Damals beinhaltete sie ausdrücklich die Behandlung als „Kriegsführende Partei" im Rahmen der antiimperialistischen Kämpfe um die US-Vietnam-Politik. Der Anschlag in Heidelberg auf ein US-Depot wurde seitens der RAF als Kriegshandlung im Sinne der Genfer Konvention betrachtet. Inzwischen geht es nur noch um die Anwendung von „Mindestgarantien entsprechend" den Vereinbarungen der Konvention für Kriegsgefangene. —

„Letztenendes", so Christof Wakkernagel und Gert Schneider in ihrer Prozeßerklärung (AK 198, S. 32), ist es *„völlig wurscht, ob man das nun Kriegsgefangenenstatus nennt oder nicht"* — trotzdem wurde die Formel von der „Anwendung der Mindestgarantien ..." zum K n a c k p u n k t der Verhandlungen mit den Behörden und der Solidaritätsarbeit gemacht, einschließlich seitens mancher Genoss/inn/en des KB. Und da wundert man sich denn, wenn potentielle Träger einer Solidaritätsarbeit die in dieser Formel liegende stillschweigende Anerkennung der RAF als k r i e g s f ü h r e n d e r Partei (und damit auch ihres Politikverständnisses) von ihrem linksliberalen, demokratischen oder humanitären Selbstverständnis her nicht tragen können und unter Distanzierungsdruck geraten.

„Drinnen und draußen" ist eben nicht einfach d e r s e l b e Kampf. Schon „drinnen" gibt es bekanntlich reichlich Differenzen zwischen den Gefangenen aus der RAF, dem „2. Juni", anderen politischen und sog. „sozialen" Gefangenen. Im Laufe der Jahre hat es heftige Auseinandersetzungen um die Zielsetzung des Knastkampfes gegeben. Holger Meins starb noch für die Parole des Normalvollzugs. Sigurd Debus starb für die Zusammenlegung. Andere Gefangene beteiligten sich nicht oder nur zeitweise am letzten Streik. Von den politischen Differenzen in der Linken „draußen" ganz zu schweigen...

Die Parole „Drinnen und draußen — ein Kampf" ist ein Versuch, politische Differenzen unter Hinweis darauf, daß wir letztlich alle im Knast sind, zu nivellieren — auf dem Niveau
— ein Kampf" ist ein Versuch, politische Differenzen unter Hinweis darauf, daß wir letztlich alle im Knast sind, zu nivellieren — auf dem Niveau
der RAF, versteht sich, und einer äußerst beschränkten Szene, die diese politische Einschätzung teilt — aber weithin u n v e r s t ä n d l i c h, bzw. z.T. in klarem Widerspruch zu dem Bewußtsein der Massen „draußen". Als Grundlage für eine demokratische Solidaritätsarbeit ist diese Parole untauglich und hinderlich. Da wird man/frau sich schon um einen anderen Minimalkonsens bemühen müssen.

Entsolidarisierung? Denunziation?

Die Genossin wirft uns *„Denunziation"* vor, weil wir schrieben: *„Wenn ihr nicht endlich bereit seid, j e d e Form von Solidarität auf allen möglichen Ebenen zu akzeptieren, selbst sogar zu propagieren, und gegebenenfalls mit zu organisieren, — auch da, wo sie kritische Distanz zu den von den Gefangenen oder von euch vertretenen Inhalten hat — werdet ihr in Zukunft nicht viel mehr sein können als der 'legale Arm' der RAF."* Die Genossin meint, für die Tatsache, daß wir „denunziert" hätten, spiele es **„überhaupt keine Geige, ob einige Leute ... tatsächlich ... Sympathisanten der RAF sind oder nicht"**. Angesichts der gegenwärtigen Kriminalisierung seien die Solidaritätsgruppen, die sich für die Forderung der Gefangenen einsetzen, *„noch mehr als sonst auf unsere gemeinsame uneingeschränkte Solidarität"* angewiesen. Mit unserer „Denunziation" hätten wir sie *„zum Abschuß für die Bullen frei"* gegeben. — Es geht also nicht darum, ob unsere Kritik richtig oder falsch ist, sondern sie soll uns (mit Hinweis auf die Kriminalisierung) p r i n z i p i e l l verboten werden. Praktisch bedeutet das, daß eine solche Politik nicht mehr diskutiert und kritisiert werden darf.

Eine Knastarbeit, die sich durch die Identität mit dem politischen Selbstverständnis der Inhaftierten d e f i n i e r t, muß zu dem Selbstverständnis der Knastarbeit als „legaler Arm" der RAF führen — oder gegebenenfalls des „2. Juni". Diese Aussage ist eine p o l i t i s c h e Kritik an dem sektiererischen Verständnis von Solidaritätsarbeit. Der Denunziationsvorwurf der Genossin folgt leider dem schon bis zum Überdruß bekannten Argumentationsschema: politische Kritik = Staatsschutzlinie, begründet mit der besonderen Kriminalisierung. So mag die RAF, so mag die mit ihr sympathisierende Scene sich gegenseitig auf ihre Linie einschwören und sich zugleich gegen Kritik abschotten — der KB hat zeit seines Bestehens ein anderes Verständnis von politischer Auseinandersetzung und Solidarität propagiert und praktiziert, nämlich k r i t i s c h e Solidarität! Wieso sollte das unter dem aktuellen Kriminalisierungsdruck anders sein als vor drei, vier, fünf Jahren? Wann und wo waren denn die RAF und andere „bewaffnete Gruppen" mal n i c h t unter Kriminalisierungdruck? Wann soll das anders sein? Wann und wo wird die Bourgeoisie der Linken den Freiraum lassen, sich ohne Druck und unbeobachtet über ihre politischen Fehler auseinanderzusetzen? Die Linke lebt davon, ihre politischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vor den Augen und Ohren der „M a s s e n" bzw. zumindest der Linken zu führen. Öffentliche Kritik und Selbstkritik macht linke Politik bekanntlich erst stark und glaubwürdig. Daß die Bourgeoisie dabei mithört ist ein u n v e r m e i d l i c h e s Nebenprodukt. Aber ist das Denunziation?

Und was den sehr schwerwiegenden, aber offenbar recht leichtfertig vorgebrachten Vorwurf anbetrifft, wir hätten „Genossen zum Abschuß freigegeben", muß die Frage erlaubt sein: Was haben wir dem Staatsschutz über politische Tendenzen in dieser Szene „verraten", was die betreffenden Leute durch öffentliche Stellungnahmen nicht schon selbst den Herrschaften auf den Tisch gelegt hätte? Und was eine eventuelle Gefährdung konkreter Personen anbetrifft — wo hätten wir das gemacht? Der Denunziationsvorwurf der Genossin ist durch keine Fakten zu halten. Statt uns aufzufordern, die angebliche Denunziation zurückzunehmen, sollte die Genossin entweder den B e w e i s dafür antreten oder ihre Behauptung zurücknehmen.

„Endlösung" der Gefangenenfrage ...?

„Endlösung" der Gefangenenfrage ...?

Zugleich mit ihrem Denunziationsvorwurf möchte die Westberliner Genossin auch mit der Geschichte des KB abrechnen. Zweifellos ist es mehr als notwendig, unsere bisherige Politik in allen möglichen Bereichen zu reflektieren, gegebenenfalls notwendige Korrekturen vorzunehmen und neue Positionen zu erarbeiten. Die Verstümmelung von Zitaten und Verfälschung realer Abläufe allerdings scheint mir dafür nicht das geeignete Mittel. Die Genossin bezieht ihre Kritik, wir hätten in der Vergangenheit *„schon einmal ... wild um euch geschlagen"* auf unseren Kommentar zum Hungerstreik im August 1977, auf den dann die Schleyer-Entführung, Mogadischu und die Stammheimer „Selbstmorde" (Oktober 1977) folgten. Damals, wohlgemerkt v o r den Stammheimer Ereignissen, vertraten diverse Knastgruppen die Einschätzung, die Bourgeoisie bereite im Rahmen des Hungerstreiks a k t u e l l die „Endlösung" für die politischen Gefangenen vor, weil sie von innen und außen total unter Druck geraten sei. Dazu zitiert die Westberliner Genossin aus unseren damaligen Artikel aber nur:
Auseinandersetzung mit dieser Position: *„Diese Einschätzung ist hysterisch und in sich selbst unlogisch ... Daß Rebmann und Co. die 'Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage' planen, halten wir für eine absurde These."* Nicht zitiert wird die Begründung, die direkt hinter „hysterisch und in sich selbst unlogisch" folgt, nämlich: *„Denn wie sollte die Bourgeoisie ihren angeblichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten entgehen, indem sie — innerhalb der allernächsten Tage oder Wochen — die Gefangenen 'ermordet'* (*wie auch immer*)*? Das sind immerhin heute schon mehr als hundert Menschen."*

Nicht zitiert wird auch der an das Ende des Zitats direkt anschließende Satz (der mit dem zitierten in gemeinsamem Fettdruck als Gesamtaussage hervorgehoben ist: *„Daß sie* (die Herrschenden — Anm. AK) *aber den Tod e i n z e l n e r Gefangener in Kauf nehmen oder gar provozieren könnten, scheint uns durchaus denkbar. Gerade deshalb kann in dieser Situation der Hunger- und Durststreik keine brauchbare Waffe sein. Man protestiert sinnvollerweise nicht gegen seine eigene geplante Ermordung, indem man sich selbst zu Tode fastet."*

Der Hungerstreik wurde dann o h n e Tote — und mit Versprechungen auf Erleichterungen, die aber nicht eingehalten wurden — abgebrochen. Die „Selbstmorde" von Stammheim beweisen zwar den Vernichtungswillen des BRD-Staates gegenüber den Gefangenen, keineswegs aber die Richtigkeit der Behauptung, die Bourgeoisie habe in dem vorangegangenen Hunger- und Durststreik auf eine planvolle „Endlösung" der Gefangenen-Frage „in den nächsten Tagen" gesetzt. Angesichts der völlig veränderten und vorher in diesem Maße weder für die Gefangenen, noch für die Bundesregierung kalkulierbaren Entwicklung der Schleyer-Entführung nachträglich aus der Eskalation in Stammheim auf die angebliche Planung der „Endlösung" in dem schon lange abgeschlossenen Hungerstreik zurückschließen, grenzt tatsächlich an Geschichtsfälschung.

Schließlich muß — bei aller Achtung und Betroffenheit gegenüber den Leiden der der Isolationshaft ausgesetzten Gefangenen — festgehalten werden, daß die Bourgeoisie die „Endlösung" des Gefangenen-Problems bis heute nicht durchgeführt hat, sondern einerseits auf ein sehr „differenziertes" Konzept der Aufweichung der Front der Gefangenen setzt, andererseits sich mit ihren Gefängnis- und Trakt-Neubauten auf eine erhebliche Zunahme von aufzubewahrenden politischen Gefangenen vorbereitet. Auch wenn unbestritten ist, daß die Isolation gegenüber den nicht-abschwörenden Gefangenen auf deren psychische und letztlich physische Vernichtung zielt, daß damals wie heute in Hungerstreiks Tote in Kauf genommen oder auch bewußt provoziert werden, so ist dennoch die Annahme einer geplanten aktuellen „Endlösung" im Sinne der relativ raschen Liquidierung aller Gefangenen weder für den damaligen noch für den heutigen Hungerstreik richtig. Diese Feststellung mag nun manche/r als Zynismus interpretieren.
Tatsache ist, daß das Überleben von Gefangenen, wenn auch unter quälenden Bedingungen, heute m ö g l i c h ist. auch ohne abzuschwören. Politi-
Tatsache ist, daß das Überleben von Gefangenen, wenn auch unter quälenden Bedingungen, heute m ö g l i c h ist, auch ohne abzuschwören. Politi-
sche Gefangene, die selbst schlimmste Bedingungen überlebt haben, beweisen dies. Eine Auseinandersetzung mit der Knastwirklichkeit in der BRD muß von diesen Tatsachen ausgehen und darf nicht den Eindruck erwecken, als sei Knast in der BRD für „Politische" heute prinzipiell nicht überlebbar. Wäre das tatsächlich so, dann hätte keinerlei Kampf im Knast auch nur die geringste Perspektive, dann wäre selbst die Anwendung des Hungerstreiks als äußerstes Mittel zur V e r b e s s e r u n g der Lage i m Knast in sich selbst eine Absurdität und nur noch eine andere Form von verzweifeltem Selbstmord.

Nicht die mögliche g e n e r e l l e Drohung einer „Endlösung" für alle politischen Gefangenen mobilisiert hauptsächlich Solidarität, sondern die besondere, konkret angebbare Situation benennbarer, in ihrer Existenz bedrohter Gefangener. Nicht von ungefähr sind die bisher e r f o l g r e i c h verlaufenen Kampagnen der Knast-Solidarität an solche „Fälle" geknüpft wie z.B. K.H. Roth, Werner Hoppe, Rudolf Raabe, u.a., in deren Folge dann auch für andere Gefangene Verbesserungen, Erleichterungen, evtl. Entlassungen, erreicht werden könnten. Hier ist m.E. für die zukünftige Entwicklung von Knast-Solidaritäts-Arbeit anzuknüpfen.

Erfolg des Hungerstreiks?

Bleibt schließlich die Frage, welchen S i n n der Hungerstreik diesmal gehabt hat und welchen er angesichts der skizzierten Lage in den BRD-Knästen einerseits und in der Masse der Bevölkerung andererseits überhaupt haben kann. Wir schrieben damals, es sei angesichts der von der RAF vertretenen Einschätzung, daß der Staat aktuell den Tod aller Gefangenen („Endlösung") wolle, nicht sinnvoll, einen Hunger- und Durststreik unter Einsatz des Lebens durchzuführen, da es der Bourgeoisie sozusagen nur *„das Geschäft* (Endlösung) *erleichtern"* würde, *„wenn sich jetzt die politischen Gefangenen sozusagen 'freiwillig' zu Tode hungern und dursten"*. Gleich-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

zeitig sagten wir, daß die Sichtweise der Gefangenen und ihre Zuflucht zum Hungerstreik verständlich sei aus ihrer Lage. Das gleiche formulierten wir jetzt noch einmal in unserer Antwort auf die „Benutzer", wo wir den Hungerstreik als „legitimes" Kampfmittel der politischen Gefangenen bezeichneten. Wahr ist allerdings, daß der Hungerstreik nicht nur die „legitime" letzte und schärfste Waffe von Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen ist, sondern auch, daß auch diese schärfste Waffe in der BRD derzeit allzu stumpf scheint: Am Ende des jetzigen Hungerstreiks steht die Tatsache, daß sich die BRD-Bourgeoisie durch Tote im Hungerstreik nicht abschrekken und nicht zu praktischen Zugeständnissen an die politischen Gefangenen zwingen läßt — und daß es ihr erst einmal zu gelingen scheint, die Bevölkerung an Tote als normales Produkt eines Hungerstreiks zu gewöhnen. Damit ist jeder zukünftige Hungerstreik, der unter gleichen Bedingungen stattfindet (d.h. isoliert vom Bewußtsein der Masse der Bevölkerung), sinnlos — mit Ausnahme des radikalisierenden Effekts auf eine extrem kleine, polizeilich weitgehend „erfaßte" Szene.

Ganz anders stellt sich die Sache jedoch in der Erklärung der RAF-Gefangenen zur Beendigung ihres Hungerstreiks dar: **„Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abzubrechen, nachdem wir nach zwei Interventionen von amnesty international davon ausgehen, daß kein Gefangener mehr einzeln isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden... Wir meinen auch, daß wir nicht dieselbe Erfahrung wie die IRA im Dezember 1980 machen müssen — nicht zuletzt, weil wir Solidarität erfahren haben"**, d.h. sie meinen, sie würden, anders als die IRA, nicht nachträglich um die Erfüllung zugesagter Verbesserungen beschissen ...

Nun kann man freilich ganz leicht feststellen, daß die Verantwortlichen des Staates konkret gar nichts zugesagt haben, daß unverbindlich von einer „Prüfung der Haftbedingungen" gesprochen wird, daß von Bundesland zu Bundesland völlig unterschiedlich argumentiert wird — **und daß bisher nichts weiter feststeht, als daß es jedenfalls zu der geforderten Zusammenlegung in „interaktionsfähigen Gruppen" (mindestens 15 Gefangene) nicht kommen wird.**

Speziell Bundesjustizminister Schmude hat in seinem „berühmten" Brief an amnesty international lediglich mitgeteilt, daß *„Maßnahmen zur Veränderung der Haftsituation"* *„nicht ausgeschlossen"* seien, sondern nach Beendigung des Hungerstreiks *„zur Prüfung und Entscheidung in Aussicht genommen"* seien. Auf jeden Fall aber, so Schmude, sei **„die geforderte gemeinsame Unterbringung ... in großen Gruppen ... unannehmbar"**. Isolationshaft gebe es, *„von wenigen Ausnahmen abgesehen"* bringung ... in großen Gruppen ... unannehmbar". Isolationshaft gebe es, „von wenigen Ausnahmen abgesehen" ja sowieso nicht („Frankfurter Rundschau", 18.4.).

Jeder naive Liberale kann erkennen, daß Schmude nichts geboten hat außer vagen (also unglaubwürdigen) Versprechungen auf „Prüfung". Umso mehr müßten das doch eigentlich Leute begreifen können, die in diesem Staat — zu recht! — ihren Todfeind sehen und ihm den Kampf mit der Waffe angesagt haben. Noch verblüffender ist, daß man für diesen „Erfolg" tatsächlich wochenlang im Hungerstreik war, daß ein Gefangener unwiederbringlich tot ist und weitere Gefangene gleichfalls hart am Tod waren. Das alles für ein vages Versprechen auf „Prüfung der Haftbedingungen"?! ...

Tatsache ist, daß der Hungerstreik nicht mit einem (Teil-)Erfolg abgeschlossen worden ist, sondern rundherum eine empfindliche Niederlage war. Dies einzugestehen, hieße aber auch, sich endlich einmal wirklich Gedanken darüber zu machen, unter welchen Bedingungen (Massendruck) Hungerstreik überhaupt als Waffe wirksam sein könnte — und das wiederum hieße Einsicht in die Schwäche dieser Waffe unter den gegenwärtigen Bedingungen. Das alles wollen die Betreffenden jedoch offensichtlich nicht. Deshalb muß der Hungerstreik um jeden Preis zum Erfolg stilisiert werden. Und schon ist festzustellen, daß sich auch die Solidaritätsgruppen uneingeschränkt dieser Sprachregelung unterwerfen, die Legende vom Erfolg nicht bloß für sich übernehmen, sondern sie auch gleich zur Grundlage der weiteren Solidaritätsarbeit machen. Sie wird die nächste Niederlage schon vorprogrammiert. Man kann die Hilflosigkeit und Verzweiflung, die hinter solcher Taktik steht, schon verstehen — nur gutheißen und unterstützen sollten wir sie nicht.

F., Antifa-Kommission Hamburg



Sofortige Haftverschonung für Ilse Schwipper

Dringender denn je appellieren wir an die demokratische Öffentlichkeit, sich engagiert und nachhaltig für die sofortige Haftverschonung von Ilse Schwipper einzusetzen.

Nicht nur wir kennen Ilses besorgniserregenden Gesundheitszustand.
Nicht nur wir wissen um ihren verzweifelten Kampf, nicht durch Drogen den unmenschlichen Knastalltag erträglicher machen zu wollen; eine Sackgasse, die viele gefangene Frauen im Frauengefängnis Lehrter Straße zu gehen gezwungen sind.
Nicht nur wir haben uns ein Bild machen können über einen Prozeß, der nun im Frühjahr ein drittes Mal über die Bühne gehen wird, nachdem in bereits zwei Verfahren vom Verfassungsschutz bis hin zum Westberliner Senat und dem Bundesinnenminister absolut nichts getan worden ist, die wahren Hintergründe und Sachverhalte aufzuklären, nachdem sich vielmehr nach zwei Verfahren der Eindruck verfestigen muß, daß von diesen Stellen die Verurteilung möglicherweise Unschuldiger einer Wahrheitsfindung vorgezogen wird.
Nicht nur wir sind informiert. Von der Anstaltsleitung der Lehrter Straße, dem zuständigen Gericht und der Westberliner Justizbehörde samt Justizsenator ist mit Fug und Recht anzunehmen, daß sie – von Ilses Anwälten ständig, umfassend und eindringlich in Kenntnis gesetzt – um die angesichts des juristischen Sachverhalts selbstverständliche und angesichts Ilses physischer und psychischer Verfassung vehement gebotene Notwendigkeit der Haftverschonung wissen, ja besser wissen als wir.

Tatsache ist jedoch dagegen, daß der am 20.10.1980 von den Anwälten gestellte Antrag auf Haftverschonung – einschließlich dem Angebot einer Kaution in unbestimmter Höhe – Ende letzten Jahres abgelehnt wurde, ebenso Ilses Antrag auf unüberwachte Gespräche mit Drogenberatern, durch die sie hoffte, der drohenden Sucht weiterhin und auf Dauer widerstehen zu können. Allerdings wurden – ebenfalls im Dezember 80 – zwei Hafterleichterungen zugestanden: die Staatsschutzübewachung bei Besuchen – seit jeher überflüssig – wurde aufgehoben und Ilse auf die Station IV des Frauengefängnisses verlegt (Station drogenfreier Frauen/ Umschluß mehrere Stunden am Tag).

Diese Verbesserungen in Ilses Haftsituation sind jedoch bei weitem nicht ausreichend, ihren gesundheitlichen Zustand nachhaltig und entscheidend zu verbessern. Über 6 Jahre Untersuchungshaft (davon 3 1/2 Jahre Isolationshaft) sind in ihren Auswirkungen, wenn überhaupt, dann nur durch ein Leben in Freiheit gemeinsam mit ihren Freunden und ihrer Familie einigermaßen auszugleichen.

Wir befürchten, daß Ilses dem dritten Prozeß nicht wird verhandlungsfähig folgen können. Das jedoch muß nach geltendem Recht immer noch gewährleistet sein, von Gerechtigkeit und Menschlichkeit ganz zu schweigen. Wir bitten jeden demokratisch denkenden Menschen um aktiven Einsatz für Ilses Haftverschonung, weil

– die Wahrheitsfindung in diesem Verfahren durch die Aussageverweigerung für die in den Fall Schmücker verwickelten Verfassungsschutzbeamte bisher verhindert wurde;
– im Lorenz-Drenckmann-Prozeß die Aussageverweigerung für einen Verfassungsschutzbeamten, der zur Glaubwürdigkeit des Kronzeugen in diesem Verfahren nicht befragt werden konnte, zu einem Freispruch im Fall Drenckmann führte;
– Ilses physische und psychische Schäden, verursacht durch die jahrelange Isolationshaft, bereits 1978 in einem Gutachten von Prof. Cabanis (Institut für forensische Psychiatrie) festgestellt werden mußten;
– Ilses physische und psychische Schäden, verursacht durch die jahrelange Isolationshaft, bereits 1978 in einem Gutachten von Prof. Cabanis (Institut für forensische Psychiatrie) festgestellt werden mußten;
– im Februar 80 der Anstaltsarzt Dr. Strauch dem Gericht mitteilte, daß Ilses Gesundheitszustand nach wie vor sehr bedenklich ist;
– hier auch noch festzuhalten ist, daß Ilse nach offiziellen, für die Presse angefertigten Verlautbarungen von Justizsenator Meyer im Januar 80 angeblich in den Normalvollzug verlegt wurde. In einem offenen Brief an Meyer schrieb Ilse dazu am 21. Oktober 1980:

„Der Normalvollzug sieht für mich nach fast 7 Monaten folgendermaßen aus: Ausschluß von jeglicher Gemeinschaftsveranstaltung, die von anstaltsexternen Mitarbeitern geleitet werden; mit der Begründung, daß dies Gruppen seien mit freiwilligen Mitarbeitern. Jede andere Untersuchungsgefangene, die von Richtern/Richterinnen vom 24-Stunden-Verschlußvollzug mittels Freigabeerklärung befreit wurde, kann an solchen Gruppen-Aktivitäten teilnehmen. Es ist bekannt, daß jeder/jede Mitarbeiter/in in der Vollzugsanstalt, ob als Beamte/r, Angestellte/r oder freiwillige Mitarbeiter/in, einer umfassenden Überprüfung durch den Verfassungsschutz und/oder Staatsschutz unterzogen wird.

Was ist also „gefährlich" an den freiwilligen Mitarbeitern, daß ich nicht zu von ihnen geleiteten Gruppen zugelassen werde? Oder anders gefragt, was befürchten Sie, könnte bei meiner Anwesenheit in diesen Gruppen mit den freiwilligen Mitarbeitern geschehen? Oder sollten etwa auch Sie, wie die Anstaltsleitung der Frauenhaftanstalt hinter vorgehaltener Hand äußerte, die Vermutung hegen, daß ich „in die Lehrter Straße gegangen bin, um für die Terroristen Nachwuchs zu rekrutieren"? Die von Ihnen angeführten Gründe – räumliche Begrenztheit und mangelndes Personal –, die Sie daran hindern, meine Haftbedingungen zu verändern, können es nicht sein, denn Räume wie Mitarbeiter für diese Gruppen sind vorhanden.

Der Verfolgungswahn der Nachwuchs-Rekrutierung für „Terroristen" ist auch der Grund dafür, daß ich im Gegensatz zu anderen Untersuchungsgefangenen auf der Verschlußstation II liege. Auf dieser Station können sich keine festen Beziehungen entwickeln, weil die Frauen, mit denen ich es in der abendlichen Fernseh-Gruppe zu tun habe, ständig wechseln. So bin ich seit meinem Hiersein im Januar 80 bis heute, 10. Juli 1980, mit etwa 40 verschiedenen Frauen für jeweils sehr kurze Zeit zusammen gekommen. Das ist nur die Kehrseite der Unterwerfung unter eine über Jahre andauernde Kleingruppen-Isolation. Bedingt ist dieser ständige Wechsel dadurch, daß die Frauen auf andere Stationen verlegt werden, sobald sie von den zuständigen Richtern/innen zur Gruppenbeteiligung freigegeben worden sind. Die Station ist zudem noch eine Station von Drogenabhängigen; und Frauen, die in anderen Zusammenhängen beschuldigt sind, werden nach einigen Tagen ohne Freigabe sogar auf die Station IV verlegt. Auf den anderen Stationen sind die Zellentüren offen, bei gleicher Personalstärke und gleichen baulichen Voraussetzungen wie auf der Station II. Personelle Verhältnisse und räumliche Beengung sind es ja, die Sie im Antwortschreiben an meinen Anwalt, Herrn Heinisch, anführen, die angeblich die Angleichung an die Haftbedingungen aller anderen Untersuchungsgefangenen im Wege stehen.

... Ich habe nur ein Drittel der Sondernmaßnahmen angeführt, denen ich unterliege, sonst ginge es noch seitenweise so weiter. Nur von einer letzten inhumanen Maßnahme will ich hier noch berichten, weil sie am deutlichsten zeigt, wie weit zu gehen Sie bereit sind, um Zusammenbrüche bei mir zu provozieren.

Für den 24. Juni 1980 hatte meine jüngste Tochter eine Besuchsgenehmigung erhalten, weil sie es nach vier Jahren noch einmal wagen wollte, mich in dieser Gefängnisatmosphäre zu besuchen. Berechtigterweise ging sie davon aus, daß die entwürdigenden Kontrollen und Überwachungen wegfallen würden, die sie 1976 in Moabit tief schockiert hatten, und sie zum Fernbleiben veranlaßt hatten. Sie war damals 12 Jahre alt und wurde sämtlichen Kontrollen unterworfen, wie sie an Erwachsenen praktiziert werden, die politische Gefangene besuchen wollen.

Ich hatte bei Gericht beantragt, den Besuch meiner Tochter statt von den Vollzugsbeamtinnen vom Sozialdienst überwachen zu lassen, was des öfteren unter Berücksichtigung der Mutter-Kind-Beziehung so gehandhabt wird, und unter Berücksichtigung der vierjährigen Unterbrechung der Beziehung zu meiner Tochter eines besonderen sensiblen Umgangs bedarf. Zum einen hat das der vorsitzende Richter der 9. Strafkammer, Dr. Fitzner abgelehnt, weil das den Zweck des Revisionsverfahrens gefährden könne. Zum anderen wurde mir strikt untersagt, meine Tochter zu begrüßen und zu umarmen, ganz zu schweigen von Zärtlichkeiten in besonders verzweifelten Depressionsschüben meiner Tochter.

Von meinen sonstigen Haftbedingungen brauchte ich meiner Tochter gar nichts mehr zu erzählen, die konnte sie sich selbst plastisch ausmalen. Der Besuch hat meiner Tochter praktisch vermittelt, was von den Reden des Herrn Innenminister Baum und den Ihren, Herr Senator Meyer zu halten ist."

Ilse benötigt jede Hilfe und Unterstützung, damit sie die psychische und physische Stärke bekommt, den dritten Prozeß mit seinen ungeheuren Anforderungen an ihren Mut, ihr Durchhaltevermögen, ihren Lebenswillen zu verkraften. Und damit sie – nach dem eigentlich selbstverständlichen – aber von uns nur vorsichtig zu erhoffenden Freispruch noch in der Lage sein kann, „draußen" ein Leben mit ihren Freunden und nicht zuletzt mit ihren Kindern zu leben.

Nur in sehr hoffnungslosen Augenblicken wagen wir daran zu denken, wie wir bei einem völligen Zusammenbruch von Ilse oder auch auf ihre letzte und unwiderrufliche Entscheidung reagieren können. Wir werden – da soll sich niemand täuschen – mit Wut und Entschlossenheit die Verantwortlichen öffentlich nennen und anklagen. An Beweisen wird es uns nicht fehlen.

Damit es nicht dazu kommt, muß Ilse endlich wieder als freier Mensch leben können.

Sofortige Haftverschonung für Ilse Schwipper

(Nachdruck aus der Broschüre „Ein Toter von Amts wegen?" – s. u.)

Zwe



Der dritte Schmücker-Prozeß wird nun, nachdem der BGH das Urteil gegen die fünf Angeklagten abermals aufgehoben hat, am 7.Mai um 9 Uhr im Landgericht Berlin beginnen.

Die Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß hat eine Broschüre herausgegeben, die über die Hintergründe des Prozesses informiert:

Ein Toter von Amts wegen?
Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker

2. ergänzte Auflage – 2,50 DM

zu bestellen bei:

**Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß
c/o Anke von Gierke
Waldemarstr. 81
1000 Berlin 36
KtoNr.: 197449-100
PschA Bln West
Kennwort: Schmücker-Prozeß**

Feiling-Prozeß: Schrittmacher für weitere Entmenschung der Justiz

aus Prozeß-Info III der Initiative für Hermann, Sybille und Sylvia

Wir hatten seinerzeit geschrieben, daß die angeblichen ,,Aussagen'' des Hermann Feiling vor der Polizei unter Umständen entstanden sind, die ein absolutes Beweisverbot begründen.

Es ging um einen Menschen, der wenige Stunden nach seinen schweren Operationen verhört worden war, der sich dabei in unbeschreiblicher Lage befand: blind, an beiden Beinen amputiert, verbrannt und zerstört. Zudem von epileptischen Anfällen betroffen. Den man späterhin in absoluter Quarantäne isolierte — ohne daß je ein Haftbefehl gegen ihn vollstreckt worden wäre.

Dies zu beweisen, was klar erkennbar war für jeden Laien, hatten die Rechtsanwälte von Hermann Feiling, Sybille Straub und Sylvia Herzinger vor Gericht beantragt.

Diese erste Phase des Unrechtsprozesses vor dem 4. Strafsenat des OLG Frankfurt ist jetzt beendet: die Gutachter haben sich endgültig zur damaligen Vernehmungsfähigkeit Feilings geäußert. Dabei ging es wesentlich um die Frage, ob jene 1.300 Seiten angeblicher ,,Aussagen'' im Prozeß verwendet werden dürfen — oder nicht.

Das Ergebnis der gutachterlichen Aussagen (Prof. Mentzos, Jacob, Dr. Brambring, Dr. Schwedes) ist zumindest in einem Punkt eindeutig — und übertrifft damit die düstersten Vermutungen, die w i r zu Beginn des Verfahrens formulierten:

Zusätzlich zu Amputation und Blindheit, zu Operation, Schock und Medikamenten hatte Hermann Feiling schon während der ersten *4 Verhörtage* zwei schwere epileptische Krampfanfälle, sowie teilweise Verbrennungen 3. Grades samt einer Kieferimpression. In dem derart zugerichteten Menschen, der wegen seiner Verbrennungen äusserlich gräßlich ausgesehen haben muß, entdeckten LKA Baden-Württemberg und BKA eine ,,putzklare'' Person, die man schon am zweiten Tag nach der Operation einem *zehnstündigen* Verhör unterziehen konnte. Was jeder einfache Mensch unschwer erkannt hätte, der Herz und Gemüt nicht an der Sphäre einer durchschnittlichen KZ-Mannschaft orientiert, nämlich daß hier elementare Menschenwürde gegen polizeiliches Penetrationsinteresse stand, das war allerdings der ,,freiheitlich-demokratischen'' Polizei nicht einsichtig.

Was dieser aber nicht vorgeworfen werden kann, so Gutachter und Staatsanwälte, weil ihnen doch die ,,fachmedizinischen Kenntnisse'' fehlten: nur ein Arzt muß sich beim Foltern ein medizinischen Kenntnisse'' fehlten: nur ein Arzt muß sich beim Foltern ein wenig in Acht nehmen — alle anderen dürfen. Soweit sie nur staatlichen Auftrag haben.

Man muß es wiederholen: Unsere anfängliche Behauptung, ein todwunder Mensch sei in absolut vernehmungsunfähiger Lage streng und penetrant verhört worden, auf Vorbehalt, versteht sich — hat sich durch die Erkenntnisse der Gutachter bewahrheitet. Nur war das halt' eben ein Patzer — und ,,wo gehobelt wird, fallen Späne'' und ,,Hinterher ist man natürlich immer klüger''. Diese Unmenschen!

Epileptische Anfälle kann man in ihrer Wirkung am besten mit Elektroschocks vergleichen: Feiling ist in diesem Zustand verhört worden. In solcher Situation lockert man auch in Lateinamerika ,,Zungen''. Hierzulande, das wäre ein Unterschied, spritzt man Epilepsien mit maximalen Dosen Valium auf ein nivelliertes Niveau zwecks Erreichung einer ausgeglicheneren Verhörsituation.

Alle diese Vorkommnisse sind jetzt bewiesen. Sämtlich waren und wurden sie Gegenstand anwaltlicher Beweisanträge: die sämtlich abgewiesen wurden. Zeugen der Verteidigung, wurden erst gar nicht geladen. Solche, die mindestens indirekt seine Isolierung und Abschottung erlebt haben. Die durch Hermann Feiling in seiner Not herausgeschmuggelten Casetten zur Abspielung gerichtlich nicht zugelassen.

Die Wahrheitsfindung dieses Senats ist seine subjektive Auffassung von den damaligen Vorgängen allein.

Kernsatz der Ablehnung der anwaltlichen Anträge: ,,Im übrigen war die Situation des Mitbeschuldigten Feiling zur Zeit seiner Vernehmungen allenfalls der Situation eines in U-Haft befindlichen Menschen vergleichbar''. Punktum.

Wenn also militante Gruppen der BRD demnächst einen Richter in ihre Gewalt nehmen, ist das ohne weiteres billig, weil auch dessen ,,Situation allenfalls (dann) mit der eines in U-Haft befindlichen Menschen'' verglichen werden kann.

Wem das paradox erscheint, muß daran sich erinnern lassen, daß gegen Feiling zur Zeit seiner ,,*Schutzhaft*'' kein Haftbefehl in Gang war. Weswegen nur zu logisch davon ausgegangen werden kann, daß freiheitsbeschränkende Maßnahmen gesetzlich nicht zulässig sein müssen: es gilt das Naturrecht des jeweils Stärkeren auf die Durchsetzung seiner Verfolgungs- und Machtinteressen.

Gerade die zynische Offenheit des richterlichen Satzes belegt rüdes Schutzhaftdenken: gibt es nämlich, wie im Falle des todkranken Hermann Feiling, keine Rechtsgrundlage für einen Haftbefehl, so kann doch alles so arrangiert werden, daß ,,dessen Situation'' jener gleicht, die einer Verhaftung ,,entspricht''.

Allerdings wird dabei noch unterschlagen, daß die ,,Situation'' Hermanns nicht einmal jener eines normalen U-Häftlings entsprach. Denn der ist n i c h t derart abschottbar von jeglichem freigewählten Anwalt, von Brief-, Besuchs- und Telefonverkehr. Feiling, aus gutem Grund, befand sich wohl ganz absichtlich in einer rechtlich ungeregelten Lage in der Waffenkammer der Polizeischule von Münster. Also eben nicht unter den ,,Umständen'' der U-Haft, von wo ein Stück Wahrheit nach außen hätte durchsickern können, sondern er befand sich in einer Lage, die ,,allenfalls'' vergleichbar ist mit der eines Menschen, der Opfer einer willkürlichen Geiselnahme wurde.

Daß Feiling nicht in U-Haft geriet (oder in ein Gefängnishospital) hat nämlich nicht nur zum Grund, daß kein Haftbefehl gegen ihn vollstreckbar war (er war ja haftunfähig), sondern erklärt sich wohl daraus, daß eben in U-Haft seine Willenseinschränkung gelinder gewesen wäre, als in der Obhut der weißbekittelten Polizisten.

Man hätte ihn dann schlechter an ,,unbekannte Orte'' bringen können, es hätte Besuchsanträge gegeben, über die richterlich hätte entschieden werden müssen, es hätte Zeugen gegeben: sei es auch ,,nur'' in Gestalt anderer verhafteter Menschen. So war dies die Stunde einer speziellen rechtsstaatlichen Subkultur: der polizeilichen Exekutive.

(Die folgende Berrichterstattung zum Prozeßverlauf haben wir ausgelassen. Nachzulesen in AK 186, S. 20 - 23; AK 194, S. 34)

Die Herren Gutachter und das Elende der deutschen Psychoanalyse

Wir möchten hier zunächst, quasi zur Sensibilisierung auf die Produkte der liberalen Gutachter, jemanden zu Gehör bringen, für dessen Ausschaltung sich offenbar alle Mächte einer unheiligen Allianz verschworen haben: Hermann Feiling, der seinen Gutachtern eine Schrift überreichte, die seine Erlebniswelt während der Verhöre beschreibt. Ein einziger kurzer Auszug nur: ,,*Ich habe an die erste Zeit nach dem Unfall wenig Erinnerung. Nachdem ich mich zunächst wohl in einer Art Koma befunden haben muß, in dem auch keine Erinnerung entstand, ergab sich eine Lage, in der ich zwar öfters wach war, in der es aber keine Realität für mich gab. Ich nahm eine Bilderwelt wahr, und ich konnte das ganze zur Traumwelt machen, in der mir die Blindheit auch nicht bewußt war.*

Ich kann mich auch nicht an eine ärztliche Mitteilung über die Blindheit bzw. über meine Verletzungen erinnern. D.h., ich konnte nach außen relativ ruhig wirken, ohne daß ich mich in der Realität befand. Die Bilderwelt war zusammengesetzt aus besonders intensiven, weil statischen Bildern. Es war ein sehr erschreckendes Erlebnis, daß die Bilder nicht weggingen. Stimmen, die von außen an mich herankamen, wirkten traumhaft, unwirklich: bildhaft entstandene phantomartige Gestalten durch die Stimmen.

Personen, vermittelt über ihre Stimmen, traten King-Kong-haft auf. Doch konnte ich mein eigenes Reden und die Stimmen von außen gegen die statischen erschreckenden Bilder setzen.

Es war ein furchtbares Erlebnis in der Heidelberger Klinik einmal eine Zeitlang in einem Raum ohne Geräusche gewesen zu sein. Die Bilderwelt nahm dabei Formen an, die in keiner Weise mehr relativiert werden konnten. — In dieser Welt gab es auch zunächst keine Zeitvorstellung.

Es war jemand bei mir im Raum. Da konnte ich nie schlafen, der war real da, der lief ständig herum und erzählte Stories: er ,,sei Jäger'' usw.. Das Raumerlebnis war auf die Bilderwelt bezogen und hatte nichts mit der Realität eines Krankenhauszimmers zu tun. Das Bewußtsein, auf einer Intensivstation zu sein, war gegenüber dieser Bilderwelt peripher.

Ich war also in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, war nicht verlassen zu werden. Ich wollte nicht allein sein und wußte nicht, was eigentlich los ist, wo ich mich befinde, warum es dunkel ist: ich mußte eine Situationskontrolle erst einmal entwickeln.

Ich habe in Heidelberg einmal eine Äußerung mitbekommen, in der es hieß: ,Es gibt hier einige Leute, die Ihnen gerne eine Spritze verpassen würden'. Ich bezog dies auf den zumeist anwesenden ,Jäger' und hatte ständig Angst vor ihm. Ich bekam auch einmal mit, als meine Mutter gefragt wurde, ob sie mit meiner späteren Unterbringung in einer Landesheilanstalt einverstanden sei. Das hat bei mir ein unheimliches Entsetzen ausgelöst. In der Folge war ich krampfhaft bemüht, einen stabilen Eindruck zu machen, weil ich auf keinen Fall als verrückt gelten wollte.''

Wir benutzten eingangs ein Zitat einer Psychoanalytikerin aus Genf: es entspricht ihren Erfahrungen mit einer gefolterten Frau. Frau Dr. Amati steht der Parin-Schule nahe, die sich in der Lage sieht, gesellschaftliche Tendenzen der Zerstörung von Identität samt den darüberstehenden Mächten auch dann als relevant auszumachen, wenn man vom beruflichen Auftrag her n u r das Einzelwesen zu sistieren hat.

Die deutsche Psychoanalyse, die in der Nazi-Zeit ihres kritischen Potentials wegen verfolgt wurde, sieht sich heute in ihrer liberalsten Gestalt aus der Gegend des Sigmund-Freud-Institutes (Ffm.) uninteressant gemacht, sofern sie repräsentiert ist durch Professor Stavros Mentzos, der für jedes BKA-Gutachten empfehlbar ist.

Nicht das Latente ist diesem Gutachter entscheidend, auch nicht Tendenz und Dynamik, sondern das Manifeste, das in positivistische Scheibchen aufzuteilen ist. Der zu begutachtende Feiling besteht daher aus den Teilen: Amputation, Blindheit, Hirntrauma, Epilepsie, Verbrennung und etcetera: nur nicht in ganzer Menschlichkeit.

Man rekognosziert eine aufteilbare Summe von medizinisch-somatischen Ausfällen, Symptomen, Problemen, eben Irregularitäten – und die können, einmal so verstanden, medizinisch versorgt werden. Treten sie im Übermaß auf, dann so Mentzos, war der Patient Feiling vernehmungsunfähig, und das, meint er weiter, war bis zum 7. Juli der Fall; klingen sie aus medizinischer Sicht ab, dann kann alles und jedes unbeschwert gerichtlich verwertet werden. Die Psychoanalyse möchte endlich auch eine ordentliche szientistische Wissenschaft sein. Und nur ein solcher ordentlicher Gutachter bleibt auch einer zur zukünftigen forensischen Verwendung.

Früher war es einmal die Stärke der kritischen Psychoanalyse, die Erlebnisse und deren Verarbeitung durch der kritischen Psychoanalyse, die Erlebnisse und deren Verarbeitung durch Bilder und Träume und Traumata hindurch zu entziffern. Dazu wäre im Falle Feiling genug Material vorhanden gewesen.

Mentzos attestiert eine zehntägige (!) Verhandlungsfähigkeit. Was danach kam, die Verarbeitung des zuvor Geschehenen, die folgende Quarantäne und Abschottung, interessiert den analytischen Wissenschaftler als Pontius Pilatus nicht: er „überläßt" dessen Beurteilung der „Erfahrung des Gerichtes''. Wir dürfen nicht einmal gewiß sein, ob Mentzos diese 10 Tage black out gestattet hätte, wären nicht jene zwei Krampfanfälle von der Stationsschwester vermerkt worden – in seinem ersten Gutachten hatte Mentzos diese, wie Dr. Dressler vor ihm, auch glatt übersehen.

Gegen Mentzos mußten die Rechtsanwälte einen Befangenheitsantrag stellen: er hatte angeblich keine Zeit, den einzigen Zeugen zu hören, der nicht von der Polizei war, den RA Baier.

Aber verdient haben sie alle gut, die Gutachter. So gaben sie weit mehr, als von ihnen verlangt wurde. Der Gutachter Prof. Jacob stellt der Polizei noch einen einzigartigen Persilschein aus: „Er (Feiling) war schon realiter, aber nicht expressis verbis vernehmungsunfähig."

Alles, was mit der Justiz zu tun hat, blickt einander beruhigt an.

Machen wir einen Überschlag: Hermann Feiling war für ganze zehn Tage zum Verhör nicht recht zu gebrauchen, der dummen Stationsschwester wegen: bei zwei schweren epileptischen Anfällen kann man das Gegenteil einfach nicht mehr behaupten. Aber schon sieben Tage danach war er voll vernehmungsfähig und alles, was die Polizei ab diesem Zeitpunkt produziert hat, gilt.

Heute, zweieinhalb Jahre danach, soll Hermann Feiling wieder unfähig zur Vernehmung sein: persönlich, schriftlich – auch zu Hause darf er nicht vernommen werden. Wohl aber dürfen die Gutachter mit ihm acht Stunden lang (Dr. Brambring) idiotische Tests durchführen – wohl weil sowas eben auch mit Sicherheit nicht der Wahrheitsfindung dient. Wohlgemerkt: damals war er nach sieben Tagen fit, jetzt sind zweieinhalb Jahre zu wenig, um wenigstens eine schriftliche Einlassung Feilings anzuerkennen.

Die Gutachter stellen Feiling also ausschnitthaft genau für jenen Zeitraum der Polizei zur Verfügung, die sie zur willfährigen Penetration der in der Waffenkammer der Polizeischule Münster isolierten Geisel benötigt.

Kommentar

Wir möchten gern, können aber des Platzes und der Kosten wegen, die gutachterlichen Glanzstücke der Reinwaschung der Polizei hier nicht reportieren . Mehr darüber zu erfahren ist aber möglich: die neue DOKUMENTATION gibt darüber genaueren Aufschluß und kann bestellt werden.

Ein hiesiger Psychologe, Herrn Mentzos nicht unbekannt, mag für eine Kommentierung an dieser Stelle genügen:

„In einer Zeit, in der bekannt wird, daß Ärzte sich ihren Urlaub von der pharmazeutischen Industrie bezahlen lassen, kann man fragen, ob nicht auch ein medizinisch-psychologisches Sachverständigen-Gremium zusammen mit dem Gericht demnächst in den Süden aufbrechen wird.

Eingearbeitete Animatoren von LKA und BKA, die bekanntlich für jeglichen Job taugen, dürften jedenfalls den blaß gebliebenen Gutachtern eine sonnige Entschädigung für das wöchentliche Absitzen gleich mehrerer leidvoller Stunden auf den hölzernen Bänken deutscher Gerichtssäle versprechen.

Man könnte hier noch offener miteinander umgehen, was vor Gericht zu peinlich und unkontrolliert gewirkt hätte, denn schließlich verlangt dort der ,institutionalisierte Abwehrmechanismus', dem der Gutachter Mentzos ein ganzes Buch gewidmet hat, ein kontrolliert-distanziertes Verhalten, bei dem innere Erregungen nicht nach außen treten dürfen.

Zu untersuchen war die g e n e r e l l e Frage, ob Hermann F. zur Zeit der polizeilichen und richterlichen Vernehmungen vor 2 1/2 Jahren vernehmungsfähig war. Allen Beteiligten war und ist klar, daß die Beantwortung dieser Frage entscheidend für den weiteren Prozeßverlauf gegen Hermann F., Sybille Straub und Sylvia Herzinger ist. gegen Hermann F., Sybille Straub und Sylvia Herzinger ist.

Umso mehr verwundert es deshalb, daß eben diese integrierte Fragestellung in den nun abgelegten Gutachten nur am Rande behandelt wird und stattdessen der Frage nachgegangen wurde, ob die vernehmenden Beamten und der behandelnde Arzt dafür in Verantwortung zu ziehen sind, daß sie den frisch Operierten, unter dem Einfluß von Medikamenten stehenden H.F. tagelanger Verhöre unterzogen haben, ihn von allen für seine Genesung notwendigen sozialen Kontakten abschotteten, mindestens zwei Krampfanfälle kurzerhand übersahen und sich somit – worauf die Gutachter aber nicht kommen – der Unterlassung ärztlicher Hilfeleistung schuldig gemacht haben.

Daß diesem schon häufiger geäusserten Verdacht eine nicht von der Hand zu weisende reale Grundlage beizumessen ist, zeigen nun auf eindrückliche Weise gerade die vorgelegten Gutachten, in denen mit den waghalsigsten Konstruktionen eben dieser Verdacht aus dem Weg geräumt werden soll.

Die Wahrheit tritt aber – wie so häufig – zwischen den Zeilen zutage, und dem ,Sachverstand, der so gerne kontrolliert und unabhängig wirken möchte, werden die abstrakten, gelegentlich auf der Mitte abbrechenden Konstruktionen zum Eigentor: er verfängt sich in Widersprüche und statt einer Antwort auf die gestellte Frage, liefert er einen tollen Freibrief für die damals verantwortlichen Beamten, die natürlich für all das Geschehen, für die unglaublichen Methoden der barbarischen Verhöre überhaupt nichts können sollen.

Will man tatsächlich klären, ob H.F. in der Zeit nach der Explosion vernehmungsfähig war, so muß man sich mit ihm intensiv auseinandersetzen, und man sollte das für ein Gutachten bestimmend werden lassen, was

SPENDENAUFRUF FÜR HERMANN FEILING

Wir haben beschlossen, ihm zu seiner Hilfe eine teure IBM - Maschine zu kaufen, die erst seit kurzem auf dem Markt ist: "IBM's Beitrag zum Jahr des Behinerten!" Diese Apparatur gliedert sich in 2 Einheiten: a) eine moderne Schreibmaschine, die allen Problemen der Textverarbeitung gewachsen ist und ein b) akustisches Zusatzgerät plus Speicher, das den Text, den Hermann ja nicht lesen und damit überprüfen kann, mittels synthetischer Speicherstimme nach Belieben wieder vorspricht. Dies nicht nur zur besseren Textorientierung, sondern auch um - über den Speicher - alle notwendigen Korrekturen und graphischen Anweisungen auszuführen. Mit Hilfe dieses Gerätes wäre Hermann in der Lage zu studieren, zu arbeiten, sich langsam eine vollgültige Tätjgkeit und Existenz aufzubauen.

Die Maschine ist so teuer wie alles bei IBM: 25 ooo DM.

Erfreulicherweise sind dafür schon ein paar tausend Mark beisammen. Aber es fehlt noch ein großer Rest von ca. 15 ooo Mark.

DAS GELD MUSS HER. Von allen, die Hermann Feiling nicht im Stich lassen wollen. Und nichts ist zu teuer um Hermann, den Polizisten zum Objekt machen wollten, zur Subjektivität zu verhelfen. Was nicht bloß einfach "human" ist, sondern ein kleiner guter Sieg über die gesellschaftliche Unmenschlichkeit.

Oberprüft eure Budgets. Macht locker, was locker zu machen ist. Wer nichts hat, der sammelt - und morgen wird daraus eine wunderbare Maschine. Schickt und schickt! Eine Zahlkarte liegt bei.

A l l e Spender erhalten einen Bericht über den Kauf des Gerätes, bekommen einen faksimilierten Kaufvertrag: geschrieben und beschrieben von Hermann selber, berichtend von seinen Fortschritten, auf der neuen Maschine verfaßt.

Und auch über den Prozeß wird es Neuigkeiten geben. Die gibts dann auch. Eine erste ausführliche DOKUMENTATION über den Prozeß (ca. 5o Seiten) ist gegen Voreinsendung von 5.6o DM erhältlich. SPENDER kriegen sie unaufgefordert umsonst.

Bitte, vergeßt und überseht den Hermann Feiling nicht,

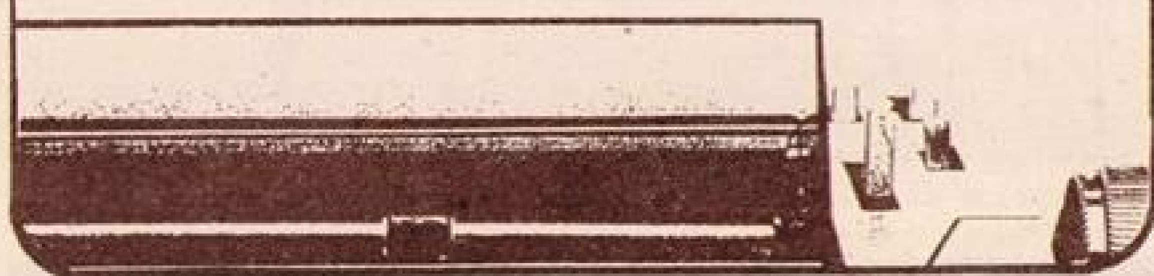
Herzliche Grüße

DIE INITIATIVE

Hermann, Sybille & Sylvia

637 Oberursel 5 PF

SPENDENKONTO: C. Branscheidt, 199o 61-6oß, Postscheck Frankfurt



einen Sachverständigen ausmacht, nämlich langjährige konkrete Erfahrung und wissenschaftliches Fachwissen.

Das gelingt mit Sicherheit niemals dadurch, daß man allein die penetranten, nach Verdunkelung riechenden Aussagen von Polizeizeugen zu einem sogenannten ‚Fachgutachten' zusammenfaßt. Zweck dieses ganzen Aufhebens war – und das ergibt sich mit fast atemberaubender Übereinstimmung aus sämtlichen Gutachten – die Klärung der brennenden Frage, wie es kommen kann, daß ein Mensch trotz traumatischem Schock, trotz Erblindung und Amputation beider Beine sofort wieder ‚bewußtseinsklar', ‚offen zugewandt', ‚aufgeschlossen', ‚stabil' (Originalton LKA und BKA) gewesen sein soll.

Jeder menschlichen Erkenntnis und Erfahrung widersprechend betreten an dieser Stelle die Herren Gutachter das juristische Feld, um ihrerseits ‚wissenschaftliches Neuland', zu eröffnen, indem sie das Wörtchen ‚trotz' durch das unscheinbare, aber alles auf den Kopf stellende ‚wegen' ersetzen.

Lassen wir wenigstens einen Teil der gutachterlichen Konstruktionen Revue passieren:

Man nehme eine ‚Primärpersönlichkeit', in diesem Fall Hermann Feiling, die schon ‚immer' darauf bedacht ist, innere Erregung, Emotionen etc., nach außen hin nicht zu zeigen, nenne das ‚neurotisch-depressive Grundstimmung', und zwar außerhalb der Norm liegend, aber natürlich noch nicht ‚pathologisch', füge dem Ganzen noch ein wenig ‚Konfliktvermeidungsverhalten' und ‚Aggressionshemmung' hinzu – schon hat man eine synthetische Person, die selbst bei stärkster Erregung nach außen hin stabil und bewußtseinsklar wirkt und die sogar mit ‚Faschisten' gut auskommt. Kurz, den Gutachtern ist der deutsche Landser wiedererschienen.

Um diese nicht einmal originelle Konstruktion abzusichern, benutze man zwei bis drei psychologische Tests. Wobei es völlig unerheblich ist, daß solche Verfahren keinerlei empirische Validität aufweisen, denn wer weiß schon, daß man damit zwar zuverlässig und stabil immer wieder dasselbe messen kann, aber daß das, was gemessen wird, sich bis heute bedauerlicherweise jeder wissenschaftlichen Erkenntnis entzogen hat. Wesentlich ist nur, daß man einen ‚Persönlichkeitszug' mit hoher zeitlicher Stabilität findet, der nicht ‚behinderungsspezifisch' sein kann: und schon ist man von Trauma über Erlebnis bis Epilepsie alles los, weil die wahren Gründe im Menschen selber liegen.

Dem Hermann Feiling, den man offenbar nicht genug quälen kann, teilen die Gutachter (Dr. Brambring)
teilen die Gutachter (Dr. Brambring)
bei der Gelegenheit noch mit, daß er es wohl auch mit den Nazis hätte treiben können. Derselbe Gutachter wohlgemerkt, der, dynamisch, liberal und absolut wertfrei, an eben jenem Hermann Feiling einen in jeder Hinsicht fragwürdigen Test des Faschisten und CIA-Mitarbeiters EYSSENCK ungerührt ausprobiert. Eysencksche Untersuchungshöhepunkte: ‚Warum Neger im Wasser schneller sinken' und ‚Warum Iren dümmer sind als durchschnittliche Briten.'

Im Falle Feiling handelt es sich um einen Eyssenck-Test, der nicht einmal für die deutsche Bevölkerung normiert wurde. Nur wenige werden schließlich den Verdacht hegen, daß das glänzende Verständnis mit Faschisten, welches eben noch für die konstruierte Person konstitutiv gewesen sein soll, eigentlich dem diesen Test anwendenden Psychologen zu eigen sein muß.

Hauptsache bleibt, man hat seine ‚Testbatterie' strategisch in eine konforme Stellung gebracht und weiß, was man treffen will, denn das, was die zum Einsatz gebrachte Batterie hinterläßt, ist allemal psychologischer Brei.

Ganz und gar unwichtig sind dann solche allerdings wesentlichen Feinheiten, wenn aus den beschriebenen Verhaltensweisen Feilings, die immerhin von ‚gelassen-freundlich' bis ‚reserviert-zurückgezogen' variieren, lediglich die letztgenannten sich mit dem ‚diagnostizierten Merkmal der depressiven Grundstimmung' decken.

Hat man dagegen die ‚Primärpersönlichkeit' soweit entstehen lassen, so muß das Ganze nur noch mit wissenschaftlichen, über jeden Verdacht erhabenen Termini garniert sein. Je nach Gustos spricht man dann von einem ‚besonnenen Dämmerzustand' oder von ‚habituellen Abwehrmechanismen', welche die Beamten und den Arzt (somit verständlicherweise) hinderten, Hermann F's. physische und psychische Lage richtig zu erkennen: Polizeiwissenschaft. Selbst das Übersehen von epileptischen Krampfanfällen kann dann ohneweiteres entschuldigt werden, denn verantwortlich ist dafür niemand anderer als Hermann Feiling, der eben über eine für Fehldiagnosen geradezu prädestinierte ‚Primärpersönlichkeit' verfügen soll.

Stockt einem bei diesem gutachterlichen Schachzug schon der Atem, was sich im übrigen nahtlos in die Behauptung einfügt, daß angeblich H.F. es war, der ‚Aussagen' machen wollte, während die Beamten wesentlich an die baldige Genesung gedacht zu haben behaupten, dann bleibt einem beim folgenden Winkelzug vollends der Atem weg.

Nicht nur die ‚typischen habituellen Abwehrmechanismen', sich nämlich nicht in die Karten schauen zu lassen, sondern auch der eigentümliche Sprachstil, den die Gutachter bei F. ausmachten, der ein diffuses, weitschweifendes, etwas verschnörkeltes Reden meint, all' dies soll, natürlich weil es exakten Aussagen gewissermaßen im Wege stünde, gerade durch die traumatischen Folgen der Explosion zusammengebrochen sein.

Klartext: Üblicherweise spricht Hermann Feiling (qua ‚Primärpersönlichkeit') ungenau und langwierig. Dummerweise redet er aber – glaubt man das alles – in den Polizeiprotokollen während der ersten Vernehmungen gestochen scharf, wie aus der Pistole, und schwelgt in exakten Maß- und Zahlenangaben.

Wie das erklären? Nun, gerade die segensreiche Explosion hat vorübergehend die Abwehr der primären Persönlichkeit in Schutt und Asche gelegt, weswegen Trauma und Schock eben überhaupt nicht negativ waren, sondern der wahre, ungehemmte Hermann Feiling entstand. Wir sagten ja bereits: Landserphantasien! Jedenfalls bedeutet dies eine argumentative Linie, die den Folterspezialisten in Argentinien bislang noch fehlte. Man deklariert einen politischen Gegner kurzerhand zum primären Masochisten, der von sich aus auf Prügel besteht, und dann ist dies natürlich kein masochistisches-irreales Strafbedürfnis mehr, sondern die reine Wahrheit. Der Sinn eines solchen Vorgehens ergibt sich allemal nur aus der Absicht der Folterer. Diesbezüglich bemerkt der Gutachter Jacobs zurecht, aber leider für seine weiteren Aussagen folgenlos, daß in H.F's. Fall ‚solange vernommen wurde', bis man ‚offensichtlich nicht mehr sinnvoll vernehmen konnte' und die ‚Unsicherheiten' in seinem ‚Kurzzeitgedächtnis' auch nicht durch polizeiliche ‚Hilfestellung' mehr ‚überbrückt' werden konnten.

Was hier geschehen ist, wundert deutsche Gutachter nicht mehr, regt sie nicht einmal zu Fragen an, sondern gibt Anlaß zur blanken Affirmation allein. Stellen, an denen eine originäre gutachterliche Tätigkeit verlangt wird, werden mit der Bemerkung abgetan, daß hier der Bereich des Hypothetischen beginnt, der nur noch theoretisch postuliert, aber nicht durch konkretes Material bestätigt werden kann (Mentzos) – weil dazu die einschlägigen Polizeizeugen natürlich nichts gesagt haben. Während man dann auch konsequent ‚keine Zeit' haben muß, wenn der einzige Zeuge auftaucht, der nicht beamtet ist.

Unerwähnt und unterschlagen bleiben dagegen gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse: etwa zu den psychischen Reaktionen auf eine plötzliche Erblindung. Mitgeteilt etwa u. a. von H. R. Blank, von R. Fitzgerald, von Rochlin et al., sämtlich Spezialisten auf dem Gebiet. Die passen nicht ins Konzept – obwohl, wie in diesen Fällen, fast schon amerikanische Regierungswissenschaftler.

Davon, daß der psychische Ausnahmezustand, in dem sich plötzlich Erblindete über Wochen und Monate befinden, anfangs eine völlige Auflösung der Persönlichkeit, gefolgt von einem langwierigen Prozeß der Trauer, bedeutet, ist in diesen „Gutachten" genausowenig zu lesen, wie von Tagträumen, psychotischen Vorstellungen, Erinnerungen und Wünschen, die als verzerrtes und verdichtetes Gemisch das Denken und Empfinden erblindeter Menschen bestimmen. – Es erinnert sich auch keiner der Gutachter an Paul Federn, einen der bedeutendsten Psychiater der Nachkriegszeit, der die Folgen einer solchen vorübergehenden Persönlichkeitsauflösung wie folgt beschreibt: „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; auch das Vergehen eines Augenblicks, ist unbestimmt; (...). Zu dieser Unbestimmtheit gesellt sich Ungewißheit der Zeitfolge von Erinnerungen (!), häufig verbunden mit einem getrübten Gefühl dafür, ob man etwas selber erlebt hat oder ob es nicht eine andere Person gewesen sein könnte. Oder aber es wird Ungewißheit in bezug darauf gefühlt, ob man Erlebnisse, von denen man weiß, daß sie die einer anderen Person gewesen sind, in eigener Person durchgemacht hat oder nicht. Diese Person kann ein lebender Mensch oder eine Gestalt aus Dichtung und Geschichte sein ...".

All' dies hätte natürlich „rechtliche Konsequenzen" und steht deshalb nicht in den abgelegten Gutachten.

Nach zweieinhalb Jahren können diese „Gutachter" fast auf den Tag genau angeben, wann Hermann Feiling vernehmungsfähig wieder gewesen sein soll: Damit die Absprache nicht zu deutlich wird, differieren sie um einen Tag: 6. oder 7. Juli. Ansonsten gibt es keinerlei Angaben über Unsicherheitszeiträume, und begründet wird das Datum „Vernehmungsfähigkeit" mit dem alles klar stellenden Hinweis auf die „wiedereintretende Stabilisierung". Man beachte: Es heißt nicht „wiederein g e tretene Stabilität", so daß offensichtlich demnächst auch der Bewußtlose, der gerade zum erstenmal wieder die Augen öffnet, voll vernehmungsfähig sein wird, denn dies ist ja ein Hinweis auf eine wiedereintretende Stabilisierung."

Kein Schweigen

Keine Frage: Hermann Feilings Prozeß ist und wird zum Musterprozeß der Erweiterung der justitiellen, staatlichen Unmenschlichkeit: zur Fortsetzung der Vernichtung nach medizinisch-polizeilicher Variation – wie bei Sonnenberg, wie bei Verena Becker und anderen.

Es liegt an uns, ob dieser Prozeß sich weiterhin in gemütlich-rechtlicher Friedhofsstille abspielt.

Wir hoffen aber, daß wieder viele Menschen offen und mündlich wie schriftlich wie sonst praktisch sich für die s o f o r t i g e E i n s t e l l u n g d i e s e s U n r e c h t s v e r f a h r e n s aussprechen; es gilt, Hermann Feiling und Sybille und Sylvia solidarisch zu helfen.

Die linke Presse ist auch anzuschreiben und anzuschreien: allen voran die TAZ, deren Verantwortlicher Grundmann ein diesbezügliches Schweigen diktiert hat.

Bitte helft mit, und helft sofort: Diese Materialie zu verbreiten, die neue Dokumentation zu verteilen.

Und helft dem Hermann weiter: Sammelt für eine Schreibmaschine, die er dringend braucht wie Luft und Essen und Trinken (siehe Beilage).

Und schickt auch ein paar Mark mit für diese ganzen Druckkosten, die wenigstens gewährleisten, daß dieses Verbrechen nicht ganz unter den Teppich gekehrt wird.

Prozeßtermine können wir auf Anfrage mitteilen.

Herzliche Grüße
Die Initiative
637 Oberursel 5
Postfach 35
Tel. 06171/73212
Postschkto.: 181553-735
Karlsruhe
Andreas Häuser

DOKUMENTATION
zum Feiling-Prozeß (ca. 50 S.)
gegen Voreinsendung von
DM 5,60 incl. Porto

Festnahmen wegen Parolensprühen

„In Koblenz nahm die Polizei fünf Frauen fest, die nach Mitteilung von Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich RAF-Parolen an Häuserfronten und Fußgängerunterführungen geschmiert hatten. Gegen die Frauen wurde Haftbefehl beantragt", schrieb die TAZ vom 21.4.81. Die fünf Frauen haben uns inzwischen folgende Erklärung übermittelt.

Erklärung

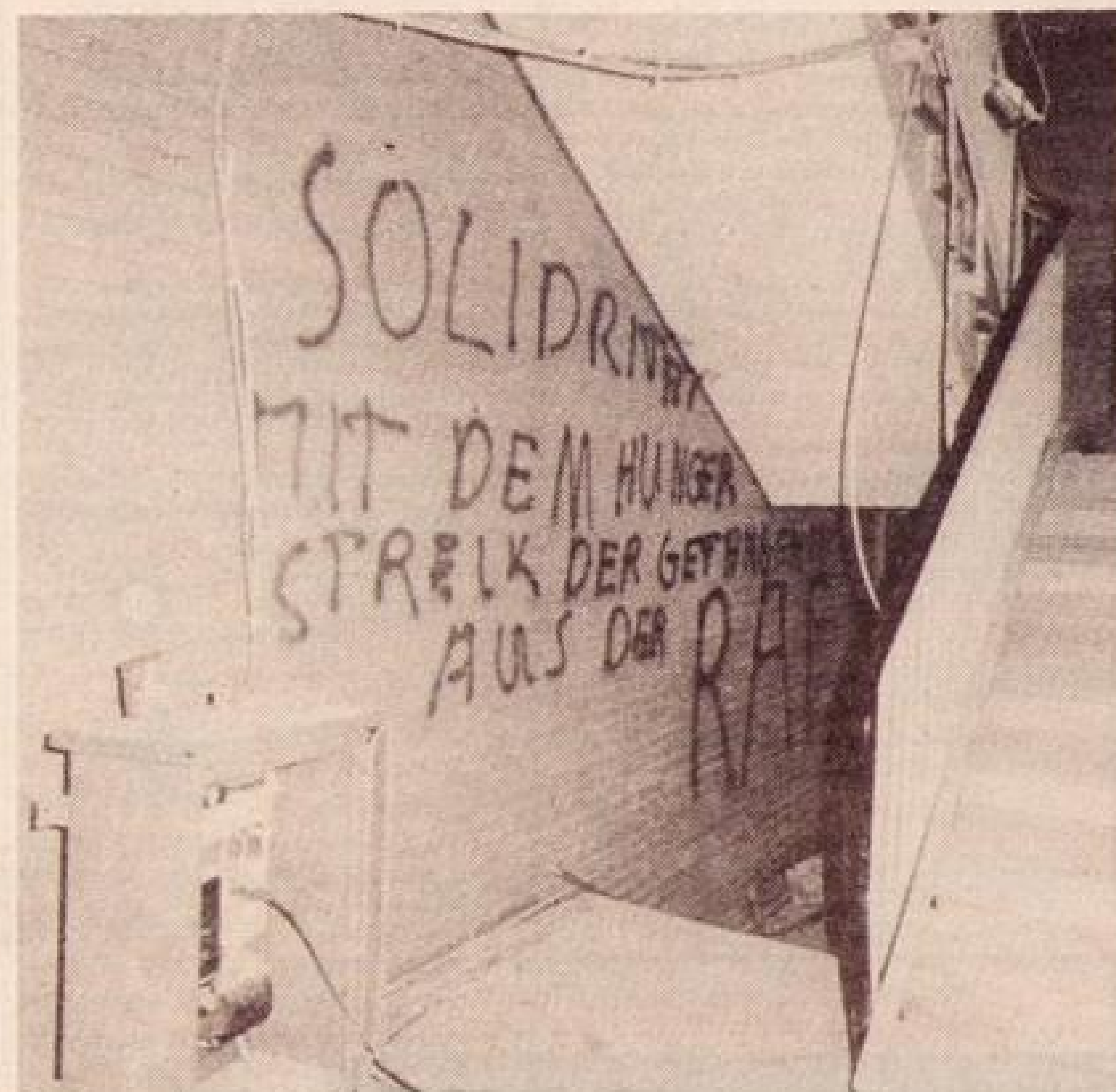
Heute sitzen ca. 55 Leute, die während des Hungerstreiks Solidaritätsarbeit gemacht haben, einige von ihnen sogar in Iso-Haft. Wir fünf Frauen, teils aus dem KB, sind bisher die einzigen, die trotz eines Strafbefehls wegen der §§ 90a und 129a auf freiem Fuß sind. Der Haftbefehl wurde mit der Auflage, unsere Papiere (Personalausweis/Reisepaß) abzugeben und uns zweimal wöchentlich auf dem örtlich zuständigen Polizeirevier zu melden, außer Vollzug gesetzt.

Vorgeworfen wird uns, in der Nacht zum Karfreitag folgende Parolen gesprüht zu haben:

- Reißt die Mauern auf, holt die Menschen raus
- Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen
- Freilassung von Günter Sonnenberg und Verena Becker
- Zusammenlegung der RAF-Gefangenen
- BKA - SA, SS
- SSPD
- SPD-Mörderstaat

Da wir die einzigen sind, die wieder auf freiem Fuß sind, fordern wir die Freilassung aller während des Hungerstreiks Internierten.

Aus Zeitgründen war es uns nicht möglich, uns rechtzeitig für diesen AK einen Überblick über die genaue Zahl der Internierten und deren Haftbedingungen zu verschaffen. Um dies für den nächsten AK zu schaffen, fordern wir alle auf, sich an ihren Orten darum zu kümmern.



Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Modell Deutschland:

Aufgezeigt an einem Polizei-Toten, einem unbequemen Professor, Bullen mit Gedächtnisschwund und der BRD-Justiz

So starb Günther Routhier

1974: Streik bei Mannesmann (Duisburg), „Rädelsführer" werden entlassen, auch das KPD/ML-Mitglied Brenner, der dagegen klagt. Am 5.6. 1974 findet sein Prozeß im Arbeitsgericht Duisburg statt. Bei der Urteilsverlesung werden Rufe wie „Terrorurteil" und „Klassenjustiz" laut, so daß Richter und Beisitzer die Verlesung abbrechen und den Raum verlassen. Der Saal leert sich bis auf ein paar Leute, die die Internationale singen. Dann hält Brenner mit einem Megaphon zum Fenster raus 'ne Rede. Das Ganze bleibt ohne Resonanz, war schon dabei, sich totzulaufen...

Aber die politische Polizei (K 14) hatte andere Pläne: im Saal saßen schon neun Zivile, die was zu tun haben wollten, und in der Nähe des Gerichts wurden noch einige Polizisten in Bereitschaft gehalten, indem sie auf Abruf mit 'ner Straßenkontrolle beschäftigt wurden. (= GSK = gemischt Einheit von Schutz- und Kriminalpolizei). O h n e daß der Richter nach seinem Auszug vom Hausrecht Gebrauch gemacht hätte, befiehlt der Einsatzleiter, gegen die Gruppe im Gerichtssaal am Fenster vorzugehen. Als erstes flog ein älterer Mann – Günther Routhier – in die Stuhlreihen, kippte nach hinten über und rief dabei laut: „Laßt mich in Ruh, ich bin Bluter".

Für's Gericht glaubhafte Zeugen (d.h. Nicht-Kommunisten), hier Dr. Lemppenau, Vertreter der Firma Mannesmann, und Fr. Birkenhofer, Protokollführerin beim Arbeitsgericht, hatten k e i n e Aufforderung zur Herausgabe des Megaphons gehört, dafür sahen sie, wie der KPD/MLer Kohnke brutal geschlagen und noch auf dem Boden liegend in Bauch und Rücken getreten wurde. Nach getaner Arbeit wurden alle festgenommen.


Günther Routhier

Zur Polizeiaktion und -Strategie: In einem Referat der Dortmunder Staatsanwaltschaft von 1975 wird klar, daß versucht wurde, kleine kommunistische Organisationen dadurch zu liquidieren, daß sie nicht als politische Parteien behandelt wurden, sondern als kriminelle Vereinigungen. Es ging darum, kleine bescheidene Ansätze proletarischen Widerstands im Keim zu ersticken. Das auf der einen Seite polizeilich durch unmittelbare Unterdrückung kollektiver Aktionen, Proteste etc. und justizmäßig durch Kriminalisierung von Einzelnen und Organisationen.

Als Routhier festgenommen werden soll (wobei sich später niemand mehr an den Grund der Festnahme erinnern kann..., denn Routhier stand nur rum!!), streckt er gleich seine Hände zwecks Handschellen hin, damit er so wie die anderen abgeführt werde ... Allerdings hatte der Einsatzleiter Peter Steglich den von der 'Verkehrskontrolle' kommenden zwei Polizisten (Peter Kluten und Wolfgang Werner) gerade eingeschärft, sie sollten keine 'Glacéhandschuhe' benutzen und 'ruhig fest zupacken'. Also übersahen sie die ihnen entgegengestreckten Hände und nahmen Routhier in Polizeidrehgriff u n d Armhebelgriff. Routhier wehrte sich nicht, aber an der Treppe angekommen, bat er um eine Lockerung der Griffe, da er an Gelenkrheuma litt und nun starke Schmerzen in den Schultern verspürte. Die Antwort auf seine Bitte war ein Stoß, und er stürzte die Treppe herunter. (So hat er seiner Frau den Hergang geschildert.)

Im Fall riß er Kluten mit sich, dann schlug er mit dem Kopf auf. Die beiden Bullen schleiften dann den völlig schlaffen Mann (wie sie selbst aussagten) wieder mit Polizeigriff in den bereitstehenden Wagen und warfen den Ohnmächtigen dort auf den Boden. Routhiers Sohn sah den Stoß, rief noch 'mein Vater ist Bluter', das störte keinen. Im Polizeiwagen hielt ein Genosse den auf den Boden schlagenden Kopf Routhiers, etliche im Wagen riefen: „Er ist Bluter, er braucht einen Arzt, der Mann stirbt". Antwort der Bullen: „Märchenstunde ist morgen" und „will jemand Prügel dahinten?"

Routhier war ohnmächtig. Bewußtlose dürfen nicht in Polizeigewahrsam genommen, sondern müssen ins Krankenhaus gebracht werden: um das zu umgehen, wurde seine Bewußtlosigkeit als p a s s i v e r W i d e r s t a n d ausgelegt!

An der Wache angekommen, wurde Routhier von vier Bullen an Armen und Beinen reingetragen, und schikanöserweise wurde der Bluter und schwerverletzte Mann in eine Zelle ohne Bett gebracht und auf die Erde gelegt! Dann wurde er flüchtig von einem Arzt untersucht, der natürlich nichts fand. Bei der Aufnahme seiner Personalien „verschwanden" noch 100 DM aus seiner Brieftasche.

Am 18.6.74 stirbt Routhier.

Bei der Obduktion werden die Vertrauensärztin der Familie und Studenten, die normalerweise teilnehmen können, ausgeschlossen! Ergebnis der Untersuchung: Routhier sei aufgrund seines Bluterleidens gestorben und n i c h t aufgrund des Sturzes.

Jedoch Dr. Krauland, Gerichtsgutachter aus Westberlin, kommt zu einem anderen Ergebnis: Routhier sei aufgrund des Sturzes an geplatzten Äderchen im Kopf gestorben, einer Verletzung, die auch ein Gesunder nicht überlebt hätte!

Die 1974 eingerichtete polizeiliche Sonderkommission, die beide Gutachten kannte, kümmerte sich nicht um diesen Widerspruch, die Staatsanwaltschaft hatte nichts Eiligeres zu tun,als die Ermittlungen einzustellen...
geres zu tun,als die Ermittlungen einzustellen...

Prof. Sigrist: „... *in der BRD (ist) das Leben eines Kommunisten in bestimmten Situationen eben nicht mehr viel wert, wie sich ja später in Aussagen der Polizei zeigte, daß eben als Kommunist zu einer Gerichtsverhandlung zu gehen, von vornherein ein bestimmtes, nicht Berufsrisiko, aber ein Bekenntnisrisiko darstellt. Hier war für mich, obwohl ich historische Parallelen für problematisch halte, in der Tat die Parallele zum Ende der Weimarer Republik und überhaupt, wo eben das Töten, die Ermordung von Kommunisten ein relativ straffreies, ein Kavaliersdelikt der herrschenden Klasse war."* (S. in Wissenschaft-Widerstand und Autorität, Widerspruch Verlag 81)

Terror gegen Prof. Sigrist

Prof. Christian Sigrist, Direktor des Instituts für Soziologie der Uni Münster, international anerkannter Agrarsoziologe und Berater der Regierung der Kapverdischen Inseln, erfuhr hauptsächlich durch Publikationen der KPD/ML von den Vorgängen (in der bürgerlichen Presse stand nicht viel...). Er wurde zu Routhiers Beerdigung eingeladen – und erlebte Horror: Die Stadt glich einem Belagerungszustand, 5-8000 schwer bewaffnete Polizisten waren zusammengetrommelt, Maschinengewehre waren in Seitenstraßen aufgebaut worden. Der Trauerzug wurde auseinander geprügelt, der Friedhof war nur auf Umwegen zu erreichen, ein Hubschrauber kreiste über dem offenen Grab.

Das stank ja zum Himmel. Nun kniete Sigrist sich richtig in den 'Fall'. Mit Münsteraner Studenten verteilte er eine Erklärung zu Routhiers Tod. Innerhalb von 20 Minuten waren alle verhaftet! Zehn Stunden wurden sie festgehalten. Als die Bullen Sigrist (damaligen) Dr.-Titel entdeckten, prüften sie erstmal, ob der Ausweis nicht gefälscht sei! Ein Anwalt, der helfen sollte, wurde auch gleich verhaftet!

Im September 75 geht die Prozeßwelle gegen Sigrist los: Der erste dämliche Vorwurf, er hätte den „Roten Morgen" verteilt, muß fallengelassen werden, wobei ein Polizist noch des Meineids überführt werden kann. Also hängte man Sigrist 'Beleidigung der Polizei' an, wofür 3000 DM Geldstrafe erhoben wurden. Bei diesem Prozeß folgten Polizisten mit Walkie-Talkies Sigirst und den anwesenden Münsteraner Studenten auf Schritt und Tritt...

Vorermittlungen zu einem Disziplinarverfahren, welches Sigrist den Status als Professor entziehen sollte, fingen schon im Sommer 74 an. Es wurden ständig neue (wenn alte platzten) Anklagepunkte gegen Sigrist gesucht, u.a. mußten dafür auch antifaschistische Schriften von ihm herhalten!

Als nächstes wurde der damalige Vorsitzende der GEW, Dr. Gemein (der heißt wirklich so), aktiv, der versuchte, Sigrist mit absurden Gründen aus der GEW auszuschließen: Zuerst sollte ein Photo, das in der „Roten Fahne" abgedruckt war und Sigrist im Gespräch mit dem Staatspräsidenten von Guinea Bissau zeigte, herhalten, dann seine Mitarbeit im Komitee gegen Folter. Ein Protokoll, welches Gemein zur 'Anklage' benutzte, konnte er nur aus Staatsschutzquellen erhalten haben! Eine breite nationale und internationale Solidarität verhinderte den Ausschluß, der offensichtlich ein Berufsverbot einleiten sollte.

Weitere Schikanen folgten auf dem Fuß: Ein Forschungssemester wurde ihm gestrichen. Er kam in die beobachtende Fahndung, wurde sogar während einer Kur in Berchtesgaden observiert (er leidet an Asthma).

Erschwerend kam hinzu, daß es 1974 im Ruhrgebiet eine klare Anweisung gab, über den 'Fall' Routhier nicht zu berichten. Es war enorm schwierig, dieses verordnete Schweigen zu durchbrechen. Journalisten mußten erhebliche Schwierigkeiten in Kauf nehmen, wenn sie trotzdem berichteten. Den Anfang machten 1977 zwei Frauen (!), eine in der „Zeit", eine im „Vorwärts". (Sigrist meint, daß es kein Zufall wäre, daß berade Frauen sich besonders mutig und unabhängig zeigten ...). Zeitungen und TV in Frankreich, Holland und Skandinavien berichteten breiter und früher als die BRD-Presse...

Die Einschüchterung hatte natürlich auch Folgen: Nicht nur Sigrists Gesundheit war sehr angegriffen, auch Nachbarn (durch Polizeibesu-
Gesundheit war sehr angegriffen;
auch Nachbarn (durch Polizeibesuche), Studenten und Professoren waren eingeschüchtert. Studenten fragten sich schon, ob es klug sei, bei Sigrist zu studieren (Berufsverbot).

1976 berichtete Sigrist bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Stockholm über Routhiers Tod und wiederholte: *„Ich habe gesagt, daß die Polizei einen kommunistischen Arbeiter getötet hat."* Da rief der damalige NRW-Justizminister Posser, auch Teilnehmer der Veranstaltung, dazwischen: *„Ermordet haben Sie gesagt".* Sigrist: *„Ja, ermordet, und das stimmt auch, das ist inzwischen auch medizinisch nachgewiesen."*

Für diese Behauptung handelt er sich prompt wieder einen Prozeß ein. 1978 wurde er deshalb vom Amtsgericht Münster verurteilt (Verunglimpfung und Beleidigung). Er legte 1980 Berufung ein, und die ergab etwas Sensationelles: Nach 6 Jahren fiel es einem Richter ein, daß eigentlich erstmal die Todesumstände von Routhier überprüft werden müßten, bevor Sigrist verurteilt werden könne, vorher hielt das kein Richter für nötig...

Bullenmärchen vor Gericht

Bei den Verhören der Bullen in Münster war es faszinierend zu beobachten, wie weit verbreitet der Gedächtnisschwund, die Hohlköpfigkeit unserer jungen Nachwuchsbullerei schon fortgeschritten ist (ob das an deren Kantine liegt? Oder ob das berufsbedingte Arteriosklerose ist? ...)

Da wären zunächst die zwei, die für den Tod Routhiers verantwortlich sind, die ihn verhaftet, abgeführt und gestoßen haben. Einer hat zwei, der andere gleich vier Versionen über den Tathergang parat: Am 5.6.74 sagte Hans Peter Kluten vor der Sonderkommission aus, Routhier hätte erheblichen Widerstand geleistet, es sei zum Gerangel gekommen, an der Treppe habe R. sich losgerissen und sei gefallen. Am 19.1.81 hat er diese Widerstandsthese ganz aufgegeben, übrig blieb nur noch, R. hätte sich losgerissen und sei die Treppe runtergefallen. Unten lag er regungslos, war nur mühsam aufzurichten, aber um Widerstand vorzubeugen, hätten er und Werner R. wieder in Armhebelgriff genommen. Und: **Er könne nicht ausschließen, daß Routhier geschubst wurde!!** Er wurde noch bei kleineren Lügen ertappt, und der Richter meinte nur: „Wenn Sie schon bei so harmlosen Sachen lügen ..."

Ganz dicke kommt's bei Wolfgang Werner, der offensichtlich am meisten zu verbergen hat. Er bringt vier Versionen:

1. Version: Am 21.6.74 schrieb er in seinem ersten Bericht: *„Kluten und ich erhielten von Steglich den Auftrag, den uns,* wild Umsichschlagenden, *entgegenkommenden R. vorläufig festzunehmen.* **Im selben Augenblick griff er mich mit einem Faustschlag an...** *da ich mich schnell duckte ... fiel R. die Treppe runter."* (Hervorhebung von mir)

Schon knapp 14 Tage später reduziert er das „wild umsichschlagen" und den Faustschlag auf „rudernde Armbewegungen".

2. Version: Am 5.7.74 behauptet er vor der Sonderkommission, R. sei mit 'rudernden Armen' auf ihn zugekommen, und er hätte den Eindruck gehabt, daß R. ihn angreifen wolle. Und was macht ein Bulle, wenn er meint, er werde angegriffen? Nun, e r w e i c h t a u s! Das behauptet jedenfalls Werner in seiner 2. Version und deshalb sei R. (durch den Schwung seiner Arme...) die Treppe runtergefallen.

Nun fiel ihm auch noch ein, daß er eigentlich bei der Festnahme gar nicht dabei war (wie Kluten das behauptete), sondern er sich erst um den am Boden liegenden R. „kümmerte", indem er den „schlaff Hängenden" (wie er es bezeichnete) in Polizeigriff nahm. Er gibt zu, den 'Bluter'-Zuruf gehört zu haben, was ihn allerdings nicht daran hinderte, ihn im Auto und in der Zelle auf die Erde zu legen. Er untersuchte auch R.'s Brieftasche, wobei er nicht mehr weiß, was er damit gemacht hat...

3. Version: Im Strafverfahren gegen Brenner gab er zu, v o n A n f a n g a n dabeigewesen zu sein. Hier lehnte der Richter Zusatzfragen der Verteidigung ab und faßte die zwei Versionen passend zusammen...

4. Version: Am 19.1.81 wurde dann aus den 'rudernden Armbewegungen': *„... es kam jemand w i l d g e s t i k u l i e r e n d auf mich zu. Ich hatte das Gefühl, er wolle auf mich losgehen."*

Der Richter warf Werner Aufbauschen vor. Es ist jedoch nicht
Der Richter warf Werner Aufbauschen vor. Es ist jedoch nicht
wahrscheinlich, daß Werner oder andere Beamte wegen Meineid vor Gericht kommen, weil sie – das war im Gericht ganz offensichtlich – weisungsgebunden sind.

Mehrere Beamte trickste der Richter folgendermaßen aus: „Haben Sie einen Bericht geschrieben?" „Weiß ich nicht mehr". „Sehen Sie sich mal diese Unterschrift an, ist die von Ihnen?" „Ja." „Ist dann auch der Bericht von Ihnen?" „Da das meine Unterschrift ist, muß das auch mein Bericht sein, aber ich kann mich nicht mehr daran erinnern."

Zur traurigen Belustigung des Publikums wiederholte sich dieses Spielchen regelmäßig.. Es war gar nicht so einfach, überhaupt Berichte zu bekommen: Das Gericht forderte z.B. noch die Akte des K 14 an, was der Polizeipräsident Duisburgs schlicht und ergreifend ablehnte. Darauf hin ordnete das Gericht die Beschlagnahmung dieser Akte an, was dann die nächste Instanz, das Innenministerium, ablehnte. Zusätzlich verweigerte dieses Vertuschungsministerium dem Leiter des K 14 gleich noch eine Aussagegenehmigung – ganze Arbeit. Die Begründung dafür: eine Aussage würde gegen das Wohl des Landes verstoßen..

Durch Verdrehungen, Lügen und Gedächtnisschwund fielen noch besonders der Einsatzleiter Peter Steglich, der Leiter des Schutzbereiches, Daube, auf; absolutes Prachtexemplar (welches auch noch mal extra vom Richter in der Urteilsverkündung erwähnt wurde) war Klaus Stüllenber, damals 20 Jahre, heute Nachwuchsstar: Er war am Todestag bei Frau Routhier, gab sich als Feuerwehrmann aus und quälte sie mit Fragen, bis der Anruf mit der Todesnachricht aus dem Krankenhaus kam. Er hatte auch einen Bericht darüber geschrieben, kann sich aber vor Gericht an absolut gar nichts erinnern. Hier duldete der Richter sogar die Unmutsäußerungen des Publikums..

Die Bullenmärchen noch alle einzeln auszuführen,wird zu lang; ich fand es unheimlich erschütternd und beängstigend, was diese Sorte Mensch sich vor unseren Gerichten erlauben kann! Prof. Sigrist: *„Terroristisch sind Polizeiaktionen insbesondere dann, wenn sie nicht mehr an die Neutralisierung des Täters, soweit sie zur Verhinderung eines Verbrechens erforderlich ist, gebunden sind, sondern auf die Vernichtung des Feindes, der außerhalb der eigenen Rechtsordnung gestellt wird, zielen. Dem entspricht institutionell die Militarisierung der Polizei, die sich in Bewaffnung und Ausbildung niederschlägt... Der gegenwärtige Polizeiterror bleibt aber unverständlich, wenn man die Kontinuität faschistischer Unterdrückung in Deutschland über 1945 hinaus übersieht. Während des Nationalsozialismus wurde die Polizei voll in den Dienst eines terroristischen Systems gestellt... Nach kurzer Schamfrist wurden kraft des '131er Gesetzes' die Naziverbrecher wieder in Polizeiuniform gesteckt und in hohen Posten untergebracht... Vor allem die Polizeioffiziere wirkten durch die Ausbildung der jungen Polizisten prägend und gaben inhumanes Ungut weiter. Der historische Hintergrund des Polizeiterrors verdeutlicht die gesellschaftspolitische Bedeutung der Duisburger Ereignisse. Die Aufklärung des an Routhier begangenen Verbrechens ist ein notwendiger Schritt, um die Kontinuität faschistischer Polizeitradition in alter und neuer Form zu beenden".*
(Lit. s.o.)

Das traurige Urteil

Wer nun gedacht hätte, daß aufgrund der gründlichen Untersuchung ein gerechtes Urteil gefällt wird, sieht sich getäuscht: Sigrist wird vom Vorwurf der 'Verunglimpfung' freigesprochen; ebenfalls Freispruch für den Vorwurf der Volksverhetzung und Verächtlichmachung. Aber verurteilt wird trotzdem: diesmal wegen übler Nachrede! Es sei zwar nicht böswillig,aber unsachlich von S. gewesen. Es sei sein Pech, daß er sich durch den Zwischenruf von Posser habe provozieren lassen, denn Sigrist habe durchaus „maßvoll" angesetzt. Fazit: 30 Tagessätze à 120 DM, die Duisburger Polizei muß in der „WN" (konservativste Münsteraner Zeitung) eine Erklärung zum abgeänderten Urteil veröffentlichen, 1/5 der Kosten trägt die Landeskasse. Kaum eine Verbesserung zum 78er Urteil! Interessantes am Rande im Urteil:

– Die Beamten hätten den KPD/MLer unverhältnismäßig traktiert;
– Die Beamten hätten den KPD/MLer unverhältnismäßig traktiert;
– einzelne Beamte hätten mehr emotional als rational argumentiert, Widersprüche könnten nur als bewußt falsche Angaben angesehen werden – besonders bei Stüllenberg;
– fest steht, daß der Einsatzleiter 'fest zupacken' forderte, Routhier sagte 'ich laß mich freiwillig festnehmen', daher die Polizeigriffe nicht zu erklären seien;
– einen Stoß als Ursache für R's Fall hält die Kammer für möglich! Aber, nun kommt der Freibrief für die Polizei:
– es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß der Stoß zum Tod führen sollte bzw. dafür, daß jemand den Tod wollte.
– Zwar habe Werner offensichtlich 74 eine falsche Aussage gemacht, aber das lag halt an seinem 'schlechten Gewissen', und der junge Beamte hätte sein Heil in einer für ihn möglichst günstigen Darstellung gesucht.
– Der Großeinsatz bei der Beerdigung sei weit überzogen gewesen;
– Die Kammer schließt sich dem Gutachten von Krauland an!

Da es keinen Anhaltspunkt für eine Mord a b s i c h t gäbe, seien die Ermordungsbehauptungen von Sigrist keine Wahrnehmung berechtigter Interessen... Zwar läge ein Kausalzusammenhang nahe, auch ein gravierendes Fehlverhalten der Polizei, auch leichtfertige Handlungen, eventuell sogar eine leichtfertige Tötung, aber diese Behauptungen dürften nicht ungeprüft in der Öffentlichkeit weitergegeben werden. Dies gelte besonders dann, wenn man so bekannt sei wie Sigrist. Er, der Richter, sähe zwar auch gefährliche Tendenzen bei der Polizei, aber aus Einzelheiten dürfe man keine allgemeine Killermentalität ableiten! Aufklärung ist berechtigt, sagte der Richter, aber bitte maßvoll...

Kein normaler Bürger hätte das geschafft, was Sigrist seit 7 Jahren versucht: Nicht nur die finanzielle Seite hätte schon jeden längst in die Resignation getrieben. Wer hätte schon die massiven Einschüchterungsversuche, mit denen versucht wurde, Sigrist psychisch und physisch fertig zu machen, ausgehalten? **Sigrist kämpft weiter.** Die Kosten liegen schon jetzt um die 50.000 DM und werden weiter steigen. Der Sigristprozeß ist kein individueller, sondern es geht um das Recht auf politische Meinungsäußerung, um den Versuch, Polizisten zur Rechenschaft zu ziehen. Unterstützt den Sigrist-Prozeß! 'Spendenkonto Prof. Sigrist' z.Hd. RA W. Lange, Münster. Konto Nr.: 180 000 770, BLZ: 400 501 50

Bx., KB-Münster

Schwere Unruhen in Nordirland — Bobby Sands in Lebensgefahr!

In der Nacht vom 22.4. zum 23.4. ereigneten sich in den sechs nördlichen Grafschaften der Provinz Ulster die „schwersten Unruhen der letzten Jahre“ („FAZ“, 24.4.81). „*Hunderte von maskierten Jugendlichen rotteten sich in Bogside, einem katholischen Viertel Londonderrys, zusammen und lieferten sich Straßenschlachten mit Polizei und Soldaten, die sie mit Molotow-Cocktails und Säurebomben bewarfen. Mit gestohlenen Autos errichteten sie Straßensperren; später steckten sie die Fahrzeuge in Brand. Im Laufe der Nacht griffen die Unruhen dann auch auf ein weiteres Viertel von Londonderry, Gobnascale, sowie auf die Provinzhauptstadt Belfast und die Städte Newry im Süden und Potadown im Westen über*“.

Äußerlicher Anlaß für die bisher schwersten Zwischenfälle seit dem neuerlichen Beginn der Unruhen vor über einer Woche, war die Beisetzung der beiden Jugendlichen, die am Ostersonntag von einem britischen Militärfahrzeug überfahren worden waren und den dabei erlittenen Verletzungen erlegen waren. Zu Ostern waren im gesamten Irland Tausende von Bürgern im Gedenken an den Osteraufstand von 1916 sowie in Solidarität mit den Hungerstreikern aus der heutigen republikanischen Bewegung auf die Straßen gegangen. Im mehrheitlich katholisch/nationalistischen Derry lieferten sich im Anschluß an die offizielle Parade hunderte von zumeist jugendlichen Demonstranten eine mehrstündige Straßenschlacht mit den britischen Besatzungstruppen und der nordirischen Polizei, der „Royal

nordirischen Polizei, der „Royal
Ulster Constabulary“ (R.U.C.). Einen Tag später kam es in Belfast zu ähnlichen Auseinandersetzungen; auch hier waren es wieder zumeist Jugendliche, die Busse eroberten und anschließend in Brand steckten („Guardian“, 21.4.81). Einer bisher unbestätigten Meldung von BBC (21.4.) zu Folge wurden bei den mittlerweile bereits über eine Woche lang währenden Kämpfen in der nationalistischen Hochburg Derry sogenannte „no-go-areas“ errichtet, Zonen, zu denen britische Truppen und der R.U.C. der Zugang versperrt bleibt.

Derweil verschlechtert sich der Gesundheitszustand des republikanischen Hungerstreikers Bobby Sands zusehends: „*Angehörige, die Sands im Gefängnis besuchten, berichteten, der 27-jährige leide ständig unter Kopfschmerzen und habe Sehschwierigkeiten. Er wiege jetzt noch etwa 54 Kilo, sei aber nach wie vor entschlossen, seinen Hungerstreik fortzusetzen. Aus Gefängniskreisen verlautete, die Gefahr eines Herzstillstandes nehme ständig zu, und es sei fraglich, ob er das Wochenende noch erleben werde*“ („SZ“, 24.4.81).

Sands war am 9.April bei Nachwahlen in Fermanagh/South Tyrone zum Entsetzen der Regierung in London gegen den Kandidaten der Unionist Party, Harry West, mit 30460 Stimmen nach Westminster gewählt worden. Die Aufstellung von Sands zum Kandidaten für das britische Unterhaus hat sich als taktisch kluger Schachzug erwiesen; das überzeugende Votum für den I.R.A. Gefangenen aus „Long Kesh“ hat die Mauer des Schweigens um die realen Zustände in den Konzentrationslagern des britischen Imperialismus in Nordirland erfolgreich durchbrochen. Zudem dürfte es der Regierung in London in Zukunft schwerer fallen, die I.R.A. und I.L.N.A. Gefangenen weiterhin gegenüber der Weltöffentlichkeit als „kriminelle“ und „Terroristen“ zu denunzieren. Immerhin konnte Sands in Fermanagh/South Tyrone 10000 Stimmen mehr auf sich verbuchen als Margret Thatcher in dieser Region bei den letzten Wahlen zum britschen Unterhaus!

Bis zur Stunde (Fr., 24.4., 17 Uhr) demonstriert die britische Regierung in ihren offiziellen Stellungnahmen noch Unnachgiebigkeit. Die Verlautbarungen von Thatcher und Atkins signalisieren keinerlei Bereitschaft zum Einlenken. Die Erfüllung der 5 Forderungen der irisch-republikanischen Gefangenen käme inhaltlich einem „Politischen Status“ gleich. Der „Special Category Status“ (ein verklausulierender Begriff der Briten für den „Politischen Status“) war 1976 den Gefangenen aus der irisch-republikanischen Bewegung im Zuge der „Europäisierung“ des Nord-Irland-Konflikts und auf besonderen Druck der hier mit federführend tätigen BRD-Regierung aberkannt worden.



Einige Tausend demonstrierten am Ostersonnabend in Belfast für eine freie Republik Irland, gegen die britischen Kolonialisten und für die Forderungen der gefangenen IRA-Mitglieder.

1972 war der „Special Category Status“ durch einen Hungerstreik in „Long Kesh“, draußen begleitet vom „Aufstand der Ghettos“, erkämpft worden. Am Ostermontag begaben sich die südirischen Europaparlamentarier Blaney, de Valera und O' Connell zu Bobby Sands nach „Long Kesh“. Die Umstände, unter denen der Besuch der drei Parlamentarier stattfand (in Derry war es bereits zu ersten Straßenschlachten gekommen und die drei wurden bei ihrer Anfahrt nach Lisburn von R.U.C. Einheiten eskortiert) ließen vermuten, daß dieser in Absprache mit London und Dublin sowie mit der Intention erfolgte, Sands zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen, um somit einer weiteren Eskalation in der „H-Block-Frage“, die mit dem eventuellen Tod von Sands zweifelsohne gegeben wäre, zuvorzukommen.



Zu schweren Auseinandersetzungen IRA-Anhängern und der britischen Armee kam es in den letzten Tagen in Derry und Belfast, nachdem zwei Jugendliche von einem Militärfahrzeug angefahren wurden und ein Demonstrant durch ein Hartgummigeschoß am Kopf verletzt wurde.

Zumindest Sile de Valera und Neils Blaney sind in Irland als entschiedene Republikaner bekannt. Die Tochter des Repubilkgründers Eamon de Valera machte im Herbst des vergangenen Jahres bei Nachwahlen zum südirischen Parlament im County Donegal die 5 Forderungen der Gefangenen zu ihrer Wahlplattform und konnte für die Regierungspartei Fianna Fail einen unerwarteten Stimmenzugewinn von 7% verbuchen. Blaney gehörte u.a. der „Wahlkampfmannschaft“ von Bobby Sands an.

Die Vermutungen, Hintergrund und Intention des Besuches betreffend, konnten sich jedoch im Falle von de Valera und Blaney nicht bestätigen. Beide erklärten gegenüber der Presse, daß sie es nicht als ihre Aufgabe betrachten würden, Sands zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen („Guardian“, 21.4.81).

Ein Ersuchen der drei, von der britischen Regierung zwecks Erörterung der Lage empfangen zu werden, wurde von dieser schroff zurückgewiesen.

Die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg lehnte die Aufforderung der drei irischen Abgeordneten, zugunsten von Bobby Sands zu intervenieren, ab. Ein Sprecher der Kommission erklärte gegenüber der Presse, es läge in Straßburg keine Beschwerde oder Klage wegen der Verletzung von Menschenrechten vor. Nur eine Beschwerde des betroffenen Häftlings oder eines Unterzeichnerstaates der Europäischen Menschenrechtskonvention gegen Großbritannien könnte eine solche Intervention rechtfertigen (nach „SZ“, 24.4.81).

Dem ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark und dem Bürgerrechtskämpfer Pater Daniel Berrigan wurden vom Gouverneur des Maze-prison („Long Kesh“) der Besuch von Bobby Sands verwehrt. Der Gefängnisdirektor soll seine Entscheidung auf Rat des britischen Nordirland-Ministeriums gefällt haben.

Der päpstliche Nuntius in der Republik Irland, Gaetano Allibrandi, traf in Dublin mit Freunden Sands zusammen. Allibrandi äußerte Bereitschaft zu einem Gespräch mit Sands. Papst Johannes Paul II soll sich bereit erklärt haben, falls er darum ersucht werden würde, sich einzuschalten (nach „SZ“ und „FAZ“, 24.4.81).

Der Kirche geht es offensichtlich um die Vermeidung einer neuerlichen Eskalation der Gewalt in den 6 Grafschaften der Ulster-Provinz sowie um eine Festigung ihrer Rolle in der irischen Gesellschaft.

Welche Lösung suchen die Imperialisten?

Die zugespitzte Lage, die unmittelbar bevorstehende Eskalation des Konfliktes zwingen die britische Regierung, a u c h nach politischen Lösungsmodellen Ausschau zu halten. Allein durch Anwendung militärischer Gewalt wird das Problem für die Briten kaum lösbar sein; dies nicht nur aufgrund einer Patt-Situation auf militärischer Ebene zwischen britischer Armee und I.R.A. wie sie die Briten selbst vor einiger Zeit im „Document 37“ konstatierten. Eine n u r gewaltsame Eindämmung des Konfliktes (bzw. der Versuch) dürfte auch den mittel- und langfristigen politischen und ökonomischen Plänen des europäischen Imperialismus, des US-Imperialismus und der südirischen Bourgeoisie abträglich sein. Die südirische Regierung um Charles Haughey spielt in den Plänen der Imperialisten Irland betreffend eine bedeutende Rolle. Ein rein militärisches Vorgehen gegenüber dem nationalistischen Widerstand im Norden würde im Süden zunehmenden Widerstand gegenüber der objektiv kollaboratorischen Praxis der Regierung Haughey provozieren. Der Spielraum der Fianna Fail Regierung würde eine unangenehme Einengung erfahren.

Haughey bevorzugt, gemäß den mittel- und längerfristigen Plänen der südirischen Regierung, eher „sozialdemokratische“ Konfliktlösungsstrategien, für die er gerade der rechte Mann zu sein scheint. Aufgrund eines Anfang der 70er Jahre getätigten Waffendeals zu Gunsten der I.R.A. haftet Haughey noch immer bei Teilen der südirischen Bevölkerung ein nationalistisches Image an. Haughey weiß um die Gefahren für seine Politik, die von einer verschärften militärischen Konfrontation im Norden ausgehen würden. So ist denn auch seine eilige Reaktion auf die andauernden und sich ausbreitenden Ausschreitungen in Derry und anderen Orten im Norden zu verstehen: Am Mittwochabend empfing Haughey den britischen Botschafter in Dublin zu einem kurzfristig anberaumten Gespräch („FAZ“, 24.4. 81).

Was den Briten allerdings bereits seit Jahren die Durchsetzung einer „politischen Lösung“ im Norden erschwert, ist das objektive Fehlen einer „politischen Mitte“ als Träger einer derartigen Lösungsstrategie. Integrationsparteien vom Schlage der S.D.L.P. oder der Alliance Party haben sich allesamt letztendlich als Konstruktionen ohne reale Basis erwiesen.

Die I.R.A. hat ihrerseits am Ostersonntag anläßlich einer in aller Öffentlichkeit auf dem Belfaster Miltown-Friedhof abgehaltenen Kundgebung für den Fall des Todes von Bobby Sands angekündigt, daß alles bisher an Gewalt in den 6 Grafschaften dagewesene im Vergleich zu dem, was dann folgen würde, sich lediglich wie eine Teeparty im Buckingham Palast ausnehmen würde („Guardian“, 20.4.81).

KB/Gruppe Frankfurt

Spendet für den
‚Bobby Sands Appeal-Fond'
Bornheimer Volksbank
BLZ: 501 90 100
Ktr: 500085111

Neues Irland-Info erschienen!

Das ‚Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee' hat soeben ein weiteres „Irland-Info“ herausgegeben. „Irland-Info Nr. 14“ enthält außer einem recht ausführlichen und informativen Artikel zur politischen Situation in Irland Berichte über den 8. März in Irland, die Versuche zur militärischen Einbindung der „grünen Insel“ in das westliche „Verteidigungskonzept“ u.a.m.

Das Info ist über folgende Adresse zu beziehen:

Westdeutsches
Irlandsolidaritätskomitee
Postfach 35
637 Oberursel 5



Mit Mord und Todesstrafe gegen die revolutionäre Linke der Türkei

Während deutsche Parlamentarier den traurigen Zynismus aufbringen, die Pressespalten mit ihren intellektualistischen Bocksprüngen über den Unterschied von „systematischer" und „unsystematischer" Folter zu füllen; während das politisch bedeutungslose Europaparlament einmal mehr eine papierne Resolution verabschiedet, in der die Junta zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert wird, an die sich aber selbst keins der Mitgliedsländer halten wird; während vom gleichen SPD-Parlamentarier, der erst kürzlich nach seiner Türkeireise die Finanz-, Wirtschafts- und Militärhilfe befürwortete, hierfür jetzt scheinheilig die parlamentarische Unterstützung infrage gestellt wird, wurde von der Militärjunta die Repression noch weiter verschärft, wovon insbesondere die revolutionäre Linke betroffen ist.

Die letzten von der Junta veröffentlichten Zahlen sprechen für den Zeitraum vom 12. März bis 11. April von 7170 verhafteten mutmaßlichen „Terroristen", worunter in der Türkei der Generäle noch weit mehr als in der BRD alle oppositionellen Kräfte gefaßt werden. Davon seien 3054 eindeutig links, 644 seien „Sezzionisten" (d.h. in der Regel die um nationale Unabhängigkeit kämpfenden Kurden, also größtenteils ebenfalls Linke); 795 seien Rechte und bei 2677 sei die politische Herkunft nicht bekannt (Zahlenangaben nach „FAZ", 21.4.81).

Rechnet man die letzte Zahl hoch, so kommt man insgesamt auf das Ergebnis von 5902 verhafteten Linken und 1268 Rechten.

Vergleicht man diese Zahlen mit Angaben früherer Zeiträume, so kann man eine erhebliche Steigerung der Verhaftungszahlen feststellen. So geben die türkischen Zeitungen für die Zeit vom 12.9. bis Ende November 1980 selbst 11000 Verhaftete an. Für die Zeit vom 12.11. bis 12.12.80 waren es 5018, in der Zeit vom 16.12. bis 30.12.80 2542 (Zahlen nach „Türkei-Information" Nr. 7, wobei man bedenken muß, daß es sich um offizielle Zahlen handelt).

Die offiziellen Angaben darüber, wieviele Menschen insgesamt seit dem Putsch verhaftet wurden und wieviele heute noch in den Kerkern stecken, gehen weit auseinander. Die „FR" und die „Welt" (16.3.) sprechen übereinstimmend von 16888, während die „FAZ" schon einen Tag später von 45000 weiß. Die gleiche Zeitung verbreitet dann am 21.4. die Zahl von 23500. Eins wird jedoch in allen Be-
breitet dann am 21.4. die Zahl von 23500. Eins wird jedoch in allen Be-
richten übereinstimmend festgestellt: Es sind weitaus mehr Linke als Rechte und Faschisten verhaftet worden. Alle zugänglichen Zahlen ergeben etwa das gleiche Bild wie für den oben aufgeführten Zeitraum, d.h. es wurden etwa vier- bis fünfmal soviel Linke wie Rechte eingekerkert.



Dies ist das erschreckende Dokument eines Faschistischen Überfalls auf Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im September 1979 in Siverek. Ähnlich grausame Überfälle ereignen sich auch heute noch, teilweise schon wieder zusammen mit den Militärs (siehe Meldung in diesem AK).



Die Generäle erklären diese Tatsachen lapidar mit dem Hinweis *„auf deren insgesamt größere Zahl"* („FAZ", womit ja in der BRD auch die weitaus größere Zahl von Berufsverboten gegen Linke begründet wird) und damit, daß die Linke im Gegensatz zu den Faschisten auch nach dem Putsch noch politisch in Erscheinung tritt. Nicht zu bestreiten ist, d a ß es auch Verhaftungen von Faschisten gibt. Dies aber nur insoweit, wenn Faschistengruppen der Junta in die Quere kommen, wenn sie sich nicht dem Miltär unterordnen, während es in anderen Fällen schon wieder eine offene Zusammenarbeit gibt (siehe Meldung zu Kurdistan). Die Linke dagegen wird s y s t e m a t i s c h gejagd, wobei sich diese Jagd gegenwärtig auf die beiden einflußreichsten und poltische bedeutensten Organisationen, Dev-Yol und PKK (kurdische Arbeiterpartei), konzentriert. In der Pres-
nen, Dev-Yol und PKK (kurdische Arbeiterpartei), konzentriert. In der Pres-
se und im Fernsehen werden Verhaftungen von Mitgliedern dieser Organisationen ausführlich behandelt.

Gegenwärtig rollt eine Prozeßlawine auf Mitglieder dieser Organisationen zu. In Kürze soll ein Massenverfahren gegen 1100 Mitglieder von Dev-Yol in Ankara beginnen.

In Diyarbarkir findet z.Zt. ein Massenprozeß gegen Mitglieder und Sympathisanten der PKK oder Menschen, bei denen dies vermutet wird, statt. Insgesamt soll dabei 2500 Kurden der Prozeß gemacht werden! Im ersten Schritt wird gegen 447 Personen verhandelt. In der Anklageschrift wird ihnen der Tod von 243 Menschen („Mord") zur Last gelegt. Gegen 108 der 447 wurde schon jetzt die Todesstrafe beantragt. Die zum Teil schon seit zwei Jahren Inhaftierten wurden im Gefängnis gefoltert, um falsche Geständnisse zu erpressen. Eine Verteidigung ist in einem solchen Massenprozeß eh schon fast unmöglich und wird noch dadurch vollständig vereitelt, daß Verteidiger, die sich für Kurden einsetzen, selbst als „Separatisten" angeklagt werden. So findet dieser Prozeß ohne Verteidigung statt.

Insgesamt wurde bisher gegen

Insgesamt wurde bisher gegen
13000 Menschen Anklage erhoben, abgeschlossene Verfahren hat es bisher nur 886 gegeben (nach „FR", 16.3.). In 487 Fällen hat die Militärstaatsanwaltschaft bisher auf die Todesstrafe plädiert, davon sollen 132 gegen Mitglieder von Dev-Yol und 108 gegen Mitglieder von PKK verhängt werden (insgesamt 34 Faschisten). Diese Zahlen werden noch erschreckend wachsen, wenn die Massenprozesse abgeschlossen sind (Zahlen nach „Türkei-Information", Nr. 8).

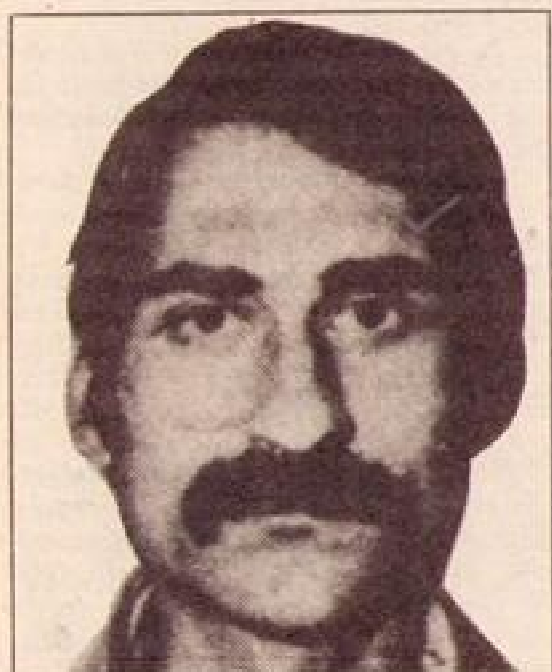
Aber dies ist nur der legale Teil der Todesstrafe. Seit dem Putsch wurden schon 400 Menschen bei militärischen Aktionen ermordet. Wie diese Todesstrafe auf der Straße angewandt wird, zeigt folgender Bericht aus der Türkei: *„In dieser Zeit gibt es eindeutige Gemetzel. Insbesondere der Vorfall in Bakirköy ist aufschlußreich. Zuvor wurden alle Zeitungs- und Fernsehteams gerufen (angeblich hatten die Gesuchten zwei Polizisten in Usak ermordet). Beim Eintreffen von Polizei, Soldaten und den Journalisten übergaben die Leute ihre Sache den Presseleuten und ergaben sich den Sicherheitskräften. Kaum hatten sie sich ergeben, wurden sie erschossen"*
heitskräften. Kaum hatten sie sich ergeben, wurden sie erschossen"
(„Türkei-Info", Nr. 8). die Junta behauptete später, sie hätten bewaffnet Widerstand geleistet.

Wofür heute die Linke verhaftet wird, zeigt eine Aufstellung von „politischen Verbrechen", die ihnen vorgeworfen werden. Im Zeitraum vom 12.11. bis 12.12.80 zählte die Junta 3453 „politische Verbrechen", wovon 2352 den Linken zugerechnet werden (43 den Rechten). In 1893 Fällen handelt es sich um Flugblattverteilung, 202 mal um Demonstrationen („Türkei-Info", Nr. 7).

In Izmir wurde Faruk Almar, Gymnasialschüler, zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten verurteilt, weil er während des Unterrichts auf seinem Tisch Slogans gegen die Junta geschrieben hatte („türkei-informationsdienst", 20.4.81).

Die Militärjunta rühmt sich zwar, den „Terror" im Land beseitigt zu haben (wobei sie in alter Gepflogenheit der Herrschenden den eigenen Terror nicht zählt), aber die erhoffte Wirkung, die Zerschlagung der revolutionären Opposition, ist damit noch nicht eingetreten. Zwar ist nach übereinstim-
nären Opposition, ist damit noch nicht eingetreten. Zwar ist nach übereinstim-
menden Berichten von Mitgliedern türkischer Organisationen die Linke gegenwärtig nicht aktionsfähig, aber das Ausmaß der gegenwärtigen Verhaftungsaktionen zeigt doch, daß die Anhängerschaft dieser Organisationen verbreiteter ist als von den Militärs gedacht.

2 ZK-Mitglieder von Dev-Yol in Lebensgefahr





Schon im Januar wurden die Bilder dieser Mitglieder der Leitung von Dev-Jol veröffentlicht und ihre Verhaftung gemeldet. Von Akin Dirik wurde behauptet, er habe sich zu Tode gestürzt. Jetzt wurde er schwer verletzt in einem Krankenhaus aufgespürt.

Akin Dirik und Nasuh Mitap sind bekannte Mitglieder des Zentralkomitees von Dev-Yol. In der türkischen Presse wurde am 25.1.81 ihre Verhaftung — zusammen mit weiteren Dev-Yol-Mitgliedern — gemeldet, wobei es hieß, A.Dirik habe sich seiner Festnahme durch einen Sprung vom Balkon entzogen und sei tot.

Kurze Zeit später wurde die Meldung verbreitet, er läge im Koma und würde künstlich ernährt. Sein Name wurde weiter genannt als einer der verhafteten ZK-Mitglieder, wobei die Junta stolz meldete, alle bis auf ein in der BRD lebendes Mitglied des ZK von Dev-Yol wären verhaftet (z.B. „Tercüman", 5.3.81).

Seitdem fehlten die Namen von A.Dirik und N.Mitap in den Veröffentlichungen der Junta, bis am 22.4. „Tercüman" meldete, A.Dirik sei soeben verhaftet worden! Sein Name steht als erster von 44 Dev-Yol-Mitgliedern, die in den vergangenen Tagen verhaftet wurden. Auf dem ebenfalls veröffentlichten Gruppenfoto der Verhafteten ist er nicht.

Von Dev-Yol und der „Alternativen Türkeihilfe" wurde bekannt, daß Akin Dirik in Istanbul im Militärkrankenhaus im Sterben liegt. Er ist nicht bei Bewußtsein, seine Beine sind gebrochen (von seinem als Selbstmord titulierten Sturz), er ist o h n e j e d e medizinische Versorgung!

Nasuh Mitap befindet sich im Krankenhaus in Hacettepe, Ankara. Er wurde so schwer gefoltert, daß er nur noch seinen Vornamen aussprechen kann und im Koma liegt. Ob er medizinisch versorgt wird, ist ungewiß. Wie mit A.Dirik und N.Mitap — als öffentlich bekannte Vertreter der Linken — umgegangen wird, beweist, daß die Folterungen und Morde keinesfalls ohne Kenntnis, sondern durch a k t i v e s Betreiben der Junta-Generäle durchgeführt werden.

Es ist derzeit nicht ganz klar, was die Junta mit den neuesten Meldungen über die soeben erfolgte Verhaftung A.Dikirs bezweckt, der sich nach ihren Angaben doch schon am 24.1. selbst zu Tode gestürzt hatte. Da es seit Januar von den beiden kein Lebenszeichen mehr gegeben hat, ist das Schlimmste zu befürchten.

Die „Alternative Türkeihilfe" fordert dazu auf, Protesttelegramme und -briefe mit der Forderung nach Aufklärung über den Zustand der Beiden und anderer Verschwundener an das Außenministerium der BRD und der Türkei und an die Bundestagsdelegation zu schicken.

* * *

Neues Massaker in Kahramanmaras

Die türkische Junta setzt die Verhaftungswelle speziell auch in Kurdistan fort. Dabei kommt es immer häufiger dazu, daß bei gezielten Aktionen häufig Dutzende von Menschen erschossen werden. Am 26. März wurden in Kahramanmaras 27 Angehörige der PKK von Militär- und Milizeinheiten ermordet. Ähnliche Fälle hat es schon mehrere gegeben.

Allerdings war es nach Berichten kurdischer Freunde bei dieser Aktion so, daß das Militär wieder Waffen an die Faschisten ausgegeben haben, also eine gemeinsame und seit längerem vorbereitete Aktion zusammen durchgeführt wurde. Ähnliche Aktionen der Faschisten gegen die PKK mit direkter oder indirekter Unterstützung des Militärs fanden häufiger statt. Es ging dabei in der Regel darum, daß die Faschisten im Solde der Feudalherren Massaker gegen die Bevölkerung und organisierten Linken veranstalteten.

* * *

Die kurdische Organisation „Denge Komal" gab bekannt, daß sich seit dem 12. September der Terror der Militärs nicht nur außerhalb, sondern auch in den Gefängnissen gesteigert hat:

Im Gefängnis von Diyabakir wurden 13 Gefangene in Todeszellen verlegt und dem Sterben überlassen. Von ihnen gibt es keinerlei Nachrichten. „Denge Komal" gab die Namen von drei Betroffenen bekannt. Unter ihnen ist Mümtaz Kotan, der als Mitglied der fortschrittlichen Anwaltsvereinigung am 17.4.80 ohne Begründung verhaftung wurde und von dem seit einem Jahr jede Nachricht fehlte.

Türkei-Kommission

El Salvador: FDR startet neue Initiative für die politische Lösung

Je mehr die Opposition an Boden gewinnt, desto brutaler übt die Junta ihre Herrschaft aus. Letzter grausamer Höhepunkt war die Hinrichtung von 30 Menschen in einem Vorort San Salvadors, der für die Stärke der linken Kräfte bekannt ist. Angehörige der Zollpolizei holten die Leute nachts aus den Häusern und erschossen sie standrechtlich. Die Junta äußerte dazu in einer Stellungnahme, daß die Verantwortlichen ihr Vorgehen erklären müßten.

Ein Sprecher des Außenministeriums bezeichnet den Überfall in völliger Verdrehung der Tatsachen als ein *„Beispiel für die Tragödie des Landes, in dem die extreme Rechte und die extreme Linke bemüht seien, politische und wirtschaftliche Reformen zu verhindern"* („SZ", 11/12.4.81).

Beruhigend wurde weiter erklärt, daß reguläre Truppen an dem Massaker nicht beteiligt gewesen seien, und die Zollpolizei nicht zu den Kräften gehöre, die von der US-Hilfe profitieren würden.

SPD sondiert politische Lösung

Der in Sonderaufträgen erprobte stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischnewski reiste durch 6 lateinamerikanische Länder, um Möglichkeiten für eine Beendigung des Bürgerkrieges zu sondieren. Was er nach Gesprächen *„auf höchster Ebene"* in Mexiko, Costa Rica, Panama, Venezuela, Cuba und mit der FDR an Ergebnissen mitbrachte, ist nicht neu: Der Wille, zu einer politischen Lösung zu kommen, sei stärker geworden, aber der Weg dorthin sei noch recht schwierig („SZ", 18/19/20.4.81). Eine militärische Lösung zugunsten der Junta hielt Wischnewski berechtigterweise für ausgeschlossen, weil dann ein *„permanenter Konflikt"* bleibe.

Am wenigsten Bereitschaft für eine politische Lösung sei bei den Militärs in El Salvador vorhanden. Da es zur Zeit keine Kraft gebe, die die Militärs entmachten könne, sei es notwendig, sie von einer politischen Lösung zu überzeugen. Ob dies gelingen könne, hält Wischnewski selber für fraglich. Außerdem sei es notwendig, die USA in Gespräche einzubeziehen, die seiner Auffassung nach nichts gegen eine politische Lösung einzuwenden hätten. Dies ist – wenigstens bis heute – eindeutig falsch und entspricht ganz dem Bemühen der Bundesregierung, die brutale Linie der Reagan-Regierung zu verharmlosen und herunterzuspielen. Denn bislang sind es die USA, die die Aufnahme von Verhandlungen verhindern.

Erstens wäre es ein leichtes, die Militärs in El Salvador zu „entmachten" (wie Wischnewski sagt), indem die Waffenlieferungen und die „Beratung" eingestellt und die faschistischen Militärs vor Gericht gestellt würden. Zweitens ist es die US-Regierung, die bislang alle Bemühungen um eine Kontaktaufnahme und Gespräche abgeblockt hat, weil es sich hier um innere Angelegenheiten El Salvadors handele, in die man sich nicht einmische (vergl. AK 199)!

Versuche, die OAS (Organisation amerikanischer Staaten) als eine Art Vermittler einzuschalten, wurden ebenfalls abgelehnt. Eine Beschwerde Nicaraguas im Ständigen Rat der OAS gegen die US-Waffenlieferungen an die Junta wurde von den USA zurückgewiesen mit dem schlichten Hinweis darauf, daß die Junta die Hilfe angefordert habe. Damit wird die Sache zu einer bilateralen Angelegenheit, in die sich die OAS nicht einzumischen habe.

Die FDR ihrerseits soll in den letzten Tagen ihre Verhandlungsbereitschaft mit den zivilen Mitgliedern der Junta zum Ausdruck gebracht haben, wobei die Militärs ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Bisher hatte die FDR Verhandlungen mit Duarte abgelehnt, weil es nur zweckmäßig sei, mit dem Zirkusdirektor (USA) und nicht mit den Clowns (Duarte) zu verhandeln. Wenn dieses (noch nicht bestätigte) Angebot zutrifft, so drückt dies das Bemühen der FDR aus, ihr erstes und hauptsächliches Ziel zu erreichen: Die Beendigung des täglichen Terrors gegen das Volk.

Die Bedingung, die die FDR stellt, ist die Beteiligung der Volksorganisationen an der zukünftigen politischen Macht („Ides", 3.4.81).

Duarte hat – jedenfalls bis jetzt – gar nicht den Handlungsspielraum, um ohne die Militärs in Verhandlungen einzutreten und hat eine Verhandlungslösung für *„einstweilen nicht möglich"* erklärt („SZ" 14.4.81). Duartes bisherige Konzeption, die sogenannte Amnestie, kann jedenfalls als völlig gescheitert betrachtet werden. Im Dezember hatte er die bewaffneten Kämpfer aufgefordert, bis 11. März ihre Waffen abzuliefern. Dafür wurde ihnen Straffreiheit zugesichert. Laut Regierungspropaganda hat eine große Anzahl von Guerilleros von diesem Angebot Gebrauch gemacht, was aber mit der Realität wenig zu tun hat. Über ein Beispiel berichtete ein Korrespondent, dem ganze 5 Amnestiewillige in der Garnison San Vincente vorgeführt wurden. Keiner der 5 war Guerillakämpfer, die meisten von ihnen waren Spitzel, die aus ihren Dörfern verjagt wurden. Einer erzählte, er sei Mitglied einer revolutionären Gruppe gewesen, er wußte aber nicht einmal, was die Abkürzung des Namens der Gruppe bedeutete, der er angehört haben will („Was tun", 3.4.81).

Die militärische Lage

Ebenso lügt die Junta, wenn behauptet wird, sie habe das Land militärisch in der Hand. Täglich gibt es Gefechte in verschiedenen Gebieten. Wochenlang kämpften die Regierungstruppen um den Vulkan von Guazapa, ohne der Guerilla eine Niederlage beibringen zu können. Ein Abziehen größerer Heeresverbände von anderen Kampfschauplätzen würde die dortigen Stellungen der Militärs zu stark schwächen („Ides", 3.4.81).

Die Blockade von Straßen und Behinderung von Truppentransporten, Gefechte in größeren Städten und auch Anschläge in San Salvador finden ständig statt („Was tun", 3.4.81 und „FAZ", 2.4.81). Trotzdem ist es unumstritten, daß ein militärischer Sieg der Opposition nicht möglich ist.

Gerade hat ein Unterausschuß des US-Senats einstimmig die Freigabe von 32 Mio Dollar Wirtschaftshilfe gebilligt, nachdem zuvor 25 Mio Dollar zusätzlicher Militärhilfe genehmigt worden waren. Gesamt-Kongreß und -Senat müssen hier gar nicht erst eine Zustimmung geben, weil es sich um zusätzliche Mittel handelt. Der Gesamtetat für 1981 beläuft sich inzwischen auf 35 Mio Dollar Militär- und 144 Mio Dollar Wirtschaftshilfe („SZ", 21.4.81). 343 t Rüstungsmaterial (laut bekannt gewordenen Zahlen) hat die Junta seit Jahresbeginn von den USA erhalten. Aber auch in den USA wächst die Opposition gegen diese Politik. 2000 Menschen demonstrierten mitsamt eines demokratischen Abgeordneten vor dem Weißen Haus („SZ", 21.4.81). Die 18 schwarzen Abgeordneten im US-Kongreß verurteilten ebenfalls in einer gemeinsamen Erklärung die El Salvador-Politik und den *„gefährlichen Konfrontationskurs"* der Reagan-Regierung („SZ", 14.4.81).

Zum 1. Mai dürfte und muß die Solidarität mit El Salvador überall ein zentrales Thema sein. In Hamburg wird es einen entsprechenden Block in der Demonstration geben. Auf dem traditionellen Volksfest ist El Salvador und die Bedrohung Mittelamerikas ein inhaltlicher Programmpunkt. Der Überschuß des Festes geht an die FDR.

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua:

»Wir bereiten uns auf die Verteidigung der Revolution vor«

Interview mit Hugo Torres

Hugo Torres war neben Eden Pastora an der – inzwischen legendären – Besetzung des National Palastes in Managua beteiligt. Nach dem Sieg der FSLN wurde er Vizeminister für Inneres und ist jetzt der Delegierte der Streitkräfte im Staatsrat.

Das folgende Interview haben wir aus der Zeitung „Servir al Pueblo" der spanischen Organisation MC (Movimiento Communista) entnommen und in Auszügen übersetzt.

Das Interview behandelt überwiegend Fragen zur Verteidigung der nicaraguensischen Revolution, Probleme des Volksheeres und der Milizen. Angesichts der direkten Bedrohung Nicaraguas, Cubas und des mittelamerikanischen Raums durch die US-Regierung und angesichts des 20. Jahrestages der gescheiterten US-Invasion in der cubanischen Schweinebucht, der im April in Cuba begangen wurde, schienen uns diese Punkte mehr als aktuell.

Lateinamerika-Kommission

Frage: Seit dem Sieg der nicaraguanischen Revolution und dem Vormarsch des Volkskampfes in verschiedenen Ländern Mittelamerikas vervielfacht der nordamerikanische Imperialismus seine Unterstützung... für die diktatorischen Regierungen der Region. Auch die Möglichkeit einer direkten militärischen Intervention läßt sich nicht ausschließen, im Falle, daß sich diese Hilfe als ungenügend erweist, um den Vormarsch der revolutionären Kräfte aufzuhalten. Wie wird dies von Seiten des freien Nicaragua beurteilt?

Hugo Torres: ... Der Imperialismus hat großes Interesse an unserer Region, unter ökonomischen, aber vor allem unter politischem und militärischem Gesichtspunkt. Es ist also logisch, daß sie sich nicht damit abfinden werden, Nicaragua endgültig zu verlieren, noch, daß wir hier den begonnen revolutionären Prozeß weiter vertiefen. Und noch weniger werden sie sich damit abfinden, El Salvador zu verlieren. In diesem Sinne haben sie keinerlei Bedenken zu versichern, daß sie die diktatorischen Regierungen des Gebiets stärken werden. Und es handelt sich dabei nicht um Ankündigungen, sondern um Tatsachen. Da ist die Erhöhung der Militärhilfe für die faschistische Junta in El Salvador, und da sind auch die ökonomischen Druckmittel gegen unser Land, angefangen bei der Streichung der 15 Mio Dollar, Teil des berühmten 75 Mio Dollar-Kredits. Gleichzeitig schüren sie bewaffnete Konspirationen im Innern Nicaraguas ebenso wie von außen. Außerdem gibt es die reale Möglichkeit einer bewaffneten Aggression in großem Maßstab. Das terroristische Kabinett der Reagan, Bush, Kirkpatrick und Haig – verantwortlich für die Bombardierungen in Vietnam und Kampuchea – und derselbe Reagan haben versichert, daß es notwendig ist, die Interessen und die Überlegenheit der USA gegen jede andere Sache durchzusetzen... Und unser Land befindet sich kaum zwei Flugstunden von den USA entfernt, es ist eins der wichtigsten Interessengebiete für sie.

Frage: Ist diese Analyse die Grundlage für den Aufruf an das nicaraguanische Volk, sich in die Volksmilizen einzureihen, den die Nationale Sandinistische Leitung kürzlich herausgab?

Hugo Torres: Sicher. In dieser Situation treibt uns die Verantwortung als Avantgarde der Revolution, unser Volk dringend aufzurufen, sich auf die Verteidigung der erkämpften Errungenschaften vorzubereiten. Zwei Ziele wurden festgelegt: Die Erhöhung der Produktion in allen Bereichen unserer Wirtschaft und die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft. Einmal durch die Erhöhung der Kampfkraft unseres sandinistischen Volksheeres, der Hauptstütze unserer Streitkräfte und Speerspitze in der Stunde des Kampfes gegen eine bewaffnete Aggression größeren Maßstabs. Dazu gehört auch die Stärkung der Sicherheitsorgane des Staates, damit sie konterrevolutionäre Aktivitäten verhindern, sie aufdekken, sobald sie beginnen und sie vernichten. Und dazu gehört die Stärkung der Nachhut unserer Streitkräfte, die durch die sandinistischen Volksmilizen gebildet wird. Wegen der besonderen Kennzeichen unserer Wirtschaft und wegen der Tatsache, daß wir ein Land mit weniger als 3 Mio Einwohnern sind, sind wir gezwungen, ein Heer zu schaffen, das der Nation keine großen Kosten bereitet, das aber eine hohe Kampfkraft besitzt ... Das erfordert, viele Reserve-Einheiten und Miliz-Einheiten aufzubauen. Reserve-Einheiten sind diejenigen, die bei einer Mobilisierung einen Teil der sandinistischen Volksarmee bilden, die heute zusammengesetzt werden aus Genossen, die in der Landwirtschaft, in der Industrie oder Verwaltung arbeiten oder studieren. Aber im Laufe der Zeit erhalten sie eine Ausbildung genau wie die Soldaten der sandinistischen Volksarmee. Die sandinistischen Volksmilizen sind Ausdruck der breitesten militärischen Organisierung des Volkes. In den Reserve-Einheiten sind die militärisch besser geschulten Männer und Frauen zusammengefaßt mit größerer Kampfkraft, einschließlich der physischen Verfassung. In den Milizen dagegen gibt es Platz für das ganze Volk, das nur seine Bereitschaft zum Kampf und zur Verteidigung der Revolution einbringt.

Frage: Wie sind die Milizen organisiert und was ist ihre genaue Aufgabe?

Hugo Torres: Im Falle einer größeren bewaffneten Aggression von außen muß ein Teil unserer Polizei in den Kampf einbezogen werden. In diesem Fall müssen die Milizen die heutigen Aufgaben der Polizei übernehmen... Sie müssen die Fabriken überwachen, um Sabotage zu verhindern, sie müssen außerdem die Produktion aufrechterhalten und steigern, eine notwendige Sache in Kriegszeiten. Aufgabe der Milizen ist es auch, gemeinsam mit den Massenorganisationen für die Sicherheit auf den Straßen zu sorgen. Die Verantwortung für die Organisierung der Milizen liegt bei den Gewerkschaften und den Massenorganisationen im allgemeinen. Die militärische Ausbildung ist Sache des sandinistischen Volksheeres, dies arbeitet die Ausbildungspläne aus, stellt die Ausbilder, Gerät und Bewaffnung. Im Februar dieses Jahres gab es – allein in Managua – 20.000 Milizangehörige in der Ausbildung. Das Ziel, das wir anstreben, ist, daß jeder Nicaraguenser ein Milizionär wird.

Frage: Es ist anzunehmen, daß in den 1 1/2 Jahren Revolution eine der größten Schwierigkeiten für die Nationale Leitung darin bestand, die Guerilla-Kräfte umzuwandeln in ein geschultes Heer, das in der Lage ist, all die Aufgaben zu erfüllen, die die Verteidigung der Revolution sowohl gegen den äußeren als auch gegen den inneren Feind erfordert.

Hugo Torres: Diese Aufgabe hat uns zu außergewöhnlichen Anstrengungen gezwungen und viele Probleme gebracht.

Die erste Schwierigkeit war folgende: Eine Gruppe schlecht bewaffneter Leute, die den Mangel an technischer Ausrüstung durch ein Übermaß an Kampfkraft, durch bessere Kenntnisse der Gegend und durch den Überraschungseffekt ausgleicht – dies ist etwas ganz anderes als reguläre militärische Strukturen mit den Merkmalen eines konventionellen Heeres.

Von der einen Sache zur andern überzugehen bedeutet zum einen, einen schnellen Lernprozeß einzuleiten in der Handhabung neuer Waffen wie Artillerie, Panzer, Luftwaffe, und es bedeutet zum zweiten eine wichtige Veränderung der Mentalität. Außerdem mußten wir andere wichtige Teile der bewaffneten Kräfte organisieren: die sandinistische Polizei, die Sicherheitsorgane des Staates. Die Schwierigkeiten waren groß, aber wir haben mit einem lebendigen Element gerechnet: der Moral und dem revolutionären Bewußtsein unserer Soldaten. Sie haben große Anstrengungen gemacht, um sich auf die neue Situation einzustellen und die wissenschaftlicheren und komplizierteren militärischen Dinge zu lernen.



Vor genau 20 Jahren, im April 1961, unternahm der US-Imperialismus einen weiteren Versuch Kuba zurückzuerobern. Die berüchtigte Invasion in der Schweinebucht scheiterte.
Heute wird Kuba wieder und immer noch ebenso wie Nicaragua ganz direkt vom US-Imperialismus, von der Reagan-Regierung bedroht. Anläßlich des Jahrestages nahm Fidel Castro in Havanna eine Parade von 60000 Mitgliedern der Volksmiliz (Frauen und Männern) ab. (Siehe auch das Interview zur Verteidigung der Revolution in Nicaragua.)

Wir haben deswegen in kurzer Zeit große Fortschritte gemacht.

Aber es gibt weiterhin Schwierigkeiten. Da ist das Problem der Schulung von Chefs und Offizieren in der Führung von Kampfeinheiten, die viel größer sind als während des Befreiungskampfes. Ein anderer Punkt, den man in Rechnung stellen muß, ist die Disziplin, die war in der Guerilla eher real als formal, in einem regulären Heer muß beides eng verbunden werden. Andererseits haben wir nicht viel Zeit gehabt, um die Einheiten zu formieren und die Strukturen aufzubauen. Denn gleichzeitig mußten wir uns der militärischen Aktivität des Feindes, der nicht aufgehört hat, uns zu bekämpfen, im Innern und an den Grenzen stellen.

Dies hat uns bei vielen Gelegenheiten daran gehindert, mehr Zeit für die theoretische Ausbildung zu verwenden, aber es hat uns die Gelegenheit gegeben, sie mit der Praxis zu verbinden, eine Sache, die einen wichtigen positiven Aspekt hat.

In bezug auf die Organisierung der Polizei und der Staatssicherheit taten wir uns schwer, weil wir auf diesem Gebiet wenig Erfahrung hatten. Außerdem begannen die konterrevolutionären Aktionen sowohl im Innern als auch die Aktionen von außen geschickter Agenten schon vor dem Sieg der Revolution.

(Es folgen einige Beispiele, die wir hier zusammengefaßt wiedergeben: Die Bildung der Staatssicherheit ging von 6 Genossen aus, die ohne Einrichtung, technische Mittel usw. im Hotel Intercontinental saßen und dabei waren, sich über ihre Aufgaben und Ziele klar zu werden, während Anhänger Somozas noch oder schon wieder ihre Anschläge durchführten. Besonders schwierig war der Aufbau der Polizei, besonders weil die Kriminalität als Folge des Krieges stark angestiegen war. In den Tagen des Sieges gab es viele Leute, die sich eine Uniform, ein Gewehr beschafften und als Kämpfer ausgaben. Es gab regelrechte Banden in Polizeiuniform, die das Durcheinander nach dem Sieg auszunutzen versuchten. Von 7.000 Mitgliedern wurde die Polizei auf 2.000 reduziert. Außerdem gab es keinerlei Erfahrung im Umgang mit „normaler" Kriminalität und keine Methode und Klarheit über die Behandlung dieser Art von Widersprüchen.

In einem weiteren Teil des Interviews führt Hugo Torres Beispiele für die Aktionen der Konterrevolution an.

Teilweise haben wir im AK darüber berichtet. Deswegen hier nur einige Beispiele, die die Aufgaben der Milizen verdeutlichen: Verschiedene Banden, die vor dem Sieg Verbindung mit Somozas Nationalgarde hatten, wurden im Norden von den Milizen bekämpft. Viele Zusammenstöße gibt es bis heute an der Grenze zu Honduras. Söldner und Nationalgardisten, die in Honduras auf Farmen stationiert sind und ausgebildet werden, sickern über die Grenze ein. Diese Gruppen können sich nur durch die Unterstützung der hondurensischen Armee halten. Wie Hugo Torres sagt: „Wir waren Guerilleros und wir wissen wie schwer es ist, sich zu halten, wenn man nicht ein Hinterland hat, logistische Unterstützung, Waffen, Medikamente, Lebensmittel ..." Das Gebiet an der Grenze zu Honduras ist sehr gebirgig und für größere Truppenbewegungen unzugänglich. Eine Brigade unterstützt von Milizeinheiten hat in diesem Gebiet gekämpft. Es wird mehr und mehr die Aufgabe der Bewohner und Bauern des Gebietes selber, die ihr Land in Milizen zusammengefaßt verteidigen, die Sabotage verhindern, Grenzübertritte beobachten und melden usw.)

Die DDR auf dem Wege zu einer »modernen Industrienation«:
Anmerkungen zum 10. Parteitag der SED

Vom 12. - 17. April fand der 10. Parteitag der SED statt. Wie üblich war dies ein stereotyp ablaufendes Programm ohne einen Hauch kontroverser Diskussionen: Alles, der Rechenschaftsbericht des ZK, die „Direktive" zum neuen Fünfjahrplan 1981 - 85, die Neuwahlen des ZK und des Politbüros, erfolgten mit einmütigen Zustimmungen. Die „Aussprachen" zu den Berichten des ZK bestanden im wesentlichen darin, die getroffenen Aussagen von Honecker zu „bekräftigen" oder gleich neue „Verpflichtungen" zu übernehmen.

Diese Propaganda-Show, die wieder einmal die wachsende Geschlossenheit der Partei und die ganz enge Verbundenheit mit dem Volke demonstrieren sollte, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der „real existierende Sozialismus" der DDR schwierigen Zeiten entgegengeht.

SED-Chef Honecker brachte dies kurz und knapp auf die Formel: Die „*Sicherung des Erreichten ... sowie seine Mehrung verlangen einen volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg wie nie zuvor*" (1). Die Arbeiter sollen weiterhin die Hauptlast der wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen, ohne daß die SED-Führung die Fakten und Entwicklungstendenzen klar benennt. Sie m u ß gemäß ihrer Ideologie und der angeblichen Gesetzmäßigkeit der 'realsozialistischen' Politökonomie ein stetes Wirtschaftswachstum vortäuschen, um damit die Überlegenheit des „realen Sozialismus" gegenüber dem kapitalistischen Westen zu beweisen.

I. Zur internationalen Entwicklung

„*Im Brennpunkt*" — so Honecker in seinem ZK-Rechenschaftsbericht — stehe „*mehr denn je die Sicherung des Friedens*". Zur Politik der friedlichen Koexistenz und Entspannung gebe es keine Alternative; dieser Einsicht könnten sich „*auch realistisch denkende Staatsmänner ... der westlichen Welt nicht verschließen*". Ansonsten tauchte die Entspannungspolitik angesichts der Hochrüstungs- und Eindämmungspolitik des Imperialismus auch im SED-Rechenschaftsbericht kaum noch auf.

Schwerpunkt wird vielmehr darauf gelegt, die schwere wirtschaftliche Krise des imperialistischen Systems, verbunden mit innenpolitischen Rechtsentwicklungen, zu analysieren. Der

gelegt, die schwere wirtschaftliche Krise des imperialistischen Systems, verbunden mit innenpolitischen Rechtsentwicklungen, zu analysieren. Der

Imperialismus befinde sich im Übergang zu einem „*Konfrontationskurs*", strebe „*militärische Überlegenheit*" an, betreibe „*unverhüllte Kriegsvorbereitungen*", und der Kalte Krieg werde in „*einem bisher nie dagewesenen Umfang*" neu belebt.

Demgegenüber wird auf die Fortschritte bei der Festigung der „sozialistischen Staatengemeinschaft" und besonders den „Bruderbund" mit der Sowjetunion verwiesen. Zu Polen hielten sich ausnahmslos alle SED-Führenden auffallend zurück. Honecker selbst gab zum besten, daß die SED an der Seite der Kommunisten Polens stehe, die dort den „Sozialismus verteidigen". Nur einige Arbeiter, die nicht der Führung der SED angehören, durften ihrem Unmut etwas Luft machen und darüber klagen, warum denn nicht schon längst gegen die „antisozialistischen Elemente" in Polen vorgegangen worden sei.

Differenzierter sind die Töne der SED gegenüber den anderen „sozialistischen Bruderländern", über die auf dem 10. Parteitag weiter nichts verloren wurde — im Gegensatz zu den vorherigen Parteitagen. Honecker sprach neuerdings von „*gleichartigen sozialökonomischen und politischen Grundlagen auf der einheitlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus*" (1) und auch KPdSU-Chefideologe Suslow betonte in seiner Rede gleichfalls, daß die „*Wege und Formen des sozialistischen Aufbaus unter unterschiedlichen nationalen und historischen Bedingungen*" (2) verlaufen und zog dazu sogar ein Lenin-Zitat heran.

Diese „Feinheiten" weisen darauf hin, daß die einzelnen RGW-Länder vor dem Hintergrund allgemeiner wirtschaftlicher und auch politischer Schwierigkeiten — bei „Wahrung der Prinzipien" — gewisse nationale Spielräume erhalten bzw. sich im Rahmen des RGW durchgesetzt haben. Nicht umsonst soll es auf Anregung von Breschnew bald zu einem Treffen auf höchster Ebene zwischen den RGW-Chefs kommen, um über wirtschaftliche Krisenlösungen zu sprechen.

Interessant waren die Äußerungen Honeckers zur VR China. Nach altem Brauch wurde zunächst „*Pekings Antisowjetismus*" und das „*außenpolitische Zusammenwirken Chinas mit den USA*" scharf verurteilt — sodann hieß es aber:

„Die Überwindung des maoistischen Erbes, das von den gegenwärtigen Führern Chinas selbst als verhängnisvoll bezeichnet wird, erweist sich als ein komplizierter, widerspruchsvoller Prozeß. Mit welchem



„Ach, Erich, mit Dir im Amt bin ich unbesorgt" – „Michail, gib' schon mal die Karten beim Poker ums Öl"

Ergebnis die sich jetzt abzeichnenden Veränderungen verlaufen werden, bleibt daher abzuwarten" (1).

Die Revisionisten nehmen also die Absage der jetzigen chinesischen Machthaber an die „verhängnisvolle" K u l t u r r e v o l u t i o n mit Erleichterung auf und scheinen insbesondere gleichartige innenpolitische, vor allem wirtschaftspolitische Entwicklungen in der VR China mit wohlwollendem Interesse und eigenen Hoffnungen zur Kenntnis zu nehmen.

Aufschlußreich ist auch das Verhältnis der herrschenden Klasse in der DDR gegenüber den Revolutionen und Befreiungskämpfen der Völker der „Dritten Welt". Während es in Ländern wie Äthiopien, Angola, Mosambik und der VR Jemen „*Volksrevolu-*

Befreiungskämpfen der Völker der „Dritten Welt". Während es in Ländern wie Äthiopien, Angola, Mosambik und der VR Jemen „*Volksrevolu-*

tionen" gegeben hat, die bekanntlich massiv von den Ländern des RGW unterstützt werden, hat es in Nicaragua nur „*fortschrittliche Veränderungen*" gegeben. Aber Honecker weiß es zu „*schätzen, daß sich die revolutionären Kräfte dieser Länder* (wie Nicaragua) *dem wissenschaftlichen Sozialismus zuwenden und ihren Weg unter Führung von Vorhutparteien beschreiten*" ... (1).

Uneingeschränkte Solidarität also den Ländern der „Dritten Welt" gegenüber, die einen „Weg zum Sozialismus" in enger Anlehnung an die Sowjetunion einschlagen — gebremste Solidarität mit den Ländern wie Nicaragua, die ihren e i g e n e n Weg suchen.

II. Die wirtschaftliche Leistungsbilanz der DDR: Auf dem Rücken der Arbeiter...

Die SED-Führung legte auf ihrem 10. Parteitag Rechenschaft ab über die wirtschaftlichen Entwicklungen im Zeitraum des letzten Fünfjahrplanes (1976 - 1980). Honecker gab dabei zu, daß sich die „Preisexplosionen" auf dem Weltmarkt voll auf die Wirtschaft der DDR auswirkten. Die Belastungen hätten sich als „hoch" erwiesen (1). Daß vor allem die Arbeiter die Folgen ausbaden mußten, geht aus den wenigen spärlichen Zahlen hervor, die Honecker nannte.

Das gesamte Nationaleinkommen (in etwa vergleichbar mit dem Bruttosozialprodukt) stieg im genannten Zeitraum um 25,4 %, die industrielle Warenproduktion um 32,2 %. Die Gesamtausfuhren stiegen „materiell" um 40,7 %, sie wuchsen also schneller als die Produktion. Der Außenhandelsumsatz stieg 1975 - 1980 um 161 %, mit „nichtsozialistischen Staaten" 1976 - 1980 um 82 %. Demgegenüber stiegen die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung in einem Zeitraum von s e c h s Jahren von 101 Milliarden auf 121,3 Milliarden Mark — also durchschnittlich um ganze 3,7 % jährlich!

Die Arbeitsproduktivität stieg dafür im Vergleich zu 1970 um sage und schreibe 68 %. Der Zuwachs des Nationaleinkommens kommt — so Honecker — zu „*90 % aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität*".

Im klassischen Industrieland DDR kletterte der Automationsgrad in der Produktion von 42 % (1975) auf 49 % im Jahre 1980 (1).

Hierin kommt zum Ausdruck, daß sich die DDR im vergangenen Planjahrfünft voll im Übergang von der extensiven Produktion („Tonnenideologie") zur intensiven Produktion (nach dem Motto mehr Qualität statt Quantität) befindet und die wesentlichen Wachstumshebel in der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter und einer Rationalisierung größten Umfangs liegen.

Im Bereich Rationalisierung und Investition setzte die DDR-Bürokratie vor allem an zwei zentralen Punkten an: Sie suchte die „Preisexplosionen" im Energiesektor (Erdöl) und übriger Rohstoffe zum einen durch eine Steigerung ihres devisenbringenden Exportvolumens, zum anderen durch neue Spar- und Rationalisierungspolitik zu bewältigen.

Auf dem Energiesektor konnte Honecker erfreut vermelden, daß der Anteil der K e r n e n e r g i e von rund

tik zu bewältigen.

Auf dem Energiesektor konnte Honecker erfreut vermelden, daß der

1 % (1970) auf nunmehr 11 % gestiegen sei (1). Bis 1985 soll dieser Anteil auf 12 - 14 % erhöht werden. Der Anteil der Braunkohle an der Primärenergie beträgt mittlerweile rund 60 %, wobei die DDR erhebliche Investitionen zur Neuerschließung und Kapazitätserweiterung der Braunkohleförderung tätigte. Das Erdöl selbst soll hauptsächlich nur noch für die Bereiche der chemischen Industrie zur Verfügung stehen, wo es dringend als Rohstoff für chemische Erzeugnisse benötigt wird.

Besonders stolz ist die SED-Führung auf den rapiden Ausbau ihrer Mikroelektronik und Industrieroboter. 1976 erzeugte die DDR nur einige wenige Mikroprozessoren im Werte von „einigen Millionen Mark"; allein 1980 gab es schon einen Produktionswert von nahezu einer Milliarde Mark. Mikroprozessoren sind nicht nur der Trumpf bei der Rationalisierung im eigenen Staate, sondern auch wichtiger Exportschlager vornehmlich im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration" des RGW.

Beachtliches brachte die DDR auch im Bereich des Wohnungsbaus zustande: Im letzten Planjahrfünft wurden insgesamt 813.000 Wohnungen für 4,25 Millionen Menschen neu gebaut.

Nicht so beachtlich scheint es in der Landwirtschaft zugegangen zu sein. Honecker beklagte einen Mangel an Zuckerrüben, ein anderer ZK-Sekretär beklagte sich über zu wenig Kartoffeln.

Die SED-Führung betonte, daß die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten usw. — also Mittel des täglichen Grundbedarfs — konstant geblieben seien. Diese Waren, die immerhin rund 80 % des konsumierten Warenumfangs ausmachen, sollen auch im nächsten Planjahrfünft billig bleiben und dafür staatlich subventioniert werden.

III. Die „Krisenbewältigung"

Die DDR steht vor einschneidenden Veränderungen ihrer gesamten Wirtschaftsstruktur in den 80er Jahren. Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums ist bedeutend schwieriger geworden angesichts einer importierten Inflation, vor allem der enormen Verteuerung der Rohstoff- und Erdölpreise seit der ersten sogenannten „Ölkrise" 1973/74. Die DDR, die stark von Rohstoffimporten abhängig ist, muß die gestiegenen Rohstoffpreise durch bessere und vermehrte Exporte zu decken versuchen, wobei sie unter dem Druck steht, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu ist ein weiterer kräftiger Rationalisierungs-Schub geplant.

In geradezu klassischer Manier betonte Honecker erneut das Primat der Ökonomie: „*Das entscheidende Kampffeld für das revolutionäre Handeln der Partei und jedes Kommunisten ist und bleibt die Wirtschaft... Die entschiedene Veränderung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis ist das grundlegende Erfordernis der kommenden Jahre*" (1). Der „*beherrschende Gesichtspunkt*" sei nunmehr, „*durch moderne Wissenschaft ökonomische Effektivität zu gewinnen*" (1).

III.1. Der Boom der Mikroprozessoren

III.1. Der Boom der Mikroprozessoren

Nicht mehr die Arbeiter, sondern die „*wissenschaftlich-technische Revolution*" sei nun „*unmittelbar zur Hauptreserve für Leistungswachstum und Effektivität unserer Volkswirtschaft geworden*". Immer mehr werde die DDR als „*moderner sozialistischer Industriestaat*" von dieser Art „Revolution" geprägt. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt solle die „*gesamte Ökonomie des Landes*" durchdringen (1).

Was unter diesen Schlagworten zu verstehen ist, betrifft vor allem die Entwicklung von Mikroprozessoren und Industrierobotern. Erst relativ spät, nämlich im November 1977, „entdeckte" das SED-ZK erstmals die Mikroelektronik. Sie wurde rasch ausgebaut und soll zum einen die nötigen Exportdevisen bringen (im Handel vor allem innerhalb des RGW) und zum anderen als wichtiger Hebel einer umfassenden Rationalisierung in der eigenen Industrie dienen.

„*Die Maßstäbe setzt unbestechlich das internationale Niveau*", betonte Honecker, und deshalb seien hohe Anforderungen an die Wissenschaft gestellt, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Die DDR-Bürokratie hat sich in der Tat viel vorgenommen:

- Bis 1985 soll die Produktion von Mikroprozessoren ver d r e i facht werden und der „*überwiegende Anteil des ... Bedarfs an Mikroprozessoren aus eigenem Aufkommen*" gedeckt werden. Zugleich sei „*internationaler Höchststand*" zu erreichen (1).
- Honecker betonte, daß die g e s a m t e Wirtschaft von den Mikroprozessoren „erfaßt" werden soll. Bis 1985 will die DDR 50 % aller hergestellten Maschinen mit Mikroprozessoren ausrüsten.
- Mit Hilfe der Einführung der Mikroelektronik in der Industrieproduktion soll ein umfassender Übergang zur Automation erfolgen und bis 1985 die Jahresarbeitszeit von 300.000 Arbeitskräften eingespart werden (1976 - 80 waren es lediglich 180.000).
- Statt der ursprünglich geplanten Produktion von 9.000 sollen nunmehr bis 1985 40 - 45.000 Industrieroboter hergestellt werden.

Schon jetzt arbeiten infolge von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitskräfteeinsparungen rund 100.000 Arbeiter an der Entwicklung, Produktion und Anwendung von Mikroelektronik (3). Diese Umverteilung und Umschulung von Arbeitskräften soll noch erheblich gesteigert werden.

III.2. Die Hauptdevise: Mehr arbeiten!

In Punkt 2 eines zehn Punkte umfassenden Programms der „*ökonomischen Strategie*" wird die „*Steigerung der Arbeitsproduktivität*" als wesentliches Ziel genannt. Der Hauptaspekt dabei ist ein effektiveres Wirtschaften und enorme Arbeitsplatzrationalisierungen. 15 - 20 % aller Arbeitskräfte sollen bis 1985 eingespart und umverteilt werden (3). Die Qualität der Produkte sei zu steigern, damit DDR-Artikel zu „*einem weltweit anerkannten Markenzeichen*" werden (1). Dabei „*muß die Produktion schneller steigen als der Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit*" (1).

Dieser rigorosen Sparpolitik zollte der KPdSU-Vertreter Suslow auf dem SED-Parteitag viel Lob. Die Einsparung an gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeitszeit insgesamt sei etwas, was Karl Marx „*als Hauptkennwert des Fortschritts*" bezeichnet habe (2).

Herr Suslow hat nur geflissentlich übersehen, daß die Einsparung von Arbeitszeit in der DDR bei weitem nicht den Arbeitern durch Arbeitszeitverkürzungen zugute kommt. Das genaue G e g e n t e i l ist der Fall: Sowohl Honecker als auch Stoph verlangten eine A u s w e i t u n g der M e h r s c h i c h t a r b e i t! Hier kehrt die herrschende Klasse also den Weg des Abbaus von Mehrschichtarbeit wieder um, damit sie eine höhere Auslastung der Kapazitäten erzielen kann. Wer sich durch die Automation und Einführung von Mikroelektronik eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erwartet hat — der sieht sich arg getäuscht!

Diese höhere Arbeitsproduktivität, die von den Arbeitern abverlangt werden soll, wird indes nicht höher vergütet. Die Netto-Geld-Einnahmen der Bevölkerung weisen im neuen Fünfjahresplan nur jährliche Wachstumsraten von knapp 4 % auf, während die Exporte um rund 7 % jährlich, die indu-

plan nur jährliche Wachstumsraten von knapp 4 % auf, während die Exporte um rund 7 % jährlich, die indu-

strielle Warenproduktion um 5 % steigen sollen. Nach dem Motto „Weniger produzieren mehr" sollen so über 90 % des Produktionswachstums allein durch Einsparungen an Arbeitskräften, Material und Energie gesichert werden (3).

III.3. Sowjetische Hilfe hat Grenzen ...

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR ergeben sich aus der starken Exportabhängigkeit von Rohstoffen und Erdöl vor allem aus der Sowjetunion. Die DDR muß heutzutage viermal so viele Maschinen für den Export herstellen, um die gleiche Menge sowjetischen Rohöls zu erhalten wie vor zehn Jahren (3). Die Preisrelationen im Außenhandel haben sich also deutlich verschlechtert. In den siebziger Jahren stiegen die Importpreise um 43 %, die Exportpreise für DDR-Waren jedoch nur um 26 % (4).

Seit 1975 ist die Sowjetunion nämlich dazu übergegangen, sogenannte Preisgleitklauseln im Handel mit ihren RGW-Partnern einzuführen, d.h. die Preise für Rohstoffe und Öl sind nicht mehr — wie früher — im Zeitraum eines ganzen Planjahrfünfts stabil. Honecker selbst bemerkte, daß „*im Handel zwischen den RGW-Ländern ... diese Preise dennoch beträchtlich steigen*" werden (1). Eine Konsequenz ist, daß die Qualität der Exporte bedeutend erhöht werden soll, um „*dafür gute Preise erzielen zu können*" (1). Die „*Maßstäbe beim Export setzt unbestechlich das internationale Preisniveau*", woraus folgt, daß „*noch stärker vom Bedarf der äußeren Märkte ausgegangen und die Absatzorganisation des Außenhandels den Bedingungen des internationalen Marktes angepaßt werden*" müsse (1).

Daraus zieht die SED-Führung die Konsequenz, den Export von Kalidünger und Walzstahl bis 1985 noch einmal zu verdoppeln. Der Maschinenbauexport als Hauptträger soll im gleichen Zeitraum um 41 - 43 % steigen und die Elektroerzeugnisse um über 50 % (1).

Fortsetzung nächste Seite

Dabei muß die DDR das Kunststück fertigbringen, in den nächsten fünf Jahren mit etwa der gleichen Menge an Rohstoffen und Rohöl auszukommen wie 1980, bei kaum erhöhten Investititionsraten, die eigentlich für die Modernisierung erforderlich wären, um *„die internationale Konkurrenz mit hochveredelten Erzeugnissen zu schlagen"*, wie Honecker verkündete. Die Sowjetunion jedenfalls liefert knallhart 19 Mio Tonnen Rohöl jährlich bis 1985 und keinen Barrel mehr.

III.4. Auch in der DDR: Energiesparen ist Trumpf

Das heißt für die DDR-Führung, die Rohstoffe noch besser als bisher zu verwerten sowie nach eigenen knappen Ressourcen Ausschau zu halten. In der Tat investiert die DDR 7 - 8 Mrd. Mark für geologische Erkundungen und Erschließungen eigener Rohstoffe.

Auf dem Energiesektor sieht der neue Fünfjahresplan vor, den Energieverbrauch jährlich um insgesamt 5 - 5,5 % zu senken. Bereits 1980 wies der Energieverbrauch ein Minus-Wachstum von 1 % aus (1). Das so kostbare Rohöl soll fast ausschließlich für die Veredelung in der chemischen Industrie verwendet werden, während die Versorgung mit Primärenergie zu 12 - 14 % aus Kernkraftwerken, zu 60 % aus den eigenen Braunkohlevorkommen gedeckt werden soll. Für die chemische Industrie hat das bereits die Auswirkung, daß Honecker diesem Bereich „Nullwachstum" verordnete.

Die Rückbesinnung auf die gute alte Braunkohle als Primärenergieträger bedeutet, daß sich *„die gesamte Volkswirtschaft in einem bisher nicht gekannten Umfang auf den direkten Einsatz von Rohbraunkohle einstellen"* müsse. In der chemischen Industrie stammen bereits 25 % der organischen Rohstoffe aus der Braunkohle; die Rohstoffbasis in der Chemie soll durch die produzierten Überschüsse aus der Braunkohleförderung gedeckt werden.

Der Energieverbrauch für Raumheizungen soll in Neubauwohnungen um 40 % gesenkt werden — da freut sich der Ökologe!

Das Dilemma ist, daß es der DDR einerseits an harten Devisen und an Exportkapazität mangelt, um mehr Öl kaufen zu können. Die verstärkte Förderung von Braunkohle erfordert gewaltige Investitionen, da die Förderung schwieriger geworden ist, die Flöze tiefer liegen. Wegen der Rohstoffknappheit geht die DDR außerdem verstärkt dazu über, ihre Sekundär-Rohstoffe zu erhöhen. Sie hat vor,
dem verstärkt dazu über, ihre Sekundär-Rohstoffe zu erhöhen. Sie hat vor,
12 % der gesamten Rohstoffe aus Recycling wieder nutzbar zu machen (5).

Erschwerend kommt noch hinzu, daß die großen Steinkohlelieferungen aus Polen im vereinbarten Umfang nicht erfüllt werden und dadurch zusätzliche Engpässe entstehen.

III.5. Preispolitik als „Anreiz"...

Die idyllischen Zeiten von stabilen Preisen in den Volkswirtschaften der „realsozialistischen" Länder sind längst vorbei. Die Anwendung des kapitalistischen Wertgesetzes hat auch in der Preispolitik Einzug gehalten. Seit 1975 — nach der ersten „Ölkrise" — setzten die Wirtschaftsplaner die Preise für Industriewaren drastisch herauf. Seitdem ist es üblich, daß jeweils am Jahresanfang die Preise zum Teil kräftig erhöht werden. Honecker kündigte die Fortsetzung und den Ausbau dieser Preispolitik auf dem 10. Parteitag an: *„Der rasche Preisanstieg für wichtige Energieträger und Rohstoffe macht es notwendig, die Industriepreise in den kommenden Jahren weiter zu erhöhen."* Dadurch solle *„die Qualität der Arbeit in der Preisbildung ein größeres Gewicht erhalten ... Preiszuschläge sollen das Interesse des Produzenten an Erzeugnissen ... stimulieren"* und den *„realen volkswirtschaftlichen Aufwand widerspiegeln"*. Honecker forderte neuerdings, daß durch die staatliche Preispolitik *„mehr Spitzenleistungen gefördert"* und *„in dieser Hinsicht ... am Verhältnis von Preis und Leistung gearbeitet werden"* müsse (1).

Der Anreiz für die Generaldirektoren in den Industriekombinaten besteht darin, durch Material- und Arbeitskräfteeinsparungen (Rationalisierungen) bei gleichzeitig angehobenen Preisen mehr Kapital zu akkumulieren. Während der Wert der Ware Arbeitskraft relativ sinkt, erhöht sich der Wert bestimmter Industrieerzeugnisse. Das ist teilweise exportbedingt und eine Anpassung an die internationale Preisentwicklung auf dem Weltmarkt — ein Preis, den der „reale Sozialismus" im Konkurrenzkampf mit den kapitalistischen Staaten zu zahlen bereit ist.

Die Preispolitik hat jedoch auch negative Folgen für die DDR-Bevölkerung. Honecker erklärte zwar, daß die *„Verbraucherpreise für die Erzeugnisse des Grundbedarfs unverändert beibehalten* (werden). *Das umfaßt 80 % des Warenfonds für die Bevölkerung überhaupt"* (1).

Das bedeutet aber gleichzeitig, daß die Bevölkerung für „Waren des gehobenen Bedarfs" in den „Delikat"- und „Exquisit"-Läden (worunter spezielle Nahrungsmittel ebenso fallen wie z.B. Kühlschränke) mehr blechen soll als bisher. Das heißt auch, daß das „Drei-Klassen-Prinzip" für DDR-Waren sanktioniert wird. Man unterscheidet dabei Preise für Waren des „Grundbedarfs" (die staatlich subventioniert werden) und Preise für Waren des „gehobenen" Bedarfs, die künftig noch weiter anziehen sollen. Damit klafft die Schere weiter auseinander zwischen denjenigen, die sich nicht viel mehr als den „Grundbedarf" leisten können und einer aristokratischen Schicht der Intelligenz, Meistern, Direktoren und Parteifunktionären.

Die Preispolitik der DDR hat jedoch Auswirkungen auf das staatliche Planungsinstrumentarium. Volkswirtschaftspläne können nun nicht mehr ohne weiteres detailliert von der Staatlichen Plankommission vorgegeben werden, da sich das Preisgefüge und die Relationen ständig verändern. Deshalb hat die Bürokratie dieses Planungsinstrumentarium „reformiert".

III.6. Die zentrale Rolle der Industriekombinate

Seit Bestehen der DDR ist das Wirtschaftsgefüge zunehmend zentralisiert worden. Honecker nannte in diesem Zusammenhang neue Zahlen. Anstatt 129 Industriekombinate mit 2,4 Mio Beschäftigten gebe es nunmehr 157 Kombinate mit 2,9 Mio Beschäftigten. Außerdem beabsichtigt die SED-Führung, die bezirklichen Betriebe ebenfalls in „bezirkseigene Kombinate" zu überführen, um effektiver zu wirtschaften und eine bessere Durchschaubarkeit zu erzielen.

Aufgrund des schwierigen Unterfangens, bei flexiblen Preisen feste Pläne aufzustellen, und infolge des Anspruchs, daß *„die großen Wirtschaftseinheiten in der Lage sein müssen, flexibel auf die Anforderungen der eigenen Volkswirtschaft, des Exports und der Versorgung der Bevölkerung zu reagieren"* (1), haben sich die Herrschenden in der DDR — die Parteiführung samt Staatsapparat und Instrumentarium sowie die leitenden Generaldirektoren — auf einen „historischen Kompromiß" geeinigt, der durchaus Vorstellungen der polnischen
„Reformgruppe" DIP entspricht:
1. Für die Kombinate besteht „durchgängig ein zweistufiges Leitungssy-
„Reformgruppe" DIP entspricht:

1. Für die Kombinate besteht *„durchgängig ein zweistufiges Leitungssystem"*, erstens durch den Herren Generaldirektor mit umfangreichen Vollmachten und zweitens dem für das Kombinat zuständigen Industrieminister. Auf diesen doppelgleisigen Leitungsebenen wird also entschieden, was und für wen produziert wird — freilich ohne jegliche Rechte der dort angeblich zur Macht gelangten Arbeiterklasse.
2. Nicht die Staatliche Plankommission arbeitet die Volkswirtschaftspläne aus, sondern die einzelnen Kombinate als *„eigenverantwortlich planende und abrechnende Wirtschaftseinheit"* (1). Damit haben sich im „Kampf der zwei Linien" innerhalb der Führungsebene der DDR wieder einmal die Direktoren und Wirtschaftsführer gegenüber der Parteiführung durchgesetzt und einen größeren Spielraum erreicht. Grundsätzlich ist dies keine Neuheit: Immer, wenn es in den „realsozialistischen" Ländern kriselte, reformierten die Herrschenden ihr Leitungs- und Planungssystem. Das war so nach 1956 in der DDR und auch unter Ulbrichts „Neuer ökonomischer Politik der Leitung und Planung" (NÖSPL) Ende der 60er Jahre, ehe Honecker mit dem 8. Parteitag 1971 die Spielräume der Wirtschaftsbosse wieder einschränkte zugunsten staatlicher Leitung.

Die Generaldirektoren einigten sich mit der SED-Führung auch dahingehend, daß sie nunmehr keine langen Berichte mehr an die Ministerien abliefern müssen. Stoph selbst sagte zu der „Direktive" zum neuen Fünfjahresplan, das „Unwesen" der Berichte solle drastisch beschnitten werden. Es ist also wieder mehr Pragmatismus gefragt, was die Eigenständigkeit der Kombinate erhöht. Damit soll erreicht werden, daß die Industriebetriebe der DDR „anpassungsfähiger" an wirtschaftliche Schwankungen und den Exportmarkt sind.

Mit dieser erneuten Hinwendung zum Kombinats-Unternehmer geht auch eine faktische Aufweichung des staatlichen Außenhandelsmonopols einher. Honecker dazu: *„Durch die einheitliche und komplexe Leitung von Wissenschaft, Technik, Produktion und Absatz im Rahmen der Kombinate, die nun auch den Außenhandel umfaßt, sind größere Möglichkeiten für einen bedeutenden Exportzuwachs und seine höhere Effektivität zu erschließen. Mit der doppelten Unterstellung der Außenhandelsbetriebe gehen wir bei strikter Wahrung des staatlichen Außenhandels- und Valutamonopols einen wichtigen Schritt zur Vervollkommnung der Leitung und Planung"* (1).

Obgleich das Außenhandelsmonopol de jure noch besteht, steigt de facto der Einfluß der autonomen Kombinate beträchtlich, da sie letztendlich über Art und Umfang der Produktion und des Handelsvolumens entscheiden müssen. Die Kombinate haben ihrerseits zugesichert, daß sie ihre Bilanzen nach nunmehr drei Plan-Kennziffern, die 1980 eingeführt wurden, abrechnen müssen; neben Quantität und Qualität der erzeugten Waren kam die Sparte „sparsamer Umgang mit Material und Energie" hinzu.

Festzuhalten bleibt, daß diese schrittweise erfolgte Umorientierung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in der DDR ein weiterer Schritt hin ist zur Anpassung an den Weltmarkt, zur Vervollkommnung des kapitalistischen Wertgesetzes, auch wenn die SED-Ideologen viel von „sozialistischer Warenproduktion" herumdichten.

Die Arbeiter kommen schlecht weg

Angesichts dieser herrschenden Politik, insbesondere der Politik der steigenden Preise, verwirrt auch die gängige Formel des 9. Parteitages, daß *„nur das verbraucht werden kann, was vorher erarbeitet wurde"*. Die Arbeiter erhalten alles andere als ein Äquivalent in Form der Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft. Unumwunden geben auch die Herrschenden zu, daß die Arbeitsproduktivität erheblich höher gestiegen ist.

Auf dem 10. Parteitag stand es auch dürftiger mit weiteren materiellen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse. Lautete der Slogan auf dem 8. Parteitag 1971 noch: „alles zum Wohle des Volkes", und wurde auf dem 9. Parteitag das Prinzip von der „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik" gepriesen, so hieß es diesmal nur, daß man an dieser „Einheit ..." festhalten wolle.

Es gibt weder mehr Urlaub noch wesentlich höhere Löhne, noch eine Erhöhung der Mindestrenten — geschweige denn eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung der 40-Stunden-Woche. Nur die Mieten und die Preise für Waren des Grundbedarfs bleiben konstant, der „gehobene Bedarf" soll teurer werden.

Außerdem erwartet die Arbeiter die
bleiben konstant, der „gehobene Bedarf" soll teurer werden.
Außerdem erwartet die Arbeiter die
„Einführung der Produktivlöhne durch leistungsorientierte Grundlöhne und Gehälter" sowie die *„Anwendung von Leistungskennziffern"* (1). Dies wird ein weiterer Schritt in Richtung „analytischer Arbeitsplatzbewertung" und „Leistungsbeurteilungen" nach kapitalistischem Muster sein und soll dazu beitragen, die „materiellen Anreize" als wirksames Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität einzusetzen.

Die westlichen Medien kommentierten den 10. Parteitag mit Skepsis, ob die Planziele der Bürokratie tatsächlich erfüllt werden können. Und gewisse Skepsis ist angebracht: Die DDR leistete einseitig 250 Millionen Mark Wirtschaftshilfe an Polen. Die enge Verzahnung der RGW-Staaten im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration", die gegenseitigen Abhängigkeiten durch Arbeitsteilung, eine Vielzahl wirtschaftlicher Abkommen und Verflechtungen (die DDR wickelt 70 % ihres Außenhandels innerhalb des RGW ab) usw. wirken negativ zurück, wenn ein Land wie Polen seinen „Verpflichtungen" nicht mehr voll nachkommen kann. Daß Polen eine entscheidende Rolle bei der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR spielt, geht auch daraus hervor, daß der neue Fünfjahresplan und die „Direktiven" dazu erst auf dem Parteitag selbst vorgelegt wurden. Eine Präzisierung kann allenfalls am Ende dieses Jahres erfolgen, weil sich wegen Polen nicht alles planen läßt.

Die Entwicklungen in Polen und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auf dem Weltmarkt sind für die „realsozialistischen" Planer unkalkulierbare Faktoren, die die vielgepriesenen „objektiven Gesetzmäßigkeiten" der Entwicklung der DDR im „allmählichen Übergang zum Kommunismus" (Honecker) ad absurdum führen.

DDR-Kommission

Anmerkungen

1. Rechenschaftsbericht des ZK der SED in „Neues Deutschland", 12.4.81;
2. Ansprache von M. Suslow auf dem 10. SED-Parteitag in „ND", 13.4.81;
3. „Zeit", 10.4.81;
4. „taz", 10.4.81;
5. Stoph in „Direktive" zum Fünfjahresplan 1981 - 85, „ND" v. 15.4.81

Der DKP zuliebe: „Gruppe Z" verzichtet auf Polen-Solidarität

Wie in früheren Jahren findet auch am diesjährigen 1. Mai in Hamburg wieder ein großes, linkes „Volksfest" statt. Im Unterschied zu 1980 (als die von der Bunten Liste abgespaltene „Bergpartei" zusammen mit den Grünen im Alleingang als Veranstalter auftrat) wird es diesmal eine breitere Trägerschaft geben: Neben Z, den Grünen und der Bunten Liste-Parlamentsfraktion wird das Fest am 1. Mai 1981 mitgetragen und veranstaltet vom KB, dem SB, den Bunte Liste Initiativen, den Jungdemokraten, einer ganzen Reihe von Basisinitiativen, ausländischen Organisationen – und erstmals auch von der DKP und ihr befreundeter Organisationen. Dennoch wird, wie schon 1980, auch in diesem Jahr der äußere Rahmen weitgehend von der Gruppe Z bestimmt, deren Vertreter zugleich noch im Namen des Landesverbands der Grünen und der „BuLi-Parlamentsfraktion" auftreten.

An politischen Inhalten sollten der Friedenskampf (von der Gruppe Z völlig willkürlich und total einseitig auf den „Krefelder Aufruf" orientiert) und die Solidarität mit der Widerstandsfront von El Salvador im Mittelpunkt stehen. Uns fehlte in diesem Programm nicht nur die Berücksichtigung der zahlreichen Massenbewegungen, die sich im zurückliegenden Jahr schwunghaft entwickelt haben, sondern auch und gerade die Solidarität mit dem Kampf der polnischen Arbeiter.

Diesen Punkt brachten wir am 2. April in die Verhandlungen um die Gestaltung des Festes als Vorschlag ein; eine Begründung für diesen Vorschlag legten wir auf dem Treffen am 2.4. schriftlich vor. Darin heißt es u.a.: *„Die polnischen Arbeiter führen seit nunmehr fast einem 3/4 Jahr einen Kampf, der in seiner Stärke und Breite derzeit in Europa beispiellos ist. Mit diesem Kampf haben sie sich im vergangenen Sommer das Recht auf Bildung autonomer, d.h. von ihnen selbst bestimmter Gewerkschaften genommen. Sie führen diesen Kampf weiter als Kampf gegen die Privilegien und die tyrannische Machtausübung erheblicher Teile des Partei- und Staatsapparats. Dabei zeigt sich mehr und mehr, daß es im Grunde um den Widerspruch zwischen der großen Mehrheit*
rats. Dabei zeigt sich mehr und mehr, daß es im Grunde um den Widerspruch zwischen der großen Mehrheit
des polnischen Volkes einerseits und einem von diesem Volk nicht selbst bestimmten und nur unzureichend kontrollierbaren Machtmonopol e i n e r Partei andererseits geht. Zugleich geht es aber auch um die Realisierung und Behauptung der nationalen Unabhängigkeit des polnischen Volkes gegen den Anspruch seiner ‚Bruderländer', s i e könnten die Grenzen des in Polen stattfindenden gesellschaftlichen Prozesses definieren und gegebenenfalls die Einhaltung dieser Grenzen militärisch erzwingen. (...) Im Übrigen ist Polen unserer Ansicht nach nicht bloß Gegenstand der ‚internationalen Solidarität', sondern ist auch engstens verbunden mit dem zentralen Thema unseres Mai-Festes, dem Friedenskampf. In Polen geht es um den Machtanspruch der großen Militärblöcke (NATO und Warschauer Pakt) ein ‚Ausbrechen' eines ihrer Mitglieder aus dem eigenen Block mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei dient die Repression in dem e i n e n Block jeweils als ideologisches Alibi im a n d e r e n Block. Würde es dazu kommen, daß der Warschauer Pakt sein ‚Recht' auf Polen mit militärischer Gewalt gegen das polnische Volk demonstriert, so wäre das ein äußerst schwerer Rückschlag auch für unseren eigenen Kampf gegen die Blockbildung der BRD. Darüberhinaus wäre jede repressive Entwicklung oder gar Intervention in Polen Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Kriegs- und Rüstungspropaganda".

Konkret wurde deshalb von uns für das Mai-Fest vorgeschlagen: **„Die Solidarität mit dem Kampf der polnischen Arbeiter wird ausdrücklich Bestandteil unseres Mai-Festes. Dies wird in geeigneter und angemessener Form auch in der Werbung/Flugblatt-Propaganda für das Fest zum Ausdruck gebracht. Es wird in der weiteren Vorbereitung beraten, ob und wie dieser Punkt durch einen Redner aus Polen und/oder durch einen sachkundigen Referenten auf dem Fest zu manifestieren ist. Für sehr geeignet und interessant halten wir außerdem eine freie Diskussion (keine Podiumsdiskussion o.ä.) zu diesem Thema in einem der kleineren Räume."**

Die DKP erhebt Einspruch

Unter n o r m a l e n Umständen wäre unser Vorschlag zweifellos ein Selbstgänger gewesen. Dies umso mehr, weil die „Gruppe Z" selbst noch bis vor ein paar Monaten lautstark verkündet hatte, sie wolle Polen zum Exempel für „ein neues Sozialismusverständnis der Linken" machen. Die Umstände in diesem Jahr unterscheiden sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von allen früheren Mai-Festen: **Die DKP ist diesmal mit von der Partie.** Zumindest bei den Vorverhandlungen. Zwar wird die DKP in j e d e m Fall am Vorabend des 1. Mai ihr e i g e n e s Fest veranstalten – und ob und wie sie sich darüber hinaus auch an einem g e m e i n s a m e n Fest am 1. Mai tatsächlich beteiligen wird, weiß außer ihr selbst noch kein Mensch. Aber immerhin: Sie sitzt in der gemeinsamen Vorbereitungsrunde und macht ihren Einfluß geltend.

Trotzdem, als wir am 2.4. den Vorschlag zur Polen-Solidarität in die Vorbereitungsrunde trugen, hatten wir offensichtlich den Überraschungseffekt auf unserer Seite: Die SB-Vertreterin stimmte unserem Vorschlag sehr engagiert zu, die Vertreter der „Gruppe Z" stimmten etwas weniger freudig zu und sogar der DKP-Vertreter schien zunächst nicht abgeneigt zu sein. – Im Konkreten blieb freilich noch alles offen und sollte beim nächsten Treffen, am 9.4., festgelegt werden.

Am 9.4. war die Szene dann erheblich verändert. Der DKP-Vertreter (ein anderer übrigens, als der am 2.4. anwesende) verkündete kurzerhand, Polen-Solidarität auf einem gemeinsamen Mai-Fest komme für seine Partei absolut nicht in Frage. Das sei für sie ein „Essential". Mit diesem Statement war auch für die „Gruppe Z" alles klar: Die DKP wünscht keine Polen-Solidarität auf dem Mai-Fest und droht andernfalls mit Ausstieg – also wird es selbstverständlich keine Polen-Solidarität geben! Geben soll es lediglich die von uns vorgeschlagene Diskussion in einem der kleineren Räume, gegen die nämlich auch die DKP nichts einzuwenden hat.

Kuschen vor der DKP?

Kuschen vor der DKP?

Das Verhalten der „Gruppe Z" in dieser Frage erklärt sich aus ihrem korrupten Verständnis von Bündnispolitik: Nachdem die „Z"-Leitung vor einiger Zeit einen Annäherungskurs an die DKP beschlosssen hat, ist man zu erheblichen „Vorleistungen" bereit, um den angestrebten engen Kontakt zur DKP herzustellen und zu festigen. Zu diesen „Vorleistungen" gehört beispielsweise das wüste Gekreisch, der KB und die Anarchisten seien schuld, wenn Jugendliche die Fenster von „Tante-Emma-Läden" einwerfen oder PKW's beschädigen; der KB propagiere die Parole „Brennt die Städte nieder!" usw. usf. Und zu den „Vorleistungen" gehört selbstverständlich auch das Problem Polen. Das ist einer der Punkte, an denen die DKP – bei aller taktischen Flexibilität, die sie seit einigen Monaten zur Schau stellt – nicht mit sich spaßen läßt. Die „UZ" (Tageszeitung der DKP) ist täglich voll von Warungen und Drohgebärden gegen die „antisozialistischen Elemente" in Polen, worunter bei näherem Hinsehen vor allem die polnische Arbeiterbewegung zu verstehen ist. Jedes Säbelrasseln der Sowjetunion, DDR und CSSR in Richtung Polen wird von der DKP mit Freuden zitiert. Jede Repression in Polen oder gar eine Militärintervention des Warschauer Paktes würde von der DKP vorbehaltlos unterstützt werden – genauso wie 1968 die Besetzung der CSSR. Mit einer Partei, die so unverhohlen auf Aggression und Repression gegen andere Völker setzt, ist schwer Bündnispolitik zu machen, ohne daß man selbst in seinen Zielen unglaubwürdig wird.

Dies umso mehr, weil die DKP bisher immer und überall darauf bestanden hat, in Bündnissen i h r e Bedingungen zu diktieren: Von sowjetischer Atomrüstung darf nicht gesprochen werden, von Afghanistan darf nicht gesprochen werden, von Repression im „realen Sozialismus" darf nicht gesprochen werden usw. Das funktioniert natürlich nur, solange die DKP noch Partner findet, die sich solche Unverschämtheiten gefallen lassen.

Fortsetzung nächste Seite

Ein ganz subjektiver Beitrag

Seit ein paar Wochen hat sich für mich etwas wesentliches geändert. Die Massenverhaftung in Nürnberg, die Demo darauf in Hamburg und dann das Miterleben des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen: das alles waren für mich ähnliche Schocks wie damals das Kalkar-Erlebnis. Da die Konfrontation mit bürgerkriegsartigen Einsätzen der Polizei (Absperrungen der Autobahnen, Zugüberfall, MPs, Hunde und Schikanen); hier die Erfahrung totaler Ohnmacht: Sie können willkürlich Leute von uns einknasten, und wir kriegen sie nicht wieder raus. Dazu noch der Eindruck: Je mehr wir uns um sie bemühen, desto provokativ länger behalten sie sie in ihren Gefängnissen. Oder: die nahezu perfekte Nachrichtensperre über den Hintergrund des Hungerstreiks, die Haftbedingungen, deren tödliche Unmenschlichkeit selbst bürgerliche Mediziner schon vor Jahren festgestellt hatten. Auch hier die Ohnmachtserfahrung, daß der Staatsapparat zynischerweise die Nachrichtensperre nur dann lockert, wenn er Nachrichten vom bestehenden Tod verbreiten will.

Ich will jetzt gar nicht so viel über die vielen objektiven Hintergründe und dergleichen reden: darüber z.B., daß – wer sich ernsthaft mit diesem Staat anlegt – damit rechnen muß, bis zum letzten bekämpft zu werden; daß wir für unsere Mühen wenig bürgerliche Anerkennung zu erwarten haben; daß die andere Seite unsere Resignation ja gerade provozieren will usw. usf. ... All das hatte und hab' ich klar im Kopf, aber davon allein kann ich so schlecht leben.

Wenn ich auf die letzten Jahre meiner politischen Entwicklung zurückschaue, merke ich, daß ich mich darin geschult habe, genau hinzuschauen und hinzuhören auf das, was um uns herum geschieht; Vorurteile und Urteile, Entwicklungen und Verhaltensweisen aufmerksam auf ihre menschlichen oder unmenschlichen Wurzeln und Folgen hin zu überprüfen. Und dann auch zu „hinterfühlen", was für mich oft den gleichen Stellenwert wie das scheinbar objektivere „überprüfen" einnahm. Ich hab' „zwischen den Zeilen" lesen und denken gelernt. Und mit all diesen Fähigkeiten habe ich das Gefühl bekommen, nicht nur mich im Alltag behaupten zu können, sondern auch ein Stück von mir nicht entfremdeter Welt zu bauen. Das alles geschah natürlich nicht so bewußt/krampfhaft, sondern mit viel Spaß und gemeinsam mit vielen entfernteren und näheren Freunden.

So bewußt wie hier geschrieben erfahre ich das erst jetzt, wo das alles nicht mehr hinhaut; genauer gesagt, wo diese „Fähigkeiten" größer als ich selbst geworden sind, wo ich sie nicht mehr als „meine Fähigkeiten" im Griff habe. Wenn ich in letzter Zeit morgens Zeitung lese, nehme ich das alles zwar noch mit dem Kopf auf, aber ich weiß oft nicht mehr, wie ich das verarbeiten soll: Wenn ich in irgendeiner Schlagzeile das Stichwort „Salvador" lese, weiß ich genau, was da kommen wird: daß sich die USA und Co. wieder ein paar Schweinereien mehr ausgedacht haben, um Menschen umzubringen. Und ich kann und will v.a. das dann nicht abheften unter „Imperialismus" und „muß ja so kommen", sondern ich nehme das persönlicher, weil da ja immer auch ein Stück meiner Hoffnung kaputt geht.

Genauso mit dem Hungerstreik: Ich mag's gar nicht mehr lesen, weil ich bei jedem Artikel denke, jetzt ist eine/r tot. Und mit jedem Satz und jeder Nachricht wird auch unsere/meine Unfähigkeit dokumentiert, daran was zu ändern. Neulich „erwischte" ich mich dabei, daß ich nach der Werbung das Radio ausstellte, um nicht Nachrichten hören zu müssen – sonst ist's ja meistens umgekehrt.

Ich hab' für mich immer versucht, Politik nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen zu machen, um nicht in irgendwelche entfremdete und manchmal ja auch sehr lebensfeindliche Rödelei reinzukommen (ich leb' schließlich ja nur einmal und will für mich/uns jetzt was tun und nicht für ominöse Generationen später). Und nun kann ich eine Trennung zwischen rational denken („Klar, US-Imperialismus...") und fühlen (miterleben von Tod z.B.) nicht plötzlich wieder in mir einführen, wo ich merke, ich kann das zweite nicht so schnell verarbeiten wie das erste. Und im Grunde will ich das auch gar nicht.

Bis jetzt dachte ich auch immer, sie, also die „auf der anderen Seite", kriegen mich, wenn ich mich mal nicht mehr wehre, wenn ich mich nicht anstrenge, „dran zu sein". Ohne, daß ich das überhaupt als falsch darstellen will, kommt für mich nun dazu, daß sie mich auch dann kriegen können, wenn ich mich wehre. Dadurch nämlich, daß sie mich zwingen – will ich nicht völlig cool werden – auf ihre Schweinereien immer wieder politisch und emotional reagieren. Wo soll ich da die Kraft hernehmen, wenn ich gerade nicht in politische Arbeit und Regenerationszeit trennen kann, jedenfalls nicht besonders gut?

Eben in diese Kerbe haut die Staatsstrategie aus Nürnberg und aus den Knästen: Mal abgesehen davon, daß sie die Hungerstreikenden lieber tot als lebendig haben wollen, demonstrieren sie uns brutal und zynisch die Machtverhältnisse, und sich selbst, daß s i e die Herren über Leben und Tod, Freiheit und Knast in diesem Staat sind.

Und ich merke, daß ich dieser Brutalität und diesem Zynismus nur schwer gewachsen bin. Manchmal weiß ich eben nicht mehr, wohin mit diesen Erfahrungen; ich allein fühl' mich da zu klein.

Wir versuchen ja auch überall, unsere Körpersprache wiederzugewinnen – v.a. dort, wo wir mit ihr viel ehrlicher unsere Gefühle und unser Befinden ausdrücken können als mit dem Kopf. Aber hier? Wohin würde das führen, wenn die Wut und die Demütigungen raus kommen würden? In dem gesellschaftlichen Bereich, in dem ich arbeite (Kirche), würde wahrscheinlich allein die Thematisierung bestenfalls überhaupt kein Verständnis finden; wie gesagt: bestenfalls. Und vor solchen Konsequenzen habe ich auch ziemlich große Angst.

Was übrig bleibt, ist zumindest für mich ein Dilemma. Ich will für mich nicht die Alternative zwischen coolem Verarbeiten einerseits und wärmerer Alternative („aussteigen") andererseits akzeptieren. Was übrig bleibt, ist, sich wärmer anzuziehen und v.a. auch, ein bißchen näher zusammenzurücken.



P.S. Zunächst hatte ich das eigentlich nur für mich selbst aufgeschrieben, und dann auch mit ein paar Leuten darüber geredet und dabei gemerkt, daß das anscheinen nicht mein alleiniges Problem ist. Wenn's so im AK veröffentlicht werden sollte, will ich zum Schluß noch einen Eindruck zurechrücken, der vielen beim Lesen wahrscheinlich gekommen ist: Ich fühle mich keineswegs frustriert, resigniert oder so was. Für mich fällt das viel mehr unter die Rubrik der „alten" Keimform-Diskussion mit dem Bedürfnis, etwas näher zusammenzurücken, und wenn das erstmal nur heißt, sich auch über die subjektive Seite – d.h. das Erleben – unserer politischen Arbeit auszutauschen.

th.

Fortsetzung von Seite 46

Es ist allgemein bekannt und offensichtlich, daß die DKP sich in einer isolierten und schwachen Position befindet. Wesentlich dazu beigetragen hat ihre provokatorisch-feindselige Haltung gegen die neuen Protestbewegungen und gegen die alternativen Wahllisten. Den Schaden, den sie sich selbst damit zugefügt hat, versucht die DKP seit einigen Monaten durch eine flexiblere „freundlichere" Haltung wieder wettzumachen. Eine Selbstkritik an ihrer bisherigen Politik der Feindseligkeit, der Beschimpfung und nicht selten sogar Gewalttätigkeiten gegen Alternative, „Chaoten" usw. hat die DKP indessen nicht geübt. Die Linke hat demnach allen Grund, auf die neue Haltung der DKP mit der gebotenen Wachsamkeit einzugehen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu nutzen – aber sie hat überhaupt keinen vernünftigen Grund, sich ausgerechnet von der DKP Vorschriften machen zu lassen und sich von dieser Partei beispielsweise die Solidarität mit den polnischen Arbeitern verbieten zu lassen.

In der Ausgabe des ARBEITERKAMPF vom 16.6.1980 veröffentlichten wir innerhalb eines Berichts über das VDS-Festival in Bonn ein Bild der im Rahmen dieses Festivals gelaufenen Demostration. Durch ein Versehen unterblieb es, den Fotografen zu nennen. Es war Michael Meyborg, der das Foto schoß; übernommen haben wir es aus der „zas" (Zeitung des Hamburger AStA) vom Juni 1980.

1. Mai-Kultur gekappt

Presseerklärung der Kulturinitiative e.V. Frankfurt

„Seit sieben Jahren gestaltet unser Verein, der ansonsten auch in vielen Stadtteilen kulturelle Veranstaltungen durchführt, das kuturelle Maiprogramm des DGB Ffm., damals zu Beginn noch im Auftrag von Friedel Hahn und Willi Reiss (DGB-Vorst.b. 1978). Das Maiprogramm in Ffm. wurde 1975 sogar vom DGB-Bundesvorstand als vorbildlich für die Kreise in der gesamten BRD angegeben und wird seitdem in anderen Städten übernommen.

In diesem Jahr hat der DGB-Kreis durch seine Hauptamtlichen ohne eingehende Information der Einzelgewerkschaften und ehrenamtlichen Kreisvorstands mitglieder uns „aus seinen Diensten entlassen". Die Art und Weise dieser „Entlassung" ist unwürdig für Gewerkschaftsarbeit: nicht einmal ein Wort des Dankes wurde unserem Verein für die letzten 7 Jahre zuteil, in denen wir über 120 Stunden DGB-Kulturveranstaltung mit wachsenden Zuschauerbeteiligungen organisiert hatten. Leider haben sich die hauptamtlichen Kollegen Kiesewetter und Schwarz hier dem ständigen Bohren und Druck der SPD-Rechten gefügt, das Kulturprogramm „abzusetzen".

Stattdessen wird es 1981 am 1.Mai zu einem nicht angemessenen Ersatz kommen. Statt aktueller Lieder (wie in den Jahren bisher) zu den brennenden Problemen in der Frankfurter Region (Startbahn-West, NATO-Raketen-Stationierung in Südhessen, Bewältigung von Arbeitslosigkeit und Preissteigerung, Berufsverbote), flüchtet man sich in „alte Arbeiterlieder" (Hein & Oss) und portugiesische Schlager (Manuel Campos). Dieses Programm soll ein gestutzter Scheinersatz für die fast 10-stündige Revue auf dem Römerberg und abends im DGB-Haus der letzten Jahre sein.

In einem persönlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kulturinitiative e.V. Dr. Diether Dehm erläuterte DGB-Chef Manfred Kiesewetter, ihm sei das Publikum am 1.Mai auf dem Römer ohnehin zu linksintellektuell, und daran sei auch das linke Kulturprogramm am Römer schuld, das die „falschen Leute anzieht."

Nun ist es auf einen bloßen „Ausklang zur Kundgebung" zurechtgestutzt.

Aus mehreren Einzelgewerkschaften des Frankfurter DGB kam seit dem Entschluß des Büros des DGB-Ffm., unsere Kulturinitiative „außen vor" zu lassen, starker Unmut. Die Kulturinitiative überlegt sich nunmehr, ob sie diese Veranstaltung, die gewerkschaftlich verbundenen Menschen Kraft und Mut gebracht hat, 1982 in eigener Regie durchführt. Veranlaßt sieht sie sich dazu durch eine „wichtige Äußerung" des Frankfurter DGB-Chefs Kiesewetter auf den Kulturinitiativen-Vorschlag hin, doch eine gemeinsame kulturelle Arbeitsgruppe aus Frankfurter Künstlern und Gewerkschaftern zu bilden: **„Eine Arbeitsgruppe ist mir viel zu teuer... Kultur wird bei mir am kleinen linken Finger gemacht..."** *Eine solche Äußerung eines DGB-Kreisvorsitzenden, verbunden mit der Entscheidung, das DGB-Kulturprogramm als unbequemes zu kappen, muß als Skandal für Gewerkschafter und Kulturschaffende in Frankfurt gewertet werden.*

Kiesewetters Einschätzung, das bisherige Programm sei ein Chaoten-Sponti-Programm, deckt sich mit der Beobachtung vieler gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, die den Frankfurter DGB-Boss überall, nur nie im Hörbereich des Kulturprogramms – weder nachmittags noch abends – gesehen hatten."

Schauerbilder aus der deutschen Theaterlandschaft

Frankfurt. *„Modell kaputt"* („Spiegel"); *„Das Frankfurter Kreuz"* („Zeit") *„Ganz furchtbar"* („FR") — die sog. linksliberale Presse hat wieder einmal ein Theaterkrisendauerthema mit den Schlagzeilen sichernden Elementen: Namen, miese Inszenierungen und Kantinenklatsch. Nicht der Mühe wert, sich darauf einen Reim zu machen, wären da nicht einige Hintergründe, die symptomatisch für die bundesdeutsche Kultur und den „linken" Umgang in und mit ihr scheinen.

Der Streitpunkt heißt „Mitbestimmung", genauer umrissen „Mitbestimmung im künstlerischen Bereich" — in dieser Form ein Unikum am Theater: wird hier doch davon ausgegangen, daß Kunst kein im Geniestreich hingeworfenes Produkt, vielmehr ein in einem Produktionsprozeß gemeinsam erarbeitetes ist; in einem Produktionsprozeß, der nicht notwendigerweise hierarchisch organisiert sein muß.

Im Vordergrund die Fakten: Der Hergang ist eindeutig. Ans Frankfurter Schauspiel wurden Johannes Schaaf und Wilfried Minks engagiert. Der eine ein Möchtegern-68er und pseudopolitischer Melancholiker; der andere ein hervorragender Bühnenbildner, lebendiger Beweis, daß eine fortschrittliche Ästhetik nicht aus einem bewußten politischen Erkenntnisprozeß entsprungen sein muß. Ihnen gesellte sich hinzu Eos Schopohl, Delegierte des von der Vollversammlung gewählten künstlerischen Beirats, dem Mitbestimmungsgremium der Schauspieler-Basis. Hier bereits setzt der Konflikt an: die Basis kann immer überstimmt werden; sie hat eine Möglichkeit des Widerstandes gegen „oben" (und die Dramaturgen und Regisseure verhielten sich als „oben") nur bei Streitigkeiten dieser Oberen untereinander, kann also nur in der Spaltung Erfolge erzielen.

Die Arbeit begann. Ein „Tartuffe", von B.K. Tragelehn (einem in der DDR mit Berufsverbot belegten Brecht-Schüler) inszeniert, zeigte das Zerbrechen einer bürgerlichen Welt. Anlaß genug für die lokale Presse zu konstatieren, die „Revolutionsschwärmer" wären wohl immer noch am Werke, verbunden mit der Aufforderung, doch endlich wieder unterhaltsam und leicht genießbar zu werden.

Die Erwartungshaltung der Presse und der kleinbürgerlichen Öffentlichkeit war klar. Man hoffte auf Opportunität und Wohlgefallen. Nicht umsonst hatte man einem anderen Brecht-Schüler, Peter Palitzsch, das Inszenieren schwer gemacht. Die nächsten Inszenierungen konnten zumindest Teile dieser Hoffnung erfüllen: Schaaf inszenierte einen „Dantons Tod", der die Revolution benutzte, um die dem Autor Büchner unterschobenen Melancholien über Lebentodgottunddieweltunddieexistenzallgemein szenisch zu lesen. Die „Penthesilea", die Minks kurz darauf in einer selbstgestrichenen Fassung zur Premiere brachte, gab weder über Frauenwelten noch über der Männer Phantasien zu diesen noch über sonst etwas Auskunft, war schlicht, ergreifend, platt. Doch ging es bereits im Herbst schon gar nicht mehr um die Inszenierungen oder gar deren künstlerische Qualität; es ging in um das Theater um Macht und persönliche Pöstchen, bzw den Konservativen um einen Kulturkampf, Trokkenlegung aller linken intellektuellen Sümpfe.

Die Show des Theatermachens und Kritikenschreibens ging weiter. Erster handfester Eklat war die Kündigung sämtlicher Dramaturgen, die sich in ihren Bereichen (Spielplangestaltung, Neuengagements, Öffentlichkeitsarbeit etc.) übergangen fühlten, weil im Rahmen der Straffung von Gremien die Dramaturgen aus dem Leitungsgremium ausgebootet wurden. Hand in Hand hiermit das Begründungsspielchen: „Ihr macht eure Arbeit nicht gut". Fatal hierbei war, daß die Ensemblevertreterin zwischen Inhalt und Taktik nicht unterscheiden konnte und die sich gegen die Dramaturgen ausbreitende unterschwellige Intellektuellen- und Theoriefeindlichkeit unterstützte. Erfolg: Das Ensemble wurde als leicht in die Irre führbar erkannt, war plötzlich auf der Seite der Unpolitischen/Konservativen und hatte vor allem keine Aktionsmöglichkeit mehr. Der Streit wurde von H. Hoffmann, dem Frankfurter SPD-Kulturdezernenten eines CDU-OB, geschlichtet — ein Modell, dessen Gefahren damals noch im Verborgenen blieben. Noch schien es um das Funktionieren des Theaters zu gehen, um das Gemeinwohl. Die Dramaturgen blieben — bis sie im Frühjahr klammheimlich doch verschwanden. Peter Iden, Theaterkritiker der „Frankfurter Rundschau", hatte damals im Herbst das Feuer eröffnet: „Schauspielhaus am Ende! Wäre es nicht besser, die Mitbestimmung abzuschaffen?" Auch die Intrigen hatten da bereits begonnen, nur galt damals noch Horst Zankl — der vierte festengagierte Regisseur — als Drahtzieher und Anwärter auf den Direktorposten.

Von nun an tobte der Kleinkrieg der Zermürbung. Um Probenzeiten ging es da, Doppelbesetzungen, neue Räume, zu teure Programmhefte — alles mußte herhalten, um den Kampf am Leben zu erhalten.

Dann wurde das Schauspielhaus „besetzt", um in der Öffentlichkeit Informationen über den Zustand der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der BRD darzustellen, die sonst nicht in die Medien gelangt wären. Die Theaterleitung versuchte zu schlichten. Den Besetzern wurde zugesagt, sie könnten die Nacht auf den 22. März im Theater verbringen, und im Foyer entbrannten Diskussionen. Gegen 2 Uhr gelangten dann allerdings „Erkenntnisse" an die Polizei, daß vom Schauspielhaus aus Gewalttaten verübt werden sollten.

CDU-Stadtrat Brück telefonierte mit SPD-Kulturdezernent Hilmar Hoffmann, und beide wurden sich einig: Die Gefahr sei zu groß, die Polizei hätte gewiß recht, also räumen! Die Polizeistreitmacht drang ins Foyer ein, nachdem ihnen Schaaf vorher das Versprechen abgenommen hatte, die Besetzer friedlich abziehen zu lassen — ein Angebot, das begreiflicherweise nur wenige annehmen wollten, „denn um die Ecke, wenn wir allein gewesen wären, hätten die uns zusammengeknüppelt", wie ein Besetzer Befürchtete.

Gewaltlos sei die Räumung gewesen, hieß es tags darauf in der Presse. So gewaltlos, daß Brück während der Räumung von Schauspielern aufgefordert wurde: „Schauen Sie, dort drüben knüppeln Ihre Beamten." Brück schaute dorthin, wo zwei Beamte auf eine Frau einschlugen, und erwiderte: „Nein, ich sehe nichts." — Das veranlaßte die Ensemblevertreterin Eos Schopohl, ihn zu fragen, ob er sich jetzt genug aufgegeilt hätte, um ordentlich wichsen zu können. Das Zitat „wichsen" taucht zwar überall auf, ist auch ein Kündigungsgrund, doch der konkrete Zusammenhang bleibt unerwähnt Das Ensemble verlas vom folgenden Tag an eine Solidaritäts-

konkrete Zusammenhang bleibt unerwähnt Das Ensemble verlas vom folgenden Tag an eine Solidaritäts-

adresse, in der vor jeder Vorstellung gegen die gewaltsame Räumung protestiert wurde und die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützt wurden. Das Verlesen dieser Stellungnahme wollte anfangs nicht einmal CDU-Stadtrat Brück verbieten („Gerade Schauspielern bin ich bereit, eine recht hohe Toleranzschwelle einzuräumen"). Am Donnerstag — kurz nach einer Ensemblevollversammlung — verbot Hoffmann das Verlesen der Erklärung dennoch. Das Publikum fühlte sich gestört. Bei mehreren Gesprächen im Foyer hatte sich jedoch genau das Gegenteil ergeben: Die Zuschauer waren größtenteils interessiert, wurde doch sonst nur über die Besetzung, nicht aber über deren Inhalte und Umstände in den sog. freien Medien berichtet.

Schaaf war der einzige im Ensemble, der den Polizeieinsatz billigte; für ihn besteht zwischen RAF und SS kein Unterschied. Der CSU-nahe Technische Direktor des Hauses mißbilligte gemeinsam mit dem Verwaltungsdirektor das Verhalten des Ensembles ausdrücklich; beide forderten die Kündigung von Schopohl, Egel und Tragelehn — der Leute also, die sich am widerspenstigsten gegen die Ordnungskräfte gezeigt hätten. Von dem politischen Ereignis selbst war die Diskussion bald losgelöst; es war nurmehr Anlaß für theaterinterne und kulturpolitische Debatten, deren vorläufiges Ergebnis so aussieht: Die Mitbestimmung ist ausgesetzt, die Basisvertreterin Schopohl gekündigt, mit ihr der Regisseur Tragelehn und der Direktor des Betriebsbüros, Egel; als dritter Direktor und quasi Staatskommissar fungiert Hilmar Hoffmann selbst. Der Personalrat, d.h. die Gewerkschaftsvertretung, hat nicht widersprochen; das Ensemble ist gerade dabei, eine einstweilige Verfügung gegen die Aufhebung der Mitbestimmung zu erwirken.

Kunst: Mythos und Reaktion

Die bürgerliche Presse kennt selbstverständlich die Ursachen der Probleme in Frankfurt: In der Theaterleitung Unerfahrene wurden auf entscheidende Posten gesetzt; die Mitbestimmung ist nur in gewissem Rahmen durchführbar, weil Theater eben kein Industriebetrieb ist.

Letzteres ist entscheidend, zumal in zahlreichen Artikeln und Kommentaren auch die scheinbar linkesten der Stadttheaterleiter hier ansetzten: Am Theater sei eine Art „aufgeklärter Absolutismus" des Nonplusultra; die Mitverantwortung ergebe sich aus der Arbeit und dürfte nicht juristisch verankert sein. Zuviel Energie ginge durch Mitbestimmungsrechte verloren. Theaterproduktion wird behauptet als eine von individueller Leistung bestimmte, die sich daher nicht in ein „linkes, plebiszitäres Organisationsmodell" (Henrichs in der „Zeit") pressen ließe. Frei schwebend und irgendwie also darf eine Basis mitbestimmen, nur haben die Intendanten (und als solche sind auch die linken Patriarchen wie Claus Peymann von „ihren" Schauspielern nicht gerade heiß geliebt) auch die Freiheit, jederzeit und vor allem in kritischen Situationen alles nach ihrem

nicht gerade heiß geliebt) auch die Freiheit, jederzeit und vor allem in kritischen Situationen alles nach ihrem

Gusto selbst zu entscheiden.

In Frankfurt war das bislang anders. Hoffmann galt als ein linker Kulturdezernent, als ein Vater der Mitbestimmung — doch nun, nach CDU-Wahlsieg und Krise, zeigen sich die wirklichen Gründe seines „progressiven" Auftretens: Kunst hatte eine gewisse Zeit Narrenfreiheit, hier konnte man sich auch mit besonders experimentellen Formen profilieren. Der Wind hat sich gedreht. Linkes Theater, linke Kultur allgemein, so hat sich offenbar ergeben, hat doch einen gewissen Reizwert; es gilt also, ihr den zu nehmen. Es gilt, dem Theater in Frankfurt die Qualität zu nehmen, die der Schauspieler Peter Danzeisen, der selbst seit Jahren einer der aktivsten Verfechter der Mitbestimmung ist, folgendermaßen beschrieben hat: *„Wir sind der letzte Ort in der Gesellschaft, wo durch Gespräche und Überzeugung, aber nicht durch Gewalt Tatsachen geschaffen werden."*

Theater wird derzeit wieder zur Unterhaltungsware, in der das Politische zum Touch wird und in der die politische Form durch die Zerstörung des Frankfurter Mitbestimmungsansatzes zertrümmert wird. Eine Aktion, der ich unterstelle, daß sie bewußt geplant war, nicht umsonst tauchte beim ersten, theaterüblichen, also nicht mitbestimmungsspezifischen Krach die Kritik an der Mitbestimmung auf; schließlich wurden von Anfang an, mit Ausnahme von Tragelehn, der aber auch erst später dazukam, unpolitische Regisseure engagiert, denen an der Mitbestimmung nichts lag.

Theaterkritik, CDU und Hilmar Hoffmann gingen hier eine unheilige Allianz ein, um eines der letzten 68er Relikte zu kastrieren.

Schlimm ist, wie sich hier die Schauspieler überrennen ließen — sie, die in Dramen von Intrigen, Sehnsüchten, Zerstörungen berichten, die den Anspruch haben, Lebendiges vorzuführen, waren unfähig zu solidarischem entschlossenem Handeln. Es gab keine Massenkündigung auf die Kündigungen gegen Schopohl, Tragelehn und Egel — kein deutlicher Protest gegen den Staatskommissar von eigener Gnade Hoffmann. Die verbotene Solidaritätsadresse an die Theaterbesetzer wurde nach dem Verbot keinmal mehr verlesen. B.K. Tragelehn, der heute als Intrigant abqualifiziert wird, kennt die Praktiken; sie sind im anderen Teil Deutschlands ebenso geläufig, nur wird dort das Berufsverbot offen von Staats wegen ausgesprochen, hier geschieht es auf den krummen Wegen der angeblich freien Kunst:

Die Theaterbesetzung und ihre Hintergründe sind mittlerweile aus dem Blickfeld entschwunden. Immerhin der einzige Punkt, wo es dem bunt zusammengewürfelten Ensemble gelang, politisch Stellung zu beziehen — eine Einigkeit, die keine Basis hatte und die tödlich war. Niemand tritt mehr offen für die Mitbestimmung ein, die Kunst tritt ihren Rückzug an, Rückzug aus der Politik in die deutsche Innerlichkeit. Politische Kultur — ein Fremdwort oder ein Lippenbekenntnis? Wie kann eine Institution wie ein Theater fortschrittliche Arbeit leisten, Erkenntnismöglichkeiten und Fantasien für eine Realität eröffnen, die sie für sich selbst ablehnt? Selbstbestimmung und Demokratie auch, keine Leistungszwang — nur im Theater wo wir sind, da geht es nicht anders, da gelten andere Gesetze. Da wird politischer Inhalt zum Objekt, Existenzkämpfe von Gruppen werden vermarktet, hetzen den Preis hoch für die Peymanns, Schaafe, Steins etc.

Kunst darf nicht Objekt von Politik

Schaafe, Steins etc.

Kunst darf nicht Objekt von Politik

werden, darf und muß auch andere Eigengesetzlichkeiten entwickeln. Nichts ist dümmer und langweiliger als Agitprop auf der Bühne, aber die Politik muß sich auch mit allen Mitteln gegen eine reaktionäre Vereinnahmung zu Unterhaltungszwecken wehren, muß für ihren notwendigen bewußten Verbleib in der Theaterwelt kämpfen.

Oliver Tolmein c/o Degener
Schwarzburgstr. 20 6 Frankfurt 1

Fassanbass, ehem. Regieassistent am Schauspielhaus Frankfurt

»Asolina im Land der Riesen« —

Ein Märchen für tapfere kleine Mädchen

Häßliche böse Hexen, schüchterne kleine Mädchen und schöne Prinzessinnen sind die Frauenfiguren, mit denen wir es normalerweise in Märchen zu tun haben. Böse Stiefmütter rivalisieren mit den verhaßten, schöneren Stieftöchtern, weinende Gretels klammern sich hilfesuchend an den gleichaltrigen, tapferen Bruder Hänsel an, und brave Bauerstöchter stehen morgens mit den Hühnern auf und arbeiten mit glückstrahlenden Gesichtern bis in die Nacht hinein. Ihren Vätern gehorchen sie blindlings, sind zurückhaltend und bescheiden und warten geduldig, bis der Richtige, meistens ein Prinz, dahergeritten kommt und sie heiratet. Haben sie einmal ihre verwunschenen Brüder zu erlösen, so müssen sie sieben Jahre lang Hemdchen stricken und dabei den Mund halten.

All diese weiblichen Tugenden fehlen Asolina, die mit Kochlöffel und Bratpfanne einen solchen Höllenspektakel im Land der Riesen verursacht, daß diese sie freiwillig zum Smaragdberg tragen, wo sie die Prinzession Amanda und ihre Schwestern aus der Gewalt des Zauberers befreien will. „Asolina im Land der Riesen" von Adela Turin und Nella Bosnia ist ein Märchenbilderbuch, das einmal eine ganz untypische Erlösung zum Inhalt hat. Asolina zieht los, um nicht einen verwunschenen Prinzen oder ihre Brüder zu erlösen – sondern ihre Freundin, die Prinzessin Amanda und ihre Schwestern. Dabei hüllt sie sich auch nicht sieben Jahre in Schweigen, sondern überlistet die Riesen, die sie unterwegs trifft, mit intelligenten Schwindeleien, wie man es sonst nur von tapferen Schneidern gewohnt ist.

Die Hexe Mengana, bei der Asolina einkehrt, ist nicht die häßliche alte Frau, die kleine Kinder auffrißt, sondern sie hält Asolina deshalb einige Zeit gefangen, weil sie so einsam auf ihrem Schloß ist. Wieso Asolina zwar einkaufen gehen kann, aber trotzdem nicht wegläuft, bleibt im Dunkeln, läßt sich aber unter die normale Un-Logik von Märchen subsumieren. Was übrig bleibt, ist jedenfalls eine einsame, sehr menschliche Hexe, die Asolina dann auch noch ein wertvolles Pferd schenkt, als sie weiterzieht.

Asolina befreit die drei Prinzessinnen und kehrt dann, ohne für ihre gute Tat einen Mann als Belohnung erhalten zu haben, nach Hause zurück.

Alles in Allem ein Märchen, das man gerade kleinen Mädchen mit gutem Gewissen vorlesen kann, weil dort endlich einmal eine junge Frau, die nicht auf den Mund gefallen ist, durch die Märchenwelt zieht. Und diese Märchenwelt ist – von den ganzseitigen Farbbildern bis hin zu den Rehen und Kaninchen, die einem aus dem Text entgegengehoppelt kommen – sehr liebevoll illustriert.

Adela Turin/Nella Bosnia
„Asolina im Land der Riesen"
Vierfarbdruck, fester Einband
Frauenoffensive, München 1980
DM 15,50

Svende Merian